J. germ. 112 m

BIBLIOTHECA
REGIA
MONACENSIS.

System

des

Preußischen Privatrechts.

Zum

Gebrauche bei Vorlesungen

im

Grundrisse

entworfen

von

Dr. Ernst Adolph Theodor Laspeyres

Professor der Rechte zu Halle.

Laspeyres
Preuß.
Privatrecht

Halle,
Eduard Anton.
1843.

A 6
BG braun
215. D.

BIBLIOTHECA
REGIA
MONACENSIS

Seinen

Freunden und früheren Collegen

Dr. A. W. Hefftter

und

Dr. C. G. Homeyer

als Zeichen

aufrichtigster Verehrung und Anerkennung

gewidmet

vom

Verfasser.

Vorwort.

Ob für academische Vorträge die Benutzung ausgeführter Lehrbücher den Vorzug verdiene vor bloßen Grundrissen, ob es überhaupt gerathen sei, ihnen nur einen solchen Entwurf des Systems zu Grunde zu legen, ist eine so vielfach schon besprochene Frage, daß ich hierüber mich jeder weiteren Erörterung enthalten zu dürfen glaube. Nur dies will ich für den Versuch, welchen ich hiermit dem größeren Publicum vorlege, geltend machen, daß der Mangel brauchbarer Lehrbücher des Preuß. Rechts eben so unbestreitbar ist, als die Auswahl reich, welche für das gemeine Recht sowohl die ältere wie neuere Litteratur darbietet; im übrigen soll dies Vorwort nur zu einigen Bemerkungen über Plan und Einrichtung dieses Grundrisses dienen.

Ein bestimmtes Maaß positiven Wissens soll allerdings der academische Vortrag vermitteln, und bis zu einem gewissen Punkte den Studirenden das Material der einzelnen Rechtsdisciplinen in der Form völlig abgeschlossener Resultate der wissenschaftlichen Behandlung dargeboten werden. Aber schon die enggezogenen Zeitgrenzen geben nothwendig diesen mündlichen Darstellungen den Charakter einer bloßen Einleitung in die Rechtswissenschaft und ihre verschiedenen Disciplinen, noch darf jener nächsten Aufgabe die höhere nachgesetzt werden, daß der Vortrag zu weiterem, fruchtbringendem Selbststudium sowohl einen äußeren Anhalt, als Anregung und Anleitung gewähre. Jene Schranke werden die Vorlesungen über Preuß. Recht vor allem anerkennen, stets dieses Ziel festhalten müssen. Denn mit gutem Grunde und zu gutem Glücke hat das vaterländische Recht für die Zeit der theoretischen Ausbildung auf Universitäten nur die Bedeutung und Stellung einer Nebendisciplin; näher damit vertraut zu werden, bleibt den ersten Jahren der Rechtspraxis und dem Selbststudium überlassen. Nur die erste Bekanntschaft mit den einheimischen Rechtszuständen sollen die dem Preuß. Recht gewidmeten Vorträge vermitteln, um über die schroffe Kluft, welche scheinbar in Preußen Gegenwart und Vergangenheit, Theorie und Praxis

trennt, gleichsam „eine Brücke zu bauen", wie einst v. Savigny sich ausdrückte, als er zuerst wieder das Preuß. Landrecht in den Kreis des Universitäts-Unterrichts einführte. Auf Feststellung und Erörterung der Grundbegriffe, auf nähere Entwickelung der leitenden Principien, auf Hervorhebung der wichtigsten und durchgreifendsten Eigenthümlichkeiten unseres einheimischen Rechtssystems wird daher der academische Vortrag sich beschränken müssen. Wollte er, was freilich schon aus äußeren Zeitrücksichten kaum möglich, in gleich umfassender Weise auf das Detail der vaterländischen Gesetzgebung eingehen, so könnte dies eben so wenig Billigung finden, als wenn er sich für die zahlreichen Controversen, welche sich darbieten, die Aufgabe vollständiger Lösung stellte.

Von diesem Gesichtspunkte aus und im Hinblick auf jenes Ziel wird es der Rechtfertigung nicht bedürfen, wenn ich nicht bloß bei den einzelnen Materien immer auf die leitenden Grundprincipien hingewiesen, sondern auch dem s. g. allgemeinen Theile eine verhältnißmäßig größere Ausdehnung, als der Erörterung der speciellen Lehren gegeben habe. Den Vorwurf, hierin das richtige Maaß überschritten, oder einzelnen Lehren eine Stellung angewiesen zu haben, bei welcher es an einer Gewähr für deren volles und richtiges Verständniß fehle, befürchte ich nicht. Im Vergleich zu den Vorträgen über gemeines Privatrecht ist dies bei der Vorlesung über Preuß. Recht ein Gewinn, daß man, wenn schon nur von jenem Standpunkte aus, eine allgemeine Bekanntschaft mit dem ganzen Gebiete des Rechtsverkehrs voraussetzen, und um so leichter, ohne Gefahr für das richtige Verständniß, auf Erörterung von Einzelheiten eingehen kann, zu welcher man zugleich in so fern genöthigt ist, als in der Preuß. Gesetzgebung, ihres doctrinären Charakters ungeachtet, die allgemeinen leitenden Grundsätze theilweise zwar in der Gestalt legislativer Normen vorliegen, meist jedoch nur den einzelnen Vorschriften zu Grunde liegen, und aus deren Zusammenstellung erst durch Abstraction zu gewinnen sind. Und andrerseits läßt sich nicht verkennen, daß trotz allem Anschlusse an das gemeine Recht dennoch die einheimische Gesetzgebung manchen Lehren eine ganz andere Beziehung zu den einzelnen Rechtsmaterien, und eine viel durchgreifendere Bedeutung gegeben hat, welche dann auch, wie z. B. beim Besitze, bei der Verjährung, für das Hypothekenwesen im allgemeinen, für die gerichtliche und schriftliche Abschließung der Rechtsgeschäfte u. s. w., eine andere Stellung im Systeme, wo nicht fordert, doch rechtfertigt.

Eher könnte es mit der oben ausgesprochenen Ueberzeugung unvereinbar scheinen, und zugleich einer Misdeutung unterliegen,

daß dieser Grundriß in den Citaten auch über das speciellere Detail des Landrechts sich verbreitet, und eine verhältnißmäßig große Anzahl von Stellen, an welche sich Controversen anknüpfen, wörtlich unter Remission auf Parallelstellen aufgenommen hat. Allein, was das letztere betrifft, so sind unter jenen Stellen zunächst nicht wenige, zu deren Aufnahme mehr der Wunsch bestimmt hat, jeder weiteren Erörterung beim mündlichen Vortrage überhoben zu sein, und lediglich auf den Grundriß verweisen, oder doch, wie namentlich bei den zahlreichen gesetzlichen Definitionen, an die Gesetzesworte die näheren Bemerkungen anknüpfen zu können; und hie und da ist auch wohl die wörtliche Allegation zumeist um deshalb geschehen, weil damit für die specielleren Citate ein passender Anhalt gegeben schien. Von den Controversen dagegen werden zwar nur die schwierigeren und bedeutenderen eine genauere Ausführung erheischen und erhalten können, an welchen zugleich die Methode für die Behandlung solcher Streitfragen dargelegt werden kann, um so auch zur Interpretation der einheimischen Rechtsquellen Anleitung zu geben. Angemessen aber schien es mir, auch die minder wichtigen Streitpunkte und sonst zweifelhaften Stellen andeutend hervorzuheben, und durch Hinweisung auf verwandte Vorschriften, durch Andeutung sowohl der Modificationen als der Anwendungen, welche einzelne Regeln und Grundsätze gefunden hätten, durch Bezeichnung endlich der Punkte, wo die Gesetzgebung bald als lükkenhaft sich erweise, bald Antinomieen, scheinbare und wirkliche, enthalte, oder wo auch nur aus Fassung und Ausdruck des Gesetzes Schwierigkeiten oder Bedenken entstehen, dem künftigen Selbststudium förderlich zu werden. Es sollte dadurch, und eben so durch die übrigen Citate, um auch dieser zu gedenken, die weitere eigene Beschäftigung mit dem Landrechte gleichsam einen Fingerzeig erhalten, und mittelst dieses Grundrisses, welcher die Stelle eines systematisch geordneten Index verträte, um so leichter der mündlichen Darstellung verknüpft werden. Und aus dieser Rücksicht auf Förderung des Privatstudiums wolle man es auch erklären, wenn ich nicht bloß überhaupt dem Sprachgebrauche des A. L. R. eine besondre Beachtung geschenkt, sondern zugleich vielfach auf die abweichende Ausdrucksweise der Parallelstellen hingewiesen habe. Das Resultat solcher Vergleichung ist freilich meist nur ein Beleg für den gänzlichen Mangel fester Terminologie, der noch bestimmter hervortreten würde, wenn die vaterländische Rechtslitteratur ein ähnliches Lexicon besäße, als wir für Römisches Recht in Dirksen's trefflichen Arbeiten gewonnen haben. Allein auch dies mehr negative Ergebniß ist ein Gewinn, da sich hier-

an deutlich die Trüglichkeit und Verwerflichkeit jener, in neuerer Zeit allerdings immer seltnerer Exegese zeigt, welche, festhaltend am Buchstaben des Gesetzes, in Wortklauberei und Sylbenstecherei sich zu verlieren drohte.

Nach diesen Gesichtspunkten wird, wie ich hoffe, die Ausdehnung, welche ich den Citaten gegeben, nicht mehr befremdlich erscheinen. Eine andere Frage ist aber freilich, ob die getroffene Auswahl von Stellen und deren gegenseitige Verknüpfung angemessen erscheinen wird, ob die Andeutungen zu deren Interpretation, welche ich bei den eingeschobenen Citaten und Bemerkungen im Auge hatte, wenigstens in dem Maaße verständlich sind, als bei solcher Art der Darstellung überhaupt zu erreichen steht. Dies muß ich dem Urtheile Anderer anheimstellen. In solchen Dingen das richtige Maaß zu halten, und so zu wählen, daß sich keinerlei Ausstellungen erheben ließen, ist schwierig; für mich trat noch die Schwierigkeit hinzu, daß aus Rücksicht auf meine Vorträge der Druck dieses Grundrisses zum größten Theile gleichzeitig mit der Ausarbeitung erfolgte, und so den früheren Abschnitten nicht einmal der Tact zu Gute kommen konnte, zu welchem man im Laufe solcher Arbeit nach und nach gelangt. Billige Nachsicht wird mir indessen hoffentlich hierfür so wenig versagt werden, als in Betreff der übrigen Mängel dieses Versuchs, und so mögen denn nur noch über die Art und Weise, wie ich, gleichsam rückwärts, diese Bearbeitung des Preuß. Rechts dem gemeinen Rechte, als der Hauptaufgabe der academischen Studien, zu verknüpfen gesucht habe, und über die dabei benutzten Hülfsmittel einige Worte gestattet sein.

Je bestimmter das Allg. Landrecht sich selbst eine bloße Verbesserung des gemeinen Rechts nennt, und je weniger bei der Justizreform des vorigen Jahrhunderts eine ganz neue Rechtsschöpfung beabsichtigt war, oder dadurch ins Leben getreten ist, um so unbegreiflicher ist, wie man so lange es hat verkennen mögen, daß zu wahrhaft wissenschaftlicher Durchdringung des vaterländischen Rechts ein Anknüpfen an das gemeine Recht nicht etwa bloß dienlich und wünschenswerth, sondern schlechthin unerläßlich ist, und daß sich in der vergleichenden Zusammenstellung beider Rechtssysteme eines der ergiebigsten Hülfsmittel für das richtige Verständniß der Landesgesetzgebung darbietet. Unverkennbar und von größter Bedeutung sind auch die Fortschritte, welche innerhalb der zwei letzten Decennien die wissenschaftliche Bearbeitung des Preußischen Rechts auf diesem Wege gemacht hat, dessen Nothwendigkeit klar erkannt und mit siegender Ueberzeugung dargethan zu haben, nicht das geringste ist unter Savigny's hohen

Ver-

Verdiensten um die Rechtswissenschaft unserer Zeit und die Rechtspflege des Vaterlandes. Für academische Vorträge über Preuß. Recht kann, bei deren gleichsam vermittelnder Stellung und Aufgabe, vollends kein Zweifel obwalten, daß sie unmittelbar an das System des gemeinen Rechts anknüpfen müssen.

In der äußeren Anordnung dieses Grundrisses tritt dies auch, wie ich glaube, entschieden genug hervor. Einer besondern Rechtfertigung wird es schwerlich bedürfen, daß die Bedeutung, welche die obligatorischen Ansprüche als Titel zum Erwerbe dinglicher Rechte haben, mich bestimmte, der Lehre von den persönlichen Rechten die erste Stelle im speciellen Theile anzuweisen, daß die in auffallendster Weise im A. L. R. zerrissene Lehre von der Erbfolge einen besondern Abschnitt bildet, daß das Recht der Vormundschaft, welche nach der äußeren Anordnung des Landrechts gleichsam aus dem Kreise des Privatrechts ausgeschieden ist, wenn auch nicht als Theil des eigentlichen Familienrechts behandelt, doch neben diesem seine Stelle gefunden hat. Eher vielleicht, daß der ziemlich allgemeine Gebrauch, das Handelsrecht zum Gegenstande besondrer Vorträge zu wählen, mich bewogen hat, diesen Theil des Privatrechts nicht sowohl zu specieller Erörterung zu verstellen, als vielmehr, abgesehen von der mehr beiläufigen Berührung bei der Lehre vom Bürgerstande, nur in einzelnen Bestimmungen zu beachten, und mit der übrigen Gesetzgebung zu parallelisiren. Doch will ich, was die äußere Einrichtung dieses Grundrisses betrifft, mich der Kürze halber auf die Bemerkung beschränken, daß ich innerhalb der einzelnen Hauptabschnitte mich der dem Landrechte zu Grunde liegenden Classification der Rechte, wie dessen Sprachgebrauche möglichst anzuschließen, und dadurch die legale Ordnung mit der hier erwählten zu vermitteln gesucht habe. Nur über einen anderen Punkt, der vielleicht Befremden erregt und mit den benutzten Hülfsmitteln zusammenhängt, muß ich mich noch näher erklären.

Obwohl für academische Vorträge bestimmt, enthält dieser Versuch einer Bearbeitung des Preuß. Rechts gleichwohl kein einziges Citat aus den Quellen, und eben so wenig Verweisungen auf Schriftsteller des gemeinen Rechts. Die Rücksicht auf möglichst geringen Umfang dieses Grundrisses hat dabei mit eingewirkt; entscheidend aber wurde doch gerade dessen nächste Bestimmung für diese scheinbare Nichtbeachtung des gemeinen Rechts. Denn ausführliche Handbücher und monographische Bearbeitungen, zu wissenschaftlicher Entwickelung und Fortbildung des einheimischen Rechts, vielleicht auch zumeist für die Preußischen Praktiker bestimmt, denen ihr nächster Beruf das gemeine Recht schon ferner gerückt hat, werden dies allerdings nicht bloß als Ausgangs- und Vergleichungspunkt aufzufassen, sondern mehr

oder weniger auch als unmittelbaren Gegenstand der Untersuchung anzuerkennen haben. Ein bloßes Lehrbuch dagegen, zumal es auf die Hauptpunkte sich beschränken muß, und nicht sowohl neue Forschungen zur Aufgabe hat, als vielmehr die Darlegung der schon gewonnenen wissenschaftlichen Resultate, wird die Kenntniß des gemeinen Rechts theils voraussetzen, anderntheils, wo daran zu erinnern oder näher darauf einzugehen dienlich scheint, dies dem mündlichen Vortrage vorbehalten dürfen. So habe ich denn auch bei diesem Grundrisse, welcher ja nicht einmal auf diejenige Verbreitung rechnen darf, welche Lehrbüchern wohl zu Theil wird, von ausdrücklichen Hinweisungen auf das gemeine Recht gänzlich zu abstrahiren, um so weniger Bedenken getragen, als ein Ersatz für diesen scheinbaren Mangel in der umfassenderen Berücksichtigung dargeboten sein dürfte, welche ich den vaterländischen Rechtszuständen in der Zeit vor Emanation der neuen Gesetzbücher gewidmet habe.

Je mehr bei Redaction des für das Herzogthum Preußen bestimmten Landrechts ein ähnlicher Zweck obwaltete, wie bei der Justizreform Friedrichs des Gr., und indem das Cocceji'sche Project sich einerseits den früheren Bestrebungen anschließt, auf der Grundlage des Römischen Rechts den hergebrachten Rechtszustand der Mark legislativ zu ordnen, andrerseits im Wesentlichen auf gleichen Principien beruht, als bei der Redaction des A. L. R. leiteten, wenn schon das letztere, gegenüber dem gemeinen Rechte, in höherem Grade einen reformatorischen Charakter gewonnen hat, als jenes Project, würde eine Vergleichung unsres heutigen Rechts mit jener früheren, theils vollendeten theils nur versuchten Legislation selbst dann nicht ohne Interesse und Werth sein, wenn sie einem andern Lande angehörte, oder zu praktischer Geltung überall nicht gediehen wäre. Eine nähere Beachtung dieser älteren Landrechte zeigt obenein, daß sie für manche Eigenthümlichkeiten unseres jetzigen Rechts, zwar nicht eigentlich als Vorbilder, doch als Vorläufer gelten können, und wenn überhaupt mehr die gemeinrechtliche Doctrin des vorigen Jahrhunderts, als das **Corpus juris** die Quelle ist, aus welcher die Urheber unserer Justizreform schöpften, so wird auch nach dieser Seite hin ein nicht geringes Gewicht auf jene Gesetzbücher gelegt werden dürfen. Denn leicht und deutlich läßt sich erkennen, was in dem Cocceji'schen Projecte seinem Urheber angehört und Rechtsneuerung ist, wie weit andrerseits das Ost-Preuß. Landrecht bloß provincielle Bedeutung hat; so werden beide zu einem beachtungswerthen Zeugnisse über die wissenschaftliche Auffassung und praktische Gestaltung des gemeinen Rechts zu jener Zeit dienen können, und für die Erklärung des A. L. R. mindestens von gleicher Autorität sein, als die doctrinelle Ansicht ein-

zelner, wenn auch damals noch so gefeierter Schriftsteller und Rechtslehrer. Dasselbe gilt von den zahlreichen Verordnungen, Edicten u. s. w., durch welche, namentlich seit dem Anfange des vorigen Jahrhunderts, die Landesherrschaft den Mängeln der Rechtspflege abzuhelfen beflissen war, indem auch sie das gemeine Recht zur Basis haben, und vielfach der Weg damit vorgezeichnet worden, dessen consequente Verfolgung zu den wichtigsten Eigenthümlichkeiten unseres heutigen Rechtszustandes führen mußte. Der besondre Umstand tritt aber noch hinzu, daß diese älteren Landes-Verordnungen zum Theil noch unmittelbar praktischer Anwendbarkeit genießen, überhaupt aber als Quelle unsrer Gesetzbücher officiell anerkannt sind, und um so weniger wird es ein Bedenken haben, ein gleichsam authentisches Hülfsmittel zur Interpretation des A. L. R. darin zu finden. Diesen doctrinellen Werth der älteren Landes-Gesetzgebung hat man nun freilich bisher nichts weniger als verkannt, aber doch, wie mich dünkt, noch lange nicht genug die hier dargebotene Hülfsquelle benutzt. Daß dies in irgend ausreichender Weise von mir geschehen sei, bin ich zu behaupten weit entfernt. Allein so unvollkommen auch dieser Versuch einer umfassenderen Ausbeutung jener vorlandrechtlichen Legislation ist, zumal ich hierin mich gleichfalls auf bloße Citate und Andeutungen beschränken, und die Erfüllung des nahe liegenden Wunsches, die Ergiebigkeit dieser Quelle für das jetzige Recht in einzelnen Ausführungenzu bewähren, einer andern Veranlassung und Zeit vorbehalten mußte, so schmeichle ich mir doch, daß das innere Band, welches die vaterländischen Rechtszustände unsrer Zeit mit der Vergangenheit Preußens und des gesammten Deutschen Vaterlandes verknüpft, bestimmter dadurch hervortreten werde, und daß nach dieser Seite hin meine Arbeit einen mehr selbständigen Werth ansprechen darf, welcher ihr vielleicht selbst außerhalb der Kreise ihrer nächsten Bestimmung einige Beachtung sichert.

Daß neben den bisher besprochenen Quellen, und neben dem gedruckten Entwurfe des allg. Gesetzbuchs, auf dessen Abweichungen ich vielfach hingewiesen habe, auch das in den Materialien des A. L. R. für dessen richtige Auffassung dargebotene Hülfsmittel nicht unbenutzt geblieben ist, zeigt der Augenschein, und bedarf wohl kaum besonderer Bevorwortung. Am meisten, für den eigentlichen Zweck dieses Grundrisses vielleicht sogar in zu umfassender Weise ist es bei der Lehre vom Besitz und von der Verjährung geschehen, wo jene Vorarbeiten Jedem ihrer vollen Integrität nach zugänglich sind, weniger in den übrigen Theilen des Systems, da mir die Revisionsarbeiten mit ihren Mittheilungen aus den Materialien nicht zu Gebote standen; nur die bekannten „amtlichen Vorträge bei der Schlußrevision des A. L. R."

von Svarez, und dessen „Revision der von der Gesetzcommission gestellten Monita“ (deren nicht ganz passende Allegation mit **revisio monitorum** man entschuldigen wolle) sind durchgängig, so weit es dienlich schien, berücksichtigt worden. Einen Mangel meiner Arbeit erkenne ich in dieser Unvollständigkeit willig an; doch wird er, ganz abgesehen davon, daß die Mittheilungen wohl ausreichen dürften, um den Studirenden den Werth jenes Interpretationsmittels wie die Art seiner Benutzung zur Anschauung zu bringen, auch für das weitere Selbststudium bei der Verweisung auf Bornemann's treffliches, gerade nach dieser Seite hin so reichhaltiges und belehrendes Werk, und bei der weiten Verbreitung der bekannten „Ergänzungen und Erläuterungen der Preuß. Rechtsbücher“ weniger fühlbar sein. Im Hinblick auf diese und ähnliche Remissorien trug ich denn auch kein Bedenken, aus der großen Zahl der Ministerial-Rescripte, deren doctrinelle Bedeutung und Wichtigkeit ich weder verkenne noch gering achte, gleichwohl nur wenige speciell herauszuheben, und von einer Allegation der durch den Druck bekannt gemachten Präjudicien, wie belehrend immer viele derselben sind, fast ganz zu abstrahiren, auch unter den in Zeit- und Sammelschriften erschienenen Abhandlungen eine möglichst beschränkte, freilich um so schwierigere, Auswahl zu treffen. Dagegen habe ich durchgängig auf die einschlagenden Abschnitte der ausführlicheren und gediegeneren Handbücher (von denen die Rönne'sche Bearbeitung des Klein'schen Systems nur um deshalb unerwähnt geblieben ist, weil bei der hier, wie in den Commentarien, festgehaltenen legalen Ordnung die Citate aus dem Landrechte selbst als Ersatz dienen können) remittirt, und die monographische Litteratur des Preuß. Rechts wenigstens so weit, nicht bloß benutzt, sondern auch durch speciellere Citate berücksichtigt, als dieselbe auf höheren wissenschaftlichen Werth unbestrittenen Anspruch machen kann, und schon bei dem ersten Studium des Landrechts nähere Beachtung verdient.

So bliebe mir denn schließlich nur noch die Bitte, die in den Nachträgen berichtigten, so wie die etwa übersehenen Druckfehler freundlichst zu entschuldigen, daneben der Wunsch übrig, daß zu seinem bescheidenen Theile auch dieser Versuch zu Förderung eines wahrhaft wissenschaftlichen Studiums des vaterländischen Rechts gereichen möge.

Halle, den 21. Dezember 1842.

Dr. Laspeyres.

Inhalts-Uebersicht.

Einleitung.

Kap. I. Allgemeine Geschichte der Preuß. Gesetzgebung.

I. Die Zeit vor dem Regierungsantritte Friedrichs des Gr.
A. Reception des Röm. Rechts und dessen Stellung zum Provincialrecht . . . . . §. 1.
B. Abfassung besondrer Prov.-Landrechte . . . . . - 2.
C. Anfänge einer allgem. Landes-Gesetzgebung . . . . - 3.
II. Die Gesetzgebung König Friedrichs des Gr.
A. Die Rechtsreform des Großkanzlers v. Cocceji.
1. In Betreff des formellen Rechts . . . . . - 4.
2. Project eines allgem. Landrechts . . . . . - 5.
B. Die Justizreform des Großkanzlers v. Carmer.
1. Wiederaufnahme der früheren Projecte . . . . - 6.
2. Reform des formellen Rechts . . . . . - 7.
3. Reform des materiellen Rechts.
a. Uebersicht der Redactions-Arbeiten . . . . - 8.
b. Publication des neuen Landrechts . . . . - 9.
III. Die Gesetzgebung seit Emanation der allg. Gesetzbücher.
A. Allgem. Ueberblick der neueren Legislation . . . - 10.
B. Von der bevorstehenden Revision sämmtl. Gesetzbücher . - 11.

Kap. II. Von dem allgem. Landrechte insbesondre.

I. Umfang der Anwendbarkeit des A. L. R.
A. In territorialer Beziehung . . . . . §. 12.
B. Der Zeit nach . . . . . - 13.
C. In subjectiver Beziehung . . . . . - 14.
D. In objectiver Hinsicht . . . . . - 15.
II. Verhältniß des A. L. R. zu den Quellen des gemeinen Rechts - 16.
III. Verhältniß desselben zum Particularrecht.
A. Geschichte der Partic.- und Provinc.-Rechte bis zur Publication des A. L. R. . . . . - 17.
B. Spätere Schicksale und heutiger Zustand derselben . . - 18.
C. Neue legislative Redaction des Prov.-Rechts . . - 19.
IV. Verhältniß des A. L. R. zur übrigen Landes-Gesetzgebung.
A. Zu den älteren Landes-Verordnungen . . . . - 20.
B. Zu den anderen Gesetzbüchern . . . . . - 21.
C. Zu den neueren Verordnungen . . . . . - 22.

V. Allgem. Charakteristik der landrechtl. Gesetzgebung . . §. 23.
VI. Ausgaben und Uebersetzungen des A. L. R. . . . - 24.
VII. Wissenschaftliche Bearbeitung des Preuß. Rechts.
A. Allgemeine Bemerkungen . . . . . - 25.
B. Litterar-Notizen . . . . . - 26.
C. Plan dieses Grundrisses . . . . . - 27.

Erstes Buch.

Allgemeine Lehren.

Kap. I. Von den Rechtsquellen.

I. Einleitung . . . . . §. 28.
II. Von den Gesetzen.
A. Von der Abfassung derselben . . . . . - 29.
B. Von deren Publication . . . . . - 30.
C. Von der Anwendung der Gesetze . . . . . - 31.
D. Von deren Auslegung . . . . . - 32.
E. Von der Aufhebung derselben . . . . . - 33.
III. Von den Privilegien . . . . . - 34.
IV. Von den Ministerial-Verfügungen und Rescripten . . - 35.
V. Von den Statuten . . . . . - 36.
VI. Vom ungeschriebenen Rechte.
A. Im allgemeinen . . . . . - 37.
B. Von Gewohnheiten u. Observanzen insbesondre . . - 38.

Kap. II. Von den Personen.

I. Von den physischen Personen.
A. Von der Rechtsfähigkeit im allgemeinen . . . §. 39.
B. Anfang und Ende derselben.
1. Von der Geburt . . . . . - 40.
2. Vom Tode . . . . . - 41.
C. Modificationen der Rechts- und Handlungsfähigkeit.
1. Nach der Alters-Verschiedenheit . . . . - 42.
2. Nach der Verschiedenheit des Geschlechts . . . - 43.
3. Wegen geistiger und körperlicher Gebrechen . . - 44.
4. In Folge der Religions-Verschiedenheit . . . - 45.
5. Wegen Standes-Verschiedenheit.
a. Einleitung . . . . . - 46.
b. Vom Adelsstande . . . . . - 47.
c. Vom Bürgerstande . . . . . - 48.
d. Vom Bauerstande . . . . . - 49.
6. Durch Verlust der bürgerlichen Ehre und des guten Rufs.
a. Einleitende Bemerkungen . . . . . - 50.
b. Von der Ehrlosigkeit i. e. S. od. Infamie . . - 51.
c. Vom Verlust der bloßen Standesehre . . . - 52.
d. Von Bescholtenheit und Anrüchigkeit . . . - 53.
II. Von den moralischen Personen.
A. Begriff u. verschiedene Arten . . . . . - 54.
B. Von den Corporationen.
1. Im allgemeinen . . . . . - 55.
2. Von einzelnen Gemeinden und Corporationen . . - 56.

C. Von Stiftungen und öffentlichen Anstalten . . . §. 57.
D. Vom Fiscus . . . . . – 58.

Kap. III. Von den Sachen.

I. Von körperlichen und unkörperlichen Sachen . . . §. 59.
II. Von Sachen in und außer dem Verkehr . . . . – 60.
III. Von unbeweglichen und beweglichen Sachen.
A. Im allgemeinen . . . . . – 61.
B. In Betreff unkörperlicher Sachen . . . . – 62.
IV. Von theilbaren und untheilbaren Sachen . . . – 63.
V. Von fungiblen und nicht fungiblen Sachen.
A. Ueberhaupt . . . . . – 64.
B. Vom Gelde insbesondre . . . . . – 65.
VI. Von Inbegriffen und besondren Sachen . . . – 66.
VII. Von Hauptsachen und Pertinenzen . . . . – 67.
VIII. Von Nutzungen, Früchten u. s. w.
A. Im allgemeinen . . . . . – 68.
B. Von den Zinsen insbesondre . . . . . – 69.
IX. Vom Werthe der Sachen . . . . . – 70.

Kap. IV. Von den Rechten.

I. Von den Hauptarten der Rechte.
A. Vom Gegensatz der Personen- und Sachenrechte . §. 71.
B. Von persönlichen und dinglichen Sachenrechten . . – 72.
C. Von sonstigen Unterschieden . . . . . – 73.
II. Vom Erwerbe der Rechte.
A. Im allgemeinen.
1. Uebersicht der verschiedenen Erwerbsgründe . . – 74.
2. Vom Erwerbe dinglicher Rechte insbesondre.
a. Grundprinzip der Preuß. Gesetzgebung . . . – 75.
b. Modificationen desselben . . . . . – 76.
c. Von dem Preuß. Hypothekenwesen im allgemeinen . – 77.
B. Von Handlungen und Rechtsgeschäften.
1. Einleitung.
a. Von den verschiednen Arten der Handlungen . – 78.
b. Von Willenserklärungen und Rechtsgeschäften . – 79.
2. Von den Objecten gültiger Rechtsgeschäfte . . – 80.
3. Von den Subjecten derselben . . . . . – 81.
4. Von der Willensbestimmung.
a. Von Mängeln des freien Willens . . . . – 82.
b. Von Mängeln des ernsten Willens . . . – 83.
5. Von der Willenserklärung.
a. Gewißheit des Willens . . . . . – 84.
b. Uebereinstimmung des Willens . . . . – 85.
c. Von den Arten der Willenserklärung . . – 86.
6. Von der Form der Rechtsgeschäfte.
a. Aeltere Gesetzgebung . . . . . – 87.
b. Von den landrechtl. Bestimmungen im allgemeinen – 88.
c. Von schriftlicher Abfassung der Rechtsgeschäfte . – 89.
d. Von Publicität derselben . . . . . – 90.
7. Von Bestärkung und Convalescenz der Rechtsgeschäfte – 91.
8. Von Inhalt und Wirkung derselben.
a. Im allgemeinen . . . . . – 92.
b. Von den Bedingungen . . . . . – 93.
c. Vom Endzwecke . . . . . – 94.

d. Vom Bewegungsgrunde und der Bezeichnung . . §. 95.
c. Von Zeitbestimmungen . . . . . – 96.
III. Von der Ausübung der Rechte.
A. Allgemeine Bestimmungen . . . . . – 97.
B. Von der Collision der Rechte.
1. Der Privatrechte unter einander . . . . – 98.
2. Der Privatrechte mit dem Staatswohle . . . – 99.
C. Von Verfolgung der Rechte.
1. Durch gerichtliche Rechtsmittel . . . . – 100.
2. Durch anderweitige Schutzmittel . . . . – 101.
D. Vom Besitze.
1. Einleitung . . . . . – 102.
2. Von den verschiednen Arten des Besitzes.
a. Vom Sachbesitze . . . . . – 103.
b. Vom Besitz von Rechten . . . . . – 104.
c. Vom Mitbesitze . . . . . – 105.
3. Vom Erwerbe des Besitzes.
a. Im allgemeinen . . . . . – 106.
b. Vom Erwerbe des Sachbesitzes . . . . – 107.
c. Vom Erwerbe des Rechtsbesitzes . . . . – 107a.
4. Vom Verluste des Besitzes.
a. Im allgemeinen . . . . . – 108.
b. Vom Verluste des Sachbesitzes . . . . – 109.
c. Vom Verluste des Rechtsbesitzes . . . . – 110.
5. Von den Wirkungen des Besitzes.
a. Vom Rechte der Selbsthülfe . . . . – 111.
b. Von den Klagen aus dem Besitze.
aa. Von den possessorischen Rechtsmitteln . . – 112.
bb. Von den petitorischen Rechtsmitteln . . – 113.
c. Von den Nutzungsrechten des Besitzers . . – 114.
d. Von der Verjährung durch Besitz.
aa. Allgemeine Einleitung . . . . – 115.
bb. Von der gewöhnlichen Verjährung . . – 116.
cc. Von der ungewöhnlichen Verjährung . . – 117.
IV. Vom Verluste der Rechte.
A. Von der Uebertragung der Rechte . . . . – 118.
B. Vom Erlöschen der Rechte.
1. Uebersicht der wichtigeren Erlöschungsgründe . . – 119.
2. Von der Verjährung durch Nichtgebrauch insbesondre – 120.
V. Von der Wiederherstellung der Rechte . . . . – 121.

Zweites Buch.

Persönliche Rechte.

Kap. I. Von den Obligationen überhaupt.

I. Begriff und Arten der Obligationen.
A. Im allgemeinen . . . . . §. 122.
B. Insbesondre.
1. Von natürlichen Verbindlichkeiten . . . . – 123.
2. Von Correal-Obligationen . . . . . – 124.
II. Von der Entstehung der Obligationen.
A. Von unmittelbar gesetzlichen Verbindlichkeiten . . – 125.

B. Von mittelbaren Obligationen.
1. Aus einseitigen Handlungen.
a. Aus erlaubten Handlungen . . . . §. 126.
b. Aus unerlaubten Handlungen . . . . – 127.
2. Aus Verträgen.
a. Ueberhaupt . . . . . – 128.
b. Von der Verbindlichkeit der Verträge Dritter . – 129.
III. Vom Uebergange der Obligationen.
A. Durch Erbfolge . . . . . – 130.
B. Unter Lebenden.
1. Allgemeine Vorbemerkungen . . . . . – 131.
2. Von der Cession insbesondre . . . . . – 132.
IV. Von der rechtlichen Wirkung der Obligationen.
A. Allgemeine Einleitung . . . . . – 133.
B. Vom Objecte der Leistung.
1. Ueberhaupt . . . . . – 134.
2. Von der Rechtswohlthat der Competenz . . . – 135.
3. Vom Einflusse des Concurses . . . . . – 136.
C. Von der Zeit der Leistung.
1. Im allgemeinen . . . . . – 137.
2. Von Terminal-Zahlungen, Stundungen und Moratorien – 138.
D. Vom Orte der Leistung . . . . . – 139.
E. Von den Folgen nicht gehöriger Leistung.
1. Von der Verbindlichkeit zum Schadenersatz überhaupt – 140.
2. Von der Vertretung des Vorsatzes und Versehens insb. – 141.
3. Von den Folgen des Verzugs . . . . . – 142.
4. Von der Pflicht zur Gewährsleistung.
a. Im allgemeinen . . . . . – 143.
b. Wegen Fehler der Sache . . . . . – 144.
c. Wegen Ansprüche Dritter . . . . . – 145.
d. Von Verjährung der Gewährsleistung . . . – 146.
V. Von der Aufhebung der Obligationen.
A. Durch Uebereinkunft und Entsagung.
1. Im allgemeinen . . . . . – 147.
2. Insbesondre durch Vergleich . . . . . – 148.
B. Durch einseitigen Rücktritt . . . . . – 149.
C. Wegen Unmöglichkeit der Erfüllung . . . . – 150.
D. Durch Befriedigung des Gläubigers.
1. Von der wirklichen Erfüllung.
a. Im allgemeinen . . . . . – 151.
b. Von der Zahlung insbesondre . . . . – 152.
c. Von der Rückforderung der Zahlung oder Leistung – 153.
2. Von der Deposition bei Gericht . . . . – 154.
3. Von der Angabe an Zahlungsstatt . . . – 155.
4. Von Anweisungen . . . . . – 156.
5. Von der Compensation . . . . . – 157.
E. Durch Umschaffung . . . . . – 158.
F. Durch Vereinigung . . . . . – 159.

Kap. II. Von einzelnen obligatorischen Verhältnissen.

I. Von Kaufs- und Verkaufsgeschäften . . . . §. 160.
II. Von kaufähnlichen Geschäften . . . . . – 161.
III. Von gewagten Geschäften . . . . . – 162.
IV. Vom Darlehnsvertrage . . . . . – 163.

V. Von Verträgen über Handlungen . . . . . §. 164.
VI. Von Schenkungen . . . . . - 165.
VII. Von der Besorgung fremder Geschäfte.
A. Von Vollmachten und Verwaltung fremder Sachen . - 166.
B. Von der Geschäftsführung ohne Auftrag . . - 167.
VIII. Vom Verwahrungsvertrage . . . . . - 168.
IX. Vom Bürgschaftsvertrage . . . . . - 169.
X. Vom Gesellschaftsvertrage . . . . . - 170.

Drittes Buch.

Dingliche Rechte.

Kap. I. Vom vollen Eigenthume.

I. Begriff des Eigenthums . . . . . §. 171.
II. Vom Erwerbe desselben.
A. Ueberhaupt . . . . . - 172.
B. Von den unmittelbaren Erwerbsarten . . . - 173.
C. Von der mittelbaren Erwerbung des Eigenthums . - 174.
III. Von den Rechten des Eigenthümers.
A. Im allgemeinen . . . . . - 175.
B. Von der Verfolgung des Eigenthums . . . .. 176.
IV. Vom Verluste des Eigenthums . . . . . - 177.

Kap. II. Vom gemeinschaftlichen Eigenthume.

I. Allgemeine Vorbemerkungen . . . . . §. 178.
II. Vom Miteigenthume . . . . . - 179.
III. Vom getheilten Eigenthume.
A. Ueberhaupt . . . . . - 180.
B. Vom Lehn.
1. Geschichtliche Bemerkungen über den heutigen Zustand des Lehnwesens in Preußen . . . . . - 181.
2. Bestimmungen des A. L. R. . . . . - 182.
C. Vom Erbzinsrechte . . . . . - 183.

Kap. III. Vom eingeschränkten und belasteten Eigenthume.

I. Von Einschränkungen u. Belastungen des Eigenthums überhaupt.
A. Begriff und Sprachgebrauch des A. L. R. . . §. 184.
B. Allgem. Grundsätze über Rechte an fremdem Eigenthum - 185.
II. Vom Rechte auf die Substanz fremder Sachen.
A. Vom Rechte des Unterpfandes.
1. Geschichtliche Einleitung . . . . . - 186.
2. Allgemeine Grundsätze des A. L. R. . . . - 187.
3. Von der Entstehung des Pfandrechts.
a. Vom Titel zum Pfandrecht . . . . - 188.
b. Von der Erwerbsart . . . . . - 189.
4. Von den Wirkungen des Pfandrechts . . . - 190.
5. Von der Aufhebung desselben . . . . - 191.
B. Vom Vorkaufs- und Näherrechte . . . . - 192.
III. Von dem Rechte zum Gebrauche und zur Nutzung fremden Eigenthums.
A. Im allgemeinen . . . . . - 193.

B. Vom vollständigen Gebrauchs- und Nutzungsrechte.
1. Vom Nießbrauche . . . . . §. 194.
2. Von der Erbpacht . . . . . - 195.
C. Vom eingeschränkten Gebrauchs- und Nutzungsrechte.
1. Vom Leihvertrage . . . . . - 196.
2. Vom Mieth- und Pachtvertrage . . . . . - 197.
3. Von den zur Cultur ausgesetzten Gütern . . . . - 198.
IV. Von den Grundgerechtigkeiten . . . . . - 199.
V. Von den Reallasten.
A. Im allgemeinen . . . . . - 200.
B. Von einzelnen Reallasten . . . . . - 201.
VI. Von Zwangs- und Bannrechten . . . . . - 202.

Viertes Buch.

Personen-Rechte.

Kap. I. Vom Rechte des Hausstandes.

I. Einleitung . . . . . §. 203.
II. Von der Ehe.
A. Allgemeine Vorbemerkungen . . . . . - 204.
B. Von der vollgültigen Ehe zur rechten Hand.
1. Von der Eingehung der Ehe.
a. Von den Ehehindernissen.
aa. Im allgemeinen . . . . . - 205.
bb. Von den einzelnen Ehehindernissen . . . - 206.
b. Von der Schließung selbst.
aa. Vom Verlöbnisse . . . . . - 207.
bb. Von dem Aufgebote und der Trauung . . - 208.
2. Von den persönlichen Rechten und Pflichten der Ehegatten - 209.
3. Von dem Vermögen der Eheleute.
a. Einleitung . . . . . - 210.
b. Vom eingebrachten Vermögen der Frau . . - 211.
c. Vom vorbehaltenen Vermögen derselben . . - 212.
d. Vom Erbschatze . . . . . - 213.
e. Von der ehelichen Gütergemeinschaft.
aa. Begründung und Aufhebung . . . . - 214.
bb. Wirkungen der Gütergemeinschaft . . . - 215.
4. Von der Auflösung der Ehe.
a. Durch den Tod.
aa. Von dessen Folgen in persönlicher Beziehung . - 216.
bb. Von den Wirkungen in Betreff des Vermögens - 217.
b. Durch Scheidung.
aa. Geschichtliche Einleitung . . . . - 218.
bb. Bestimmungen des A. L. R. . . . - 219.
cc. Von den Folgen der Ehescheidung . . - 220.
c. Durch Nichtigkeits-Erklärung . . . . - 221.
C. Von der Ehe zur linken Hand . . . . - 222.
D. Von den rechtlichen Folgen unehelichen Beischlafs . - 223.
III. Vom rechtlichen Verhältniß zwischen Eltern und Kindern.
A. Von ehelichen Kindern.
1. Von der ehelichen Geburt . . . . . - 224.
2. Von der Legitimation . . . . . - 225.

3. Von dem Verhältniß ehel. Kinder zu beiden Eltern §. 226.
4. Von den Rechten der väterl. Gewalt insbesondere.
a. Allgemeine Vorbemerkungen . . . . - 227.
b. Von den Verwaltungs = und Nießbrauchsrechten des Vaters . . . . . - 228.
c. Von Aufhebung und Einschränkung der väterlichen Gewalt . . . . . - 229.
B. Von den Kindern aus einer Ehe zur linken Hand . - 230.
C. Von Adoptiv, unirten und Pflegekindern . . . - 231.
D. Von unehelichen Kindern . . . . . - 232.
E. Von den Kindern aus ungültigen Ehen . . . - 233.
IV. Von sonstigen Hausstandsrechten . . . . - 234.

Kap. II. Von Familien = Rechten.

I. Einleitung . . . . . §. 235.
II. Von allgemeinen Familien = Rechten und Pflichten . . - 236.
III. Von gemeinschaftlichen Familien = Rechten.
A. Ueberhaupt . . . . . - 237.
B. Von beständigen Familien = Fideicommissen . . . - 238.

Kap. III. Von Vormundschaften und Curatelen.

I. Von der Vormundschaft im allgemeinen.
A. Von deren Stellung zum Staat und zur Familie . §. 239.
B. Von deren verschiedenen Arten und Gründen . . - 240.
II. Von der eigentlichen Vormundschaft.
A. Von Bestellung der Vormünder.
1. Von der Fähigkeit und Verpflichtung zu vormundschaftlicher Verwaltung . . . . . - 241.
2. Von der Bestellung selbst . . . . . - 242.
B. Von der Vormundschafts = Verwaltung.
1. Von der oberen Direction der Gerichte . . . - 243.
2. Von den Rechten des Vormunds über die Person der Pflegbefohlnen . . . . . - 244.
3. Von der Vermögensverwaltung.
a. Allgemeine Grundsätze . . . . . - 245.
b. Besondere Bestimmungen . . . . . - 246.
C. Von der Beendigung der Vormundschaft . . . - 247.
III. Von der Curatel . . . . . - 248.

Fünftes Buch

Erbrecht.

Kap. I. Vom Anfalle der Erbschaften.

1. Allgemeine Vorbemerkungen.
A. Begriff und Umfang der Erbschaft . . . . §. 249.
B. Rechtliche Natur und verschiedene Arten der Erbfolge - 250.
C. Gegenseitiges Verhältniß der versch. Delationsgründe . - 251.
II. Von der gesetzlichen oder Intestat = Erbfolge.
A. Von der Universal = Erbfolge.
1. Von der ordentlichen Erbfolge.
a. Der Blutsverwandten.
aa. Im allgemeinen . . . . . - 252.
bb. Von den einzelnen Erbesklassen . . . - 253.

b. Des überlebenden Ehegatten . . . . §. 254.
2. Von der außerordentlichen Erbfolge . . . - 255.
B. Von der gesetzlichen Special=Succession.
1. Von der Lehns=Succession . . . . - 256.
2. Von der Succession in Familien=Fideicommisse . - 257.
3. Von der Succession in Bauergüter . . . - 258.
4. Von sonstigen Fällen einer Special=Succession . - 259.
III. Von der testamentarischen Erbfolge.
A. Von den allgemeinen Bedingungen letztwilliger Verfügungen.
1. Von der Fähigkeit zur Testaments=Errichtung . - 260.
2. Von der Fähigkeit zu testamentarischem Erwerbe . - 261.
B. Von der Errichtung letztwilliger Verfügungen.
1. Im allgemeinen . . . . . - 262.
2. Von gerichtlichen Testamenten und Codicillen . - 263.
3. Von außergerichtlichen Verordnungen . . . - 264.
4. Von privilegirten letztwilligen Verordnungen . . - 265.
C. Vom Inhalte derselben.
1. Von der Erbeseinsetzung . . . . . - 266.
2. Von den Vermächtnissen . . . . . - 267.
3. Von der Substitution.
a. Im allgemeinen . . . . . - 268.
b Von der gemeinen Substitution . . . - 269.
c. Von der fideicommissarischen Substitution . . - 270.
d. Von der Pupillar=Substitution . . . . - 271.
D. Von der Aufhebung und Abänderung letztwilliger Verfügungen.
1. Seitens des Testators . . . . . - 272.
2. Ohne Zuthun des Testators.
a. Uebersicht der verschiedenen Fälle . . . - 273.
b. Vom Rechte des Pflichttheils.
aa. Im allgemeinen . . . . . - 274.
bb. Von der Enterbung insbesondre . . . - 275.
IV. Von der vertragsmäßigen Erbfolge.
A. Von Erbverträgen im allgemeinen.
1. Von Acquisitiv=Verträgen . . . . . - 276.
2. Von Erbverzichten . . . . . - 277.
B. Von der vertragsmäßigen Erbfolge der Ehegatten.
1. Von eigentlichen Erb= oder Eheverträgen . . - 278.
2. Von wechselseitigen Testamenten . . . . - 279.

Kap. II. Vom Erbschafts=Erwerbe.

I. Allgemeine Vorbemerkungen.
A. Von Ermittelung der Erbberechtigten.
1. Durch Publication letztwilliger Verordnungen . §. 280.
2. Bei der Intestat=Erbfolge. . . . . - 281.
B. Von Sicherstellung und Verwaltung des Nachlasses . - 282.
II. Vom Erwerbe der Erbschaften i. e. S.
A. Im allgemeinen . . . . . - 283.
B. Von der Entsagung der Erbschaft.
1. Ueberhaupt . . . . . - 284.
2. Vom Eintritts= und Zuwachsrechte. . . . - 285.
C. Von der Annahme der Erbschaft.
1. Ohne Vorbehalt . . . . . - 286.
2. Unter der Rechtswohlthat des Inventarii . . - 287.

D. Von der Erbschafts-Regulirung und Theilung.
1. Im allgemeinen . . . . . 288.
2. Von der Collation insbesondre . . . . . – 289.
E. Von der Uebertragung angefallener Erbschaften.
1. Durch Transmission . . . . . – 290.
2. Durch Verkauf der Erbschaft . . . . . – 291.
III. Vom Erwerbe der Vermächtnisse.
A. Allgemeine Bestimmungen . . . . . – 292.
B. Von einzelnen Arten der Vermächtnisse . . . . – 293.

Einleitung.

Erstes Kapitel.

Allgemeine Geschichte der Preussischen Gesetzgebung.

I. Die Zeit vor dem Regierungsantritte Friedrich's des Großen.

§. 1. A. Reception des Römischen Rechts und dessen Stellung zu den Landes-Verordnungen und dem Provincial-Rechte.

1) Ueber die Mark Brandenburg vergl. insbesondre v. Raumer über die Einführung des Röm. Rechts in der Churmark Brandenb. (in v. Ledebur's Archiv für die Gesch.-Kunde des Pr. Staats Bd. 5. S. 309 flg.), Scholz das jetzt bestehende Prov.-Recht der Kurm. Brandenb. Abthl. II. Thl. 1. S. 13 flg., u. meine Abh. über die Reception des Röm. Rechts in der Mark Brandenb. und die Preuß. Gesetzg. vor Friedrich dem Gr. (in Reyscher's und Wilda's Zeitschr. für Deutsch. Recht. Bd. VI. H. 1.).

1. Ordn. des Churf. Cammer-Gerichts in der Mark Brandenb. v. J. 1516. s. rubr. Kayserl. Recht: „Als wir auch in Unsern Landen und Fürstenthum der vielfeltigen Rechtsverordnung und (?) Mangel befunden, wollen und setzen Wir, daß hinführo in Unserm Cammer-Gericht, Fürstenthum, Landen und Gebieten gemeine Käyserliche Recht gehalten, und darnach gesprochen werden soll." (Mylius C. C. M. Th. II. Abthl. 1. S. 10.)

2. Constit., Wilkör und Ordnung der Erbfälle (s. g. Const. Joachimica) v. J. 1527. s. rubr. Von gemeinen Erbfällen: „Dieweil Unser Churf. Brand. im Röm. Reich begriffen, so ordnen und setzen Wir, daß in unsern Landten in allen gemeinen Erbfällen Keyser Recht gesprochen werde, welches Wir auch in den und andern kriegerischen Sachen, so in Unser Churf. Cammergericht verhandelt werden, zu behalten verordnet und befohlen haben, wie denn solches mit Rath, Willen und Vollwort aller Geständen unser Landte gewilligt und angenommen" (ebend. S. 23.), und s. rubr. Von den Brandenb. Rechten: „...Doch sollen Sie (die Schöppen zu Brand.)

nicht anders denn nach dieser Satzung und Willkör in den außgedruckten Articuln, und sonsten in allen andern Sachen nach beschriebenen Keyser Recht Belehrung und Urtheil geben" (ebend. S. 24.)

3. Landtags-Recess wegen Justitien Sachen etc. v. J. 1534.: „.... und weil die Gestände Unser Landschafft sich eintrechtig mit Uns vereiniget und verwilliget, daß hinfuhro in Unsern Churfürstenthumb und Landen Keyser Recht gehalten und gesprochen werden soll; Derowegen sich Unsere Prälaten, Herrn, Mann und Städte aller Gebräuch und Gewohnheiten voriger Gericht und Rechten vorziehen und abgesaget, ordenen und wollen Wir, daß hinfuhro in Erbtheilungen u. s. w." (ebend. Th. VI. Abth. 1. S. 28.)

S. auch Joach. Scheplitz Consuetudines Elector. et March. Brandenb. P. II. Tit. 1. §. 3.: „Und soll solches (daß Kaiserrecht gesprochen werde) standt haben nicht alleine in Erbfällen, Testamenten und was denen anhengig, sondern auch in allen andern Fällen und Sachen."

Gesetzsammlung für die Mark: **Corpus Constitutionum Marchicarum**, oder Kön. Pr. und Churf. Brand. in der Chur- und Mark Brandenburg, auch incorporirten Landen publicirte und ergangene Ordnungen, Edicta, Mandata, Rescripta etc. Von Zeiten Friedrichs I. Churf. zu Brand. etc. bis jetzo unter der Regierung Friedrich Wilhelms Kön. in Pr. ad annum 1736 inclusive. Mit allergn. Bewilligung colligiret und ans Licht gegeben von Christian Otto Mylius (Geh. Just.-, Trib.- u. Kriegsrath) Berlin u. Halle 1737. VI Th. Fol. (systematisch geordnet: Th. I. Geistl. u. Schul-Ang., Th. II. Justiz-Sachen, Th. III—V. innere Verwaltung, Th. VI. Miscellanea). — Dazu Contin. I—IV. für d. J. 1737—1750 incl., und Repertorium Corp. Const. March. mit chronologischem und Real-Register. Ebend. 1755.

2) Ueber das Herzogth. Preußen vgl. Bobrik und Jacobson's Zeitschr. für Theorie u. Praxis des Pr. Rechts Bd. I. H. 1. S. 18., u. v. Kamptz Jahrb. für d. Pr. Gesetzg. Bd. 23. S. 138 flg.

Gesetzsammlung für Preußen: **Corpus Constitutionum Prutenicarum**, oder Kön. Pr. Rechts-Verordn., Edicta und Mandata sammt unterschiedenen Rescripten etc. etc., nebst einem Register herausg. von D. G. Grube (Hofger. Rath). Königsb. 1721. III Th. Fol. (gleichfalls systematisch geordnet).

§. 2. B. Abfassung besonderer Landrechte für einzelne Provinzen.

1) Ueber die Mark Brandenburg vgl. außer meinem §. 1. angef. Aufsatze Mylius Vorbericht zu Th. VI. Abth. 3. des C. C. M. und die (anonyme) Gesch. des Cammerger. zu Berlin in (Hymmen's) Beitr. zu der juris. Litter. in den Pr. Staaten. H. 1. S. 176 flg., H. 2. S. 246 flg. u. H. 3. S. 171 flg.

1. Absonderlicher Revers, den Grafen, Prälaten, und der Ritterschaft gegeben v. J. 1572:

„. . . Daß etzliche vornehme Persohnen ihres Mittels aus jeden Orth Landes nebenst etzlichen von Städten zusammen kämen, die hiebevor in 50 Jahr aufgerichtete und in Druck verfertigte Polizey und Justiz Mandaten und andere Ordnungen, daran der Herrschaft, Landt und Leuthen gelegen, vor handen nehmen, die wieder übersehen, und nach Gelegenheit jetziger Zeit und Nothdurfft verendern, auch mit andern nothdürfftigen Articuln vermehren und verbessern." (Mylius Th. VI. Abth. 1. S. 116.)

2. Lampert Distelmeyer's Concept einer Landes-Ordnung oder Constitution v. J. 1574 (?), abgedr. bei Mylius Th. VI. Abth. 3. No. II. S. 19 flg.

3. Kurf. Johann Georg's (projectirte) Verbesserung und weitere Erklärung Unserer Landes-Constitution und Cammer-Gerichts-Ordnung etc. v. J. 1594, abgedr. ebend. No. III. S. 55 flg.

„V. G. G. Wir Johanns George u. s. w. . . . . geben hiermit gnädiglich zu erkennen, . . . daß zu Verhütung vieles Gezencks und unrichtiger Rechtfertigungen nicht wenig möchte fürträglich seyn, wenn unsere Landes Constitution . . . besser erkläret, und daneben, wie in etlichen Sachen und Fällen zu verabscheiden und zu sprechen, die zum Theil auf den alten Landes Gebräuchen, welche nicht jedermann bekannt seyn, zum Theil aber sonsten offte vorfallen, und ihre Decision sonsten in den gemeinen Keyserl. Rechten nicht so klar, oder auch anders, dann es bißhero in unserem Lande gehalten worden, haben möchten, in schriftliche Ordnung und Satzunge verfassen lassen . . . .; Alß haben wir Verordnung gethan, daß unsere Cammergerichts-Ordnung und Landes-Constitution vor handen genommen, . . . auch andere mehr unsere Landes Gebräuche und Satzungen, auch etliche disputirliche Fälle des Rechtens schrifftlich verfassen . . . lassen, und uns letzlich mit Ihnen (den Ständen) derselben halber vereiniget und verglichen, daß die hinführo in unserem Lande unsere Constitution und Land-Recht sein, auch . . . . in vorfallenden Sachen darnach soll verabscheidet, geurtheilet und gesprochen werden . . . . Doch was für Fälle in dieser Unserer Ordnung nicht begriffen, dieselben sollen nach Außagung gemeiner Kayserl. Rechte geurtheilet und justificiret werden."

4. Landtags-Recess d. d. 26. Jul. 1653:

„Zum 24ten sehen Wir selbst gerne, daß in rebus dubiis, darüber bißhero noch keine gewiße decision ergangen, von Unsern Räthen, deputirten von Adel und auß den Städten, wie auch Professoribus zu Frankfurth a. O. constitutiones auffgesetzet werden, welche dem Juri communi, guthen hergebrachten consuetudinibus und dieses Landes Gebräuchen und Landes Reversen ähnlich sein, und dieselbe Constitutiones sind Wir zu authorisiren und zu bestättigen in gnaden geneigt." (ebend. Th. VI. Abth. 1. S. 438.)

2) Ueber das Herzogth. Preußen vgl. Schweikart über die in Ost- u. Westpr. geltenden Rechte, in v. Kamptz Jahrb. Th. 26. S. 292 flg., 320 flg.

Landrecht des Herzogthums Preußen v. J. **1620**. — Churfürstl. revidirtes Landrecht des Herzogth. Preußen v. J. **1685**. — Friedrich Wilhelm's Kön. in Pr. verbessertes Landrecht des Königr. Preußen v. J. **1721**.

Publ. Pat. v. 27. Juni 1721: „Schließlich ordnen und wollen Wir, daß ... alle vorige alte Colmen, Landbräuche und Gewohnheiten, so diesen Unsern revidirten Ordnungen, Satzungen und Land-Rechten ungemäß und entgegen, gäntzlich auffgehoben, cassiret und abgethan seyn sollen .... Es ist auch Unser Wille und Meinung, daß, da sich je einiger Fall, der in gegenwärtiger Unserer Ordnung und Landrecht nicht begriffen, künftiglich begeben und zutragen würde, derselbe, wann er in dem Kayserl. Recht ausdrücklich decidirt ist, nach demselben, sonst aber zu anderwärtiger Decision und Dijudication ex aequo et bono, der Sachen, Umbstände und Gelegenheit nach, gestellet, oder wann das Collegium es nöthig findet, der Casus mit Rationibus dubitandi et decidendi zu Unserer Decision eingeschickt werden solle.", vgl. mit den Public. Patenten der älteren Recensionen, wo es nach „zutragen würde" heißt: „so soll derselbe nicht nach den alten aufgehobenen Rechten, Gewohnheiten und Gebräuchen gerichtet und geurtheilt, sondern zu Unsrer und der Stände hierzu Deputirten (im L. R. v. 1685: „sondern zu anderweitiger") Decision u. s. w. gestellt werden."

§. 3. C. Anfänge einer allgemeinen Landes-Gesetzgebung.

1) Allgem. Ordnung die Verbesserung des Justiz-Wesens betr. vom **21**. Juni **1713**, mit den dazu ergangenen Declar. v. **28**. Novbr. **1714**, **28**. Oct. **1715**, **13**. März **1717**, 8. Oct. **1717**, **12**. August **1718** (bei Mylius Th. **II**. Abh. **1**. S. **517**, **555**, **577**, **593**, **619**, **631**.) — Allgem. Edict wegen Abkürzung und Beschleunigung der Processe vom **2**. May **1736** (ebend. S. **821**.)

Edict v. 21. Juni 1713 §. 66.: „.... Uebrigens lassen Wir es annoch bei denen Process- und Gerichts-Ordnungen, so wie solche in unserm Königreich und Landen hergebracht, und jetzo befindlich seynd, wollen auch, daß Unsere hohe und niedrige Justiz-Collegia solchen in allem, außer was in dieser Unserer allgemeinen Ordnung anders veranlasset ist, nachleben. §. 67. Damit nun niemand mit der Unwissenheit sich entschuldigen könne, so soll diese Unsere allgemeine Ordnung aller Orten in Unserm Königreich, Churfürstenthum, Hertzog-, Fürstenthümern, Provintzien und Landen publiciret werden."

Ordn. wonach bey der Neumärk. Regier. das Justiz Wesen eingerichtet werden soll v. 19. August 1738 §. 1.: „Dahero ordnen und wollen Wir, daß vor allen Dingen die C. G. O. de A. 1700, die allg. Justiz Ordnung de A. 1713 und die nach und nach zu Verbesserung der Justiz ergangene Verordnungen und Edicta so lange, bis eine vollständige und generale Process-Ordnung entworffen, hiermit nochmals zum Fundament gesetzt werde." (ebend. Cont. I. S. 183.)

2) Ordnung von Vormündern und Vormundschaften v. **23**. Sept. **1718**. (ebend. Th. **II**. Abth. **2**. S. **55**.).

„.... und Wir dann solchem Unheil aus Landes-Väterlicher und

Ober Vormündlicher Vorsorge vorzukommen und mächtiglich zu steuern, auch damit in Unseren Chur- u. Märkischen Landen den Anfang zu machen entschlossen sind; Als haben Wir nachstehende Verordnung . . . publiciren lassen."

3) Hypothec u. Concurs-Ordnung v. 4. Febr. 1722 (ebend. Th. II. Abth. 2. S. 103.)

„Wir F. W. etc. thun kund, . . . daß Wir nöthig und gut befunden, eine Hypothequen- und Concurs-Ordnung, nach welcher in Unseren Chur-Marken und allen übrigen Provintzien und Landen (nur eintzig u. allein das Königr. in Pr. ausgenommen) hinkünftig gegangen werden soll, entwerffen u. emaniren zu lassen."

4) Project eines allgemeinen Landrechts.

1. Edict vom 21. Juni 1713 §. 56.: „In denen Provintzien, wo mehr als einerley Recht, und theils das Römische, theils das Sächsische, theils ein Jus consuetudinarium gilt, wollen Wir an richtige Verfassungen arbeiten lassen, damit alle aus einem ungewissen Recht entspringende Fehler und Gebrechen abgeschaffet werden; zu welchen Ende Unsere Regierungen und andere Collegia die Casus dubios colligiren, und cum rationibus dubitandi et decidendi zur Decision einsenden sollen, damit dem abusui praejudiciorum gesteuret, und das arbitrium Judicis nicht zu weit und über die behörigen Schranken extendiret werde. Die Rescripta decisiva und auch Edicta, die in das Justiz Wesen einlauffen, sollen fleißig zusammengesuchet, daraus Constitutiones verfasset und im Lande publiciret werden" (ebend. Abth. 1. S. 546.). — Vgl. auch die zur Ausarbeit. von Constit. der Hall. Jur. Fac. ertheilte, meiner angef. Abhandl. beigefügte Instruction v. 18. Juni 1714.

2. Rescr. v. 26. Februar 1738. §. 11.: „Sind Wir auch entschlossen, ein besonderes Landrecht in Unseren Landen einzuführen, und das Jus Romanum, so weit es applicabel, zum Fundament nehmen zu lassen. Gleichwie aber sich nicht füglich thun lassen will, die besondern Statuta und Jura jeder Provintz mit einfließen zu lassen, Also habt ihr diejenige, so bei euch eingeführt und in Observantia seind, besonders zu colligiren, und in eine Constitution . . . zu bringen u. s. w.," vgl. mit dem Notific. wegen der Function, so S. K. M. Dero Etats-Min. v. Cocceji aufgetragen vom 1. März 1738 sub 9.: . . . „daß er davor sorgen solle, daß ein beständiges und ewiges Landrecht verfertiget, das confuse und theils auf Unsere Lande nicht quadrirende Jus Romanum abgeschaffet, und die unzählige Menge von Edicten gedachtem Landrecht einverleibt werde". (ebend. Cont. 1. S. 134. u. 137.)

II. Die Gesetzgebung König Friedrich's des Großen.

Officielle Gesetzsammlung: **Novum Corpus Constitutionum Prussico-Brandenburgensium, praecipue Marchicarum**, oder Neue Sammlung Kön. Pr. und Churf. Brand., sonderlich in der Chur- und Mark Brand., wie auch andern Provintzien publicirten und ergangenen Ordnungen, Edicten, Mandaten, Rescripten etc. Von Anfang des J. **1751** und flg. Zeiten (vulgo: Neue oder academische Edicten-Sammlung) Berlin **1751** flg. **12** Th. Fol. (chronol. geordnet:

Th. 1. 1751 bis 1755, Th. 2. bis 1760, Th. 3. bis 1765, Th. 4. bis 1770, Th. 5. in 3 Abth. bis 1775, Th. 6. bis 1780, Th. 7. bis 1785, Th. 8. bis 1790, Th. 9. bis 1795, Th. 10. bis 1800, Th. 11. bis 1805, Th. 12. bis 15. Oct. 1806); dazu 2 Repert. bis 1775 u. 1803 incl.)

Besondere Gesetzsammlung für Schlesien: Sammlung aller in dem souv. Herz. Schlesien und dessen incorpor. Grafsch. Glatz in Finanz-Justiz- etc. Sachen publicirten Ordnungen seit der Regier. Kön. Friedrichs II. Bresl. bei Korn 1752 flg. 19 Bände u. Register. 4to. — Neue Sammlung u. s. w. unter der Regier. Kön. Friedr. Wilh. II. 1792 flg. 5 Bände 4to. — Neue Samml. u. s. w. unter der Reg. Kön. Friedr. Wilh. III. 1802 flg. 9 Bände 4to. (vulgo: Korn'sche Ed. Samml. f. Schlesien.)

A. Die Rechts-Reform des Großkanzlers v. Cocceji.

Samuel Freih. v. Cocceji, Sohn d. Heidelb., später Frankf. Prof. der Rechte Heinr. v. C., geb. zu Heidelb. 1679, Prof. der Rechte zu Frankf. 1701, seit 1704 im Staatsdienste, 1722 Präsident des Cammerger., 1727 Mitgl. des Geh. Staatsraths, 1738 Chef des Justizwesens, 1748 Großkanzler, gest. am 4. Novbr. 1755. — Vgl. v. Hymmen's Beitr. H. 3. S. 227. u. H. 5. S. 210.

§. 4. 1. In Betreff des formellen Rechts.

1) Constitution, wie die Prozesse in Pommern nach Sr. Kön. Maj. in Pr. vorgeschriebenen Plan in einem Jahr in allen Instanzien zu Ende gebracht werden sollen d. d. 31. Dezbr. 1746. Berlin b. Gäbert 1747 Fol., und in: Rechtl. Untersuchung, wie die Fehler bei der Bestellung der Aemter verbessert werden können. s. l. 1747; seitdem nicht wieder gedruckt.

2) Project eines Codicis Fridericiani Pomeranici vom 6. Juli 1747. Stettin 1747. Fol.

3) Project des Codicis Fridericiani Marchici, oder eine, nach Sr. Kön. Maj. von Pr. Selbst vorgeschriebenem Plan entworfene Cammer-Gerichts-Ordnung, nach welcher alle Processe in einem Jahr durch drey Instantzen zum Ende gebracht werden sollen und müssen v. J. 1748, Berlin bei Gäbert 1748 Fol. u. 4to, Königsb. bei Kanter 1766 8vo.

Vorrede vom 3. April 1748.: „Nachdem S. Kön. Maj. in Pr. wahrgenommen, daß eines Theils bey einer jeden Provintz eine besondere Process-Ordnung und besonderer Modus Procedendi eingeführet sey, ... andern Theils auch ... diese Ordnungen mit so vielen unnöthigen Formalitäten ... angefüllet seyn ...; So haben S. Kön. Maj. ... gut befunden, in allen Dero Provintzen einen gleichförmigen Process einzuführen, ... auch selbst einen in der Ver-

nunft gegründeten General-Plan formirt etc. etc. S. Kön. Maj. haben ferner befohlen, eine Process-Ordnung in Pommern nach Dero Plan zu verfertigen, welches auch in dem Proj. des Cod. Frid. Pom. bewerkstelliget worden. Nachdem nun ... Dero allergerechteste Intention, die Processe in einem Jahr in allen Instantzen zum Ende zu bringen, völlig erreicht ....; So haben S. Kön. Maj. nöthig gefunden, ein besonderes Project eines Codicis Frid. Marchici verfertigen zu lassen, worin zwar eben derselbe Modus procedendi beibehalten, aber die Collegia in eine andere Ordnung gebracht, und was bey dem in Eil verfertigten Cod. Pom. vergessen, suppliret worden, welcher Codex allen Provintzen künftig zum Modell dienen soll. Damit aber diese General-Process-Ordnung auf einen soliden und beständigen Fuß gesetzet werden möge, so haben S. Kön. Maj. diese Ordnung bloß als ein Project zu drucken befohlen, ... aber unterdessen .... die Collegia interim und bis zu Einlaufung und Regulirung deren Monitorum angewiesen, nach diesem Project zu verfahren."

4) Anhang zum Codice Fridericiano etc. de publ. 28. Febr. 1761. Berlin 1761 (auch im N. C. C. Th. III. No. 6, und hinter der Königsb. Ausg. des Cod. Frid. March.).

5) Ausführlicher Anhang zum Codice Fridericiano etc. Berlin bey Kunst 1769 (approbirte Privatsammlung).

§. 5. 2. Project eines allgemeinen Landrechts.

1) Constit. v. 31. Dezbr. 1746 §. 24:

„Und weil die größte Verzögerung der Justiz aus dem ungewissen, lateinischen Römischen Rechte herrührt, welches nicht allein ohne Ordnung compiliret worden, sondern worin singulae leges pro et contra disputirt, oder nach eines Jeden caprice limitirt oder extendirt werden, so befehlen Wir gedachtem Unserem Etats-Minister v. Cocceji ein deutsches allgemeines Landrecht, welches sich bloß auf die Vernunft und Landes-Verfassung gründet, zu verfertigen und zu Unserer Approbation vorzulegen, worüber Wir hiernächst aller Unserer Ständen und Collegia, auch Universitäten Monita einholen, und die Statuten einer jeden Provinz besonders beidrucken lassen wollen, damit einmal ein gewisses Recht im Lande etablirt, und die unzähligen Edicte aufgehoben werden mögen."

Vgl. auch: Wahrhafter Plan, betr. die Reformen der Justiz, welche S. Kön. Maj. in Pr. selbst und durch eigne Lumières formirt haben, wonach alle Prozesse in S. Kön. Maj. Provinzen tractiret und in drei Instanzen in einem Jahr geendigt werden sollen. Halle 1749 4to., so wie die Vorr. zum Proj. des Corp. jur. Frid. §. 28 flg.

2) Project des Corporis Juris Fridericiani, das ist Sr. Königl. Majestät in Preußen in der Vernunft und Landes-Verfassungen gegründete Land-Recht, worinn das Römische Recht in eine natürliche Ordnung, und richtiges Systema, nach denen dreyen Objectis Juris gebracht: Die General-Principia, welche in der Vernunft gegründet seyn, bey einem jeden Objecto festgesetzet, und die nöthige Conclusiones, als so viel Gesetze, daraus deducirt: Alle Subtilitäten und Fictiones, nicht weniger was auf den Teutschen Statum nicht appli-

cable ist, ausgelassen: Alle zweifelhafte Jura, welche in denen Römischen Gesetzen vorkommen, oder von denen Doctoribus gemacht worden, decidirt, und solchergestalt Ein Jus certum und universale in allen Dero Provintzen statuirt wird. Halle, Anno 1749 (2te Aufl. 1750) Fol. Zweyter Theil des Corp. etc. Halle, Anno 1751. (der dritte Theil ist nicht erschienen). — Eine franz. Uebersetzung von dem Geh. Rath A. A. v. Campagne erschien, unter dem Titel: Projet du corps de Droit-Frédéric, ou Corps de droit pour les états de Sa Maj. le Roi de Pr. fondé sur la Raison et sur les Constitutions du Pays etc., zu Halle 1750 u. 52. 8vo.

Ueber die dabei zu Grunde gelegten, im Titel schon angedeuteten Principien vgl. insbesondre:

1. Vorrede an den Leser §. 28. u. 30.:

§. 28. „S. Kön. Maj. in Pr. etc. haben befohlen: I. Ein generales Landrecht, worunter alle Rechte, die in der Civil Societät vorkommen können, begriffen seyn, zu verfertigen; die General Principia zu praemittiren; und die daraus fliessende nothwendige Conclusiones zu deduciren, folglich ein solches Universal-Systema zu formiren, welches auf alle Staaten, die die natürliche Vernunft zur Regul ihrer Gesetze nehmen, applicirt werden kann. — III. Bei einem jeden Objecto juris seyn gewisse aus der Vernunft hergeleitete Principia festgesetzet, alle Materien in einer natürlichen Ordnung unter gehörige Rubriquen gebracht, und die dahin einschlagende Materien gehörigen Orts inserirt worden. So daß das gantze Systema wie eine Kette an einander henget. — IV. Diese Principia generalia seyn aus dem s. g. Corpore Juris Romani genommen, weil nicht geläugnet werden kann, daß diese Gesetze mehrentheils in denen natürlichen Rechten ihren Grund haben. — V. Alles was auf den Statum von Italien und Griechenland in gemeldtem C. J. gerichtet ist, haben S. K. Maj. auszulassen, hingegen solche nach denen Teutschen Landes-Verfassungen einzurichten befohlen. — VI. Alle Subtilitäten und Fictiones, die in diesem C. J. R. so häufig vorkommen, seyn aus diesem Land-Recht verbannet. — VIII. S. K. Maj. haben dieses Land-Recht in Teutscher Sprache verfertigen lassen, damit ein jeder, der einen Process hat, solches selber nachsehen, und ob er Recht oder Unrecht habe, daraus erlernen könne. — IX. . . . . S. K. Maj. haben ferner verboten, daß künftig in dergleichen Civil-Sachen keine Autorität derer Doctorum weiter allegirt werden, sondern ein Jeder seine Jura einzig und allein aus diesem Land-Recht defendiren solle. Es wäre denn, daß von einer besondern Landes-Verfassung, und z. E., wie es mit denen Diensten der Unterthanen zu halten, ob die Gerade hergebracht sey ꝛc., gefragt würde."

§. 30. „Es erhellet also hieraus, daß S. K. Maj. nicht das Römische Recht aufgehoben, sondern nur die Unordnung, welche die Compilatores durch ihre confuse Extracte veranlasset, corrigiret haben. Sie haben die in dem C. J. und in denen angeführten Extracten versteckte Principia Juris naturalis hervorgesuchet, solche bey einer jeden Materie vorausgesetzet, vernünftige Conclusiones daraus deducirt, folglich das Römische Recht ad artem redigirt, d. i. in eine vernünftige Ordnung gebracht; So daß dieses Land-Recht mit Grund ein Jus naturae privatum genannt werden kann."

2. Eingang zum Land-Recht §. 1.: „Es hat das Römische Recht . . . mit guten Grund den Vorzug gehabt, daß es bey denen mehresten

christlichen Völkern als ein allgemeines Recht und jus commune auf- und angenommen worden. §. 2. Es wäre aber zu wünschen gewesen, daß dieses Röm. Recht gleich anfangs von denen Teutschen Puissancen in ein richtiges Systema gebracht, die zweifelhafte und öfters sich widersprechende Gesetze behörig erläutert, und was nicht auf Unseren Zustand applicable gewesen, herausgelassen worden wäre. §. 3. Da aber in Teutschland das confuse C. J. R. . . . . beybehalten worden; so haben nothwendig verschiedene Inconvenientzien (vgl. §. 4.) daher entstehen müssen. §. 5. Weil auch das Jus Canonicum zu denen Catholischen Zeiten eine grosse Authorität gehabt, und daher öfters unter den Rechts-Gelehrten Streit entstanden, wie weit dasselbe contra jus Romanum gelte und statt habe, so ist dadurch eine noch grössere Ungewißheit derer Rechte eingeführt worden. §. 6. Ferner ist die Freyheit einiger Privat-Doctorum so weit gegangen, daß sie diesen . . . Rechten noch ein imaginaires Teutsches Recht beygefügt haben, von dessen Ursprung nichts gewisses bekannt, und dessen Gesetze längst aus der Observantz gekommen, . . . So daß, anstatt das Teutsche Reich bishero mit zweyen ungewissen Rechten gequälet worden, nunmehro dreyerley Jura aeque incerta von denen Rechts-Gelehrten propria auctoritate etabliret . . . . §. 7. Diese Confusion ist noch dadurch vermehret worden, daß in einigen Unsern Landen das Jus Saxonicum . . . eingeführt worden . . . §. 8. Ueberdem hat eine jede Provintz, ja fast eine jede Stadt besondere Willkühre und Statuta vorgeschützet, welche denen Unterthanen mehrentheils unbekannt gewesen . . . . §. 9. Hiezu kommt, daß die unzählige Menge der Edicten Unsere Unterthanen confus gemacht, weil es fast nicht möglich, so viele besondere Casus . . . im Gedächtniß zu behalten. §. 10. Diesem Unheil nun vorzukommen, haben Wir ein kurtzes, auf gewisse und vernünftige Principia sich gründendes Land-Recht verfertigen lassen, ... auch solches in teutscher Sprache gefasset, damit ein jeder Unserer Unterthanen solches selber lesen und nachsehen könne. Worbei Wir die unzähligen Edicten, in so weit dieselbe die Justitz (nicht aber der Policey, Militär und andere Sachen angehen) diesem Landrecht inseriret und unter die gehörigen Rubriquen gebracht haben."

3. P. I. Lib. I. tit. 2 §. 4.: „Das Haupt-Gesetze, woraus zu ersehen ist, was einem jeden vor Rechte zustehen, ist dieses Unser generales Landrecht, welches . . . als ein ewiges und beständiges Recht in allen Unsern Ländern observirt werden soll. Worbey Wir sowohl die natürlichen Gesetze, welche aus der Vernunft herfliessen und alle Völcker verbinden, als die Civil-Gesetze zum Grund gesetzet haben.", vgl. mit §. 5 flg. u. §. 12 flg.

B. Die Rechts-Reform des Großkanzlers v. Carmer.

Joh. Heinr. Cas. Frh. (1786 Graf) v. Carmer, geb. in Kreuznach 1720, in Preuß. Diensten seit 1749, Schlesischer Justiz-Minister 1768, am 25. Dezbr. 1780 zum Großkanzler ernannt, gest. 23. Mai 1801. — Vgl. Chr. W. v. Dohm's Denkwürd. Th. I. S. 280.

Carl Gottl. Svarez, geb. zu Schweidnitz den 27. Febr. 1746, 1769 Pupillen- und 1771 Oberamts-Regier.-Rath zu Breslau, 1787 Geh. Ober-Justiz- u. Trib.-Rath, gest. zu Berlin d. 14. Mai

1798. — Vgl. Svarez. Ein biograph. Fragment.: vor Heft 81 der v. Kamptz'schen Jahrbücher.

§. 6. 1. Wiederaufnahme der früher projectirten Landes-Gesetzgebung.

1) v. Carmer's Project zu einem neuen modo procedendi vom 18. August 1774, u. dessen (von Svarez ausgearbeitetes) Project des revidirten Corporis Fridericiani v. J. 1775, vgl. mit Verordn. um die Prozesse zu verkürzen v. 15. Jan. 1776.

2) Müller Arnold'scher Rechtsstreit. — Vgl. Chr. W. v. Dohm's Denkwürdigkeiten Bd. 1. S. 534 flg., Preuß Friedrich der Gr. Bd. 3. S. 381 flg., 489 flg., 539 flg., K. Fr. Sietze Ausübung oberstricht. Gewalt des Staats und Cab.-Justiz. 1835.

3) Vorläuf. Instruct. über das prozessual. Verfahren v. 28. Dezbr. 1779., Bericht des Großkanzlers v. Carmer über den Zustand der Gesetze v. 4. April, und Cab.-Ordre vom 6. April 1780, in v. Kamptz Jahrb. Bd. 46. S. 225.

4) Cab.-Ordre an v. Carmer die Verbesserung des Justiz-Wesens betr. vom 14. April 1780, im N. C. C. Th. VI. S. 1935 flg. und vorgedruckt dem Corp. jur. Frideric. Bd. 1.

5) Bildung der Gesetz-Commission.

Cab.-Ordre v. 14. April (a. a. O. S. VIII.): „Wie nun die Ausführung einer so wichtigen Sache nicht das Werk eines einzelnen Mannes ist, so müßt Ihr die geschicktesten und redlichsten Leute, welche Ihr ausforschen könnt, aufsuchen, die verschiedenen Arten der Ausarbeitungen unter sie vertheilen, sie sodann in ein Collegium zusammenziehen und alles mit gemeinschaftlichem Rath reguliren. Dergleichen Gesetz-Commission muß auch künftig beibehalten werden, damit bey den sich ereignenden Mängeln, Undeutlichkeit oder Fehlern der Gesetze solche auf eine gründliche Art verbessert, supplirt oder interpretirt werden können".

§. 7. 2. Reform des formellen Rechts.

Vgl. Simon's (Justiz-Commissarius, jetzt Geh. O. Just.- u. Rev.-Rath zu Berlin) Bericht über die scientivische Redaction der Materialien der Preuß. Gesetzgebung v. 12. Sept. 1811 sub II — V., (in Matthis Jurist. Monatsschr. Bd. XI. S. 262 — 286) so wie die hieraus entnommenen Notizen in: Ergänzungen und Erläuterungen der Preuß. Rechtsbücher Th. III. Abth. 1. S. 6 flg., u. Th. IV. S. 19. und 493.

1) Corpus Juris Fridericianum. Erstes Buch von der Prozeß-Ordnung. Berlin 1781. 2 Bände u. Register 8vo. (aus 4 Theilen bestehend: Th. 1. „vom gerichtl. Verfahren im ordentl. u. gemeinen Prozesse" in 24 Titeln, Th. 2. „von Untergerichts- und summar. Prozessen" in 28 Tit., Th. 3. „von den Pflichten der bey der Justiz an-

gesetzten Personen" in 8 Tit., Th. 4. „von den Gesetzen (theoretischen Rechtsgrundsätzen), welche die Prozeß-Ordn. genauer bestimmen" in 12 Titeln.)

1. Cab. Ord. v. 14. April 1780: „... Es ist wider die Natur der Sache, daß die Partheyen mit ihren Klagen und Beschwerden von dem Richter nicht selber gehört werden, sondern ihre Nothdurft durch gedungene Advocaten vorstellen sollen etc. Denn wenn der Richter die Acten nicht eher in die Hand bekommt, als bis die Advocaten durch ihre Schriftsätze das Factum nach Wohlgefallen verdreht und verdunkelt oder mangelhaft vorgetragen haben, so ist es sehr natürlich, daß der Urtelsfasser den rechten Gesichts-Punct verliert, folglich auf unadäquate Beweise erkennet, und weil er auf dem eingeschlagenen irrigen Wege fortgehen muß, oft wider seine Ueberzeugung am Ende ein offenbar ungerechtes Urtel zu sprechen genöthigt ist. Ich kann kaum glauben, daß jemalen einer der alten und vernünftigen Gesetzgeber auf den Gedanken gerathen sein könne, eine dergleichen unnatürliche Prozeßordnung statuiren zu wollen .... Dem sey aber, wie ihm wolle, so ist es Mein ernstlicher Wille:

daß der Richter künftig die Partheyen mit ihrer Klage und Verantwortung selber hören, ihre Erzählungen und mitzubringende Beweisthümer gegen einander halten, und so den wahren Zusammenhang der Sache, welche zu dem Rechtsstreit Anlaß gegeben, eruiren, hiernach aber denselben den Rechten und der Billigkeit gemäße Vorschläge zum Vergleich machen solle.

... Diejenigen Rechtshändel, welche auf diese Art nicht beigelegt werden können, sind wenigstens gegen alle Beweis-Erkenntnisse, welche bisher die allermehresten Weitläuftigkeiten verursacht haben, gesichert, und können sodann, so viel die Rechts-Fragen betrift, sehr leicht ferner zum Spruch instruirt werden u. s. w.," vgl. mit dem vorläuf. Unterr. über den Untersch. der alten u. der neu einzuführenden P. O. v. 14. Aug. 1780 (N. C. C. Th. VI. S. 3027.) und dem Vorberichte zum C. J. Fr. S. XV. flg.

2. Public. Pat. v. 26. April 1781.: „wollen Wir gedachte Proz. Ordn., als das Erste Buch Unsers Corp. Juris Frid. ..., als ein allgemeines, für jedermann verbindliches Gesetz hiedurch .... bestätigen; dergestalt u. also, daß in Unsern Kön. und Chur-, auch sämmtlichen übrigen unter Unserer Hoheit und Oberbotmäßigkeit stehenden Landen, Provinzen u. Distrikten" (dem Kammergericht war schon am 18. Dezbr. 1780 der erste Theil zugefertigt worden, N. C. C. Th. VI. S. 3091.) „in allen und jeden vorkommenden Fällen nach den in diesem neuen Gesetze enthaltenen Vorschriften ... von nun an lediglich verfahren ... werden solle. Wir abrogiren zugleich hierdurch ... alle und jede ältere Gesetze, Verordnungen, Deklarationen und Rescripte, oder wie sie sonst Namen haben, welche über die in diesem Ersten Buche Unseres C. J. Fr. vorkommenden Gegenstände bisher ergangen sind, ... und verbiethen zugleich ausdrücklich, daß kein Collegium ꝛc. sich unterfangen solle, dieses neue Gesetz nach jenen älteren ... Verordnungen zu erklären oder auszulegen. Es soll vielmehr, wenn irgendwo .... Zweifel oder Bedenken entstehen möchten, darüber jedesmal bey der Gesetzcommission ... angefragt, und ... (deren) Decisa sollen unweigerlich zur Richtschnur angenommen und pünktlich befolgt werden."

2) Circulare an sämmtl. Regier. und Ober-Landes-Justiz-Coll.

zur Erläut. einiger Vorschr. der Proz. Ordn. v. 20. Sept. 1783 (N. C. C. Th. VII. S. 2395.)

3) Allgemeine Gerichts-Ordnung für die Preuß. Staaten, Berlin bei Decker 1793. 2 Bände u. Register 8vo. (aus 3 Theilen bestehend: Th. 1. Prozeßordnung in 52 Titeln, [entsprechend dem Th. 1. 2. u. 4. des C. J. Fr.], Th. 2. von dem gerichtl. Verfahren in nicht streitigen Angeleg. in 6 Tit. [neu hinzugekommen], Th. 3. von den Pflichten der bey der Justiz angesetzten Personen in 8 Tit., nebst Anh. das allg. Registrat. und Canzley-Reglement enthaltend [entsprechend dem Th. 3. des C. J. Fr.]).

Public. Pat. v. 6. Juli 1793: „. . . Wir haben für gut befunden, . . gedachter Proz. Ordn. die seit ihrer ersten Public. ergangenen Declar. gehörigen Orts sofort einrücken, und die nach den Bemerkungen der Collegiorum für nöthig erachteten näheren Bestimmungen einzelner Vorschriften darin ergänzen zu lassen, mithin eine revidirte Ausgabe dieser Unserer Gerichts- u. Prozeß-Ordnung zu veranstalten, deren Public. Wir hierdurch verfügen, und sowohl Gerichte als Parteyen anweisen, sich nach dem Inhalte derselben von Zeit der Publication an (diese ist erst im Dezbr. 1794 u. July 1795 erfolgt) gebührend zu achten."

4) Allgemeine Depositat-Ordnung für die Ober- u. Unter-Gerichte der sämmtl. Kön. Lande vom 15. Septbr. 1783, Berlin bei Decker 1783, und im N. C. C. Th. VII. S. 2167 flg.

„S. K. Maj. haben resolvirt, alle bisher über diesen Gegenstand einzeln ergangenen Verordn. in das gegenwärtige allgemeine Depositat-Reglement zusammenfassen, solche in die gehörige Uebereinstimmung unter einander setzen . . . zu lassen ꝛc." (Einführung vom 1. Juni 1784 ab.)

5) Allgemeine Hypotheken-Ordnung für die gesammten Königl. Staaten vom 20. Dezbr. 1783, Ebend. 1783, und im N. C. C. Th. VII. S. 2566 flg.

„Nachdem S. K. Maj. ... wahrgenommen haben, daß die bisherige Einrichtung des Hypoth. Wesens" (vgl. insbes. die, durch Rescr. v. 25. Sept. allen übrigen Gerichten zur Beobachtung zugefertigte, Allg. Ordn. vor das souveraine Herz. Schlesien, wornach die Land- und Hypothequen-Bücher über unbewegl. Güter einzurichten sind. d. d. 4. A. 1750, bei Mylius Cont. IV. S. 263 flg.) „der Hauptzweck desselben . . . zwar im Wesentlichen erreichet, dennoch aber die in den verschiedenen Provinzen zu verschiedenen Zeiten ergangene und nicht immer nach einerley Grundsätzen abgefaßte Verordnungen u. s. w. . . . hin und wieder noch zu Zweifeln, Mißverständnissen und Irrungen . . . Anlaß geben, so haben Höchstged. K. Maj. beschlossen, eine neue allgemeine Hyp. Ordn. abfassen und publiciren zu lassen . . . . . Was zur gültigen Erlangung, Uebertragung und Aufhebung eines Eigenthums, Hypothek, oder andern dinglichen Rechts auf unbewegl. Grundstücke überhaupt gehöre, solches soll in dem künftigen Gesetzbuche näher bestimmt werden . . . .; dagegen aber soll in gegenwärtiger H.-O. festgesetzt werden, wie die Hyp.-Bücher einzurichten, was für Real-Rechte und Lasten in selbigen zu vermerken, und was bey Eintragung u. s. w. . . . zu beobachten sey."

3) Reform des materiellen Rechts.

Vgl. Simon's angef. Bericht u. s. w. sub. I. (a. a. O. S. 193—261.) und das Vorwort zum 3. Bande von dessen und v. Strampff's Zeitschr. für wissensch. Bearb. des Pr. Rechts. — S. auch M. J. Euler's geschichtl. Einl. in das Stud. des A. Pr. L. R. §. 9 flg. (in v. Kamptz Jahrbüchern Bd. 32. S. 17 flg.), so wie die angef. Ergänz. u. Erläut. d. Pr. Rechtsb. Th. I. Abth. 1. S. 4 flg.

§. 8. a) Uebersicht der Redactions-Arbeiten.

1) Grundzüge des bei dem neuen Gesetzbuche zu befolgenden Plans.

Cab. Ord. v. 14. April 1780: „. . . . Was endlich die Gesetze selbst betrifft, so finde Ich es sehr unschicklich, daß solche größtentheils in einer Sprache geschrieben sind, welche diejenigen nicht verstehen, denen sie doch zu ihrer Richtschnur dienen sollen. Eben so ungereimt ist es, wenn man in einem Staat, der doch seinen unstreitigen Gesetzgeber hat, Gesetze duldet, die durch ihre Dunkelheit und Zweydeutigkeit zu weitläuftigen Disputen der Rechts-Gelehrten Anlaß geben, oder wohl gar darüber: ob dergleichen Gesetze oder Gewohnheiten jemals existirt, oder eine Rechts-Kraft erlangt? weitläuftige Prozesse veranlaßt werden müssen. Ihr müßt also vorzüglich dahin sehen, daß alle Gesetze für Unsere Staaten und Unterthanen in ihrer eignen Sprache abgefaßt, genau bestimmt, und vollständig gesammelt werden u. s. w. Weilen aber . . . das Corpus Juris vom Kayser Justinian als das subsidiarische Gesetz-Buch fast aller europ. Staaten von vielen Jahrhunderten her auch bey uns angenommen ist, so kann dieses auch künftig nicht ganz außer Acht gelassen werden. Inzwischen . . . . muß nur das Wesentliche mit dem Natur-Gesetz und der heutigen Verfassung übereinstimmende aus demselben abstrahirt, das Unnütze weggelassen, Meine eigene Landes-Gesetze am gehörigen Orte eingeschaltet, und solchergestalt ein subsidiarisches Gesetz-Buch, zu welchem der Richter beym Mangel der Provinzial-Gesetze recurriren kann, angefertigt werden. Ueberhaupt aber muß Ich hiebey bemerken, daß, wie es Mir scheint, die römischen Gesetz-Geber . . . ihr Augenmerk nicht allemal genau genung darauf gerichtet haben, was den Zweifeln in Rechts-Fällen vorzubeugen und Prozeße zu verhüten dienlich seyn könnte." — Vergl. auch v. Carmer's Vorerinnerung zu Theil I. des Entwurfs eines A. G. B.

2) Bildung der für die Redaction bestimmten Commission unter v. Carmer's Vorsitz. — Vgl. Cab.-Ord. v. 6. April 1780.

Anfängliche Mitglieder der Commission: Svarez (s. oben S. 9.), Baumgarten (Kammer-, später Geh. Ober-Trib.-Rath), Pachaly (Gen. Fiscal für Schlesien) und Dr. jur. Volkmar; nachher noch Kircheisen (Geh. Ober-Rev.- u. Kammerg.-Rath, † 1825 als Justiz-Min.), E. F. Klein (geb. 1744, Assistenz-Rath in Breslau, v. 1792—1802 Prof. u. Dir. der Univ. zu Halle, † 1810), Goßler (Kammerger.-, später Geh. Ober-Trib.-Rath).

3) Redactions-Arbeiten bis zur Publication des Entwurfs.

Klein's Entwurf oder s. g. Materialien, auf Grund der von Volkmar u. Pachaly gemachten Excerpte aus dem Corp. jur. civ., den Landesgesetzen und den Schriften der Praktiker. — Umarbeitung dieses Entwurfs zum s. g. ersten (ungedruckten) Entwurfe von Svarez u. theilweise von Klein, auf Grund der von den übrigen Mitgliedern gezogenen Monita, und beim Sachenrechte auf Grund besonderer neuer Entwürfe Klein's u. Kircheisen's. — Prüfung des ersten Entwurfs durch die Mitglieder der Gesetz-Commission, die Geh. Räthe Scherer, Könen, Scholz, Heidenreich und Lamprecht und durch den Magdeb. Reg.-Präsid. v. Tevenar. — Ausarbeitung des gedruckten Entwurfs durch Svarez, auf Grund der von ihm gemachten revisio monitorum.

Vgl. Materialien des A. L. R. zu den Lehren vom Gewahrsam u. Besitz und von der Verjährung, herausgeg. von Simon und v. Strampff. Berlin 1836. (Zeitschr. für wissensch. Bearbeitung des Pr. Rechts. Band 3.)

4) Oeffentliche Bekanntmachung des „Entwurfs eines allgemeinen Gesetzbuchs für die Preuß. Staaten." Berlin u. Leipz. bei Decker 1784 flg. 6 Bde. 8vo.

Uebersicht des Inhalts im Vergleich zum A. L. R.

Einleitung: „Von den Gesetzen überhaupt und Allgemeine Grundsätze des Rechts" — A. L. R. Einl.

Theil I. „Von dem Rechte der Personen nach ihren Verhältnissen im Staate."

Abth. 1. in 5 Tit. (publ. 24. März 1784.) „Von den Rechten und Pflichten des Hausstandes." — A. L. R. Th. II. Tit. 1—5.

Abth. 2. in 7 Tit. (publ. 20. März 1785.) „Von den Rechten und Pflichten der verschiedenen Stände des Staats." — A. L. R. Th. II. Tit. 6—12.

Abth. 3. in 8 Tit. (publ. 30. März 1786.) „Von den Rechten und Pflichten des Staats gegen seine Bürger u. Einwohner." — A. L. R. Th. II. Tit. 13—20.

Theil II. „Von dem Sachen-Rechte" (ohne Unter-Abtheilungen mit fortl. Blattzahlen).

Bd. 1. (publ. 30. April 1787) enthaltend Einleitung und Tit. 1—6. — A. L. R. Th. I. Tit. 2. und Tit. 4—9.

Bd. 2. (publ. 20. Dezbr. 1787) enthaltend Tit. 7—13. — A. L. R. Th. I. Tit. 10—16.

Bd. 3. (publ. 15. Juni 1788) enthaltend Tit. 14—22. — A. L. R. Th. I. Tit. 17—23.

Ueber die Aufforderung zu kritischer Begutachtung, welche namentlich 1) über „die hin und wieder vorkommenden Abweichungen von den Dispositionen des Römischen Rechts", 2) über diejenigen „Verordnungen, wodurch entweder Antinomien im Röm. Recht gehoben, oder Lücken in dem System desselben ausgefüllt, oder gewissen Arten der Geschäfte, die eine Erfindung neuerer Zeiten . . . sind, Regeln vorgeschrieben werden sollen", 3) über „Vollständigkeit des Inhalts" sowohl des ganzen Gesetzbuchs als der einzelnen Abschnitte, und 4) über „Deutlichkeit und Bestimmtheit des Vortrags" sich verbreiten sollte, übrigens eigentlich nur von „philosophischen Rechtsgelehrten" und ad 3. von „praktischen Juristen" gewünscht wurde, jedoch auch willkommen sein würde „von Männern, die ohne eigentlich Rechtsgelehrte zu seyn, sich dem Studio einer wahren praktischen Weltweisheit gewidmet haben, ja selbst von solchen, die sich eigentlich gar nicht zum s. g. gelehrten Stande rechnen, dennoch aber durch Lektüre und Nachdenken ihren Verstand geschärft, und in den mancherley Geschäften der bürgerlichen Lebens reife Kenntnisse und Erfahrungen gesammelt haben," vgl. die Vorerinnerung zu Bd. I. S. 4 flg.

Ein Verzeichniß derjenigen Männer des In- und Auslandes, von welchen, theils in Folge specieller Aufforderung (unter diesen von Rechtslehrern jener Zeit: Darjes, Selchow, Pütter, Nettelbladt, Höpfner, Schott), theils unaufgefordert eingingen, sowie derjenigen, welchen der Preis oder ein Accessit zuerkannt worden (Prof. Eggers in Kopenhagen 5mal, Geh. Rath. u. Magist. Dir. Hippel in Königsb. 4mal), findet sich bei Simon a. a. O. S. 212 u. 220.

5) Zufertigung des Entwurfs an die Landes-Justiz-Collegien zur Begutachtung, und Berathung mit Deputationen der Stände und mit andern Staats-Behörden.

Cab. Ord. an den Großkanzler v. Carmer v. 27. August 1786: „. . . . Da es aber auch nothwendig ist, der Ungewißheit, Dunkelheit u. Verwirrung, welche in den Gesetzen selbst aus dem . . . römischen Rechte entstanden sind, durch Einführung eines verbesserten, vollständigen und allgemein verständlichen Gesetzbuches abzuhelfen, so habe ich Euch hierdurch aufgeben wollen, mit der . . . Ausarbeitung des Projects . . . zu continuiren, darüber die Meinungen und Einwendungen . . . besonders der Landes-Collegiorum zu vernehmen, zugleich aber auch aus jeder Provinz einige mit gehöriger Sachkenntniß versehene Männer von den Ständen . . . zu Rathe zu ziehen, ... insonderheit wegen solcher Materien, welche auf die in dieser oder jener Provinz vorhandenen Statuten und hergebrachten Einrichtungen und Verfassungen Einfluß haben . . . . Bey diesen Deliberationen . . . . müssen die Gutachten über die das Privatrecht der Einwohner betreffenden Gegenstände so viel als möglich dergestalt abgefaßt werden, wie solches den Wünschen und Gesinnungen des größeren

Theils der Stände und der Nation überhaupt am gemäßesten ist u. s. w." (Klein's Annalen Th. 1. S. 49.)

6) Extractweise Redaction der Monita (39 Bände) nach Ordnung des Entwurfs [für das Sachenrecht durch Goßler (1. Band), für das Personen-Recht (8 Bände) unter Direction des Geh. Just.- u. Kammerg.-Raths, späteren Ober-Trib.-Präsidenten v. Grolmann († 1840)], und Revision der Monitorum durch Svarez.

7) Umarbeitung des Entwurfs durch Svarez (vom Mai 1789 bis Frühjahr 1791), und Schluß-Redaction auf Grund der mit der Gesetz-Commission und andern Behörden gepflogenen Berathungen und Communicationen, so wie der über einzelne Punkte extrahirten Cab.-Ordren, namentlich der v. 21. Dezbr. 1790.

Vgl. Svarez Revision der von den Mitgl. der Ges.-Comm. aufgestellten Monita nebst andern auf die Schluß-Verhandl. über das A. G. B. bezüglichen Actenstücken, in v. Kamptz Jahrbüch. Bd. 52. S. 1 flg.

§. 9. b) Publication des neuen Landrechts.

1) Allgemeines Gesetzbuch für die Preuß. Staaten de publ. 20. März 1791. Berlin 1791 8vo. 2 Th. in 4 Bänden.

2) Suspension der vom 1. Juni 1792 ab festgesetzten Gesetzeskraft auf unbestimmte Zeit.

Vergl. Immediat-Bericht des Schlesischen Justiz-Ministers v. Danckelmann v. 9. April, und Cab.-Ord. v. 18. April 1792 in v. Kamptz Jahrb. Bd. 52. S. 139 — 141.

3) Wiederaufnahme der Rechtsreform und Umarbeitung des Allg. Gesetzbuches unter Mitwirkung des Staats-Ministers v. Goldbeck.

Cab. Ord. an den Großk. v. Carmer v. 17. Novbr. 1793: „Ich habe der Einführung des neuen G. B., ob ich dasselbe gleich in vielen Theilen billige, .. aus erheblichen Gründen Anstand gegeben. Gleichwohl halte Ich's für das Wohl Meiner Staaten sehr zuträglich, daß die Gesetze, insofern solche befehlen, was gethan, und verbieten, was unterlassen werden soll, ... bestimmt, deutlich und im Zusammenhange bekannt gemacht werden. Allein ein solches Gesetzbuch muß nicht durch Materien weitläuftig gemacht werden, die eigentlich zur Beurtheilung und Entscheidung des Richters nicht gehören; auch müssen keine Verordn. darin enthalten sein, die specialiter die landesh. Sanction, mithin die Gesetzeskraft noch nicht erhalten haben. Um deswillen müssen alle Sätze, welche das Staatsrecht und die Regierungsform betreffen, ingleichen alle neue, aus den bisher bestandenen Gesetzen nicht fließende, und zu deren Bestimmung und Ergänzung nicht dienende Vorschriften und Verordnungen aus diesem G. B. weggelassen werden, bevor Ich desselben Bekanntmachung, in der Absicht solchem Gesetzeskraft beizulegen, verordnen kann .... Wenn ich auch ... die Einrückung einzelner dahin gehörigen Dinge in das

G. B.

G.-B. genehmigt haben sollte, so finde Ich . . . gleichwohl für zuträglicher, daß solche daraus weggelassen werden, und dadurch wird es nöthig, daß das neue G. B. umgearbeitet werde . . . In zweifelhaften Fällen werdet Ihr Euch darüber mit den Ministres der Departements, und nöthigenfalls mit dem gesammten Etats-Ministerio vereinigen, . . . oder wenn die Meinungen verschieden sind, mit Beifügung der Gutachten, zu Meiner Entscheidung berichten." (v. Kamptz Jahrb. Bd. 52. S. 142.)

Svarez amtliche Vorträge bei der Schluß-Revision des A. L. R. (nebst den darauf bezüglichen Monitis, Berichten, Cab.-Ord. u. s. w.) in v. Kamptz Jahrb. Bd. 41. S. 1 flg. und daraus besonders abgedr. Berlin 1833. 8vo.

4) Allgemeines Landrecht für die Preuß. Staaten, de publ. 5. Febr. 1794. Berlin 1794. 2 Thle. in 4 Bänden.

Publ. Pat. v. 5. Febr. 1794: „Nachdem Wir die bereits unterm 20. März 1791 vorläufig bekannt gemachte Gesetzsammlung für Unsere Staaten einer nochmaligen Revision zu unterziehen gut befunden haben, und dieselbe nunmehr dergestalt eingerichtet ist, daß Wir durch ihre wirkliche Einführung Unsere landesväterliche Intention in jeder Rücksicht zu erreichen Uns versichert halten können; so haben Wir resolvirt, besagte Gesetzsammlung unter dem Titel: A. L. R. für die Pr. St., hierdurch anderweit publiciren zu lassen, in Unsern gesammten Landen wirklich einzuführen und diesem A. L. R. vom 1. Junius 1794 an volle Gesetzeskraft beizulegen; also daß nach diesem Tage dasselbe bey Vollziehung und Beurtheilung aller rechtlichen Handlungen und deren Folgen, so wie bey Entscheidung der sich ereignenden Rechtsstreitigkeiten zum Grunde gelegt werden soll."

Ein Verzeichniß aller (im Ganzen geringfügigen) Abweichungen zwischen A. G. B. u. A. L. R. s. in (Siewert's) Materialien zur wissensch. Erkl. der Pr. Landes-Ges. H. 1. S. 143 flg. u. in Klein's Annalen Bd. XII. S. 191 flg.

III. Die neuere Gesetzgebung seit Emanation der allgemeinen Gesetzbücher.

§. 10. A. Allgemeiner Ueberblick der neueren Legislation, und Einfluß der politischen Ereignisse auf die privatrechtliche Gesetzgebung.

1) Erster Anhang, worin die bisher ergangenen Abänderungen und Ergänzungen des Allgem. Landrechts verkürzt gesammelt sind, de publ. 11. April 1803. Berlin bei Nauck 1803. 8vo.

Vgl. über dessen Abfassung: Zeitschr. für wissensch. Bearb. des Pr. Rechts. Bd. 1. S. 220 flg.

2) Entwurf eines zweiten Anhangs zum A. L. R. ꝛc. vom Geh. Ob.-Just.-Rath Goßler. Berlin bei Nicolai 1816 (Privatarbeit).

3) Anhang zur Allgem. Gerichts-Ordn. für die Preuß. Staaten, de publ. 4. Febr. 1815. Berlin bei Reimer 1815. 8vo.

4) Gesetz-Sammlung für die Königl. Preußischen Staaten. 4to., vom J. 1811 ab, mit dem 1822 zu Berlin erschienenen Anhange: Samml. der für die K. Pr. Staaten erschienenen Gesetze und Verordn. v. J. 1806 bis 27. Oct. 1810, mit Ausschluß der in Abth. 1. Bd. 12 der Mylius'schen Edicten-Samml. schon enthaltenen Verordn. aus d. J. 1806. (auch als Anhang zur Ed.-Samml. in Fol. gedruckt.)

5) Amtsblätter der Königl. Regierungen. 4to (v. J. 1811 incl. ab).

6) Verordnungen und Rescripte der Ministerien und Landesbehörden (s. unten Buch I. Kap. 1.).

§. 11. B. Von der bevorstehenden umfassenden Revision sämmtlicher Gesetzbücher.

1) Temporaire Anordnung eines besondern Ministerii für Gesetz-Revision in den J. 1817—1819.

Verordn. vom 3. Novbr. 1817, betr. die veränderte Anordnung der Minist. sub IV: „Das A. L. R. u. die G. O. erfordern eine Revision, um beide den Veränderungen anzupassen, die seit ihrer Publication vorgefallen sind." (G. S. 1817. S. 289.)

2) Wiederaufnahme dieser Gesetz-Revision im J. 1826.

Cab. Ord. an den Just.-Min. v. Danckelmann v. 28. Januar 1826: „Es ist nicht Mein Wille, eine neue Gesetzgebung an die Stelle der gegenwärtigen treten zu lassen, weil die Revision hierdurch in die Prüfung mehrerer von einander abweichender Rechtstheorien gerathen, das Geschäft in unübersehliche Länge gezogen, und es dennoch zweifelhaft bleiben würde, ob sich die neue Theorie praktisch bewähren werde. Meine Absicht ist vielmehr, daß die jetzt bestehende Gesetzgebung zum Grunde gelegt und aufrecht erhalten werde, daß aber in das L. R. und in die G. O. nicht bloß eingeschaltet werde, was seit ihrer Emanation neu hinzugekommen und abgeändert ist, sondern daß dasjenige, was sich nach den von den Gerichts- und Verwaltungsbehörden aus mehrjähriger Erfahrung geschöpften Bemerkungen in der Ausführung und Anwendung entweder an sich als unrichtig, mangelhaft, unbestimmt, oder als für die Bedürfnisse der gegenwärtigen Verhältnisse unzureichend erwiesen hat, einer gründlichen Prüfung unterworfen und nach dem Resultate derselben berichtigt, ergänzt, erläutert und vervollkommnet werde. Hieraus folgt, daß nicht bloß das L. R. und die G. O. nebst den nach ihrer Erscheinung erfolgten Nachträgen und Zusätzen, so wie die über besondere Gegenstände der gerichtlichen Verwaltung, z. B. über das Hypotheken- und Depositalwesen erlassenen Vorschriften, sondern sämmtliche gesetzliche Bestimmungen, die gegenwärtig in denjenigen Provinzen der Monarchie, woselbst das L. R. eingeführt ist, verbindliche Kraft haben, der Revision nach dem angegebenen Gesichtspunkte unterworfen werden ꝛc." (Allg. Leipzg. Zeit. Jahrg. 1841. Nr. 233. Beil.)

3) Wiederherstellung eines besondern Justiz-Ministerii für Gesetz-Revision im J. 1832.

Cab. Ord. v. 9. Febr. 1832: „... die Erfahrung hat gezeigt, daß die Leitung dieser (Ges.-Rev.) Arbeiten, verbunden mit der .. Beaufsichtigung der gesammten Justizpflege, .. die Kräfte eines Beamten übersteigen, und daß (darin) ... ein Hinderniß liegt, die Revision, sowohl des A. L. R. und der A. G. O. als der Prov.-Gesetze so zeitig zu vollenden, als das allg. Beste und die Nothw. einer endlichen Bestimmung über die gesetzl. Einrichtungen in den Landesth., in welchen die Pr. Ges. noch nicht eingeführt sind, dringend erheischen ꝛc.", und Cab. Ord. v. 17. Dezbr. 1838.

Zweites Kapitel.

Von dem Allgemeinen Landrechte insbesondere.

I. Umfang der Anwendbarkeit des A. L. R.

§. 12. A. In territorialer Beziehung.

1) Erste Publication für den gesammten dermaligen Umfang der Monarchie.

Publ. Pat. v. 5. Febr. 1794. Art. 18.: „... Unter vorstehenden Maaßgaben und Bestimmungen wollen Wir dieses A. L. R. ... als ein wahres und allgemeines Landesgesetz hierdurch publiciren ...; also daß in Unsern Kön.- u. Chur-, auch sämmtlichen übrigen unter Unserer Hoheit und Oberbothmäßigkeit stehenden Landen, Provinzen und Distrikten" (ausgenommen blieb nur das Fürstenth. Neufchatel) „... dasselbe in allen und jeden sowohl gerichtlichen als außergerichtlichen Angelegenheiten von Jedermann, der zu Unsern Unterthanen gehört oder in Unsern Landen Geschäfte zu betreiben hat, genau beobachtet, insonderheit aber bey allen Ober- und Untergerichten ohne Unterschied und Ausnahme ... zum Grunde gelegt werden soll." — S. auch oben §. 9.

2) Einführung des A. L. R. in den bis zum J. 1806 gewonnenen neuen Gebieten.

Edict v. 28. März 1794 nebst Declar. v. 30. April 1797 (Süd-Preußen), Pat. v. 29. Nov. 1795 (Anspach-Baireuth), Pat. v. 30. Apr. 1797 (Neu-Ostpreußen), Pat. v. 24. März u. 5. Apr. 1803 (säcularisirte geistl. Territorien). — Vgl. N. C. C. Th. 9. S. 2097 u. 2689, Th. 10. S. 1131, Th. 11. S. 1457 u. 1687.

3) Aufhebung des A. L. R. in den durch den Tilsiter Frieden abgetretenen Provinzen.

Einführung des Code Napoleon in den mit Frankreich vereinigten Landestheilen, so wie im Großh. Warschau (unterm 22. Juli 1807)

im Königr. Westfalen (7. Dez. 1807), Herzogth. Aremberg (28. Jan. 1808), Großh. Berg (12. Nov. 1809).

4) Wieder-Einführung des A. L. R. in den mit der Monarchie im J. 1814 wiedervereinigten Provinzen und den darin belegenen neuerworbenen Gebieten.

Pat. v. 9. Sept. 1814 (Deutsche Provinzen zwischen Elbe und Rhein), und Pat. v. 9. Nov. 1816 (Westpreuß. Gebiete und Großh. Posen). — Vgl. G. S. v. 1814. S. 89 und v. 1816. S. 217 u. 225.

5) Einführung des A. L. R. in den neuerworbenen Provinzen und Gebieten.

Pat. v. 15. Nov. 1816 (ehemals Kursächsische Gebiete ꝛc.), Verordn. v. 25. Mai 1818 (Corvey, Solm'sche Besitzungen, Rittberg, Steinfurt, Recklinghausen, Barby, Mansfeld Sächs. Anth. und andere kleinere Gebiete zwischen Elbe und Rhein), Pat. v. 21. Juni 1825 (Herzogth. Westfalen, Fürstenth. Siegen und Grafsch. Wittgenstein) und Cab. Ord. v. 29. März 1837 (über die bei Grenz-Regulirungen gewonnenen Gebiete). — G. S. v. 1816. S. 233, v. 1818. S. 15, v. 1826. S. 153 und v. 1837. S. 71.

6) Ueber die fortdauernde Gültigkeit des gemeinen Rechts (in Neu-Vorpommern und im Gerichts-Bezirk des Justiz-Senats zu Coblenz) und des Französischen Rechts (im Bezirk des Ober-App.-Gerichts zu Cöln), so wie über die hier theilweise, namentlich in staatsrechtlicher Beziehung erfolgte Einführung des A. L. R., vgl. Erläut. der Preuß. Rechtsbücher Th. I. Abth. 1. S. 56 flg. und v. Kamptz Jahrb. Bd. 52. S. 417 flg.

7) Fortdauernde Gültigkeit des A. L. R. außerhalb der Preuß. Monarchie, in Ost-Friesland und der Grafsch. Lingen (s. Grefe's Leitfaden zum Stud. des Hannov. Privatr. Gött. 1833. Th. I. §. 49.) in Anspach-Baireuth (s. Gründler's Uebers. der in den D. B. St. geltenden Land- u. Lehnrechte. Ilmenau 1832. §. 28. 32 u. 34.) und in einigen Gebieten von Sachsen-Weimar (s. Sachse's Handb. des Großh.-Sächs. Priv.-Rechts §. 97 u. 98.).

§. 13. B. Der Zeit nach.

Anfangs-Termine der Rechtskraft der Preuß. Gesetzgebung:

1) in den alten Provinzen: 1. Juni 1794.

2) in den wiedererworbenen Provinzen: diesseits der Elbe 1. Januar 1815, östlich der Oder 29. März 1814 (Danzig), 1. Januar 1817 (Culm, Michelau, Thorn) und 1. März 1817 (Posen).

3) in den neuerworbenen Provinzen: 1. März 1817 (Sachsen), 1. Oct. 1818 (kleinere Gebiete zw. Elbe u. Rhein) u. 1. Dezbr. 1825 (Westfalen).

Publ. Pat. v. 5. Febr. 1794. Art. 8: „So wie überhaupt ein neues Gesetz auf vergangene Fälle nicht gezogen werden mag, so soll dieser

Grundsatz auch bey der Anwendung des gegenwärtigen L. R. beobachtet . . . werden; wie Wir denn überhaupt ausdrücklich verordnen, daß ein Jeder, welcher sich zur Zeit der Publ. dieses L. R. in einem nach bisherigen Gesetzen (P. P. v. 9. Sept. 1814. §. 3 und eben so die übrigen P. P.: Rechten) gültigen und zu Recht beständigen Besitze irgend einer Sache oder eines Rechts befindet, dabey gegen Jedermann (al. gegen jeden privatrechtlichen Anspruch) geschützt, und in dem Genusse oder in der Ausübung dieser seiner wohlerworbenen Gerechtsame (al. Niemand in dem Genusse seiner in dem Verkehr mit andern Privatpersonen wohlerworbenen Gerechtsame), unter irgend einem aus dem neuen L. R. entlehnten Vorwande, nicht gestört und beeinträchtigt werden soll." — Vgl. auch Art. 10 flg. und A. L. R. Einl. §. 14 flg.

§. 14. C. In subjectiver Beziehung.

Publ. Pat. im Eing. und Art. 18 (s. oben §. 9 u. 12).

A. L. R. Einl. §. 22: „Die Gesetze des Staats verbinden alle Mitglieder desselben ohne Unterschied des Standes, Ranges und Geschlechts," und Einl. §. 80: „Auch Rechtsstreitigkeiten zwischen dem Oberhaupte des Staats und seinen Unterthanen sollen bei den ordentlichen Gerichten nach den Vorschriften der Gesetze erörtert und entschieden werden," vgl. mit A. L. R. II, 13. §. 17 und 18: „Rechts-Angelegenheiten, welche die Personen- und Familienrechte des Landesherrn nnd seines Hauses betreffen, werden nach den Hausverfassungen und Verträgen bestimmt. Andere Privathandlungen und Geschäfte sind nach den Gesetzen des Landes zu beurtheilen," und II, 14. §. 77: „Besondere Vorrechte des Staats . . . müssen durch ausdrückliche Gesetze bestimmt seyn", so wie mit Proj. des C. J. Fr. P. I. Lib. 3. tit. 2. §. 26: „. . . daß Wir Unsere mit Unsern Vasallen und Unterthanen entstehende Streitigkeiten nach diesem Land-Recht decidiret wissen wollen, und so wenig in modo procedendi als in decisione causarum einige Praerogativ oder Faveur verlangen".

S. auch A. G. O. I, 1. §. 2. u. I, 2. §. 40 — 42, Instr. betr. die Verhältn. der vormals unmittelb. Reichsstände v. 30. Mai 1820. §. 5 (G. S. v. 1820. S. 81 flg.), und Edict betr. die bürgerl. Verhältn. der Juden im Pr. Staate v. 11. März 1812. §. 20 (G. S. v. 1812. S. 17 flg.).

Ueber die erst im J. 1797 erfolgte Einführung des A. L. R. bei den Militär-Gerichten vgl. Public. v. 14. März 1797. (N. C. C. Th. 10. S. 981).

§. 15. D. In objectiver Hinsicht.

1) Inhalt des A. L. R. überhaupt. (s. Thöne's Handbuch des Pr. Priv.-Rechts §. 7 — 9.)

A. L. R. Einl. §. 1.: „Das A. L. R. enthält die Vorschriften, nach welchen die Rechte und Verbindlichkeiten der Einwohner des Staats, so weit dieselben nicht durch besondere Gesetze bestimmt werden, zu beurtheilen sind," vgl. mit Entwurf Einl. §. 1.: „Das A. G. B. enthält die Vorschriften, durch welche die Rechte und Verbindlichkeiten der Mitglieder des Staats überhaupt, sowohl gegen den Staat, als unter sich selbst, bestimmt

werden," so wie mit Cab. Ord. v. 17. Novbr. 1793 (oben §. 9.). — S. auch v. Carmer's Vorerinn. zum Entw. S. 8. und Note *) zu Th. I. Abth. 3. Tit. 1.: „Die näheren Bestimmungen der Verhältnisse zwischen dem Oberhaupte des Staats und seinen Unterthanen machen eigentlich das innere Staatsrecht der Pr. Mon. aus, und gehören als solche nicht in das gegenwärtige Gesetzbuch. Es giebt aber . . . einige, die auf den Privatzustand einzelner Bürger unmittelbare Beziehung haben, und wonach die Folgen ihrer Handlungen in vorkommenden Fällen von dem Richter bestimmt werden müssen. Es giebt andere, bey denen der Staat sich nur der Rechte der Privat-Personen bedient, und seine daraus entspringenden Befugnisse und Obliegenheiten gegen seine Bürger der Entscheidung der . . . Richterstühle unterworfen hat. Es giebt endlich Rechte, welche der Staat einigen seinen Bürgern zu übertragen pflegt, und woraus also zwischen diesen und andern Privat-Personen Rechte und Pflichten entstehen können. Dergleichen Verhältnisse machen unstreitig einen Gegenstand der bürgerlichen Gesetzgebung aus."

2) Theilweise Suspension der Tit. 1—3. Th. II. des A. L. R.

Publ. Pat. v. 5. Febr. 1794. Art. 7.; „Da . . . in einigen Provinzen über die im A. L. R. vorkommenden Abweichungen von den Vorschriften der bisherigen subsidiarischen Gesetze, besonders in Ansehung der Familien- und Successions-Rechte, annoch Bedenklichkeiten obwalten sollen, so erklären Wir hierdurch: daß in Ansehung dieser in den drey ersten Titeln des zweiten Theils dieses A. L. R. vorkommenden Abweichungen . . . diejenigen Stellen, . . . welche dergleichen Abweichungen enthalten, vor der Hand und während des obbestimmten zweijährigen Zeitraums (bis zur Public. nemlich der Prov.-Gesetzbücher) bei den Gerichtshöfen noch nicht zur Anwendung gebracht werden sollen. Wir verstehen inzwischen hierunter nur solche Vorschriften des A. L. R., welche das grade Gegentheil eines klaren und unstreitig recipirt gewesenen römischen oder andern fremden Gesetzes enthalten, keineswegs aber solche Stellen, welche bloß den bisher üblichen Meinungen einiger Rechtslehrer widersprechen, oder einer gewissen Erklärungsart dieses oder jenes . . . fremden Gesetzes den Vorzug beilegen, oder gar nur bisher schon zweifelhaft gewesene Rechtsfragen bestimmen." Vgl. die declarat. Rescr. v. 2. Mai 1795 (Stengel's Beitr. Bd. 8. S. 334), v. 25. Sept. 1795. (ebend. Bd. 1. S. 440) und v. 18. Febr. 1812 (v. Kamptz Jahrb. Bd. 1. S. 34).

3) Aufhebung dieser Suspension in Pommern (Rescr. v. **20.** Juli **1795.**), in Halberstadt (Rescr. v. **29.** Dezbr. **1796.**), Magdeburg (Rescr. v. **17.** Novbr. **1798.**), Ostpreußen und Litthauen (durch Publ. des Prov.-Rechts vom J. **1801.**), Schlesien (Rescr. v. **20.** Mai **1804.**). — Vgl. Erläut. der Pr. Rechtsb. Thl. **I.** Abth. **3.** S. **28** flg.

4) Nicht-Erneuerung dieser Suspension in den v. J. **1794—1803** gewonnenen, und den im J. **1814** theils wieder-, theils neu-erworbenen Provinzen, mit einziger Ausnahme des Herz. Westfalen (vgl. die betr. Publ. Pat. oben §. **12.**).

5) Fortdauer der Suspension in der Kurmark, Neumark **incl.** Cotbusser Kreis, und in dem größeren Theile Westpreußens.

6) Bestätigung und Erweiterung dieser Suspension für das Herz. Westfalen.

Publ. Pat. v. 21. Jun. 1825. §. 2.: „Das A. L. R. . . . tritt an die Stelle der . . . gemeinen Rechte und derjenigen Landesgesetze, . . . worin gemeines Recht aufgenommen, erläutert, ergänzt oder abgeändert worden ist. §. 4. Folgende Theile des A. L. R. bleiben jedoch vor der Hand von der Anwendung ausgeschlossen: Abschn. 4. Tit. 21. Th. I., Tit. 23. Th. I., die vollständigen Tit. 1 — 3. Th. II., Tit. 7. Th. II., Abschn. 1 — 6. Tit. 8. Th. II. mit Ausnahme der §. 444 — 455, nebst allen sich darauf beziehenden späteren Vorschriften. In Absicht (dieser) Gegenstände bleiben die . . . gemeinen Rechte und die darauf sich beziehenden Landes-Ordnungen (§. 2) noch vor der Hand gültig."

§. 16. II. Verhältniß des A. L. R. zu den Quellen des gemeinen Rechts.

1) Derogatorische Wirkung des A. L. R.

Publ. Pat. v. 5. Febr. 1794. Art. 1.: „Das gegenwärtige A. L. R. soll an die Stelle der in Unsern Landen bisher aufgenommen gewesenen Römischen, gemeinen Sachsen- und andern fremden subsidiarischen Rechte und Gesetze treten, also daß von . . . dem 1. Junius 1794 an auf diese bisherigen subsidiarischen Gesetze und Rechte nicht mehr zurückgegangen, sondern in vorkommenden späteren Fällen nur nach den Vorschriften des L. R. in allen Unsern unmittelbaren und mittelbaren Gerichtshöfen erkannt werden soll", und Art. 18.: „. . . es soll von dem bestimmten Zeitpunkte an kein Collegium, Gericht oder Justizbedienter sich unterfangen, diese älteren Gesetze und Verordnungen . . . . anzuwenden, oder auch nur das neue L. R. nach besagten aufgehobenen Rechten und Vorschriften zu erklären oder auszudeuten ꝛc.", vgl. mit §. 1. der späteren Publ. Pat.

Proj. des Corp. Jur Frid. P. I. Lib. 1. tit. 2. §. 5.: „Es soll künftig kein Jus Romanum, vielweniger die Authorität eines . . . Rechtsgelehrten . . . attendirt werden; allermassen Wir alle andere Rechte, Constitutiones und Edicta, welche hierin nicht begriffen seyn, hiedurch cassiren und aufheben."

2) Modificationen dieser Regel.

1. Publ. Pat. v. 1794 Art. 8 (s. oben §. 13) und Art. 9.: „In so fern nach Publ. des L. R. aus einer älteren Handlung oder Begebenheit Prozesse entstehen, und die damals vorhandenen . . . Gesetze dunkel und zweifelhaft sind, . . . so soll derjenigen Meinung, welche mit den Vorschriften des L. R. übereinstimmt oder derselben am nächsten kommt, der Vorzug gegeben werden," vgl. mit §. 4 der späteren Publ. Pat. und §. 15 des Publ. Pat. für Westfalen.

2. Einl. §. 34 flg. vgl. mit §. 23 flg. und 28 flg. (Gültigkeit der Personal-Statuten oder Gesetze des Wohnorts bei Fremden).

3. v. Carmer's Vorerinnerung zum Entw. Th. II. Abth. 3. S. 4: „Da bekanntermassen das Privatrecht der Fürstlichen Häuser in Deutschland fast durchgehends, in so fern es nicht auf Haus-

verträgen beruhet, aus dem Römischen Rechte hergenommen ist, so wird das Studium dieses letztern einem Jeden, welcher künftig in Staatsgeschäften seinem Vaterlande zu dienen gedenkt, immer unentbehrlich bleiben."

4. Austrägal-Ordnung des D. Bundes v. 16. Juni 1817 sub III, 7: „Das Erkenntniß in der Hauptsache (bei Streitigkeiten der Bundesglieder unter sich) erfolgt, in Ermangelung besonderer Entscheidungsquellen, nach den in Deutschland hergebrachten gemeinen Rechten", und Wiener Schluß-Acte v. 15. Mai 1820. Art. 21 und Art. 23.: „Wo keine besonderen Entscheidungs-Normen vorhanden sind, hat das Austrägal-Gericht nach den in Rechtsstreitigkeiten derselben Art vormals von den Reichsgerichten subsidiarisch befolgten Rechtsquellen, in so fern solche auf die jetzigen Verhältnisse der Bundesglieder noch anwendbar sind, zu erkennen."

5. Fortdauernde Gültigkeit des gemeinen canonischen Rechts in katholischen Kirchen-Sachen. — Vgl. meine Gesch. und heut. Verfassung der kath. Kirche Pr. Th. 1. S. 817 flg. und 879 flg.

S. auch Proj. des C. J. Fr. a. a. O. §. 12.: „Da nach dem Westphäl. Friedens-Schluß Unsere Cathol. Unterthanen nach ihren Principiis in Glaubens-Sachen gerichtet werden sollen, so muß auch das Canonische Recht in soweit vim legis behalten. In allen weltlichen Sachen aber wollen Wir das Jus Canonicum hierdurch aufgehoben haben ꝛc."

6. Anwendbarkeit der Reichsgesetze bis zur, und seit Auflösung der Deutschen Reichsverfassung (?). — Vgl. A. L. R. II. 11. §. 1078.: „Bei vermischten Stiften muß in den zum Deutschen Reich gehörigen Provinzen der Besitzstand des 1. Jan. d. J. 1624 beobachtet werden", und Verord. v. 21. Juni 1815 betr. die Verh. der vormal. Reichsstände sub I, a.

III. Verhältniß des A. L. R. zum Particular-Recht.

§. 17. A. Geschichte der Provincial- und Particularrechte bis zur Publication des A. L. R.

1) Ueber die anfangs beabsichtigte Ausarbeitung besonderer Provincial-Landrechte vgl. oben §. 2., u. General-Verordn. an alle Gerichte und Magisträte in der Chur-Mark, daß sie ihre Stadt-Rechte und Gewohnheiten einsenden sollen, vom 16. Oct. 1728 (Mylius Th. II. Abth. 2. S. 791.).

2) Project einer mehr compilatorischen Zusammenstellung aller Particularrechte.

1. Rescr. v. 26. Febr. 1738. §. 11.: „Gleichwie aber sich nicht füglich thun lassen will, die besondern Statuta und Jura jeder Provintz mit einfließen zu lassen" (scil. in das allg. Landrecht; s. oben §. 3); „Also habt ihr diejenigen, so bei euch eingeführt, und in Observantia sind, besonders zu colligiren und in eine Constitution unter gewisse Rubriquen . . . zu bringen; Welchem nächst, wann solche insgesammt

einge-

eingesandt und mit denen Ständen und Magistraten jeder Provintz und Stadt darüber communiciret worden, dieselben besonders publiciret werden sollen, damit solchergestalt einmal überall ein gewisses Recht etabliret werde." (ebend. Cont. I. S. 134.)

2. Proj. des C. J. Fr. a. a. O. §. 15.: „Weil auch verschiedene Provintzen, Stände und Gemeinden besondere Statuta und Privilegia haben, so sollen dieselbe diejenigen Casus, welche von diesem Land-Recht discrepiren, und dennoch von denen Provintzen und Städten gerne beybehalten werden wollen, binnen Jahres-Frist an Uns einsenden, da Wir dann dem Befinden nach dieselbe approbiren, und die besondere Jura in einer jeden Provintz durch einen Anhang dem Land-Recht beydrucken lassen werden. Wann aber binnen Jahres-Frist dergleichen Statuta nicht eingeschickt worden, so soll es lediglich bey diesem Land-Recht gelassen werden. Es wird Uns aber auch zu besonderem Gefallen gereichen, wenn die Provintzen ein uniformes Recht beybehalten, und insonderheit ratione successionis dieser Ordnung sich submittiren, folglich der Communioni bonorum . . . ratione futuri renunciren wollten."

3. Rescr. an die Justiz-Coll., Stände und Jur.-Fakult. betr. die Monita zum Project v. 21. Mai 1749: „. . . Und weil auch eine jede Provintz, ja eine jede Stadt besondere Statuta und Privilegia hat, so müßen sie solche binnen diesem Jahre gleichfalls einschicken, damit dieselbe dem Befinden nach confirmiret, und alsdann separatim gedruckt und in einer jeden Provintz dem Land-Recht beygefüget werden mögen. Es muß aber eine jede Provintz und Stadt ihre Privilegia, welche sie beybehalten wollen, in gewiße puncten eintheilen und solche mit denen Statuten und Privilegien belegen. Unter die Privilegia aber rechnen S. K. Maj. nicht, wann z. E. circa jus repraesentandi, circa arresta etc. an einigen Orthen etwas besonderes statuiret ist, weil Dieselbe diese puncten auf einen gleichen Fues in allen Dero Landen setzen werden, Wie Sie dann auch ratione Communionis bonorum . . . ratione futuri einige Aenderung zu machen willens seyn". (Hymmen's Beiträge Hft. 3. S. 174. Note 9.)

3) Behandlung des Particular-Rechts bei der Redaction des A. L. R.

1. Cab. Ord. an den Großk. v. Carmer v. 6. April 1780: „. . . Dabei aber muß Euch sagen, daß gewisse Gebräuche in den differenten Provintzien sind, wo also kein General-Gesetz zu machen stehet; man muß daher immer auf die uralten Gebräuche in den Prov. mit sehen, daß solche nicht überm Hauffen gehen . . . Also ist nicht möglich, daß ein Gesetz General sein kann, sondern bei allen Provintzien, wo differente Gebräuche sind, muß ein Unterschied gemacht werden." (v. Kamptz Jahrb. Bd. 46. S. 226.)

2. Cab. Ord. v. 14. April 1780: „. . . Da nun aber fast jede Meiner Provinzen ihre besondere Verfassung, Statuten und Gewohnheiten hat, . . . so muß für jede derselben ein eigenes Gesetzbuch gesammlet und darin alles eingetragen werden, wodurch sich die Rechte der einen Provinz von den andern unterscheiden. Weilen aber dennoch dergleichen Provinzial-Statuta und Gewohnheiten sich nur auf gewisse Gegenstände einschränken, und keine allgemeine, noch weniger aber vollständige Rechts-Regeln enthalten, . . . (so) muß . . . ein subsidiarisches Gesetzbuch, zu welchem der Richter wegen Mangel der Provinzial-Gesetze recurriren kann, angefertiget werden."

3. Rescr. des Großk. an alle Justiz-Coll. v. 15. April 1780: „Demnächst befehlen Wir Euch sämmtliche in Eurem Depart. subsistirende

und geltende Prov.-Rechte, Statute, Willkühre und entweder allgemein angenommene oder in contradictorio bestätigte Gewohnheitsrechte so genau und vollständig als möglich zu sammeln, daraus Extracte, in welchen der Sinn dieser Prov.-Gesetze, ohne sich aber mit einer übertriebenen Aengstlichkeit an die Worte zu binden, enthalten sey, zu formiren ... und einzusenden." (N. C. C. Th. 6. S. 1943.)

4. v. Carmer's Vorerinn. zum Entw. S. 6.: „Die Sammlung und Ordnung der verschiedenen Prov.-Rechte und Statuten ist ein von dem gegenwärtigen ganz verschiednes Werk. Bey diesem war die Absicht bloß, das zu ergänzen, was in solchen Special-Gesetzen entweder gar nicht oder nicht deutlich und vollständig genug bestimmt worden", und S. 11.: „... die Absicht der vorläufigen Bekanntmachung des Entw. (geht) u. a. auch dahin: damit diejenigen, denen ... die Ausarbeitung der ersten Entwürfe zu (den) Prov.-Gesetzbüchern aufgetragen worden, einen Leitfaden finden mögen, nach welchem sie sowohl die verschiednen Prov.- und statut. Verordnungen selbst, als die einzlen Sätze und Dispositionen, woraus ein dergl. Priv., Sanction oder Statutum besteht, hinter einander ordnen, und zugleich beurtheilen können, welchen von diesen ... zerstreuten Materialien in ihren für das bloße Privatrecht ihrer Provinz bestimmten Sammlungen ein Platz zukomme."

5. Cab. Ord. v. 27. August 1786. (s. oben §. 8. S. 15.)

6. Publ. Pat. zum A. G. B. v. 20. März 1791 und Circul. an alle Obergerichte v. 24. Dezbr. 1791.

4) Bestimmungen des A. L. R. über die Redaction der Prov.-Gesetzbücher.

Publ. Pat. v. 5. Febr. 1794. Art. 3.: „Die ... bisher bestandenen besondern Prov.-Gesetze und Statuten behalten vor der Hand noch ihre gesetzliche Kraft und Gültigkeit; dergestalt, daß die vorkommenden Rechts-Angelegenheiten hauptsächlich nach diesen, und nur erst in deren Ermangelung nach den Vorschriften des A. L. R. beurtheilt und entschieden werden sollen." Art. 4 u. 5. (Befehl bis zum 1. Jun. 1796 die Redaction der Prov.-Gesetzbücher zu vollenden). Art. 6.: „Bei dieser Bearbeitung soll .... die Gesetzgebung der einzelnen Provinzen mit der allgemeinen so viel als möglich in Gleichförmigkeit gebracht, die bisherige ... Verschiedenheit und Ungewißheit der Rechte nicht ohne Noth fortgepflanzt, noch auf bloße ... Präjudicata blindlings Rücksicht genommen, vielmehr abweichende Bestimmungen nicht anders, als aus sehr erheblichen Gründen, welche etwa auf die besondere Verfassung, natürliche Beschaffenheit und Lage der Provinz, oder auf gewisse ursprüngliche, ohne Nachtheil wohlerworbener Rechte nicht aufzuhebende Einrichtungen und Anstalten sich beziehen, in die Prov. G. B. aufgenommen werden 2c." Art. 7.: „Bey der Entwerfung der Prov. G. B. ist auch auf die Gewohnheitsrechte und Observanzen, .. dieser oder jener Provinz oder an einzelnen Orten ..., die erforderliche Rücksicht zu nehmen, dergestalt daß, ... in wie fern ihnen nach allgemeinen rechtlichen Grundsätzen die Eigenschaft einer rechtsgültigen Observanz zukomme, sorgfältig erwogen, die Erheblichkeit und Nutzbarkeit derselben ... geprüft, und diejenigen, deren Beybehaltung nothwendig gefunden wird, in das Prov. G. B. gehörigen Orts eingerückt werden", vgl. mit dem

in v. Kamptz Jahrb. Bd. 43. S. 35. mitgeth. Rescr. an die Magdeb. Regierung v. 22. Febr. 1788. — Vgl. auch A. L. R. Einl. §. 2 u. 3.

§. 18. B. Spätere Schicksale und heutiger Zustand des Particular-Rechts in Preußen.

1) Verhandlungen der Prov.-Justiz-Collegien mit Deputationen der Stände.

1. Verord. an sämmtl. L. J. Coll. wegen der auszuarb. Prov.-Rechte v. 22. Aug. 1798: „. . . . Die mehrsten Ständischen Deputirten haben dafür gehalten, es komme darauf an, alle Abweichungen des A. L. R. von den . . . bis jetzt befolgten sowohl vaterländischen als angenommenen fremden Rechten sorgfältig aufzuzeichnen und . . . die unveränderte Beibehaltung der letzteren im Prov. L. R. zu bewirken . . . Dies können und werden Wir als oberster Gesetzgeber in Unseren sämmtlichen Staaten nie zugeben, ... so geneigt Wir auch sind, die Aufnahme solcher einzelnen Vorschriften . . . zu gestatten, wovon die Stände jeder Provinz den Nutzen oder die Nothwendigkeit . . . aus den individuellen Verhältnissen der Provinz klar darthun werden . . . Außerdem wollen wir ihnen gestatten, auch solche Abweichungen des Landrechts von den Prov.-Gesetzen, Statuten und Observanz zur Erwägung aufzustellen, bei welchen sie erhebliche Gründe angeben können (für) die fernere Beibehaltung ꝛc. . . . . Die Prov. L. R. müssen mit dem A. L. R. Ein Ganzes ausmachen. Letzteres dient überall zum Leitfaden, und die Prov. L. R. können nur Zusätze, Ausnahmen oder nähere Bestimmungen liefern. Hieraus folgt, daß alle Materien in der durch das A. L. R. bestimmten Ordnung abgehandelt (werden müssen), und . . . jede in die Prov. L. R. aufzunehmende Vorschrift muß so gefaßt werden, daß sie als Zusatz zu denjenigen §§. des A. L. R. angesehen werden kann, welche denselben oder einen gleichartigen Gegenstand betreffen." (N. C. C. Th. 10. S. 1689.), vgl. mit dem Rescr. an das Kammer-Ger. ejusd. d. in Scholtz Prov.-Recht der Kurm. Brand. Th. 2. S. 42.

2. Cab. Ord. v. 9. Sept. 1800: „Das Werk der bürgerl. Gesetzgebung für die Pr. Staaten würde nur sehr unvollkommen bleiben, wenn die Prov. G. B. nicht auch zu Stande gebracht, und dadurch die bisherigen großen und vielen Verschiedenheiten der Prov.-Rechte und Statuten, in so weit der Nutzen und die Nothwendigkeit ihrer Beibehaltung nicht überzeugend nachgewiesen wird, abgestellt würden . . . Die Zuziehung der Stände . . . (soll) hauptsächlich auf diese Nachweisung eingeschränkt werden. Hierauf muß mit Festigkeit gehalten werden, weil sonst die bisherige Gesetzes-Verwirrung . . . nur noch mehr befestigt werden würde." (Amelang's Neues Archiv Bd. 1. S. 318.), vgl. mit der Gegen-Vorstellung der Märkischen Stände, des Inhalts: „Unter der Qualification der Nothwendigkeit ließe sich nicht nur dasjenige, welches den unentbehrlichen Bedürfnissen einer Prov. oder ihrer Einwohner, sondern auch alles dasjenige bringen, was ihren nicht freiwillig aufgegebenen Rechten gemäß sei; auf der andern Seite könne es bei der Beurtheilung der Nützlichkeit eines alten Gesetzes auch wohl nicht bestritten werden, daß dessen Schädlichkeit als Grund der Verwerfung, nicht aber dessen Nützlichkeit als Grund der Beibehaltung nachzuweisen sein würde ꝛc." (v. Kamptz Jahrb. Bd. 43. S. 46.)

2. Publ. Pat. v. 24. März und 16. Mai 1803. §. 2. (s. oben §. 12.)

2) Resultate dieser Redactions-Verhandlungen.

a. Ostpreußisches Provinzialrecht. Berlin bei Nauck 1801., de publ. 4. Aug. 1801. (Thl. I. u. Thl. II. Tit. 1—4.) u. 6. März 1802 (Thl. II. Tit. 5 flg.). — Vgl. über die Vorarbeiten Jacobson's Gesch. d. Quellen des Kirchenrechts des Pr. Staats Thl. I. Bd. 2. S. 191 u. 201.

b. Ueber die übrigen Provinzen vgl. Krause's Bericht über die Prov.-Gesetzgebung., in v. Kamptz Jahrb. Bd. 18. S. 99 flg., und die §. 19. angeführten Bearbeitungen des Provincial-Rechts. — S. auch Homeyer in den Jahrb. für wissensch. Kritik. Jahrg. 1829. Nr. 87 flg.

3) Hintansetzung des Particularrechts in der Praxis, und Einfluß der neuern Gesetzgebung auf dessen Gültigkeit.

4) Theilweise Aufhebung des Particularrechts in Folge der Einführung des Französischen Rechts.

Loi du 30. Ventose An. XII. (31. März 1804) Art. 7.: „Les Lois Romaines, les ordonnances, les coutûmes générales ou locales, les statutes, les règlements cessent d'avoir force de loi générale ou particulière, dans les matières, qui sont l'objet des lois composant le présent Code." Westphäl. Decr. v. 21. Sept. 1808: „Die römischen, canonischen und ehemal. deutschen Reichsgesetze, wie auch die besonderen Gesetze und Verord. der Länder, aus welchen das Königr. besteht, ingleichen die allg. und örtlichen Observanzen und Gewohnheiten, Statuten und Vorschriften (sollen) in Ansehung der Gegenstände, worüber der Code Nap. Verfügungen enthält, aufhören, die Kraft eines allg. oder besonderen Gesetzes zu haben." — Vgl. auch Großh. Warsch. Verord. v. 27. Jan. 1808, Aremb. Verord. v. 28. ejusd., Berg. Verord. v. 12. Novbr. 1809.

5) Bestätigung dieser Aufhebung bei Publication des A. L. R. in den wieder- und neugewonnenen Provinzen.

1. Publ. Pat. v. 9. Sept. 1814 (für die wiedergew. Deutsch. Prov.) §. 2.: „Die in den einzelnen Prov. und Orten bestandenen besondern Rechte und Gewohnheiten sollen, in so fern sie durch die unter den vorigen Regierungen eingeführten Gesetze aufgehoben und abgeschafft sind, auch fernerhin nicht mehr zur Anwendung kommen. An deren Stelle treten die Bestimmungen des A. L. R. Dahingegen hat es bei denjenigen Prov.-Gesetzen und Gewohnheiten, welche deshalb, weil sich über den Gegenstand derselben in den bisherigen Gesetzen keine Vorschriften finden, als fortbestehend beibehalten worden, auch künftig noch sein Bewenden, wie denn auch die aufgehobenen Prov.-Rechte wieder volle Wirksamkeit in allen den Fällen erhalten, in welchen das A. L. R. über den Gegenstand derselben keine Bestimmungen enthält."

2. Publ. Patt. v. 9. Novbr. 1816 (für Culm ꝛc. und Posen) §. 2.: „Die in den ꝛc. ꝛc. .... des A. L. R., und wo diese fehlen sollten, die Analogie des Rechts nach Anleitung der §. 49. der Einl. gegebenen Vorschrift." — Ueber die für Danzig bestehende Ausnahme vgl. Leman's Prov. Recht der Pr. Westpreußen Bd. 3. Einl. §. 17 flg. und 22 flg.

3. Publ. Pat. v. 15. Novbr. 1816 (für Sächs. Prov.) §. 2.: „Das A. L. R. mit den nachher erfolgten gesetzlichen Bestimmungen tritt an die Stelle der bisher zur Anwendung gekommenen allgemeinen Landes- und der subsidiarischen Gesetze ꝛc. ꝛc. §. 3. Die in einzelnen Provinzen und Orten bisher bestandenen besondern Rechte und Gewohnheiten behalten noch fernerhin ihre gesetzliche Kraft und Gültigkeit. §. 4. Auf gleiche Art soll es in allen Lehnssachen bei den bisherigen Gesetzen und Verfassungen so lange verbleiben, bis Wir darüber nähere Vorschriften ertheilen werden." — Vgl. über die Deutung und den Sinn dieses §.: Pinder's Sächs. Prov. Recht Th. 2. Einl. S. 4 flg. und v. Harthausen in v. Kamptz Jahrb. Bd. 43. S. 78 flg.

4. Publ. Pat. v. 21. Jun. 1825 (für Westf.) §. 2 (s. oben §. 15. S. 23.), §. 3.: „Die in den einzelnen Landestheilen und Orten bestehenden besondern Rechte und Gewohnheiten, desgl. diejenigen Landes-Ordnungen oder Bestimmungen derselben, welche sich auf Prov. Rechtsverhältnisse beziehen, behalten noch fernerhin ihre gesetzliche Kraft und Gültigkeit." §. 4. (s. oben §. 15.) und §. 5.: „Auf gleiche Weise soll es in Absicht der bestehenden Lehen bei den bisherigen Gesetzen ꝛc. (wie im Pat. v. 15. Nov. 1816.)

6) Uebersicht der zur Zeit bestehenden Verhältnisse:

1. in den alten Provinzen, a) in Ostpreußen u. Litthauen, b) in den übrigen Provinzen.
2. in den wiedergewonnenen Provinzen, a) östlich der Oder, b) zwischen Elbe und Rhein.
3. in den neuerworbenen Provinzen, in welchen das A. L. R. gilt.
4. in den neuerworbenen Provinzen, wo gemeines Recht noch besteht.
5. in den Provinzen mit französischer Rechts-Verfassung.

§. 19. C. Neue legislative Redaction des Provincial-Rechts.

1) Wieder-Anregung der Angelegenheit und wissenschaftliche Vorarbeiten.

v. Kamptz, die Provinzial- und statutarischen Rechte in der Preuß. Monarchie. 3 Thle. Berlin 1826—28. (Zusammenstellung der Quellen und Litteratur; Thl. 1. Brand., Preußen, Sachsen u. Schlesien, Thl. 2. Pommern und Westphalen, Thl. 3. Cleve, Jülich und Berg, Großh. Niederrhein, Lausitz und Posen.)

Fr. H. v. Strombeck, Provincialrechte aller zum Preuß. Staat gehörenden Länder und Landestheile, insoweit in denselben das A. L. R. Gesetzeskraft hat. Leipzig 1827 flg. (unvollendet.)

2) Ausdehnung der Gesetz-Revision auf die Provincial-Rechte.

Cab. Ord. v. 28. Jan. 1826 (s. ob. §. 11.) u. v. 5. März 1831: „... Eine besondere Aufmerksamkeit ist hierbei auf die Bestimmung wegen der Suspension der 3 ersten Titel des II. Theils des L. R. für diejenigen Prov., woselbst sie noch fortdauert, zu richten, und ein endlicher Termin, bis zu welchem die Prov.-Gesetze, namentlich über die Erbfolge und über die Ehe, promulgirt werden müssen, zu ermessen. An sich

erscheint es zweckmäßig, daß an die Abfassung der Prov.-Rechte erst nach vollendeter Revision der allgemeinen Gesetze Hand gelegt werde; in wie weit jedoch schon während des Revisions-Geschäfts vorläufige Einleitungen getroffen werden können, um die bereits gesammelten Provincial-Gesetze, es sei im Ganzen oder in einzelnen Theilen, einer definitiven ständischen Berathung zu übergeben, stelle Ich .. in Berücksichtigung des Ganges der allgemeinen Revision anheim ꝛc." S. auch Cab. Ord. v. 9. Febr. 1832 u. 17. Dezbr. 1838.

Vgl. Resultate d. im J. 1841 in Br, Pom., Pos., Pr., Sachs., Schles. u. Westf. abgehaltenen Prov.-Landtage. Berlin 1841. S. 146 flg.

3) Neuere Bearbeitungen des Prov.-Rechts, nebst (Privat-) Entwürfen zu den Provincial-Gesetzbüchern *).

1. Provinz Preußen.

a. Leman's Versuch eines Anhangs zum Ost-Preuß. Provincial-Recht. Insterb. 1816, und dessen Handbuch über das Ostpreuß. Provincialrecht. 3 Hefte. 1821—26. — Ueber die neue Revision des Ost-Pr. Prov.-Rechts vgl. Jacobson a. a. O. S. 220 flg.

b. † Leman's Provincialrecht der Prov. Westpreußen. Leipzig 1830. 3 Bände (Bd. 1. u. 2. Prov.-Recht der Districte des Pr. L. R. v. 1721., Bd. 3. die Statutarrechte der St. Danzig) und dessen histor.-geogr. Einleitung in die Prov.-Rechte Westpr. Marienwerder 1830. — Vgl. auch Jacobson a. a. O. S. 260.

2. Provinz Pommern.

a. Das Provincial-Recht des Herz. Alt-Vor- u. Hinter-Pommern nach Ordn. des A. L. R. Stettin 1835, Das Statutar-Recht der Städte des H. A.-V.- u. H.-P. u. s. w. ebend. 1836, Zettwach, das Pommersche Lehnrecht nach seinen Abweich. von den Grundss. des Pr. A. L. R. Leipzig 1832.

b. * Das Prov.-Recht des Herz. Neu-Vor-Pommern und des Fürst. Rügen. 6 Thle. Greifsw. 1836—37.

3. Provinz Schlesien.

a. Beiträge zur Kenntniß des Schlesischen Prov.-Rechts f. Geschäftsmänner. Breslau 1830, Stylo, das Prov.-Recht von Nieder-Schlesien histor. krit. erläutert, nebst einer Uebersicht des Ober-Schles. Prov.-Rechts von Westarp. ebend. 1830 (auch als 1. Fortss. der Beiträge), Fr. W. Pachaly, das Schlesische Prov.-Recht. ebend. 1831, Zöllmer, Uebersicht der Ober-Schlesischen Prov.-Gesetze in v. Kamptz Jahrb. Bd. 49. S. 357 flg.,

---

*) Die zur Strombeck'schen Sammlung gehörigen Werke sind mit †), die durch die Gesetz-Revision veranlaßten, und unter amtlicher Genehmigung als Privat-Arbeit bekannt gemachten mit *) bezeichnet worden, die Bearbeitungen einzelner Materien des Prov.-Rechts unberücksichtigt geblieben.

* A. Wentzel, das jetzt bestehende Prov.-Recht des Herz. Schlesien u. der Grafsch. Glatz. Breslau 1837, Uber, die Statuten der Stadt Breslau. ebend. 1832, u. Wentzel, Skizze des Schlesischen Localrechts, in v. Kamptz Jahrb. Bd. 52. S. 367 flg.

b. Das Prov.-Recht der Preuß. Ober-Lausitz, nach Ordn. des A. L. R. Breslau 1837.

4. Provinz Brandenburg.

a. * C. Scholtz, das jetzt bestehende Prov.-Recht der Kurmark Brandenburg. 3 Bd. in 2 Abthl. Berlin 1834.

b. * W. v. Kunow, das jetzt bestehende Prov.-Recht der Neumark. Berlin 1836.

c) * J. W. Neumann, das Recht der Markgr. Nieder-Lausitz. Frkfurt 1837, und dessen Nieder-Lausitzisches Lehnrecht, in v. Kamptz Jahrb. Thl. 44. S. 199 flg.

Vgl. auch Sammlung derProv. und statut. Gesetze in der Mark Brandenburg. 3 Abth. Berlin 1832. 33, A. Fr. Riedel, Magazin des Prov. und statutar. Rechts der M. Brandenb. und des Herz. Pommern. 3 Bde. Berlin 1837—39, und Zusammenst. der in der Kur- u. Neumark in Beziehung auf das Erbrecht geltenden Localrechte u. Observanzen, in v. Kamptz Jahrb. Bd. 50. S. 3 flg.

5. Provinz Sachsen.

a. Heinemann, die statutarischen Rechte für Erfurt u. sein Gebiet. Erfurt 1822.

b. † L. A. W. Lentze's Prov.-Recht des Fürst. Halberstadt und der Graf.- u. Herrsch. Hohenstein, Regenstein u. Derenburg. Lpzg. 1827, und Prov.-Recht der Grafschaft Wernigerode, in v. Kamptz Jahrb. Bd. 48. S. 329 flg.

c. * Hartmann, das Prov.-Recht des Fürstenth. Eichsfeld. Berlin 1835, u. Gothe's Gesch. Darst. der Rechts- u. Just.-Verf. v. Treffurt, in v. Kamptz Jahrb. Bd. 53. S. 266 flg.

d. * A. W. Götze, das Prov.-Recht der Altmark nach seinem Standpunkte im J. 1835. 2 Bde. Magdeb. 1836.

e. * Pinder, das Prov.-Recht der Kön. Pr., vormals Kön. Sächs. Landestheile mit Ausschluß d. Lausitz. 2 Thle. Lpzg. 1836.

f. * W. v. Klewiz, das Prov.-Recht des Herz. Magdeburg und der Grafsch. Mansfeld altpr. Antheils. 2 Thle. Magd. 1837.

6. Provinz Westfalen.

a. † C. A. Schlüter, Prov.-Recht der Prov. Westfalen. 3 Bde. Lpzg. 1829, 30 u. 33 (Bd. 1. Fürst. Münster u. Grafsch. Steinfurt, Bd. 2. Grafsch. Tecklenburg u. Lingen, Bd. 3. Grafsch. Recklinghausen), und Evelt, das in der Grafsch. Recklinghausen bestandene Prov.-Recht, bei v. Kamptz Bd. 30. S. 3 flg.

b. P. Wigand, die Prov.-Rechte der Fürstenth. Paderborn u. Corvey in Westfalen, nebst ihrer rechtsgesch. Entwickelung u. Begründung. 3 Bde. Lpzg. 1832.

c. Dessen Prov.-Rechte des Fürst. Minden, der Grafsch. Ravensberg und Rietberg ꝛc. 2 Bde. ebend. 1834.

d. * G. F. W. Rintelen, das Prov.-Recht des Herz. Westfalen und der Grafsch. Wittgenstein. 2 Thle. Paderb. 1837, J. S. Seibertz, die Statutar- u. Gewohnheits-Rechte des Herz. Westfalen. 1. Bd. Arnsberg 1839, u. Kühlwetter, das Arensberger Statutar-Recht, in v. Kamptz Jahrb. Bd. 46. S. 36 flg.

7. Rhein-Provinz.

a. Scotti's Sammlung d. Gesetze u. Verordn., welche in den ehemal. Herz. Jülich, Cleve u. Berg ... ergangen sind v. J. 1475—1815. 4 Thle. Düsseld. 1821. 22, Samml. d. G. u. V. im Herz. Cleve u. d. Grafsch. Mark v. J. 1418—1815. 5 Thle. ebend. 1826 flg., Samml. d. G. u. V. ꝛc. in dem vormal. Churf. Cöln v. J. 1463—1816. 3 Abth. ebend. 1830. 31, Samml. d. G. u. V. in dem vormal. Churf. Trier v. J. 1310—1802. 3 Thle. ebend. 1832, Samml. d. G. u. V. ꝛc. in den Grafschaften Wied, Runkel Sayn-Altenkirchen ꝛc. 4 Thle. 1836, R. Maurenbrecher, die Rheinpreußischen Landrechte. 2 Thle. Bonn 1330. 31, W. v. d. Rahmer, Handb. des Rheinischen Partic.-Rechts. 3 Bde. Frankfurt 1831 flg.

b. Hertel's Rechtsverfassung der zum Reg.-Bez. Coblenz gehörigen Ostrheinischen Landestheile. Coblenz 1829.

IV. Verhältniß des A. L. R. zur übrigen Landes-Gesetzgebung.

§. 20. A. Zu den älteren Landes-Verordnungen.

Publ. Pat. v. 5. Febr. 1794. Art. 2.: „Eben so tritt dies A. L. R. an die Stelle der über einzelne Rechtsmaterien von Zeit zu Zeit ergangenen allgemeinen Edicte und Verordnungen, welche bisher in allen Unsern Provinzen als gemeine Landesgesetze gegolten haben, indem ... diese ... bey den Gegenständen, welche sie betreffen, gehörigen Orts aufgenommen und eingeschaltet worden. In so fern jedoch in dem L. R. auf ein solches ... Edict oder Verordn. Bezug genommen ... worden, versteht es sich von selbst, daß dergleichen E. u. V. seine gesetzliche Kraft in Ansehung aller Stellen und Vorschriften, die nicht etwa im L. R. ausdrücklich geändert sind, nach wie vor beibehalten", und Art. 18 zu E.: „Alle ältere Gesetze, Edicte und Verordn., an deren Stelle das neue L. R. nach §. 1 u. 2. ... treten soll, werden hierdurch gänzlich aufgehoben und abgeschafft ꝛc.", vgl. mit A. L. R. Einl. §. 1. (oben §. 15.) u. Rescr. v. 12. Oct. 1795. (N. C. C. Thl. 10. S. 1873.)

Publ.

Publ. Pat. vom 15. Novbr. 1816. §. 2. und vom 21. Juny 1825. §. 2. (s. oben §. 18. S. 29.)

S. auch Proj. des C. Jur. Frid. Eingang §. 10. (s. oben §. 5.)

§. 21. B. Zu den andern Gesetzbüchern.

Vgl. Ergänz. u. Erläut. der Pr. Rechtsb. Thl. III. Abth. 1. S. 10.

§. 22. C. Zu den neueren Verordnungen.

Publ. Pat. vom 9. Sept. 1814. §. 1.: „Vom 1. Januar 1815 an soll Unser A. L. R. nebst den dasselbe abändernden, ergänzenden oder erläuternden Bestimmungen ... wieder volle Kraft haben."
Publ. Pat. v. 9. Novbr. u. v. 15. Novbr. 1816 u. 21. Jun. 1825. §. 1.

Cab. Ord. v. 8. Aug. 1830 betr. die Unanwendbarkeit des Ed. v. 11. März 1812. über die bürgerl. Verf. der Juden in den neu- und wiedererworbenen Prov. (G. S. v. 1830. S. 116.), Rescr. d. Min. d. Innern v. 19. Febr. 1836 über Fortbestand der Zunft-Verf. in den gedachten Landestheilen (v. Kamptz Annal. der Pr. St. Verw. Bd. 20. S. 218.). Ueber die Aufhebung der Bannrechte in diesen Prov. durch specielle Verordn., und über besondere Einführung der Städte-Ordnung s. Erläut. der Preuß. Rechtsb. Th. I. Abth. 1. S. 967., Abth. 2. S. 742 flg.

§. 23. V. Allgemeine Charakteristik der landrechtlichen Gesetzgebung.

Vgl. J. G. Schlosser über die Gesetzg. überhaupt und den Entwurf des Pr. G. B. insbesondre, Frankf. 1787 u. 90. 2 Th., Chr. D. Erhard's Versuch einer Kritik des A. G. B. für die Pr. St. Dresd. 1792., v. Savigny vom Beruf unsrer Zeit zur Gesetzg. S. 87 fl., Sietze Grundbegr. d. Pr. Staats- u. Rechtsgesch. S. 15. 46. 562. 606. 673., Gans Beitr. zur Revis. der Pr. Gesetzg. H. 1. S. 15., H. 2. S. 100., Thöne a. a. O. §. 5. 6., Bornemann Systemat. Darst. des Pr. Civilrechts §. 26—28.

§. 24. VI. Ausgaben und Uebersetzungen des A. L. R.

Vgl. v. Strampff in d. Zeitschr. für wissensch. Bearb. des Pr. Rechts. B. 1. S. 214 flg.

1) Ausgaben.

1. Ausg. v. J. 1791. bei Decker (unter dem Titel A. G. B. für die Pr. St.) in latein. u. deutscher Schrift. — 2. Ausg. v. 1794. (u. d. Tit. A. L. R. f. d. Pr. St.) bei Pauli und Decker, und Decker u. S., gleichfalls in latein. und deutsch. Schrift. — 3. Ausg. v. 1804. bei Nauck (mit eingeschaltetem Anhange). — 4. Ausg.

v. 1806. bei Nauck (ohne Tit. 20. Th. II. und mit abweich. Zählung im Tit. 1. Th. II.). — 5. Ausg. v. 1817. bei Nauck (mit dem Tit. 20. Th. II.). — 6. Ausg. v. 1821. bei Nauck (mit Bericht. v. Druckf.). — 7. Ausg. v. 1835. bei Nauck (12mo und latein. Schrift).

Allg. Landrecht für die Pr. Staaten, in Verbindung mit den dasselbe ergänzenden ꝛc. Gesetzen, Kab.-Verordn. u. Just. Min. Rescr., herausg. von A. J. Mannkopff. Berlin bei Nauck 1837 flg.

2) Uebersetzungen.

1. Jus Borussico - Brandenburgensicum commune. Ex Germanico latine versum. Berol. 1800 ap. Nauck. (v. Stadt-Präsid. Eisenberg, im Auftrage der Ges.-Commission).

2. Code général pour les Etats Prussiens, traduit en français par les membres du bureau de la législation étrangère et publié par ordre du Grand Juge. Paris chez Gallard 1803. 5 T.

3. Powszechny Prawo Krajowe. 5 Tom. Posen b. Decker 1833.

Vgl. C. O. v. 20. Jun. 1816.: „. . . nur versteht es sich von selbst, daß bei allen diesen Uebersetzungen (des A. L. R., der A. G. O. ꝛc., der G. S., der A. Bl.) der deutsche Text das eigentliche Gesetz bleibt, und bei etwaniger Dunkelheit der Erklärung zum Grunde gelegt werden muß."

VII. Wissenschaftliche Bearbeitung des Pr. Rechts.

§. 25. A. Allgemeine Bemerkungen.

Vgl. Bornemann a. a. O. §. 30., Thöne a. a. O. §. 17 flg. und Abegg Bemerkungen über das Studium der Rechtswissenschaft mit besonderer Beziehung auf Preußen. Bresl. 1831.

1. Proj. des Corp. Jur. Frid. Vorr. §. 28. sub. IX.: „Und damit die Privati, insonderheit aber die Professores keine Gelegenheit haben mögen, dieses Land-Recht durch eine eigenmächtige Interpretation zu corrumpiren, so haben S. Kön. Maj. bey schwerer Strafe verboten, . . . einen Commentarium über das gantze Land-Recht oder einen Theil desselben zu schreiben; oder der Jugend Limitationes, Ampliationes oder Exceptiones contra verba legis an die Hand zu geben, oder dergleichen ex ratione legis zu formiren, allermassen bloß denen Advocaten in denen Processen identitatem rationis anzuführen erlaubt, und denen Richtern ex identitate rationis zu decidiren freygelassen ist. Daher die Professores bloß der Jugend das Systema bekannt machen, und derselben die Principia generalia deutlich vortragen . . sollen und müssen", vgl. mit §. 29. und P. I. Lib. 1. tit. 2. §. 7 und 8.

2. v. Carmer's Vorerinnerung zum 6. Th. des Entwurfs (über die künftige Einrichtung des academischen Studiums, und das zur Preis-Bewerbung gestellte Lehrbuch des Preuß. Rechts), vgl. mit Publ. Pat. v. 5. Febr. 1794. Art. 18 zu E., u. A. L. R. Einl. §. 6 u. 46 flg.

3. Verordn. des Minist. der G. U. und M. Ang. v. 26. Juni 1826.

§. 26. B. Litterar-Notizen.

1) Bibliographische Werke.

1. v. Massow Handb. der Litteratur, angehenden Justizbed., vorz. den Preuß. Justiz-Referend. gewidmet. 2 Th. Berlin 1794.

2. v. Kamptz Literatur des Pr. Rechts. Bd. 1. Gießen 1807.

3. (Hoffmann) Bibliothek für Pr. Juristen und Kameralisten. Berlin 1815.

4. Hafemann, Bibliothek des Preuß. Rechts. Berlin 1835.

2) Zusammenstellungen der neueren Verordnungen u. s. w. und Repertorien.

1. Sammlung aller bisher ergangenen Entscheidungen der Gesetz-Commission. 2 Th. Berlin 1794 u. 96.

2. Hoffmann Repertorium der Pr. Brand. Landesgesetze, mit Hinweisung auf das A. L. R., A. G. O. ꝛc. Th. 1 mit 3 Forts., Th. 2—4. Züllichau 1800—1814.

3. Paalzow Handb. für pract. Rechtsgelehrte in den Pr. Staaten. 3 Bde. Berlin 1802 u. 3., 3te Ausg. 5 Bde. ebend. 1816—19.

4. Rabe Samml. Preuß. Ges. und Verordn., welche auf die allg. Hyp., Ger., Crim. u. Städte-Ordn., auf das A. L. R. ꝛc. Bezug haben, nach der Zeitfolge geordnet. Bd. I. in 7 Abth. u. II—XII. n. Suppl. Bd. (19 Th.). Halle 1816—23.

5. Rabe neues Hülfsbuch für prakt. Jur. in d. P. St. beim Gebrauche des A. L. R. u. s. w., oder dreyfaches Repert. der P. Ges. und Verordn. zur schnelleren und sichern Auffindung der gesetzl. Bestimmungen. 3 Th. (Th. 1. nach legaler, Th. 2. nach alphab., Th. 3. nach chronol. Ordn.). Berlin 1825—27.

6. v. Strombeck Ergänzungen des A. L. R., enth. eine vollst. Samml. aller noch geltenden, das A. L. R. abändernden ꝛc. Ges., Verordn. u. Min.-Verf. 2 Th. Lpzg. 1822.; 2te Ausg. 1825. (mit Fürstenthal's Nachträgen. Bresl. 1829.); 3te Aufl. 3 Bde. 1829., nebst 2 Nachträgen. Halberst. 1832. u. Bresl. 1833.

7. Fischer Repertorium des neuesten Pr. Rechts oder wesentl. Inhalt der Pr. Ges. u. Min.-Verordn., welche Abänd. ꝛc. des A. L. R. ꝛc. enthalten. 2 Th. 2te Aufl. Oels 1824. 25., nebst Forts. bis z. J. 1839. Breslau 1839.

8. Strümpfler Allegate zum A. L. R., Ger., Crim., Hyp. und Dep. Ordn. ꝛc. 2 Bände 2te Aufl. Halberst. 1828. (Bd. 1. z. A. L. R.).

9. Gräff Sammlung sämmtl. Verordn., welche bis jetzt in den Kamptz'schen Jahrb. erschienen sind, nach den Materien zusammeng. Berlin u. Bresl. 1830 flg. (bis jetzt 13 Bände).

10. Richter Repertorium der Kön. Pr. Landesges. ꝛc., enth. eine alphab. Zusammenst. aller Gegenstände der Gesetzg. mit den darauf bezügl. Verordn. u. Erläut. 7 Bände. Lpz. 1832 flg.

11. Mannkopff Ergänzungen u. Abänderungen der Pr. Gesetzb. 6 Bde u. 1 Suppl. Bd. Berlin 1835 flg.

12. Gräff, Koch, v. Rönne, Simon u. Wentzel Ergänzungen u. Erläuterungen der Pr. Rechtsbücher durch Gesetzgebung u. Wissenschaft. Th. I. (in 4 Abth. die Erg. u. Erl. des A. L. R. enth.). Breslau 1838 flg.

3) Commentare.

1. (Stenger) Versuch eines Commentars über das A. L. R. in Briefen. Bd. 1 in 2 Abth. Lpz. u. Züllichau 1797, 98. (unvollendet).

2. Commentar zum A. L. R., oder Erläut. des A. L. R. u. Vergleichung desselben mit dem gem., besonders röm. Rechte. 2 Th. Breslau 1804—6 (gleichfalls unvollendet).

3. Merkel histor.-kritischer und exeget. Commentar zum A. L. R. 2 Th. 2te Aufl. Breslau u. Lpz. 1812.

4. Bielitz pract. Commentar zum A. L. R. 8 Bände u. 2 Bände Nachtr. Erfurt 1823—32., 2te Aufl. 1835 flg.

4) Hand- und Lehrbücher.

1. v. Goßler Handb. gemeinnütziger Rechtswahrheiten für Geschäftsmänner nach Anleit. des A. L. R. Berlin 1794., 3te Ausg. von v. Strampff. ebend. 1826.

2. v. Eggers Lehrb. des Natur- und allgem. Privat Rechts, und gemeinen Preuß. Rechts. 4 Bde. Berlin 1797.

3. Werdermann Einleit. in das gemeine Recht der Kön. Pr. Staaten. 2 Bde. Lpz. 1797.

4. Klein System des Preuß. Civilrechts, mit Hinweisung auf das gem. Recht. 2 Bände. Halle 1801., neu bearbeitet von v. Rönne, ebend. 1830., 2te Ausg. dieser Bearb. ebend. 1836.

5. Hübner System des A. L. R. für die Pr. St., nach Thibaut's System. 2 Bde. Hildesh. 1806.

6. Fürstenthal Institut. des allg. Pr. Civil- u. Crim.-Rechts. 1827.

7. Temme Handbuch des Preuß. Civilrechts, und Handb. des Pr. Privatrechts. Lpz. 1832 u. 35.

8. Thöne ausführl. system. Handb. des Preuß. Privatrechts. Leipzig 1833 u. 35 (bis jetzt nur 1. Band in 2 Th., u. d. Tit.: Fundamental-Lehren des Pr. Priv. Rechts).

9. Bornemann system. Darstellung des Preuß. Civilrechts, unter Benutzung der Materialien des A. L. R. 6 Bde. Berl. 1833—39. (2te Ausg. Bd. 1 u. 2. 1837.).

5) Monographieen. (s. unten bei den einzelnen Materien).

6) Zeitschriften.

1. (v. Hymmen) Beiträge zur jurist. Litter. in den Pr. Staaten. 8. Samml. Berlin 1775—90.

2. Klein Annalen der Gesetzg. u. Rechtsgelehrs. in den Preuß. Staaten. 26 Bde. Ebend. 1788—1809.

3. Eisenberg u. Stengel Beiträge zur Kenntniß der Justizverf. und der juriſt. Litteratur in den Pr. Staaten. 6 Bände nebst Reg. ebnd. 1795—99., u. Stengel neue Beitr. ꝛc. 12 Bde. 1799—1804.

4. Amelang und Gründler Archiv des Pr. Rechts. 3 Bände. ebend. 1799—1800., und Amelang neues Archiv der Pr. Gesetzg. und Rechtsgelehrs. 4 Bde. 1800—1806.

5. Paalzow Magazin der Rechtsgel. in den Pr. Staaten. 7 Bde. Berl. 1801—4., 2te Aufl. 1816.

6. Matthis allgem. juriſt. Monatsschrift für die Pr. Staaten. 11 Bde. nebst Reg. Berl. 1805—11.

7. v. Kamptz Jahrb. für die Pr. Gesetzgebung, Rechtswissenschaft und Rechtsverwaltung, im Auftr. des K. Just.-Minist. Berlin 1814 flg. (jährl. 2 Bände, bis jetzt 54 Bde.).

8. Simon und v. Strampff Zeitschrift für wissensch. Bearbeit. des Pr. Rechts. 3 Bände bis jetzt. Berlin 1828. 34. und 36.

9. Simon u. v. Strampff Rechtssprüche der Pr. Gerichtshöfe. 4 Bde. bis jetzt. Berlin 1828. 30. 34. 36., und Entscheidungen des Kön. Geh. Ober-Trib. 4 Bde. bis jetzt. ebend. 1837—40.

10. Ulrich, Sommer und Böle neues Archiv für Pr. Recht u. Verf., so wie für Deutsch. Priv. Recht. Arnsberg 1834 flg. 6 Jahrg. Neue Folge 1840 flg.

11. Koch und Baumeister Schlesisches Archiv für die practische Rechtswiss. Bresl. 1837 flg. (bis jetzt 4 Bde.)

12. Bobrik und Jakobson Zeitschr. für Theorie u. Praxis des Pr. Rechts. 1. Heft. Marienwerder 1834 (nicht mehr erschienen).

13. Juristische Zeitung f. d. K. Preuß. Staaten. 4. Berl. 1832—36.

14. Rauer's Central-Blatt für Preuß. Juristen. 4. ebnd. 1837 flg. (5 Jahrg. bis jetzt).

15. Hinschius juristische Wochenschrift für die Preuß. Staaten. 4. ebend. 1835 flg. (7 Jahrg. bis jetzt).

16. Justiz-Ministerial-Blatt für die Pr. Gesetzg. u. Rechtspflege. Herausg. im Bureau des Just.-Minist. 4. Berlin 1839. flg.

7) Sammlungen von Abhandlungen.

1. Paalzow Observ. ad jus Borussicum commune. Fasc. 1—8. Berol. 1796.—99.

2. (Siewert) Materialien zur wissensch. Erklärung der neuesten allg. Preuß. Landesgesetze. 8. Hft. Halle 1800—1807.

3. Gans Beiträge zur Revision der Preuß. Gesetzg. 6 Hefte. Berlin 1830—32.

4. Schröter Civil. Versuche im Gebiete des Pr. Rechts. 1 Heft. Berlin 1837.

§. 27. C. Plan dieser Vorlesung.

Erstes Buch.

Allgemeine Lehren.

Erstes Kapitel.

Von den Rechtsquellen.

§. 28. I. Einleitung. (Vgl. Bornemann a. a. O. §. 32., Thöne a. a. O. §. 47. 55. 56.)

Einl. §. 85.: „Rechte und Pflichten, welche aus Handlungen oder Begebenheiten entspringen, werden allein durch die Gesetze bestimmt.“ vgl. mit Einl. §. 5 u. 6. — S. auch Entw. Einl. §. 1. flg. u. §. 87 flg.

II. Von den Gesetzen.

§. 29. A. Abfassung derselben. (B. §. 33., Th. §. 23. 24.)

1) Aeltere Gesetzgebung.

Verordn. v. 24. Aug. 1717 § 1.: „Sobald S. K. M. allergn. resolviret, Dero gefaßten Schluß, Willen und Befehl in Geist- oder Weltlichen Sachen dem gantzen Lande bekandt zu machen und durch ein gedrucktes Edictum zu publiciren: So soll dasjenige Collegium, darinn das Edictum abgefasset oder die Ausfertigung desselben committiret worden, dafür sorgen, daß die Exemplaria in zureichender Zahl . . gedrucket werden ꝛc.“ (C. C. M. Th. II. 1. S. 615).

Ver. v. 25. März 1719: „Demnach Wir, . . . wann und so offte etwas, es sey in was vor Materie es wolle, im Druck zu publiciren vorfället, davon jedesmal das . . . Project vorher an Uns zu Unserer Approbation und eigenhändigen Unterschrifft, auch der gewöhnlichen Contrasignatur desjenigen von Unsern hiesigen Ministris, in dessen Departement die Sache gehöret, eingesandt, und demnächst auf solche und keine andere Arth zu den Druck und der Publication gedachter Patente geschritten wissen wollen ꝛc.“ (ebend. S. 671). — Vgl. auch Rescr. an das Kammerger. v. 3. Jan. 1728 (ebend. S. 790.).

2) Bestimmungen des A. L. R.

1. Cab. Ord. v. 14. April 1780: „. . . . es muß, wenn sich in der Folge Zweifel und Mängel an den Gesetzen ꝛc. finden, der Ges.-Comm. davon Nachricht gegeben, von dieser die Sache, mit Rücksicht auf den Sinn und die Absicht der übrigen Ges., unter Eurem Vorsitze genau in Erwägung gezogen, und . . . Mir gutachtlicher Bericht darüber erstattet werden" (s. auch oben §. 6.), und Pat. wegen Errichtung der Ges.-Comm. v. 29. Mai 1781 §. 14.: „Es soll auch, wenn irgend Jemand von Unsern Ministern oder eines von Unsern Dicasterien wegen Ertheilung neuer oder Abschaffung alter gesetzl. Verordn. . . . Vortrag zu machen hat, die G. C. niemals übergangen, sondern jedesmal zuvor mit ihrem Gutachten darüber vernommen, und keinem Edict oder Rescript, welches nicht nach vorheriger Einforderung dieses Gutachten zu Unsrer allerh. Vollziehung gebracht worden, irgend eine gesetzliche Kraft beigelegt werden."

2. Entwurf des A. G. B. Einl. §. 13 u. 15.: „Neue Gesetze, welche die Rechte der Privat-Personen betreffen, sollen, ehe sie zur Kön. Vollziehung gelangen, der G. C. zum rechtlichen Gutachten vorgelegt werden. Ist diese Vorschrift nicht beobachtet worden, so soll die G. C. von Amts wegen darüber höhern Orts Anzeige machen, inzwischen aber mit der Publ. Anstand genommen werden."

3. A. L. R. Einl. §. 7. u. 9.: „Ein jeder Entwurf zu einer neuen Verordn., durch welche die besonderen Rechte und Pflichten der Bürger bestimmt, oder die gemeinen Rechte abgeändert, ergänzt oder erklärt werden sollen, muß vor der Vollziehung der G. C. zur Prüfung vorgelegt werden. Die Vorgesetzten eines jeden Depart. im Staatsrathe müssen dafür haften, daß dieser Anordnung in keinem Falle entgegengehandelt werde", vgl. mit Th. II. Tit. 13 §. 6.: „Das Recht Gesetze u. allg. Pol.-Verordn. zu geben, dieselben wieder aufzuheben und Erklärungen darüber mit gesetzlicher Kraft zu ertheilen, ist ein Majestätsrecht" („kann nur von dem Oberhaupte im Staate ausgeübt werden"; Entw. Th. I, 3. Tit. 1. §. 5.)

4. Cab. Ord. v. 8. März 1798. (N. N. C. Th. 4. S. 1609) u. Anh. §. 2.

3) Neuere Bestimmungen.

1. Publ. betr. die Verf. der obersten Staatsbeh. der Pr. Mon. v. 16. Dezbr. 1808 sub 14: „Die Section der allg. Gesetzgebung (im Min. des Innern) hat keinen administrativen Wirkungskreis. Sie ist bestimmt bei neuen Einrichtungen, Gesetzen u. s. w. ihr Gutachten . . . abzugeben". (Matthis Bd. 7. S. 252 flg.)

2. Verordn. über die veränd. Verf. aller obersten Staatsbeh. in d. Pr. Mon. v. 27. Oct. 1810: „Wir ordnen einen Staatsrath an, und werden theils in diesem, . . . theils aus Unserm Kabinet Unsere Befehle und Entscheidungen erlassen. Der Staatsrath hat keine Verwaltung. Zu seinem Wirkungskreise gehören: 1) alle Gesetze, Verfassungs- u. Verwaltungs-Normen, so daß sämmtliche Vorschläge zu neuen, oder zu Aufhebung u. Abänderung von vorhandenen, durch ihn an Uns zur Sanction gelangen müssen ꝛc. ꝛc. — Unter dem Staatsrathe unmittelbar stehen: 1) die Gesetz-Commission für die gesammte Gesetzgebung. Sobald sie neu eingerichtet sein wird, soll Uns kein Vorschlag zu einem neuen Gesetz, oder zur Abschaffung oder Veränderung eines vorhandenen eher vorgelegt werden, bevor sie nicht darüber mit ihrem Gutachten gehört worden ist ꝛc. ꝛc. — Die Minister verfügen in ihrer Verwaltung auf ihre Verantwortlichkeit; jedoch sind an Unsere allerh. Genehmigung gebunden: 1) alle

Gesetze, Verfassungs- und Verwaltungs-Normen, es mag auf neue oder Aufhebung und Abänderung der vorhandenen ankommen; der Antrag gelangt an Uns durch den Staatsrath ꝛc. ꝛc. — Neue Gesetze bringt der Justiz-Minister gleich andern Depart.-Chefs im Staatsrath in Vorschlag, welcher sodann das Weitere veranlaßt. . . . Die Gesetz-Commission ist zwar dem gesammten Staatsrath untergeordnet; es muß aber durch den Just.-Min. darauf gehalten werden, daß sie wegen der in sein Fach schlagenden Gesetze mit vorzüglichen Rechtsgelehrten besetzt werde." (G. S. v. 1810 S. 3 flg.)

3. Cab. Ord. betr. die Anordnung des Staatsministerii v. 3. Juni 1814: „. . . Das (Staats) Ministerium soll . . . allgemeine Gegenstände, desgleichen solche, wo die Ressorts in einander greifen und eine gemeinschaftliche Ueberlegung erforderlich ist, mit einander berathen ꝛc. ꝛc. — Es ist fortwährend Meine Absicht, daß der Staatsrath sobald als möglich in Activität komme . . .; jedoch soll derselbe keine Art der Verwaltung führen, sondern nur über allgemeine Gesetze, nachdem solche vorher in der Ges.-Commission geprüft worden sind, oder über besondere Gegenstände nach Meinem ausdrücklichen Befehl sich berathen". (G.-S. v. 1814 S. 110.)

4. Verordn. betr. die Einführung des Staatsraths v. 20. März 1817; „. . . §. 2. Der Staatsrath ist für Uns die höchste berathende Behörde; er hat aber durchaus keinen Antheil an der Verwaltung. Zu seinem Wirkungskreise gehören . .: a) Alle Gesetze, Verfassungs- und Verwaltungs-Normen, Pläne über Verw.-Gegenstände, durch welche die Verw.-Grundsätze abgeändert werden, und Berathungen über allg. Verw.-Maaßregeln, zu welchen die Min.-Behörden verfassungsmäßig noch nicht autorisirt sind, dergestalt daß sämmtl. Vorschläge zu neuen, oder zur Aufhebung, Abänderung und authentischen Declaration von bestehenden Gesetzen und Einrichtungen durch ihn an Uns zur Sanction gelangen müssen. Die Einwirkung der künftigen Landes-Repräsentanten bei der Gesetzgebung wird . . . näher bestimmt werden. b) Streitigkeiten über den Wirkungskreis der Minist. c) Alle Gegenstände, welche durch schon bestehende gesetzl. Bestimm. vor den Staatsrath gehören. d) Alle Sachen, welche Wir in einzelnen Fällen an den Staatsrath weisen werden ꝛc. ꝛc. — §. 7. Zur gründlichen Erörterung der . . . Gegenstände und zur Vorbereitung derselben für das Plenum . . . wird der Staatsrath in 7 besondere Abth. zertheilt . . . Eine besondere Abth. für die Gesetze bedarf es nicht, da die erwähnten . . . den Zweck der ehemaligen Ges.-Commission erfüllen. — §. 20. Keine Sache kann im Staatsrath zur Erwägung kommen, die Wir demselben nicht Selbst zuweisen; jedoch sind die §. 2. unter b und c hiervon ausgenommen ꝛc. — §. 23. Wenn Wir nicht Selbst anwesend im Staatsrathe entscheiden, wird Uns das Gutachten desselben . . . vorgelegt. Wir werden alsdann bestimmen, ob Wir den Beschluß des St.-R. genehmigen oder die Genehmigung verweigern, oder solchen . . . zur anderweiten Berathung zurückgeben. Die Gutachten des St.-R. und die entworfenen Gesetze u. Verordn. sind ohne Ausnahme Unserer Bestätigung unterworfen, und erhalten für die ausübenden Behörden nur dann Kraft, wenn Unsere Sanction erfolgt ist. Jedes Gesetz wird vom Präsidenten contrasignirt, und vom Min.-Staatssecretair beglaubigt". (G.-S. v. 1817. S. 67).

Ver. betr. d. veränd. Anordn. d. Minist. und d. Geschäftskr. des St.-Ministerii v. 3. Novbr. 1817: „Durch die Errichtung des Staatsraths ist dafür gesorgt, daß die Gesetze gehörig geprüft Meiner Sanction unterworfen werden. In Absicht auf die Verwaltung ist

durch

durch die Instr. für die Ober-Präs., Regier., Consist. ꝛc. diesen eine Stellung gegeben, . . . solche nach allg. Grundsꝛ. und Vorschr. unter ihrer Verantwortlichkeit selbständig zu führen; die Ministerien aber sind zu ihrer eigentlichen Bestimmung zurückgebracht, jene Vorschriften zu ertheilen, die Gesetze vorzubereiten und darüber zu wachen, daß sie überall befolgt werden ꝛc. ꝛc. — §. VIII. Damit das gesammte Staats-Ministerium das Ganze der Verwaltung stets übersehe, . . sollen darin vorgetragen und berathen werden: 1) alle Entwürfe zu neuen Gesetzen und Abänderungen ohne Ausnahme, bevor sie an den Staatsrath gelangen ꝛc. ꝛc." (ebend. S. 289.)

5. Gesetz wegen Anordn. der Provincialstände. v. 5. Juni 1823 §. 3.: „Die Prov.-Stände sind die gesetzmäßigen Organe der versch. Stände Unserer Unterth. in jeder Provinz. Dieser Bestimmung gemäß werden Wir 1) die Ges.-Entw., welche allein die Prov. angehen, zur Berathung an sie gelangen, ihnen auch 2) so lange keine allgemeine ständische Versamml. statt finden, die Entw. solcher allg. Gesetze, welche Veränderungen in den Personen- und Eigenthumsrechten, und in den Steuern zum Gegenstand haben, so weit sie die Prov. betreffen, zur Berathung vorlegen lassen", vgl. mit Ed. v. 22. Mai 1815 §. 4. („alle Gegenst. der Gesetzg., welche die persönlichen und Eigenthumsrechte der Staatsb. betreffen".).

6. Cab. Ord. v. 9. Febr. 1832.: „. . . Die von dem Justiz-Ministerium ausgehenden Vorschläge zum Erlaß eines speciellen Gesetzes, es mag materielle Bestimmungen enthalten oder die gerichtliche Form betreffen, werden . . . . gemeinschaftlich (von den beiden Justiz.-Min.) geprüft, und unmittelbar an Mich oder an das Staats-Minist. eingereicht", vgl. mit Cab. Ord. v. 17. Dezbr. 1838.

§. 30. B. Publication der Gesetze (B. §. 33. 34., Th. §. 25.)

1) Nothwendigkeit und Wirkung der Publication.

Entw. Einl. §. 16—18. — A. L. R. Einl. §. 10—13. vgl. mit I. 6. §. 46. 48., 7. §. 12., 16. §. 176.

2) Form derselben.

a) In älterer Zeit.

1. Landtags-Recess wegen unterschꝛ. Puncten d. d. Mich. 1538., im C. C. M. Th. VI. 1. S. 52. (Verkündigung durch d. Landes-Hauptleute u. Land-Voigte.) — Resol. auf der Landst. übergebne Puncte v. 22. März 1670 §. 15., ebend. S. 526., und Verbeſſ Landreuter-Ordn. v. 4. März 1709 §. 52., ebend. Th. II. 1. S. 491. (Uebersendung an Gerichtsherrsch. u. Magistr. durch die Landreuter zur Verlesung von d. Kanzeln), vgl. mit Verordn. v. 15. Juni u. Rescr. v. 17. Aug. 1715, ebend. S. 572 u. 74 (Insin.-Vermerk, und Asservation in besondren Büchern).

2. Verord. v. 21. Jan. 1716., im C. C. M. Th. I. 1. S. 526. (Verbot der Verkünd. von den Kanzeln, außer in Kirchensachen) und Ver. wie es hinkünfftig mit Publ. der K. Edicten gehalten werden soll v. 24. Aug. 1717, ebend. Th. II. 1. S. 614. (Versendung an die Obergerichte zur weitern Vertheilung durch die Steuer-Räthe in den Städten, u. durch die Landräthe auf dem flachen Lande, Empfangs- u. Insin.-Bescheinigung, Bekanntmachung durch öffentl. Anschlag u. Verlesung in den Kirchen, Asservation der Edicten-Bücher in den Kirchen oder Gerichten). — Ver. an das Consist. v. 22. Febr. 1724, ebend. Th. I. 1. S. 549. (Verlesung der Pönal-Edicte und kirchlichen Verordn. von

der Kanzel, beliebige Public. der Justiz- und Polizei-Edicte je nach Ortsgebrauch, durch öffentl. Anschlag oder Verlesung nach vorgängiger Ankündigung von der Kanzel).

b) Bestimmungen des A. L. R.

1. Einl. §. 11.: „Es müssen alle gesetzl. Verordn., ihrem völligen Inhalte nach, an den gewöhnlichen Orten öffentlich angeschlagen, und im Auszuge in den Intelligenzblättern der Provinz, für welche sie gegeben sind, bekannt gemacht werden."

2. Publ. Pat v. 11. Apr. 1803: „. . . . und erhalten (die Gerichte) zugleich die Anweisung, in ihren Urtelssprüchen auf keine Privat-Gesetzes-Sammlung Bezug zu nehmen, sondern sich lediglich an diejenigen Gesetze zu halten, welche ihnen zugefertigt, gehörig publicirt, auch durch das N. Arch. ꝛc. zu ihrer Kenntniß gebracht u. in die acad. Edict.-Samml. hiernächst aufgenommen werden".

c) Public.-Form seit Einführung der Gesetz-Sammlung u. der Amts-Blätter.

1. Verordn. v. 27. Oct. 1810 §. 1. u. 2.: „Es soll für die gesammte Mon. eine G.-S. erscheinen, und es werden in dieselbe alle . . . Gesetze u. Verordn. aufgenommen, welche mehr als ein einzelnes Reg.-Depart. betreffen. Es soll für jedes Reg.-Dep. ein Dep.-Blatt erscheinen, in welches alle Vorschr. und Publicationen aufzunehmen sind, welche das Dep. allein betreffen". — Ver. v. 28. März 1811. §. 2. und 6.: „Das Amtsblatt . . . enthält a) Titel, Datum u. Nummer der in der A. G. S. enthaltenen Gesetze, b) alle zur allg. Bekanntmachung geeignete Verfüg. der versch. Landes-Behörden ꝛc. ꝛc. Nur die in dieser Verordn. vorgeschriebenen oder bestätigten Arten der Publicationen v. Gesetzen u. Verordn. haben öffentl. Gültigkeit", vgl. mit Decl. v. 14. Jan. 1813. §. 1.: „Jedermann im Staate ist schuldig, die in die G.-S. und (im §. 2. u. 3 „oder") A.-Bl. eingerückten Ges. u. Verfüg. zu befolgen und sich danach zu achten, sobald er davon Kenntniß erhalten hat."

2. Verord. wegen Ausführung u. Anwendung der G. v. 27. Oct. ꝛc. in der Rh.-Prov. v. 9. Juni 1819. §. 1. 4. 9. 15.

3. Cab. Ord. v. 24. Juli 1826: „. . . daß nach den deutlichen Bestimmungen der Ges. v. 27. Oct. ꝛc. ein durch das A.-Bl. bekannt gemachtes Gesetz, wenn es auch nicht in die G.-S. aufgenommen ist, . . . verbindliche Kraft hat, ohne Unterschied, ob es eine allg. . . . Vorschrift, oder eine nur die Eingesessenen des einzelnen Reg.-Bez. verpflichtende Anordnung enthält, woraus von selbst folgt, daß eine in sämmtl. A.-Bl. der Mon. aufgenommene gesetzl. Bestimmung, wenn sie auch nicht der G.-S. einverleibt wird, für alle Unterth. der Mon. verbindend und gültig ist. Daß ein allgemein verpflichtendes Gesetz ausschließend nur durch die Bekanntm. in der G.-S. öffentl. Gültigkeit erlange, ist so wenig vorgeschrieben, daß vielmehr die A.-Bl. als das Organ bezeichnet sind, durch welches der Wille des Gesetzgebers den Unterth. bekannt werden soll ꝛc.".

3) Anfangstermin der verbindenden Kraft neuer Gesetze.

1. Proj. des C. J. Fr. L. I. Tit. 2. §. 14.: „und (soll) solche Krafft Rechtens nach Verlauff zweyer Monath nach d. Public. anfangen".

2. A. L. R. Einl. §. 12: „Es ist jeder ... sich um die Gesetze, welche ihn ... betreffen, genau zu erkundigen gehalten, und es kann sich niemand mit der Unwissenheit eines gehörig publ. Gesetzes entschuldigen."

3. Ver. vom 28. März 1811. §. 4.: „Mit dem Anfange des 8ten Tages (vgl. Decl. v. 14. Jan. 1813. §. 2.), nachdem die Verordn. u. Verf. zum ersten Male im A.-Bl. abgedruckt worden, sind sie (V. v. 9. Juni 1819. §. 10. add.: „in allen Theilen des Reg.-Bez.) für gehörig bekannt gemacht anzunehmen. .·. Mit dem Anf. d. 8ten Tages, nachdem ein in der A.-G.-S. erschienenes Gesetz in dem A.-Bl. der einzelnen Reg. als vorhanden angezeigt ist, ist das Gesetz (in dem ganzen Reg.-Bez.) als gehörig bekannt gemacht anzunehmen. §. 5. Ist der Inhalt einer Verfügung (Verordn. oder Verfüg.) von der Art, daß sogleich etwas zur Ausführung gebracht werden soll, so versteht sich von selbst, daß jede Behörde und jeder Einzelne sogleich nach Empfang der A.-Bl. (G.-S. oder A.-Bl.) das Nöthige einleiten muß, ohne den Ablauf jener Frist abzuwarten, die nur in Beziehung auf rechtskräftige Wirkungen festgestellt ist", vgl. mit d. angef. Decl. §. 3.: „... daß da, wo ... die G.-S. oder das A.-Bl. früher bekannt wird, die verbindende Kraft der darin aufgenommenen Vorschrift sofort eintritt, u. daß insbesondere alle öffentliche Behörden sich danach unverzüglich zu achten verbunden sind."

§. 31. C. Anwendung der Gesetze (V. §. 35. 36., Th. §. 34—40, 43—45).

1) Rücksichtlich der Zeit.

a) Regelmäßiger Ausschluß rückwirkender Kraft neuer Gesetze.

Einl. §. 14.: „Neue Gesetze können auf schon vorhin vorgefallene Handlungen und Begebenheiten nicht angewendet werden" vgl. mit Publ. Pat. v. 5. Febr. 1794. Art. VIII. XI. XIII. XIV. u. XVII. und den übrigen §, 12 u. 13 angef. Publ. Pat.

b) Ausnahmen.

1. Bei declaratorischen Gesetzen, Einl. §. 15. vgl. mit Publ. Pat. Art. VII u. IX., 2. bei neuen Bestimmungen über die äußere Form von Rechtsgeschäften, Einl. §. 16 u. 17. vgl. mit P. P. Art VII. XII. XV. XVI., 3. bei Strafgesetzen, Einl. §. 18—20. vgl. mit P. P. Art. XVIII. u. P. P. v. 9. Sept. 1814. §. 11., 4. bei der Verjährung, P. P. Art. XVII. vgl. mit Ges. v. 31. März 1838., 5. bei der Erbfolge der Ehegatten, P. P. Art. XIV. u. Pat. v. 9. Sept. 1814 §. 9. vgl. mit A. L. R. II. 1. §. 355 u. 496., 6. in Betreff der Zinsverbote, P. P. v. 9. Sept. 1814. §. 13., 7. bei Concursen, ebend. §. 15., 8. in Betr. der Rechte zw. Eltern und Kindern, ebend. §. 10. 11.

2) In Betreff der Personen.

a) Der Unterthanen.

Vgl. Einl. §. 22. 37. 38. u. Anh. §. 1. mit A. L. R. II. 6. §. 81. 82. 7. §. 17, 10. §. 104., 11. §. 98.

b) Des Landesherrn und seiner Familie.

Einl. §. 80. u. A. L. R. II. 13. §. 17. 18., A. G. O. I. 2. §. 41. vgl. mit Cab. Ord. v. 4. Dezbr. 1831.

c) Des Fiscus.

A. L. R. II. 14. §. 1. 75. 77. 81 flg. u. A. G. O. I. 35. §. 1.

d) Der Fremden.

Einl. §. 34.: „Auch Unterthanen fremder Staaten, welche in hiesigen Landen leben oder Geschäfte treiben, müssen nach obigen Bestimmungen (§. 22.) beurtheilt werden" vgl. mit §. 39—41 ibid. —

Ueber die Zulässigkeit von Retorsionen vgl. Einl. §. 42—44. u. A. L. R. I. 11. §. 1033., 12. §. 40., II. 8. §. 933—35., 17. §. 173.; s. auch Rescr. v. 29. Aug. 1739. und 8. Sept. 1740. (C. C. M. Cont. I. S. 267 flg. u. 375 flg.

3) Bei Collision verschiedener Gesetze.

a) Vorzug der Special- u. Particular-Rechte vor allgemeinen Gesetzen.

1. Einl. §. 21.: „Uebrigens stehen bei Beurtheilung einzelner Streitfragen die allg. Gesetze den Prov. Gesetzen, diese den besondern Statuten, und diese endlich den auf andere Art wohlerworbenen Rechten nach", vgl. mit Entw. Einl. §. 27.: „Bei Anwendung der Gesetze muß zuvörderst auf die etwa vorhandenen Privilegien, nach diesen auf die Statuten ꝛc. gesehen werden" u. A. L. R. II. 6. §. 25. 40 flg., II. 12. §. 68.; s. auch G. O. I. 2. §. 110. — Einl. §. 53.: „Wo kein Prov.-Landesgesetz oder andere dergl. besondere Bestimmung vorhanden ist, hat es allemal bey den Vorsch. des A. L. R. sein Bewenden."

2. „Statuten und Prov.-Ges. werden durch neuere allg. Gesetze nicht aufgehoben, wenn nicht in letzteren d. Aufhebung d. ersteren deutlich verordnet ist." (Einl. §. 61.; s. jedoch A. L. R. I. 1. §. 26. u. II. 8. §. 207.)

b) Beurtheilung der persönl. Eigenschaften u. Befugnisse, so wie des beweglichen Vermögens nach den Gesetzen des Wohnorts.

Einl. §. 23—31 u. 35., II. 10. §. 5—7.

c) Geltung der Real-Statuten in Betreff des unbeweglichen Vermögens.

1. Einl. §. 32.: „In Ansehung des unbewegl. Vermögens gelten, ohne Rücksicht auf die Person des Eigenthümers, die Gesetze der Gerichtbarkeit, unter welcher sich dasselbe befindet," vgl. mit Entw. Einl. §. 30.: „Was die Prov.-Ges. u. Stat. in Ansehung der liegenden Gründe verordnen, ist auf alle in der Prov. oder unter d. ordentl. Obrigkeit des Orts gelegene Güter anzuwenden, ohne Rücksicht auf den Ort, wo d. Besitzer wohnt, oder d. Vertrag darüber geschlossen ist."

2. A. L. R. I. 5. §. 115.: „In allen Fällen, wo unbewegl. Sachen, deren Eigenthum, Besitz oder Nutzung der Gegenstand eines Vertrags sind, müssen wegen der Form die Gesetze des Ortes, wo die Sache liegt, beobachtet werden." Vgl. auch A. L. R. II. 8. §. 8., 10. § 13. und G. O. I. 2. §. 107 flg.

Ueber die Streitfrage (s. Erl. u. Ergänz. ad §. 32. der Einl. und Witte Pr. Intest. Erbr. §. 13.), ob auch dann, wenn unbewegl. Sachen nur als Theil eines ganzen Vermögens in Betracht kommen, ob insbesondere über die Intest.-Succ. die Real-Statuten entscheiden, vgl. A. L. R. II. 1. §. 365—69, §. 495 u. Anh. §. 78, II. 16. §. 28. 29., II. 18. §. 81 flg., Entsch. d. Ges. Comm. v. 20. Mai 1794. (N. C. C. Th. 9. S. 1855).

d) Beurtheilung der Formalien eines Rechtsgeschäfts.

1. Entw. Einl. §. 23—25.: „Alle im Staate vorfallende Handlungen und Geschäfte müssen den Vorschr. der Gesetze gemäß eingerichtet werden. Auch Fremde, die nur eine Zeitlang im Staate sich aufhalten, müssen während diesem Auffenthalte ihre Handl. nach den allg. Gesetzen des Staats einrichten. Fremde, welche unter dem Schutze des Staats Geschäfte treiben, müssen dabei die in den Ges. des Staats vorgeschriebene Form beobachten."

2. Einl. §. 33.: „Prov.-Ges. u. Stat., welche die äußerliche Feierlichkeit (Entw. §. 31. „äußere Form oder Feierlichkeit") einer Handlung bestimmen, gelten nur bei Handlungen, die unter der Gerichtbarkeit, für welche das Gesetz gegeben ist, von den ihr unterworfenen Personen vorgenommen werden," vgl. mit §. 34 u. 41.

3. A. L. R. I. 5. §. 111.: „Die Form eines Vertrags ist nach den Gesetzen des Orts, wo er geschlossen worden, zu beurtheilen," vgl. mit §. 112 flg. §. 115. — I. 5. §. 148.: „Wenn über bewegliche körperliche Sachen außerhalb Landes an einem Orte, wo mündliche Verträge ohne Unterschied gültig sind, dergl. Verträge geschlossen worden, so kann der Mangel schriftl. Abfassung auch in den hiesigen Gerichten nicht vorgeschützt werden." — II. 8. §. 936 u. 37.: „Außerhalb Landes vorgenommene Wechselgeschäfte sind nach den Gesetzen des Orts, wo sie verhandelt worden, zu beurtheilen. Besonders müssen die Erfordernisse eines gültigen Wechsels oder Indoss. nach den Gesetzen des Orts der Ausstellung bestimmt werden." — A. G. O. I. 10. §. 115.: „Wenn über die Gültigkeit einer Urkunde in Ansehung der Form gestritten wird, und die Gesetze des Orts, wo dieselbe verbindliche Kraft erhalten hat, von den Ges. des Orts, wo d. Proz. schwebt, abweichen, so entscheiden d. ersteren." — Ges. v. 3. Apr. 1823. §. 1.: „Die letztwill. Verordnungen Unserer Gesandten ꝛc. sollen auch ferner wie bisher in ihrer äußeren Form alsdann gültig sein, wenn sie die Gesetze des Orts, wo sie errichtet werden, erfüllen." — S. jedoch A. L. R. II. 10. §. 8.

e) Entscheidung über die materiellen Bedingungen von Rechtsgeschäften.

Vgl. A. L. R. II. 8. §. 936. (s. oben), Ges. v. 3. Apr. 1823. §. 6.: „Die Fähigkeit zu testiren, und die Rechtsbeständigkeit des Inhalts der Testamente soll . . . nach §. 38 u. 39 der Einl. zum A. L. R. beurtheilt werden," u. G. O. I. 10. §. 53.: „Wenn über ein Geschäft gestritten wird, welches nach fremden Landesgesetzen . . . beurtheilt werden muß, und es darauf ankommt, was diese Gesetze für den vorliegenden Fall eigentlich verordnen, so muß darüber . . . Beweis aufgenommen werden."

f) Feststellung der civilrechtlichen Folgen von unerlaubten Handlungen.

Vgl. Erläut. u. Ergänz. Th. I. 1., S. 98.

4) Ueber Anwendung der Gesetze vgl. überhaupt noch:

Einl. §. 5: „Die von dem Landesherrn in einzelnen Fällen oder in Ansehung einzelner Gegenstände getroffnen Verordn. können in andern Fällen oder bei andern Gegenständen als Gesetze nicht angesehen werden."

§. 32. D. Auslegung der Gesetze. (B. §. 37., Th. §. 26 flg.)

1) Geschichtliche Bemerkungen.

1. Neumärk. K. G. O. v. 11. Dez. 1700. c. 21 u. 37. (C. C. M. Th. II. 1. S. 239 u. 53.) Publ. Pat. des Pr. L. R. v. J. 1721. (s. oben S. 4 u. 5.)

2. Proj. des Corp. jur. Frid. Vorr. §. 29.; „. . . Es gehöret hauptsächlich zu dem Amt eines cordaten Richters, in denen specialiter nicht decidirten Fällen zu untersuchen, ob und in wie weit dieselben zu den Principiis generalibus gehören, d. i. ob eadem ratio legis vorhanden sei . . . . . So haben S. K. Maj. geordnet, daß . . . der Richter nach Eyd und Pflicht, wann eadem ratio vorhanden, nach denen Gesetzen salvis remediis erkennen müsse. Würde aber das Gericht finden, daß die ratio legis zweifelhaftig sey, muß es die rationes pro et contra an das Justitz-Departement bringen, welches auf eingeholten Rath der perpetuirlichen Landrechts-Commission das Dubium decidiren wird," vgl. mit P. 1. Lib. 1. Tit. 2. §. 7 u. 8. und §. 14: „Weil öfters neue Umstände vorkommen . . ., welche eine neue Const. oder eine Aenderung und Erklärung des A. L. R. erfordern, so . . . (sollen) diese Constit. und Edicta gleichfalls vim legis haben."

3. Cab. Ord. v. 14. Apr. 1780: „Dergleichen G. C. u. s. w. (s. oben S. 10). Dagegen werde Ich nicht gestatten, daß irgend ein Richter, Collegium oder Etats-Minister die Gesetze zu interpretiren, auszudehnen oder einzuschränken, vielweniger neue Gesetze zu geben sich einfallen lasse, sondern es muß, wenn sich in der Folge u. s. w. (s. oben S. 39.)," und Pat. wegen Organis. der G. C. v. 28. Mai 1781. §. 9 flg.: „So lange eine Rechtsfrage nach deutlichen Vorschriften oder einer ganz klaren und richtigen Analogie der bereits vorhandenen Gesetze entschieden werden kann, ist die G. C. befugt, ihr Conclusum . . . dergestalt abzufassen, daß solches . . . auch in künftigen gleichen Fällen zur Richtschnur dienen muß. Sobald hingegen . . . ein neues Gesetz gegeben, oder ein bisher subsistirtes älteres Gesetz als der natürlichen Billigkeit, der Analogie des Rechts oder dem gemeinen Besten zuwiderlaufend aufgehoben und geändert werden soll, so kann die G. C. sich keine Entscheidung anmaßen, sondern sie muß blos ihr pflichtmäßiges Gutachten zum weiteren Vortrage bei Unserer allerh. Person abgeben." Vgl. auch Corp. Jur. Frid. I. 13. §. 7—9, I. 14. §. 45., II. 1. §. 8 flg. und Entw. zum A. G. B. Einl. §. 35. 36.

2) Heutiges Recht.

a) Authentische Interpretation.

Einl. §. 7. (s. ob. S. 39.), §. 15.: „Die von Seiten d. Gesetzgebers nöthig befundene Erklärung eines älteren Gesetzes u. s. w." u. A. L. R. II. 13. §. 6 (s. ebend.) vgl. mit Ver. v. 20. März 1817. (s. o. S. 40.) — S. indessen Rescr. v. 3. Nov. 1810.: „. . . . daß bis zur Emanirung eines officiellen Ges. Bulletins die in der A. J. Mon. Schrift abgedr. Rescr. des Just.-Min. als gesetzliche Erklärungen der Gesetze angesehen werden sollen." (Matthis Bd. 9. S. 511.)

b) Doctrinelle Interpretation und Analogie.

1. bei Lückenhaftigkeit der Gesetzgebung. — Einl. §. 49 u. 50.

2. bei dunkeln u. zweifelhaften Gesetzen. — Einl. §. 46—48., G.-O. I. 13. §. 32 flg., 14 §. 65., 25 §. 6 flg. und A. L. R. II. 6. §. 32 flg., vgl.

mit Publ. Pat. zu E.: „. . . am allerwenigsten (soll ein Gericht) von klaren und deutlichen Vorschr. der Ges. auf den Grund eines vermeinten philos. Raisonnements, oder unter dem Vorwande einer aus dem Zwecke und der Absicht des Ges. abzuleitenden Auslegung die geringste eigenmächtige Abweichung sich erlauben ꝛc.". — S. aber Cab. Ord. v. 8. März 1798. (N. C. C. Th. 10. S. 1609) und Anh. zu A. L. R. §. 2., zur A. G. O. §. 77.

§. 33. E. Aufhebung der Gesetze. (Th. §. 46.)

1. Landt.-Rez. v. 26. Jul. 1653: „Zum 19ten soll über die Landes-Reverse in judic. et sent. festiglich gehalten werden, u. ist nicht genug daß man sich mit d. exception, sambt (?) die Reverse nicht wären ad observantiam kommen, behelfen will, sintemahl die Landes-Reverse praesumptionem Juris et de Jure für sich haben ꝛc.". (C. C. M. Th. VI. 1. S. 435), vgl. mit Publ. Pat. z. Pr. L. R. v. J. 1721.: „. . . wie denn auch d. Vorwand, als ob dieses Landrecht . . . niemahlen zur Observantz gekommen, keinen Richter entschuldigen soll, weil sie schuldig seyn, Unsere Gesetze zur Observ. zu bringen", und mit Decl. über Just.-Verf. in der Neum. vom 12. Jun. 1748: „Nicht weniger muß (die Regier.) auf die wohlhergebrachten Landes-Recesse und Gesetze sprechen, und nicht erst auf den Beweiß, ob solche in usu seyn, erkennen". (ebend. Cont. IV. S. 68.)

2. Proj. des C. J. F. tit. 2. §. 6.: „Es soll auch keine contraire Observantz, wenn sie auch schon per res judicatas approbirt wäre, gegen dieses Landrecht zu ewigen Zeiten admittirt oder angeführt werden, es wäre denn, daß sothanes L. R. per contrariam legem ausdrücklich wäre abrogirt worden".

3. A. L. R. Einl. §. 59 und 60.: „. . . durch Gewohnh., Meinungen der Rechtslehrer ꝛc. (können eben so wenig) . . . Gesetze eingeführt, (als) . . . wieder aufgehoben werden".

§. 34. II. Von den Privilegien. (B. §. 38., Th. §. 54. 63 flg.)

1) Weitere Bedeutung von Privilegium.

Vgl. a) A. L. R. I, 9. §. 629. 635. b) II. 6. §. 22 flg., II. 11. §. 96. 97., II. 8. §. 1944.

2) Ertheilung der Privilegien im e. S.

1. Landt.-Rez. von 1653 §. 72. sub 6: „. . . undt kann Uns zwar kein Ziehl noch maaß vorgeschrieben werden, wie Wir Uns in ertheilung der Privil. zu verhalten, Jedoch wollen Wir dieselben anders nicht concediren, als mit der cautela, ne laedant alterius jus, und daferne etwa ein Privil. sub- et obreptitie erhalten, hatt es doch sec. dispos. juris com. keinen andern Verstand, denn salvo jure tertii" (a. a. O. S. 458).

2. Proj. des C. J. Frid. tit. 2. §. 16 u. 22.: „Wir wollen kein Priv., wodurch einen Dritten sein wohlhergebrachtes Recht entzogen wird, ertheilen".

3. A. L. R. II. 13. §. 7., vgl. mit Entw. Einl. §. 10 u. 11.: „Privil. . . . können allein von dem Gesetzgeber ertheilt werden. Privil., wodurch ein Dritter in seinem Besitz oder Recht wider die Vorschrift der Gesetze beschränkt wird, sollen für erschlichen erachtet werden", u. Th. I. 3. Tit. 1. §. 6.: „Ausnahmen von Gesetzen zu billigen, Privile-

gien, Standeserhöhungen u. Würden zu verleihen, gehört zu den Majestäts-Rechten."

3) Umfang und Wirkung derselben.

Einl. §. 54—58. 63—68. vgl. mit A. L. R. II. 14. §. 33.

4) Aufhebung und Erlöschen derselben.

Einl. §. 62. 63. 69—72. vgl. mit A. L. R. II. 15. §. 6. u. 103., Ed. v. 28. Octbr. 1810., Ed. v. 7. Sept. 1811. §. 32 flg.

§. 35. III. Von den Ministerial-Verfügungen und Rescripten (B. §. 32., Th. §. 48.)

1. Rescr. v. 30. Jan. 1688., Verb. Camm. Ger. O. v. 1. März 1709. Tit. 1. §. 8., Edict v. 21. Jun. 1713. §. 22.: „. . . und müssen Unsere würkliche Geh. Räthe solche Supplicata nicht einmal annehmen, . . . und wenn gleich Jemand . . . wider die Rechte etwas an Unserm Hoff-Lager auswirken möchte; So seind die Rescr. u. Decr., womit es so bewandt, von keiner Kraft, u. gelten nicht weiter, als sie mit der Justitz übereinkommen." (C. C. M. Th. II. 1. S. 189. 359. 531.). Proj. des Corp. Jur. Frid. P. I. L. 1. tit. 2. §. 9.

2. Cab. Ord. v. 14. Apr. 1780. (s. o. §. 32.)., Pat. v. 29. Mai 1781. §. 9.: „Es soll . . . keinem Edict oder Rescr., welches nicht . . . zu Unserer allerh. Vollziehung gebracht worden, irgend eine gesetzliche Kraft beigelegt werden."

3. Entw. Einl. §. 7.: „Rescripte der Staats-Minister oder Ober-Collegien sollen über die Rechte der Unterthanen des Staats nichts entscheiden, sondern nur als einstweilige Verordnungen gelten," vgl. mit §. 6.: „Durch Machtsprüche soll niemand an seinem Recht gekränkt werden."

4. Verord. v. 27. Octbr. 1810. u. 20. März 1817 (s. oben §. 29.), vgl. mit Regier.-Instr. v. 23. Octbr. 1817. §. 5. 8. 10. 11., und Ver. wegen verbess. Einrichtung der Prov.-Behörden v. 26. Dez. 1808. §. 45.

5. Cab. Ord. an den Minist. des Inn. v. 4. Juli 1832.: „Ich habe die . . . Zusammenstellung der nachträglichen Bestimmungen, durch welche die Städte-Ordn. . . . ergänzt und erläutert worden, genehmigt, auch diesen Bestimmungen, so weit sie auf Verfüg. des Minist. beruhen, Meine Bestätigung ertheilt, . . . billige übrigens, daß die bloß reglementarischen Verf. des Min., und solche, durch welche die Zweifel der Behörden über Auslegung und Anwendung des Gesetzes beseitigt worden, nicht . . . aufgenommen, da die Minist. zum Erlasse solcher Verf., welche das Gesetz nicht ändern oder nicht eine Declaration enthalten, ohne besondere Autorisation befugt sind."

6. Cab. Ord. an den Just.-Min. v. 6. Sept. 1815: „. . . daß die Gerichtshöfe bei allen ihren Entscheidungen durch Erkenntnisse keiner andern Vorschrift als derjenigen der Gesetze unterworfen bleiben, . . dagegen aber verpflichtet sind, in allen Gegenständen der Justizpflege, welche nicht zu den Entsch. durch Urtel und Recht zu zählen, den Anordnungen des Chefs der Justiz nachzukommen," und vom 24. Aug. 1837.: „. . . Uebrigens hat es zu dieser Abänderung Meiner Autorisation nicht bedurft, da . . . §. 99. der Crim. Ord. keine materielle Vorschrift der Legislation, sondern eine Geschäfts-Instruction enthält, die der J. M. . . . modificiren darf, ohne nach dem

organ. Ges. v. 27. Octbr. 1810. Meine unmittelbare Genehmigung einzuholen," vgl. mit Publ. Pat. der Gebühren-Taxe v. 23. Aug. 1815 und C. O. v. 17. Oct. 1833: „. . . . Ich genehmige die . . . Instruction v. 24. Jul. 1833., u. da diejenigen Vorschr., welche nicht bloß zur Belehrung der Gerichte, sondern auch zur Norm für die Parth. bestimmt sind, einer gesetzl. Bekanntmachung bedürfen, so setze Ich . . . Folgendes fest ꝛc. ꝛc. . . ., und überlasse Ihnen zugleich die Gerichte auf die anderweitigen Erinnerungen über einzelne Anweisungen der Instr. zu belehren und zu bescheiden."

§. 36. IV. Von den Statuten.

Einl. §. 2.: „Statuten einzelner Gemeinheiten und Gesellschaften erhalten nur durch die landesh. Bestätigung die Kraft der Gesetze", vgl. mit Entw. Einl. §. 8 u. 9. und Proj. des C. J. Fr. tit. 2. §. 15. Einl. §. 21. 52. 61. 62. und A. L. R. II. 6. §. 26. 29 flg. 143; II. 8. §. 115—17., 198. II. 11. §. 46—48, 959, 1123., II. 12. §. 68., A.-G.-O. I. 10. §. 54.

V. Von dem ungeschriebenen Rechte. (B. §. 32., Th. §. 49—52.)

§. 37. A. Im allgemeinen.

1. Einl. §. 6.: „Auf Meinungen der Rechtslehrer oder ältere Aussprüche der Richter soll bei künftigen Entscheidungen keine Rücksicht genommen werden", vgl. mit §. 60. — S. auch oben §. 8 u. 9. — Ueber die irrige Deutung des §. 6. von Aufhebung aller Rechtskraft der Urtheile vgl. Entw. Einl. §. 4.: „Entscheidungen der Richter vertreten nur unter den Partheien, zwischen welchen sie rechtskräftig ergangen sind, die Stelle eines Gesetzes", u. A. G. O. Einl. §. 65. 66. u. I. 28. §. 14.

2. Cab.-Ord. v. 1. Aug. 1836 (Ermächtigung des Ob.-Trib. zu gemeinen Bescheiden durch Plenar-Beschlüsse, „um die Einheit der Rechtsgrundsätze in den richterlichen Entscheidungen nicht bloß bei dem G.-O.-T. selbst, sondern auch vermöge des Einflusses der Autorität des höchsten Gerichtshofes bei den übrigen Gerichten möglichst zu erhalten, damit nicht durch den Wechsel der Rechtsansichten eine Rechtsungewißheit entstehe".)

§. 38. B. Von Gewohnheiten und Observanzen insbesondre.

1) Geschichtliche Bemerkungen.

1. Kurf. Joh. Georg's Landes-Const. v. J. 1594 u. Landt.-Rez. v. 1653. (s. oben S. 3.) — Neumärk. K.-G.-Ord. v. J. 1700 Eing. u. c. 20. 37, Verb. K.-G.-Ord. v. J. 1709. Tit. 48 §. 1., Edict v. 21. Juni 1713 §. 23. (C. C. M. Th. II. 1. S. 221. 452. 532), vgl. mit Publ. Pat. des Preuß. L. R. v. J. 1721 (s. oben S. 4).

2. Proj. des C. J. Frid. tit. 2. §. 25.: „Außer diesen geschriebenen Rechten hat auch eine wohlhergebrachte Gewohnheit vim legis, wann nehmlich etwas beständig vor recht gehalten worden; es wird aber darzu erfordert: 1) daß verschiedene Actus vorgefallen und deren wenigstens zwey conform seyn, 2) daß der Actus öffentlich geschehen, u. 3) solche klar und deutlich erwiesen seyn. Es kann aber dergl. Gew. ge-

gen eine notorische Landes-Verfassung oder gegen dieses L.-R. keine krafft Rechtens erlangen".

3. Entw. Einl. §. 3.: „So genannte Gewohnheitsrechte, welche in diese Bücher nicht aufgenommen sind, sollen . . . (keine) gesetzliche Kraft haben", u. §. 41. vgl. mit Corp. J. Frid. IV. 6. §. 16.: „Observanzen, Gewohnh. und Herkommen sind mit den Gesetzen nicht zu verwechseln, und müssen . . . wie andere bestrittene Thatsachen durch Aufnahme des Beweises ins Licht gesetzt werden. In wie fern dergl. . . . zur Entscheidung . . . etwas beytragen können, wird im A. G. B. festgesetzt". — S. auch die Bemerkung von Svarez bei Bornemann a. a. O. S. 178.

2) Bestimmungen der landrechtl. Gesetzgebung.

1. Einl. §. 3 u. 4.: „Gewohnheitsrechte und Observanzen, welche in den Provinzen und einzelnen Gemeinheiten gesetzl. Kraft haben sollen, müssen den Prov.-Landrechten einverleibt seyn. In so fern aber durch Observ. etwas bestimmt wird, was die Gesetze unentschieden gelassen haben, hat es, bis zum Erfolge einer gesetzl. Bestimmung, dabey sein Bewenden", vgl. mit §. 60.

2. Publ. Pat. Art. 7.: „. . . soll auf dergl. ungeschriebene Rechte oder vermeintliche Observanzen . . . nur in so fern Rücks. genommen werden, als sie entw. den Prov.-G.-B. einverleibt sind, oder das A. L. R. selbst darauf . . . verwiesen hat . . . (Außerdem) sind Wir die Berufung auf Observanzen, welche dem Gesetz widersprechen, . . . zu dulden nicht gesonnen. Was hingegen diej. Observ. betrifft, welche nicht wider die Gesetze sind . . . so mag es dabey nach §. 4. der Einl. . . . auch noch ferner sein Bewenden haben".

3. A. G. O. I. 10. §. 55.: „In Fällen, wo es nach den Vorschr. des A. L. R. auf Obs. u. Gew. wirklich ankommt, müssen dieselben ꝛc."

3) Geltendes Recht.

a) Verschiedene Arten von Gewohnheiten.

Allgemeine Gewohnheiten? — Einl. §. 3., Publ. Pat. a. a. O., A. L. R. II. 7. §. 419., 8. §. 701 u. 1347. und die oben §. 18. mitgeth. Publ. Pat. ꝛc.; s. jedoch A.-G.-O. I. 30. §. 8. (Handlungs-Usancen, Gebräuche u. Gewohnheiten.)

Derogatorische Gewohnheiten? Einl. §. 60., Publ. Pat. a. a. O.

b) Erfordernisse einer gültigen Gewohnheit.

1. Publ. Pat. Art. 7.: „. . . in wie fern ihnen nach allgemeinen rechtlichen Grundsätzen die Eigenschaft einer rechtsgiltigen Observanz wirklich zukomme ꝛc.", (s. oben S. 26.).

2. A. L. R. II. 6. §. 123. 125., 11. §. 409. 710. 766., G.-O. I. 27. §. 2. (ununterbrochene Gew. od. Herk.), A. L. R. I. 18. §. 719., II. 7. §. 31. 39. 87., II. 11. §. 192. 274. 553. 562. 1079. 1158. 1219., II. 14. §. 9. (hergebrachte u. wohlhergebr. Verf, G. oder O.), G.-O. I. 2. §. 46. (rechtsbeständige Gew.), A. L. R. II. 7. §. 313., 8. §. 41. 187., 11. § 352. 366. (seit rechtsverjährter Zeit wohlhergebrachte od. rechtsverjährte Verf., G., od. O.), II. 11. §. 235. (unter Genehmig. des Staats hergebr. Verf.), II. 17. §. 175. (seit rechtsverj. Zeit hergebr. Besitzst.)

c) Beweis der Observanz.

Vgl. Pr. L. R. v. 1721. B. I. Tit. 33. §. 15.: „. . . es sey dann, daß

es notoriae consuetudines seyn, . . . sollen (Gewohnheiten) durch fünff Zeugen bewiesen werden, . . . und sonderlich ist ihre Aussage hierin kräfftig u. gut, so sie gleich aussagen, . . . daß nämlich dieselbe Gew. also und bey ihrem Gedenken, auch von den Alten und alle ihre Tage nie anders gesehen, gehört, noch wissend sey, sondern je und je also hergebracht, gehalten und eine Gew. genennet sei. Jedoch ist nicht vonnöhten, daß die Zeugen . . . benennen die Parth., zwischen denen solche Gew. gehalten sey, oder von wem sie (solches) gehöret . ., auch nicht Noth zu sagen, daß solche Gew. in widersprechlichen Rechten u. also in contrad. jud. erkandt und erhalten sei ꝛc. . . . Und obwol nach der Rechtsgel. Opinion zu solcher Gewohnh zum wenigsten 10 Jahr gehören, . . . so wollen Wir doch solche Zeit . . . auf 30 J., Jahr u. Tag erstrecket haben". — S. auch das kammerger. Präjud. v. 1610., über Beweis durch Kundschaft des Raths, bei Schepplitz Cons. March. Ed. II. Tom. 2. tit. 204. u. Rescr. v. 15. April 1780. (s. oben §. 17. S. 25).

Zweites Kapitel.

Von den Personen.

I. Von den physischen Personen. (A. L. R. I. 1.)

§. 39. A. Allgemeine Rechtsfähigkeit aller Menschen. (B. §. 39., Th. §. 93.)

A. L. R. I. 1. §. 1.: „Der Mensch wird, in so fern er gewisse Rechte in der bürgerl. Gesellsch genießt, eine Person genannt", vgl. mit Einl. §. 82 flg. u. I. 8. §. 1 u. 6.

Ueber Sclaverei und deren rechtliche Wirkungen vgl. A. L. R. II. 5. §. 196 flg., 8. §. 2049 u. 2247.; s. auch Proj. des C. J. Fr. Lib. 1. tit. 5. §. 4.

II. 5. §. 196.: „Sclaverei soll in den Kön. Staaten nicht geduldet werden. §. 197. Kein Kön. Unterthan kann und darf sich zur Sclaverei verpflichten. §. 200. Wenn Fremde sich in Kön. Landen niederlassen oder auch wenn Kön. Unterth. auswärts erkaufte Sclav. in hiesige Lande bringen, so hört die Sclav. auf". — I. 4. §. 13.: „Zur Sclav. od. Privatgefangenschaft kann Niemand . . . verpflichtet werden".

Ueber das Verhältniß der Fremden und über Indigenat s. oben §. 31. und Bornemann Th. 1. S. 227 flg.

B. Anfang und Ende der Rechtsfähigkeit.

§. 40. 1. Geburt. (B. §. 39., Th. §. 93.)

1. Wesentliche Voraussetzungen. — A. L. R. I. 1. §. 12. 17. 18. („Geburten ohne menschl. Form und Bildung) vgl. mit II. 20. §. 716. („Lei-

besfrüchte, die gar keine menschl. Gestalt zu haben scheinen"). S. auch I. 9. §. 375 u. 80.

2. Rechte der Ungebornen. — A. L. R. I. 1. §. 10—12.: „Die allgemeinen Rechte der Menschheit (s. Einl. §. 83.) gebühren auch den noch ungebornen Kindern ꝛc. Bürgerliche Rechte, welche einem noch ungebornen Kinde zukommen würden, wenn es zur Zeit der Empfängniß schon wirklich geboren wäre, bleiben . . . vorbehalten". Vgl. auch I. 12. §. 527—30., I. 9. §. 371 flg.

3. Zwillings-Geburten. Ebend. §. 14—16.

4. Beweis der Geburt und des Lebens. — Ebend. §. 13.: „. . ist schon für ausgemittelt anzunehmen, wenn unverdächtige, bey der Geburt gegenwärtig gewesene Zeugen die Stimme (des Kindes) deutlich vernommen haben", und II. 11. §. 485 flg. vgl. mit G. O. I. 10. §. 128. — Ueber exclusive resp. principale Beweiskraft d. Kirchenbücher s. Proz. Ordn. für die franz. Gerichte v. 14. April 1699. Tit. 16. §. 7 flg. (C. C. M. Th. II. 1, S. 298.), A. L. R. II. 9. §. 27 flg. u. Rescr. v. 2. März 1835.

§. 41. 2. Tod. (B. §. 39., Th. §. 121—123.)

1) Natürlicher Tod.

1. Rechtliche Folgen. — Einl. §. 102 und 103., A. L. R. I. 2. §. 40, 9. §. 350. 360. 367.

2. Beweis des Todes u. der Todeszeit. — A. L. R. II. 11. §. 470 flg. u. 492 flg. vgl. mit I. 1. §. 34 u. 39., I. 12. §. 461.

3. Präsumtion des Todes. — A. L. R. I. 1. §. 35. 36. 38., Ges. v. 22. Mai 1822. §. 1—3.

2) Bürgerlicher Tod.

Ed. v. 21. Juni 1753. §. 1 u. 2., A. L. R. II. 11. §. 1199—1203., vgl. mit §. 1204 u. 1207—9. u. I. 18. §. 370 flg. — Ueber Strafe der Acht vgl. Proj. des C. J. Fr. a. a. O. §. 5. — S. auch A. L. R. II. 2. §. 270.: „Durch den bürgerlichen oder natürlichen Tod des Vaters nehmen sowohl die Rechte als Pflichten der väterlichen Gewalt ein Ende".

3) Todes-Erklärung verschollener Personen. (A. L. R. II. 18. §. 821 flg.)

1. Recht zum Antrag auf Todes-Erklärung. — §. 824—27. h. t. u. G. O. I. 37. §. 3 flg.

2. Voraussetzungen derselben. — §. 19 flg. 823. 828—32. 854 u. 55. h. t., II. 1. §. 692., vgl. mit Ges. v. 22. Mai 1822. §. 4.

3. Verfahren. — §. 833. h. t., Ges. v. 2. Aug. 1828 §. 1—5. u. G. O. a. a. O. §. 6—11.

4. Wirkung d. rechtskräftigen Todes-Erklärung. — §. 835 flg. h. t. I. 9. §. 350 u. 67., II. 1. §. 665 u. 66.

5. Anfechtung des Erkenntnisses durch Nachweis des wahren Todestages. — §. 841 flg. h. t. vgl. mit I. 9. §. 494 flg.

6. Folgen der Rückkehr des für todt erklärten. — §. 847 flg. h. t., II. 1. §. 667. u. G. O. a. a. O. §. 12.

Ueber die beabsichtigte Todes-Erklärung der Wahnsinnigen ꝛc. vgl. Entw. Th. I. 3. Tit. 6. §. 563 flg. u. Svarez revisio monit. ad §. 812 des A. G. B. (v. Kamptz Jahrb. Bd. 52. S. 59.)

C. Modificationen der allg. Rechts- und Handlungsfähigkeit.

§. 42. 1. Altersverschiedenheit. (B. §. 43., Th. §. 95.)

1) Kindheit.

A. L. R. I. 1. §. 25. vgl. mit I. 4. §. 20. 23., 6. §. 41., 11. §. 1060. — S. übrigens Proj. des C. J. Fr. P. I. Lib. 3. tit. 7. §. 3. (Grenzen der Kindheit überschritten, d. i. über 7 J., und wann es ein Mägdlein ist, über 6 J. alt) u. §. 4. (infantes pubertati proximi).

2) Unmündigkeit.

A. L. R. I. 1. §. 25.: „Unmündige (heißen diej.), welche das 14te Jahr noch nicht zurückgelegt haben") vgl. mit I. 4. §. 21. 22., 5. §. 11 flg. 9. §. 390., 12. §. 16, II. 1. §. 37, 2. §. 83. 111. 633., 7. §. 537.; s. auch G. O. I. 10. §. 230. vgl. mit C. G. O. v. J. 1709. Tit. 38. §. 3. — Vgl. übrigens Vormundsch. Ordn. v. 23. Sept. 1718. §. 54.: „Die Vorm. soll enden, wenn die unmündigen Knaben ihr 14tes, und die Mägdlein ihr 12tes Jahr vor voll erreicht haben; in Bestrafung des Verbr. aber sind die Mägdlein nicht eher, als nach zurückgel. 14. J. vor mündig zu halten" (C. C. M. Th. II. 2. S. 74)., Proj. des C. J. Fr. a. a. O. Tit. 2. §. 21. und Entw. Th. I. 3. Tit. 6. §. 7.

Ueberbleibsel des gemeinrechtl. Mündigkeits-Termins der Mädchen s. in A. L. R. II. 20. §. 1041 u. 1055. vgl. mit §. 17. eod.

Volle Mündigkeit? — Vgl. A. L. R. I. 1. §. 20., 5. §. 34., 12. §. 17., II. 1. §. 37., 18. §. 244 flg. 560., 20. §. 1040., G. O. I. 10. §. 230.

3) Minderjährigkeit.

a) Geschichtliche Vorbemerkungen.

1. Edict v. 10. Sept. 1701., (C. C. M. Th. II. 1. S. 335.) u. Vorm. Ord. a. a. O. (25 Jahr), vgl. mit Märk. Wechsel Recht vom 18. März 1709 Art. 6.: „es wäre dann, daß sie wirklich öffentliche Handlung trieben, welchenfals sie, wenn sie 21 J. alt seynd, pro major. gehalten werden sollen" (ebend. S. 479). — C. O. v. 16. u. Ed. v. 18. Jul. 1746: „daß Unsere getr. Unterth. Adelichen Standes nach zurückgelegten 20. J. in allen Unsern Landen für Majorenn gehalten werden sollen (ebend. Cont. III. S. 83), vgl. mit Decl. v. 29. Aug. 1747: „. . . . mit der Restriction . . ., daß ihnen vor geendigtem 24. J. unbew. Güter zu alieniren, Schulden zu contrahiren oder ausstehende Capitalien einzuheben ohne obrigk. Consens gantz und gar nicht erlaubt, u. dergl. Actus . . . null und nichtig seyn sollen" (ebend. S. 181), mit Ed. v. 14. Mai 1749: „. . . . daß Unsere Adelichen Vas. u. Unterth. in Ansehung ihrer Immob. und Capit. bis zu erreichtem 25. J. unter deren Pupillen-Collegiorum und Curatorum Aufsicht bleiben, . . . auch daher die Curatores nach wie vor dieserwegen die Rechnung jährlich vor denen Pup.-Coll. ablegen" (Cont. IV. S. 152), u. mit Decl. v. 23. Oct. 1762 sub II.: „. . . daß die Disposition über die Capitalia u. s. w. frey stehen . . . soll, sobald sie ihr 24stes Jahr zurückgelegt oder das 25ste Jahr angetreten haben rc.". (N. C. C. Th. 3. S. 161).

2. Proj. des C. J. Fr. Lib. 3. tit. 13. §. 2. 9. u. 10. („Es gehet aber auch dieses benef. nicht auf die unbew. Güter, massen ratione dieser die Curatel auch bey denen Adlichen nach wie vor subsistirt").

3. Entw. Th. I. 3. Tit. 6. §. 7. und 9.: „Minderj. (heißen), welche das 25. Jahr ihres Alters noch nicht zurückgelegt haben. Doch bedürfen dergl. Pers., die zum Bauernstande gehören, oder sich Künsten und Handw., oder der Kaufm. gewidmet haben, nach zurückg. 21. J. keiner Vormünder", vgl. mit §. 509.

4. Immed.-Bericht des Großk. v. Carmer v. 3. Novbr. u. Cab. Ord. v. 5. Novbr. 1790: „Ich approbire zwar sehr, daß Ihr . . . die Erlangung der Majorennität in Meinen sämmtl. Landen auf einen allgemeinen gleichen Fuß festsetzen wollet, . . . daß Pers. v. Adel mit zurückgel. 24. J. majorenn seyn mögen, und zwar aller Orten. Allein was die niedrigen Stände anbetr., welche Ihr . . . nach zurückg. 21. J. schon für majorenn annehmen wollet, . . . das kann Ich nicht approbiren, sondern will vielmehr, daß in Meinen gesammten Ländern überhaupt in allen Ständen das zurückg. 24. Jahr die Major. bestimmen soll" (v. Kamptz Jahrb. Bd. 52. S. 1 u. 117). — Vgl. noch Rescr. v. 5. März 1792 (s. Erg. u. Erl. Th. I. 1. S. 111.)

b) Geltendes Recht.

1. A. L. R. I. 1. §. 26.: „Die Minderj. dauert, ohne Unterschied des Ortes, der Herkunft und des Standes, bis das 24. J. zurückgelegt ist", vgl. mit II. 18. §. 696 u. 720. — Ueberbleibsel des gemeinrechtl. Termins in A. L. R. II. 1. §. 46. (s. jedoch §. 997. eod.) und G. O. I. 1. §. 6.

2. Vermeintlich subsidiäre Geltung des 24jährigen Termins. Vgl. Instr. für Südpr. Regier. v. 18. Novbr. 1795, Rescr. an Magdeb. Reg. v. 13. April 1795, Anh. zu A. L. R. §. 170., Rescr. v. 28. April 1803.

3. Aufhebung aller Abweichungen des Particular-Rechts. Vgl. Publ. Pat. zum Ostpr. Pr. R. §. 7., C. O. v. 10. u. Rescr. v. 26. Juni 1808, C. O. v. 22. u. Rescr. v. 24. Novbr 1808. (s. Erl. u. Ergänz. ad §. 26. h. t.), Publ. Pat. v. 9. Sept. 1814 §. 14., v. 9. Novbr. 1816 §. 18., v. 15. Novbr. 1816 §. 14., v. 21. Juni. 1825 §. 21., Verordn. für Erfurt v. 1. Aug. 1817.

4. Ausnahmen a) in Betreff der Juden: Verb. und allg. Wechselrecht v. 25. Sept. 1724 Art. 5. (C. C. M. Th. II. 2. S. 217), Rescr. v. 13. Dez. 1768 (N. C. C. Th. 4. S. 5061) u. Anh. zu A. L. R. §. 3., vgl. mit Edict v. 12. März 1812 §. 7 u. 20. u. Rescr. v. 30. Oct. 1818; b) in Betreff der Lehnsmündigkeit im Herz. Sachsen: Cab. Ord. v. 9. Mai 1820.

§. 43. 2. Verschiedenheit des Geschlechts. (B. §. 43., Th. §. 94.)

A. L. R. I. 1. §. 24.: „Die Rechte beider Geschlechter sind einander gleich, so weit nicht durch besondere Gesetze oder rechtsgültige Willens-Erklärungen Ausnahmen bestimmt werden", vgl. mit Einl. §. 12 u. 22. I. 5. §. 23., 12. §. 19., II. 18. §. 51 flg., G. O. I. 1. §. 25 flg.

Ueber Zwitter und Feststellung ihres Geschlechts s. §. 19—23. h. t. vgl mit Proj. des C. J. Fr. Lib. I. tit. 4. §. 3.

§. 44. 3. Geistige und körperl. Gebrechen. (B. §. 43., Th. §. 96.)

1) Wahn- und Blödsinn.

A. L. R. I. 1. §. 27—29., 4. §. 23—27., 6. §. 41—44., 12. §. 20—22. u. §. 145 flg., II. 2. §. 261. und A. G. O. I., 10. §. 227., vgl. mit A. L. R. II. 18. §. 12. 13. 815 flg. u. A. G. O. I. 38, §. 2—8., II. 3. §. 9.

2) Verschwendung.

A. L. R. I. 1. §. 30. 31., 5. §. 14—17., II. 1. §. 55., 2. § 256 u. 259. vgl. mit II. 18. §. 14. u. 812. u. A. G. O. I. 38. §. 9—44. — S. jedoch A. L. R. I. 9. §. 542, u. 12. §. 27—33.

3) Taubstummheit.

1. A. L. R. II. 18. §. 15 flg.: „Taub- und Stummgeborne (Entw. I. 3, 6. §. 18.: Tauben und Stummen zugleich), ingleichen diej., welche vor d. 14. Jahre in diesen Zustand gerathen sind, müssen ... bevormundet werden. Diejenigen, welche erst später taubstumm (s. auch §. 346 u. 818. ibid.) geworden sind, nur alsdann, .. wenn sie sich durch allgemein verständliche Zeichen nicht ausdrücken können. Denj., welchen der Mangel der Sprache und des Gehörs (s. § 819. ibid.) den Ausdruck ihrer Gedanken ... nur erschwert, soll wider ihren Willen kein Vormund bestellt werden. Doch sind sie bei gerichtlichen Verhandl. einen Beistand (s. §. 51. ibid.) zuzuziehen verbunden".

2. A. L. R. I. 5. §. 171.: „Blinde u. Taubstumme (Entw. II. 2. §. 125.: Blinde, Taube und Stumme) müssen ihre schriftl. Verträge gerichtlich aufnehmen lassen", vgl. mit G. O. II. 1. §. 9. u. 3. §. 6 u. 7.: „Bei Personen, die taub und stumm zugleich sind, muß der Richter die Vorschriften beider vorherg. §§. (s. nachher sub 4.) beobachten. Taubstumme (A. L. R. II. 18. §. 15. 16.), die nicht schreiben und geschriebenes lesen können, sind in der Regel nicht fähig, Verträge zu schließen, sondern müssen unter Vorm. genommen ... werden. Wenn jedoch u. s. w." — S. auch A. L. R. I. 9. §. 540 und 595.. (Wahns., Blöds., Taubstumme) vgl. mit Entw. II. 6. §. 426 und 469. (wo der Taubst. gar keine Erwähnung geschieht) und A. G. O. I. 10. §. 227. No. 3 u. 4. (Taube, und Taube und Stumme zugleich.)

4) Taubheit und Stummheit.

A. L. R. I. 5. §. 24 u. 25.: „Blinde, Taube und Stumme können in so weit Verträge schließen, als sie ihren Willen deutlich u. mit Zuverlässigkeit zu äußern vermögen. Sind ihnen aber Vormünder bestellt, so haben sie ... die Rechte d. Blödsinnigen", 12. §. 26.: „Tauben oder stummen Personen, welche sich schriftlich oder mündlich ausdrücken können, stehen die Gesetze wegen Errichtung ihres letzten Willens nicht entgegen", II. 18. §. 17. (s. sub 3.), A. G. O. II. 3. §. 4. („Wenn ein Tauber einen Contract schließen will, so muß d. Richter ꝛc.) u. §. 5. („Wenn ein Contrahent stumm ist, so muß u. s. w.") vgl. mit A. L. R. I. 5. §. 171. (s. sub 3.)

5) Blindheit.

A. L. R. II. 18. §. 51. Nr. 3 und 5., vgl. mit I. 5. §. 24. 25. 171. (s. oben), 12. §. 113., A. G. O. II. 1. §. 9. und 3. §. 8.

6) Krankheit u. Gebrechlichkeit.

Vgl. A. L. R. I. 18. §. 379. 741 flg., II. 7. §. 259 u. 293., II. 18. §. 51.

§. 45. 4. Religions-Verschiedenheit. (Th. §. 112.)

1) Gleichstellung der christlichen Hauptconfessionen.

Proj. des C. Jur. Fr. P. I. Lib. 1. tit. 2. §. 38., u. P. II. Lib. 1. tit. 2. §. 13., Ed. vom 21. Juni 1753 im Eing. (N. C. C. Th. 1. S. 505.), Ed. d.

Relig.-Verf. in d. Pr. St. betr. v. 9. Juli 1788 §. 1 u. 2. (N. C. C. Th. 8. S. 2175), Cab. Ord. v. 26. Dzbr. 1808: „Ich vernehme ungern, daß in einigen Meiner Prov. der Conf.-Unterschied noch einige Verschiedenheiten im bürg. Leben . . . begründet. Diese widerstreiten den allg. Grundsätzen Meiner Regierung; . . . desto weniger kann ich es dulden, daß die Versch. des Glaubens bei Meinen protest. und kathol. Unterthanen irgend berücksichtigt werde". (Jacobson Gesch. d. Quellen des Pr. Kirchenrechts Th. 1. Anh. No. 95).

Ueber die Rechtsverh. der Mennoniſten und Quäker vgl.: Pat. v. 29. März 1780, Edict v. 30. Juli 1789 nebst dessen Decl. v. 17. Dezbr. 1801. (N. C. C. Th. 8. S. 2541, Th. 11. S. 1277)., Cab. Ord. vom 24. Nvbr. 1803 (Rabe's Samml. Bd. 7. S. 529) und Cab. Ord. v. 16. Mai 1830.

2) Rechtsverhältnisse der Juden.

Vgl. C. F. Koch die Juden im Preuß. Staate. Marienw. 1833. J. Heinemann Samml. der die relig. u. bürgerl. Verf. der Juden in d. K. Pr. St. betr. Gesetze ꝛc. Glogau 1831.

1. Edict wegen auffgenommen 50 Familien Schutz-Juden vom 21. Mai 1671 und dessen Confirm. v. 20. Mai 1714, Regl. vor die in (Berlin) sich aufhalt. Juden v. 7. Dezbr. 1700, Gen.-Priv. und Regl., wie es wegen der Juden im S. K. M. Landen zu halten v. 29. Sept. 1730 (C. C. M. Th. V. 5. S. 121, 35. 57. 93) und Revid. Gen.-Priv. und Regl. vor die Judenschaft ꝛc. v. 17. Apr. 1750. (N. C. C. Th. 2. S. 118).

2. Relig.-Ed. vom 9. Juli 1788 §. 2., A. L. R. II. 20. §. 264. 1243. 1462 u. 69. u. Regist. s. v. „Juden".

3. Edict betr. die bürgerl. Verh. der Juden in dem Pr. Staate v. 11. März 1812: §. 1. „Die in Unsern Staaten jetzt wohnhaften, mit Gen.-Priv., Naturalisations-Patenten, Schutzbriefen und Concessionen versehenen Juden und deren Familien sind für Einländer und Pr. Staatsbürger zu achten. §. 2. . . . unter der Verpflichtung . ., daß sie festbestimmte Familien-Namen führen, und daß sie . . . der deutschen oder einer andern lebenden Sprache, u. bei ihrer Namens-Unterschr. . . . deutscher oder lateinischer Schriftzüge sich bedienen sollen. §. 6. Diej. Juden, welche den Vorschr. §. 2 u. 3. zuwider handeln, sollen als fremde Juden . . behandelt werden. §. 7. Die für Einländer zu achtenden Juden hingegen sollen, insofern diese Ver. nichts Abweichendes enthält, gleiche bürgerl. Rechte und Freiheiten mit den Christen genießen. §. 20. Die privatrechtl. Verh. der Juden sind nach eben denselben Gesetzen zu beurtheilen, welche andern Pr. Staatsbürgern zur Richtschnur dienen. §. 21. Ausnahmen finden bei solchen Handl. u. Geschäften statt, welche wegen Versch. der Rel. u. des Cultus an besondere gesetzl. Bestimm. und Formen nothwendig gebunden sind. §. 31. Fremden Juden ist es nicht erlaubt, in den hies. Staaten sich niederzulassen, so lange sie nicht das Pr. Bürgerrecht erworben haben. §. 36. Ausländ. Juden ist der Eintritt in das Land zur Durchreise oder zum Betrieb erlaubter Handelsgeschäfte gestattet". Vgl. noch die Instr. über die Ausführung d. Ed. v. 20 u. 25. Juni 1812, bei Heinemann a. a. O. S. 6 flg.

4. Ueber die Beschränkungen des Ed. v. J. 1812: a) in Betreff d. Jüdischen Staatsbürger vgl. Ver. vom 30. Aug. 1816, C. O. v. 18. Aug. 1822 u. C. O. v. 29. Apr. 1835, b) rücksichtl. der im J. 1814 erworb. Provinzen s. C. O. v. 8. Aug. 1830: „. . . bestimme Ich hierdurch ausdrücklich,

drücklich, daß das Ed. v. 11. März 1812 nur in denj. Prov., in welchen es bei seiner Erlassung publicirt worden, gelten, in den neuen und wiedererworb. Prov. dagegen . . . bis zu weiterer Bestimmung" (diese ist bisher nur für Posen durch Ver. v. 1. Juni 1833 ergangen) „sich in Hinsicht der Verh. der Juden lediglich nach denjenigen Vorschr. geachtet werden soll, welche bei der Besitznahme dieser Prov. als darin gesetzlich bestehend vorgefunden worden sind".

5. Standes-Verschiedenheit. (Th. §. 97—111.)

§. 46. a. Einleitung.

Einl. §. 22. (s. oben S. 21.), §. 82: „Die Rechte des Menschen entstehen durch seine Geburt, seinen Stand u. s. w.", §. 84: „Die besondern Rechte u. Pfl. der Mitglieder des Staats beruhen auf dem persönlichen Verh., in welchem ein Jeder gegen den Andern u. gegen den Staat selbst sich befindet", u. §. 104., A. L. R. I. 1. §. 2. u. 6—9.

Vgl. auch Entw. Einl. §. 22. 89. 90. 109. 116, und die Vorbem. zu Th. 1. Abth. 1 u. 2.

§. 47. b. Vom Adelsstande. (A. L. R. II. 9.)

1) Begriff und Eintheilung.

Ed. betr. die Verh. der vormal. Reichsst. v. 21. Juni 1815. u. Instr. wegen dessen Ausführung v. 30. Mai 1820 vgl. mit C. O. v. 21. Febr. 1832 u. 3. März 1833. — A. L. R. §. 2. 14. 21 flg. u. 32. h. t. vgl. mit C. O. v. 4. Sept. 1830.

2) Erwerb und Verlust.

Vgl. A. L. R. §. 3 flg. 9 flg. mit §. 18—20 h. t., und §. 81—100 h. t. mit Rescr. v. 12. Mai 1800 u. 11. Aug. 1806. (N. C. C. Th. 10. S. 2935. Th. 12. S. 715.)

3) Vorrechte und Einschränkungen des Adels.

1. A. L. R. §. 1. h. t. („Dem Adel, als dem ersten Stande im Staate ꝛc."), §. 14—16. (Prädicate und Wappen), §. 34. (privil. Gerichtsstand), §. 35 u. 36. (vorzügliche Berechtigung zu Ehrenstellen) §. 37 flg. (ausschl. volle Berechtigung zum Besitz adliger Güter.) — Ebend. §. 72—75. u. II. 8. §. 7 u. 10. (Ausschluß von bürgerl. und bäuerl. Besitz) und §. 76—79. 81. h. t. (Ausschluß v. bürgerl. Nahrung).

2. A. L. R. §. 75. h. t.: „Uebrigens finden alle . . Einschränkungen der bürgerl. Besitzer adliger Güter nur auf diej. Anwendung, welche dergl. Güter erst nach den in jeder Prov. ergang. Einschränkungs-Gesetzen (s. Entw. Th. I. 2. Tit. 4. §. 27. Note **) oder erst nach dem 10. Febr. 1775 erworben haben".

3. Ed. betr. den erleicht. Besitz des Grundeig. v. 9. Oct. 1807. §. 1 u. 2: „Jeder Einw. Unsrer Staaten ist . . . zum eigenth. oder Pfandbesitz unbeweglicher Grundstücke aller Art berechtigt, ... ohne daß der eine oder andere zu irgend einem Güter-Erwerb einer besondern Erlaubniß bedarf . . . Alle Vorzüge, welche bei Güter-Erbschaften der adelige vor dem bürgerlichen Erben hatte, und die bisher durch den persönlichen Stand des Besitzers begründete Einschränkung u. Suspension gewisser gutsh. Rechte fallen gänzlich weg ꝛc. — Jeder Edelmann ist, ohne allen Nachtheil seines Standes, befugt, bürgerl. Gewerbe zu betreiben, und jeder Bürger oder Bauer ist berechtigt, aus dem Bauer-

in den Bürger-, u. aus dem Bürger- in den Bauerstand zu treten", vgl. mit Rescr. v. 5. März 1809 bei Matthis Bd. 10. S. 65. (Wegfall des adligen Prov.-Indigenats). — Ed. wegen Anordn. der Prov.-Stände v. 5. Juni 1823. — Regl. v. 6. Aug. 1808 bei Matthis B. 6. S. 415 (Gleichheit aller Stände in Betr. des Staatsdienstes).

§. 48. c. Vom Bürgerstande. (A. L. R. II. 8.)

1) Bedeutung im w. und e. S. und Arten.

Vgl. A. L. R. §. 1—3 u. 13—111. h. t., I. 6. §. 112., II. 7. §. 111., A. G. I. 25. §. 65.

A. L. R. II. 1. §. 32: „Zum höheren B. St. werden hier (in Betr. der Ehe) gerechnet: alle öffentl. Beamten (die geringeren Subalternen ꝛc. ausg.) Gelehrte, Künstler, Kaufl., Unternehmer erhebl. Fabriken und diej., welche gleiche Achtung mit diesen in der bürgerl. Gesellschaft genießen", u. A. G. O. I. 34. §. 1: „Zum gemeinen B. St. werden hier (bei Injurienklagen) gerechnet: Handwerker und Professionisten nebst allen denj., welche nach der gemeinen Meinung diesen gleich oder geringer geachtet werden", vgl. mit Anh. §. 222. — S. auch Ed. wider die allzuungleichen Heyrathen derer von Adel v. 8. Mai 1739 (Mylius Cont. I. S. 253.).

2) Erwerb und Verlust.

S. §. 14. 22—24. 42 flg. h. t.

3) Rechte des Bürgerstandes.

a) In Betreff städtischen Grundbesitzes.

Vgl. A. L. R. §. 78 flg. h. t., II. 7. §. 5—7. 107 u. 8, 9. §. 72. mit Ed. v. 9. Oct. 1807, Städte-Ordn. v. 19. Novbr. 1808. §. 15: „Das Bürgerrecht besteht in der Befugniß, städtische Gewerbe zu treiben u. Grundst. im städt. Pol.-Bezirk zu besitzen", u. Rev. Städte-Ord. v. 17. März 1831. §. 15. sub a u. 26.: („Schutz-Verwandte) können gleich den Bürgern städt. Grundst. erwerben u. Gewerbe betreiben".

b) Rücksichtlich der bürgerlichen Nahrung.

1. Vgl. im Allgemeinen §. 18 flg. 46. 49. 60. 73. u. 86. h. t. mit Städte-Ordn. v. 1808. §. 15. 34. 35 u. 42. („Schutz-Verw. dürfen nur solche Gewerbe treiben, wozu es verfassungsmäßig des Bürgerrechts nicht bedarf"), und Revid. Städte-Ordn. v. 1831. §. 15—17 u. 26.

S. auch §. 11 der revid. St.-O.: „Bürger ist derj., welcher das Recht gewonnen hat, an den öffentl. Geschäften der Stadtgem. bei den Wahlen Theil zu nehmen (Bürgerrecht)".

2. Ueber Gewerbsbetrieb u. Zunftwesen insbesondre s. A. L. R. §. 179—474. h. t., Ed. über die Einführung einer allg. Gew.-Steuer u. Gew.-Freiheit v. 2. Novbr. 1810. vgl. mit Cab. Ord. über Gew.-Patente v. 27. Sepl. 1815. (v. Kamptz Annalen Th. 7. S. 827.) u. Gew.-Steuer-Gesetz v. 30. Mai 1820., Ed. über die poliz. Verh. der Gewerbe v. 7. Sept. 1811 u. dessen Decl. betr. die Ablösung der Real.-Berechtig. v. 11. Juli 1822. — Vgl. noch Rescr. des Min. des Innern v. 4. Aug. 1825 u. 19. Febr. 1836. (üb. Fortbestand der Zunft-Verf. in den 1814 erworbenen Prov.) bei v. Kamptz a. a. O. Th. 9. S. 746 u. Th. 20. S. 218, und Ges. v. 13. Mai 1833 (über Zunftwesen im G. H. Posen).

3. Ueber Handelsbetrieb u. kaufm. Innungswesen s. A. L. R. §. 475 flg. h. t. vgl. mit Ed. v. 2. Novbr. 1810. §. 1., und die der Kaufmannschaft in den größern Handelsstädten verliehenen Statuten v. 2. März 1820 (Berlin), v. 15. Novbr. 1821 (Stettin), v. 25. Apr. u. 21. Mai 1822 (Danzig u. Memel), v. 22. u. 25. Apr. 1823. (Tilsit u. Königsb.), v. 27. Apr. 1824 (Elbing), v. 9. Apr. 1825 (Magdb.)

§. 49. d. Vom Bauernstande. (A. L. R. II. 7.)

1) Begriff und Eintheilungen.

Vgl. §. 1. 18. 20. u. §. 88. 89. h. t.

2) Persönliches Verhältniß zur Gutsherrschaft.

Vgl. v. Kamptz Bruchstücke über das gutsherrliche Verhältniß in den Preuß. Staaten (in dessen Jahrb. Bd. 34. S. 236 flg.), A. v. Harthausen die ländliche Verfassung in den einz. Prov. der Pr. Monarchie. Bd. 1. Königsb. 1839.

a) Geschichtliche Bemerkungen.

1. Kurm. Bauer-Ordn. v. 1. Sept 1645, 22. Nov. 1651, 18. Dezb. 1681 u. 24. Aug. 1722 (C. C. M. Th. 5, 3. S. 55. 109. 141. 267), Neum. B.-O. v. 16. Jan. 1646 u. 14. Sept. 1685 (ebend. S. 75. 171).

S. auch Landt.-Receß v. J. 1653. §. 22: „Die Leibeig. thuet deren Orthen, da sie introduciret undt gebräuchlich, allerdinge verbleiben." (ebend. Th. 6. 1, S. 438), Spec.-Revers für die Neum. Städte v. 29. Aug. 1653. §. 16: „Die Klagen über ... Mißbrauch der L. E. (betr.), wollen wir ... eine Verordn. machen, wie dieselbe der Billigkeit gemäß, jedoch denselben, so der L. E. Gerechtigkeit haben, an ihrer observantz und erlangten Jure quaesito allerdinge ohne schaden; daferne aber die L. E. nicht gebräuchlich, soll sie auch nicht eingeführt werden" (ebend. S. 482), Märk. Flecken-Ordn. v. 16. Dezb. 1702. §. 61: „Weil auch an einigen Orten die L. E. annoch hergebracht, S. K. M. aber alle Dero immediat-leibeigene Unterth. solcher Bürde zu entheben gesonnen sind, so erklären Dieselben hierdurch, daß, wenn solche u. s. w." (ebend. Th. 5. 3, S. 245).

2. Proj. des Corp. Jur. Frid. P. I. Lib. 1. tit. 5. §. 6 flg.

3. Pomm. B.-O. v. 30. Dezbr. 1764 und Verordn. für Ost- und Westpr. v. 8. Novbr. 1773 (N. C. C. Th. 3. S. 531 u. Th. 5. S. 2461).

b) Von der Erbunterthänigkeit des A. L. R.

Vgl. §. 87 flg. 147 flg. 495 flg. h. t. mit Entw. Th. I. 2, Tit. 2. §. 105 u. §. 66. Note *. — (§. 147: „Unterthanen werden außer der Beziehung auf das Gut, zu welchem sie geschlagen sind, in ihren Geschäften und Verhandlungen als freie Bürger des Staats angesehen". §. 148: „Es findet daher die ehemalige Leibeigenschaft, als eine Art der persönlichen Sklaverey, auch in Ansehung der unterthänigen Bewohner des platten Landes nicht Statt".)

c) Neuere Gesetzgebung.

1. Verordn. betr. die Freiheit der Ostpr. u. Litth. Doman.-Unterth. v. 29. Dezb. 1804 (Neues Arch. Th. 4. S. 133).

2. Edict v. 9. Oct 1807. §. 10 – 12: „Nach dem Datum dieser Ver. entsteht fernerhin kein Unterth.-Verh., weder durch Geburt, noch

durch Heirath u. s. w. Mit der Publ. der gegenw. Ver. hört das Unterth.-Verh. derj. . ., welche ihre Bauergüter erblich, oder eigenthümlich, oder erbzinslich, oder erbpachtweise besitzen, gänzlich auf. Mit dem Martini-Tage 1810 hört alle Guts-Unterthänigkeit in Unsern Staaten auf". (G. S. v. 1806—10. S. 171.), vgl. mit C. O. über die Dom.-Bauern v. 28. Oct. 1807 u. Decl. v. 15. März 1808 (Matthis Bd. 6. S. 164, 10. S. 65.), Publ. f. Schlesien v. 9. Apr. 1809 (v. Kamptz Jahrb. B. 3. S. 200.) u. Verordn. v. 24. Oct. 1810 (Matthis Bd. 9. S. 431).

3. Publ. Pat. v. 9. Nov. 1816. §. 15 (Posen), Ges. v. 18. Jan. 1819. §. 1 (Lausitz), Ges. v. 25. Sept. 1820. §. 3. u. C. O. v. 21. Apr. 1825. (ehem. fr.-westf. Prov.)

3) Staatsbürgerliche Stellung des Bauerstandes.

1. Vgl. §. 8. u. 171. h. t. (Verpfl. zu Landbau), §. 3. u. 172 flg. eod. II. 8. §. 15. 91 flg. 185 flg. 486. (Ausschluß vom Bürgerrechte u. von bürgerl. Nahrung), §. 14 u. 15. h. t. u. II. 9. §. 73 flg. (Conservation der Rusticalstellen), §. 13. h. t. vgl. mit II. 14. §. 2 u. 3. (Landfolge u. Steuerpflicht).

2. Ed. v. 9. Oct. 1807. §. 1 u. 2., Verordn. v. 18. Jan. 1819. §. 5. u. v. 20. Sept. 1820. §. 6. (freie Wahl des Berufs), Ed. v. 9. Oct. 1807. §. 6. 7. vgl. mit Ed. die Regulirung der gutsh. u. bäuerl. Verh. betr. v. 14. Sept. 1811. §. 32. 33. (Einziehung der Rusticalstellen).

6. Verlust der bürgerlichen Ehre und des guten Rufs. (Th. §. 113—20.)

§. 50. a. Einleitende Bemerkungen.

1. A. G. O. I. 10. §. 227. No. 7. u. §. 230. No. 14: „(Ganz unfähig zum Zeugnisse sind) diej., welche begangener Verbrechen wegen für ehrlos erklärt worden. Die erfolgte Begnadigung macht dabei keinen Unterschied, wenn nicht . . wegen nachgewiesener Unschuld ertheilt. . . . Andere Verbrechen, wenn auch Festungs- oder Zuchthausstrafe darauf, jedoch unter Vorbehalt des ehrlichen Namens, verhängt wäre, . . . schwächen nur die (den) Aussagen beizulegende Beweis-Kraft . . (je nach) Beschaffenheit des Verbrechens u. s. w. — Zu denj. Personen, welche zwar nicht als Beweiszeugen, wohl aber der Erkundigung wegen, abgehört werden können, gehören . . . diej., welche ein mit dem Verlust der bürgerlichen Ehre verbundenes Geschäft treiben", vgl. mit Regist. zur A. G. O. s. v. „Infamia juris".

2. A. L. R. II. 20. §. 34: „Findet nur eine außerordentliche Strafe statt, so kann dies. niemals bis zum Tode oder zur Ehrlosigkeit ausgedehnt werden", vgl. mit §. 31. eod.; „Die im Gesetze bestimmte Strafe eines Verbrechens heißt die ordentliche", und mit Entw. Th. I. 3. Tit. 8. §. 25: „Verbrechen und Strafen ziehen die Ehrlosigkeit nur alsdann nach sich, wenn ausdrücklich darauf erkannt worden". S. auch Resc. v. 11. Aug. 1806.

3. Rescr. v. 30. Sept. 1799. zu II. 20. §. 1405: „Da die Ehrlosigkeit im jur. Sinne von dem Verluste der bürgerlichen Ehre wesentlich verschieden ist, auch aus §. 227. Th. I. Tit. 10 der G. O. deutlich hervorgeht, daß der Gesetzgeber diesen Unterschied vor Augen gehabt hat, so versteht es sich von selbst, daß Niemand der bürgerlichen Ehre verlustig erklärt werden kann, der keine

Vorzüge besitzt, wodurch er in der bürgerl. Gesellschaft, wie z. B. durch Adel u. Orden, ehrenvoll ausgezeichnet wird, . . . weil . . . ein darauf gerichtetes Erkenntniß, wenn es nicht ganz zwecklos sein sollte, die Strafe der Infamie und Ehrlosigkeit zu bezwecken scheinen würde" (Rabe's Samml. Bd. 5. S. 168.), vgl. mit Rescr. v. 24. März u. Cab. Ord. v. 1. Mai 1819, (v. Kamptz Jahrb. Bd. 13. S. 313.).

S. auch Svarez Schlußvorträge S. 107: „. . . anrüchig, was weniger heißt als infam".

§. 51. b. Ehrlosigkeit i. e. S. oder Infamie.

1) Nothwendigkeit directer Androhung im Gesetz u. förmlicher Aussprechung durch Straf-Erkenntniß.

A. L. R. II. 20. §. 1453 u. 56. 1461., II. 8. §. 54. (für ehrlos erklärt), §. 274 u. 608 ibid. (durch Urtheil und Recht seiner Ehre verlustig erklärt), Städte-Ordn. v. J. 1808. §. 39. (für ehrlos erklärt; eines Meineids ꝛc. vom Richter überführt), vgl. mit den im §. 50. alleg. Stellen. — S. auch II. 20. §. 513. (Leibes-, Ehren- oder Geldstrafen nur in sofern, als eine solche Strafe in den Gesetzen ausdrücklich verordnet ist).

2) Scheinbares Anerkenntniß einer s. g. infamia immediata.

A. L. R. II. 20. §. 95. 1405. 1454. (werden aller bürgerl. Ehren verlustig), §. 633 eod. (schon durch die That aller Standesrechte u. Würden verlustig), II. 7. §. 290. (schändliche Vergehungen).

S. auch Ed. wegen der (gerichtl.) Depositionen v. 17. Mai 1719 im C. C. M. Th. II. 2. S. 295. (ohne weitere Sententz infam), vgl. mit Ed. wid. d. Banqueroutirer v. 14. Jun. 1715, ebend. S. 53. (vor infam gehalten werden, und anstatt der sententiae declaratoriae sein Name an den Galgen geschlagen) und Ed. wider die Austreter v. 17. Oct. 1713, ebend. Th. 3. 1. S. 351. (vor infam u. ehrloß declariret und ihr Name an den Galgen geschlagen).

3) Infamirende Strafen?

A. L. R. II. 20. §. 804. (durch grobe Verbrechen verwirkte infamirende Strafe), II. 1. §. 704, II. 2. §. 55. (harte u. schmähliche Zuchthausstrafe u. Festungsarbeit), II. 20. §. 1405. (schimpfliche Ausstellung), §. 673 u. 1463 eod. (öffentl. Schandpfahl), vgl. mit Brand. Kriegsrecht v. J. 1656. (C. C. M. Th. 3. 1. S. 69.) Art. 68. (Ausstoß. derer aus dem Militär, so „einmal zum Schelm verurtheilt oder in des Scharfrichters Händen gewesen"), Neu approb. Kriegs-Art. v. J. 1749. (ebend. Cont. IV. S. 160.) Art. 36. (durch den Schinder zum Schelm gemacht) u. Art. 37. („wenn einer seine Infamie, daß er ein Schinderknecht, gestäupet, gebrandmarkt, verschwiegen"), Duell-Mand. v. 28. Juni 1713. (ebnd. Th. 2. 3. S. 49.) Art. 8. (Abnahme des Namens vom Galgen „cum restitutione honoris"). — S. jedoch Pat., daß die im Zuchthause Gesessenen von Handw. nicht ausgeschl. werden sollen v. 28. Aug. 1710, ebend. Th. 5. 2. S. 663. („als ehrliche und untadelhafte zunftmäßige Leute anzunehmen"), u. Pat. v. 10. Nov. 1716, ebend. S. 667. („zum Bürgerrecht unweigerlich zu admittiren"). Vgl. auch Städte-Ordn. v. J. 1808. Art. 20 mit Art. 39.

4) Folgen der Ehrlosigkeit.

Verlust des Adels (arg. II. 9. §. 82 u. 91., Circ.-Ver. v. 12. Mai 1800 im N. C C. Th. 10. S. 2935.), Verlust der Standschaft u. Patrim.-Jurisd. (Ges. v. 8. Mai 1837.), Ausschluß von öffentl. Aemtern jeder Art (II. 20. §. 339. 1331. 1405., §. 1334 flg. eod., C. O. v. 25. Aug. 1822.), Ausschluß vom Bürgerrechte (II. 8. §. 54 u. 274., St. O. v. J. 1808. §. 20 u. 39; s. jedoch C. O. v. 6. Apr. 1823 u. Revid. St. O. v. J. 1831. §. 19 vgl. mit §. 11.), Unfähigkeit zu Vormundschaften (II. 18. §. 135 u. 36.), Zeugniß- und Eides-Unfähigkeit (G. O. I. 10. §. 227. 284. 301., 13. §. 25, 22. §. 16.), Verlust der väterl. Gewalt (arg. II. 2. §. 255.), Ehescheidung (arg. II. 1. 704 u. 7.), Verlust des Anspruchs auf Kindes-Pflichttheil (arg. II. 2. §. 409 u. 410.).

5) Einzelne Fälle wirklicher Ehrlosigkeit.

Hochverrath und Landesverrätherei erster Kl. (II. 20. §. 95. 103.), Meineid u. falsches Zeugniß (§, 1405. eod., II. 8. §. 608., A. G. O. I. 10. §. 227. No. 6.; s. jedoch die oben §. 50 cit. Rescr. u. Städte-Ordn. v. 1808. §. 39.), betrügl. u. muthwill. Banquerout (II. 20. §. 1453 u. 1461. u. II. 8. §. 608 u. 9. vgl. mit Ed. v. J. 1715.; s. jedoch A. G. O. §. 230. No. 15.), treulose Vormundsch.-Verwaltung (II. 18. §. 135. II. 20. §. 1331. 32. vgl. mit Vorm.-Ordn. v. J. 1718. §. 38. u. Proj. d. C. J. Fr. Lib. 3. tit. 12. §. 7 u. 9.; s. jedoch St. O. §. 39.), Prävarication (II. 20. §. 1336 u. 37.), Unterschlagung von Depositen (II. 20. §. 420 flg. 1353 flg. vgl. mit Ed. v. 17. Mai 1719.), Desertion (II. 20. §. 464.), Flucht nach vollzogenem Duell? (II. 20. §. 673.), Urkundenfälschung? (II. 20. §. 1380 u. 91. u. St. O. §. 39.).

§. 52. c. Verlust der bloßen Standesehre und Standesvorrechte.

Rescr. v. 30. Sept. 1799. (s. oben §. 50.), A. L. R. II. 9. §. 81. 82. 91., Circ.-Ver. v. 12. Mai 1800. (Adel), II. 8. §. 55 u. 275., St. O. v. J. 1808. §. 39 zu E. u. v. J. 1831. §. 20. (Bürger- u. Meisterrecht), II. 8. §. 608—11., II. 20. §. 1469. (kaufm. Rechte), II. 20. §. 325. 333. 345. 399 u. öft. (Amts-Entsetzung).

§. 53. d. Bescholtenheit und Anrüchigkeit.

1) Wegen Verbrechen und erlittener Criminalstrafen.

A. G. O. I. 10. §. 227., A. L. R. II. 1. §. 704., 2. §. 255., 9. §. 91., 20. §. 339., Ges. v. 8. Mai 1837., Städte-Ordn. a. a. O.

2) Wegen Lebens- und Handlungsweise.

A. L. R. II. 2. §. 409., 7. §. 51. 74. 290., 8. §. 17. vgl. mit St. O. a. a. O. u. §. 100 flg. u. Ges. v. 7. Sept. 1811. §. 2., 9. §. 82., 11. §. 103. vgl. mit 20. §. 499., 18. §. 135., 20. §. 363. vgl. mit Regier.-Instr. v. 23. Oct. 1817. §. 38.

3) Wegen des Gewerbes.

A. G. O. I. 10. § 230. (s. oben), A. L. R. II. 1. §. 707. (schimpfliches Gewerbe), II. 2. §. 409 u. 9. §. 82. (Wahl einer niedertrüchtigen oder unehrlichen Lebensart). — A. L. R. II. 8. §. 280. (Ausschluß des Schinders und Abdeckers aus den Zünften) vgl. mit Kriegs-Art. v. J. 1749. Art. 38., II. 20. §. 1020 u. 24. (Hurerei) vgl. mit Ed. v. 8. Mai 1739., im C. C. M. Cont. I. S. 253. („Weibs-

personen, welche in offenbahrer Schande gelebet, oder durch Urthel u. Recht als anrüchtig erkläret worden") u. §. II. 20. 997 u. 98. vgl. mit Rescr. v. 8. Nov. 1809. (Kuppelei, Bordellwirthschaft).

Vgl. auch C. O. v. 21. Oct. 1807 über die Zulassung der Scharfrichter-Gehülfen zu städt. Ehrenrechten (v. Kamptz Annal. Bd. 11. S. 1011).

4) Rechtsfähigkeit der unehelich Gebornen.

A. L. R. II. 2. §. 662 flg., II. 8. §. 279., vgl. mit C. O. v. 1. Sept. 1798. (N. C. C. Th. 10. S. 1701.) u. Anh. § 94., und mit C. O. v. 3. Febr. 1812 u. 8. Juni 1833. — S. auch über die Legitim. zur Aufnahme in die Zunft die im C. C. M. Th. V. 2. Anh. befindl. Gen. Priv. und Gildebriefe aus den J. 1734 flg.

II. Von den moralischen Personen.

§. 54. A. Begriff u. verschiedene Arten. (Th. §. 124.)

1. A. L. R. I. 23. §. 3.: „Dergleichen Zwangsgerechtigkeit kann sowohl gewissen physischen oder moralischen Personen zukommen, als mit dem Besitze eines gewissen Grundstücks verbunden seyn", vgl. mit I. 2. §. 8 u. 125. u. II. 17. §. 20.

2. A. G. O. I. 1. §. 33.: „Kirchen, Schulen, Hospitäler und andere Armen-Anstalten u. milde Stiftungen, imgl. Stadt- u. Dorf-Gemeinden, und überhaupt alle Corporationen und Gesellschaften, welche in den Rechten ... als Eine moralische Person betrachtet werden, können gleich einzelnen Personen klagen u. verklagt werden", und A. L. R. II. 13. §. 13.: „Alle im Staate vorhandene u. entstehende Gesellschaften und öffentliche Anstalten sind der Aufsicht des Landesherrn unterworfen", vgl. mit A. G. O. I. 3. §. 10. 11., u. A. L. R. II. 11. §. 17. 218. 940., 12. §. 54. 67., 19. §. 42.. 8. §. 108., 7. §. 19., 6. §. 13. 81.

3. A. L. R. I. 14. §. 169.: „Die Verhältn. derjenigen, welche die Güter des Fiscus, öffentl. Corporationen, Communen, Kirchen u. Stiftungen zu verwalten haben u. s. w.", vgl. mit §. 172. („weder der Fiscus noch andere Corp.") u. 174. („diesen moralischen Personen") und II. 14. §. 81. („Streit zwischen Fiscus u. Privatpersonen").

4. A. G. O. I. 2 §. 103 u. 104.: „Zu den (eximirten) moralischen Personen gehören Domkapitel, Collegiatstifte, Klöster, Magistrate und Gerichte der unmittelbaren Städte, imgl. Stadtgemeinden in solchen Städten", u. A. L. R. II. 10. §. 69. („gewisser dem Staate untergeordneter Collegien, Corpor. u. Gemeinen"), vgl. mit A. L. R. II. 10. §. 114 flg.: „Wenn mehrere Beamte in ein Collegium zusammengezogen sind, so gilt wegen ihrer Versammlungen, Berathschlagungen u. Schlüsse in der Regel eben das, was im 6. Tit. von öffentl. Corpor. verordnet ist. Doch können dergl. Collegia nicht über Grundst., Gerechtigk., Capitalien u. Einkünfte des ganzen Collegii eigenmächtig Verfügung treffen", mit II. 8. §. 119. 128 133. 134. 138 — 40. („Auch solche Güter, von deren Ertrage die Unterh. der Mag.-Pers. bestritten werden soll, gehören zum Kämmerei-Vermögen") u. mit Städte-Ordn. v. J. 1831. §. 84. 85.

S. übrigens noch A. L. R. II. 18. §. 115.: „Mehrere Vormünder, die zur gemeinschaftlichen Besorgung der Angel. des Pflegebef. verordnet sind, stellen eine moralische Person dar", u. §. 123 eod.

B. Von den Corporationen. (Th. §. 125—128.)

§. 55. 1. Im Allgemeinen. (A. L. R. II. 6.)

Vgl. Svarez Bemerk. ad h. t. in den Schlußvorträgen S. 149.

1) Unterschied zwischen erlaubten od. geduldeten Gesellschaften, ausdrücklich genehmigten od. privilegirten Gesellschaften, und Corporationen od. Gemeinen.

Vgl. §. 1 u. 2., §. 11 flg. u. §. 22—25. h. t. mit A. L. R. II. 11. §. 17., §. 20 flg. u. §. 27.

(§. 1.: „Unter Gesellsch. überh. werden hier Verbindungen mehrerer Mitgl. des Staats zu einem gemeinschaftl. Endzwecke verstanden. §. 2. In so fern dieser Endzweck mit dem gemeinen Wohl bestehen kann, sind dergl. Gesellsch. erlaubt. §. 13. Dergl. Ges. stellen im Verhältnisse gegen Andere außer ihnen keine moralische Person vor ꝛc. §. 14. Unter sich aber haben (sie) ... die innern Rechte der Corpor. u. Gemeinen. §. 22. Die ... vom Staate ausdrückl. genehm. oder privil. Gesellschaften haben ... mit andern erlaubten in der Regel nur gleiche Rechte. §. 25. Die Rechte der Corp. und Gem. kommen nur solchen vom Staate genehmigten Gesellsch. zu, die sich zu einem fortdauernden gemeinnützigen Zwecke verbunden haben").

Ueber die gleiche Bedeutung von öffentl. oder privil. Corporation u. Corpor. schlechthin s. II. 11. §. 218. 555 u. §. 940., 7. §. 19. u. 8. §. 108., II. 6. §. 177 u. §. 180.

2) Entstehung und Aufhebung der Corporationen.

a) Entstehung.

Vgl. §. 26. h. t.: „Die Verh. u. Rechte der C. und G. sind hauptsächlich nach den bei ihrer Errichtung geschlossenen Verträgen oder ergangenen Stiftungsbriefen, nach den vom Staate erhaltenen Privilegien und Concessionen ... zu beurtheilen", mit §. 22. cit. (ausdrücklich genehmigt), II. 11. §. 17. 27. 114. 193. 939. (ausdrücklich od. öffentlich aufgen. u. aufgenommen o. w. Zus.). — S. jedoch II. 12. §. 2. (Vorwissen und Genehmigung), II. 19. §. 42. (ausdr. oder stillschw. genehmigt). u. vgl. auch II. 8. §. 87 u. 182 mit II. 7. §. 19.

b) Aufhebung.

1. durch Aussterben der Mitglieder; §. 177—79. h. t. — 2. durch gemeinsamen Beschluß; §. 180 u. 81. h. t. — 3. von Seiten des Staats; §. 189—91. h. t. vgl. mit §. 24.; s. auch II. 19. §. 8.

c) Folgen der Auflösung in Betr. des Vermögens.

Vgl. §. 192—202. h. t. vgl mit II. 11. §. 172. u. 308, 19. §. 41.

3) Innere Verfassung der Corporationen.

a) überhaupt.

1. Grundverfassung und deren Aenderung; §. 26—36. h. t., vgl. mit II. 8. §. 115 flg. u. 206 u. 7., Rev. St. O. §. 4., u. II. 11. §. 49 u. 959. — 2. Verwaltung der innern Angelegenh. a) durch gemeinsame Be-

Beschlüsse; §. 51—71. h. t., b) durch Repräsentanten; §. 114—136. eod. (s. jedoch zu §. 125. h. t. II. 8. §. 110 flg. u. R. St. O. §. 45.), c) durch Vorsteher und Beamte; §. 137—176. h. t.

b) Verhältniß der einzelnen Mitglieder.

1. Aufnahme, Austritt und Ausschließung; §. 43—48. u. 103. u. 182 flg. h. t., II. 8. §. 184., 11. §. 54 flg. 109. — 2. Verbindende Kraft der Verfassung und Beschlüsse; §. 37—39. vgl. mit §. 64—69. 88. 89., II. 11. §. 50 flg. — 3. Rechte und Verpflichtungen der Mitglieder; §. 49. 50. 72 u. 89. 96 flg. 198 flg. h. t.

c) Concurrenz der Staatsgewalt.

1. Durch obere Aufsicht; §. 44 flg. 111. 191. h. t., II. 8. §. 149., R. St. R. §. 139., II. 11. §. 32 u. 161., 13. §. 13., 19. §. 36. 2. Durch Genehmigung; §. 30. 34. 48. 66. 83. 85. 160. 180., II. 8. §. 116. 150., R. St. O. §. 93. 117 flg. 3. durch Entscheidung von Differenzen; §. 35. 63. 162., II. 7. §. 36., R. St. O. §. 115. 16. 26., II. 11. §56. 4. Durch directe Verfügung; §. 163—65. 172. 176. 186 flg., R. St. O. §. 93.

4) Aeußere Rechte der Corporationen.

a) Verschiedene Arten des Gesellschafts-Vermögens.

Vgl. §. 70 u. 192., 72 u. 198 flg., 73 flg. u. 193 flg. h. t., II. 7. §. 28 flg., 8. §. 159 flg. u. R. St. O. §. 31—33.

b) Rechts- und Erwerbsfähigkeit der Corporationen.

§. 81 u. 82. h. t.: „Corpor. u. Gem. stellen in den Gesch. des bürg. Lebens Eine moralische Person vor. Sie werden in Rücks. auf ihre Rechte u. Verbindl. gegen Andre außer ihnen nach eben den Gesetzen, wie andere einzelne Mitglieder des Staats beurtheilt", vgl. mit §. 13.: „Erlaubte Priv.-Gesellsch. können als solche weder Grundstücke noch Capitalien auf den Namen der Gesellsch. erwerben".

c) Einschränkungen der Corporationen.

1. in Betreff des Erwerbs, a) unbeweglicher Sachen; §. 83. vgl. mit 153 u. 157. h. t, II. 7. §. 33., 8. §. 151., 11. §. 194., 12. § 57., 19. §. 43. b) sonstiger Zuwendungen; Ed. über Vermächt. u. Zuwend. an geistl. Stifter, Kirchen u. pia corpora v. 21. Juni 1753. §. 5 flg. u. Decl. v. 12. März 1754. (N.C. C. Th. 1 S. 505. 647.), vgl. mit A. L. R. II. 11. §. 197 flg. 952. 1187., 12. §. 21. 58., 19. §. 44.; s. aber Rescr. v. 1. Aug. 1796. (Anh. §. 125.) u. 17. Juli 1806. (N.C. C. Th. 10. S. 573., Th. 12. S. 697.), und Ges. betr. die Schenkungen an Kirchen u. geistl. Gesellsch. so wie an andere Anstalten u. Corpor. v. 13. Mai 1833.

2. rücksichtl. der Veräußerung, Verpfändung und Verschuldung, §. 83 u. 85. 91 flg. h. t., II. 7. §. 35., 8. §. 151 flg. u. R. St. O. §. 117 flg., II. 11. §. 219—27. 645 flg.

§. 56. 2) Von einzelnen Gemeinden u. Corporationen.

1) Stadtgemeinden. (Th. §. 129—142.)

Vgl. v. Lancizolle Grundzüge der Gesch. d. Deutsch. Städtewesens mit besond. Rücks. auf die Pr. St. Berl. 1829., F. v. Raumer über die Preuß. Städte-Ordn. Lpz. 1828. und die zahlreichen Gegenschr. (Ergänz. d. Pr. Rechtsb. Th. I. 2. S. 748.), v. Savigny

die Preuß. St. O. (in Ranke's hist.-pol. Zeitschr. J. 1832. S. 389.) und Streckfuß die beiden Pr. St. Ordn. Berlin 1841.

1. Rescr. wegen Einr. des neuen Magistr. in Berlin v. 17. Jan. 1709. (C. C. M. Th. 5. 1. S. 384.) und Instr. für den Poliz.-Dir. v. Berlin v. 12. März 1742. (ebend. Cont. I. S. 59 flg.), vgl. mit Instr. für d. Kriegs- u. Steuer-Commiss. v. 6. Mai 1712. (ebend. Th. 3. 1. S. 287.) u. Regl., was für Sachen den Kr.- u. Dom.-Cammern verbleiben, v. 19. Juni 1749. (ebend. Cont. IV. S. 163).

2. A. L. R. II. 8. §. 1—178. vgl. mit Svarez Bemerk. in den Schlußvortr. S. 154.

3. Städte-Ordn. v. 19. Novbr. 1808, mit der durch C. O. v. 4. Juli bestätigten Declar.-Zusammenstellung vom 14. Juli 1832. (besonders gedr. Berlin 1834.). — Vgl. auch C. O. v. 13. u. 26. April 1831 u. v. 28. Febr. 1832.

4. Revid. Städte-Ordn. für die Pr. Mon. v. 17. März 1831 nebst Ver. betr. deren Einführ. ejsd. dat. — Vgl. auch C. O. v. 17. März 1831, 28. Apr. 1832 u. 18. März 1835, u. die auf Verleihung an einzelne Städte bezügl. Cab. Ord. (Erg. u. Erl. a. a. O. S. 745 flg.).

2) Zünfte und Innungen. (Th. §. 146—152.)

Vgl. die in Folge des Reichsschl. v. 22. Juni 1731 (s. C. C. M. Th. V. 2. S. 765.) ergangenen 61. „General-Privil. u. Gilde-Briefe derer in der Ch u. M. Brand. befindlichen Zünfte und Handwerke", aus den J. 1734—36 (ebend. Anh. S. 1—618.), und oben §. 48. S. 59.

3) Dorfgemeinden. (Th. §. 143—45.)

Vgl. die oben §. 49. alleg. Bauer-Ordn. u. A. L. R. II. 7. §. 18—86.

4) Kirchengemeinden u. andere geistl. Corporationen. (Th. §. 153.)

A. L. R. II. 11. §. 13 flg. 160 flg. 618 flg. u. 939 flg.

§. 57. C. Von Stiftungen und öffentlichen Anstalten. (Th. §. 154 u. 155.)

A. L. R. II. 12. §. 54.: „(Gelehrte) Schulen und Gymnasia ..... haben die äußern Rechte der Corporat." vgl. mit §. 67.: „Univers. haben alle Rechte privileg. Corpor."; s. auch in Betr. der gemeinen Schulen §. 20 eod. — A. L. R. II. 19. §. 32 flg. vgl. mit §. 40. — A. L. R. II. 11. §. 772 flg. — A. L. R. I. 11. §. 651. 52. vgl. mit C. O. v. 29. Sept. 1833. — Ueber Aenderung der Stiftungen von Staatswegen s. A. L. R. II. 6. §. 74 flg. 193—95. u. 19. §. 41.

§. 58. D. Vom Fiscus. (Th. §. 156—158.)

A. L. R. II. 14. §. 1.: „Alle Arten der Staatseinkünfte, . . werden unter der Benennung des Fiscus begriffen", vgl. mit §. 2 flg. 11 flg. 21—25., II. 13. §. 1. 14., Einl. §. 80. (s. oben §. 14.), so wie mit A. G. O. I. 35. §. 1.: „Fiscalische Civil-Proz., wo der Fiscus gewisse dem Landesherrn zukommende Regalien, Gerechtsame, Prästat. u. Eink. oder Dom.- u. Chatullgüter . . . einklagt u. s. w.", und III. 6. §. 3.: „Die Verrichtungen der fiscal. Bedienten . . . betreffen die Ausführung u. Vertheid. der dem höchsten Landesherrn u. dessen Fisco zukommenden Rechte u. s. w.". — S. aber den Bericht des Staats-Minist. über

die Grenzen zw. Landes-Hoh. und fiscal. Rechts-Verh. v. 16. Novbr. u. C. O. v. 4. Dezbr. 1831.

Ueber fiscal. Stationen vgl. A. L. R. II. 13. §. 16. mit II. 10. §. 114 flg., I. 16. §. 368 flg.; über die Vorrechte des Fiscus s. §. 76 u. 81. h. t. und Regist. s. v. „Fiscus u. privil. fisci."

Drittes Kapitel.

Von den Sachen.

§. 59. I. Körperliche und unkörperliche Sachen. (B. §. 44., Th. §. 159.)

A. L. R. I. 2. §. 1—3.: „Sache überhaupt heißt im Sinne des Gesetzes alles, was der Gegenstand eines Rechts oder einer Verbindlichkeit seyn kann. Auch die Handlungen der Menschen, ingl. ihre Rechte, in so fern dieselben den Gegenstand eines andern Rechts ausmachen, sind ... (darunter) begriffen. Im engern Sinne wird Sache nur dasjenige genannt, was entweder von Natur oder durch Uebereinkunft der Menschen eine Selbstständigkeit hat, vermöge deren es der Gegenstand eines dauernden Rechts seyn kann".

Vgl. aber §. 33. 34. 40. h. t., I. 7. §. 3 flg. (Sachen und Rechte), I. 9. §. 579. (S. oder R.), I. 4. §. 6. (Sachen und Handlungen), I. 8. §. 1. (Eigenthümer einer Sache oder eines Rechts), I. 9. §. 350. (Sachen, Rechte und Pflichten).

S. auch Proj. des C. J. Fr. P. II. L. 1. tit. 2. § 2.: „Durch die Dinge (res) verstehen wir Haab und Güter, welche den Menschen zu einem Gebrauche dienen können: Worunter auch die daraus fließende Nutzungen, als Früchte, Zinsen, Interesse ꝛc., nicht weniger die Obligationes, Actiones u. andere Jura begriffen werden", und 3. §. 3.: „Uncörverliche Dinge, ... als Gerechtigkeit, Gerichtbarkeit, Verbindungen (Obligationes), Dienstbarkeiten, Rechtl.-Klagen, Erbschaften (Jus haereditarium), wann jemand obligiret und Quantitatem zu erstatten ꝛc.".

§. 60. II. Sachen in und außer dem Verkehr. (B. §. 45, Th. §. 165. 66.)

1. A. L. R. I. 4. §. 15.: „Nicht nur durch Natur oder Gesetz, sondern auch durch rechtliche Privatverfügungen können Sachen dem Verkehr entzogen werden", vgl. mit I. 8. §. 3 flg.: „Sachen, von deren Benutzung ihrer Natur nach Niemand ausgeschlossen werden kann, können kein Eigenthum einzelner Personen werden. Ein Gleiches gilt von Sachen, welche durch die Gesetze des Staats vom gemeinen Verkehr (§. 5. gemeinen Privatverkehr) ausgenommen sind", I 9. §. 581. („Durch Gesetze dem bürgerlichen Verkehre ganz entzogen") und §. 582. („durch rechtsgültige Privatverf. dem Verkehr entzogen"), I. 11. §. 28. („dem

freien Verkehr nicht entzogen"), I. 12. §. 386. („vom Verkehre gänzlich ausgeschlossen").

2. Ueber die durch Gesetz oder Natur dem Verkehr entzogene Sachen vgl. Proj. des C. J. Fr. a. a. O. §. 3 u. 5—48., A. L. R. II. 14. §. 21—24., 15 §. 7. 8. 38. 44. 47. 50. 73. 80. 229., 16. §. 1. flg.; s. auch II. 14. §. 11. flg. 16. 36. flg., u. 11. §. 160. 170. 179. 183. 191. vgl. mit §. 18.

3. Ueber Veräußerungs-Verbote u. deren Wirkung im allg. s. I. 4. §. 16—19., 8. §. 5., 12. §. 534., vgl. mit §. 55. cod. u. II. 4. 47.

Ueber die Bedeutung von Veräußerung vgl. I. 12. § 535. mit II. 1. §. 223., 11. §. 219. 227. 960., 14. §. 16. 17., und mit II. 1. §. 232., 2 §. 171., 6. §. 83. 85., 7. §. 247—49., 8. §. 153., 11. §. 649., 18. §. 549. 743.

III. Unbewegliche und bewegliche Sachen (B. §. 45., Th. §. 161.).

§. 61. A. Im allgemeinen.

1) Begriff.

A. L. R. II. 1. §. 6.: Je nachdem eine Sache, ihrer Substanz (s. §. 4. u. 5.) unbeschadet, von einer Stelle zur andern gebracht werden kann oder nicht, wird sie für beweglich oder unbeweglich angesehen", vgl. mit. Rescr. v. 19. Apr. 1822; s. auch Simon's Rechtsspr. Bd. 4. S. 3.

2) Umfang der unbeweglichen Sachen.

Vgl. A. L. R. I. 2. §. 45, 8. §. 122. 123. 132. 177., 9. §. 275. 285. flg. 327. 334., II. 16. §. 72. — S. jedoch I. 9. §. 98.: „Der, welchem bloß das Eigenthum einer Oberfläche oder eines darauf errichteten Gebäudes, nicht aber des Grundes und Bodens zukommt, kann nur an einem über der Erde gefundenen Schatze die Rechte des Eigenth. sich anmaßen", I. 22. §. 200.: „Wer nur Eigenthümer der Bäume ist, kann . . . keine Rechte auf Grund und Boden sich anmaßen", vgl. mit §. 199 u. 243. eod. u. II. 20. §. 472—73.

3) Verschiedene Arten von Grundstücken (Th. §. 183).

1. Landgüter im w. S. von Ackerwirthschaft und Gegensatze von städtischen oder bürgerl. Grundstücken. — A. L. R. I. 21. §. 400: „Unter Landgütern werden auch hier solche verstanden, mit welchen Ackerbau u. Viehzucht verbunden ist," vgl. mit §. 151. flg. 170. 261 eod., 2. §. 48., 5. §. 343., 7. §. 195., 11. §. 151 flg., II. 4. §. 48. 51. 60. und A. G. O. I. 24. §. 121. 127, 50. §. 242., II. 6. §. 15.

2. Landgüter im e. S. (adlige und freie) im Gegensatze von Rusticalstellen. A. L. R. II. 4. §. 51., 7. §. 5. 92., 8. §. 7. flg., Anh. §. 163. zu II. 18. §. 562, A. G. O. I. 24. §. 128, II. 6. §. 12—14.

3. Ländliche Grundstücke im Gegensatze von Häusern. A. L. R. I. 2. §. 61., IV. 7. §. 195, 8 §. 83 u. 88., II. 4. §. 60., vgl. mit Marginalien zu I. 22. §. 55, u. zu Entw. Th. II. 3. Tit. 21. §. 42 u. 46.

4) Einzelne Gattungen beweglicher Sachen.

Vgl. §. 10—30. h. t. — S. auch Thöne a. a. O. §. 180 flg.

§. 62. B. In Betreff unkörperlicher Sachen.

1) Aeltere Gesetzgebung.

1. Preuß. L. R. v. J. 1721. B. 3. Art. 1. §. 2.: „. . . wollen demnach, daß nicht allein die Güter, so von Natur liegend und unbeweglich seynd, ... für liegende und unbew. Güter zu achten; sondern auch die jährlichen Rente, Zinse, Gülten, ewig oder unablösige Pächte, verpfändete Obligationes, Wenn sie immobilia betreffen, Erbeständnissen sambt den Brieffen und Verschreibungen, so über solche Stücke gemacht, geordnet ꝛc." §. 5. „. . . Und werden auch die Gerechtigkeit- und Dienstbarkeiten (jura et servitutes praediorum), Klag und Ansprüch auf oder zu den liegenden Gütern für unbeweglich gehalten."

2. Proj. des C. J. Fr. P. II. L. 1. tit. 3. §. 9: „Uncörperliche Dinge sind ihrer Art und Natur nach weder beweglich noch unbeweglich, sondern sie folgen der Qualität desj. Dinges, welchem sie ankleben. Wenn also z. E. . . die Obligation und Action ein unbew. Ding betrift, so werden dieselbe für unbew. Dinge gehalten. Solchergestalt sind alle jährliche Renthen, welche aus einem unbew. Gut entrichtet werden, item unablösliche Pächte und darüber ausgestellte Verschreibungen unbeweglich". — S. auch Land.-Const. v. 1594. B. I. Art. 26.

3. Bescheid an d. Regier. zu Cleve v. 29. Sept. 1764: „Bekannter massen werden zwar folgende Jura denen Immobilibus gleich geachtet, als Emphyt., superf., salinae, fodinae, ususfr., serv. realis, annui reditus und actiones ad tales res competentes, nicht aber Nomina und ausstehende Capitalia, wenn sie auch auf Hypothequen ausgethan sind." (N. C. C. Th. 3. S. 491.)

4. Rescr. an d. Berlin. Stadtg. v. 4. Jul. 1771, worin auf Bericht, „wie es mit den Barbier- und Badstuben, den Buchdruck., Apoth. und Fischer-Stellen in hies. Resid. die Bewandniß habe, daß diese Gerecht. nicht auf gewissen Häusern haften, hingegen ihre Anzahl fixirt seien, und dieselben gleich den Immob. alieniret werden könnten, auch zeither tax- und subhastiret worden", das unterm 20. Febr. 1770 ergangene Verbot, wie zeither „über diese Gerecht. ein besonders Hyp.-Buch zu führen", zurückgen. wird. (ebend. Th. 4 S. 6680. u. Th. 5. S. 259.)

2) Landrechtliche Bestimmungen.

a) Realrechte.

A. L. R. I. 2. §. 8.: „Wenn die Befugniß zur Ausübung eines Rechts mit dem Besitze einer unbewegl. Sache verbunden ist (vgl. §. 125 u. 26. eod.), so ist das Recht selbst als eine unbewegliche Sache anzusehen", vgl. mit Einl. §. 64., I. 20 §. 651., 22. §. 12, 23. §. 3. u. 86., II. 7. §. 308. flg., 8. §. 41. 427. flg., 11. §. 578. flg. §. 913., 17. §. 21. 23., H. O. Tit. 1. §. 12.; s. auch I. 18. §. 26.: Es können .. unbewegliche Sachen und Rechte . . die Eigenschaft eines Lehns erlangen", vgl. §. 71. 72. eod.

b) Anderweitige unbewegliche Rechte.

1. Hyp.-Ordn. Tit. 1. §. 14 u. 15.: „Eben so sind Gerecht., welche nicht gewissen Grundst. ankleben, sondern für sich selbst bestehen, einen eignen bestimmten Werth haben, auch ohne den Besitz eines Grundst. ausgeübt, folglich auch für sich allein veräußert u. verpfändet werden können, unter besondern Nr. einzutragen. Wenn in einem Orte mehrere dergl. Gerecht., z. E. Barb.- u.

Badstuben, privil. Kramläden, Apoth., Buchdr. ꝛc. vorkommen, so muß darüber ein eignes H.-B. angelegt werden." vgl. mit Anh. §. 5.

2. Entw. Th. II. Einl. §. 14.: „Die Befugniße zur Treibung eines gewissen Gewerbes werden den unbeweglichen Sachen gleich geachtet, wenn solche an einem Orte auf eine gewisse Anzahl eingeschränkt sind."

3. A. G. O. II. 1. §. 3. („Veräußerung eines Grundstücks oder einer andern zur Eintragung in das Hyp.-Buch qualificirten unbewegl. Sache") u. 6. §. 2.: „Sowohl Landgüter als Häuser und andere Grundst., einzelne für sich bestehende Gerechtigkeiten (s. §. 17. eod.), Schiffe und andere bewegliche Sachen können der Gegenstand solcher Taxen sein."

4. A. L. R. I. 2. §. 9.: „Außerdem hat ein Recht die Eigenschaft einer unbeweglichen Sache nur alsdann, wenn ihm dieselbe durch besondere Gesetze ausdrücklich beigelegt worden."

5. A. L. R. I. 18. §. 665: „Hat ein Fremder ein in das Hyp.-Buch eingetragenes Grundst., oder eine dergleichen Gerechtigkeit, bei welcher aber die Lehns-Eigenschaft nicht vermerkt ist, . . . als Allodium an sich gebracht ꝛc." — I. 20. §. 390.: „Hyp.-Rechte können nur auf Grundst. u. solche Gerecht., welche die Gesetze den unbew. Sachen gleich achten (2. §. 8 u. 9.), erworben werden. §. 394. . . . Gerecht., welche zu gewissen Haupt-Grundst. geschlagen sind, . . . erhalten kein besonders Folium. §. 395. Dagegen müssen Gerecht., die für sich selbst bestehen und auch ohne den Besitz eines Grundst. ausgeübt werden können, in das H.-B. in besondere Tabellen eingetragen werden." — II. 16. §. 253: „Jedes verliehene Bergwerkseigenthum, und also auch Bergtheile oder Kuxe, werden zum unbew. Verm. gerechnet." — II. 18. §. 550.: „Unbewegl. Güter der Pflegbef., und was denselben in Rechten gleich geachtet wird, dürfen ohne wichtige Ursachen (s. §. 551—53.) nicht veräußert werden. §. 555. Auch ist die Veräuß. wegen erheblichen Nutzens zulässig bei Häusern u. s. w., Zehnten, Zinsen u. andern Gerechtigkeiten, die nicht Pert.-Stücke eines adligen Gutes sind, bei Bergantheilen u. s. w. §. 558. Auch adeliche Güter und andere im §. 555. nicht mitbegriffene Immobilien u. s. w.", vgl. mit Entw. Th. I. 3. Tit. 6. §. 412.

6. Rescr. v. 2. Oct. 1816 (Jagdger.), v. 23. Mai 1820 (Zehntrechte), v. 25. Nov. 1825 (unablösl. Pächte), vgl. mit Rescr. v. 3. Jan. 1813 (Stände in den Synagogen; s. aber Rescr. v. 18. Mai 1804. im N. A. Th. 4. S. 116.) u. 29. Apr. 1820. (unprivil. Apoth.)

§. 63. IV. Theilbare und untheilbare Sachen (B. §. 45., Th. §. 162.)

A. L. R. I. 2. §. 41.: „Eine Sache heißt untheilbar, wenn entweder Natur oder Gesetz der Absonderung ihrer Theile von einander entgegenstehen", vgl. mit A. G O. I. 5. §. 4. No. 8. u. A. L. R. I. 9. §. 573., 17. §. 30. 87. 94, 20. §. 553 flg., 21. §. 635 flg., II. 7. §. 268. flg., 8 §. 82.

Ueber Verbot der Theilung der Gemeinschaften durch Vertrag oder Verordn. Dritter vgl. I. 17. §. 75. 94 u. 118. flg.

V. Fungible und nicht fungible Sachen.

§. 64. A. Im allgemeinen (B. §. 45., Th. §. 163.)

A. L. R. I. 2. §. 120. 21.: „Sachen, welche ohne ihre Zerstörung oder gänzlichen Verlust den gewöhnlichen Nutzen nicht

gewähren können, werden verbrauchbar genannt [Entw. Th. II. Einl. §. 36.: „werden zu den verbrauchbaren (res fungibiles) gerechnet"]. Wenn verbrauchbare Sachen Jemanden zum Verbrauch [Entw.: Gebrauch] vergönnt werden, so geschieht die Wiedererstattung in Sachen von gleicher Gattung und Güte", vgl. mit I. 5. §. 275. („bloß nach ihrer Gattung bezeichnete Sachen, Genus"), 21. §. 173. u. A. G. O. I. 50. §. 297 u. 456. („Sachen, welche, ohne sie zu verbrauchen, nicht gebraucht werden können, res fungibiles"), so wie Reg. s. v. „Verbr. Sachen". — S. übrigens A. L. R. I. 14 §. 83 flg. u. 15. §. 45 flg.

§. 65. B. Vom Gelde insbesondere (B. §. 232 u. 261., Th. §. 179.)

a) Unterschied zwischen baarem und Kapital-Vermögen, Geld, gemünztem Papier und Papieren auf den Inhaber.

A. L. R. §. 11—13. 20. h. k., II. 1. §. 548. flg. 18. §. 454. flg. vgl. mit II. 20. §. 252. 267. 1381.; s. aber I. 11. §. 793 flg. 12. §. 414 u. 15., 15. §. 47. flg.

Ver. v. 4. Febr. 1806. betr. die Tresorscheine nebst Declar. v. 1. Juni 1807. (Matthis Bd. 2. S. 195., Bd. 4. S. 488.) u. Ed. v. 7. Sept. 1814. — Cab. Ord. v. 21. Dezbr. 1824. wegen Einführung der neuen Cassen-Anweis. u. Cab.-Ord. 14. Novbr. 1835.

b) Münzsorte und Geldcours.

1. S. im allgem. Münz-Edict v. 29. März 1764. (N. C. C. Th. 3. S. 381.) und Ges. über die Münz-Verf. in den Pr. St. v. 30. Sept. 1821., vgl. mit C. O. v. 22. Jun. 1823 u. 25. Oct. 1825.

2. Rückzahlungen. — A. L. R. I. 11. §. 778 u. 79. 781—86. u. II. 1. §. 548. vgl. mit I. 11. §. 799—802.; §. 787—90. 792. eod. vgl. mit Ed. v. 27. Sept. 1808. u. 13. Dezb. 1811. u. C. O. v. 4. Aug. 1832.

3. Andere Zahlungen. — A. L. R. I. 5. §. 257—59., 11. §. 56., 12. §. 450., 16. §. 74—76. 78. 85., II. 1. §. 601., 8. §. 759 u. 60. 876—85. 1197. — S. aber II. 7. §. 482 u. 83.

4. Ueber Zahlungen in Scheidemünze vgl. I. 11. §. 57 u. 780., 16. §. 77. mit Ed. v. 30. Sept. 1821. §. 7.

Vgl. noch Land.-Const. v. 1594. B. II. Art. 33. u. 38.

§. 66. VI. Inbegriff und besondere Sachen (B. §. 45., Th. §. 164.)

1) Begriff.

A. L. R. I. 2. §. 32.: „Mehrere besondere Sachen (s. §. 31.), die mit einem gemeinschaftlichen Namen bezeichnet zu werden pflegen, machen einen Inbegriff von Sachen aus, und werden zusammengenommen als ein einzelnes Ganze betrachtet. §. 33. Auch der Inbegriff aller einzelen Sachen u. Rechte, die einem Menschen zugehören, kann als ein einzelnes Ganze angesehen werden. §. 34. Der Inbegr. der Sachen u. Rechte eines Verstorbenen heißt dessen Verlassenschaft", vgl. mit §. 104. eod., I. 9. §. 350., 11. §. 294. 447—50., Anh. §. 19. zu §. 646. eod., 21. §. 17 flg. 42. 71.

2) Rechtliche Natur.

Vgl. §. 36—39. h. t., I. 5. §. 339—42., I. 7. §. 49 u. 53. mit I. 9.

§. 351.: „Was wegen eines Inbegriffs von Sachen u. Rechten überhaupt vorgeschrieben ist, findet auch bei Erbschaften Anwendung." — S. auch II. 1. §. 516.: „Der bedungene Preis tritt auch hier (bei Verkauf von Gerade- und Heergeräths-Stücken) nicht an die Stelle des Veräußerten".

§. 67. VII. Hauptsachen und Pertinenzen. (B. §. 45., Th. §. 167 u. 68.)

1) Allgem. Voraussetzungen der Pertinenz-Qualität.

A. L. R. I. 2. §. 42.: „Eine Sache, die zwar für sich selbst bestehen kann, die aber mit einer andern Sache in eine fortwährende Verbindung gesetzt worden, wird ein Zubehör oder Pertinenzstück genannt", vgl. mit §. 43 u. 45. — Entw. Th. II. Einl. §. 9. 10.: „Solche bewegl. Sachen, die durch ein Gesetz oder den deutlich erklärten Willen eines Menschen zum beständ. Gebrauch bei einer unbew. bestimmt worden, sind als Theile dieser unbew. Sache anzusehen, (und) werden Pert.-Stücke genannt." vgl. mit Tit. 8. §. 71.

2) Begründung derselben.

a) Durch besondere Disposition.

§. 44. h. t. (durch die Handlung oder Bestimmung eines Menschen zugeschlagen), vgl. mit I. 18. §. 27. flg. 527. 28. 34. (Einverleibung), 20. §. 394. 454., II. 4. §. 55. 60. 61., 18. §. 636.

b) Durch die Natur der Sache.

1. Wegen Bestimmung der Hauptsache, §. 46. h. t.: „Die Nebensache, ohne welche die Hauptsache zu ihrer Bestimmung nicht gebraucht werden kann, wird auch ohne die ausdrückliche Erklärung als Zubehör angesehen", u. §. 77. 81. eod. vgl. mit I. 21. §. 120. 416; s. aber §. 60 u. 108. h. t. — 2. Wegen sonstiger Unbrauchbarkeit der Nebensache, I. 18. §. 529: „Ist das Pert.-Stück so beschaffen, daß es nicht als eine für sich bestehende Sache, sondern nur mit einem andern Gute zugleich benutzt werden kann, so bedarf es zu dessen Einverleibung weder einer ausdr. Erklärung noch Eintragung", vgl. mit §. 62. 67. 82. 102. h. t.

S. noch Entw. a. a. O. §. 72: „(P.-Qual.) wird vermuthet, wenn die Nebensache .. ohne Veränderung ihrer eigenthümlichen Beschaff. anderwärts nicht gebraucht werden kann", vgl. mit Suarez revisio monit. S. 1.

c) Durch Landes- und Ortsverfassung.

Vgl. A. L. R. II. 7. §. 14. 247. 255.-262., 8. §. 82. vgl. mit Pr. L. R. v. 1721. IV. 4., 9. §. 38. vgl. mit Ed. v. 1. Febr. 1718. (C. C. M. IV. 3. S. 67.)

Ueber präsumtiven Umfang der Pert.-Qualität bei gewissen (körperl. u. unkörp., unbewegl. u. bewegl.) Sachen s. §. 48 — 102. h. t. vgl. mit I. 11. §. 79 u. 83. flg. (Entw. Th. II. Tit. 8. §. 76 — 129.), I. 20. §. 444., II. 1. §. 611. — Vgl. Thöne a. a. O. §. 169 — 77.

3) Rechtliche Wirkung und Dauer der Pertinenz-Qualität.

S. §. 105 u. 107. h. t. und §. 106. h. t. vgl. mit §. 45. eod. u. I. 20. §. 443 — 45; s. aber auch I. 18. §. 538 flg., II. 7. §. 247 u. 62., 8. §. 82.

VIII. Substanz, Nutzungen, Früchte u. s. w.

§. 68. A. Im Allgemeinen (B. §. 44. 45., Th. §. 160. 184.)

1) Substanz im e. und w. S.

1. A. L. R. §. 4. u. 5. h. t.: „Alle Theile und Eigenschaften einer Sache, ohne welche dieselbe nicht das sein kann, was sie vorstellen soll oder wozu sie bestimmt ist, gehören zur Substanz. So lange also durch die Aenderung oder Verwechselung einzelner Theile die Sache weder vernichtet, noch die Hauptbestimmung derselben geändert worden ist, so lange ist noch keine Veränderung in der Substanz vorgefallen", vgl. mit §. 110. eod. (s. sub. 2.) I. 18. §. 8. 9., 19. §. 9. 10., 21. §. 12. 25. — S. auch Entw. Th. II. Einl. §. 3—6.

2. A. L. R. §. 43. h. t.: „Unbew. Sachen, die mit einer andern unbew. Sache durch die Natur verbunden, machen mit ihr nur Eine Substanz aus", I. 18. §. 32.: „Die durch Natur von außen her bewirkten Zuwüchse der Substanz eines Lehns haben von selbst die Lehns-Eigenschaft", vgl. mit I. 7. §. 207. 12. 36., 18. §. 228. 29. 33., 21. §. 82. u. öft.

2) Nutzungen und Früchte im w. S. für Einkünfte u. Ertrag überhaupt.

A. L. R. §. 110. h. t.: „Nutzungen heißen die Vortheile, welche eine Sache ihrem Inhaber unbeschadet ihrer Substanz gewähren kann" I. 7. §. 195 flg., 9. §. 357., 11. §. 292. 93., 17. §. 70 flg., 18. §. 229 flg. 274 flg. 319. 343., 20. §. 225 u. 31., 21. §. 23. 144 u. 66., II. 2. §. 661., 4. §. 80 flg.

3) Nutzungen im e. S. für Ertrag nutzbarer Rechte.

A. L. R. I. 7. §. 192., 11. §. 107., 21. §. 29., II. 15. §. 11. 38., 17. §. 87. 113 flg. vgl. mit Regl. (über die) fructus jurisd. v. 28. Aug. 1728. (C. C. M. Th. II. 3. S. 149.)

4) An- und Zuwüchse im w. und e. S.

1. A. L. R. I. 9. Rubr. des Abschn. 6., I. 2. §. 45., 9. §. 353., 11. §. 108. 300. 517., 14. §. 265., 21. §. 24., II. 1. §. 604.

2. A. L. R. I. 9. §. 222.: „Vermehrungen und Verbesserungen einer Sache, die, es sey durch Natur oder Kunst, von außen her bewirkt worden, heißen An- und Zuwüchse", vgl. mit §. 258. eod., I. 18. §. 32. 33., 20. §. 157. 470 u. 75., 21. §. 238.

5) Früchte im eigentl. oder natürl. S.

A. L. R. I. 9. §. 220.: „Nutzungen einer Sache, die nach dem Laufe der Natur, mit oder ohne hinzukommende Bearbeitung, aus ihr selbst entstehen, werden Früchte genannt", vgl. mit §. 275 flg. u. A. G. O. I. 29. §. 13.

6) Bürgerliche oder civile Früchte.

Vgl. Suarez Schlußvortr. S. 8—10. mit A. L. R. I. 20. §. 476. („die von der Substanz abgesonderten Früchte und Nutzungen oder

die an deren Stelle tretenden Pacht- und Miethgelder"), 11. §. 106., 21. §. 264. 409—12., A. G. O. I. 50. §. 491. No. 4.

§. 69. B. Von den Zinsen insbesondre. (B. §. 233.)

Vgl. Koch das Recht der Forderungen Bd. 1. §. 9 flg., v. und z. Mühlen in der Zeitschr. für wiss. Bearb. des Pr. Rechts Bd. I. No. 1.

1) Gleichartige Behandlung der Zinsen u. Früchte.

A. L. R. I. 7. §. 192 u. 232., 11. §. 812., 14. §. 259 u. 69., II. 1. §. 457 u. 64., 2. §. 307., 18. §. 492 u. 541.

2) Gesetzliche Zinsverpflichtung.

A. G. O. I. 23. §. 58., A. L. R. I. 7. §. 232., 11. §. 109 flg. 157 flg. 233 flg., 13. §. 70 flg., 17. §. 225 flg., 20. §. 148., II. 8. §. 653 flg. 684 flg., 18. §. 486. 546. 878., u. I. 16. §. 64 flg. vgl. mit I. 11. §. 227. 827., 12. §. 328 flg.

3) Zinsversprechen.

A. L. R. I. 11. §. 804 u. 824., vgl. mit II. 20. §. 1288.: „Alles, was vom Wucher bei Darlehen verordnet ist, findet auch bei andern Geschäften statt, in sofern nicht u. s. w."

4) Zinsverbote.

a) Gesetzlich erlaubter Zinsfuß.

1. Regel. — A. L. R. I. 11. §. 804. 808. 830 flg., vgl. mit Mand. v. J. 1565. u. Mand. wider die Wucherer v. J. 1573., Ed. v. 27. Nov. 1695. §. 1. u. Hyp.-Ordn. v. 4. Febr. 1722. §. 18. im C. C. M. Th. II. 1. S. 59. 205., 2. S. 119. u. 3. S. 1. (6 %), so wie mit Decl. v. 14. Jun. 1726. §. 6., ebend. 2. S. 238. (5 % als „im Reiche zugelassen", 6 %, wo nach Prov.-Recht erlaubt).

2. Ausnahmen: a. bei Kaufleuten und kaufm. Geschäften; A. L. R. I. 11. §. 805. u. II. 8. §. 690 flg. vgl. mit Ed. v. 27. Nov. 1695. §. 2. u. dessen Decl. v. 26. Nov. 1700. §. 2., ebend. Th. II. 1. S. 205. 219. (8 %), — b. zu Gunsten der Juden; A. L. R. I. 11. §. 806. vgl. mit Ed. v. 1695. §. 4 u. 5. (Jud. von Chr. 12 %, u. bei kurzen Fristen 24 %, Chr. v. Jud. 8 resp. 12 %), Decl. v. 1700. §. 4. (J. und Chr. 12 u. resp. 8 %), Resc. v. 6. Nov. 1714. u. Jud.-Priv. v. 30. Jun. 1717. §. 2., ebend. S. 555. u. Th. V. 5. S. 174. (10 %), Ed. v. 24. Dezemb. 1725., ebend. Th. II. 3. S. 143. (12 %), Jud.-Priv. v. 29. Dez. 1730. §. 7., ebend. Th. V. 5. S. 196. (von 10—800 Thlr. 12 %, sonst 8 %, unter 10 Thlr. pro Woche 1 Pf. vom Thlr.), Ed. v. 13 Jan. 1755., im N. C. C. Th. 1. S. 731. (7 %); s. aber in Betr. der Jüd. Staatsbürger Ed. v. 11. März 1812. §. 20. u. Erkl. v. 20. Apr. 1813. (G. S. v. 1813. S. 77.) — c. in Betr. des Pfandgewerbes; Jud.-Priv. v. J. 1730. §. 6., Gen. Jud.-Priv. v. J. 1750. §. 24—26. und Pfand- u. Leih-Regl. für d. Pr. St. v. 13. März 1787. §. 90 flg. (N. C. C. Th. 8. S. 781.), vgl. mit A. L. R. §. 809. h. t. u. I. 20. §. 263. flg. — d. beim Leibrenten-Contract; A. L. R. I. 11. §. 610. 22. 27 flg. vgl. mit Decl. v. J. 1726. §. 7. — e. bei Zusage einer Convent.-Strafe statt der Verzugszinsen; §. 825. 26. h. t. — f. Bei Zusage von Naturalien ꝛc. statt der Zinsen; §. 812. h. t. vgl. mit II. 20. §. 1283. —

g. zur Strafe der Vormünder; II. 18. §. 486. 546. 878. (6 resp. 8%) — b. beim antichretischen Pfande; I. 20. §. 229—31.

3. Ueber den Unterschied zwischen landüblichen (s. I. 7. §. 231., 12. §. 328., 14. §. 140.) und höchsten erlaubten Zinsen vgl. §. 841. h. t.

b) Verbot der Zinseszinsen.

1. Regel; §. 818. vgl mit §. 628. h. t. (s. Svarez Schlußv. S. 23.)

2. Ausnahmen: a. bei Zinsrückständen; §. 819 flg. h. t. („Doch können über zweijährige oder noch ältere Zinsenrückstände neue (gerichtliche) Schuldscheine gegeben und Zinsen davon verschrieben werden") — b. zu Gunsten der Kaufleute; II. 8. §. 697. vgl. mit Hyp.-Ordn. v. J. 1722. §. 19. — c. bei Zahlungen aus einer Bürgschaft; I. 14. §. 352.

c) Rechtliche Wirkung der Zinsverbote.

Vgl. A. L. R. II. 20. §. 1271 flg. vgl. mit Hyp.-Ordn. v. J. 1722. §. 18 flg.

5) Bestimmungen über Zinsenzahlung.

1. Verbot des Zinsen-Abzugs; §. 815—17. h. t. vgl. mit II. 20. §. 1279.

2. Zahlungstermin u. Ort; §. 822. 23. u. 836. h. t.

3. Präsumtive Zins-Berichtigung und Zins-Verjährung; §. 842. 43. 44. u. §. 849. 50. h. t.

Ueber Zulässigkeit der usurae ultra alterum tantum s. §. 851 u. 52. h. t. („wenn der Rückstand ... den Betrag des Capitals übersteigt, (oder wenn) die nach und nach gezahlten Zinsen die Summe des Capitals übersteigen"), vgl. mit Landt. Rez. v. J. 1653. §. 33.: „... Im übrigen soll sowohl extra alß in concursibus, ... gleichwie gegen die Einh. u. Ausländ." (außer im Falle der Retorsion) „in non solutis usuris, exc. piis causis, widerkäufflichen contracten und den unablößlichen Zinßen, keine usurae höher, als biß sie sortem aequiret, erkand werden", u. Decl. v. 13. Juni 1654. §. 1. (C. C. M. Th. VI. 1. S. 442. 65.), Resc. v. 8. Dezb. 1683: „daß nur in non solutis usuris des alterum tantum der Zinsen erkandt werden soll" (ebend. Th. II. 1. S. 177.), u. Hyp.-Ord. v. 4. Febr. 1722. §. 22.: „daß, wenn der Gl. nach u. nach an verfallenden Zinsen mehr erhoben, als die Haupt-Summe seines Darlehns ausmachet, ihm dennoch davon nichts zu kürtzen, sondern er dem ungeachtet die fernere aufgelaufene schuldige Zinsen usque ad alt. tant. ... fordern kann".

§. 70. IX. Werth der Sachen. (B. §. 47., Th. §. 185—87.)

Vgl. Siewert's Materialien H. 4. S. 101 flg.

A. L. R. I. 2. §. 109 u. 111.: „Unter dem Nutzen eine Sache wird der Gebrauch verstanden, welchen jemand von derselben zu machen berechtigt ist. Der Nutzen, welchen eine Sache ihrem Besitzer leisten kann, bestimmt den Werth derselben".

Ueber Anwendung bei unkörperlichen Sachen s. A. L. R. I. 11. §. 181. u. A. G. O. I. 22. §. 19. 20., II. 6. §. 15 u. 17.

1) Gemeiner Werth.

1. §. 112. h. t.: „Der Nutzen, welchen die Sache einem jeden Besitzer gewähren kann, ist ihr gemeiner Werth", vgl. mit §. 113. 117. h. t., I. 6. §. 88. u. A. G. O. II. 6. §. 16.

2. Ueber Berechnung desselben vgl. 116. h. t. mit I. 6. §. 83. 84. 92. 93. u. I. 11. §. 61—64.

3. Ueber den s. g. mittleren Werth s. §. 92. 93. h. t. u. I. 7. §. 225.

2) Außerordentlicher Werth und Werth der besondern Vorliebe.

1. §. 114. 115. h. t.: „Der a. W. einer Sache erwächst aus der Berechnung des Nutzens, welchen dieselbe nur unter gewissen Bestimmungen und Verhältnissen leisten kann. Der W. d. b. V. entsteht aus bloß zufälligen Eigenschaften und Verh. einer Sache, die derselben in der Meinung ihres Besitzers einen Vorzug vor allen andern Sachen gleicher Art beilegen."

2. Ueber deren Berücksichtigung und Ermittelung s. §. 118. h. t. („nur in Fällen, wo es die Gesetze ausdrücklich billigen") vgl. mit I. 6. §. 85—87., 9. §. 459., 11. §. 8. 9. 880. 881., 12. §. 378., 14. §. 30. 31., 20. §. 192 u. 96., II. 8. §. 453., und §. 116. h. t. vgl. mit I. 6. §. 94—97. u. A. G. O. I. 22. §. 10—12. 17. 18. 25.

Viertes Kapitel.

Von den Rechten.

I. Hauptarten der Rechte.

§. 71. A. Gegensatz von Personen- und Sachenrechten (Th. §. 66.)

Vgl. Svarez Abh. über den Inhalt der Pr. Landesgesetze in Siewert's Materialien H. 1. No. 1., mit den Vorbemerk. zum Entw. Th. I. Abth. 1. S. 13. 14. u. Th. II. S. 4.

„Die Rechte und Verbindl. der Bürger des Staats sind entweder solche, die ihnen als Mitgliedern der bürgerl. Gesellschaft überhaupt zukommen, und hauptsächlich ihr Vermögen betreffen, oder solche, die ihnen als Mitgliedern einer von den versch. kleinen Gesellsch., welche in der bürgerl. Gesellsch. vorhanden sind, beigelegt werden, und hauptsächlich ihre Person oder ihren Stand betreffen. Erstere heißen Sachen-Rechte, letztere Personen-Rechte." (Svarez a. a. O.)

„Die 1te Hauptabth. enthält das Personenrecht, in 3 Unterabth.,

von denen die 1te den Hausstand, die 2te die versch. Stände des Staats, die 3te die Rechte und Pfl. des Staats gegen seine Bürger zum Gegenstand hat. — Alle Rechte und Verbindl. der Bürger des Staats, die ihnen nicht bloß vermöge ihres Standes und ihrer persönl. Verh. zukommen, sind unter dem Nahmen der Sachenrechte begriffen." (Entw. a. a. O.)

S. auch Entw. Einl. §. 128., Marg.-Bem. zu A. L. R. I. 1 §. 2 flg., I. 18. §. 71. u. Regist. s. v. „Pers.-Rechte", „Rechte", u. „Stand"; s. noch A. L. R. II. 1. §. 107. („Veränderungen in der Person, oder in den persönl.- oder Verm.-Umständen").

Ueber Rechte, welche an den Stand gebunden sind, vgl. Einl. §. 104. u. I. 2. §. 40.

§. 72. B. Von persönlichen und dinglichen Sachenrechten (B. §. 78—80. Th. §. 67. 68.)

1) In subjectiver Beziehung.

A. L. R. I. 2. §. 122 u. 125.: „Persönliche Rechte u. Verbindl. heißen diej., wozu nur gewisse Personen, ohne Rücks. auf den Besitz einer Sache, befugt oder verpflichtet sind. — Ein Recht ist dinglich, wenn die Befugniß zur Ausübung desselben mit einer Sache, ohne Rücksicht auf eine gewisse Person, verbunden ist", vgl. mit §. 128. 129., Einl. §. 64—66. („Rechte welche der Sache ankleben"), I. 16. §. 483. („subj.- dingl. Recht").

Ueber jura personalissima oder Rechte welche der Person ankleben s. Einl. §. 102. vgl. mit §. 99 u. 63,, II. 9. §. 33. u. Reg. s. v. „Rechte".

2) In objectiver Hinsicht.

1. A. L. R. I. 2. §. 126.: „Auch solche Rechte heißen dinglich, deren Gegenstand eine Sache ist, ohne Rücksicht auf die Person, bei welcher die Sache sich befindet", §. 137: „Dingl. Rechte auf die Sache können ... gegen jeden, in dessen Gewahrsam, Besitz oder Eigenthum die Sache kommt, so lange das Recht selbst dauert, ausgeübt werden", vgl. mit §. 128. 129. eod.

Terminologie: Rechte auf die Sache (§. 127), dingliche Rechte schlechthin (§. 130.), dingl. Rechte auf die Sache (§. 137. I. 19. §. 7,), Jus reale (Entw. Einl. §. 129.), Jura objectiva realia (Reg. s. v. „Rechte").

2. A. L. R. §. 123. eod.: „Ein persönl. Recht enthält die Befugniß, von dem Verpflichteten zu fordern, daß er etwas geben, leisten, verstatten oder unterlassen solle", vgl. mit §. 124. 136. 140. 141.

Terminologie: persönliches Recht schlechthin, jus personale (Entw. Einl. §. 130.), Recht zur Sache oder jus ad rem (§. 124. eod. u. Reg. s. v. „Rechte"), persönl. Recht zur Sache (I. 19. §. 2.).

§. 73. C. Von sonstigen Unterschieden in Betreff der Rechte (Th. §. 61.)

1. Einl. §. 83 u. 84., A. L. R. I. 1. §. 10 u. 12. (allgem. Rechte des Menschen oder der Menschheit, im Gegensatz der bürgerlichen Rechte), I. 9. §. 505. vgl. mit §. 572 flg. eod., I. 3. §. 26 flg. u. I. 8. §. 13. 26. (Rechte der natürl. oder allg. bürgerl. Freiheit), Einl. §. 75. 84., I. 2. §. 39., 3. §. 26. 29. (besondere Rechte)

2. A. L. R. I. 14. §. 5 flg., 16. §. 379. 400., 20. §. 14. vgl. mit I.

4. §. 165., 18. §. 469., II. 4. §. 87 flg., 11. §. 1227 flg. (künftige oder Anfalls- und Anwartschafts-Rechte).

3. A. L. R. I. 7. §. 80. 90. 103. 126. (affirmatives Recht oder Recht etwas zu fordern), §. 81. 93. 127. (negatives Recht oder Recht etwas zu thun), §. 86. 128. (Untersagungsrecht).

II. Vom Erwerbe der Rechte.

A. Im allgemeinen.

§. 74. 1. Uebersicht der verschiedenen Erwerbsgründe (B. §. 48.)

1. Einl. §. 82.: „Die Rechte des Menschen entstehen durch seine Geburt, seinen Stand, und durch Handlungen oder Begebenheiten, mit welchen die Gesetze eine bestimmte Wirkung verbunden haben", vgl mit §. 85. (s. oben §. 28.). S. auch I. 1. §. 6. 7., 2. §. 131., 9. §. 4.

2. A. L. R. I. 9. §. 501.: „Durch die Verjährung können sowohl Rechte verloren, als neue Rechte erworben werden."

3. Einl. §. 99.: „Rechte, welche an eine bestimmte Person oder an gewisse Eigenschaften derselben nicht gebunden sind, können von dem Einen auf den Andern übertragen werden", vgl. mit §. 102—104., I. 5. §. 415 flg., 9. §. 350 u. 360 flg., 11. §. 382., 16. §. 6.

2. Vom Erwerbe dinglicher Rechte insbes.

§. 75. a. Grundprinzip der Preuß. Gesetzgebung. (B. §. 70 u. 303., Th. §. 67.)

1) Geschichtliche Vorbemerkungen.

1. Pr. L. R. v. J. 1721. B. IV. Tit. 8. §. 12.: „. . . soll der Käufer Macht haben, den Miether auszutreiben, ... so der Miethsmann auf eine kleine Zeit bestanden oder gemiethet. Denn so die Miethe auf lange und viele Jahre gerichtet oder gestellet, welches doch unter 10 Jahr nicht zu verstehn, hat solch Austreiben vor der Zeit nicht statt; Alldieweil derj., so auf eine lange Zeit etwas gemiethet, eine sondere Gerechtsame auf dem bestandenen Gute bekommen hat", vgl. mit Verord. für Berlin v. 15. Apr. 1765. im N. C. C. Th. 3. S. 673. (Aufhebung der Parömie: „Kauf bricht Miethe" für den Fall, daß die Miether „zur Zeit der geschehenen Veräußerung sich schon im Besitze ihres Miethrechts befunden") u. mit Svarez Schlußvortr. S. 67.

2. Conc. u. Hyp.-Ordn. v. J. 1722. §. 29.: „. . . daß hinkünfftig, es sey Gerichtlich oder ausser Gerichtlich, kein Pfand-Recht in beweglichen Vermögen constituiret werden soll, es wäre dann das Pfand dem Creditori wirklich zu Händen gestellet; und wie also eine generale Pfand-Verschreibung ohne Uebergabe des beweglichen Pfandes ohne Effect, also soll u. s. w.", vgl. mit §. 191. (über das Pfandrecht bei einer „aus klaren Brieffen und Siegel" geschehenen „würcklichen Einweisung und Immission") u. §. 202. (Gleichstellung aller „privat-Hypothequen" mit den „Chirographarii simplices") — S. auch Proj. des C. J. Fr. P. II. Lib. 5. tit. 2. §. 1. „. . . ein Pfand (kann) so wol in rebus mobil. als immob. constituiret werden, die Hypotheca aber . . . hat bloß in rebus immob. statt".

3. Hyp.-Ordn. für Schlesien v. J. 1750. §. 13.: „Es ist voraus zu setzen, daß keine Personal-Obligationes . . . in das Land-Buch eingetragen werden können, sondern blos die Verschreibungen über unbewegl. Güter, worunter auch die Hypothecae tacitae oder legales begriffen seyn, item alle Pacta und Handlungen, welche ein dingliches Recht mit sich führen", vgl. mit §. 14. (dominia reservata), §.15. (Famil.-Fideic.), §.16. (Verpfändungen), §.21. (Onera realia), §. 22. (Pers.-Serv.), §. 23. (Ausnahme in Betr. der Real-Serv. und öffentl. Lasten).

2) Bestimmungen des A. L. R.

1. A. L. R. I. 2. §. 133.: „Die Erwerbung eines Rechts auf fremde Sachen setzt bei dem Erwerbenden ein vorhergehendes Recht zur Sache voraus. §. 134. Dieses persönliche Recht, aus welchem durch die hinzukommende Erwerbungs-Art ein Recht auf die Sache entsteht, heißt der Titel dieses dinglichen Rechts", vgl. mit I. 10. §. 1 flg. 18 flg., 11. §. 376. 377. u. 1038., 18. §. 79. 80. 88—92., 19. §. 4 u. 5., 20. §. 2—6. 199 u. 569., 21. §. 1.

2. Ebend. §. 131.: „Die Handlung oder Begebenheit, wodurch jemand ein Recht (Entw. Th. II. Einl. §. 56.: dingliches Recht) auf eine Sache erlangt, heißt die Erwerbungsart". §. 132. (fehlt im Entw.): „Der gesetzliche Grund, vermöge dessen diese Handlung oder Begebenheit die Kraft hat, daß dadurch das Recht erworben werden kann, wird der Titel genannt", vgl. mit I. 9. §. 1 u. 2., 10. §. 2., 20. §. 6.

3. Ebend. §. 135: „Wenn demj., welcher ein persönliches Recht zu einer Sache hat, der Besitz derselben auf den Grund dieses Rechts eingeräumt wird, so entsteht dadurch ein dingliches Recht auf die Sache", vgl. mit I. 7. §. 169. 70.: „Der unvollständige Besitzer (s. §. 6. eod.) ist, so lange sein Besitzrecht (s. §. 134. 35. eod.) dauert, keinem Andern . . . zu weichen schuldig, . . . auch auf Wiederherstellung seines Besitzes gegen Jeden anzutragen berechtigt", I. 9. §. 3., 10. §. 1 u. 3., 11. §. 77. 95., 18. §. 89., 19. §. 4. 5., 20. §. 7. 9., 21. §. 4. 5. 358. 59., II. 1. 247.

4. Hyp.-Ordn. Tit. 1. §. 47.: „Unter der 2ten Haupt-Rubrik werden die auf einem Grundst. haftende beständige Lasten (s. §. 48. 49. eod.) und Real-Verbindlichkeiten (s. §. 50—54.) bemerkt. §. 55. Unter der 3ten H.-R. werden alle übrigen Schulden, mit welchen ein Grundst. behaftet ist, . . . sie mögen sonst Nahmen haben, wie sie wollen, eingetragen. §. 104. Zur Eintragung (sind) nur solche Handl., Vertr. und Verschreib. qualificirt, welche entweder aus der Einwilligung des Besitzers ein ausdrückliches, oder vermöge der Gesetze ein stillschweigendes Realrecht an dem Grundst. begründen", vgl. mit A. G. O. I. 51. §. 99., A. L. R. I. 10. §. 7. 19. 17. §. 199., 18. §. 259. 290. 713., 20. §. 8. 9. 390. 411. 570., 21. §. 4. 5. 73. 356., 22. §. 18 flg., II. 1. 216. 19. 34. 40. 365. flg. 424., 4. §. 64 flg. — S. auch Svarez Schlußvortr. S. 73.: „Daß Grundgerecht. . . . im H.-B. eingetragen werden sollen, gründet sich auf den Hauptgrundsatz des H.-B., daß Jura realia contra tertium possessorem nur durch Besitz oder Eintragung erworben werden könen".

§. 76. b. Modificationen dieses Grundprinzips (B. §. 303., Th. §. 67.)

1) Directe Ausnahme auf Grund gesetzlicher Vorschrift.

§. 136. h. t.: „Rechte, welche mit dem Besitz der Sache, die ihren

Gegenstand ausmacht, nicht verbunden sind, haben die Eigensch. eines dinglichen Rechts nur alsdann, wenn ihnen dieselbe durch ein besonderes Gesetz beigelegt ist (Tit. 20. §. 8.)", vgl. mit I. 7. §. 178., 9. §. 4. 225 flg. 275 flg. 367., 18. §. 813., 20. §. 271 flg. 573., 21 §. 6., 22. §. 16. 17. u. Anh. §. 58. (Ver. v. 30. Sept. 1798 im N. C. C. Th. 10. S. 1839.)

2) Indirecte Ausnahme wegen bösen Glaubens Dritter.

I. 10. §. 10. 24. 25., 19. §. 5., 20. §. 522., 21. §. 6. vgl. mit I. 7. §. 178.

3) Vermeintliche Ausnahme bei Nutzungsrechten an fremden Sachen.

I. 21. §. 2.: „So weit der Berechtigte sich im wirklichen Besitz der zu gebrauchenden oder zu nutzenden Sache befindet, hat seine Befugniß die Eigenschaft eines dinglichen Rechts". — S. aber §. 5. eod. („Nutzungsrechte, die weder mit dem Besitze der Sache verbunden, noch in das H.-B. eingetragen sind rc."), I. 2. §. 135. („wenn der Besitz eingeräumt wird") I. 7. §. 169. 70. („so lange sein Besitzrecht dauert") vgl. mit §. 91. 99. h. t („so lange der Nießbrauch dauert"), I. 19. §. 4—6. („dessen persönl. Recht durch die Einräumung des Besitzes (durch die Uebergabe) in ein dingl. übergegangen") vgl. mit §. 9. eod., I. 21. §. 359. und mit Entw. II. 18. §. 4—6., und Svarez Schlußvort. S. 67.: „. . . da der Konduktor, indem ihm auf den Grund des Kontrakts der Besitz der Sache eingeräumt worden, ein wirkliches jus reale überkommen hat". — Vgl. auch zu §. 2. cit. Entw. II. 20. §. 2—4. u. 21. §. 15 flg., so wie über die Bedeutung von „so weit" (als Gegensatz von „so lange") u. a. I. 21. §. 335., 22. §. 170 flg. u. 19. §. 2. 8., 20. §. 287.

Vgl. überh. v. Kamptz Jahrb. Bd. 25. S. 203 flg. u. 30. S. 103 flg., Schröter civil. Versuche No. 11. 13. 25., v. Rönne zu Klein's System Bd. 1. S. 77 flg.

§. 77. c. Von d. Preuß. Hypothekenwesen im allg.

1) Aeußere Einrichtung der Hypothekenbücher. Hyp.-Ordn. Tit. 1. §. 1 flg. u. 8 flg. u. Tit. 4.

2) Innere Einrichtung derselben Ebend. Tit. 1. §. 23 flg. u. 64 flg.

Namen des Besitzers.	Rubrica I. Titulus possessionis.	Werth des Immobilis.

Quantum. Rthlr. | Gr. | Pf.	Rubrica II. Onera perpetua und Einschränkungen des Eigenthums oder der Disposition.	deren Löschung.

Quantum. Rthlr. | Gr. | Pf.	Rubrica III. Gerichtlich versicherte Schulden u. and. Real-Verbindlichkeiten.	Cessiones. Rthlr. | Gr. | Pf.	Löschungen. Rthlr. | Gr. | Pf.

3)

3) Verfahren in Hypoth.-Sachen überhaupt. (Ebend. Tit. 2. §. 3—48. u. 289—315.)

4) Hauptwirkungen der hypoth. Eintragung.

1. A. L. R. I. 4. §. 19: „Dagegen (im Gegensatz der öffentl. Bekanntmachung) kann sich Niemand mit der Unwissenheit einer in das H.-B. eingetragenen Verfügung entschuldigen", vgl. mit I. 9. §. 566, 10. §. 11 flg., 20. §. 417 flg. 522., II. 14. §. 48 flg.

2. Hyp.-Ord. Tit. 2. §. 55.: „Derj., auf dessen Namen der titulus possessionis eines Grundstücks in das H.-B. eingetragen steht, ist dadurch legitimirt, über dieses Grundstück Dispositiones bei dem H.-B. vorzunehmen" und §. 241.: „Der Inhaber eines ingrossirten Instruments ist, so lange die Post in dem H.-B. auf seinen Namen eingetragen steht, zu allen damit vorzunehmenden Dispositiones legitimirt," vgl. mit A. L. R. I. 10. §. 7 flg., 18. §. 260. 665., 20. §. 404 flg. u. 410.

3. A. L. R. I. 9. §. 511.: „Rechte auf unbew. Sachen, die in das H.-B. eingetragen sind, können weder durch bloßen Nichtgebrauch erlöschen, noch kann ein denselben entgegenstehendes Recht mittelst der Verjährung durch Besitz erworben werden," vgl. mit I. 18. §. 659., 20. §. 534., 21. §. 96., 22. §. 49., II. 4. §. 123.; s. auch II. 7. §. 143. vgl. mit A. G. O. II. 1. § 54. (bestätigte Urbarien.)

B. Von Handlungen und Rechtsgeschäften insbesondere.

Vgl. Bornemann von Rechtsgeschäften und Verträgen insbes. nach Preuß. Recht. Berl. 1825. 2te Ausg. 1832; s. auch Koch das Recht der Forderungen, nach gem. u. nach Preuß. Rechte. Th. 1. Bresl. 1836. u. Th. 2. Ebend. 1840.

1. Einleitung.

§. 78. a. Verschiedene Arten der Handlungen. (B. §. 48. 49., Th. §. 188. 235 flg., K. §. 22. 23.)

1) Handlung im Gegensatz von Leistung.

A. L. R. I. 5. §. 51., 7. §. 90. 106., 11. §. 1055., 18. §. 90.; s. jedoch I. 11. §. 468. (persönliche Leistung.)

2) Handlung im Gegensatz von Duldung und Unterlassung.

A. L. R. I. 6. §. 3. 9. 12., 7. §. 89. 106., 11. §. 869.

3) Erlaubte und unerlaubte Handlungen.

Einl. §. 87., I. 3. §. 35.: „Aus unerlaubten Handlungen überkommt der Handelnde zwar Verbindlichkeiten, aber keine Rechte," 5. §. 68 flg., 6. §. 8 flg.

4) Freie oder imputable Handlungen im Gegensatz von Zufall, Nothwendigkeit u. unwillkürlichen Handlungen.

A. L. R. I. 3. §. 1—3. 7. 11. 14. 30., 4. §. 3. 4. 20. 23. 31 flg., 5. §. 360. 64. 94., 6. §. 39., 11. §. 882. 88. 91., 16. §. 5. 6.

5) Handlung selbst im Gegensatz ihrer unmittelbaren, mittelbaren u. zufälligen Folgen.

l. 3. §. 4—14. 33. 34. vgl. mit l. 6. §. 1 flg. (unmitt., mittelb., zufälliger Schaden, entgangener Gewinn.)

6) Handlungen aus Vorsatz oder aus Versehen.

Vgl. A. L. R. I. 3. §. 15 flg., 5. §. 277 flg., 6. §. 10 flg.

(3. §. 16.: „Jeder ist schuldig, in den Gesch. des bürg. Lebens Aufmerksamkeit anzuwenden, daß er den Gesetzen gemäß handle. §. 17. Wer aus Mangel dieser Aufmerksamkeit wider die Gesetze handelt, der begeht ein Versehen. §. 18. Ein Versehen, welches bei gewöhnlichen Fähigkeiten ohne Anstrengung der Aufmerksamkeit vermieden werden konnte, heißt ein grobes Versehen. §. 20. Ein mäßiges Versehen heißt dasjenige, welches bei einem gewöhnlichen Grade von Aufmerksamkeit (II. 18. §. 275.: „demj. Grade der Aufmerksamkeit, den ein ordentlicher Hausvater ... gewöhnlich anwendet." §. 472 eod.: „gewöhnl. Aufmerksamkeit eines vernünftigen Hausvaters") vermieden werden konnte. §. 22. Ein geringes Versehen ist dasjenige, welches nur bey vorzüglicher Fähigkeit, oder bey einer besondern Kenntniß der Sache oder des Geschäfts, oder durch eine ungewöhnliche Anstrengung der Aufmerksamkeit vermieden werden konnte", vgl. mit §. 24 eod.: „Bei der Zurechnung der freien Handlungen nehmen die Gesetze auf die eigenthümliche Beschaffenheit oder Geisteskräfte dieser oder jener bestimmten Person (in der Regel; s. §. 25 eod.) keine Rücksicht".)

§. 79. b. Von Willenserklärungen oder Rechtsgeschäften (B. §. 50. u. 167., Th. §. 189—191., K. §. 68. 69. 141.)

1) Weitere und engere Bedeutung von Willenserklärung und Willensäußerung.

A. L. R. I. 3. §. 30—32.: „Durch freie Handlungen können Rechte (im Entw. II. 1. §. 1. „Sachenrechte") erworben, übertragen und aufgehoben werden. Vorzüglich geschieht dies durch rechtsgültige W. E. Aus Handl., welche keine W. E. sind, ... entstehen bürg. Rechte (Entw. II. 1. §. 135. „Sachenrechte") u. Pfl. nur in so fern, als ein Gesetz sie damit verbindet", vgl. mit I. 4. §. 1.: „Die W. E. ist eine Aeußerung dessen, was nach der Absicht des Erkl. geschehen oder nicht geschehen soll. §. 52. Eine W.-E., woraus Rechte u. Verbindl. entstehen sollen, muß ernstlich seyn. §. 57. W.-E. werden für zuverlässig oder gewiß angesehen, wenn die Absicht des Erklär. ein Recht erwerben, übertragen und aufheben zu wollen, durch Worte oder andere deutliche Zeichen ausgedrückt wird".

Vgl. auch I. 4. §. 20—22. 31 flg. 58 flg. 75., 9. §. 3. 254., II. 1. §. 39. 40. mit I. 9. §. 367., 10. §. 2. 15., 14. §. 179., 16. §. 20. 27., 18. §. 386., 20. §. 2. 211.

Ueber die synonyme Bedeutung von Handlung, Verhandlung, Disposition oder Verfügung, Geschäft mit W.-E. i. e. S., vgl. noch I. 4. §. 75., 11. §. 70., 16. §. 83. 172. 76., 18. §. 266 flg., 19. §. 12., II. 1. §. 272. 367. 514., A. G. O. II. 1. §. 3 flg.

2) Hauptarten der Rechtsgeschäfte oder Willenserklärungen i. e. S.

1. Geschäfte unter Lebenden und letztwillige Verordnungen; A. L.

R. I. 11. §. 3., 18. §. 80., II. 1. §. 438. 81. 513. 14., A. G. O. II. 2. §. 38. 39.

2. Einseitige Verfügungen und Verträge; A. L. R. I. 5. §. 131. 33., 12. §. 2. 3. 5. vgl. mit I. 4. §. 149 u. 50., 5. §. 2 u. 5., 13. §. 5 u. 6., 16. §. 292., II. 4. §. 28. u. A. G. O. II. 2. §. 19. u. 3. §. 25., III. 7. §. 55. 73. 74.

a. Von Verträgen überhaupt und in ihrer Beziehung auf Sachen- und Personenrechte; A. L. R. I. 5. §. 1.: Wechselseitige Einwill. zur Erwerbung oder Veräußerung eines Rechts wird Vertrag genannt. §. 2. Die Erkl., einem Andern ein Recht übertragen oder eine Verbindlichkeit gegen denselben übernehmen zu wollen, heißt Versprechen. §. 4. Zur Wirklichkeit eines Vertrags wird wesentlich erfordert, daß das Versprechen gültig angenommen worden", vgl. mit II. 1. §. 38 flg. 75. 251 flg. 682. 795. 846., 2. §. 666. 703 flg. 721., 4. §. 3. 28., 6. §. 6, 18. §. 178.

b. Ueber den Unterschied lästiger und wohlthätiger Verträge s. §. 7 u. 8. eod.: „Wenn beide Theile gegenseitige Verbindlichkeiten übernehmen, so wird solches ein lästiger Vertrag genannt. Wohlthätig heißt ein Vertrag, durch welchen nur Ein Theil etwas zu Gunsten des Andern zu geben, zu leisten, zu dulden oder zu unterlassen verpflichtet wird (Entw. II. 2. §. 8. „etwas giebt, leistet oder verspricht")" vgl. mit §. 233. 269 eod. u. I. 11. §. 1037 flg.

3. Haupt- und Nebengeschäfte; I. 2. §. 140. 41., 5. §. 185 flg. 226., 11. §. 257 flg., 14. §. 249 flg., 16. §. 8., 20. §. 11. 55. 224 flg.

3) Uebersicht der Erfordernisse einer rechtsgültigen Willenserklärung.

Vgl. A. L. R. I, 4. §. 2—4. u. 94. 95. mit I. 5. §. 9. 39. 109. 10.

§. 80. 2. Von den Objecten gültiger Rechtsgeschäfte. (B. §. 46. 168., Th. §. 195. 223., K. §. 107. 108.)

1) Regel.

A. L. R. I. 4. §. 5.: „Alle Sachen und Handlungen, auf welche ein Recht erworben oder Andern übertragen werden kann, können Gegenstand der W.-E. seyn", und §. 2. eod.: „... muß der Erklärende über den Gegenstand nach dem Inhalte seiner Erklärung zu verfügen berechtigt seyn", vgl. mit I. 5. §. 39., 12. §. 386. 87., II. 8. §. 1952.

2) Specielle Bestimmungen in Betreff der Sachen.

1. Sachen außer dem Verkehr; §. 14—19 eod. u. I. 12. §. 386. vgl. mit I. 5. §. 58—67.; s. jedoch II. 14. §. 16 flg., I. 18. §. 187 flg., II. 4. §. 76—79.

2. Sachen dritter Personen; arg. I. 5. §. 46—50., I. 11. §. 139., 16. §. 422. vgl. mit I. 12. §. 374—80., II. 1. §. 231 flg. 247 flg., 2. §. 168 flg., 18. §. 250 flg.

3. Sachen, welche nicht mehr oder noch nicht existiren; arg. I. 11. §. 39—45. vgl. mit §. 527 flg. eod. u. I. 12. §. 373., II. 8. §. 1991.

3) Besondere Bestimmungen rücksichtlich der Handlungen.

1. Unmögliche Handlungen: a) absolut unmögliche; arg. I. 5. §. 51. b) bedingt unmögliche; §. 52—57 eod. vgl. mit I. 11. §. 39—45.

2. Unerlaubte Handlungen; I. 5. §. 68. 69. vgl. mit I. 4. §. 6 u. 7. u. 16. §. 205 flg., II. 1. §. 1042 u. 54.; s. jedoch §. 76. 77. 80 eod.

Vgl. insbes. a) über Veranlassung, Verheimlichung u. s. w. strafbarer Handlungen I. 4. §. 8. vgl. mit I. 11. §. 714. 1070., 16. §. 205 flg. 416., II. 20. §. 360., b) über Beschränkung der Gewissensfreiheit §. 9 eod. vgl mit II. 2. §. 77. 78. 82., 11. §. 40. 1179. u. C. O. v. 4. Nov. 1786 u. 12. Jun. 1804 (Rabe Th. I. 7. S. 530, Th. II. S. 101). c) über Beschränkung der persönl. Freiheit, §. 13 eod., Cult.-Ed. v. 14. Sept. 1811. §. 54. u. C. O. v. 19. Apr. 1813, d) über Zusage oder Auflage der Ehelosigkeit u. des Wittwenstandes §. 10—12. u. 120 eod., II. 1. §. 471. 72.

3. Handlungen dritter Personen; I. 5. §. 40—45. vgl. mit I. 3. §. 26 flg. u. 12. §. 5. 387.

§. 81. 3. Von den Subjecten gültiger Rechtsgeschäfte. (B. §. 43. u. 67., Th. §. 192—94., K. §. 103—6, 145 flg.

1) Regel.

1. A. L. R. I. 4. §. 3.: „(Der Erklärende) muß das Vermögen besitzen, mit Vernunft und Ueberlegung zu handeln", vgl. mit I. 5. §. 9. 10.: „So weit Jemand zu rechtsgültiger W.-E. fähig ist, so weit kann er auch durch Vertr. sich verpflichten. Vertr., wodurch unfähige Pers. verpfl. werden sollen, müssen durch die ... Vormünder geschlossen werden". — I. 13. §. 1.: „Sachen und Rechte können auch durch Handlungen eines Dritten erworben werden" u. §. 18.: „Alle Priv.-Gesch., die Jemand selbst vorzunehmen berechtigt ist, können von ihm in der Regel auch einem Andern übertragen werden".

2. Ueber die zum Vortheile Dritter ohne Auftrag oder sonstiges Vertretungsrecht geschlossenen Rechtsgeschäfte s. I. 5. §. 74 flg. u. §. 87. 88. vgl. mit I. 11. §. 613., 12. §. 646. 649 flg., 13. §. 2.; s. auch I. 11. §. 1060., 13. §. 228 flg. 362 flg., 18. §. 358. 59., II. 1. §. 277 flg. vgl. mit II. 2. §. 294 flg., II. 4. §. 21. 47. u. 72. vgl. mit §. 134.

3. Ueber die Folgen der Unfähigkeit im allgem. s. I. 5. §. 31 flg. vgl. mit I. 11. §. 707., 13. §. 35., 16. §. 39., II. 2. §. 134., 8. §. 729.

2) Unfähigkeit wegen bestehender Vormundschaft.

S. oben §. 42 u. 44. S. 53—55.

3) Unfähigkeit in Folge der väterlichen Gewalt.

A. L. R. I. 4. §. 21. 22. (ohne Einwill. seines Vorgesetzten), 5. §. 11—13. 22., II. 2. §. 158. u. §. 124. 25. 131. 32. 38., A. G. O. I. 1. §. 13—15. vgl. mit A. L. R. II. 2. §. 127—30. 33. 39 flg. I. 12. §. 16. 18. Vgl. Svarez Schlußvortr. S. 135. — (II. 2. §. 138.: „Was auf die an sich ungültigen Schulden eines Kindes, vor oder nach aufgehobner Gewalt, wirklich bezahlt worden, kann der Zahlende nicht zurückfordern.)

Vgl. auch Pr. L. R. v. J. 1721. B. I. Tit. 25. Art. 14.

4) Beschränkte Fähigkeit der Ehefrauen.

A. L. R. I. 12. §. 19., II. 1. §. 481 flg. (letztw. Verf.) — II. 1. §. 195. 335—37. 620., 8. §. 494. (besonderes Gewerbe mit Vorwissen oder Einwill. des Mannes) — II. 1. §. 221—30. vgl. mit A. G. O. I. 1. §. 16 flg. (freie Dispos. über vorbehaltenes Verm.); s. jedoch §. 318. 19.

eod.: „Das vorb. Verm. kann die Frau . . . mit Schulden belasten, doch muß der, welcher einer Ehefrau auf ihr vorb. Verm. Credit giebt, wenn er seine Befriedigung während der Ehe fordern will, dasselbe . . . sich besonders versichern lassen", und §. 619. eod.: „Für Schulden, welche die Frau während der Ehe auf ihr vorb. Verm. gemacht hat, kann der Gl. nur so weit (scil. vor der Theilung, §. 618.) Bezahlung fordern, als das bei ihrem Ableben noch vorhandene vorb. Verm. hinreicht". — II. 1. §. 320.: „In Ansehung des eingebrachten Verm. sind alle von der Frau während der Ehe, ohne Bewill. des Mannes, gemachte Schulden nichtig", vgl. mit §. 322 flg. 389. u. A. G. O. I. 1. §. 19 flg.

S. aber überhaupt noch A. L. R. II. 1. §. 196.: „Ohne des Mannes Einwill. kann die Frau keine Verbindungen eingehen, wodurch die Rechte auf ihre Person (vgl. §. 197. „ihre Person einem Dritten verhaftet") gekränkt werden", und A. G. O. I. 29. §. 11.: „Wenn eine Ehefr. ohne Vorwissen ihres Ehem. während der Ehe sich in Contracte eingelassen und dadurch Schulden gemacht hat, so kann der Gl. wider des Ehemanns Willen, so lange die Ehe besteht, weder Personalarrest, noch die Verkümmerung der dem Ehemanne eingebrachten Effecten (s. A. L. R. I. 2. §. 13.) nachsuchen".

5) Ueber die von Corporationen u. s. w. und von öffentl. Behörden abzuschließenden Rechtsgeschäfte vgl. I. 5. §. 26—30.

4. Von der Willensbestimmung.

A. L. R. I. 4. §. 4.: „Die Willenserklärung muß frey, ernstlich und gewiß oder zuverlässig sein" vgl. mit I. 12. §. 23—25.

§. 82. a. Mängel des freien Willens. (B. §. 51—54. 56—58., Th. §. 199—215., K. §. 75—80.)

1) Folgen heftiger Affecte oder trunkenen Zustandes.

1. A. L. R. I. 4. §. 28.: „Personen, welche durch den Trunk des Gebrauchs ihrer Vernunft beraubt worden, sind, so lange diese Trunkenheit dauert, den Wahnsinnigen (§. 23.) gleich zu achten. §. 29. Ein Gleiches gilt von denjenigen, welche durch Schrecken, Furcht, Zorn oder andere heftige Leidenschaft in einen Zustand versetzt worden, wo sie ihrer Vernunft nicht mächtig waren", vgl. mit §. 44. — S. aber §. 30. eod.

2. Ebend. §. 91—92.: „Wer, auch ohne die Absicht den Andern . . . zu hintergehen, ihn durch Trunk oder Erregung heftiger Leidenschaften in einen solchen Zustand versetzt, wo er seine Handlungen und deren Folgen nicht mehr richtig zu beurtheilen vermag, der kann aus den in solchem Zustande abgegebenen Erklär. desselben kein Recht erlangen. Doch muß der, welcher aus diesem Grunde seine sonst rechtsbeständige W.-E. anfechten will, solches binnen 8 Tagen nach Abgebung derselben . . . gerichtlich anzeigen".
Vgl. Svarez Schlußvortr. S. 3. u. 4.

2) Einfluß des Zwanges.

1. Voraussetzungen: a) im Falle wirklichen Zwanges, §. 31. 32. h. t. vgl. mit I. 5. §. 124., II. 1. §. 39., 2. §. 119., b) bei Bedrohungen,

aa) des Lebens, der Gesundheit, der Freiheit und Ehre, §. 33—35., bb) bei anderweitigen Drohungen, §. 36 flg. h. t. Vgl. aber §. 42. eod.: „Erzwungene (s. §. 36. 39.) W.-E. sind auch alsdann ungültig, wenn die Gewalt oder der Zwang (s. §. 38.) . . . von einem Dritten verübt worden". — Ueber den Fall bloßer Furcht ohne Bedrohung s. §. 41. 43. eod.

2. Nothwendigkeit gerichtl. Anzeige; §. 45. 46. h. t. („sobald als er einen Richter hat antreten können, spätestens aber binnen 8 Tagen nach diesem Zeitpunkte") vgl. mit §. 49—51. („so steht seinen Erben frey, noch innerhalb 3 Monate nach erhaltener Kenntniß von dem Dasein der W.-E. den Zwang . . . anzuzeigen"); s. jedoch II. 1. §. 41 flg. vgl. mit Entw. II. 1. 50. — S. Svarez revisio monitorum S. 1 flg. u. Schlußvort. S. 3.

3. Art u. Weise und Folgen der Anfechtung; §. 47. h. t. vgl. mit I. 5. §. 194., 16. §. 209., arg. I. 6. §. 7—10., 7. §. 11. 12. 244.

3) Folgen des Irrthums.

1. Unbedingte Ungültigkeit (s. §. 78. vgl. mit §. 79. u. 80. h. t.) wegen Irrthums a) im Wesentlichen des Geschäfts oder Hauptgegenstande der W.-E., §. 75. h. t. vgl. mit I. 11. §. 59 flg., 16. §. 417., II. 8. §. 2075. b) in der Person, §. 76. eod. vgl. mit I. 5. §. 416., 13. §. 261., 16. §. 417., II. 1. §. 40. c) in ausdrücklich vorausgesetzten Eigenschaften §. 77. vgl. mit I. 5. §. 319. 325 flg. 334. 347. — S. auch Pr. L. R. v. J. 1721. B. IV. Tit. 6. Art. 8. §. 1.

2. Bedingte Ungültigkeit wegen Irrthums in gewöhnlich vorausgesetzten Eigenschaften; §. 81. u. 82. h. t. vgl. mit I. 5. §. 319. 329 flg. 335., II. 1. §. 40. 104 flg.

3. Unerheblichkeit sonstigen factischen Irrthums; §. 83. 147—49. u. 151. h. t. vgl. mit I. 9. §. 583., 16. §. 429.; s. jedoch §. 150. h. t. vgl. mit I. 11. §. 1175., II. 8. §. 2077 flg.

4. Unerheblichkeit des Rechtsirrthums u. der Rechtsunkenntniß; Einl. §. 12., I. 7. §. 12., 9. §. 154., 16. §. 176. Ueber vermeintliche Ausnahmen s. B. Th. I. S. 192. u. K. Th. II. S. 126.

5. Art und Weise der Anfechtung. Vgl. Pr. L. R. v. 1721. B. I. Tit. 25. Art. 6.

4) Folgen des Betrugs.

1) Begriff und Voraussetzungen; §. 84. 85. h. t. und II. 20. §. 1256., §. 87.—89. h. t. vgl. mit I. 5. §. 357. u. 59.; s. auch §. 32—36. eod. 11. §. 707. u. II. 2. §. 134 flg.

2. Beweis der betrügerischen Absicht; vgl. §. 27. h. t. u. II. 20. §. 1265., s. auch Pr. L. R. a. a. O. Art. 5. §. 3.

3. Wahl des Betrogenen zwischen Anfechtung (§. 85. h. t. u. I. 5. §. 349. vgl. mit §. 352–56., I. 16. §. 419. 30.) und Schadenersatz (§. 86. h. t. u. I. 5. §. 350. 51., II. 1. §. 963.)

4. Anspruch auf Schadenersatz bei dem incidenter oder von einem Dritten geübten Betruge; §. 87—90. h. t., I. 5. §. 358. u. 59., 13. §. 279.

§. 83. b. Mängel des ernsten Willens. (B. §. 55., Th. §. 216., K. §. 81. 109.)

1) Einwand des Scherzes.

A. L. R. I. 4. §. 53 flg. (§. 55. „Ueberhaupt muß die Richtigkeit des Vor-

gebens, daß eine Erklärung nur zum Schein oder nur scherzweise geschehen sei, aus dem Umständen klar erhellen") vgl. mit II. 1. §. 1100. — Ueber Ersatzpflicht bei wissentlicher Verleitung des Andern durch „ungebührlichen Scherz" vgl. §. 56. eod.

2) Folgen der Simulation.

Vgl. über die rechtliche Beurtheilung von Scheingeschäften I. 4. §. 53., 11. §. 70 flg. 321 flg. 715 flg., 14. §. 84., 16. §. 109., 20. §. 237., über die Entschädigung Dritter I. 14. §. 210. u. Anh. §. 47. I. 18. §. 725.

3) Annullation völlig nutzloser Geschäfte.

I. 5. §. 70.: „Verträge, deren Erfüllung Niemanden einen Vortheil oder Nutzen gewähren kann, müssen auf den Antrag dessen, welcher dadurch belastet ist, von dem Richter aufgehoben werden", vgl. mit I. 4. §. 133—35. u. I. 12. §. 503., 20. §. 580. — S. Entw. II. 2. §. 50.: „Vertr., deren Erfüllung niemand einen Vortheil gewähren kann, sind für beide Theile unverbindlich", vgl. mit I. §. 120. und Anm. zu §. 121.: „Von einer offenbar unnützen Bed. ist zu vermuthen, daß solche nur zum Scherz beigefügt worden".

4) Ungültigkeit völlig unbestimmter Geschäfte.

Vgl. I. 5. §. 71—73. mit I. 4. 73. 132., 20. §. 580.

5. Von der Willenserklärung.

§. 84. a. Gewißheit des Willens. (B. §. 66., Th. §. 232., K. §. 91.)

A. L. R. I. 4. §. 4. u. 57. (s. oben S. 85. u. S. 82.) vgl. mit I. 4. §. 61 flg. u. I. 12. §. 556. (Auslegungsregeln.)

§. 85. b. Uebereinstimmung des Willens aller Betheiligten. (B. §. 169—71., K. §. 70—73.)

A. L. R. I. 5. §. 1. 2. 4. (s. oben S. 83.) vgl. mit §. 79. 83. eod.: „Durch die Annahme eines gültigen Versprechens wird der Vertrag geschlossen. Durch die Annahme kann Niemand mehr Rechte erwerben, als von dem Andern angetragen worden"; s. aber §. 82. eod.

1. Ueber die Art der Annahme vgl. §. 78. 84—86. u. §. 106—8. eod. mit I. 11. §. 1061.

2. Ueber die Zeit der Annahme und die Folgen der Verabsäumung vgl. §. 90—101. und §. 103—5 eod.

3. Ueber vorbereitende Verträge, Tractate und Punctationen vgl. I. 11. §. 654 flg., 5. §. 120. 125. u. A. G. O. II. 3. §. 4.

§. 86. c. Arten der Willenserklärung. (B. §. 59. Th. §. 198., K. §. 74.)

1) Ausdrückliche Willenserklärung.

A. L. R. I. 4. §. 57. (durch Worte oder andere deutliche Zeichen) vgl. mit I. 5. §. 24., II. 18. §. 16. (s. oben §. 44.) u. A. G. O. II. 3. §. 7., I. 5. §. 86. (persönlich, oder durch Bevollm. oder durch Briefwechsel).

2) Stillschweigende Willenserklärung.

Ebend. §. 58—60.: „Handlungen, aus denen die Absicht des Handelnden mit Zuverlässigkeit (s. I. 5. §. 189. 90., 12. §. 613. 14. vgl. mit II. 1. §. 722., 2. §. 128.) geschlossen werden kann (I. 5. §. 81.: „welche die Annahme des Versprechens voraussetzen"), werden für stillschw. W.-E. angesehen, (und) haben mit der ausdrücklichen gleiche Kraft. (vgl. z. B. I. 9. §. 420., 11. §. 1045. 58., 13. §. 143., 16. §. 389., 21. §. 325. 27., II. 2. §. 16. 127. 217., 8. § 478. 685. 993., 11. §. 42., 18. §. 594.) Wo die Gesetze eine ausdr. W.-E. zu der rechtsgültigen Form des Geschäfts erfordern (s. z. B. I. 5. §. 38., 9. §. 398., 14. §. 203., 18. §. 202., 20. §. 155., II. 1. §. 720., 2. §. 414—16. 422. 438.), ist eine stillschw. W.-E. unkräftig".

3) Willenserklärung durch bloßes Stillschweigen.

§. 61. h. t.: „Bloßes Stillschweigen wird nur alsdann für Einwilligung geachtet, wenn der Schweigende sich erklären konnte und vermöge der Gesetze dazu verbunden war", vgl. mit §. 62. eod. u. A. G. O. Einl. §. 14., A. L. R. I. 9. §. 332. 421., 11. §. 133. u. 337., 13. §. 14. 126. 146. 247., 16. §. 383., 21. §. 625., II. 18. §. 166. 277. 791. — Ueber stillschw. Verzicht vgl. I. 5. §. 245. 46. 307., 11. §. 267. 797. 843., 16. §. 165., 18. §. 141., 20. §. 253., 21. §. 43.

4) S. g. vermuthete Willenserklärung.

§. 63. 64. h. t.: „Soll die Absicht des Handelnden aus den Umständen bloß vermuthet werden, so ist keine rechtsgültige W.-E. vorhanden. Haben jedoch die Gesetze selbst bestimmt, was aus solchen Handl. geschlossen werden soll (s. z. B. I. 5. §. 6., 11. §. 1041., 13. §. 129. 30., 16. §. 98. 101.), so ist die Absicht des Handelnden nach dieser Vermuthung so lange zu beurtheilen, bis eine andere Willensmeinung desselben klar ausgemittelt worden".

6. Von der Form der Rechtsgeschäfte.

§. 87. a. Aeltere Gesetzgebung.

1) In Betreff der Hypotheken-Bestellung.

1. Landes-Constit. v. J. 1594. Th. 2. Art. 19. No. 12.: „Ob auch woll zu rechte in Zweiffel gezogen wirdt, ob die eltern Pfandts Gleubigern, welche . . . allein privat Handtschrifften . . . habenn, dehnen welche durch öffentl. instr. krefftiger versichert, vorgezogen werden sollenn. Dieweill aber in Teutschl., sonderlich in unsern Landen herbracht, auch durch unsere sonderliche Constit. versehen, daß der Creditor klare Brieffe und Siegel zu beweisung der Schuldt genugsamb. Alß soll auch obgemelter unterschiedlichenn Versicherung halber den Creditoribus deßfalß kein priv. oder vorzugk erwachsenn". (C. C. M. VI. 3. S. 82.)

2. Ed. vom Erb- und Lagerbuch in Berlin v. 28. Sept. 1693. §. 3 u. 4.: „... daß (ohne Eintragung) keine Pfand-Verschreibungen oder Hypothecken (gleichviel ob conventionales oder legales, gerichtlich verschrieben oder coram notario aufgerichtet) gelten, noch einiges jus reale oder praelationis haben sollen", und Declar., daß alle Hypothequen coram Notario und Zeugen abzuschaffen v. 20. Febr. 1695. (Ebend. II. 2. S. 19.) vgl. mit Ed. v. 3. Sept. 1718. §. 40. (Ebend. II. 1. S. 654.)

3. Ed. wegen des (in allen Prov. einzuführenden) Lagerbuchs v. 20. Sept. 1704. §. 2.: „... daß in Entstehung dessen (scil. der Eintragung) eine solche Verschreibung, Verkauff und Tradition kein jus reale, Vorrecht, noch Praelation haben soll" (Ebend. II. 2. S. 39.) und Preuß. L. R. v. J. 1721. B. IV. Tit. 5. Art. 5. (gerichtl. Bestellung, jedoch mit Anerkennung der vor Zeugen bestellten Priv.-Hyp.)

4. Conc.- u. Hyp.-Ordn. v. J. 1722. §. 171. 174. 202. und deren Decl. v. 14. Jun. 1726. §. 20. (Gleichstellung der Privat- und notariellen Hypoth. mit den chirogr. Forderungen) u. Schles. Hyp.-Ord. v. 4. Aug. 1750. (s. oben §. 75. S. 79.)

5. Proj. des Cod. Frid. March. Th. IV. Tit. 9. §. 129. (Locirung der Priv.-Hyp., „welche weder eingetragen noch gerichtlich constituiret seyn, noch ein privil. pers. haben", in die 7te Conc.-Kl., aber vor den chirogr. Gläub.) vgl. mit Corp. Jur. Frid. Th. IV. Tit. 12. §. 104. (Gleichstellung beider.)

2) Rücksichtlich des Grunderwerbs.

1. Ed. v. 28. Sept. 1693. §. 2. (Eintragung des neuen Erwerbers von Immob., weil „sonst sein titulus possessionis für ungiltig u. nichtig gehalten werden soll"), Ed. v. 20. Sept. 1704. §. 2., (s. oben), Hyp.-Ordn. v. J. 1722. §. 4. und v. J. 1750. §. 3. („soll, so lange solches nicht geschehen, sein tit. poss. für ungültig u. nichtig gehalten werden"). vgl. mit Pr. L. R. v. 1721. B. IV. Tit. 6. Art. 11. §. 7.: „daß alle ... Käuffe, so sie umb liegende u. unbew. Güter geschehen, .. sollen u. müssen für Gericht oder die Ambts-Diener gebracht und daselbst insinuiret und gefertigt werden, und alsdann erst ihre Effectus und Würkungen angehen, und sonst keine Krafft haben".

2. Corp. Jur. Fr. Th. III. Tit. 7. §. 44. sub a. (s. unten). vgl. mit Entw. II. 7. §. 6 flg. u. 8. §. 60—63.

3) In Beziehung auf Contracte.

1. Stempel-Ed. v. 13. Mai 1766. §. 2.: „Wir verordnen, daß ... kein Kauf- Pacht- oder Miths-Contract, welcher über 50 Th. beträgt, über Immobilien weiter mündlich geschlossen, sondern ein jeder dieser Art Contracte, zu mehrerer Sicherheit der Contrahenten ..., bey Strafe der Nullitaet, und daß keine Klage noch Exception, mithin auch kein jus retentionis an den Sachen des Pächters oder Miethers statt haben ... könne, künftighin schriftlich aufgesetzet .. werden soll". (N. C. C. Th. 4. S. 404.)

2. Ed. v. 8. Febr. 1770.: „Wir finden nöthig, bey den Contr. u. Vertr. überhaupt die mündlichen Verabredungen .. einzuschränken und .. festzusetzen: §. 1. Zuförderst verbleibt es in Ansehung der K.-P.- u. M.-Contr. über unbew. Sachen bey der im §. 2. Unsers St.-Ed. v. 13. Mai 1766. enthaltenen Verordn. u. s. w. §. 2. Wir wollen auch ferner, daß auch diej. K.- P.- und M.-Vertr., welche über bewegliche Sachen geschl. werden, u. wobey das Kauf-Geld oder die jährl. P.- und M.-Summe über 50 Th. beträget, desgl. alle übrige Contr., Vertr. u. Verspr., deren Gegenstand die Summe von 50 Th. übersteiget, sie mögen bewegl. oder unbewegl. Sachen, Gerechtigk. oder cörperl. Dinge betreffen, in Zukunft schriftlich errichtet, widrigenfalls als nicht geschlossen angesehen, und daraus weder eine Klage noch Einwendung verstattet werden soll" u. s. w. (Ebend. Th. 4. S. 6670.) und Rescr. v. 10. März 1781. (Ebend. Th. 7. S. 3299.)

3. Cab. Ord. v. 14. Apr. 1780.: „... Alle Prozeße würden vermieden werden, wenn alle Contrakte über unbewegl. Güter in Gegenwart der Gerichte geschlossen, u. von diesen darauf gesehen würde, daß keiner den andern überliste u. unbillig vervortheile, der Contr. selber aber zu mehrerer Bestättigung desselben Inhalts von dem Richter mit unterschrieben würde".

4. Corp. Jur. Fr. Th. III. Tit. 7. §. 44.: „Es soll ... nach wie vor frey und unbenommen seyn, ... privatim und ohne alle gerichtl. Mitwirkung Contracte zu schließen u. s. w. Wenn jedoch a) ein Contr. ein unbew. Grundst. betrifft; oder b) wenn sonst die gemeinen Rechte oder gewisse Prov.-Ges. die gerichtl. Vollziehung und Bestätigung .. erfordern; oder c) wenn die Interessenten einen Contr. ... mehrerer Sicherheit und Festigkeit wegen gerichtl. bestätigen lassen wollen; oder endlich d) wenn sie dem ... Instrum. die Kraft und Wirkung eines instr. publ. zu verschaffen gemeint sind; so muß der Contr. selbst und das Instrum. darüber allemal entweder vor Gerichten oder vor einem Notario errichtet und aufgenommen werden".

4) In Betreff der letztwilligen Verordnungen.

1. Landes-Const. v. J. 1594. Th. III. Art. 37.: „... ordenen Wir, daß die Testam. und letzte ordnungen woll nach eines jeden ortts oder Stadt Gewonheit und Statuta gemacht werdenn können ... Würde auch einer seinen letzten Willen für uns oder unserm Cammerger., oder aber sonst für eine andere Unter-Obrigkeit aufm Lande, Rath oder Gerichtenn in Städten, oder aber auch in kegenwartt des Pfarherrn und zweyer Zeugen aufrichtenn, so soll solche Verordn. an stat eines zierlichen Testam. auch krefftigk seinn, ... Doch soll hiedurch allenthalben niemandts ein Test. od. Cod. mit ordentl. Solennitäten zu machen, oder sonst nach Ordn. der Rechtte seinen letzten Willen zu bestellen verbotten sein".

2. Const. wegen Abkürz. der Proz. in d. Churm. v. 3. Sept. 1718. §. 38.: „... ordnen Wir zu Verhütung unnöthiger Proc., daß künfftig alle Testam. und Dispos. sowohl in denen Städten als auf denen Dörffern Gerichtlich um ein Billiges verfertiget oder übergeben werden sollen, es wäre dann, daß auf denen Dörffern entweder keine Ger.-Obrigk. vorhanden oder allda nicht wohnete oder nicht einheimisch sich befände; auf welchen Fall genug seyn soll, wann jemand seinen letzten Willen cor. Not. et duob. testib. an den Tag gebe, und sollen sonsten alle Solennitäten cessiren", vgl. mit Decl. v. 29. Apr. 1721. §. 7. (über Zahl und Mitwirkung der „bey denen testam. extrajud. non privil." nebst dem Notar zuzuziehenden Zeugen) und Rescr. v. 17. Dez. 1723.: „... inzwischen hat es bey der Declar. die Meynung wohl nicht gehabt, daß man facultatem testandi extrajudicialiter bloß auf den Fall, da copia judicis nicht zu haben, restringiren, und in so weit bey der Const. bleiben wollen, als welche ohnedem a Jure communi sehr abweicht, und facultatem testandi ... sehr einschräncket". (C. C. M. II. 1. S. 654. 718. u. 738.)

3. Pr. L. R. v. 1721. B. V. Tit. 1. Art. 2—4. (Bestätigung der Privat-Test. neben den gerichtlichen) vgl. mit Proj. des C. J. Fr. P. II. Lib. 7. tit. 2. §. 13.: „Das 3te Requisitum eines solennen und gültigen Test. bestehet darin, daß das Test. gerichtlich verfertiget oder offeriret werde, weil Wir aus den in dem Eingang (§. 28

—30.) angeführten Ursachen alle privat-Testamenta ... hierdurch gänzlich aufheben".

4. Corp. Jur. Frid. Th. III. Tit. 7. §. 41. (Ausschluß notarieller Testamente.)

§. 88. b. Von den landrechtlichen Bestimmungen im allgemeinen. (B. §. 172., Th. §. 196 u. 228., K. §. 82. 83.)

1) Verhältniß der gesetzlichen Vorschriften zur Privat-Willkür.

1. A. L. R. I. 4. §. 94.: „In so fern die Gesetze einer Art von W.-E. keine bestimmte Form vorgeschrieben haben, ist jede Aeußerung derselben, bey welcher die Erford. §. 2. 3. 4. anzutreffen sind, gültig", vgl. mit II. 17. §. 52.: „Nur solche Handl., bey denen es die Gesetze ausdr. erfordern, müssen vor Gerichten vollzogen werden", mit A. G. O. II. 1. §. 12.: „In Ansehung aller Handlungen, bey welchen weder das A. L. R. noch die Prov.-Ges. oder Stat. eine gerichtl. oder andere öffentl. Vollz. oder Beglaub. ausdrücklich erfordern, hängt es von dem Gutfinden der Parth. ab, in wie fern sie dieselben bloß außergerichtlich vornehmen, oder sich dabei, mehrerer Gewißheit halber, des richterl. oder des Amts eines J. C. od. Not. bedienen wollen" und mit II. 2. §. 4. u. III. 7. §. 32. 45. 46. — Vgl. auch Entw. II. 1. §. 6.: „(Die W.-E.) muß in der durch die Gesetze bestimmten Form abgegeben werden", und §. 3—5 eod. (entspr. den §. 2—4. des A. L. R.)

2. A. L. R. I. 5. §. 109.: „Zur Gültigkeit eines Vertrags gehört ... auch die Beobachtung der in den Gesetzen vorgeschriebenen Form" u. §. 116.: „Verträge, welche vermöge des Gesetzes oder einer Abrede der Parth. schriftlich geschlossen werden sollen, erhalten ihre Gültigkeit erst durch die Unterschrift", vgl. mit Entw. II. 2. §. 81. (übereinst. mit §. 109. des L. R.) und §. 85.: „Schriftl. Vertr. erhalten ihre Gültigkeit erst durch die Unterschrift derer, die dadurch verpfl. werden sollen"; s. auch Entw. II. 8. §. 60 flg.

3. A. L. R. I. 12. §. 66.: „Jedes Test. oder Codic. muß in der Regel (s. §. 161 flg. u. 173 flg. eod.) vom Testator selbst den Gerichten übergeben oder zum gerichtlichen Protocolle erklärt werden" vgl. mit Entw. II. 9. §. 49. („muß in d. R. zum ger. Pr. erkl. oder v. d. Test. selbst ꝛc.") und Svarez Schlußv. S. 76.

2) Bedeutung der gesetzlich verordneten Formen.

1. A. L. R. I. 3. §. 40. 41.: „Aus Verabsäumung der gesetzl. Form einer Handlung folgt die Nichtigkeit derselben nur alsdann, wenn das Gesetz die Beobachtung dieser Form zur Gültigkeit der Handl. ausdrücklich erfordert. Im zweifelh. Falle wird vermuthet, daß die Form .. nur zur mehreren Gewißheit und Beglaubigung vorgeschrieben worden" (fehlt, wie das flg. Citat, im Entw.), vgl. mit I. 4. §. 95.: „Ist aber dergl. Form (s. §. 94.) in den Gesetzen ausdrücklich bestimmt, so gilt davon alles das, was wegen der Form der rechtl. Handl. überh. festgesetzt ist (Tit. 3. §. 40 flg.)".

2. A. G. O. II. 1. §. 11.: „In wie fern in allen diesen Fällen (s. §. 2—10. eod.) die Unterlassung der gerichtl. oder von einem Notar beglaub. Vollziehung die Handlung selbst nichtig und unkräf-

tig macht, . . ist in Ansehung eines jeden Geschäfts in den Ges. besonders bestimmt. Im zweifelh. Falle ist keineswegs die gänzliche u. absolute Nichtigkeit, sondern nur eine Verb. der Parth., das Verabsäumte nachzuholen, ... anzunehmen (A. L. R. I. 3. §. 40. 41.)"

3. A. L. R. I. 12. §. 139.: „Die vorstehend (§. 66—138.) bestimmte Form eines Test. ist, wo nicht .. die Ausn. sogleich beigefügt worden, zur Gültigkeit ... dergestalt nothw., daß, wenn sie verabsäumt worden, der letzte Wille nicht bestehen kann".

4. A. L. R. I. 5. §. 109. u. 116. (s. oben) vgl. mit §. 155. („findet keine Klage statt",) und §. 110.: „Ist aber die Beob. einer Formalität (vgl. Einl. §. 16. 17., I. 5. §. 122., 20. §. 101—3., II. 10. §. 8., 18. §. 396.) nur unter Androhung einer Strafe verordnet, so bleibt der Vertrag gültig, wenn gleich die Formal. verabs. worden".

3) Bedeutung der vertragsmäßigen Form.

A. L. R. §. 117. eod.: „In allen Fällen, wo die Parth. den Vertrag schriftlich zu schließen verabredet haben, wird vermuthet, daß nicht bloß der Beweis, sondern selbst die verbindl. Kraft des Vertr. von der schriftl. Abfassung abhängen solle", vgl. mit I. 4. §. 94. u. A, G. O. II. 1. §. 12. (s. oben.)

4) Unterschied zwischen Nichtigkeit und Ungültigkeit der Rechtsgeschäfte. (?)

A. L. R. I. 3. §. 43. vgl. mit I. 5. §. 194., II. 1. §. 77. u. 2. §. 132. 136., I. 4. §. 10. vgl. mit II. 11. §. 1163., I. 4. §. 20. vgl. mit I. 5. §. 27. u. 180., I. 12. §. 139. vgl. mit §. 70. 73. 94. 132. 138. u. Anh. §. 31. eod., I. 17. §. 170 flg., 18. §. 83., II. 8. §. 2064. u. 2394.; s. jedoch II. 1. §. 933 34.

5) Befreiung des Militärs von Beobachtung der sonst erforderlichen Formalien.

Vgl. A. L. R. I. 12. §. 177 flg. u. C. O. v. 2. Sept. 1815.: „.. daß es bei Erkl. unter Lebendigen, welche von Mil.-Pers., die im Felde stehen, in solchen Lagen abgegeben werden, wo sie an der Beob. der erford. Förml. verhindert sind, nur darauf ankommen soll, ob die Gewißheit ihres Willens dergestalt feststeht, daß vernünftiger Weise solche nicht bezweifelt werden kann. Es sollen auch diese Erkl. . . . nach dem Kriege einer Erneuerung oder Wiederholung, wie sie bei Mil.-Test. erforderlich ist, nicht bedürfen".

§. 89. c. Von schriftlicher Abfassung der Rechtsgeschäfte. (B. §. 173—78., K. §. 84—86. 88. 89.)

1) Wesen und Perfection dieser Form.

A. L. R. I. 5. §. 116. 18. 19. und A. G. O. I. 10. §. 134., vgl. mit §. 120 flg., §. 126., §. 142. 43. und §. 152 h. t. S. aber §. 149. h. t. u. II. 8. §. 597. vgl. mit §. 566 flg. u. 949. 50. eod.

2) Fälle gesetzlicher Nothwendigkeit dieser Form.

a) Bei Gegenständen über 50 Thlr. an Werth.

1. Regel. §. 31. h. t., I. 11. §. 75. 267. 394., 13. §. 7. u. 11., u. 20. §. 93. (Verträge), §. 133. 34. h. t. u. I. 14. §. 214. (einseitige W.-E.)

vgl. mit §. 138. h. t. (einseitig-gewagte Geschäfte), §. 140. 41. 259. h. t. (Nebenbest.), §. 153. u. I. 20. §. 65. (Beitritt eines Dritten.)

2. Ausnahmen. Vgl. Ed. v. 1770. §. 4—9. mit §. 134. h. t. (Beweis von Zahlungen), §. 137. h. t. u. Ges.-Ord. v. 8. Nov. 1810. §. 22 flg. (Miethe gemeinen Gesindes), §. 144. h. t. u. I. 14. §. 10. (Depositum), §. 145. h. t. u. II. 8. §. 444 flg. (Receptum), I. 11. §. 727 flg. (zinsloses Darlehn), §. 999. eod. (Verlagsvertr. bei Ablief. d. Manuscr.), 20. §. 94. (Pfand an bewegl. Sachen), 21. §. 229 flg. (Leihe), §. 146. u. 49. h. t. u. I. 11. §. 1065. (Vertr. über bewegl. Sachen bei sofort vollst. Erfüllung), §. 148. h. t. (außerh. Landes über bewegl. S. geschl. Vertr.), I. 11. §. 764., 13. §. 160. u. 21. §. 348. (Kündigungen), II. 2. §. 290. (Anrechnung der Ausstattung auf das Verm. der Kinder).

3. Ueber Berechnung des entscheidenden Betrags s. noch §. 136. h. t. vgl. mit I. 21. §. 268.

b) Ohne Rücksicht auf den Werth des Gegenstandes.

Vertr. u. W.-E. über Grundger., §. 135. h. t. — Vertr. über beständ. persönl. Leist., insb. Dienstvertr., §. 135. h. t. vgl. mit II. 5. §. 177. 88., 7. §. 112., 8. §. 290. 1450.; s. auch II. 2. §. 772. — Rechtsg. über Termin.-Leist., insb. Zinsverspr., §. 136. h. t. vgl. mit I. 11. §. 729. — Beiderseits-gewagte Geschäfte, §. 138. h. t. vgl. mit I. 11. §. 554. 583., II. 8. §. 2064 flg. — Legitimation der Mandatare u. Assign., I. 13. §. 8., 16. §. 253. 58., II. 8. §. 500. — Cession verbriefter Ford., I. 11. §. 394. — Exprom. u. Bürgsch., I. 14. §. 400. u. 203. vgl. mit II. 8. §. 710. — Wechsel-, Assec.- und Bodmerei-Gesch., II. 8. §. 713. 811 flg. 992. 2064. 2390. — Schiffsheuer u. Befracht.-Vertr., II. 8. §. 1450. 1620. — Verlags-Contr., I. 11. §. 998. — Lehnscontr. und Consens in Lehns-Veräuß. ꝛc., I. 18. §. 83. 202. 313. — Eingeschr. Nutzungsr. an Grundst., I. 21. §. 203. 401. 636. — Consens in Melior. des Nießbr., Pächters ꝛc., §. 124. 280. eod., II. 1. §. 586., 2. §. 175. — Legate bis zu 5% des Verm., I. 12. §. 161 flg. vgl. mit §. 172. eod. — Widerruf von Legaten u. Enterbungen, I. 12. §. 594., II. 2. §. 415. — Erbschatz-Bestellung, II 1. §. 281. — Dotations-Verspr., II. 2. §. 308. — Väterl. Dispos. über Erbsch.-Theilung und vormundsch. Verwaltung, I. 12. §. 169 flg., II. 2. §. 380. 83., II. 18. §. 373. 396. 718. vgl. mit §. 682. eod., u. a. m.

3) Dunkelheit und Verlust der Urkunde.

1. A. L. R. I. 5. §. 130. vgl. mit §. 252 flg. eod., A. G. O. I. 10. §. 117—19.; s. auch Ed. v. 1770. §. 7.

2. A. L. R. I. 5. §. 169. vgl. mit A. G. O. §. 122. eod. u. Ed. v. 1770. §. 9.

3. Ebend. §. 170.: „Hat einer der Contrah. den Verlust oder die Vernichtung des Instr. vorsätzlich veranlaßt, so wird die Angabe des Andern von dem Inhalte so lange für richtig angenommen, bis das Gegentheil klar erwiesen ist" (wörtlich übereinst. mit Entw. II. 2. §. 124.), vgl. mit G. O. §. 120. l. c.: „Wenn eine Parth. die zur Aufklärung der Wahrheit erford. Urk. vorsätzlich abhanden bringt, zerreißt oder auf andere Art unleserlich macht, so soll ihr Gegner jederzeit zur eidlichen Bestärkung des Inhalts ... gelassen werden" (gleichf. übereinst. mit Corp. Jur. Fr. IV. 6. §. 36.) — S. noch das im §. 122. der G. O. befindl. Citat von A. L. R. I. 5. §. 169. 170.

4) Folgen der unterbliebenen schriftlichen Abfassung.

a) Bei noch fehlender Erfüllung.

§. 155. h. t.: „Ist in Fällen, wo die Gesetze (s. aber §. 117.) einen schriftl. Vertrag erfordern, derselbe blos mündlich geschlossen, und noch von keinem Theile erfüllt worden, so findet daraus keine Klage statt" vgl. mit l. 13. §. 148. — S. auch Ed. v. 1770. §. 2.: „... widrigenfalls (der Contr.) als nicht geschlossen angesehen u. daraus weder eine Klage noch Einwendung verstattet werden soll."

b) Bei einseitiger freiwilliger Erfüllung.

1. Ed. v. J. 1770. §. 6.: „... es ist dieser einseitigen Erfüllung unerachtet dergestalt zu halten, als wenn kein Contr. geschlossen wäre; dem erfüllenden Theile aber soll zur Wiedererlangung dessen, was er geleistet hat, weder eine Klage aus dem Contr., noch cond. sine causa, sondern nur allein die Eigenthumsklage binnen 6 Mon. offen stehen, ... und wann inmittelst die Sache an einen Dritten veräußert worden, ... die Klage gar nicht statt finden", und Rescr. v. J. 1781.: „... wenn der in pacto nuncup. sich fundirende Kläger behauptet, daß dem Vertr. von seiner Seite ganz oder zum Theil genüget worden, .. ist er berechtigt, zu verlangen, daß der Gegenth. entweder den Contr. schriftlich mit ihm errichte u. solchen perficire, oder daß er ihm das ... gegebne oder geleistete restituire oder ihn deswegen schadlos halte. Weigert sich der Gegenth., eines oder das andere zu thun, so wird (dabey) .. ein Dolus und die Intention, sich mit dem Schaden des andern zu bereichern, zum Grunde liegen; Beidem aber kann irgend ein Gesetz niemals zur Schutzwehr dienen", vgl. mit Corp. Jur. Frid. IV. 6. §. 4.: „... weil nach der Natur der Sache .. der Bekl. entw. dem mündl. geschl. Contr. durch schriftl. Vollz. verbindl. Kraft verschaffen, oder alles dasj. zurückgeben (muß), was er ... erhalten hat".

2. A. L. R. I. 5. §. 156.: „Hat ein Contrahent von dem Andern die Erfüllung bereits ganz oder zum Theil angenommen, so ist er verpflichtet, entweder den Vertrag auch von seiner Seite zu erfüllen, oder (s. §. 157 flg.) das Erhaltene zurückzugeben (scil. Sachen), oder zu vergüten (scil. Handlungen)", vgl. mit §. 168 eod.

3. Ueber die Art, wie 1) die bereits gegebnen Sachen, a) wenn es nicht fungible sind, α) von dem Empfänger, β) von dem Geber (scil. wenn der Empfänger nicht erfüllen will) cum omni causa zu restituiren resp. zu ersetzen sind, und in wie weit b) bei Geldzahlungen (resp. Leistung fungibler Sachen) der Rückzahlende zinspflichtig ist; so wie 2) über die Vergütung für die bereits geleisteten Handlungen vgl. ad α) §. 157—60. und ad β) §. 161—63., dagegen ad b) §. 164. u. ad 2) §. 165—67. h. t.

4. Ueber das Rücktrittsrecht dessen, der zuerst erfüllt hat, vgl. l. 16. §. 177. u. 184. vgl. mit §. 196.; s. jedoch a) l. 5. §. 166. vgl. mit l. 13. §. 177., u. l. 11. §. 873. u. 882 flg., b) l. 21. §. 269. 402. 627., c) II. 5. §. 180.

c) Im Falle vollständiger Erfüllung.

§. 146. h. t. vgl. mit Ed. v. 1770. §. 4. sub IV. (entspr. dem §. 146.) und §. 6. zu E.: „Ist endlich ein über bewegl. Sachen geschl. Contr. von beyden Seiten völlig und dergest. erfüllet, daß das gantze Ge-

schäffte vollendet worden, so soll es dabey sein Bewenden haben, und die von beyden Theilen völlig erfüllten Vertr. unter dem Vorwande des fehlenden schriftl. Contr. nicht wieder zerrissen werden".

5) Unerheblichkeit mündlicher Nebenabreden.

§ 127—29. vgl. mit §. 147. u. 154. h. t. u. Ed. v. J. 1770. §. 3.: „.. soll .. keine .. Nebenabrede und Bedingung, sie sey vor, bey oder nach d. schriftl. Contr. verabredet, gültig u. verbindlich seyn, sofern sie nicht .. aus der Natur des Contr. oder aus denen in dem schr. Contr. enthaltenen Beding. von selbsten folget". — S. übrigens II. 8. §. 1453.: „in so weit es (bei dem Contr. zw. Rheder u. Schiffer) auf eine mündl. Abrede ankommt, wird der Sch. zu deren eidlichen Bestärkung gelassen".

§. 90. d. Von Publicität der Rechtsgeschäfte. (B. §. 179. u. 91., K. §. 87.)

1) Verschiedene Arten der Concurrenz öffentlicher Behörden.

a) Gerichtliche oder notarielle Recognition der Privat-Instrumente und Beglaubigung der Unterschriften.

1. In Folge freien Beliebens der Partheien; A. G. O. III. 7. §. 75—77. und II. 3. §. 26. vgl. mit I. 10. §. 133.

2. Aus gesetzlicher Nothwendigkeit; H. O. Tit. 2. §. 150 flg. (Eintragung einer Privat-Hyp.), §. 200. (Cession hyp. Forder.), §. 250. (Quittung zum Behuf der Löschung), Ges. v. 23. April 1821. §. 1. vgl. mit A. L. R. I. 10. §. 15—17., 11. §. 75., 16. §. 407., 18. §. 691., u. H. O. Tit. 2. §. 60 flg. (Veräuß., Erbzins- und Erbpacht-Best. an Grundst.), A. L. R. I. 9. §. 399. 415. (schriftl. Erbschafts-Entsagung u. Antretg. ohne Vorbehalt; s. jedoch §. 400.)

b) Aufnahme gerichtlicher oder notarieller Urkunden.

1. Auf Verlangen der Partheien zum Behufe bloßer Beglaubigung; A. L. R. II. 17. §. 48. 51., A. G. O. II. 1. §. 12., 2. §. 4., u. III. 7. §. 46. 62. flg., vgl. mit §. 69. eod. u. I. 10. §. 124 flg. 130 flg. u. 28. §. 2.

2. Auf Grund gesetzlich aufgestellter Alternative; A. G. O. II. 1. §. 10. vgl. mit A. L. R. I. 5. §. 172 flg., 13. §. 111., 16. §. 93—96. (schriftl. W.-E. der Analphabeten ꝛc.), I. 5. §. 179. (schriftl. Vertr. des der Sprache des Instr. Unkundigen), I. 13. §. 115. (Vollmacht zu gerichtl. Verh.), 20. §. 611. (Anzeige an Vorkaufs-Berecht.), 21. §. 403. (Verpacht. von Landg. für mehr als 200 Thl.), II. 1. §. 82 flg. (Eheverlöbn.), §. 209. 240. 41. eod. (Ehe- u. Erbvertr. zw. Ehegatten), §. 846. 47. eod. (Ehe zur linken Hand), II. 2. §. 137. (Anerk. der während d. väterl. Gew. contrah. Schulden), II. 8. § 1035. u. G. O. III. 7. §. 78. (Wechselprotest), II. 18. §. 401. (Priv.-Verz. des Verm. der Minor.), A. G. O. III. 7. §. 71. (Erbsonderung bei Major. der Erben), II. 5. §. 20. u. A. L. R. II. 18. §. 357. (Siegelungen im Nothfalle), H. O. Tit. 2. §. 199. 249. (Cession u. Quitt. bei Hyp.), u. a. m.

3. Ueber die bei Rechtsgesch. der Analphabeten und Sprachunkundigen zu beobachtenden besondern Formalitäten, vgl. A. L. R. I. 5. §. 175—78. u. Anh. §. 5., I. 12. §. 115 flg. u. A. G. O. II. 2. §. 46., III.

7. §. 49. 37 flg., und A. L. R. I. 5. §. 180—84., I. 12. §. 124 flg. u. A. G. O. II. 2. §. 37 flg. 489.

4. Ueber die freie Auswahl unter den inländischen Gerichten vgl. A. L. R. II. 17. §. 48. 49. u. A. G. O. II. 2. §. 7. u. 10., und über die Competenz der Dorfgerichte u. Stadtmagistrate s. A. L. R. II. 7. §. 82., u. A. G. O. II. 2. §. 8. u. 9. vgl. mit 5. §. 19. 43. eod. u. A. L. R. I. 12. §. 93 flg., II. 1. §. 83., 18. §. 355.

c) Nothwendige Concurrenz der Gerichte bei Eingehung der Rechtsgeschäfte.

1. Eines beliebigen, wenn nur gehörig besetzten (s. A. G. O. II. 2. §. 2 flg. 12 flg.) Gerichts. — Vgl. A. G. O. II. 1. §. 9. mit A. L. R. I. 5. §. 171. u. A. G. O. II. 3. §. 7. 8. (schriftl. Vertr. d. Blinden u. Taubst.), A. L. R. I. 9. §. 416. (Rücknahme unbed. Erbsch.-Antritts.), §. 566. eod. (Vertr. über die Verj.), I. 11. §. 473. (Erbsch.-Kauf), §. 582. 83. (Kauf künft. Sachen für mehr als 100 Th.), §. 820. eod. (Verschr. über Zinsrückst.), §. 1063 flg. 1094 flg. eod. u. Anh. §. 147. zu II. 17. §. 58. (Schenkungs-Verspr.), I. 12. §. 66 flg. 621—23. (Testam., Codic. u. Erbvertr.), §. 247. 51. eod. vgl. mit I. 9. §. 387. 460 flg., II. 18. §. 354 flg. u. G. O. II. 5. §. 20. (Siegelungen), I. 13. §. 116. (Vollm. zu gerichtl. Gelder-Einzieh.), I. 14. §. 221 flg. 407. (Bürgsch. u. Exprom. der Frauenz.), §. 92 flg. eod. (Verwahrung streitiger Sachen), I. 17. §. 153 (Vorbehalt von Erbsch.-Ford. bei d. Erbtheil.), §. 388. eod. (Grenz-Regul.), I. 18. §. 84. Lehnsvertr. bei Grundlehen), II. 1. §. 198—201. 272. 73. (Ehevertr. zum Nachtheil der Frau), §. 282. eod. (Erbschatz an Grundst.), §. 824. eod. (Verzicht auf Ehescheid.), II. 2. §. 7. (Anfechtung der Legitimität), §. 597. eod. (Anerkennung von Brautkindern), §. 721. eod. u. Anh. §. 147. (Einkindschaft), II. 8. § 1206. (Protest bei trocknen Wechseln), II. 18. §. 682. (Dispos. des Vaters über vormundsch. Verm.-Verw.), u. a. m.

2. Des ordentlichen persönlichen Richters. — Vgl. A. L. R. II. 17. §. 56—58. u. A. G. O. II. 1. §. 6. mit A. L. R. I. 11. §. 603. (Altentheils-Regul.), I. 17. §. 178. (Gemeinsch. des ganzen Erwerbs), II. 1. §. 668 flg. 723 flg. 731. eod. (Ehetrennung), §. 356 flg. 422 flg. eod. (Vertr. über ehel. Gütergem.), II. 2. §. 216. 17. (Entlassung aus väterl. Gewalt), §. 484. eod. (Verzicht auf Kindes Pflichtth.), II. 4. §. 29 flg. 46. (Famil.- u. Fideic.-Stift.), II. 8. §. 731 flg. (Ertheil. der Wechselfähigk.), II. 18. §. 56. 61. 63. 81. flg. (Bevormundung und vormundsch. Verwaltung), A. G. O. I. 46. u. III. 7. §. 71. (Erbsonderung) u. a. m.

3. Des Richters der belegenen Sache. — Vgl. A. G. O. II. 1. §. 3. mit A. L. R. I. 10. §. 15. flg., 18. §. 691., 20. §. 227., II. 17. §. 53. und Ges. v. 23. Apr. 1821. §. 1. u. 4. (s. oben sub a.), A. L. R. II. 17. §. 56. u. I. 11. §. 340. flg. (freiwill. Subhast.), II. 4. §. 63. (Errichtung von Grund-Fideic.)

4. Speciell bestimmter Gerichte: a) der fora specialia causarum; A. L. R. II. 17. §. 49. u. A. G. O. II. 2. §. 7. vgl. mit A. L. R. I. 20. §. 300. (Verpf. der Seeschiffe vor Seegerichten), II. 8. §. 1464 flg. (Anzeige der Havarie bei denselben), I. 18. §. 167. (Bestellung der Lehns-Vormünder), II. 16. §. 256. flg. (Veräuß. des Bergeigenth. vor dem Bergamte; vgl. auch Ed. v. 21. Febr. 1816. §. 3. u. 5.), Ver. v. 20. Juni 1817. §. 3. 67., Ges. v. 21. Jun. 1821. §. 5. 25. u. Ver. v. 30. Jun. 1834. §. 7. (General-Commissionen); b) der fora privileg. personarum; A. L. R. II. 12. §. 110. flg. (Dar-

(Darlehn der Studier. vor academ. Gerichten), II. 10. §. 27 flg. vgl. mit I. 11. §. 678 flg., 12. §. 177 flg., II. 18. §. 75 flg. (Grund-Erwerb, Darlehn, Testam. u. Vormundsch. der Milit.-Pers.; s. jedoch C. O. v. 19. Jul. 1809. u. Ver. v. 18. März 1811.), Ver. für d. Justitiar der Hofmarschalls-Aemter v. 9. März 1837. §. 1 flg. (Rechtssachen der Hofbeamten), Const. wegen Verf. der geistl. Ger. in Südpr. v. 25. Aug. 1796. §. 2. 3., in Stengel's Beitr. Bd. 3. S. 151. u. Leman's Prov.-Recht für W.-Pr. Th. 2. No. 87., vgl. mit Baumeister über die geistl. Ger. in Schles., im Schlesischen Archiv Th. 3. No. 2. (Testam.-Aufnahme, Siegelungen u. Erbsch.-Regul. durch kathol. geistl. Gerichte). c) der Provincial-Obergerichte: A. G. O. II. 1. §. 7. u. 8. vgl. mit A. L. R. II. 1. §. 857. 912. (Schließung der Ehen zur linken Hand u. deren Umwandlung in rechte Ehe), II. 2. §. 663—65. (legitim. minus plena), §. 667. eod. (Adoption), II. 18. §. 721. (Major.-Erklärung.) — S. auch noch A. L. R. I. 16. §. 214. (Depos. der Zahlung beim Gerichte des Zahlungsortes) u. II. 18. §. 85. 87. 236 flg. u. öft. (Stellung des vormundsch. Gerichts zu andern Gerichten.)

d) Gerichtliche Bestätigung der Rechtsgeschäfte.

A. L. R. I. 5. §. 200.: „Gerichtliche Bestätigung ist bei Vertr. nach gemeinen Rechten nicht nothwendig. Wo sie hinzukömmt, begründet sie die Vermuthung, daß der Vertr. gesetzmäßig abgeschlossen worden", vgl. mit A. G. O. II. 3. §. 1. u. 21 flg., III. 7. §. 52 flg. und A. L. R. I. 16. §. 413. (Vergl. über künft. Alim.), I. 20. §. 227 flg. 242. (nutzbares Pfand), II. 1. §. 858. (Ehevertrag bei Ehen z. l. H.), II. 4. §. 27 flg. 46. (Familien-Stiftungen u. Schlüsse), II. 2. §. 667. 721. (Adoption u. Einkindsch.), II. 7. §. 141. (Aufnahme von Urbarien u. Dienstreg.), H.-O. Tit. 2. §. 114. (beständ. u. immerwähr. Reallasten) u. §. 63. eod. (Veräuß. der Grundst., auf Grund des Prov.-Rechts.) u. a. m.

e) Eintragung in die Grund- und Hypotheken-Bücher.

Vgl. oben §. 75 u. 77. und A. L. R. I. 9. §. 448., 17. §. 153., II. 1. §. 216. 283. 365. 66. 74. 424., H.-O. Tit. 2. §. 109 flg.

f) Oeffentliche Bekanntmachung.

A. L. R. I. 9. §. 50. (verlorene Sachen), I. 17. §. 137 flg. (Erbschaftstheilung), §. 179 eod. (Vertr. über Gemeinsch. alles Erwerbs), §. 308. (Aufheb. der Societ.) u. §. 333 eod. (Gemeinheitstheilung), II. 1. §. 323. (Verwahrung des Mannes gegen Schulden der Frau), §. 356. eod. u. Anh. §. 76., §. 422. 426. eod. (Einführung oder Aufhebung u. Ausschl. der ehel. Gütergem.), II. 2. §. 428. (Einschränk. der Kinder in Betr. ihres Pflichttheils), II. 8. §. 500 flg. u. 531. (Ertheilung u. Aufhebung einer kaufm. Procura), §. 618. 627. eod. (Handlungsgesellsch.), Anh. §. 170. zu II. 18. §. 696. (Einschränkungen des für majorenn erklärten Pflegb.) u. a. m. — Vgl. aber I. 4. §. 18.: „Die bloße öffentl. Bekanntm. ist zum Beweise, daß der Dritte die Verfügung (wodurch Sachen dem Verkehr entzogen) gewußt habe, noch nicht hinreichend".

g) Genehmigung des Landesherrn oder der Administrations-Behörden.

Vgl. z. B. I. 18. §. 86. 87. (Belehnung der Ausl. u. Errichtung neuer adliger Lehen), II. 1. §. 8. u. Anh. §. 62., §. 33. 34. eod. (Ehe-Dis-

pense), §. 153. eod. (Trauung ohne Aufgebot), §. 836. u. 912. eod. (Ehe zur linken Hand u. deren Umwandelung), II. 2. §. 669. (Adoption vor 50 Jahren od. von Seiten eines Adligen), II. 4. §. 56. (Stiftung von Fam.-Fideic. von mehr als 10000 Thl. Ertrag), Cab.-Ref. v. 29. Febr. 1812. u. C. O. v. 5. Sept. 1821. (Grunderwerb der Domanial- u. Forst-Beamte), C. O. v. 28. März 1809. bei Matthis Bd. 8. S. 26. u. C. O. v. 25. Jan. 1831. (Erwerb von Ritterg. Seitens der Ausländer und von Dorfgem.) S. auch oben §. 55.

2) Rechtliche Folgen der Verabsäumung der gesetzlich vorgeschriebenen Form.

a) Allgemeine Bestimmungen.

Vgl. A. L. R. II. 17. §. 59.: „Handl., die statt gerichtlich nur von einem J. C., oder die statt des gehörigen von einem andern Richter vorgenommen worden, werden als solche, die gar nicht öffentlich beglaubigt, oder gar nicht gerichtlich vollzogen sind, angesehen, und gelten nur so weit, als die Handl. ... als eine bloße Priv.-Handl. rechtl. Wirkungen hervorbringen kann", mit A. L. R. I. 3. §. 40. u. A. G. O. II. 1. §. 11. (s. oben S. 91.) Vgl. auch Hyp.-Ord. Tit. 2. §. 15.

b) Verschiedene Behandlung der einzelnen Rechtsgeschäfte.

1. Völlige Nichtigkeit u. Wirkungslosigkeit. Vgl. z. B. A. L. R. I. 9. §. 566. 67., 11. §. 473. 583., 12. §. 139., 18. §. 87., II. 12. §. 104 u. 7., und I. 9. §. 416., 11. §. 820., 17. §. 153. 178., II. 1. §. 597. 721. 857. 912., 2. §. 667.

2. Mangel der Klagbarkeit. Vgl. z. B. I. 11. §. 1064 flg., 14. §. 234. 243. mit I. 5. §. 174. u. Anh. §. 5., 21. §. 406., II. 1. §. 91.

3. Unverbindlichkeit für einen Theil. Vgl. z. B. I. 11. §. 350., 16. §. 414., II. 1. §. 198. 99.

4. Ungültigkeit in Beziehung auf dritte Personen. Vgl. I. 17. §. 180., 18. §. 85. 290 flg., II. 1. §. 356. 67., u. §. 422. 428—32., 4. §. 76—79.

5. Nothwendigkeit nachträglicher Ergänzung der gesetzlichen Form. Vgl. A. G. O. a. a. O. mit H.-O. Tit. 2. §. 18.: „Ist nur bey den äußern rechtl. Erford. des .. Actus .. etwas zu erinnern, so muß der Extrahent bedeutet werden, was er noch zu thun, beyzubringen od. zu suppliren habe... Außer dieser Bedeutung muß das Gericht zur Conserv. des Orts im H.-B. eine Protest. für den Extr. von Amtswegen eintragen lassen". u. A. L. R. I. 20. §. 419—21. — A. L. R. I. 10. §. 16. 17.: „Auf Grund eines bloßen Privat-, wenn auch schriftl. Vertrags findet die Eintragung des Besitztitels in das H.-B. nicht Statt. Doch hat ein solcher Vertr. die Wirkung einer Punctation, und es kann also daraus auch auf die Errichtung eines förml. gerichtl. Instr. geklagt werden (Tit. 5. §. 120 sq.)" vgl. mit H.-O. Tit. 2. §. 61. 62.: „Auf den Grund eines unter den Parth. blos priv. erricht. Instr. sollen (Kauf- und andere Veräuß.-Contr. unbew. Grundst.) weder bey Gerichten bestätiget, noch viel weniger ... ein tit. poss. im H.-B. berichtiget werden. Unter den Contr. selbst aber behält ein solcher Priv.-Contr. dennoch seine Wirkung, dergest., daß auf selbigem einer gegen den andern, auch auf die Err. des förml. Instr. darüber, als einen Theil der Erfüllung des Contr., klagen kann".

6. Straffälligkeit und Schadensersatz-Pflicht. S. z. B. A. L. R. I. 5. §. 178. 184., 11. §. 357 flg., 20. §. 409. 428 flg. 531. vgl. mit H. O. Tit. 1. §. 76 flg., A. G. O. II. 2. §. 4. 5., §. 10. eod. vgl. mit A. L. R. I. 12. §. 73 flg., II. 17. §. 60.

3) Nebenabreden.

Vgl. A. L. R. I. 11. §. 257.: „Alle . . . Rechte u. Verb. des Käufers u. Verk. können durch Nebenvertr. der Parth., in so fern dieselben nur in der gehörigen Form abgefaßt sind, anders bestimmt werden", mit A. G. O. II. 2. §. 35. u. 43. No. 6. 7. u. H.-O. Tit. 2. §. 79 flg. — H.-O. §. 158.: „Neben-Vertr., die in dem Instr. nicht enthalten sind und . . nicht mit eingetragen worden, können zwar, in so fern sie an sich zu Recht beständig, unter den Contr. selbst von Kräften seyn; einen Dritten aber . . . sollen dergl. weder aus dem Instr. ersichtliche, noch im H.-B. vermerkte Pacta keineswegs verbinden", vgl. mit A. L. R. I. 20. §. 484. 88.

§. 91. 7. Bestärkung u. Convalescenz der Rechtsgeschäfte. (B. §. 180., Th. §. 229., K. §. 110 flg.)

1) Verzicht auf Einreden.

Vgl. A. L. R. I. 5. §. 193—98. und I. 16. §. 382—86. mit A. G. O. II. 2. §. 32. u. 52.

2) Eidliche Bekräftigung.

A. L. R. I. 5. §. 199. vgl. mit §. 35. eod., II. 8. §. 729., 20. §. 1425 flg. u. A. G. O. I. 10. §. 248. S. aber I. 6. §. 94 flg., II. 8. §. 453. u. A. G. O. I. 22. §. 10 flg., I. 9. §. 89. 440. 41. u. II. 18. §. 389 flg. vgl. mit A. G. O. I. 22. §. 28 flg., I. 18. §. 89. 111. u. II. 7. §. 135.

3) Gerichtliche Bestätigung.

A. L. R. I. 5. §. 200—4. vgl. mit A. G. O. I. 10. §. 126.

4) Draufgabe und Angeld.

A. L. R. I. 5. §. 205. 7. 16—25. (Draufgabe) vgl. mit I. 11. §. 55. (Weinkauf u. s. w.), II. 1. §. 112. 22. 23. 773. 835. (Brautgeschenke); §. 206—9. h. t. (Angeld) vgl. mit II. 5. §. 23 flg. 47 flg. (Miethsgeld); §. 210—15. h. t., II. 5. §. 45. 46. vgl. mit §. 312—16. h. t. (arrha pönitentialis und Wandelpön oder Reugeld).

5) Convalescenz.

a) Durch ausdrückliches Anerkenntniß.

1. Im Falle persönlicher Unfähigkeit; A. L. R. I. 5. §. 37.: „. . . erlangt durch . . Anerk. (der Regel nach erst von da ab; s. §. 38.) nur in so fern verbindl. Kraft, als dies Anerk. selbst für einen neuen rechtsgültigen (s. aber II. 2. §. 137.) Vertrag angesehen werden kann", vgl. mit §. 192. eod., 11. §. 412. 713., 20. §. 18. 19.

2. Bei fehlender freier Willensbestimmung; §. 186—88. eod.

3. Beim Mangel der rechtsgehörigen Form: a) A. L. R. I. 3. §. 43. u. 44.: „Eine Handlung, die wegen Verabsäumung der gesetzm. Form von Anfange an nichtig war, kann in der Folge nie-

mals gültig werden. Wird die Handl. in der gesetzm. Form wiederholt, so gilt sie nur von dem Zeitpuncte dieser Wiederholung an", vgl. mit Einl. §. 17.: „Frühere Handl., welche wegen eines Mangels der Förmlichkeit nach d. alten Gesetzen ungültig sein würden, sind gültig, in so fern nur die nach den neuern Gesetzen erford. Förml. . . dabey angetroffen werden", und mit A. G. O. II. 1. §. 11. (s. oben §. 88.) u. 3. §. 22. S. auch I. 14. §. 244.: „(Es) erhält die unkräftig übernommene Bürgschaft (einer Frau) durch eine gleichfalls ohne gesetzmäßige Verwarnung (§. 221—26.) erfolgte Wiederholung derselben keine mehrere Gültigkeit." — b) I. 5. §. 185.: Derj., welcher sich schriftl. oder zum Protoc. zu einem mündl. geschlossenen Vertr. bekannt hat, kann, soweit als die Verabr. aus diesem Anerkenntnisse erhellen, den Mangel der schriftl. Abfassung nicht vorschützen", vgl. mit I. 11. §. 412., 13. §. 143., 16. §. 411., II. 8. §. 509.

b) Durch stillschweigendes Anerkenntniß und Erfüllung.

A. L. R. I. 5. §. 189—91. vgl. mit II. 1. §. 41 flg. u. 976., I. 12. §. 611., II. 1. §. 92. u. Anh. §. 67. — S. auch oben §. 89. S. 94.

c) Durch bloßen Wegfall des Ungültigkeits-Grundes.

A. L. R. Einl. §. 17., I. 5. §. 57. 58 flg. 69., I. 11. §. 706. vgl. mit §. 684., I. 12. §. 12. 13. 30., II. 1. §. 975. vgl. mit §. 77.

8. Inhalt und Wirkung der Rechtsgeschäfte.

§. 92. a. Im allgemeinen. (B. §. 60., Th. §. 190., K. §. 117.)

1. A. L. R. I. 3. §. 30. u. 4. §. 57. (s. oben §. 79.) vgl. mit I. 3. §. 38.: „Ein jeder ist schuldig seine im Gesetze vorgeschriebenen oder freiwillig übernommenen Verbindl. zu erfüllen".

2. A. L. R. I. 4. §. 96—98. (vgl. Entw. II. 1. §. 86—88. u. dessen Marg.): „Bloße auch an sich gültige W.-E. sind für sich allein die Erwerbung, Uebertragung oder Aufhebung eines Rechts zu bewirken, in der Regel noch nicht hinreichend. Was hinzukommen müsse, um einer W.-E. die volle rechtl. Wirkung zu verschaffen, ist nach den versch. Arten derselben in den Gesetzen besonders bestimmt. W.-E., zu welchen Jemand in den Gesetzen selbst oder von dem Richter, vermöge gesetzl. Vorschr., aufgefordert worden, bedürfen zu ihrer Wirksamkeit keines weiteren Zusatzes". S. oben §. 76. u. 77.

§. 93. b. Von den Bedingungen. (B. §. 61—63. 413., Th. §. 217—224., K. §. 92—95.)

1) Im allgemeinen.

Vgl. I. 4. §. 99 flg.: „So weit Jemand über eine Sache verfügen kann, so weit kann er auch seinen W.-E. darüber Bedingungen beifügen", vgl. mit I. 5. §. 226.: „Die Contrahenten können die Rechte, welche sie einander einräumen, durch Beifügung von Bed. . . . oder sonst . . . nach Gutbefinden bestimmen, erweitern oder einschränken (Tit. 4. §. 99 flg.)", I. 11. §. 271., I. 12. §. 60. 61.; „Was von bedingten W.-E. überh. vorgeschrieben ist, gilt auch bei letztwill. Verordnungen (Tit. 4. §. 99. flg.)" §. 478 flg. eod. und II. 1. §. 95. 109.

2) Verschiedene Arten von Bedingungen.

a) Zulässige Bedingungen.

1. Casuelle (§. 104. 17. h. t.), potestative (§. 105. 118. 136 flg. h. t., l. 12. §. 490. 91. 98. 502. 5.; s. aber §. 108. h. t. u. l. 12. §. 516. 17.), gemischte (§. 109. h. t.) Bedingungen.

2. Affirmative (§. 100. 127. 31. h. t.) und negative (§. 128. 130. h. t.) Bedingungen.

3. Ueber die auf vergangene Ereignisse gestellten Bedingungen vgl. §. 140—44. h. t.

b) Annullirende und wirkungslose Bedingungen.

1. Affirm.-unmögliche (§. 131. h. t. vgl. mit l. 12. §. 504., Anm. zu Entw. II. 1. §. 119. u. Sparez Schlußv. S. 4.; s. aber l. 12. §. 505. 6.), negat.-nothwendige (§. 128. h. t.), völlig unverständliche (§. 132. h. t. vgl. mit l. 12. §. 64. u. 503.), und (scil. bei Verträgen §. 136. 37. h. t. vgl. mit l. 5. §. 227. 28.) unerlaubte Bedingungen (s. oben §. 80. S. 84.).

2. Negat.-unmögliche Bedingungen (§. 129. 30. h. t.) und unerlaubte Bedingungen bei letztwill. Verfügungen (§. 136. 37. h. t. vgl. mit l. 12. §. 63.). — Ueber Annullation ganz unnützer Bed. und über Gleichstellung affirm.-nothwendiger Bed. mit bloßer Zeitbestimmung vgl. §. 133—35. h. t., l. 12. 503., und §. 126. 27. h. t.

c) Aufschiebende und auflösende Bedingungen.

Vgl. §. 101 flg. 141. h. t., l. 12. §. 478 flg., und §. 114 flg. 143. h. t., l. 12. §. 489 flg.

3) Rechtliche Natur bedingter Geschäfte.

a) Bei aufschiebenden Bedingungen.

1. §. 101—3. h. t.: Ist die Bed. in der Art beigefügt, daß durch den Eintritt derselben die Erwerbung des Rechts erst vollendet (Entw. II. 1. §. 91. „das Recht erst erworben") werden soll, so heißt sie eine aufsch. Bed. Der .. Berechtigte (§. 109. „Begünstigte") muß, ehe er das Recht ausüben (§. 141. „Besitz des Rechts fordern"; vgl. auch §. 183. eod.) kann, die Wirklichkeit des Ereign. abwarten. Inzwischen darf der bedingungsweise Verpfl. (außer bei gemischten, von dessen Willen abhäng. Bed.; s. §. 109—11.) zum Nachtheil des dem Andern zugedachten Rechts nichts annehmen", vgl. mit §. 163. u. 165. eod. (s. flg. §.) und l. 11. §. 258. 59.: „Ist der Kauf unter einer aufsch. Bed. geschl., so gelangt derselbe nicht eher zur Wirklichkeit. Hat der Verk. dem Käufer die Sache schon vorher übergeben, so ist letzterer, wenn nicht ein anderes verabredet worden, dennoch nur als Verwalter einer fremden Sache anzusehen". S. auch l. 16. §. 347.

2. l. 12. §. 478.: „Ist Jemand unter einer aufsch. Bed. zum Erben eingesetzt, so bleibt, wenn nicht der Testator ein anderes vorgeschrieben hat, der Intestaterbe (als quasi fiduciarius; s. §. 480. vgl. mit §. 466.) ... im Besitze und Genusse des Nachlasses" und §. 482. 83.: „Ist ein Vermächtniß unter einer aufsch. Bed. verlassen, so finden eben diese Vorschr. ... Anwendung. Das Eigenthum geht aber, so wie das Recht Früchte u. Nutz. davon zu fordern, erst

mit dem Tage, wo die Bed. erfüllt wird, auf den Legatar über", vgl. mit §. 486. eod. (s. flg. §.)

3. Ueber bedingte Verlöbnisse und deren beliebigen Widerruf vgl. II. 1. §. 95.

b) Bei auflösenden Bedingungen.

1. §. 114. 15. h. t.: „. . . (Soll) durch den Eintritt derselben die Wirkung der W.=E. wieder aufhören, so heißt solches eine auflös. Bed. Der . . Berechtigte verliert sein Recht mit dem Augenblicke, wo die Bed. zur Wirklichkeit gelangt", vgl. mit §. 118. eod. und I. 11. §. 261 flg. 266. 70. 296. 311. 331.

2. I. 12. §. 489.: „Ist eine Erbsch. oder ein Verm. unter einer auflös. Bed. verlassen, so steht der Erbe oder Legatarius . . . in eben dem Verh., wie der eingesetzte Erbe oder Legatarius gegen den fideic. Substituten (§. 466 sq.)".

3. Ueber die Cautionspflicht des nur bedingt berechtigten Theils vgl. §. 121 flg. h. t. mit I. 12. §. 472.: „Uebrigens finden wegen der Befugniß des Subst., Cautionsbest. zu fordern, die zw. dem Nießbr. u. Eigenth. gegebenen Vorschr. (s. I. 21. §. 19. 20.) ebenfalls Anwendung", und §. 481.: „Doch kann der bedingt (scil. sub cond. susp.) eingesetzte Erbe in keinem Falle Caution fordern, wenn es bloß von ihm abhängt, die Bed. zur Wirklichkeit zu bringen". .

4) Erfüllung der Bedingungen.

1. Ueber unerlaubte Herbeiführung oder Verhinderung des Eintritts der Bedingung s. §. 104 flg. u. 119. h. t.

2. Ueber vollständige und gehörige Erfüllung s. §. 112. 13. h. t. vgl. mit I. 12. §. 507., §. 139. h. t. vgl. mit I. 12. §. 490. u. 98., und §. 491—94. eod.

3. Ueber den Zeitpunkt der Erfüllung, und die Rechte der Erben aus bedingten Geschäften s. §. 161. 62. h t.: „In allen Fällen, wo das Recht selbst, welches den Gegenstand der W.=E. ausmacht, auf die Erben übergehen kann (Entw. II. 1. §. 124. „übergeht"), treten diese auch in Ansehung der Befugniß, die Bedingung oder den Zweck zu erfüllen, in die Rechte des Erblassers. (Entw. „können diese solches durch Erfüllung der Bedingung erwerben oder erhalten und . . verlieren). Ist aber die Bedingung oder der Zweck an die Person des Berecht. gebunden, und stirbt dieser vor der Erfüllung, so verliert die Erkl. selbst ihre Wirksamkeit", vgl. mit I. 12. §. 485.: „So weit überh. ein unter Beding. eingeräumtes Recht auf die Erben des Berecht. übergehen kann, soweit findet ein Gleiches zu Gunsten der Erben des bedingungsweise eingef. Erben oder Legatarii Statt (Tit. 4. §. 162. 163.)" u. §. 501. eod. — S. aber in Betr. der sub cond. potest. deferirten Erbsch. I. 12. §. 495. 96. u. §. 502. 3.

4. Ueber rückwirkende Kraft der auflös. Bed. vgl. §. 116. h. t.; „Erhellt aus den Umständen, daß das Recht beim Eintr. der Bed. als ungültig von der Zeit der Einräumung an habe angesehen werden sollen, so müssen auch die bisher gezogenen Nutzungen wieder herausgegeben werden". S. aber §. 120. h. t. (cond. de non mut. statu viduit.), I. 11. §. 290. vgl. mit §. 274. (Kauf unter Vorb. bessern Käufers), §. 297. u. 332. eod. (Kauf auf Wiederkauf), I. 12. §. 489. cit. (Erbsch. u. Legate). — Ueber rückwirk. Kraft der aufsch. Bed. vgl. B. Th. 1. S. 373. 74. und K. Th. 2. S. 227.; s. auch A. L. R. I. 20. §. 13.

§. 94. c. Vom Endzweck. (B. §. 64., Th. §. 225. 226., K. §. 97—100.)

1. Verhältniß deſſelben zur poteſtativen Bedingung.; I. 4. §. 152—55., I. 5. §. 226., u. I. 12. §. 508. vgl. mit §. 488. eod.

2. Art und Zeitpunkt der Erfüllung; §. 157—59. h. t. vgl. mit I. 12. §. 509., und §. 156. 61. 62. h. t. — Ueber das Klagrecht des Rückfalls-Berechtigten ſ. arg. §. 159. h. t. („können die Erben die Art der Erf. nicht anfechten") u. arg. §. 122. eod.; über das Recht des Staats bei den zum gem. Beſten auferlegten Zwecken ſ. I. 12. §. 514 u. 15. vgl. mit II. 6. §. 73 flg. 193 flg.

3. Unmöglichkeit und Verweigerung der Erfüllung, u. deren Folgen; §. 154. h. t.: „(Der berechtigte) verliert dieſes Recht wieder, wenn der Zweck nicht erfüllt wird", u. §. 158. eod.: „Kann oder will der Begünſtigte dieſe Erfüllung nicht leiſten, ſo iſt die Erklärung unverbindlich" vgl. mit I. 12. §. 510. 11.; §. 155. h. t.: „Es findet alſo bei dem Zwecke alles das Statt, was in Anſeh. der aufl. Bed. §. 114 flg. verordnet iſt" vgl. mit I. 12. §. 512. 13., II. 6. §. 79. u. 194.

§. 95. d. Vom Bewegungsgrunde und der Bezeichnung. (K. §. 101. 102.)

Vgl. I. 4. §. 145—47. vgl. mit I. 5. §. 226., (ſ. aber oben §. 82. sub 3. 3.), und I. 4. §. 151. vgl. mit I. 12. §. 518.

§. 96. e. Von Zeitbeſtimmungen. (B. §. 65. 71., Th. §. 227. 288. 289., K. §. 96.)

1) Verſchiedene Arten derſelben.

1. Geſetzliche, richterliche und vertragsmäßige Zeitbeſtimmungen; I. 3. §. 45., 5. §. 230., 11. §. 92 flg. 336. 37., 16. §. 20., II. 1. §. 97. 128. 29.

2. Betagung der Rechte im Gegenſatz von Beſtimmung der Erfüllungszeit, und von eigentlichen Friſten; I. 4. §. 163 flg., 12. §. 486. 87. vgl. mit I. 5. §. 230., II. 1. §. 96. vgl. mit §. 97. cit., I. 11. §. 519., 14. §. 316—22., 20. §. 56 flg.

3. Unterſchied zwiſchen gewiſſer und ungewiſſer Zeit; §. 163. cit.: Eine der W.-E. beigefügte ungewiſſe Zeit, wo das Recht aus derſelben entweder entſtehen oder aufhören ſoll, wird einer aufſch. oder aufl. Bedingung gleich geachtet", vgl. mit §. 164 flg., u. II. 1. §. 96. vgl. mit §. 95.; ſ. aber I. 12. §. 486. cit.: „Was vorſt. von der aufſch. Bed. verordnet iſt, gilt auch alsdann, wenn Jemanden eine Erbſch. oder Verm. nur von einem gewiſſen Tage an beſchieden worden". Ueber den Begriff des dies certus ſ. übrigens §. 126. 27. h. t. u. I. 14. §. 264., 21. §. 336—39. vgl. mit II. 8. §. 2172 flg. u. 861.

4. Suspenſive und reſolutive Betagung der Rechte; §. 164. 65. h. t.: „(Soll) mit dem Ablaufe (der Zeit) die Ausübung des Rechts ihren Anfang nehmen, ſo ... iſt das Recht ſelbſt für vollſt. erworben zu achten, und geht deshalb, wenn es nicht an die Perſon des Berecht. gebunden iſt, auf die Erben über", §. 167.: „Soll dadurch die Dauer des durch die W.-E. übertragenen Rechts beſtimmt werden, ſo hört mit dem Ablauf dieſer Zeit das Recht von ſelbſt wieder auf",

u. §. 169.: „In beiden Fällen behält derj., welcher . . . die Sache herausgeben muß, die inzwischen gezogenen Nutzungen".

2) Zeitabschnitte.

1. Tag; I. 3. §. 45.: „Bei gesetzlichen Zeitbest. wird der Tag von Mitternacht bis zu Mitternacht gerechnet", vgl. mit II. 8. §. 2173., 11. §. 1088. 1153.; s. aber u. a. I. 5. §. 95., 9. §. 139., 11. §. 199., 21. §. 345., II. 8. §. 849. (binnen 24 Stunden).

2. Woche; II. 8. §. 854. („die Verfallzeit nach Wochen tritt in der letzten Woche an eben dem Tage ein) vgl. mit II. 7. §. 339. 40. (Kalenderwoche); s. aber I. 9. §. 31., 11. §. 204. 224. u. öft., vgl. mit II. 8. §. 1635. 36. („binnen acht Tagen" für eine Woche.)

3. Monat; II. 5. §. 105. 12. 15. 47. u. 8. §. 773. u. 855 – 57. (Kalender-Monat) vgl. mit I. 9. §. 550. 56., II. 8. §. 2110. (Frist von 30 Tagen).

4. Jahr; I. 16. §. 147., 17. §. 292., II. 8. §. 773. und I. 9. §. 643. (Kalenderjahr, scil. nach dem verb. Gregor. Kal.; s. Pat. v. 10. Mai 1700. im C. C. M. VI. 2. S. 5., vgl. mit Ges. v. 31. Aug. 1800. im N. C. C. Th. 10. S. 3050.), I. 21. §. 334. 44. 71., II. 1. §. 549. 617., 5. §. 42. 101. 114. (Kalender-Quartale), vgl. mit I. 9. §. 548. 49., II. 8. §. 858. 59., 11. §. 837. u. 1151. u. öft. (Jahr für Jahresfrist d. h. bis zu Wiederkehr desselben Kal.-Tages). S. aber I. 9. §. 621., II. 5. §. 41., 8. §. 860. vgl. mit I. 5. §. 344., 9. §. 33. 471. (Viertel- u. Halbjahr gleich 3 u. 6 Monaten).

5. Jahr und Tag; I. 3. §. 49. vgl. mit I. 11. §. 351., 18. §. 121. 151. (1 Jahr u. 1 Monat).

6. S. noch über besondere Anfangspunkte des Jahres: a) I. 7. §. 199. vgl. mit I. 21. §. 150 flg. 243. 492. u. öft., II. 1. §. 772., 7. §. 425. (Wirthschafts-Jahr bei Landgütern vom 1. Juli ab; s. aber Entw. I. 1. Tit. 1. §. 441.); b) II. 11. §. 1151. (annus deservitus je nach Observ. der Capitel); c) II. 7. §. 186. (Dienstjahr des Land-Gesindes); d) I. 21. §. 171.: „In dieser Rücksicht (d. h. bei zu Nießbr. bestellten Grundst. ohne Landwirthsch., Gerechtigk. u. s. w.) nimmt das Jahr mit 1ten Junius seinen Anfang".

3) Zeitberechnung.

1. Anfangspunkt; A. L. R. I. 4. §. 45., 6. §. 55., 9. §. 531. 43. 88., II. 1. §. 41. u. öft. (von der Zeit oder dem Zeitpunkte, wo u. s. w.), I. 4. §. 51., 5. §. 343., 11. §. 289. 351. u. öft. (nach erhaltener Kenntniß, nach Empfang, nach dem Tode u. s. w.), I. 9. §. 539. 45. 54. 650., II. 1. §. 119., II. 8. §. 850. 52. (von dem Tage) vgl. mit §. 853. eod.: „Bei Dato- u. solchen Usobriefen, deren Verfallzeit vom Tage der Präsentation läuft, wird der Tag der Präs. mitgerechnet".

2. Endpunkt; A. L. R. I. 3. §. 46.: „Ist die Erwerbung eines Rechts an einen gewissen Tag gebunden, so wird dasselbe, sobald der Tag angefangen ist, für erworben erachtet" vgl. mit I. 5. §. 18., u. §. 47. h. t.: „Soll aber eine Pflicht an einem bestimmten Tage geleistet (s. I. 16. §. 55.) werden, so kommt dem Verpfl. der ganze Tag zu statten" vgl. mit I. 9. §. 547.: „Die Verj. durch Nichtgebr. endigt sich allemal mit dem Ablaufe des letzten Tages des bestimmten Zeitraums".

3. Ueber einzelne Fälle, wo die Mittags- oder eine andere Tages-Stunde entscheidet s. I. 5. §. 15—17. vgl. mit Reg. s. v. „Tag", und II. 8. §. 863. 65. 69. u. 1007.

III. Von der Ausübung der Rechte.

§. 97. A. Allgemeine Bestimmungen. (B. §. 71., Th. §. 58.)

1. Einl. §. 88. 90. 94.: „So weit Jemand ein Recht hat, ist er dasselbe in den gesetzmäßigen Schranken auszuüben befugt. Wer ein Recht hat, ist zu allen Vortheilen, die er sich durch dessen gesetzmäßigen Gebrauch verschaffen kann, wohl befugt. Wer sein Recht nach den Gesetzen (al. „innerhalb der gehörigen", „innerhalb der durch die Gesetze bestimmten Schranken") ausübt, ist zum Ersatze eines bei dieser Gelegenheit entstandenen Schadens nicht verbunden", vgl. mit §. 89. 91. 92. eod., I. 6. §. 36., 8. §. 26., II. 20. §. 515.

2. Einl. §. 92.: „Aus dem Rechte des Einen folgt die Pflicht des Andern zur Leistung oder Duldung dessen, was die Ausübung des Rechts erfordert" vgl. mit I. 2. §. 123. 137. (s. oben §. 72.)

3. Ueber die Folgen etwaigen Misbrauchs der Rechte s. I. 6. §. 37.: „(Wer sich seines Rechts bedient), muß (den Schaden) vergüten, wenn aus den Umständen klar erhellt, daß er unter mehreren möglichen Arten der Ausübung seines Rechts diej. welche dem Andern nachtheilig wird, in der Absicht denselben zu beschädigen gewählt habe", und II. 20. §. 516.: „Er wird strafbar, wenn er unter mehreren gleich möglichen Arten oder Zeiten sein Recht auszuüben, aus Bosheit oder Schadenfreude eine . . wählt, wo der Gebrauch . . einem Andern an dessen Person oder Vermögen einen unmittelbaren Schaden verursacht", vgl. mit I. 8. §. 28.: „Misbrauch heißt ein solcher Gebrauch des Eigenth., welcher vermöge seiner Natur nur die Kränkung des Andern zur Absicht haben kann", u. I. 19. §. 20. 21., 22. §. 29. — S. aber auch Einl. §. 72 u. 107., vgl. mit I. 23. §. 17 flg., II. 1. §. 702., 2. §. 86 flg. u. 266., 5. §. 76 flg. u. 96., 7. §. 227 flg., 8. §. 298 flg., 18. §. 241 flg. u. 349. 50., 20. §. 337. 38.

4. Ueber Ausübung der Rechte durch Dritte vgl. I. 13. §. 5. 13. 18. 228., 14. §. 109. mit §. 2. u. 3. eod. u. I. 7. §. 2. 124. 137. 144.; s. aber auch I. 13. §. 31.: „Rechte, die einem gewissen Stande oder Gewerbe eigen sind, können Andern nicht aufgetragen noch von denselben übernommen werden" vgl. mit §. 41 flg. eod.

5. Von ruhenden Rechten im Gegensatz nicht gebrauchter Rechte s. Einl. §. 65.: „Ist ein . . . Besitzer zur Ausübung des der Sache anklebenden Rechts unfähig, so ruhet dieses Recht so lange, bis die rechtl. Hindernisse wieder gehoben sind" vgl. mit I. 23. §. 21. II. 11. §. 582. 83. 872., Ver. v. 30. Aug. 1816. u. Ges. v. 8. Mai 1837.; I. 16. §. 5.: „Ist durch physische, nicht aus Willkühr . . veranlaßte Ereignisse eine Sache nur in so weit verändert, daß die darauf haftenden Rechte unter obwalt. Umst. nicht ausgeübt werden können, so ruhet das Recht bis nach gehobenem Hindernisse" vgl. mit I. 22. §. 228.; 479. eod.: „Ist der Vertrag oder die Handlung, wodurch die Vereinigung erfolgt, widerruflich, so ruhen die R. und Pfl. nur so lange, als die Verein. dauert" u. I. 22. §. 52—54. — S. auch noch I. 18. §. 3.: „Das zum Eigenth. gehörige Mitbesitzungsrecht des Obereig. ruhet so lange, als der nutzbare Eigenth. seines Rechts auf die Sache nicht verlustig geworden ist", §. 18. eod. u. II. 2. §. 260.

B. Von der Collision der Rechte.

§. 98. 1. Der Privatrechte unter einander. (B. §. 72., Th. §. 69.)

1) Vorzug des stärkeren Rechts.

Einl. §. 95.: „Wenn das Recht des Einen der Ausübung des Rechts eines Andern entgegensteht, so muß das mindere Recht dem stärkern weichen", vgl. mit Entw. Einl. §. 102. (im wesentl. übereinst. mit §. 95.) und §. 103.: „Welches Recht das stärkere (Jus potius) sey, muß der Richter nach den Gesetzen bestimmen".

a) Vorzug der dinglichen oder Rechte auf die Sache vor den persönlichen oder Rechten zur Sache.

Vgl. A. L. R. I. 10. §. 19., §. 23. eod. vgl. mit I. 7. §. 74 flg., I. 18. §. 458. u. 461. vgl. mit §. 444. 45. eod., I. 19. §. 4 flg., I. 20. §. 9. 10., §. 411 flg. eod. vgl. mit A. G. O. I. 50. §. 387. 395 flg., I. 20. §. 476 flg., §. 589. u. 626 flg. vgl. mit §. 569. 70. eod., I. 21. §. 358. 59., II. 1. §. 302. vgl. mit §. 277., §. 365 flg. eod., II. 4. §. 69. 229. u. a. m.

b) Vorzug dinglicher Rechte an fremden Sachen vor dem Eigenthume.

Vgl. A. L. R. I. 2. §. 135. u. I. 7. §. 169. 70. mit I. 19. §. 7., 20. §. 48 flg. 118. 492 flg., 22 §. 105. 6., II. 1. §. 287. 88. vgl. mit 277 flg.

c) Vorzug der im Hyp.-Buche eingetragenen vor andern dinglichen Rechten.

Vgl. A. L. R. I. 10. §. 19., I. 18. §. 468. vgl. mit §. 420. 21. u. §. 453., I. 20. §. 99. u. 100. vgl. A. G. O. I. 50. §. 380., I. 21. §. 73. 75. vgl. mit §. 293. eod.

d) Verhältniß bereits erworbener Rechte zu Anrechten, künftigen und bloßen Hoffnungs-Rechten.

Vgl. z. B. I. 11. §. 264., I. 12. §. 627. 28., I. 18. §. 295. u. 469 flg. vgl. mit II. 4. §. 79., II. 1. §. 513 flg., §. 725. u. 738 flg. eod.

2) Vorzug des älteren, dinglichen oder persönlichen Rechts.

Vgl. z. B. I. 18. §. 459., I. 19. §. 19., I. 20. §. 500. vgl. mit A. G. O. I. 50. §. 387., I. 20. §. 590., I. 21. §. 99. vgl. mit §. 72., und I. 10. §. 20. 22., I. 13. §. 86., I. 18. §. 460., I. 19. §. 6., II. 1. §. 80. u. 133 flg., §. 252. 53. eod., A. G. O. I. 50. §. 429. 451. vgl. mit §. 267. 385. 473. 482.

3) Anderweitige Gründe des Vorzugs.

1. Specielle Gesetzesvorschrift; s. z. B. A. L. R. I. 17. §. 26. 27., §. 62. eod. vgl. mit II. 8. §. 1442., I. 20. §. 587. 88., §. 274 flg. eod., I. 22. §. 128 flg. vgl. mit §. 188. 89., II. 4. §. 4. 5., §. 88 flg. eod., II. 7. §. 272. vgl. mit I. 21. §. 635., II. 11. §. 344 flg., II. 16. §. 159 160., II. 18. §. 172. 86. 92. 99., A. G. O. a. a. O. §. 385. 429.; s. auch I. 9. §. 256., II. 4. §. 237., II. 16. §. 161. u. a. m. (Prävention).

2. Einl. §. 96.: „In Ermangelung besonderer gesetzli-

cher Vorschrift (vgl. Entw. §. 103. u. 4.) muß der, welcher durch Ausübung seines Rechts einen Vortheil sucht, dem nachstehen, der nur einen Schaden abzuwenden bedacht ist."

3. Einl. §. 97.: „Sind die in Collision kommenden Rechte von gleicher Beschaffenheit (Entw. Einl. §. 106. „einander gleich"), so muß jeder der Berechtigten von dem seinen so viel nachgeben, als erforderlich ist, damit die Ausübung beider zugleich bestehen könne", vgl. mit I. 22. §. 101 flg. 226 flg.

4. Ueber Entscheidung der Collisionsfälle durch das Loos s. A. L. R. I. 11. §. 569. 70. 72.: „Der Gebrauch des Looses ist als ein Mittel zur Auseinandersetzung über gemeinsch. untheilbare Sachen erlaubt. Auch kann dasselbe bei gemeinsch. theilbaren Sachen .. zur Entscheidung, welchem unter den Interess. dieser oder jener Theil zufallen solle, gebraucht werden. Auch der Richter kann sich des Looses bei Auseinandersetzungen u. Theilungen bedienen, wenn entw. die Parth. damit einig sind, oder kein andrer Ausweg übrig bleibt", vgl. mit I. 9. §. 317., 12. §. 394., 17. §. 28. 88., 18. §. 485., II. 4. §. 6. 138. 185. 238., 8. §. 681. u. öft.

§. 99. 2. Der Privatrechte mit dem Staats- oder gemeinen Wohl. (B. §. 72., Th. §. 70. 71.)

1. Einl. §. 74. 75.: „Einzelne Rechte und Vortheile der Mitgl. des Staats müssen den Rechten und Pflichten zur Beförd. des gemeinsch. Wohls, wenn zwischen beiden ein wirklicher Widerspruch (Collision) eintritt, nachstehen. Dagegen ist der Staat denj., welcher seine besonderen Rechte und Vorth. dem Wohle des gemeinen Wesens aufzuopfern genöthigt wird, zu entschädigen gehalten".

2. A. L. R. I. 11. §. 4.: „Auch der Staat ist Jemanden zum Verkaufe seiner Sache (s. §. 8. 9. 11. eod.) zu zwingen nur alsdann berechtigt, wenn es (nach der „Entscheidung des Oberhaupts des Staats", §. 10. eod.) zum Wohle des gemeinen Wesens nothwendig ist", vgl. mit §. 5. eod., I. 9. §. 258 flg., II. 15. §. 4 fla. 18 flg. 40 flg. 71., Ed. v. 18. Apr. 1792. (N. C. C. Th. 9. S. 933.), C. O. v. 11. Jun. 1825., Ver. v. 8. Aug. 1833., und Ges. v. 3. Novb. 1838. (bei Straßen- und Flußbauten), mit §. 6. h. t. u. Regul. v. 10. Sept. 1828. (Festungsbauten) und mit §. 7. (Getraideverkauf bei Hungersnoth).

3. I. 8. §. 29 flg.: „Der Staat kann das Priv.-Eigenth. seiner Bürger nur alsdann einschränken (übrigens „nur durch Gesetze", s. §. 32.), wenn dadurch ein erheblicher Schade von Andern oder von dem Staate selbst abgewendet, oder ihnen ein beträchtlicher Vortheil verschafft werden, beides aber ohne allen Nachtheil des Eigenth. geschehen kann. Ferner (aber nur gegen „vollständige" Schadloshaltung) alsdann, wenn der abzuwendende Schade ꝛc. ... den aus den Einschr. für den Eigenth. entstehenden Nachtheil beträchtlich überwiegt", und §. 33. 34. eod.: „So weit die Erhaltung einer Sache auf die Erh. und Beförd. des gem. Wohls erheblichen Einfluß hat, so weit ist der Staat deren Zerstörung .. zu untersagen berechtigt. So weit die Benutzung einer Sache zur Erh. des gem. Wohls erforderlich ist, kann der Staat diese Benutzung befehlen ꝛc.", vgl. mit §. 35 flg. eod., I. 17. §. 312. 13., 18. §. 238. 41. 318. 482., 21. §. 128. 282., 22. §. 46—48., Ed. v. 9. Oct. 1807., Cultur Ed. v. 14. Sept. 1811., Ed. über die Regul. der bäuerl. u. gutsh. Verh. v. 14. Sept. 1811. nebst Decl. v. 29. Mai

1816., Gem.-Theil.-Ordn. v. 7. Juni 1821., Ordn. w. Ablöf. d. Dienste ejsd. dat. u. s. w.

Ueber die Fälle zulässiger Entschädigungs-Forderung s. übrigens noch C.-O. v. 4. Dezb. 1831.: „. . . um in den Bestimm. (der §. 73—75. der Einl.) den einfachen Grundsatz zu finden, daß, wenn das Interesse der Gesammtheit der Einw. des Staats eine Einrichtung in der Verwaltung erfordert, die das Priv.-Eig. des Einzelnen gefährdet, die Entschäd. des Einzelnen aus dem Gesammt-Vermögen zu leisten sei . . . Jederzeit dagegen, wenn der Landesh. erforderlich gefunden hat, eine Maaßr. der innern Verw. unmittelbar durch einen Act der Gesetzg. vorzusehen, ist die Verpfl. zum Schadenersatze aus dem Staatsverm. besonders festgesetzt worden ꝛc."

C. Von der Verfolgung der Rechte.

§. 100. 1. Durch gerichtliche Rechtsmittel. (Th. §. 72—74.)

1) Von den Klagen und Einreden.

1. Einl. §. 76. 79. 80. vgl. mit §. 85. (s. oben §. 28.) u. 86.: „Rechte, welche durch die Gesetze nicht unterstützt werden, heißen unvollkommen, und begründen keine gerichtliche Klage (vgl. A. G. O. I. 5. §. 20.) oder (s. vorläufig I. 11. §. 378., 14. §. 243., 16. §. 178. 79. u. 467. 68.) Einrede". — Vgl. auch noch in Betreff des Sprachgebrauchs: I. 11. §. 1041. („besondere persönl., obschon nicht gesetzlich verbindende Pfl.") 16. §. 178. („bloß moralische Verbindl.") §. 179. eod. („unvollkommene Pfl."), II. 3. §. 23. („natürliche Pfl.") I. 12. §. 516., II. 1. §. 11. 735. („im Gewissen verbunden").

2. Ueber die Voraussetzungen und Folgen rechtskräftiger Urtheile überhaupt s. A. G. O. Einl. §. 64—67., I. 16. §. 1. vgl. mit I. 24. §. 2. (Exec.-Gesuch), §. 3. eod. u. 28. §. 14. (actio rei jud.) und 10. §. 60. (exc. rei jud.); über die Wirkungen gegen Dritte insbes. s. Einl. §. 66., I. 24. §. 5 flg., 28. §. 14. vgl. mit A. L. R. I. 9. §. 429., 12. §. 298. u. II. 2. §. 16—18.

2) Von richterlichen Verboten und Geboten.

Vgl. z. B. I. 10. §. 13., 16. §. 70., 21. §. 140., II. 1. §. 29. 69. 675. §. 80. 85. 709. 12., II. 2. §. 72. 88. 90.

3) Von gerichtlicher Immission, Deposition und Sequestration.

1. A. G. O. I. 24. §. 118. 19., 50. §. 250., und A. L. R. I. 7. §. 60., 10. §. 4., 20. §. 107. 490. u. öft.

2. A. L. R. I. 14. §. 92—102. vgl. mit I. 7. §. 159. 60., 9. §. 23. 24. 30., 11. §. 222. 372. 579. 644., 14. §. 70. 79. 426., 16. §. 131., 20. §. 126. 34. 73. u. öft.

3. A. L. R. I. 14. §. 103—8, vgl. mit §. 53. eod., 18. §. 333. 343 flg. 601., 20. §. 490., 21. §. 141. 204. u. öft.; s. auch A. G. O. I. 24. §. 116 flg., 50. §. 243 flg.

§. 101. 2. Durch anderweitige Schutzmittel. (B. §. 73., Th. §. 77—91.)

1) Von erlaubter Selbsthülfe.

1. Einl. §. 77.: „. . . ist Niemand sich durch eigene Gewalt (II.

20. §. 157. „ohne besondere Zulassung der Gesetze", §. 1120. eod. „unbefugter Weise", Entw. §. 59. „eigenmächtigerweise") Recht zu schaffen befugt", u. §. 78.: „Die Selbsthülfe kann nur in dem Falle entschuldigt werden (Entw. §. 60. „ist nur so weit erlaubt"), wenn die Hülfe des Staats zur Abwendung eines unwiederbringlichen Schadens zu spät (s. I. 14. §. 415.) kommen würde", vgl. mit I. 11. §. 1156. („welcher bloß das Recht der Selbstvertheidigung ausübt") u. II. 20. §. 517 flg.: „Jeder hat die Befugn. die ihm . . drohende Gefahr einer unrechtmäß. Beschädig. durch der Sache angemessene Hülfsmittel abzuwenden. Die Nothwehr aber findet nur gegen eigenmächtige Gewalt . . alsdann statt, wenn die obrigk. Hülfe die Beleidigung weder abwenden, noch den vorigen Zustand wiederherstellen kann . . . Lebensgefährl. Beschädig. des Angreifenden sind nur erlaubt, wenn gegen dessen Beleid. die Person des Angegr. anders nicht geschützt werden kann; . . . auch zu Vertheid. des Besitzes, wenn sonst der Schaden unersetzlich sein würde".— S. aber auch I. 7. §. 141—43.: „. . . . wenn die Hülfe des Staates zu spät kommen würde, einen unersetzlichen Verlust abzuwenden. . . . kann auch der, welcher . . . mit Gew. entsetzt worden, sich der in den Ges. erlaubten Selbsth. bedienen", und I. 14. §. 413—17. (Gestattung der Pfändung, um sich 1) „den Ersatz eines zugefügten Schadens zu versichern" 2) „künftige Schadenszufüg. und Beeinträcht. eines Rechts abzuwenden", 3) „des Beweises der geschah. Beeintr. oder des erlitt. Schad. sich zu versichern").

2. Ueber das Pfändungsrecht insbesondre s. A. L. R. I. 14. §. 413—65. vgl. mit I. 9. §. 189. 612., 22. §. 180 flg., II. 15. §. 130 flg., 16. §. 67.; s. auch II. 7. §. 484 flg. vgl. mit C. G. O. v. J. 1709. Tit. 51. §. 17. 18. und Proj. des Cod. Fr. March. Th. 3. Tit. 43. (Modif. des gutsherrl. Pfändungs-Recht).

3. Ueber das Retentionsrecht s. unten §. 108.

2) Von Cautionen.

1. Zweck und Veranlassung derselben; I. 14. §. 178—80 vgl. mit I. 4. §. 121 flg., 5. §. 449., 7. §. 152 flg., 9. §. 491., 11. §. 223. 759., 12. §. 290 flg., 16. §. 131. 312., 17. §. 149. 295., 18. §. 797., 20. §. 126. 34. 621., 21. §. 19. 20. 103., II. 1. §. 255., 2. §. 179 flg., 18. §. 424 flg. u. a. m.

2. Verschiedene Arten der Cautions-Bestellung und deren gegenseitiges Verhältniß; §. 186. 197. 98. h. t. vgl. mit I. 20. §. 68. 69. (Real-Caution durch Pfand oder Bürgschaft), §. 183. u. 94. h. t. vgl. mit A. G. O. I. 14. §. 7., 21. §. 11., 29. §. 32. (Cautionseid) §. 185. h. t. vgl. mit A. G. O. I. 24. §. 54., 29. §. 32. (Cautionsarrest), u. A. G. O. I. 21. §. 13., C. O. v. 11. Febr. 1832. (Einzahlung der Cautionssumme).— Ueber das Verh. der gesetzl. Cautions- und Pfandrechte s. I. 20. §. 3. u. 4.: „Welchen Ford. die Gesetze unmittelbar das Recht beilegen, daß der Gläub., auch ohne besondere Einwill. des Sch. (s. §. 401 flg.) auf die Bestell. eines Unterpf.-Rechts dafür antragen könne, ist . . . im L. R. bestimmt. Auch außerdem kann der Gl. . ., wo er Cautionsleistung . . . zu fordern befugt ist, auf die Best. eines wirklichen U.-R., selbst wider den Willen des Sch., bei dem Richter antragen", vgl. mit Entw. II. 19. §. 3. u. 4.

3. Höhe der Caution; §. 187. h. t. vgl. mit II. 18. §. 424. 431. und A. G. O. I. 21. §. 4. 5.

4. Bedingungen annehmlicher Caution: a) durch Hyp. auf Landgüter u. städt. Grundst. §. 188. h. t., b) durch Verpf. von Ford. u.

bew. Sachen §. 189. 90.; c) durch Bürgsch. §. 191—93. eod.; s. aber II. 18. §. 426 flg. — Vgl. auch noch §. 246—48. h. t. und I. 20. §. 22. 23. 260.

3) Von Protestationen und Vorbehalten.

1. Protestationen gegen Handlungen Dritter; I. 14. §. 466. 67. (Protest. statt der Pfändung), I. 9. §. 603 flg. (gegen Acq.-Verj.), 11. §. 641. 42. (gegen Leibr.-Contr.), 17. §. 153. (gegen Einz. gemeinsch. Erbsch.-Ford.), 18 §. 296 (gegen Lehnsveräuß.), 20. §. 417 flg. vgl. mit H.-O. Tit. 2. §. 18. 57 72. 107. 289 flg. (hypothek. Prot.), II. 8. §. 1006 flg. 1035 flg. (Wechsel-Prot.); s. aber I. 20. §. 31. (Vorbehalt bei außerger. Pf.-Veräuß.)

2. Vorbehalte bei eignen Handlungen; I. 9. §. 413 flg. und 16. §. 486 flg. (Vorb. bei Erbsch.-Antr.), 11. §. 465. (b. Klag. gegen Erbsch. Käufer), §. 797. eod., I. 16. §. 133. 34. 47. u. II. 18. §. 887. (in Quitt.) I. 18. §. 141. (in Betr. abweich. Lehnsbr.), §. 314. eod. (bei Cons. in Lehnsschuld.), 20. §. 156. (bei Belastung des Pf.), §. 253. eod. (b. Aufg. d. Pf.-Besitzes); s. aber I. 20. §. 560. (Protest. zur Erhalt. des Retent.-Rechts.), II. 8. §. 598. (Protest. z. Erhalt. d. Beweiskr. d. Handl.-Bücher), 20. §. 546. (Protest. bei Injur.), und vgl. noch I. 11. §. 266 flg. (Verkauf unter Vorb. des Eigenth.).

3. Ueber Vorbehalte bei Erfüllung einer Verbindl., insb. bei Zahlungen vgl. I. 14. §. 469. mit I. 16. §. 360 flg., 18. §. 594.

4) Von Inventarien.

Vgl. I. 2. §. 103. u. 4. mit I. 9. §. 423 flg. 434 flg., 12. §. 251—53. 470., 14. §. 133. 34., 18. §. 511 flg., 21. §. 48. 67. 112 flg. 415 flg., II. 1. §. 397 flg., 4. §. 71. 208 flg., 18. §. 376 flg. u. a. m.; s. auch A. G. O. II. 3. §. 11. 12. 19., 4. §. 40 flg.

D. Vom Besitze. (A. L. R. I. 7.)

Vgl. Grävell die Lehre vom Besitz und von der Verjährung nach Pr. Recht, mit Hinweisung auf das Röm. und Canon. Halle 1820.; C. F. Koch Versuch einer system. Darstellung der Lehre vom Besitz nach Pr. Recht in Vergl. mit dem gem. Recht. Berlin 1826, 2te Ausg. (u. d. T.: Die Lehre vom Besitz nach Pr. Recht, mit Rücks. auf d. gem. Recht u. die Mater. des A. L. R.) Bresl. 1839.; Simon und v. Strampff Materialien des A. L. R. zu den Lehren vom Gewahrsam u. Besitz und von der Verjährung. Berlin 1836.

§. 102. 1. Einleitung. (B. §. 75—80., Th. §. 242.)

1. Vgl. v. Tevenar's Mon. zu §. 1. des ersten Entw.: „Da der Besitz sich über körp. und unkörp., bewegl. und unbew. Sachen, über Standes-, Eigenthumsrechte und Dienstbark., auch Pers.-Forderungen erstreckt, so finden sich Schwierigkeiten, den Besitz so allg. zu erklären, daß die Erkl. alle diese Besitzarten unter sich begreift u. s. w. . . . Der Besitz, im allg. Verstande, ist die Ausübung eines Rechts, eine interimistische Legitimation zu einer Sache . . . Der Besitz eines Standes ist die Ausübung der Rechte, die mit einem Stande verbunden sind; der Besitz einer Sache ist die Ausübung der Eigenth.- und anderer Sachenrechte; der Besitz einer Gerecht. ist der Genuß u. die Aus-

übung der Rechte, die einem an der Sache zustehen", vgl. mit Svarez Vorbem. zur rev. monit.: „. . Hier wo der Besitz blos als eine allgemeine Quelle von Sachenrechten betrachtet wird, kann blos vom jure possessionis . . die Rede sein", und Mon. 6. zu §. 1. des gedr. Entw.: „. . . . Der Besitz verhält sich zur Sache, wie das exercitium juris zur Substanz des Rechts". (Simon a. a. O. S. 111. 116. 205.)

2. Vgl. §. 1. 3—5. h. t.: „Wer das physische Vermögen hat, über eine Sache mit Ausschließung Andrer zu verfügen, der hat sie in seiner Gewahrsam, und wird Inhaber derselben genannt. Wer aber eine Sache in der Absicht darüber für sich selbst zu verfügen, unmittelbar oder durch andere, in seine Gewahrsam nimmt, der wird Besitzer der Sache. Wer ein Recht ausübt, ist Inhaber des Rechts. Wer aber ein Recht für sich selbst ausübt, wird Besitzer des Rechts genannt", und A. G. O. I. 31. §. 1. („wenn jemand in dem Bes. einer Sache oder eines Rechts beunruhiget u. s. w."), mit Entw. II. 4. §. 1.: „Wer das phys. Verm. hat, über eine Sache oder Recht zu verf, der hat solche u. s. w.", und A. L. R. I. 8. §. 1. „Eigenthümer heißt derj., welcher befugt ist, über die Subst. einer Sache oder eines Rechts (s. auch §. 17. eod., I. 9. §. 665., 11. §. 376., 17. §. 1., 18. §. 4.) mit Ausschl. Anderer aus eigner Macht . . zu verfügen".

3. Ebend. §. 96—98. 106.: „Durch Handl. unerlaubter Privatgewalt kann der Besitz einer Sache niemals erlangt werden. Eben so wenig können durch Gew. erzwungene oder durch Betrug veranlaßte Handl. oder Duld. den Besitz eines Rechts bewirken. Auch durch heimlich unternommene Handl. kann der Besitz im rechtl. Sinne weder erworben noch fortgesetzt werden. Aus Handl., Leist. oder Duld. . . entsteht kein Besitzrecht, sobald erhellet, daß der Andere dieselben . . . nur aus Freundsch. u. Gefäll. vorgenommen oder gestattet habe", vgl. mit Entw. §. 62. 68., u. Simon a. a. O. S. 23. (§. 160.), 27. (§. 582.), 145. 47. (§. 87. 98.), u. 265. (Svarez Bem. zu §. 60 flg.)

2. Verschiedene Arten des Besitzes.

§. 103. a. Sachbesitz. (B. §. 81—83., Th. §. 243—48., K. §. 1.—4.)

1) Gewahrsam und eigentlicher Besitz.

1. Vgl §. 1. u. 3. cit. mit §. 111. 12. h. t. und §. 138. eod.: „Wer eine Sache, ohne es zu wissen, in seiner Gewahrsam hat, überkommt erst, nachdem er Wissenschaft davon erhalten hat, die Pflichten eines Inhabers". — S. übrigens §. 71—73. h. t., I. 17. §. 25 flg. vgl. mit §. 31. 35. eod., 20. §. 116 536. 37. 61. u. a. m.

2. §. 2. h. t.: „Auch der ist ein bloßer Inhaber, der eine Sache nur in der Absicht, darüber für einen Andern oder in dessen Namen zu verfügen, in seiner Gewahrsam hat", vgl. mit §. 66. u. 68., 69. u. 70., 137. u. 144., 162. u. 64. h. t., 9. §. 24. u. 26., 59. u. 60., 14. §. 2. 3. u. §. 19., §. 68. u. 124. eod., 21. §. 231. u. a. m.

3. Ueber Umfang des Sachbesitzes s. noch §. 53. vgl. mit §. 215. h. t. u. I. 9. §. 367—69. (Inbegriff von Sachen und ganzes Vermögen) und §. 232. h. t. („ist die herauszugebende Sache ein Capital")

vgl. mit I. 20. §. 542. — S. auch Goßler's Bemerk. zu §. 9. des Entw. bei Simon a. a. O. S. 215.

2) Vollständiger und unvollständiger Besitz.

1. §. 6. u. 7. h. t.: „Wer eine Sache oder ein Recht zwar als fremdes Eigenthum, aber doch in der Absicht darüber für sich selbst zu verfügen, in seine Gewahrsam genommen hat, der heißt ein unvollständiger Besitzer (Simon a. a. O. S. 212. u. 18. „Naturalbesitzer" im Gegensatz von „Civilbesitzer"). Vollständiger (s. Simon a. a. O. S. 11. „voller oder bürgerl. Besitz", vgl. mit S. 175. 213.) Besitzer heißt der, welcher eine Sache oder ein Recht als sein eigen besitzt", vgl. mit §. 72. 73. 124. 25. 169 flg. u. 243., I. 9. §. 26. u. 53., 19. §. 4 flg., 20. §. 116. 17. 558 flg., 21. §. 2. 143. 172. 242. 48. 341. 59., II. 1. §. 546.; s. aber über den Besitz bei Lehngütern u. dergl. I. 18. §. 3. (oben S. 105.) vgl. mit §. 134. 35. 641.

2. Ueber die Bezeichnung des wirklichen Eigenthümers u. s. w. mit Besitzer vgl. u. a. I. 20. §. 404. 5., 19. §. 10., 18. §. 641. 81., II. 9. §. 37. 51. 52. u. öft.

3) Titulirter und nicht titulirter Besitz.

§. 8. h. t.: „Beruhet dieser (§. 7.) Besitz auf einem Rechtsgrunde, durch welchen das Eigenthum erlangt werden kann, so ist ein vollständiger titulirter Besitz vorhanden" vgl. mit I. 9. §. 579. 91. 625.

4) Rechtmäßiger und unrechtmäßiger Besitz.

§. 10. h. t.: „Die Rechtmäßigkeit oder Unrechtmäßigkeit des Besitzes hängt von der Beschaffenheit u. Gültigkeit des Titels ab, auf welchen das Recht zu besitzen sich gründet" vgl. mit §. 15—17. 179. 181. und §. 244. h. t.: „. . . . der unredliche Besitzer muß dem Eigenthümer oder rechtmäßigen Besitzer alles ersetzen, was derselbe durch die Vorenthaltung des Besitzes verloren hat". — S. auch Simon a. a. O. S. 210. u. 213 flg., bes. Svarez ad §. 8—15. des Entw.

5) Redlicher und unredlicher Besitz.

1. §. 11. h. t.: Wer es weiß (über „bloße Zweifel über die Rechtmäßigkeit" des Besitzes s. §. 16. eod.), daß er aus keinem gültigen Titel (s. aber I. 9. §. 591. „aus einem . . . nicht geschickten Titel oder unredlicher Weise" u. Svarez a. a. O.) besitzt, der heißt ein unredlicher Besitzer", vgl. mit §. 17.: „Von dem Zeitp., da Jemand von der Unrechtm. seines Bes. überführt (§. 27. „überzeugt") worden, ist er für einen unredl. Besitzer zu halten"; s. aber §. 222. h. t.

2. §. 13. h. t.: „Ein bloßer Irrthum in Thatsachen schadet der Redlichk. des Bes. nicht, sobald nur der Irrende nicht durch eignes grobes (s. §. 19. 20. eod.) oder mäßiges (s. §. 15. 29. eod. u. I. 11. §. 161.) Versehen in einen solchen Irrthum gerathen ist", vgl. mit Reg. s. v. „Besitzer": „redlicher Bes. ist der, welcher nach den ihm bekannten Thatsachen seinen Besitz für rechtmäßig halten muß".

3. §. 14. h. t.: „Wer aus Unwissenheit der Gesetze in der Gült. seines Bes.-Tit. irrt, heißt ein unrechtfertiger Besitzer, u. wird (in der Regel) einem unredl. Besitzer gleich geachtet" vgl. mit §. 12. u. 241. u. II. 14. §. 19.

4. Ueber die gesetzl. Präsumtion für Rechtmäßigkeit u. Redlichk. des

Be-

Besitzes s. §. 18. und 179. 80. 87.; vgl. jedoch über die Fälle, wo a) Angabe (und Nachweis? s. Simon a. a. O. S. 291 flg. u. 537.) des Titels nothwendig ist, §. 181—85. u. l. 15. §. 34. 35., oder wo b) bis zum Beweise des Gegentheils, resp. unbedingt der Besitz für unredlich gilt, §. 19. 186. h. t., l. 9. §. 71—73., 15. §. 18. 19. 39—41. vgl. mit l. 9. §. 586., 20. §. 92., II. 8. §. 1403., 20. §. 1231.

5. Beurtheilung der Redlichkeit a) beim Besitzerwerb durch Dritte, §. 21—23. u. 34. h. t., b) beim Besitz der Erben und sonstiger Nachfolger, §. 40—42. h. t. vgl. mit l. 20. §. 251., 21. §. 97, c) beim Mitbesitz, §. 24. 25. h. t., d) beim Besitz einer Corpor., §. 26—28. 30. 32. 33. h. t. vgl. mit §. 35 flg. eod. (s. Svarez ad h. §. bei Simon a. a. O. S. 228.)

6) Civil- und Naturalbesitz. (?)

1. A. L. R. II. 17. §. 86.: „Die Ausübung der Gerichtb. fällt auf so lange, als der (des Misbrauchs) Schuldige noch im bürgerlichen Besitze des (berechtigten) Guts . . . sich befindet, dem Staate anheim" vgl. mit §. 27. eod.: „Die Ehrenrechte (im Gegensatz der nutzbaren Rechte der Gerichtb.) bleiben dem in das H.-B. eingetragenen Besitzer u. s. w.", und II. 11. §. 598.: „Die Ausubung des (Real)-Patronatrechts gebührt demj., welchem das bürgerliche Eigenthum (Dominium civile) des Guts zukommt."

2. A. L. R. I. 20. §. 109. 275. (Naturalbesitz) vgl. mit §. 104. u. 7. (körperlicher und Natural-Gewahrsam) u. §. 99. u. 272. (Natural- und körperliche Uebergabe, im Gegensatz der symbol. [§. 271. eod.] resp. der Civil-Uebergabe [§. 101. eod. u. H.-O. Tit. 2. §. 75.])

§. 104. b. Besitz von Rechten. (B. §. 99., Th. §. 254., K. §. 7.)

1) Umfang desselben.

1. Vgl. §. 4. u. 5. h. t. und §. 80. 81. 86. eod., so wie die §. 102. mitgetheilten Bemerk. der Redactoren:

a) mit §. 9. h. t.: „Der unvollst. Besitzer der Sache ist vollständiger Besitzer des Rechts, dessen er sich darüber anmaßt" und §. 77. 78. eod: „Rechte, welche mit dem Besitz einer Sache verbunden sind (s. I. 2. §. 136. u. 23. §. 3., II. 17. §. 21. 23.), werden mit der Sache zugleich übergeben. Der Besitz anderer Rechte, die von dem Besitze einer körp. Sache nicht abhängen, kann nur durch die Ausübung derselben erlangt werden",

b) mit l. 18. §. 134.: Ist die Lehnsherrl. streitig, (so geschieht die Lehnserneuerung) bei demj. . . ., welcher sich zu der Zeit im Besitze des Rechts befindet" u. 641. (Besitz des Obereigenthums), 22. §. 14. u. 28. (Besitz der Grundgerecht.), 23. §. 6. vgl. mit §. 3. (Besitz der Real-Zwangs- und Bannrechte), II. 7. §. 144. u. 429. vgl. mit 11. §. 816., u. §. 155. 56. eod. vgl. mit Rescr. v. 17. Febr. 1739. bei Mylius Cont. I. S. 241. (Besitz gutsh. Zins- u. Dienstrechte), II. 11. §. 574 flg. vgl. m. §. 579 (Besitz des Patronats), §. 861—63., 924. eod. (Besitz der Zehntrechte), §. 240. u. 1142. vgl. mit §. 778. eod. (Besitz der Parochialrechte u. geistl. Pfründen), 14. §. 34. 35. 42. vgl. mit 11. §. 816., 16. §. 9. 39. 106., 17. §. 20. 29. 174—76. (Besitz von Regalien u. Domanialrechten),

c) mit §. 192. h. t. (Capitalien u. andere nutzbare Rechte) und mit l. 11. §. 839.: „Ist die Zinsenzahlung durch 30 Jahre geleistet wor-

den, so kann der Gl. das Capital vermöge eines durch Verj. erworbenen Rechts fordern", II. 8. §. 91. 233—35. (Besitz des Handwerks-Betriebs), 9. §. 18. 19. (Besitz adliger Rechte), II. 11. §. 357. 58. und II. 6. §. 202. (Besitz corporat. Wahl- u. Ehrenrechte).

d) mit §. 215. h. t. u. I. 9. §. 667. (Besitz von Inbegriff von Sachen u. Rechten; s. I. 2. §. 33.) und mit I. 9. §. 494. 95., II. 16. §. 21., 18. §. 852. (Besitz eines ganzen Nachlasses).

S. auch I. 9. §. 641.: „Der vollst. ruhige Besitz einer Sache oder eines Rechts im J. 1740. schützt den Besitzer in allen Fällen gegen die Ansprüche des Fiscus", vgl. mit Cab.-Ord. an das Gen.-Direct. v. 28. Jan. 1747.: „. . . daß in Zukunft die von Adel und andere Particuliers, wenn sie gewisse Funda oder Gerechtigkeiten, es haben solche Nahmen wie sie wollen, würklich nutzen und besitzen, deshalb unter keinerley Praetext . . in Anspruch genommen, vielmehr bey ihrer Possession . . . geschützet werden" (C. C. M. Cont. I. S. 145. u. N. C. C. Th. 4. S. 1003.), Instr. des Gen.-Dir. v. 29. Mai 1748.: „. . daß ein Vasall, der im J. 1740 im würklichen Besitz eines Grundst. od. einer Gerechtigkeit gewesen, die Possession weiter nicht beweisen, sondern darin geschützet .. werden soll" (ebend. Th. 3. S. 1211.) u. C.-O. v. 11. Febr. 1768.: „. . . daß alle Unterthanen in dem ruhigen Besitz ihrer Gerechtsamen, sobald sie in A. 1740. darein gewesen, unbekränkt belassen werden sollen". (ebend. Th. 4. S. 2045.)

2. Vgl. indessen:

a) Proz.-Ord. für die franz. Ger. v. 14. Apr. 1699. Tit. 14. Von der Spolien Klage §. 1.: „Wenn jemand in der ruhigen Possession bewegl. u. unbew. Güter, . . oder sonsten eines juris realis turbiret wird u. s. w." (C. C. M. II. 1 S. 294.); Ed. wegen des Summariissimi Possessorii v. 12. Apr. 1718. §. 11.: „Wenn der Streit sich über possessione rerum incorporalium enthält ꝛc." (ebend. S. 636.); Proj. d. Cod. Fridr. March. Th. 4. Tit. 3. §. 15. (übereinst. mit vorst. Ed.); Proj. des C. Jur. Fr. P. II. Lib. 1. tit 3. §. 5.: „. . derj., welchem dergl. unkörp. Dinge (s. §. 3. eod, oben S. 67.) zustehen, . . . wird quasi possessor, und dessen Besitz quasi possessio genannt ꝛc." u. Lib. 2. tit. 5 §. 60.. „. . die quasi traditio (hat Statt) in unkörp. Dingen, weil die Gerechtigkeiten (jura) . . nicht können in unsern Gewahrs. geliefert werden", vgl. mit Lib. 3. tit. 5. §. 1. („langjähr. Besitz eines fremden Dinges oder Gebrauch einer Gerechtsame auf eines andern Gut") u. §. 25.: „Es gehören auch . . zu dem Objecto der Usucapion alle unkörp. Dinge. Wann also jemand eine Dienstbarkeit . . auf einem fremden Gute . . gebraucht hat, kann er sich jure Usucapionis dabey schützen. Wann auch jemand . . . jährliche Renthen von dem Eigenthümer . . gehoben, . . so . . wird das gantze Recht usucapiret. Solchergestalt können auch andere jura u. Gerechtsame, als Zehenden, die Jagd, Jurisdiction etc. auf eines andern Gut per usuc. acquiriret werden".

b. Klein's Mater. §. 56. 57. u. Kircheisen's Entw. §. 529. 30.: „Ist der Gegenstand des Besitzes eine unkörperliche Sache, so ist ein unkörp. Besitz vorhanden. Wer sich eines Rechts als seines eignen ungestört bedient, wird im Bes. desselben Rechts zu sein erachtet" (Simon a. a. O. S. 17. 62.), vgl. mit Erst. Entw. §. 79 flg. (ebend. S. 144.); Goßler ad §. 9. des gedr. Entw.: „. . . würde es darauf ankommen, bei (der) Erwerbung des Bes. einige nähere Einschränkungen zu machen. Dabei dürfte folgende Abtheilung der Sachen überhaupt in Betr. zu ziehen sein: A. körp. S.: a) einzelne

bew., b) mehrere S., die ein Ganzes ausmachen, c) Grundst., d) univers. jur.; B. unkörperliche Sachen: a) Rechte die aus persönl. Verh. im Staate entspringen, b) dingl. R. auf bew. Sachen, c) dingl. R. auf Grundst., d) Grundgerecht. im Sinne des tit. 21. §. 10."; Svarez Vorbem. zur rev. monit. (s. oben §. 102.)

c. A. L. R. I. 2. §. 3.: „Sache wird nur dasj. genannt, was ... eine Selbständigkeit hat, verm. deren es der Gegenst. eines dauernden Rechts sein kann", vgl. mit §. 80—82. h. t.: „Wer eine Handl., die ein Anderer als eine fortdauernde Schuldigkeit von ihm gefordert hat, wirklich leistet, der setzt denselben in den Besitz des Rechts, die Wiederholung dieser Handl. von ihm zu fordern. Wer eine Handl., welcher der Andere widersprechen konnte, ohne dessen Widerspruch unternimmt, der erlangt den Bes. des Rechts von dem Andern zu fordern, daß er diese Handl. ferner leide; .. jedoch .. muß .. die Meinung desselben, daß ihm ein solches fortdauerndes Recht wirklich zustehe, deutlich erhellen", u. I. 9. §. 500. 503. 579. vgl. mit Svarez Bem. ad §. 58. des Entw. (Simon S. 266.). — S. auch noch §. 88. 89. h. t.: „Mitbesitzer gemeinsch. Sachen werden durch ihre Handl., Unterl. od. Duld. nur auf ihren Antheil verpflichtet. Ist die Sache, auf welche der Besitz eines Rechts erworben werden soll, an sich untheilbar oder .. in ungetheiltem Besitze, so kann einer durch seine Handl. od. Duld. dem Andern nichts vergeben", vgl. mit Marg.: „Erw. d. Bes. eines Rechts gegen Mehrere".

2) Vollständiger und unvollständiger Rechtsbesitz u. s. w.

Vgl. §. 6—8. (s. oben §. 103.) mit I. 9. §. 579.

§. 105. c. Mitbesitz. (Th. §. 249., K. §. 8.)

1. Eigentlicher Mitbesitz; §. 24. 25. h. t. vgl. mit I. 17. §. 10. 25—35. 73., 22. §. 133 flg., II. 4. §. 4.; s. auch §. 74—76. vgl. mit I. 20. §. 275 flg.

2. Besitz der Corporationen; §. 26 flg. h. t. vgl. mit II. 6. §. 72. 89. 133., 7. §. 28., 8. §. 160.

3. Concurrenz des Rechts- und Sachbesitzes in derselben Person; §. 9. h. t. (oben S. 113.) vgl. mit Svarez Bem. zu §. 5 flg. des Entw. (Simon a. a. O. S. 213.) — S. auch I. 18. §. 4., 21. §. 201.

4. Concurrenz verschiedenartigen Besitzes in verschiedenen Personen; §. 123. 24. h. t.: „Soweit Jemand seinen Besitz einem andern überträgt, hat er ihn für sich selbst verloren. Durch Einräum. des unvollst. Bes. an einen Andern wird der vollst. Bes. des bisher. Besitzers fortgesetzt" vgl. mit §. 125. u. §. 112. 144. eod., I. 14. §. 1. 3. 68.

S. auch P. L. R. v. J. 1721. B. III. Tit. 5. §. 13.: „Ob aber zween oder mehr zugleich u. in einer Zeit u. in solidum ein Ding oder Gut besitzen können, .. ist bey den Rechtsgel. sehr zweyffelich. Wir lassen Uns aber hierin deren Meinunge u. distinction gefallen, die da wollen, daß solches in eadem poss. specie .. ungetheilt nicht seyn kann; ... Aber solches mag wol geschehen in diversa possessionis specie diversoque respectu, .. daß nemlich einer civiliter, der andre naturaliter ... besitze... Wie zu ersehn in propr. et usufr., .. wie auch in einem Lehen-Herrn und Lehen-Manne... Also kann es auch wol geschehen, daß derj., so ein Gut .. verpfändet u. verhypotheciret, zugleich desselbigen civilem und naturalem poss. behalte; Hergegen

aber auch der Cred. . . an demselben, was nemlich sein jus hypoth. anbelanget, oder was er sonst daran hat, auch beydes civil. u. natur. habe und besitze".

3. Vom Erwerbe des Besitzes.

§. 106. a. Im allgemeinen. (B. §. 84., Th. §. 257. 268—72., K. §. 9. 12—14.)

1) Vom animus possidendi.

1. §. 43—45. h. t.: „Niemand kann ohne oder wider seinen Willen wirklicher Besitzer einer Sache werden, wenn gleich dieselbe in seiner Gewahrsam sich befindet. So weit also jemand seinen Willen zu erklären unfähig ist, so weit kann er durch sich selbst keinen Besitz erlangen. Nur in so fern Rechte durch die Vertr. eines Andern erlangt werden können, kann auch der Besitz durch die Handlungen eines Andern erworben werden", vgl. mit §. 53. h. t. („Absicht in Besitz zu nehmen") §. 55. h. t. (Absicht die Sache für sich gebrauchen zu wollen) und mit §. 80 u. 82. eod. (s. oben S. 115.) — S. auch Kleins Mater. §. 12. u. Kircheisens Entw. §. 462.: „Kinder unter 7 J. u. Erwachs., welche den Gebr. ihres Verstandes nicht haben, können mittelst ihrer eignen Handl. den Besitz weder erledigen noch ergreifen", vgl. mit Goßler's Bem. zu §. 1. u. 23. des Entw.: „Kinder sind der Detention und des Erwerbs fähig, aber nicht des Besitzes im rechtl. S." (Simon S. 10. 48. 205. 231.)

2. Ueber den animus possidendi bei dem Besitzerwerbe durch Dritte s. noch arg. §. 21—23. h. t., arg. §. 32. u. 91. eod. u. l. 13. §. 98. Vgl. auch Kircheisens Entw. §. 461.: „Bei Pflegbef. vertritt die Einw. des Pflegers die W.-E. der Pflegb., welche durch dieselbe ohne und wider ihren Willen den Besitz erwerben können" (Simon S. 48.) und s. noch Pr. L. R. v. J. 1721. a. a. O. §. 9.: „Es mag einer die poss. . . durch seine Söhne, Diener, Proc., Anwälde, Vorm. u. Curat. . . . überkommen, ob gleich sie, als rechte Principalen, dessen keine Wissenschaft hätten".

2) Von der Besitzergreifung überhaupt.

§. 48. h. t: „Ohne Besitzergr. kann keine Art des Besitzes erlangt werden", vgl. mit §. 46, 47. 49, §. 77. 78. u. §. 109. 10. eod. S. aber l. 18. §. 92—94.: „Sobald die Belehnung vollzogen ist, . . erhält die . . Sache alle Eigensch. eines Lehens, obschon der körp. Besitz dem Vas. noch nicht eingeräumt worden; überhaupt hat die Belehn. alle Wirk. einer gerichtl. Uebergabe", und l. 9. §. 368.: „(Der Erbe) erlangt das Eigenth. der Erbsch. nebst allen damit verbund. Rechten und Pfl., ohne daß es weiter einer Besitzergreifung bedarf", vgl. mit Ed. wegen des Summar. v. 12. Ap. 1718. §. 10. u. Proj. d. Cod. Fr. March. IV. 3. §. 18.; s. auch §. 60. h. t.: „Durch richterl. Verordn. kann der Besitz, auch ohne Einw. des bisher. Besitzers, zum Vortheile eines Andern erledigt werden" vgl. mit l. 10. §. 4., 20. §. 107—9.

3) Von den Fehlern der Besitzergreifung.

1. §. 96—98. u. 106. h. t. (s. oben §. 102.) vgl. mit §. 99—102. u. 107. 8. eod., l. 9. §. 12. 13. — S. noch Svarez Bem. b. Simon S. 517.

2. §. 122. h. t.: „Wenn ein Anderer den Besitz einer aus der Gewahrsam des vorigen Besitzers gekommenen Sache auf eine fehlerfreie Weise (§. 96—108.) ergriffen hat, so hört der vorige Besitz auf", vgl. mit §. 112.: „Aus dem Verluste der Gewahrsam (s. §. 111.) folgt noch nicht der Verlust des Besitzes", und §. 143. eod. (s. oben S. 109.); s. auch Svarez zu §. 76 flg. des Entw. (Simon a. a. O. S. 276.)

§. 107. b. Vom Erwerbe des Sachbesitzes. (B. §. 85—89., Th. §. 258—265., K. §. 10.)

1) Körperliche Apprehension und Uebergabe.

§. 50. u. 51. u. §. 58. 59. 61. h. t. vgl. mit §. 49. 52—54. eod.; s. auch l. 9. §. 3. 5. 6., 10 §. 1., 11. §. 127 flg. 1038., 20. §. 71. 104 flg. 271 flg.

2) S. g. symbolische Besitzergreifung und Uebergabe.

§. 55—57. u. §. 61—65. h. t., vgl. mit l. 20. §. 106. 271 flg. 329 flg.; s. aber §. 74—76. h. t. u. l. 20. §. 274—76.

3) Besitzerwerb durch Willenserklärung des bisherigen Besitzers.

1. Traditio brevi manu facta, §. 70. h. t. — 2. S. g. Constitutum possessorium, §. 71—73. eod. — 3. Anweisung an den Inhaber, §. 66. u. 67. eod.

Ueber den Widerspruch zwischen §. 70. u. 71. (wenn der bish. Bes. seinen Willen auf eine rechtsbeständige Weise, oder rechtsgültig erklärt hat) und §. 59.: (die bloße W.-E. des bish. Bes. ist hinreichend u. s. w.), vgl. Goßler zu §. 33. u. 47. und Svarez zu §. 32 flg. des gedr. Entw u. §. 62. des 1ten Entw. (Simon a. a. O. S. 138. 238. 244. 46.). — S. auch noch §. 69. h. t.: „Wer eine Sache urspr. bloß für einen Andern inne hatte, kann durch seinen bloßen Willen, die Sache nunmehr für sich zu haben, den Besitz derselben nicht erlangen", u. §. 125. eod.: „Wer eine Sache für einen andern inne hat, od. unvollst. besitzt, kann diesen seines Bes. nur durch solche Handl. entsetzen, welche die Eigensch. einer neuen Bes.-Ergr. an sich haben", vgl. mit Klein's Mater. §. 45. u. erst. Entw. §. 69. (Simon S. 16. 142. 43.) u. mit A. L. R. I. 20. §. 251., 21. §. 97.

§. 108. c. Vom Erwerbe des Rechtsbesitzes. (B. §. 100., Th. §. 266. 267., K. §. 11.)

1) Bei den mit Sachbesitz verbundenen Rechten.

Vgl. §. 77. (s. oben §. 104.) u. 129. h. t. mit §. 79. h. t., I. 22. §. 14.; s. aber Entw. §. 51.: „Rechte welche mit einer Sache verbunden sind werden mit derselben zugleich übergeben" u. Goßler's Bemerk. (Simon S. 248.)

2) Bei selbstständigen Rechten.

1. Affirmative Rechte; §. 80. h. t. (s. oben S. 115.) vgl. mit §. 88., §. 90. 91. u. §. 103—5. eod.

2. Negative Rechte; §. 81—85. h. t. vgl. mit §. 88, §. 93—95. eod., I. 22. §. 14.

3. Untersagungs-Rechte; §. 86. 87. h. t. vgl. mit §. 92. 94. eod. und I. 23. §. 6 flg.

Vgl. übrigens noch Ed. wegen des Summar. v. 12. Apr. 1718. §. 3. u. 7.: „. . . in incorporalibus (muß praesentanea possessio) cum scientia et patientia Adversarii exerciret seyn u. s. w. (Es ist aber) selbige zu vermuthen, wenn Actus possessorii öffentlich u. zu solcher Zeit u. auf solche Arth, daß der Gegentheil solches wissen können, geschehen, wie dann auch die mehrmal. Wiederholung dergl. Actuum, u. wenn der Gegenth. auf der Nähe sich befindet, oder seine Angeh. u. Bediente in der Gegendt hat, solche Muthm. . . vermehret, hing. erfolgte erweißliche Contrad. die erforderte Patientiam ausschliessen u. den Actum zu Beschein. der Poss. unkräfftig machen".

4. Vom Verluste des Besitzes.

§. 108. a. Im allgemeinen. (B. §. 90., Th. §. 273. 274. 279., K. §. 16. 21. 22.)

1. §. 113. h. t.: „(Es) wird der Besitz so lange für fortgesetzt geachtet, als die geschehene Aufhebung desselben nicht deutlich erhellet" vgl. mit §. 111. 12. 14. 15., und §. 130. eod. vgl. mit I. 9. §. 651—54.

2. §. 131. h. t.: Der Besitz einer Sache oder eines Rechts, welcher einem Andern nur auf eine gewisse Zeit oder unter einer auflös. Bed. eingeräumt worden, hört mit dem Ablauf der Zeit oder mit dem Eintr. der Bed. von selbst auf", vgl. mit §. 132. 33. eod.

3. Ueber Verlust durch Handlungen u. s. w. des Repräsentanten s. §. 69. 125. h. t. vgl. mit §. 133. eod., I. 14. §. 72. 85., 21. §. 95 flg., und §. 99. h. t.: „Handl., welche dem Andern nur durch seine eigene oder durch seiner Stellvertreter (s. §. 103—5. h. t., I. 9. §. 521., 21. §. 90. 91.) Sorglosigkeit u. Unachtsamkeit unbekannt geblieben, sind für heimlich unternommen nicht zu achten" vgl. mit I. 13. §. 24. 35 flg. 109.

§. 109. b. Vom Verluste des Sachbesitzes. (B. §. 90., Th. §. 275.—77., K. §. 17. 19. 20.)

1. Gänzlicher Verlust der Gewahrsam; §. 112. h. t. (s. ob. S. 117.) vgl. mit § 116. eod.: „Dagegen hört der Besitz auf, wenn es durch ein die Sache selbst und deren Substanz betreffendes Ereigniß (Entw. §. 79. u. ähnlich im ersten Entw. §. 112. u. Kircheisens Entw. §. 641.: „Handlung od. Begebenheit") dem Besitzer unmöglich wird, die verlorne Gewahrsam wieder zu erlangen (Entw. „über die Sache zu verfügen")", vgl. mit Mon. zu §. 78. 79. des Entw. (Simon a. a. O. 269. 70.) und Svarez zu §. 76 flg. sub. No. 3.: „Der §. 79. ist, . . nach der Fassung, wie er dasteht, nicht richtig; denn es sind Fälle möglich, daß ich die Gew. einer Sache dergest. verloren habe, daß es mir nicht mehr mögl. ist darüber zu disponiren, u. doch habe ich den Bes. noch nicht verloren, z. E. die mir von einem unbekannten Spitzbuben gestohlene Uhr", und sub No. 6.: „Der Bes. geht verloren a) durch Veränd. in der Sache selbst, wodurch die fernere Gew. dem bish. Bes. unmöglich wird, z. B. per rei interitum, durch eine solche a tertio unternommene mutationem formae, wodurch die Sache aufhört dieselbe zu sein ꝛc."

2. Dereliction; §. 117. 121. h. t. vgl. mit I. 9. §. 16—18. 104., II, 16, §. 12 flg.

3. Fehlerfreie Besitzergreifung eines Dritten; §. 122. h. t. (s. oben S. 117.) vgl. mit l. 9. §. 602.

4. Uebergabe an einen Dritten; §. 123. h. t. vgl. mit §. 70 flg.; s. aber oben §. 155 sub 4.

§. 110. c. Vom Verluste des Rechtsbesitzes. (B. §. 101., Th. §. 278., K. §. 18.)

1. Bei mit Sachbesitz verbundenen Rechten; §. 129. h. t.

2. Bei affirmativen Rechten; §. 126. h. t.

3. Bei negativen und Untersagungs-Rechten; §. 127. 28. h. t. vgl. mit I. 9. §. 507., 23. §. 22.

5. Von den Wirkungen des Besitzes.

Vgl. §. 136. h. t.: „Die Rechte des Besitzes (im Gegensatz des Rechts zum Besitz, s. §. 134. 35. eod.) hängen von der Beschaffenheit des Besitzes ab".

§. 111. a. Vom Rechte der Selbsthülfe. (B. §. 95., Th. §. 85—90., K. §. 25. u. 5. No. VIII.)

1) Im allgemeinen.

1. §. 140. h. t.: „Gegen Gewalt muß jeder Inhaber (s. aber §. 144. 45. vgl. mit §. 164. eod., l. 14. §. 72. und l. 20. §. 159., 21. §. 232 flg. 332 flg.) und Besitzer (erst. Entw. §. 142. „jeder Inh. der Sache", Entw. §. 100. „jeder J. u. B. einer Sache") geschützt werden", vgl. mit Kircheisens Entw. §. 672.: „Ein jeder Inh. hat das Recht seinen Bes. gegen die Beeinträcht. Anderer zu schützen". — S. aber §. 144. 45. h. t. vgl. mit §. 164. eod. u. l. 14. §. 72. 77. 165. u. Svarez Bem. bei Simon S. 283.

2. §. 141. 42. eod.: „Er ist berechtigt, Gew. mit Gew. abzuwehren, wenn die Hülfe des Staats u. s. w." (s. oben S. 109.) vgl. mit Svarez Bem. bei Simon a. a. O. S. 90.: „Selbsth. ist immer nur pro defend. poss. erlaubt. Das übrige (scil. „Wiedereinnehmung des Bes.") folgt aus dem Gen.-Princ., daß die Selbsth. dann stattfinde, wenn die Hülfe des Staats u. s. w." und S. 157.: „. . . folgt von selbst, daß ich dem Diebe . . . solches in continenti wieder entreißen kann".

2) Vom Zurückbehaltungsrechte. (A. L. R. I. 20. §. 536 flg.)

1. Begriff und Fälle der Anwendbarkeit im allg.; §. 536. h. t.: „Das Z.-R. besteht in der Bes. des Inhabers einer fremden Sache, (s. aber §. 542 h. t. vgl. mit l. 21. §. 222. 397., II. 5. §. 68.) selbige so lange in seiner Gewahrsam (§. 559. 60. h. t.) zu behalten, bis er wegen seiner Gegenforderung befriedigt worden", vgl. mit I. 11. §. 974., 13. §. 83, 14. §. 77. 165., 21. §. 247., II. 8. §. 526. 27. u. 1723.

2. Bedingungen: a) Redlichkeit des Besitzes, §. 537. 38., b) Connexität der Gegenford., §. 539. 43. 44. vgl. mit 164 flg. u. 187.; s. aber I. 18. §. 600, c) Fälligkeit und Liquidität derselben, §. 540. 41. vgl. mit 556. 57. h. t. u. A. G. O. I. 24. §. 35 flg., 27. §. 56 flg., s. auch Rescr. v. 15. Sept. 1804. bei Matthis Bd. 2. S. 13., d) Gleichheit der Forder. mit dem Werthe der Sache, §. 552—54. h. t.

3. Wirkungen der Retention; §. 545. 58. vgl. mit §. 546—51., §. 561 flg. h. t. u. A. G. O. I. 50. §. 382.

b. Von den Klagen aus dem Besitze.

§. 112. aa. Von den possessorischen Rechtsmitteln. (B. §. 92. u. 102., Th. §. 282—87., K. §. 27—29.)

1) Formelle Gleichstellung der Klagen aus Sach- und Rechtsbesitz, sowie der interdicta recuperandae et retinendae possessionis.

A. G. O. I. 31. §. 1.: „Das poss. summar. findet Statt, wenn Jemand in dem Besitze einer Sache oder eines Rechts beunruhiget, oder wenn er dieses Besitzes neuerlich heimlicher oder gewaltsamer Weise entsetzt worden", vgl. mit A. L. R. §. 146. 47. h. t.: „Ist die Gewahrsam oder der Besitz, obigen (§. 137—40.? oder §. 141—43.? od. §. 144. 45. h. t.?) Vorschriften zuwider, Jemandem mit Gewalt entnommen worden, so müssen ihm dieselben, ohne Rücks. auf ein besseres Recht dessen, der die Gewalt verübt hat, wiedergegeben werden. Eben dies findet statt, wenn Jemand die Sache oder das Recht heimlich, durch List oder bittweise von dem vorigen Besitzer an sich gebracht hat", und §. 150. eod.: „Alle Rechte, welche demj. beigelegt sind, der seines Bes. durch Gew., heiml. od. mit List entsetzt worden, kommen auch dem zu, welcher in seinem Besitze solchergestalt zur Ungebühr (s. noch §. 148.) gestört wird".

2) Verhältniß des possessorii zum petitorium.

Vgl. A. G. O. I. 5. §. 27. u. I. 31. §. 3. 4. 17. 18. mit A. L. R. §. 146 flg., §. 155 flg. h. t., u. I. 14. §. 93. 94., II. 7. §. 463 flg. — S. auch Ed. v. 21. Juni 1713. §. 39., Ed. weg. des Summar. v. 12. Apr. 1718. u. Proj. des Cod. Fr. March. B. IV. Tit. 3.

3) Materielle Voraussetzungen der Klage.

a) In der Person des Klägers.

1. Besitz im e. S. oder auch Gewahrsam? §. 141. u. 46. cit. („jeder Inhaber" und „Gewahrsam oder Besitz"). S. indessen §. 147. 48. 50. 54. 55. („Besitzer" und „Besitz"), Margin. zu §. 137. (Rechte u. Pfl. des Inh und Bes.) und zu §. 146. (Von der Wiederherst. des entnommenen oder gestörten Bes.), vgl. mit Svarez Bem. zu §. 124—52. des erst. Entw. (§. 135—162. des A. L. R.): „Ich würde mit den R., welche det. u. poss. gemein haben, anfangen, sodann die besondern R. u. Pfl. des bloßen det. vortragen, von diesen zu den R. u. Pfl., die jeder Bes., er sei natur. od. civ., hat, übergehen ꝛc." (Simon S. 159.). Vgl. auch I. 14. §. 123. 24.: „Zu gerichtl. Klagen .. ist der allg. Auftrag einer Verwaltung in der Regel nicht hinreichend. Davon sind die Fälle ausg., wo die Gesetze auch einen bloßen Inhaber (s. oben §. 103.) zur Klage wegen entnommener oder gestörter Gewahrsam zulassen (Tit. 7. §. 141—54. 162 flg.)".

2. Ruhiger unstreitiger Besitz bis zur Störung; §. 154. 55. h. t.: „Von vorst. Befugn. (§. 146—53.) kann nur derj. Gebrauch machen, welcher nachzuweisen vermag, daß er sich unmittelbar vor der Entsetzung od. Störung im ruhigen Besitze befunden habe. Ist

der

der letzte ruhige Besitzstand zweifelhaft, so hängt u. s. w." und A. G. O. a. a. O. §. 1. („neuerlich entsetzt") §. 3. („ob der Kl. sich wirklich zuletzt im ruhigen u. ungestörten Besitz befunden") §. 5. („letzter ruhiger Besitz") §. 12. („der vor der eingekl. Turbation unmittelbar vorangeg. Besitz") §. 14. („neuester Bes.") und III. 7. §. 83. („gegenwärt. Besitzstand"), vgl. mit Cod. Fr. March. §. 2. 3. („von der poss. praesentanea vel quasi", „in einer beständ. u. ruhigen Poss. von 1. 2. 3. od. mehr Jahren"). S. auch A. L. R. II. 14. §. 31.

3. Rechtmäßiger Besitz? S. über die exceptio injustae poss. ab adversario A. G. O. §. 14.: „Wenn der vom Kl. behauptete neueste Besitz zwar eingest. od. nachgew. wird, der Bekl. hing. behauptet, daß derselbe dazu auf eine offenbar unredliche oder sonst fehlerhafte Weise gelangt sei, so muß mit Aufnehmung der Instr. über diese Fehler des Besitzes ebenfalls ... verfahren werden" u. §. 16.: „In dem Erk. muß der Richter ... bestimmen, ... ob bei nicht deutl. genug erhellendem Besitzstande oder wegen bescheinigter Fehler des Bes. die Sache .. in Sequest. zu nehmen", vgl. mit Marg. zu §. 96. h. t. u. mit §. 184 flg. h. t. S. auch Ed. v. 1718. §. 3.: „Wie aber keine Except. hier statt finden müssen, als welche den Grund der Implor. und folglich die im Mandato zum Grunde gesetzten requisita umstossen u. s. w." vgl. mit Cod. Fr. March. a. a. O. u. Corp Jur. Fr. II. 7. §. 14. — S. aber auch Pr. L. R. v. J. 1721. B. III. Tit. 5. Art. 2. §. 4.: „Dann wo der Besitzer solche seine Poss. ... nicht von dem Bekl. erlanget, mag er, der Antworter oder Bekl., sich derselben frembden Einrede und exc. gar nicht behelffen noch gebrauchen, obgleich der Bes. oder Inneh. unrechtm. Weise in die poss. und Besitz kommen were".

4. Ueber das Klagrecht des Erben s. §. 149. h. t.

b) In der Person des Beklagten.

1. Vitiöse Entsetzung oder Störung; §. 146. 47. 50. cit. und §. 161. 184. h. t. vgl. mit §. 151 – 53. (künftige, fernere Beunruhigungen (s. A. G. O. §. 1.) u. Beeinträchtigungen). S. jedoch Ed. v. J. 1718. §. 1. („ein Theil über beschehene oder angedrohte Turbationes klaget") vgl. mit Cod. Fr. March. §. 1. („ein Theil klagt, daß er in seiner Poss. de facto turbiret werde").

2. Ueber die Verhaftung der Erben u. Theilnehmer s. §. 148. h. t.: „Vorsteh. Rechte (§. 146. 47.) kommen demj., welcher solchergest. seines Bes. entsetzt worden, nicht nur gegen den Entsetzenden u. seine Theilnehmer, sondern auch gegen deren Erben zu (Tit. 6. §. 28. sq.)".

4) Gegenstand der Klage.

Vgl. §. 146. u. 151 flg. h. t. mit A. G. O. §. 16. u. 17.

5) Verjährung derselben.

A. G. O. §. 1. („neuerlich") vgl. mit Goßler's Bem. zu Entw. §. 103. u. 105.: „Wegen der Frist (zur Klaganst.) könnten die Grundss. Tit. II. (Th. II. Tit. 1.) §. 46 sq. angewendet werden" (Simon a. a. O. S. 281.) u. Svarez Bem. zu §. 93 flg. sub 5.: „... bleibt kein Grund mehr übrig, dem spolianti durch einen geringen Zeitverlauf eine Schutzwehr zu verschaffen, welche ihm die bisher. Gesetze nicht einräumen" (ebend. S. 285.). — S. indessen A. G. O. I. 44. §. 44., und in Betr. der in separ. anzustell. Schadensklage A. L. R. I. 6. §. 54.

§. 113. bb. Von den petitorischen Rechtsmitteln. (B. §. 94. 102., Th. §. 285. 86., K. §. 30.)

§. 161. h. t.: „Gegen den, welcher den Besitz einer Sache oder eines Rechts weder durch Gewalt, noch heimlich, mit List, oder bloß bittweise überkommen hat, kann der vorige Besitzer auf Wiederherstellung des Besitzes nur in so fern klagen, als er ein besseres Recht zum Besitze (s. §. 135. eod.) nachzuweisen hat" vgl. mit l. 15. §. 2. u. 4.

1) Klagerecht des Inhabers.

§. 162. h. t.: Der bloße Inhaber (s. I. 14. §. 123. 24. u. §. 137. h. t. vgl. mit den Bem. Goßler's u. Svarez zu Entw. §. 109. bei Simon S. 287. 88.) kann die seiner Gewahrsam entkommene Sache nur von demj., der sie ohne allen Rechtsgrund im Besitze hat (s. l. 9. §. 59.), zurückfordern" und §. 163. 64. eod. vgl. mit l. 14. §. 68 flg.; s. aber noch §. 165 flg. h. t. („den, von welchem er die Sache überkommen hat benennen") vgl. mit l. 15. §. 11. („Benennung dessen, für den er besitzt") u. A. G. O. I. 17. §. 34 flg. („bescheinigen, für wen und in wessen Namen er besitze").

2) Klagerecht des unvollständigen Besitzers.

§. 169. u. 70. h. t. (s. oben S. 79.) vgl. mit §. 172. 73. eod. u. l. 20. §. 117. 18.; §. 171. h. t.: „So weit derj., von welchem sein Besitzrecht herrührt, ihm selbiges zu verleihen nicht befugt war, muß er dem weichen, der gegen diesen ein besseres Recht ausgeführt hat", und §. 174. eod.: (Benennung des auctor, „wenn nicht sein Besitzrecht, sondern die Sache selbst bei ihm in Anspruch genommen wird"). S. übrigens §. 177. h. t.

3) Klagerecht des vollständigen Besitzers.

§. 176 flg. h. t.: „Gegen jeden Andern (außer dem wahren Eigenth. §. 175. eod. und dem unvollst. Besitzer im Falle des §. 169.) hat er alle Rechte (s. auch l. 15. §. 21. 24. 25.) des Eigenthümers . . . wenn der Besitz redlich ist. Der unredl. Besitzer muß dem redl. immer weichen", vgl. mit arg. l. 10. §. 20 flg. u. 15. §. 34 flg.

§. 114. c. Von den Nutzungsrechten u. s. w. des Besitzers. (B. §. 96. 97. 150—52., Th. §. 252., K. §. 5. No. IV.)

1) Des vollständigen redlichen Besitzers.

a) Früheres Recht.

1. Pr. L. R. v. J. 1721. B. III. Tit. 1. Art. 9. §. 11. u. 13. (übereinst. mit Röm. Recht) vgl. mit Tit. 3. Art. 1. §. 10. 11. u. B. VII. Tit. 2. §. 15. (Anerk. des Deutsch. Grundsatz „was die Egge bestrichen ꝛc." bei Nießbr. u. Lehngütern). — Proj. des C. J. Fr. P. II. Lib. 2. tit. 4. §. 25. 28. („muß der b. f. poss. die gehobenen Fr. u. Nutz., nat. civ. und industr., in so weit dieselben noch wirklich vorhanden oder aus welchen der Bes. locupletior worden, restituiren") vgl. mit Lib. 4. tit. 3. §. 17. u. 19. (Anspruch des Erben auf alle Fr. des letzten Jahres beim Erlöschen des Nießbr. nach Jacobi-Tag) und P. I. Lib. 2. Tit. 4. §. 77, (Vertheilung der Dotal-Fr. pro rata temp.)

2. Entw. Th. II. Tit. 4. §. 120 flg. (im wesentl. wie nach gem. Recht) vgl. mit Erst. Entw. §. 153 flg. bei Simon a. a. O. S. 160., und Entw. Th. I. 1. Tit. 1. §. 433 flg. vgl. mit Tit. 4. §. 128. 29., Th. II. Tit. 16. §. 292. u. Tit. 20. §. 83. (Fruchttheilung pro rata temp. bei Restit. der Dos, der Fideic., der Lehen und des Nießbr.)

b) Landrechtliche Bestimmungen.

aa) Fruchterwerb des redlichen Besitzers.

1. Ueber die Gleichstellung des Fruchterwerbs beim Nießbrauche, Dotal-Vermögen u. s. w. vgl. überhaupt §. 188 flg. h. t. mit I. 18. §. 508 flg., 21. §. 143 flg., II. 1. §. 614 flg.

2. Allgemeines Princip der landrechtl. Gesetzgebung; §. 188—90. h. t.: „Der redl. Besitzer muß dem wahren Eigenth. die Sache in dem Stande, in welchem sie sich wirklich befindet, (Entw. add. „mit den vorhandenen Früchten") zurückgeben. Alle während des redl. Bes. (nur nicht im voraus, §. 191. eod.) gezogene Nutzungen u. genossenen Früchte (s. §. 223. 24. h. t. u. Entw. II. 4. §. 124 flg., I. 1. §. 436 flg.) sind u. bleiben das Eigenth. eines solchen Besitzers. (add. im Entw. §. 122.: „verk.., versch., vert. u. verpf. Fr. sind den genossenen gleich zu achten") Er darf den Werth davon dem Eigenth. nicht erstatten, selbst wenn er dadurch im Bes. eines Vortheils sich noch wirklich befindet", vgl. mit Svarez Schlußv. S. 8. — S. übrigens über Anrechnung der Verw.-Kosten, Lasten u. s. w. §. 196. u. 228. h. t., und in Betr. des Zeitpunkts dieses Eig.-Erwerbs I. 2. §. 45. vgl. mit I. 9. §. 221.

3. Besondere Bestimmungen

a. rücks. der Capitalien und andrer nutzbaren Rechte; §. 192. h. t.: „... werden die etwa noch rückständ. Zinsen u. Nutz. nach dem Zeitpunkte, wo der redliche Besitz aufgehört hat (s. §. 191. „in so weit als ihr Verfalltag nach dem Ende der Redl. eintritt" vgl. mit §. 200. „nach der Zeit, während welcher der Bes. redl. od. unredl. gewesen"), zw. Eigenth. und Besitzer getheilt".

b. in Betreff der (natürlichen) Früchte nutzbarer bewegl. Sachen; §. 193. 94. h. t.

c. rücksichtlich der Grundstücke; §. 195. eod.: „Bei Landgütern, Häusern u. andern nutzb. Grundst. behält (er) alle und jede Früchte u. Nutz. vorhergehender Wirthsch.-Jahre, ohne Unterschied, ob diese schon verzehrt, veräußert oder noch wirklich vorhanden sind" vgl. mit I. 21. §. 145—49., und §. 197. h. t.: „Die Nutz. des letzten Jahres (s. §. 198. 199.) werden zw. dem Eigenth. (außer bei etwaigem Verzicht auf Theilung, §. 202. 3.) u. Besitzer (s. §. 200.) getheilt", vgl. mit I. 21. §. 150 flg. (über Berechnung u. Auseinandersetzung für das letzte Jahr), insb. §. 166.: „(Bei Landgütern) wird der reine Ertrag nach Verh. der vor und nach Endigung des Nießbr. (resp. eingetretener Unredl. des Bes.) verfl. Zeit getheilt", und §. 170.: „Von Grundst., mit welchen keine Landwirthsch. verbunden, insgl. von Gerecht. und ausstehenden Capit. werden alle Nutz. u. Lasten bis zum Ablauf des Viertelj., in welchem der Nießbr. (resp. redl. Besitz) aufgehört hat, zum Vermögen des Nießbr. (resp. Besitzers) gerechnet".

4. Ueber Restitution u. Ersatz der Früchte Seitens des unredlichen Besitzers vgl. rücks. der fr. percepti §. 223 flg. h. t., und rücks. der fr. percipiendi §. 229. eod.: „Wer es weiß (s. oben §. 103. sub 5.)

daß die Sache einem Andern zugehöre ꝛc." (Entw. §. 159. h. t. „wer betrügl. Weise eine fremde Sache besessen"). S. aber auch über Ersatz der Kosten §. 233—35. h. t.

bb) Ersatzansprüche u. Ersatzpflicht des redlichen Besitzers.

1. Bei nützlichen Verbesserungen, und resp. bei solchen, die weder Ertrag noch Werth erhöhen; §. 204—9. und §. 210. 11. h. t. vgl. mit §. 238. 239. eod. (Rechte des unredl. u. unrechtf. Besitzers).

2. Bei Erhaltungskosten; §. 212—17. h. t. vgl. mit §. 236. 37. eod. (Gleichst. des unr. Besitzers bei völlig unversch. Verfall der Sache).

3. Rückf. der Restitutionskosten; §. 220. vgl. mit §. 243. h. t.

4. Bei Verschlimmerungen; §. 219. h. t. (grobes Vers. beim redl. Bes.) vgl. mit §. 240. (mäßiges Vers. beim unrechtf. Bes.) u. §. 240. 41. 42. (geringes Vers. und selbst Zufall beim eigentl. unredl. Besitze).

2) Des unvollständigen Besitzers.

§. 245 flg. h. t.: „Der unvollst. Besitzer, . . . hat er redlich besessen, (über den Fall der Unredl. s. §. 248. 49. eod.) wird . . dem Eigenth. nicht weiter verantwortlich, als er es dem vollst. Besitzer hätte sein müssen, wenn dieser wirklich Eigenth. gewesen wäre. Auch bei der Räumung des Bes. darf er dem Eigenth. nur das leisten, wozu er dem vollst. Bes. verpfl. sein würde, wenn er den Besitz an diesen räumen müßte. . . So weit der an sich redl. unvollst. Besitzer Veränd. gemacht hat, wozu ihn sein Titel nicht berechtigte, ist derselbe im Verh. gegen den Eig. einem unrechtf. Bes. gleich zu achten".

d. Von der Verjährung durch Besitz. (A. L. R. I. 9. §. 500 flg.)

§. 115. aa. Allgemeine Einleitung. (B. §. 117—123. 143. 44., Th. §. 290—93. 324. 28.)

1) Aeltere Gesetzgebung.

1. Pr. L. R. v. J. 1721. B. III. Tit. 4. Art. 1. „Von Ersitz. und Verj. bew. u. unbew. Haab u. Güter" §. 1.: „. . die Kayf. Rechte . . . (haben) die Usuc., Praesc. und Verj. von gemeines Nutzen wegen geordnet, damit das dominium . . bey denj., so sie lange Zeit mit rechtmäß. Titel . . besessen haben, nicht allewegen ungewiß und zweyffelig sey ꝛc.; Art. 2. „Von Verj. od. Ersitz. der Rechtlichen Sachen und Klagen" §. 1.: Wie die servit. reales und person. als unleibliche Dinge . . . werden verjähret oder praescribiret, davon ist oben (s. Tit. 2. Art. 3. §. 2 flg. u. 7., u. Tit. 3. Art. 1. §. 4. 14.; Acq.-Verj. und non usus) Verordn. geschehen. Andere Rechtliche Sachen aber (jura et actiones) mögen mehrentheils durch die längste praescr. der 30 J., J. und T. auffgehoben, perimiret u. getödtet werden. Denn durch Verfließ. so langer Zeit alle actiones, Ansprüche und Ford. zumahl, . . . wie das sonst Nahmen haben mag, gäntzlich verlöschen und untergehen ꝛc.; Art. 3. „Von Praescr. u. Verjähr., dardurch kein Eigenthumb der Güter erlanget: Sondern werden allein als Except. . . wieder etzliche persönl. Klagen eingewandt" § 1. (Klage umb Injuri) §. 2. (actio doli mali) §. 3. (Kl. od. exc. non num. pec.) §. 4. (quer. inoff. test. od. donat.) ꝛc."

2. Pr. des Corp. Jur. Fr. P. II. tit. 5.: „Wie das Dom. civ. acquiri-

ret werde durch die Verj." §. 2.: Weil dem gemeinen Wesen daran gelegen, daß diej., welche lange Jahre ein fremdes Gut besitzen od. eine Gerechtf. darauf exerciren, einmal in Sicherheit gesetzet werden, so haben die Ges. . . eine gewisse Zeit vorgeschrieben, nach deren Ablaufe der Besitzer . . . nicht weiter in Anspruch genommen werden kann. Welches die Verjährung genannt wird. §. 5. Die Usuc. ist ein Modus, wie das Eigenth. eines Dinges, oder eine Gerechtf. auf fremdem Gut, oder die Freyheit von einem auf seinem Gut haft. onere acquiriret wird. §. 31—33. Es ist (vorher) von der Verj., welche per usuc. geschicht, gehandelt. Weil aber diese Usuc. außer dem Besitz auch b. f. et j. t. erfordert . . (und) das Principium (scil. §. 2.) auch in den Fällen, wann jemand in 30. od. 40. J. ein Ding (Rem) od. eine Gerechtf. (Jus) nicht vindiciret, wann er sein ihm in re aliena zusteh. Recht nicht gebraucht, od. wann er seine Action gegen den Schuldn. nicht anstellet, so ist nichts billiger, als daß derf. in poenam negleg. des Dinges oder seines juris verlustig erkläret werde u. s. w. Es ist also die praescr. nichts andres, als eine Acquisition eines Dinges durch den Ablauf einer Zeit von 30—40 J. §. 46. Es sind einige Dinge (z. B. Regalien, Steuerfreiheit) von der Wichtigkeit, daß sie nicht anders als durch einen unvordenkl. Besitz acquiriret werde können."

2) Grundansichten der Redactoren.

1. Klein's Mater. §. 229.: „Der langwierige Besitz (vgl. auch Kl. Bem. zu diesem §) wirkt die Verj., wenn entw. kein Andrer ein besseres Recht aufzuweisen vermag, oder die Bef. Andrer (dadurch) . . . aufgehoben oder eingeschränkt worden", vgl. mit §. 276.: „Außer den besonders im Ges. bestimmten Fällen geht kein Recht durch Verj. verloren, wo nicht ein anders Subj. . . dagegen ein Recht erwirbt" und §. 285—87.: „Kein Recht kann durch negative Verj. (s. §. 279. 80.) verloren gehen, wenn nicht Jemand . . ein Recht, wodurch das gegenseitige getilgt worden, erworben hat (§. 286.: als wenn von Seiten dessen, der sich auf die Verj. beruft, etwas vorgenommen, wodurch er seine Befreiung erworben hat). Die Befreiung von einer Verbindl. wird durch Verj. bewirkt, wenn der Verpfl. die Erfüllung verweigert und der Andere sich dabei beruhigt". (Simon a. a. O. S. 399. und 412. 13.)

2. Kircheisen's Entw. §. 771. 72.: „Liegt in dem Ablauf (des gesetzl.) Zeitraums der Grund, aus welchem die Erwerbung oder die Versagung des einem Andern sonst zusteh. Rechts geschieht, so tritt die Verj. ein. Soll (dadurch) ein neues Recht, oder die Bef., Andern die Wirkung ihres Rechts zu versagen, erworben werden, so setzt solches in der Regel (s. §. 775.) die Besitzergr. des Rechts oder dieser Bef. voraus" vgl. mit §. 779. 80.; s. jedoch §. 896.: „Alle Klagen werden in der Regel verj., wenn sie nicht innerhalb 30 J., von Zeit der Handl. anger., welche die Klage begründen kann, angestrenget werden" u. §. 930.: „Sollen erworb. Dienstbark. durch den bloßen Nichtgebr. verloren gehen ꝛc." (Simon S. 422. 40. u. 44.)

3. Svarez einl. Bem. zu K's. Entw.: „Praescr. acq. et ext. sind hier durch einander abgehandelt. Ich halte aber . . für nothw., jede besonders vorzutragen. Praesc. acq. gründet sich auf das Princ.: Publici interest, ut dom. rerum sint certa. Sie hat eine praes. juris et de jure zum Grunde, . . . (und) ist eine bloße Extension der pro quolibet poss. militirenden Präs., quod juste possideat; . . . Praescr.

ext. hingegen ist bloße poena negligentiae u. s. w. Daß man (wo praescr. ext. allein . . . vorhanden) sagt (s. bes. Tevenar zu §. 3. des 1. Entw.), der Präscribent acquirire dabei libertatem, ist unrichtig", vgl. mit Bem. zu §. 770 flg. des K'schen, u. §. 3. 4. 10. des ersten Entw. (Simon S. 421—23. u. 453—55. 460.).

4. Erster Entw. §. 1—4.: „. . . . Die erste Art der Verj. ist, wenn ein Recht durch bloßen Nichtgebr. verloren geht; . . dann (nemlich) wenn durch die Ges. der Zeitp. festgesetzt ist, bis zu welchem das Recht, bei Verlust desselben, auszuüben ist." u. §. 41.: „Außer obigen Fällen (§. 4.) geht kein Recht verloren, als wenn von einem Andern ein entgegenst. Recht erworben worden", vgl. mit Svarez Vorbem. zur rev. monit.: „Die Lehre von der Verj. . . . kommt jetzt unter die modos acq. dom., es wird also nicht mit der praescr. ext., sondern mit der acq. der Anfang zu machen sein. Ext. gehört eigentl. gar nicht hieher, sondern unter die modos tollendi obligationem u. s. w."

3) Bestimmungen des A. L. R.

a) Begriff u. Arten der Verjährung.

1. §. 500—503. h. t.: „Wenn durch den Ablauf einer bestimmten Zeit, wegen unterlassener Ausübung gewisser Rechte (vgl. Entw. §. 400. mit 402. und der Bem. von Svarez sub 3. bei Simon S. 511.), eine Veränderung an diesen Rechten vermöge der Gesetze entsteht, so ist eine Verjährung vorhanden. Durch die Verj. können sowohl Rechte, die Jemand gehabt hat, . . verloren, als neue Rechte erworben werden. Soll durch Verj. nur ein Recht verloren, und der Verpfl. bloß von der daraus fließenden Verb. frey werden, so ist in der Regel (s. vorl. §. 507.) der Nichtgebrauch des Rechts dazu hinreichend. Soll aber ein neues Recht erworben werden, so ist, außer dem Nichtgebrauche des entgegenstehenden Rechts (s. Svarez a. a. O. S. 507.), auch der Besitz und die Ausübung dieses neuen Rechts von Seiten des Erwerb. dazu nothwendig".

2. Ueber die gänzliche Aufhebung der unvordenklichen Verjährung s. Entw. II. 6. §. 520. Note* sub 5. und Svarez Schlußv. S. 27., vgl. mit Klein's Mater. §. 232 flg. S. jedoch II. 9. §. 16. (Recht einer adl. Fam. auf das „von alten Zeiten her" geführte Wappen) und I. 23. §. 7. („seit undenklichen Zeiten").

3. Ueber die s. g. Verjährung durch Besitz im J. 1740. s. §. 640—43. u. 46. h. t. vgl. mit II. 9. §. 18., 14. §. 38., 16. §. 9., und oben §. 104.; s. aber §. 644. h. t. vgl. mit Ver. für Westpr., Erml. u. Netzdistr. v. 18. Dez. 1798. im N. C. C. Th. X. S. 1831. (J. 1797.) u. Ges. für Rhein-Prov. v. 18. Dez. 1831. (J. 1815.). — S. auch noch Resol. auf der Märk. Landstände Memor. v. 31. März u. 22. April 1713. §. 2.: „Daß ein Jeder bey demj., so er 50 J. lang geruhig und b. f. besessen, sowohl contra fiscum als privatos in allen Fällen geschützt, u. er zu Erweisung eines mehreren Rechts nicht angehalten werde, das finden S. K. Maj. der Justitz u. Billigkeit gemäß" (C. C. M. VI. 2. S. 160.) vgl. mit Märk. Brau-Const. v. 27. Juni 1784. §. 9. (ebend. IV. 4. S. 161.; Zusicherung für diej. von Adel, welche „in einer 50jähr. continuirlichen Poss. des Brauens zum feilen Kauff sich befinden"), und Kurm. Lehns-Assec. v. 30. Juni 1717. §. 5. vgl. mit Rescr. v. 30. April 1718. (ebend. II. 5. S. 93. 98.; Bestätigung des 50jährigen Besitzstandes überh., aber nur contra fiscum.)

4. Ueber den Unterschied der gewöhnlichen und ungewöhnlichen Verjährung s. §. 620. 25. 29. h. t.

b) Verhältniß der gesetzlichen Vorschriften zur Privatwillkür.

1. Berücksichtigung der Verj. von richterl. Amtswegen; A. G. O. I. 9. §. 11. vgl. mit Mon. zu 1. Entw. §. 38. (Simon S. 474.) Vgl. auch Pr. L. R. v. J. 1721. B. I. Tit. 25. Art. 4. §. 4.: „Wir lassen Uns hierin derer Meinung gefallen, daß die Verj. u. praescr., da sie manifeste bewiesen u. dargethan, oder der Richter dessen aus den actis gewiß seyn könte, erkant u. ex Off. ergäntzet oder suppliret werden solle, wenn gleich die Parth. sich in den Acten darauff nicht gezogen", u. Pr. des C. J. Fr. P. II. Lib. 3. tit. 5. §. 45.: „Die Exc. praescr. kann auch post lit. cont. und in ipsa exec. opponiret werden; . . . der Richter aber kann diese Exc., welche in Facto beruhet, niemalen ex Off. suppliren".

2. Zulässigkeit vertragsmäßiger Ausschließung und Modification der Verjährung; §. 565—67. u. §. 669. h. t. vgl. mit Kircheis. Entw. §. 946. 48., Erst. Entw. § 37. 38. und gedr. Entw. §. 446 flg. nebst Svarez Bem. (Simon S. 445. 73. 529.).

c) Von der Verjährung durch Besitz im allgemeinen.

1. Regelmäßige Anwendbarkeit derselben; §. 579. h. t.: „Die Verj. durch Besitz findet in allen Fällen statt, wo Jemand eine Sache oder ein Recht aus einem Titel, der an sich zur Erlangung des Eigenthumes geschickt ist, durch die in den Gesetzen bestimmte Frist ruhig und redlicher Weise besessen hat", vgl. mit den oben §. 103. u. 104. alleg. Gesetzstellen.

2. Ausschluß der Verjährung durch Besitz:

a. bei den dem Verkehre entzogenen Sachen; §. 581. 82. h. t. vgl. mit l. 4. §. 15 flg.

b. bei Domanialgütern; II. 14. §. 36. 37. vgl. mit Ed. von der Inalienabil. der alten u. neuen Dom.-Güter v. 13. Aug. 1713. (C. C. M. IV. 2. S. 161.) u. Hausgesetz v. 6. Nov. 1809. (Matthis Bd. 8. S. 465.); s. jedoch §. 39. 40. eod.: „Es hat derj., welcher sich in einem 44jähr. Bes. eines Dom.-Guts befindet, die Vermuthung für sich, daß er es aus rechtsgilt. Titel (s. §. 16 flg.) besitze", und §. 42. 43. eod.

c. bei Adelsrechten; II. 9. §. 18. 19.: „Wer . . 44 J. hindurch sich adlicher Präd. u. Vorr. ruhig bedient, . . für den streitet die rechtl. Vermuth., daß ihm der Geschl.-Adel wirklich zukomme."

d. bei persönlicher Erwerbsunfähigkeit; §. 580. 87. 88. h. t.

e. gegen die im Hyp.-Buche eingetragenen Rechte; §. 511. h. t. vgl. mit l. 18. §. 659. 67., 20. §. 493., 21. §. 96.

f. gegen ausdrückliche Verbotsgesetze; §. 664. h. t., u. arg. I. 8. §. 190. 91. S. auch II. 17. §. 176. vgl. mit Circ. über Abschoßfreiheit innerh. Landes v. 25. Nov. 1777. (N. C. C. Th. VI. S. 1051.)

§. 116. bb. Von der gewöhnlichen Verjährung durch Besitz. (B. §. 123. 131—39., Th. §. 307—18. 322.)

1) Voraussetzungen derselben.

a) Wirklicher und vollständiger Besitz.

S. §. 579. cit. vgl. mit §. 625. (s. unten) u. 627. h. t. („die Sache

oder das Recht als sein eigen besessen"), und §. 589. eod.: „Alles, was die Besitzergreifung im rechtl. Sinne verhindert, das hindert auch den Anfang der Verj. durch Besitz (Tit. 7. § 96—108.)" vgl. mit l. 22. §. 14., II. 11. § 315.; s. auch l. 18. § 658 flg. u. 665. (Umwandl. des Lehns in Allod. durch Verj.), 20. §. 250. 51.; 21. § 95. 97. (Ersitzung verpf. od. zu Nießbr. bestellter Sachen.)

b) Nachweis eines gehörigen Titels.

aa) Im allgemeinen.

1. S. §. 579. cit. („aus einem Titel, der an sich zur Erl. des Eig. geschickt ist") vgl. mit Entw. §. 458. („durch welchen das Eigenth. erlangt werden kann").

2. Ueber die Bedeutung der Worte „an sich" im allg. vgl. u. a. A. L. R. II. 17. §. 183., 18. §. 50. 67. 453. u. A. G. O. II. 2. §. 10. (s. jedoch auch l. 20. §. 450.), und über den Unterschied zwischen „an sich geschickten" und „an sich rechtsgültigen od. rechtsbeständigen Titel" vgl A. L. R. I. 10. §. 18., 11. §. 277., 18. §. 279., 20. §. 410. 418., II. 1. §. 268., 18. §. 805. 74.

3. Ueber den Sinn der Worte „an sich" im §. 579. h. t. s. vor allem Svarez Bem. zum gedr. Entw. §. 458.: „Daß die Wahrheit und Richtigkeit des Tit. nicht nothw., sondern es genug sei, wenn der Bes. solchen nur bona fide für wahr gehalten hat, versteht sich zwar von selbst, kann aber allenfalls durch einen kleinen Beisatz in der Fassung noch deutlicher marquirt werden" (Simon a. a. O. S. 535.), und zu Kircheisen's Entw. §. 472—75.: „Hat jemand den Besitz aus einem an sich rechtsgültigen Titel wirklich erlangt, so kann ein Mangel in der bloßen äußern Form dieses Titels (s. §. 475., Mangel der Schrift, Unförml. des Test.) der Rechtmäßigkeit seines Besitzes nicht schaden" (ebend. S. 51.). S. auch §. 583. h. t. u. 593. eod., so wie Proj. des C. J. Fr. P. II. Lib. 3. tit. 5. §. 10 flg.

4. Ueber das anfangs beabsichtigte Requisit eines rechtsbeständigen Titels vgl. Klein's Mater. §. 253.: „Ein fehlerhafter Titel (im Gegens. eines „durch die Gesetze gebilligten oder gültigen Rechtsgrundes", s. §. 251. u. 55.) kann niemals eine Verj. begründen" (Simon S. 409.); Kircheisen's Entw. § 800. u. 807.: „Das 2te Erford. . . ist ein rechtsgültiger Grund oder Titel. Durch einen fehlerhaften Titel wird diesem Erford. kein Genüge geleistet" (ebend. S. 428. 29.), vgl. mit §. 473 flg. 478. 481 flg. 484. 499. eod. (ebend. S. 50 flg.); Erster Entw. §. 45. („ununterbrochen fortgesetzter, redlicher und vollständiger Besitz") nebst Svarez Bem.: „. . . würden versch. §§. aus dem 1. Entw. des Tit. vom Besitze, welche bei der Umarb. weggeblieben sind, hier aufzunehmen sein, scil. §. 7—18. [vgl. §. 8. u. 9. = 581. 83. h. t., §. 12 flg. = 584—86. h. t., §. 17 flg. = §. 587—88. h. t., und die nicht aufgenommenen §. 10. 11: „Auch ist der Tit. fehlerhaft, wenn die Form, welche die Ges. der Art des Geschäfts vorschreiben, nicht beobachtet worden. Geben jedoch die Ges. Jemanden kein besondres Recht die bereits in Bes. genommene Sache wegen eines Fehlers in der Form zurückzufordern, so ist der Bes. nicht für fehlerhaft zu achten"], welche de tit. vitioso handeln, u. also näher zu examiniren sein werden" (Simon S. 477. vgl. mit S. 120 flg.)

5. Ueber die verschied. Arten eines Verjährungs-Titels s. Kircheisen's Entw. §. 801 flg. nebst Svarez Bem.: „Die Enumeration

von

von den titulis dominii translativis wird wohl in die Materie vom Eigenth. ausgesetzt bleiben" u. dessen Bem. zum 1. Entw. §. 45.: „Es ist genug, wenn man sagt, daß alle tituli ad transfer. domin. habiles dazu geschickt sind. Welche das sind, lehrt das ganze Gesetzbuch". (Simon S. 428. 77.) vgl. mit §. 617 — 19. h. t. (Anerk. des tit. pro herede). — S. auch Proj. des C. J. Fr. a. a. O.

bb) Bei Ersitzung der Servituten insbesondre.

S. §. 579. h. t. (eine Sache oder Recht) u. I. 22. §. 14.: „. . . muß besonders nachgewiesen werden, daß der Besitzer des berecht. Grundst. die streitige Befugn. als ein wirkl. Recht, u. nicht vermöge einer bloßen Vergünst. in Besitz genommen und durch rechtsverj. Zeit ununterbr. ausgeübt habe (Tit. 7. §. 81 — 85., 93 — 95., 127., 96 — 108., Tit. 9. §. 589. 590. 596. sq.)" vgl. mit Kircheisen's Entw. §. 811.: „Bei Erwerbung der Dienstb. vertritt die Besitzergr. die Stelle des Titels" u. Svarez Bem.: „Diesen Satz halte ich nicht für richtig; soll eine Serv. per praescr. ord. erworben werden, so ist auch dazu justus tit. erforderlich . . . Submitto, ob dieser §. bis zur Mat. von Serv. auszusetzen" (Simon S. 430.). — Vgl. auch Pr. L. R. v. 1721. B. III. Tit. 2. Art. 3. §. 3.: „. . . wird erfordert, daß . . die servit. u. Dienstb. mit Wissen u. Geduldeu des Gegenth. (welches . . an statt einer poss. . . allhier zu halten). in Willen u. Meinunge eine serv. zu schöpffen, auch b. f. . . geübt werde", und Proj. des C. J. Fr. l. c. §. 26.: „. . . Es wird zur Usuc. der uncörp. Dinge . . . 3) ein justus tit. erfordert. Proj t. wird gehalten, wenn jemand non vi, non clam, nec precario dergl. Rechte in einem fremden Gute exerciret, weil die rechtl. Vermuthung ist, daß der Eigenth. sothanen Gebrauch nicht ignoriret, folglich, da er in so langen Jahren solchen nicht hindert, in denselben consentiret habe", mit Ed. wegen des Summar. v. J. 1718. (s. oben §. 107. S. 118.).

Vgl. überh. Ergänz. u. Erläut. der Pr. Rechtsb. ad §. 14. cit.

cc) Folgen des mangelnden oder mangelhaften Titels.

S. §. 591. h. t. („kann niemals eine Verj. anfangen") vgl. mit §. 625. u. 628. eod. („wird die Verj. erst in 30 J. vollendet").

c) Redlicher Glaube des Besitzers.

§. 579. cit. u. §. 585. h. t. („redlicher Weise besessen") und §. 625. 628. eod. (b. f. bei 30jähr. Verj.) vgl. mit §. 591. 618. h. t. („wer den Besitz unredl. Weise erworben hat"). S. aber über die Folgen der mala fides superveniens §. 592. 607. 611. 614. u. 15. h. t. vgl. mit Svarez Bem. zum 1. Entw. §. 28. 58. u. 70. (Simon S. 471. 82. 485.), und vgl. Proj. des C. J. Fr. l. c. §. 9. u. 32., Pr. L. R. v. 1721. a. a. O. Art. 1. §. 4.

d) Gehörige Dauer des Besitzes.

1. Zehnjähriger Besitz; §. 620. h. t. vgl. mit §. 596. eod.: „Soll ein Recht, welches gewöhnlich ausgeübt werden kann, durch die ordentliche Verj. erworben werden, so muß dessen Ausübung nach der Besitzergr. jährlich wenigstens einmal erfolgt sein". — Ueber die Gleichstellung der bewegl. u. unbewegl. Sachen vgl. Entw. §. 520. Note* sub 4., und Svarez Bem. zum 1. Entw. §. 45. (Simon S. 477.); s. auch Pr. des C. J. Fr. l. c. §. 21. (bei bew. S. Jahresfrist, de mom. ad mom. gerechnet).

2. Besitz von zehn bis zwanzig Jahren; §. 621. h. t.: „Befindet sich der, gegen welchen verj. werden soll, außerhalb der Provinz (s. §. 622.), so wird jedes Jahr Abwesenheit (s. §. 623.) nur auf die Hälfte oder für 6 Mon. gerechnet", vgl. mit §. 597. 98.

3. Zwanzigjähriger Besitz; §. 624. h. t.: „Zum Besten moral. Personen, welche die Rechte der Corp. (Entw. §. 492. „der Minderj.") haben, wird die zehnjähr. Frist immer verdoppelt", vgl. mit Kircheisen's Entw. §. 873. u. erst. Entw. §. 55. nebst Svarez Bem. (Simon S. 438. u. 79.)

4. Dreißigjähriger Besitz; §. 625. u. 26. h. t. vgl. mit I. 11. §. 829.

5. Ueber Beweis und Berechnung der Besitzzeit s. §. 599. 600. h. t., und §. 547. eod.: „(Die Verj. durch Nichtgebrauch) endigt sich allemal mit dem Ablaufe des letzten Tages des bestimmten Zeitraums", vgl. mit I. 3. §. 46. 47. u. Einl. §. 96. (s. oben S. 104. u. 106.); vgl. auch Kircheisens Entw. §. 845.: „Der angefangene Tag wird dabei niemals zum Nachtheil des Eigenth. für vollendet geachtet".

Ueber einzelne singuläre Fälle dreijähriger Ersitzung s. noch I. 9. § 235. u. 257.

2) Hindernisse des Anfangs der Verjährung.

1. Unbekanntschaft des Gegners mit dem ihm zuständigen Rechte; §. 512. 14. h. t. u. §. 590. eod.

2. Behinderung desselben an Ausübung und Verfolgung seiner Rechte; §. 516. u. 17. h. t. vgl. mit §. 518—20. u. 522. (Abwesenheit in Staatsdiensten) u. §. 523. u. 528. (Rechtsstillstand u. Rechtsverweigerung), und §. 521. h. t.: „Zum Nachtheile eines Gutseig. kann keine Verj. gegen dessen Pächter (s. I. 21. §. 91 flg.), wohl aber gegen den Verwalter angefangen werden". Vgl. auch Entw. §. 520. h. t. Note * sub 1.

3. Unmündigkeit u. Minderj., Wahn- u. Blödsinn u. Taubstummheit des Gegners; §. 595. h. t. („so lange diese Bestellung, scil. des Vormundes, noch nicht erfolgt ist") vgl. mit Svarez Schlußv. S. 14. u. Bem. zu Entw. §. 421 flg. (Simon a. a. O. S. 522.); über die Verschwender vgl. arg. §. 542 h. t. u. Svarez a. a. O.

4. Besondere persönliche Beziehungen zum Gegner; §. 524. (ehel. Verh.), §. 525. (Verh. der väterl. Gewalt), §. 526. (Vormundschaft), und §. 527. h. t.: „Auch kann ein Pächter, Verw. oder anderer unvollst. Bes. einer Sache in Ansehung derselben eine Verj. gegen den, in dessen Namen er besitzt, zu Gunsten seiner eignen Sache während seiner Besitzzeit nicht anfangen".

3) Unterbrechung der Verjährung.

a) Temporäre Unterbrechung.

S. §. 596. h. t. (oben sub 1. d.) und §. 529. 30. eod.: „Auch wenn ein solches Hinderniß (scil. Versagung rechtl. Gehörs, §. 528. vgl. mit A. G. B. §. 528. 29.) im Laufe der Verj. eintritt, wird die Fortsetzung ders. so lange unterbrochen, als das Hinderniß dauert. Dagegen wird durch andere Hind., die nach angef. Verj. erst eintreten, der Fortlauf nicht gehemmt"; s. jedoch II. 11. §. 873. (Ausn. bei der während der Verj. eingetret. Suspension des Pfarrzehnten).

b) Gänzliche Unterbrechung.

1. Natürliche Unterbrechung durch Verlust des Besitzes; §. 601 h. t.

vgl. mit I. 7. §. 111 flg., s. jedoch §. 124. eod. (oben §. 105. sub 4.) und §. 602. h. t.: „Hat Jemand den Bes. einer Sache, die er verlassen (s. Svarez zu Entw. §. 475 flg. sub 2. bei Simon S. 542.) hatte, noch ehe dies. von einem Andern in Bes. genommen worden, wieder ergriffen, so wird die Zwischenzeit, wo die Sache in Niemandes Besitz gewesen ist, von der Verj.-Frist nicht abgerechnet". — Ueber die accessio possessionis s. noch §. 613 flg. h. t.

2. Juristische Unterbrechung:

a. durch Mittheilung d. Klage od. gerichtl. Protestation; §. 603. 4. 607—10. h. t. vgl. mit §. 605. u. 6., und §. 552. h. t. vgl. mit I. 7. §. 15. u. Svarez Bem. zu Kircheisen's Entw. §. 795. u. erstem Entw. §. 178. u. zu Entw. §. 475 flg. sub 3. u. 7. (Simon S. 427. 177. u. 543.). Vgl. auch Proj. des C. J. Fr. l. c. §. 22. (insin. citat.) mit Pr. L. R. Tit. 4. Art. 4. §. 2. (lit. cont.)

b. durch mala fides superveniens; §. 592. 611. h. t. —

Ueber die Erfolglosigkeit der Pfändungen und andrer außerger. Handlungen s. §. 611. u. 12. h. t. vgl. mit Svarez Bem. zu §. 89. des 1. Entw. u. zu §. 482. 83. des gedr. Entw. (Simon S. 492. u. 545.) und mit Pr. L. R. v. J. 1721. a. a. O. §. 4. (Unterbr. des Hutbesitzes durch Pfändung).

3. Unterbrechung der Verj. von Grundger. durch Tod u. s. w. des Gegners; I. 22. §. 24.: „Nach Verlauf zweier Jahre von Publ. dieses L. R. kann eine solche Grundger. (§. 18.) durch Verj. nicht mehr anders erworben werden, als wenn letztere gegen eben denselben Bes. des belasteten Grundst. angefangen u. vollendet worden".

4) Wirkung der Verjährung durch Besitz.

1. Vgl. §. 665—68. h. t. mit I. 18. §. 665., 21. §. 7., 22. §. 13. u. 28.; s. aber I. 18. §. 80.: „Dieser Titel (scil. der Lehnseigensch.) beruht entw. auf Lehnsvertr. od. letztw. Verordn. oder auf der Verj."

2. Ueber Restitution gegen die vollendete Verjährung vgl.:

a. §. 531. 32. h. t.: „Ist die zur Verj. bestimmte Frist abgelaufen, ehe noch das inzw. eingetretene Hind. (s. §. 530.) wieder gehoben worden .. (oder) wird das Hind. zwar noch vor Ablauf der Verj.-Frist, jedoch erst innerh. der letzten 4 J. wieder gehoben, so kommt die W.-E. i. d. v. St. dem Verhinderten (resp. dessen Erben §. 533.) innerhalb 4 J. von erfolgter Hebung des Hind. zu statten"; s. aber §. 534. eod. („und sein Recht gehörig ausübt und verfolgt").

b. §. 593. 94. h. t.: „(Es) wird durch persönl. Eigensch., wegen welcher die Verj. durch Nichtg. (§. 535. 40 41.) keinen Anfang nehmen kann (d. h. Unmünd., Minderj., Wahns., Blöds., Taubst., Abwes.), der Anf. der Verj. durch Bes. nicht gehindert. Wenn jedoch gegen dergl. Pers. die Verj.-Frist vor gehob. Hind. abgelaufen ist, so kommt denselben die W.-E. i. d. v. St. ... eben so (d. h. binnen 4 J. nach aufgeh. Vormundsch., §. 537 flg.) wie bei der Verj. durch Nichtg. zu statten".

§. 117. cc. Von der ungewöhnlichen Verjährung. (B. §. 140—142., Th. §. 319—21. 23. 25. 27.)

1) Vierzigjährige Verjährung.

a) Gestohlner und geraubter Sachen.

S. §. 584—86. u. §. 648. h. t. vgl. mit I. 7. §. 184. u. 15. §. 34.;

s. auch Simon a. a. O. §. 127. 436. 488. u. Svarez Schlußvortr. S. 14. 15.

b) Der s. g. jura discontinua.

§. 649 flg. h. t.: „Wenn Rechte, welche nicht alljährlich u. gewöhnlich, sondern nur in gewissen Jahren od. bei gewissen Geleg. benutzt werden können, wenigstens zu 3 versch. Malen (aber auch bei jeder Veranlassung; s. §. 651—54.) ausgeübt worden, so werden sie durch einen Besitz von 40 J. erworben" vgl. mit I. 7. §. 81.; s. auch Svarez zu §. 86. des erst. Entw. (Simon S. 490.) u. Schlußv. S. 15.

2) Vier und vierzigjährige Verjährung.

§. 629. h. t.: „Gegen den Fiscus (s. I. 14. §. 173., II. 11. §. 575. 14. §. 35. 42., 16. §. 9., auch 9. §. 18.), die Kirchen (s. II. 11. §. 774. 871. 952.) u. solche Corp., welchen verm. ihrer Privil. (s. II. 12. §. 18., 19. §. 13.) gleiche Rechte beigelegt sind, findet (Redl. des Besitzes vorausg.; s. §. 630. 31.) nur die ungewöhnl. Verj. von 44 J. Statt", vgl. mit §. 635—40. eod. u. II. 14. §. 75. S. auch §. 633. h. t. vgl. mit §. 530. flg. h. t. (Restit. wider voll. Verj.)

3) Funfzigjährige Verjährung.

§. 660. h. t.: „Wenn die Grenzen einer Sache (I. 17. §. 374.) od. eines Rechts (II. 11. §. 241.; s. aber II. 14. §. 30 flg.) durch Gesetze, Verträge od. rechtskr. Erk. klar bestimmt sind, so kann (ohne Rücks. auf den Titel, §. 661.) die Befugn., diese Grenzen zu überschreiten, nur (s. jedoch §. 662.) durch 50jährige Präscr. erworben werden". S. übrigens §. 663. h. t.: „Auch ein 50jähr. Besitz schützt den nicht, welcher der Unredl. dabei überführt werden kann", vgl. mit II. 7. §. 143.: „Gegen den deutl. Inhalt . . bestätigter Urbarien findet weder für den einen noch andern Theil eine Verj. Statt" u. Svarez Schlußv. S. 151.; s. auch Entw. I. 2. Tit. 2. §. 100. u. Note *.

Ueber einige andere Fälle, wo erst 50jähr. Besitz beachtet wird, vgl. A. L. R. I. 9. §. 260., §. 656—59. eod. vgl. mit II. 14. §. 5., u. II. 7. §. 430.

IV. Vom Verluste der Rechte.

§. 118. A. Von der Uebertragung der Rechte. (B. §. 388., Th. §. 59.)

1) Durch Erbfolge.

Einleitung §. 102. 3.: „Rechte, welche nur der Person ankleben (vgl. I. 2. §. 40., 9. §. 360.), verschwinden durch derselben Tod; Rechte aber, welche zum freien Eigenthum gerechnet werden (vgl. I. 9. §. 354., und II. 1. §. 501. 2. §. 540. 43., 2. §. 273. u. 294.), gehen mit dem Tode des Besitzers auf Andere nach näherer Bestimmung der Gesetze über", vgl. mit I. 11. § 316. 619., 20. §. 596., 21. §. 176., II. 1. §. 42. 124. 1088. 89. u. a. m., und mit I. 5. §. 415 flg., 6. §. 28., 9. §. 355—57. 361—66. (active u. passive Transmissibilität der Oblig.)

2) Durch Veräußerung im w. S.

Einl. §. 99.: „Rechte, welche an eine bestimmte Person oder an ge-

wisse Eigensch. derselben (s. z. B. §. 104. eod., I. 11. §. 312. 388. 615., 17. §. 68., 19. §. 22., 20. §. 594., 21. §. 110. 237. 309.) nicht gebunden sind, können von dem Einen auf den Andern übertragen werden", und I. 3. §. 30., 4. §. 96., 5. §. 1. 2. (s. oben S. 82. 83. 100.) vgl. mit I. 8. §. 9., 11. §. 1. 376. 77. 82. 1037., 16. §. 6.

B. Vom Erlöschen der Rechte.

§. 119. 1. Uebersicht der wichtigeren Erlöschungsgründe. (B. §. 74., Th. §. 60.)

1. Tod und persönliche Veränderungen auf Seiten des Berechtigten oder Verpflichteten; Einl. §. 102. 4. cit. vgl. mit II. 1. §. 434., 2. §. 210. 228. 255 flg. 270., 8. §. 42. 54., 9. §. 81 flg., 11. §. 104., 18. §. 696. 815. 860. 900., und I. 5. §. 416. vgl. mit I. 13. §. 186 flg., 21. §. 366 flg.

2. Untergang und Veränderung des Objects; I. 16. §. 2 flg.: „Der gänzliche Untergang einer Sache (s. §. 3. eod.) hat von selbst den Verlust aller darauf haftenden Rechte zur Folge", vgl. mit I. 18. §. 678. 79., 20. §. 257. 59. 61., 21. §. 184., 22. §. 37 flg., und I. 16. §. 5. (s. oben §. 97. sub 5.) vgl. mit I. 22. §. 42. — S. auch über die zufällige Unmöglichkeit der Erfüllung einer Verb. I. 5. §. 364 flg. u. 373., 11. §. 100. 879. vgl. mit Svarez Schlußv. S. 17.

3. Eintritt der Resolutiv-Bedingung ꝛc. und Nichterfüllung des Zwecks; s. oben §. 93. 94. 96.

4. Wegfall des bedingenden Hauptrechts; Einl. §. 108.: „Das Recht, welches von dem Dasein oder der Dauer eines andern Rechts oder einer Sache abhängt, geht mit dem Recht oder der Sache, worauf es beruhte, zugleich verloren", vgl. mit I. 2. §. 140. 41., 14. §. 316., 19. §. 33., 20. §. 55. 64., 21. §. 388., II. 1. §. 634. 743., 2. §. 231.

5. Consolidation und Confusion: a) bei objectiv- u. subjectiv-dinglichen Rechten, I. 16. §. 482—85. vgl. mit I. 18. §. 672—77., 21. §. 184., 22. §. 52.; s. aber I. 20. §. 520 flg. vgl. mit Anh. §. 52. und H.-O. Tit. 2. §. 261 flg. 285 flg., I. 22. §. 53. 54., I. 18. §. 595.; b) bei persönlichen Rechten, I. 16. §. 476 flg. vgl. mit §. 486 flg. eod.

6. Aufhebender Vertrag u. Vergleich; I. 5. §. 385 flg. vgl. mit §. 390. eod., 19. §. 30 31., II. 1. §. 122., und I. 5. §. 414. vgl. mit I. 16. §. 405—7. 436. 440. Ueber einseitigen Rücktritt u. Widerruf s. I. 5. §. 393 flg. vgl. mit I. 11. §. 878., 21. §. 360 flg., II. 1. §. 100 flg., 5. §. 116 flg., und I. 11. §. 1089 flg., 12. §. 587 flg. 634., 13. §. 159 flg. u. 181 flg.

7. Entsagung; I. 16. §. 378 flg. vgl. mit Einl. §. 105. 6., I. 5. §. 414., 9. §. 398 flg., 18. §. 643 flg. 806., 19. §. 30., 20. §. 253. 597., 21. §. 181., 22. §. 43 flg., II. 2. §. 356. — S. übrigens §. 381. h. t.: „Erlaß (d. h. Entsag. auf bereits erworbene Rechte, s. §. 379.) und Verzichtsleistungen (d. h. auf noch zu erwerbende) erfordern allemal eine ausdrückliche W.-E." vgl. mit §. 382 flg., I. 20. §. 253., 22. §. 43. und §. 387. h. t.: „So weit ein Vertrag der bloß mündlich erfolgten Abschl. ungeachtet gültig ist, so weit ist es auch eine bloß mündliche Entsagung", vgl. mit I. 5. §. 134.: „Zu Entsag. u. Verzichtsleist. ... sind schriftliche Urkunden erforderlich".

8. Aufhebung auf legislativem Wege (s. oben §. 99.) oder durch richterliches Erkenntniß; I. 16. §. 7. vgl. mit I. 5. §. 349. 50., 7. §. 60., 10. §. 4., II. 1. §. 668., 2. §. 90. 91., 18. §. 918. 24.; s. auch I. 12. §. 599. 605 flg. (Indignität).

9. Misbrauch und Nichtgebrauch des Rechts; Einl. §. 107.: „Es kann nach näherer Bestimmung der Gesetze ein Recht auch durch den unterlassenen Gebrauch (s. flg. §.) oder durch den Misbrauch desselben (s. oben §. 97. sub 3.) verloren gehen".

§. 120. 2. Von der Verjährung durch Nichtgebrauch insbesondre. (B. §. 124—130. 140—42., Th. §. 297—305. 321—23. 325.)

Vgl. die oben §. 102. angeführten Schriften und Koch's Recht der Forderungen Th. 2. §. 176—181.

1) Allgemeine Vorbemerkungen.

a) Umfang ihrer Anwendbarkeit.

1. A. L. R. I. 9. §. 502.: „Soll durch Verj. nur ein Recht verloren und der Verpfl. bloß von der daraus herfließenden Verbindlichkeit (s. I. 2. §. 122. 23. vgl. mit Einl. §. 92., u. I. 3. §. 35. 36. 38. 39.) frei werden, so ist in der Regel der Nichtgebrauch des Rechts dazu hinreichend", vgl. mit

a. §. 508. eod.: „Persönliche Rechte an einen Andern (s. I. 16. §. 7.), ingl. Rechte auf fremdes Eigenthum (I. 19. §. 29., 20. §. 243 flg. §. 646., 21. §. 184., 22. §. 50.) können in der Regel durch Nichtgebrauch erlöschen".

b. §. 509. eod.: „Auch das Recht, jährliche Leistungen und Abgaben von der Person oder dem Grundstücke (I. 18. §. 664., II. 7. §. 494., 8. §. 40., 11. §. 871.) eines Andern zu fordern, kann durch den bloßen Nichtgebrauch (s. aber §. 510.) verjährt werden", vgl. mit Svarez Bem. zu §. 28. des ersten Entw. u. zu §. 408. des gedr. Entw. (Simon S. 470. u. 516.). — S. auch Landes-Const. v. J. 1594. Th. 1. Art. 24.: „Es wird zurechte sehr zweiffelhaftigk disputiret, ob Zinse und Pächte gantz oder zum teil können praescribiret werdenn. Und wie wohl die Rechte disfalß einen Unterscheit machen unter den Contr. und Testam., Inns Keys. C. G. aber ohne Unterscheidt gesprochen wird, daß in obgesagten Fällen keine praescr. stat habe, Dieweill aber für richtiger angesehen, auch in den benachtbarten örtern geordnet u. gesprochen wirdt, daß die Järigen Pechte und Zinse so woll als die Hauptsumme u. Hauptschult gantz oder zum teill innerh. 30 J. verjäret werden können, So . . soll in unserm Lande darauf hinführo gesehen und gesprochen werden", vgl. mit Pr. L. R. v. J. 1721. B. III. Tit. 4. Art. 2. §. 6. und Proj. des C. J. Fr. Lib. 3. tit. 5. §. 37. (damit übereinstimmend).

c. I. 9. §. 494. vgl. mit I. 18. §. 666. u. II. 4. §. 124. (Verj. der Erbrechte.)

d. II. 1. §. 128 flg. u. §. 1083. vgl. mit §. 1032 flg. (Verj. des Rechts auf Eheschließung).

e. II. 8. §. 47.: „Wer ohne einen andern Wohnsitz zu nehmen, sich aus der Stadt entfernet, verliert sein Bürgerrecht nur durch die gewöhnliche (s. §. 43. eod.) Verjährung", vgl. mit II. 9. §. 94.: „Durch den bloßen Nichtgebrauch adliger Rechte u. Titel geht der Adel selbst nicht verloren", u. II. 7. §. 155.: „Entwichene Unterth. kann die Herrschaft . . zu allen Zeiten (s. Märk. revid. Ges. Ordn. v. J. 1769. Tit. 4. §. 9.) zur Rückkehr nöthigen".

2. Unzulässigkeit der Verjährung durch Nichtgebrauch:

a. beim Eigenthume; §. 504. h. t. („so lange die Sache oder das Recht, welches den Gegenst. des Eigenth. ausmacht, in dem Besitze des Eigenth. sich befindet") vgl. mit I. 18. §. 657. 812., 21. §. 94., 23. §. 22. u. Svarez Bem. zu §. 400 flg. des Entw. bei Simon S. 510. 11.

b. bei Rechten der natürlichen od. allg. bürgerlichen u. Eigenthums-Freiheit (res merae facultatis); §. 505. u. 6. h. t. vgl. mit §. 576—78. eod., I. 23. §. 7., 17. §. 76. u. 373. und Gem.-Theil.-Ord. §. 26. 27., II. 7. §. 428. (s. aber §. 429. 30. eod.), 11. §. 923. u. 935. und Svarez a. a. O. S. 513.

c. bei hypothekarisch eingetragenen Rechten; §. 511. h. t. vgl. mit I. 18. §. 666. 67., 20. §. 534., 22. §. 49., II. 7. §. 143.

d. bei Landesabgaben; §. 655. h. t.: „Von öffentlichen (s. II. 14. §. 2. u. 5. vgl. mit II. 11. §. 871., 8. §. 40. 41.) Lasten und Abg. wird der Verpfl. bloß dadurch, daß er dieselben auch in der längsten Zeit nicht entrichtet hat, keineswegs frei"; s. auch Svarez a. a. O. S. 557. Vgl. jedoch Ges. v. 18. Juni 1840. (unt. sub 2. c.)

e. bei dem auch den Erben oder „zu allen Zeiten" vorbehaltenen Wiederkaufsrechte; I. 11. § 317.

3. S. übrigens (ad a. u. b.) §. 507. h. t.: „Doch kann auch gegen solche Befugnisse ein Untersagungsrecht durch Verj. erworben werden (Tit. 7. §. 86. 128.)", §. 574. 77. 78. eod., I. 18. §. 658. u. 63., II. 7. §. 429., 11. §. 924. u. I. 23. §. 22.: „Auch Zwangs- u. Bann-Gerechtigkeiten können mittelst der Verj. durch Nichtg. erlöschen (Tit. 7. §. 128., Tit. 9. §. 543. 44. 578.)". — Vgl. jedoch I. 17. §. 76. 77.: „Das Recht auf Theilung (des gemeinsch. Eigenth.) anzutragen kann auch durch Verj. nicht verloren gehen; selbst alsdann nicht, wenn ein Theilnehmer der von dem andern angetragenen Theilung widersprochen u. letzterer sich dabei durch noch so lange Zeit beruhigt hätte", und §. 656. flg. h. t.: „Wenn erhellet, daß Jemand zu einer (öffentl.) Last oder Abgabe .. aufgefordert worden, sich aber deren Leistung geweigert habe, u. seit dieser Zeit 50 J. hindurch davon frei geblieben sei, so wird vermuthet, daß er die Befreiung auf eine rechtsgültige Weise erlangt habe".

b) Verhältniß der Verjährung durch Nichtgebrauch zur gemeinrechtlichen Klagverjährung.

Vgl. II. 1. §. 128. u. 30. mit §. 129., §. 1083. mit §. 1079. 81. eod., I. 11. §. 753. 55. 56., II. 8. §. 1079. 80., 2353. 57., 2443. 44., u. §. 568. 569. h. t. (s. unten sub 5.)

c) Verhältniß derselben zu den gesetzlichen Fristen.

Vgl. v. Tevenar's Mon. zu §. 1. des erst. Entw.: „Es finden sich Schwierigk., die Verj. so allg. zu erklären, daß solche auf alle Gegenst. der Verj. eine Anwendung findet. . . Bei vielen Geschäften verursacht der Ablauf einer best. Zeit nach den Ges. in dem Rechte eine Abänderung, ohne daß diese im eigentl. Verst. eine Verj. genannt werden kann", mit Svarez Bem. zu §. 1. cit.: „. . . ist es in der That Verjährung, wenn man es auch nicht so nennt", u. zu §. 400. des gedr. Entw.: „Das Mon., daß in den Begr. der Verj. der Nichtgebrauch nothw. hineinkommen müsse, halte ich für gegründet. Durch den Zeitverlauf entst. Aenderungen in den Rechten, die keine Verj. sind; z. B. der Minor. wird elapso spatio minor. volljährig, und erlangt dadurch mancherlei Rechte, die er vorher nicht hatte; bei der obl. in diem od. ex die entst. durch den Zeit-

verlauf Aender. in den Rechten, die man nicht Verj. nennen kann" (Simon a. a. O. S. 452. 512.), und mit Klein's Mater. §. 246. (ebend. S. 404.); s. auch A. L. R. I. 11. §. 752 flg. vgl. mit A. G. O. I. 51. §. 140., A. G. O. I. 10. §. 168. vgl. mit A. L. R. II. 8. §. 595 flg., und Reg s. v. „Verjährung" zu E. — S. indessen §. 500. 501. h. t. cit. („wegen unterl. Ausübung, vermöge der Gesetze, Rechte die Jemand gehabt hat")

Zusammenstellungen der theils zweifelhaften, theils unzweifelhaften Fälle wirklicher Verjährungsfristen s. bei B. Th. 2. S. 92. Note*, Th. Bd. 2. S. 442., u. in den Erg. u. Erläut. Suppl. Bd. I. S. 336 flg.

2) Bedingungen der Verjährung durch Nichtgebrauch.

a) Vollständiger Nichtgebrauch.

Vgl. §. 570 flg. h. t. mit I. 19. §. 34., 20. §. 246. 47., 22. §. 49—51. u. 66., 23. §. 22. S. aber a) §. 571. h. t.: „(Es) kann von mehreren in sich versch., obgleich aus einerlei Rechtsgrunde entspr. Befugn. die eine durch Verj. erlöschen, wenn gleich die andere durch fortg. Ausübung erhalten wird", vgl. mit Svarez Bem. zu Entw. §. 450. bei Simon a. a. O. S. 533., b) §. 574. u. 577. h. t., und c) §. 543. 544. eod. vgl. mit I. 23. §. 22.

b) Guter Glaube des Verjährenden?

Svarez Bem. zu Kl. Mat. §. 478. u. zu Entw. §. 434. u. 450. (bei Simon a. a. O. S. 426. 527. 532.) und §. 558. h. t. vgl. mit §. 592. eod. (Verj. gegen ein condemn. rechtskr. Urth.), §. 563. eod. (Verj. nach erfolgter Anerk. des Rechts), I. 20. §. 646. vgl. mit §. 648. S. jedoch §. 568. 69. h. t. (unten sub 5.)

c) Gehörige Dauer des Nichtgebrauchs.

1. §. 546. h. t.: „Die Verj. d. N. wird, wenn die Ges. nicht ausdrücklich eine andere Frist bestimmen, in einem Zeitraume von 30 J. vollendet."

2. Vgl. aber über einige generelle Ausnahmen:

a. I. 5. §. 343. 44. (Verj. des Rechts auf Gewährsleistung, bei Landgütern in 3, resp. 1 J., bei städt. Grundst. in 1, resp. ½ J., bei beweglichen Sachen in ½, resp. ¼ J.).

b. I. 6. §. 54.: und Decl. v. 31. März 1838. (3jährige Verj. bei allen „außerhalb dem Falle eines Contracts" [s. jedoch II. 1. §. 1083.] entstandenen Beschädigungen).

c. Ges. wegen Einführ. kürzerer Verj.-Fristen v. 31. März 1838. §. 1. u. 2. (2jähr. Frist bei aus dem Fabrik-, Handels- und Gewerbsverkehr herrührenden oder auf Unterr. und Erzieh. bezügl. Forder., 4jähr. Frist bei kirchl. u. anderen Gebühren öffentl. Behörden, bei Prozeßkosten u. dergl., bei Gehalts- u. Lohnford., bei Rückst. an Zinsen u. andern wiederkehr. Leistungen).

d. Ges. über die Verj.-Fristen bei öffentl. (Landes- u. Communal-) Abgaben v. 18. Juni 1840. §. 1. 2. 7. 8. 13. (3monatl. Frist bei Reclamationen, 1jähr. Frist bei Rückford. u. Nachford., 4jähr. Frist bei rückst. oder gestund. Abgaben, mit Ausn. der Stempelsteuer).

e. §. 632. h. t.: „Auch bei der Verj. d. N.-G. erlöschen die Rechte des Fiscus, der Kirchen u. anderer dergleichen Corpor. (s. §. 629.) nur nach Verlauf von 44 J." vgl. mit II. 11. §. 871.; s. aber I. 14. §. 177.: „Vorsteh. Verordn. (scil. über W.-E. i. d. v. St.) finden auch alsdann Anwendung, wenn die Ges. die Befugn. zur Ausübung eines Rechts

Rechts oder Entgegenſ. eines Einwands an eine kürzere als die gewöhnl. Verj = Friſt gebunden, und dabei wegen dieſer moral. Perſ. keine beſondre Ausn. gemacht haben".

3. Anfang der Verjährungs = Friſt.

a. §. 543. h. t. („von der Zeit, da ſich eine ſolche Gelegenheit ereignet hat") vgl. mit §. 559. eod. („der Tag, wo die Zahlung oder Präſt. zum erſtenmale fällig war") u. I. 23. §. 22.

b. §. 545. h. t.: „Gegen andere Rechte fängt die Verj. von dem Tage an, wo die Erfüllung der Verbindl. zuerſt gefordert werden konnte", vgl. mit I. 11. §. 351. u. 645. 14. §. 152. 53., II. 1. §. 128 flg., 8. §. 595. 596. 903. u. §. 2350 — 52.; ſ. aber I. 5. §. 343. 44. (Tag des Empfangs oder der Wiſſenſch. bei Evict. = Kl.), I. 6. §. 54. 55. (Tag der Wiſſenſchaft bei Schadenskl.) II. 1. §. 1083. vgl. mit II. 18. §. 966 flg. (Tag der Niederkunft bei Schwäng. = Kl.), Geſ. v. 31. März 1838. §. 5. (letzt. Decbr. des betr. Jahres).

c. I. 18. §. 666., 20. §. 244., 22. §. 51.; ſ. aber I. 20. §. 647. vgl. mit §. 608. 31. (Verj. der Retract. = Klage vom Tage der hypoth. Eintr. des Kauftitels).

d. I. 9. §. 574. 77., II. 7. §. 429., II. 11. §. 924.

Ueber die Verj. der auf Kündigung geſtellten Forderungen vgl. noch Klein's Mater. §. 285. (ſ. aber §. 287) und Kircheiſen's Entw. §. 913 — 16. (Simon a. a. O. S. 413. 442.).

4. Ende der Verjährungs = Friſt; §. 547. h. t. (ſ. oben S. 130.) vgl. mit §. 548 flg. eod.

3) Hinderniſſe der Verjährung durch Nichtgebrauch.

S. §. 512 flg. h. t. (oben §. 116. sub 2.) und §. 535 flg. h. t.: „Die Verj. durch bloßen Nichtgebr. kann gegen (bevormundete, ſ. §. 536. 538. vgl. mit §. 595.) Unmündige und Minderjährige (auch nicht gegen Wahn = u. Blödſ., Taubſt. und Abweſ., wohl aber gegen Verſchw., ſ. §. 540—42. eod.; auch gegen Stadtgemeinden? arg. II. 8. §. 157.; gegen Hausſöhne? arg. II. 1. §. 159. 170. 189 flg. 208., u. A. G. O. I. 1. §. 13 flg.) während der Minderj. nicht anfangen. Wenn aber ein Recht nach angef. Verj. auf einen Unmünd. ꝛc. übergeht, ſo wird dadurch der Fortlauf der Verj. nicht gehemmt", vgl. mit Svarez Bem. zu §. 12 — 14. des erſt. Entw. u. zu §. 421 flg. 429. des gedr. Entw. (Simon a. a. O. S. 463. 522 — 24.).

4) Unterbrechung der Verjährung.

1. Temporäre Unterbrechung; §. 529. 30. h. t. (ſ. oben §. 116. sub 3.) u. §. 555. eod.; ſ. aber auch II. 11. §. 873., II. 8. §. 2355. u. II. 1. §. 1085.

2. Gänzliche Unterbrechung:

a. durch Anmeldung (im Gegenſatze von deren Aufnahme oder Mittheilung? ſ. Svarez zu §. 58. des erſten, u. zu §. 434. u. 475. des gedr. Entw. bei Simon a. a. O. S. 481. 527. 543., u. A. L. R. II. 8. §. 908. 1213. 2352. 54. vgl. mit §. 1216.) der Klage; §. 551 — 53. h. t. u. A. G. O. I. 7. §. 50. vgl. mit II. 8. §. 909. u. Anh. §. 116. S. auch Geſ. v. 31. März 1838. §. 8. u. 9. (ſchriftliche Anmeldung bei Verw. = Behörden und Zuſtellung des Zahl. Befehls.)

b. durch Proteſtation oder Mahnung? §. 561. h. t.: „Eine bloße außergerichtliche Erinnerung iſt für ſich allein .. noch nicht hinreichend", vgl. mit §. 603. eod. u. Svarez zu §. 22. des erſt. Entw. (Simon S. 466.) und mit II. 8. §. 905. 6. 11. u. §. 598.

c. durch gegenſeitiges Anerkenntniß; §. 562. vgl. mit §. 564. h. t.

u. II. 8. §. 906. (Indult bei Wechseln von Nichtkaufl.) u. §. 2354. (schriftl. Erbieten zur Zahlung).

3. Ueber die Zulässigkeit einer neuen Verjährung (s. g. Proceß-Verj.) s. §. 554. h. t.: „Wird die gehörig angem. Klage nicht nach Vorschr. der Ges. verfolgt (s. aber auch §. 556—60. eod.), so fängt von dem Tage, wo der Kl. die Sache hätte fortsetzen können und sollen, eine neue Verj. wider ihn an", und §. 563. eod. („kann sie von neuem angefangen werden") vgl. mit II. 8. §. 2356.: „Ist die Verj. einmal unterbrochen, so dauert der (Assecuranz) Anspruch 30 J." und §. 907. eod.: „Bei diesen (s. §. 906. cit.) nimmt eine neue einjähr. Präscr.-Frist mit dem Tage des aufgehob. Indults ihren Anfang", und mit Ges. v. 31. März 1838. §. 10.: „Beginnt nach erfolgter Unterbr. eine neue Verj., so genügt .. eine der ursprünglichen gleichkommende Frist; jedoch .. wenn wegen des Anspruchs eine rechtskr. Verurth. erfolgt ist, .. tritt die ordentl. Verj. Frist ein".

5) Wirkung der Verjährung.

1. S. Einl. §. 107., §. 501. 2. 5. h. t., I. 5. §. 345., 6. §. 54., 20. §. 244. (Recht verloren), §. 508. 11. 44. 71. h. t., I. 16. §. 7., 19. §. 29., 20. §. 646., 22. §. 50. (Recht erlöschen), II. 8. §. 2353. (Anspruch ganz erlöschen), I. 18. §. 657. (Lehnseigensch. aufgehoben), II. 1. §. 129. („so hat das Ehegelöbniß selbst seine Kraft verloren"), vgl. mit §. 564. h. t.: „Ist die Verj. bereits vollendet, so hebt ein Anerk. des erloschenen Rechts die Wirkung derselben nur in so fern auf, als aus diesem Anerkenntn. nach den Gesetzen ein neuer Rechtsgrund entsteht" und I. 16. §. 377.: „Daß zur Zeit der eingekl. Ford. die Gegenford. schon verjährt ist, hindert die Compensation nicht, wenn nur zu der Zeit, da die erstere zahlbar, die Verj. der letztern noch nicht vollendet gewesen ist".

2. §. 568. 69. h. t. (fehlen im Entw.): „Die vollendete Verj. durch Nichtg. wirkt die rechtliche Vermuthung, daß die ehemals entstandene Verbindl. in der Zwischenzeit auf eine oder die andere Art gehoben worden. Diese Verm. kann nur durch den vollständ. Beweis, daß der Andere unredl. Weise u. gegen besseres Wissen von seiner noch fortwähr. Verbindl. sich der Erfüllung derselben entziehen wolle, entkräftet werden", vgl. mit I. 11. §. 755. 56. (fehlt gleichfalls): „Die zehnjähr. Präscr. (der Beweiskr. eines Schuldinstr.) hat nur die Wirkung, daß die Richtigkeit der Schuld durch das Instr. nicht mehr begründet wird, sondern der Kläger auf andere Art nachweisen muß, daß die Schuld von Anfang an existirt habe, und während der Lebenszeit des Erbl. nicht getilgt worden sei. Welche Wirk. es habe, wenn die Schuld selbst durch Nichtg. verjährt, ist gehörigen Orts bestimmt (Tit. 9. §. 568 sq.)", I. 20. §. 245. (fehlt eben so): „Diese Verj. durch Nichtg. steht dem (Pfand-) Gläubiger, auch in Ansehung des Schuldners selbst u. seiner Erben, mit der Tit. 9. §. 568. 69. bestimmten Wirkung entgegen", u. I. 11. §. 839. (auch Zusatz): „.. der Beweis, daß urspr. kein Darlehn gegeben, ist nur in dem Maaße zulässig, wie gegen die Verj. überh. ein Beweis statt finden kann". — S. auch Svarez Bem. zu Entw. §. 450 flg.: „Hier würde die allg. Wirk. der Verj., neml. die Befreiung des Verpfl. von seiner bisher. Verbindl. zu erwähnen, und zugleich .., daß es dabei auf b. f. a parte des Verpfl. nicht ankomme, zur Hebung aller Zweifel ausdr. anzuführen sein", vgl. mit dem Concl. zu diesem §.: „Es findet der Beweis statt, daß der Verpfl. gegen besseres Wissen ꝛc.", und Svarez Schlußvortr. S. 14.:

„Nach der Praxis wird zwar, sobald die Frist abgel. ist, nach der b. f. nicht mehr gefragt; der Theorie aber ist dieses nicht gemäß. Denn lapsus temporis begründet nur eine praesumtio juris für den Präscrib., welche den Beweis des contrarii niemals ausschließt".

3. Ueber die Restitution wider die vollendete Verj. vgl. §. 531—34. h. t. (s. oben §. 116. sub 4.), §. 537—39. eod. (Restit. der Minderj.) u. l. 14. §. 177.; s. aber Ges. v. 18. Juni 1840. §. 11. (Unzulässigkeit einer Rest. der Minderj. ꝛc. gegen die „in diesem Gesetze festges. Fristen").

§. 121. V. Von der Wiederherstellung der Rechte. (B. §. 74., Th. §. 92.)

Vgl. §. 531 flg. u. 633. h. t., I. 14. §. 172. flg. u. A. G. O. I. 16. §. 12—16. mit Svarez Schlußv. S. 192—95. — S. aber noch I. 9. §. 55.

Zweites Buch.

Persönliche Rechte.

Erstes Kapitel.

Von den Obligationen überhaupt.

Vgl. C. F. Koch das Recht der Forderungen nach Gem. u. nach Preuß. Rechte mit Rücks. auf neuere Gesetzgebungen. Bd. I. Bresl. (Glogau) 1836., Bd. II. Bresl. 1840.

I. Begriff und Arten der Obligationen.

§. 122. A. Im Allgemeinen. (B. §. 154., K. §. 2. 4. 61).

A. L. R. I. 2. §. 122—24. (s. oben §. 72.) vgl. mit I. 5. §. 7. 8. u. 273—275.

B. Insbesondere.

§. 123. 1. Von natürlichen Verbindlichkeiten. (K. §. 3.)

1) Einzelne Fälle.

A. L. R. I. 11. §. 577. 78. u. §. 676., I. 14. §. 243. 411., I. 16. §. 176. 77. 184. u. I. 20. §. 97. 98. vgl. mit I. 5. §. 155 flg., II. 2. §. 138. vgl. mit I. 11. §. 684., 16. §. 170., II. 12. §. 107 flg. — S. auch oben S. 94. u. 98.

2) Wirkungen derselben.

1. Soluti retentio; I. 16. §. 178. 79. vgl. mit II. 2. §. 138.

2. Novation; §. 467. 68. eod.

3. Bürgschaft? I. 14. §. 249.: „Die B. findet in Ansehung aller erlaubten Verbindl. Statt u. s. w. §. 251. So weit die Forderung an den Hauptsch. ganz ungültig ist, so weit ist auch die dafür geleistete B. unverbindlich. §. 254. Entsteht die Ungültigkeit des Hauptvertr. bloß aus der persönl. Eigenschaft des Verpfl., so haftet der Bürge .. als Hauptschuldner. §. 256. Auch der, welcher für die von einer Frau unkräftig geleistete B. eine weitere B. übernommen hat, haftet dem Gläubiger u. s. w.", vgl. mit §. 391 flg. eod. — S. übrigens Pr. L. R. v. J. 1721. B. IV. Tit. 13. Art. 1. §. 1. („es sey auch die Oblig. u. Verbindung wie sie wolle, Natürlich oder Bürgerlich").

4. Compensation? I. 16. §. 377. (s. oben S. 138.) vgl. mit §. 302 eod.: „Nur auf das, was jemand für sich zu fordern hat, kann das, was er dem andern schuldig ist, abgerechnet werden."

5. Pfandbestellung? I. 20. §. 11 — 13.: „Für jeden an sich rechtsbegründeten Anspruch kann durch Pf. oder Hyp. gültige Sicherheit bestellt werden. Ist der Anspr. in sich ungültig, so ist auch die .. Sicherheit ohne Wirkung. Wird eine von Anfang ungültige Ford. in der Folge zu Recht beständig (s. §. 95. 96. vgl. mit I. 5. §. 185. 89., u. II. 2. §. 136. 37. vgl. mit I. 5. §. 37. 38.), so erlangt auch die ... Sicherheit von Zeit der Bestellung an ihre volle Kraft", und §. 415.: „Die Gültigkeit des Hyp.-Rechts hängt an und für sich von der Gültigkeit des Anspr. ab ꝛc.", vgl. mit §. 97. 98., §. 416 und §. 418 flg. eod. S. aber auch II. 1. §. 318. 319., II. 2. §. 165. 66., I. 11. §. 705. — Vgl. übrigens Proj. des C. J. Fr. P. II. Lib. 5. tit. 2. §. 4. („es ist aber genug, wenn das Debitum naturale ist").

§. 124. 2. Von Correal-Obligationen. (B. §. 202—204., K. §. 62—66.).

Vgl. Rubo über Correal-Obligationen nach Preußischem Recht, in v. Kamptz Jahrb. Bd. 20. S. 3 flg.

1) Passive Correal-Obligationen.

a) Begründung derselben.

1. Durch Vertrag; A. L. R. I. 5. §. 424.: „Haben mehrere Personen zugleich sich einem Dritten in einem und demselben Vertrage verpflichtet, so ist, wenn nicht das Gegentheil ausdrücklich (§. 425. deutlich) verabredet worden, anzunehmen (s. §. 427. 28.), daß einer für alle und alle für einen ... haften", vgl. mit I. 13. §. 201 flg. und §. 211., 14. §. 59. §. 374. 78. vgl. mit Conc. Ordn. v. 4. Febr. 1722. §. 51., I. 17. §. 52. u. §. 239. 40. vgl. mit II. 8. §. 647., I. 18. § 755., II. 8. §. 786. vgl. mit Wechs. Ord. v. 25. Sept. 1724. Art. 14. — S. übrigens die angef. Conc. Ord. §. 46. u. Entw. I. 2. §. 291 flg.

2. Durch letztwillige Verfügung; I. 12. §. 289.

3. Durch gemeinschaftliche Delicte; I. 6. §. 29 — 32. vgl. mit I. 14. §. 440., II. 10. §. 128 flg., II. 18. §. 288. 89. u. Ver. v. 17. Aug. 1835. §. 11.; s. auch Svarez Schlußvortr. S. 7.

4. Im Falle eines condemnatorischen Urtheils gegen Litisconsorten?

A. G. O. I. 24. §. 13.: „Wenn mehrere L. C. verurtheilt werden, so kommt es auf den Inhalt des Erk. an; . . . im zweifelhaften Falle entscheiden die Vorschriften der Gesetze (A. L. R. I. 5. §. 424. sq., 6. §. 29 sq.)" vgl. mit Corp. Jur. Frid. I. 24. §. 7.; s. aber A. G. O. I. 23. §. 29.

5. Wegen Untheilbarkeit des Objects? A. G. O. I. 5. §. 4. Nr. 8.: „. . . Fordert (der Kl.) das Ganze oder ist die Sache ihrer Natur nach untheilbar, so muß er entw. besondere Gründe . . anführen, oder . . . seine Klage gegen die sämmtl. Interessenten richten".

b) Rechtliche Natur der Correalpflicht.

Vgl. a) §. 430. h. t. vgl. mit §. 433. 34. u. §. 440, I. 16. §. 237 — 39., 17. §. 127 flg. u. II. 2. §. 619. 20. b) §. 431. 32 h. t. vgl. mit A. G. O. I. 17. §. 17. u. Svarez Schlußvortr. S. 6. c) §. 435. 36. u. 441. h. t. u. I. 13. §. 203. vgl. mit §. 438. 39. u. II. 8. §. 2138.; s. aber §. 437. u. 442. vgl. mit II. 8. §. 1236. 37. d) §. 443 flg. h. t. u. I. 6. §. 33. 34. vgl. mit I. 14. §. 373. 78. 79., 16. §. 493. 94., 17. §. 128. 239., II. 8. §. 797 flg., 10. §. 128 flg. 136 flg. u. mit Svarez revis. monitorum S. 8.

2) Active Correal-Obligationen.

§. 450. 451 h. t.: Hat sich Jemand in einem Vertrage (s. aber auch I. 12. §. 284 u. 368 flg.) mehreren Personen zu einer u. derselben Sache oder Leistung verpflichtet, so können die Mitberechtigten das gemeinschaftliche Recht in der Regel nur gemeinschaftlich ausüben. Doch kann keiner durch seine Handl. oder Entsagungen das Recht der andern schmälern" vgl. mit I. 13. §. 210. 212 flg., 14. §. 63 flg., 16. §. 459. 60., und §. 453. h. t.: „Die Befugn. der mehreren Berechtigten unter sich sind nach den Grundss. vom gemeinsch. Eigenth. zu beurtheilen", vgl. mit I. 17. §. 10 flg. 151 flg. u. 233 flg.

S. aber a) I. 10. §. 320 („nur mit einstimmiger Bewilligung Aller") b) A. G. O. I. 5. §. 4. Nr. 7.:" Wenn . . . die Sache theilbar ist, so muß er angehalten werden, entweder sich zu erklären, daß er nur auf seinen Antheil klagen wolle, oder von seinen Mitinteressenten eine Vollmacht zur Einklagung des Ganzen beizubringen, oder über die ihm von selbigen geschehene Abtretung des Ganzen auszuweisen. Ist aber die Sache ihrer Natur nach untheilbar, so . . muß der Richter . . . beurtheilen, in wie fern der . . . Theilnehmer für sich allein zum Proz. verstattet, oder bis zur Beistimmung der übrigen Theiln. zurückgewiesen werden müsse", vgl. mit Entw. des G. B. II. 2. §. 313 — 15; c) Rescr. 20. Sept. 1833.: „. . Eine mehreren Personen als Legat hinterlassene Activ Ford. ist von selbst, ipso jure, getheilt" vgl. mit Verord. v. 8. Febr. 1811. §. 8., u. d) §. 452 h. t.: Hat bei einer theilbaren Sache oder Summe der Verpfl. Einem der Berecht. seinen Antheil entrichtet, so tritt er in Beziehung auf die übrigen Berecht. an dessen Stelle", vgl. mit I. 16. §. 303.

II. Von der Entstehung der Obligationen.

§. 125. A. Von unmittelbar gesetzlichen Verbindlichkeiten. (K. §. 68.).

Einl. §. 82. 85. (oben §. 74) vgl. mit Entw. Einl. §. 88. Vgl. auch u. a. I. 8 §. 25., 20. §. 2., 21. §. 1., II. 3. §. 14 flg.

B. Von mittelbaren Obligationen.

1. Aus einseitigen Handlungen.

§. 126. **a. Aus erlaubten Handlungen. (K. §. 141. 142., B. §. 168. 238. 249.)**

S. insbesondre a) über Gelübde; A. L. R. I. 5. §. 5. 6. vgl. mit I. 4. §. 9 flg. und II. 11. §. 1162 flg. u. 1179. b) Prämien Aussetzung; I. 11. §. 988 — 95. c) Ertheilung von Rathschlägen u. Gutachten.; I. 13. §. 207 flg. d) Empfehlung; I. 13. §. 217. 18., 14. §. 209 flg., II. 8. §. 702 flg., 18. §. 171.

§. 127. **b. Aus unerlaubten Handlungen. (B. §. 155. —166., Th. §. 233—239., K. §. 143. 44. 51.)**

1) Begriff der Beschädigung.

A. L. R. I. 6. §. 8. u. 9.: „Wer Jemandem ohne Recht (s. §. 36 37. 38 eod. u. II. 20. §. 515 flg.) Schaden zufügt, der kränkt oder beleidigt denselben. Unterlassung einer Zwangspflicht (§. 11: schuldigen Pfl.; vgl. auch §. 26.) wird einer Kränkung oder Beleidigung gleich geachtet", vgl. mit §. 1. eod.: „Schade heißt jede Verschlimmerung des Zustandes eines Menschen in Ansehung seines Körpers, seiner Freiheit oder Ehre, oder seines Vermögens" und II. 20. §. 509.: „Niemand soll den Andern ohne Recht an seiner Ehre, Gesundheit, Leib, Leben, Freiheit oder Vermögen beschädigen oder kränken." S. auch I. 3. §. 32. (oben §. 79.).

2) Bedingungen der Entschädigungspflicht.

1. Zurechnungsfähigkeit des Beschädigers; §. 39 h. t. vgl. mit I. 3. §. 1—3. u. II. 20. §. 7. 8. — S. jedoch a) §. 40. (Trunkene) u. 41 flg. h. t. vgl. mit Note zu Entw. II. 3. §. 34. (Kinder u. Wahnsinnige), und b) §. 15. h. t. („in Fällen, wo auch ein geringes Versehen vertreten werden muß, haftet der Beschädiger ꝛc.") u. I. 3. §. 23. („Ein geringes Vers. darf nur derj. vertreten, welchen die Ges. besonders verpflichten ꝛc.") vgl. mit §. 88. 93. 110. 18. h. t. u. Entw. II. 3. §. 11. („wegen eines geringen Vers. haftet ꝛc.") u. mit I. 16. §. 13.; s. auch Svarez Bemerk. bei B. §. 155. S. 302.

2. Schuldlosigkeit des Beschädigten; §. 18—21 h. t. vgl. mit §. 75 eod. u. II. 15. §. 36.; s. auch Entw. II. 3. §. 13 flg. — Ueber gegenseitige Beschädigungen vgl. §. 22. 23. h. t. mit II. 8. §. 1930.

3. Causalnexus zwischen Handlung u. Schaden; I. 3. §. 6. u. §. 11. 12. 13. und §. 4. h. t. vgl. mit §. 16 h. t.: „Der aus einer Handl. entstandene zufällige Schade darf nur alsdann vergütet werden, wenn die Handl. selbst wider ein Verbotsgesetz ist (3. §. 13. „eine in den Gesetzen gemißbilligte Handl.", 7. §. 242. „eine durch Strafgesetze verbotene Handl."; s. auch II. 18. §. 282 u. I. 13. §. 249.), od. wenn der Handelnde durch ein solches gesetzwidriges Verhalten in die Umstände, wodurch er zu der Handl. veranlaßt worden, sich selbst gesetzt hat", und §. 26 h. t.: (Wer) ein auf Schadensverhütungen abzielendes Pol.-Ges. vernachlässigt, (muß) für allen Schaden, welcher durch (dessen) Beobachtung hätte vermieden werden können, . . haften ꝛc." vgl. mit II. 20. §. 512. — Ueber den Beweis der Schuld s. §. 24. 25. h. t. vgl. mit I. 3. §. 15. u. II. 20. §. 26 flg.

3) Verhaftung für fremde Beschädigungen.

1. Verbindlichkeit der Erben; §. 28. h. t. vgl. mit I. 9. §. 362 flg.

2. Verhaftung für unerlaubte Handlungen Dritter:

a. im Falle des Befehls; §. 58 h. t. („haftet hauptsächlich für den Schaden") vgl. mit §. 45—49 eod.

b. im Falle des Auftrags; §. 50 – 53 h. t. vgl. mit I. 13. §. 20. 152. u. II. 8. §. 515.

c. wegen Veranlassung „unwillkührlicher" Handl. eines Andern; §. 56. h. t. vgl. mit §. 44 eod.

d. wegen mangelhafter Aufsicht über zurechnungsunfähige Personen; §. 57 h. t. vgl. mit §. 42 eod.; s. auch II. 18. §. 99.

e. wegen Nichtverhinderung unerlaubter Handl.; §. 59. h. t. vgl. mit I. 3. §. 26. 29. („als ob er solches befohlen hätte") und §. 61 h. t. („wird als Theilnehmer an der unerl. Handl. des Gesindes angesehen [§. 59]").

f. Ueber die Vertretung der verschuldeten u. imputablen Beschädigungen:

aa. des Gesindes, der Gesellen und Miethsleute s. §. 60. 62 flg. vgl. mit §. 67. 68 h. t. („nur in soweit als der Schadensersatz aus dem Verm. des Beschädigers nicht erfolgen kann, (oder) sobald erhellt, daß ein Schade durch Jemandes Gesinde u. s. w. verursacht worden, u. die Herrschaft u. s. w. die Person des Beschädigers nicht nachweisen kann"); s. auch I. 21. §. 442. 557., 22. §. 185., II. 8. §. 1447., 15. §. 37., u. vgl. noch Ges. Ord. §. 19. 126. 27. 74. 75.

bb. der Haussöhne s. II. 2. §. 167. 203. vgl. mit Entw. I. 2. §. 103 — 107. 152. 53.

cc. der Ehefrauen s. Rescr. v. 25. Jan. 1796. bei Matthis Bd. I. S. 300. vgl. mit arg. II. 1. §. 384. 85. 90., u. arg. §. 187. 91 eod.; s. übrigens Svarez rev. mon. S. 45.

dd. der Pflegebefohlenen s. II. 18. §. 249.: „Von Verträgen der Pfl., . . von Schadenszufügungen . . . sind die nöthigen Bestimm. gehörigen Orts vorgeschrieben (I. 5. §. 10 seq., 6. §. 41.").

3. Vertretung der durch Thiere zugefügten Schäden; §. 70. u. 71 h. t. vgl. mit II. 20. §. 749—52. u. I. 9. §. 144 flg. (Wildschaden), und §. 72 flg. h. t. vgl. mit II. 20. §. 753 eod. u. I. 14. §. 428. 441 flg., 22. §. 83 flg. 179 flg. (Viehschaden).

4) Umfang der Ersatzpflicht und Feststellung des Schadens.

1. Bei Beschädigung von Sachen:

a. Im Falle des Vorsatzes und groben Versehens; §. 10 u. 11. vgl. mit §. 5 – 7 h. t. u. §. 85 – 87. 94 flg. eod.

b. Im Falle mäßigen Versehens; §. 12—14. h. t. vgl. mit §. 2 u. 3. u. §. 88 flg. eod.

c. Im Falle geringen Versehens; §. 15. mit §. 88 flg. eod.

2. Ueber die besonderen Bestimmungen bei persönlichen Beschädigungen vgl. §. 98 flg. (Tödtung), §. 111 flg. (körperl. Verletzungen), §. 130. 31. (Ehrenkränkung) u. §. 132 flg. (Freiheitsberaubung). Vgl. auch Svarez Schlußvortr. S. 7 u. 8.

5) Dauer der Entschädigungspflicht.

Vgl. §. 54. 55. h. t. u. Declar. v. 31. März 1838. (s. oben S. 136.) mit Svarez Schlußvortr. S. 7.

2. Aus Verträgen.

Vgl. Bornemann von Rechtsgeschäften und Verträgen ꝛc. (s. oben §. 78.) u. Grävell's General-Theorie der Verträge nach Preuß. Recht. Halle 1821.

§. 128. a. Ueberhaupt. (B. §. 167 flg., K. §. 69 flg.)

S. oben §. 79—96.

§. 129. b. Von der Verbindlichkeit der Verträge und Handlungen Dritter insbesondere. (B. §. 168., K. §. 145—150.)

1) Im Allgemeinen.

Vgl. A. L. R. I. 5. §. 74 — 77. mit I. 11. §. 613., 12. §. 646., 13. §. 2 u. 4., u. I. 5. §. 40 flg. mit I. 16. §. 422. — Ueber die s. g. solutionis causa adjectio s. I. 16. §. 31. 32.

2) Bei freier Stellvertretung.

1. Im Falle wirklicher Bevollmächtigung; a) I. 13. §. 1. 4. vgl. mit §. 9. 26. 27. 61. 62 eod.: „Alle Vortheile .. aus aufgetragenen Geschäften .. kommen, soweit nicht ein Anderes verabredet, dem Machtgeber allein zu statten" u. mit I. 5. §. 86. 87. b) I. 13. §. 85.: „Was der Bevollm. zufolge des erhaltenen Auftrags (s. noch §. 32 u. §. 90. 96. 150.) mit einem Dritten verhandelt, verpflichtet den Machtgeber eben so, als ob die Verhandl. mit ihm selbst vollzogen wäre", u. §. 153.: „Wer mit einem Bevollm. contrahirt hat, muß sich wegen Erfüllung des Vertrags in der Regel (s. §. 8. 28. u. §. 154—56.) an den Machtgeber halten" vgl. mit §. 86—89. u. §. 149 eod.; s. übrigens auch §. 82 eod. — Vgl. noch über Ausnehmen von Waaren durch Dienstboten u. Hausgenossen II. 8. §. 554 flg.

2. Im Falle einer Verwaltung fremder Sachen; I. 14. §. 109. 129. 132. vgl. mit §. 130. („wenn gleich (s. I. 13. §. 154. 56.) der Verwalter den Vertr. auf seinen eignen Namen geschl. hätte, sobald nur aus den Umständen erhellt, daß er ... als Verw. gehandelt habe").

3. Bei vermutheten Vollmachten oder Geschäftsführung ohne Auftrag; I. 13. §. 124 flg. 142. 234. 38. 47. vgl. mit §. 239 eod.

4. Vgl. noch insbesondere:

a. über die actio institoria II. 8. §. 541—45. vgl. mit §. 501 flg. 522 eod. u. mit §. 633 flg. 647—50 (Mitgl. der Handlungs-Gesellschaften). — Ueber das Vertretungs Recht der Handlungsdiener und Lehrlinge s. §. 546 flg. u. 635 eod.

b. über die actio exercitoria II. 8. §. 1525—29. vgl. mit §. 1449. u. 1499 flg. u. Pr. Seerecht v. J. 1727. Kap. 3. §. 26.; s. auch II. 8. §. 2452 flg. (Fuhrleute).

3) Im Falle eines Befehls.

I. 13. §. 224—26. vgl. mit II. 5. §. 98. („Aufträge .. auf den Befehl dessen, dem er zu gehorchen schuldig, in den Priv. Angel. desselben.")

4) In Folge von Familienverhältnissen.

1. Während bestehender Ehe: a) auf Seiten des Ehemannes II. 1. §.

§. 321—28. vgl. mit §. 211., b) auf Seiten der Frau; §. 197. 231 flg. u. 247. 380 flg. 550—52.

2. In Folge väterlicher Gewalt: a) auf Seiten des Vaters; II. 2. §. 126—31. vgl. mit §. 121—23. (auch) auf Seiten der Mutter? arg. §. 144. 45.); b) auf Seiten des Kindes; §. 168 flg. eod. vgl. mit II. 1. §. 415. u. II. 18. §. 780. 83. 93.

3. Im Falle einer Vormundschaft; I. 5. §. 10. und II. 18. §. 250.: „Aus Handl., welche der Vorm. für sich allein ohne Beitritt des Pflegb. (s. jedoch §. 561. 740.) unternimmt, entstehen für letzteren gegen einen Dritten (s. §. 253. 54.) Rechte u. Pfl. nur in so fern, als d. Vorm. ausdrücklich in dieser Eigenschaft (s. aber §. 251. 52.) die Handl. vollzogen oder den Vertr. geschlossen hat," vgl. mit §. 259. 60. 520. 27. u. 793. eod.

Ueber analoge Anwendbarkeit von II. 2. §. 126 flg. s. II. 12. §. 98. 107. 110 flg. u. II. 18. §. 240.

5) Wegen nützlicher Verwendung.

1. Begriff u. Voraussetzungen; I. 13. §. 268—72. vgl. mit §. 232. 233. u. §. 280.; s. aber §. 265 eod.: „Was Jemand, der über sein Verm. frei verfügen kann, an Gelde oder Geldeswerth übernommen hat, ist ohne ferneren Beweis für nützlich verwendet zu achten", vgl. mit §. 266. 67.

2. Wirkungen.

a. Im Allgemeinen; §. 262 flg. h. t.: „Derj., aus dessen Verm. etwas in den Nutzen eines Andern (s. noch §. 275. 76.) verwendet worden, ist dasselbe entweder in Natur (so wie die Sache ist, §. 263.) zurück, oder (wenn gleich die Verbess. in der Folge wieder verloren gegangen, §. 273.) für den Werth (so weit derselbe in seinen Nutzen wirklich verwendet ist, §. 264.) Vergütung zu fordern berechtigt", vgl. mit §. 230.: (Es) darf sich niemand die Vortheile fremder Sachen od. Handl. ohne besonderes Recht zueignen, u. sich also mit dem Schaden des Andern bereichern." S. aber §. 277: „Alles, was vorstehend von nützl. Verw. verordnet ist, gilt nur in dem Falle, wenn kein rechtlicher Vertrag unter der Parth. vorhanden ist."

b. In Betreff formell ungültiger Geschäfte; §. 278 h. t. vgl. mit I. 5. §. 156 flg., I. 11. §. 690. 708., I. 17. §. 236., II. 18. §. 526. 589.; s. aber II. 4. §. 219.

c. Bei dispositionsunfähigen Personen; §. 267. 71. 74. h. t. vgl. mit II. 1. §. 598., 2. §. 133. u. Svarez Schlußvortr. S. 50.

III. Vom Uebergange der Obligationen.

Vgl. C. F. Koch die Lehre von dem Uebergange der Forderungsrechte durch Universal- u. Singular-Succession. Bresl. 1837.

§. 130. A. Durch Erbfolge. (K. §. 2—7.)

I. 5. §. 415., 6. §. 28. u. 9. §. 362. vgl. mit §. 355—57. 61. 66 eod.; s. aber a) I. 5. §. 416. vgl. mit I. 13. §. 185., 17. §. 278., 21. §. 366. flg., II. 5. §. 101. b) I. 9. §. 363 flg., II. 20. §. 297. c) II. 20. §. 603 4. 5. vgl. mit §. 585 u. arg. I. 11. §. 388. 89. d) II. 1. §. 124—27. e) §. 830 eod. vgl. mit 926 flg. u. 964. f) §. 1088. 89. eod.

Ueber das gegenseitige Verh. der Miterben s. a) in Betr. der Passiv Oblig. I. 17. §. 127. 28.: „Zu den die Erbschaft betreffenden Schul-

den u. Lasten sind die Erben gegen die Erbsch.-Gläub. gemeinschaftlich verpflichtet. Unter sich aber (§. 129. 30.) sind sie dazu nach Verh. ihrer Erbtheile beizutragen schuldig," vgl. mit §. 131.: „Haben die Erben vor Erfüllung ihrer gemeinsch. Verb. in den Nachlaß sich getheilt (s. jedoch §. 137 flg.), so hat jeder Erbsch. Gl. die Wahl, ob er sich an die Erben insgesammt (im Gerichtsstande der Erbschaft, §. 132 eod. vgl. mit A. G. O. I. 2. §. 121 flg.) oder an jeden derselben nach Verh. seines Erbtheils, oder an einen unter ihnen für das Ganze halten wolle." (§. 133—36.); s. auch §. 115. vgl. mit §. 52. b) rücksichtlich der Activ Oblig. I. 17. §. 151 flg.

B. Unter Lebenden.

§. 131. 1. Allgemeine Vorbemerkungen. (B. §. 214. K. §. 8.)

1. I. 11. §. 382.: „Alle Rechte, welche nicht an die Person des Inhabers gebunden sind, können Andern abgetreten werden" vgl. mit Einleitung §. 99. (s. oben §. 118.).

2. Ueber Expromission u. Delegation s. vorläufig I. 14. §. 399—412. u. 16. §. 264—67, über Assignation I. 16. §. 251—99.

§. 132. 2. Von der Cession insbesondre. (B. §. 215—219. K. §. 9—40.)

1) Begriff derselben.

I. 11. §. 376.: „Die Abtretung der Rechte setzt einen Vertrag voraus (Entw. II. 8. §. 340.: ist ein Vertrag), wodurch jemand sich verpfl., einem andern das Eigenthum seines Rechts (s. §. 1. u. 28 eod.) gegen eine bestimmte Vergeltung (§. 378. vgl. mit §. 390.) zu überlassen" u. §. 377. (fehlt im Entw.): „Die Handlung selbst, wodurch das abzutretende Recht einem Andern wirklich übertragen wird, wird Cession genannt," vgl. mit §. 381. (bei der eigentlichen Cession u. s. w.). —

Ueber synonymen Gebrauch von Abtretung und Cession vgl. §. 383. mit 84., §. 408 mit 9., §. 312. mit d. Marg., I. 20. §. 511 flg.; über Beziehung auf andere als Forderungsrechte s. I. 21. §. 110., Cab. Ord. v. 29. Febr. 1812. u. Decl. v. 3. Apr. 1829., u. vgl. noch I. 17. §. 217. 18. mit II. 8. §. 638.

2) Zulässigkeit der Cession.

1. Vgl. §. 382 cit. mit a) §. 388. 89. eod., §. 312 eod., I. 20. §. 594. u. II. 5. §. 62. b) §. 383. 84. h. t. (Cession streitiger Rechte). c) §. 410. 11 h. t. (Unerheblichkeit des Standes, der Religion u. des Gewerbes des Cessionars). d) §. 390. 91. h. t. u. I. 14. §. 340. (Aufhebung der L. Anastasiana). — S. auch P. L. R. v. 1721. B. IV. Tit. 6. Art. 5. §. 3.: „... und wann die Cessio einer Schuld dermaßen Gerichtlich geschehen, ... kann sich der Schuldner .. des im gem. Recht gegebnen beneficii Const. Anast. nicht gebrauchen," u. Hyp. Ord. v. 4. Febr. 1722. §. 27.: „.... Und wann bei Erbtheilungen ein Miterbe zur Abfindung des andern, ingl. Legatarien zu solchen Behuf einander eine Post überweisen, oder ein Schuldner seinem Gläub. an Zahlungsstatt zuschläget, oder es bezahlet einer die Post mit baarem Gelde, und muß dieselbe von dem, an den er verwiesen, particulariter wiedernehmen, ... oder

es geschiehet die Cessio nicht ad offensam des Sch., so soll in diesen Fällen, wenn auch der vierte Theil oder weniger von der Post remittiret wäre, L. Anast. nicht statt finden. Doch müssen solche Cessiones sodann gerichtlich geschehen ꝛc.," vgl. mit Proj. des C. Fr. March. Th. 3. Tit. 6. §. 9.: „Im übrigen wollen Wir die Disposition des Legis Anastasianae, . . hierdurch gänzlich aufgehoben haben" u. C. J. Fr. IV. 3. §. 3.

2. Vgl. aber §. 385—87 h. t. u. II. 20. §. 404—7. u. 1339—43.: „Richterliche Personen (§. 404. Justizbediente) und Justizcommissarien (auch Actuarii; s. Anh. §. 16.) können streitige (d. h. zur Zeit der Cession vom Verpfl. ganz oder zum Theil nicht anerkannte; s §. 386.) Rechte, deren Erörterung vor den Gerichtshof, bei welchem sie angestellt sind, es sei in erster oder einer der folgenden Inst. gehören würde (§. 1339.: streitige Forderungen, welche vor das Ger. gehören, bei welchem sie stehen; §. 404.: Forder. welche v. d. G. b. w. s. st. in Prozessen oder in der Execution befangen sind), nicht an sich lösen (§. 404. u. 1339: durch Kauf, Tausch, Cession oder sonst weder als Gläub. noch als Schuldn. übernehmen). Haben dergl. Pers. sich auf solche Cessionen dennoch eingelassen, so sind dieselben nichtig, und der Cessionar bleibt dem Ced. so wie dem Schuldn. zur Schadloshaltung (s. Anh. §. 17.), dem Staate aber zur Strafe (§. 406. 1341.) verhaftet."

3) Form der Cession.

Vgl. §. 393—99. u. 401. 409. 10. 13 flg. h. t. mit I. 20. §. 511 flg. G. O. Tit. 2. §. 199 flg., II. 8. §. 1159 flg. 1172 flg.; s. auch I. 20. §. 281 flg. Ueber nothwendige Cessionen s. §. 442. 43 h. t. vgl. mit I. 16. §. 46. 50. u. I. 14. §. 338. 39., 18. §. 593—97., 21. §. 79.

4) Wirkungen der Cession.

a) Im Allgemeinen.

§. 402. h. t.: „Durch die C. tritt der neue Inhaber in alle abgetretene Rechte u. damit verbundene Pflichten des Cedenten" vgl. mit §. 376. (s. oben), §. 393 eod. („geht d. Eigenth. des Rechts selbst auf den neuen Inhaber über"), §. 431. 755. eod. u. I. 18. §. 250. (Uebertragung der Lehnsschulden „an einen neuen Gläubiger)"; s. aber §. 413—19 h. t. vgl. mit I. 20. §. 297.

b) In Betreff der accessorischen Rechte.

§. 402 cit. (in alle abgetretene Rechte) vgl. mit I. 14. §. 338. 83.: „Der Bürge (Rückbürge) tritt, so weit er den Gl. (Hauptb.) befriedigt hat, in alle Rechte desselben gegen den Hauptsch., ohne daß es dazu einer ausdr. Cession bedarf" u. I. 20. §. 83. (in alle Rechte des Gl. gegen den Verpf.). §. 403. 4 h. t.: „Auch besondere Vorrechte, welche (im Gegensatze „bloß persönlicher, welche bloß bei Gelegenh. der ced. Ford. von dem vor. Inhaber ausgeübt werden konnten") der cedirten Ford. in Rücksicht ihrer Natur u. Beschaffenheit beigelegt (s. §. 406.) sind, od. der Forderung selbst in Rücks. auf die persönl. Eigenschaft ihres ersten Inhabers zukommen (s. §. 404.), gehen selbst ohne ausdrückl. Uebertrag. mit über", vgl. mit I. 16. §. 46—48.: „Ueberhaupt tritt in der Regel der Zahlende gegen den Schuldner auch ohne ausdr. Cession in die Rechte des Gl. In sofern aber der bezahlten Forderung nach ihrer Qualität gewisse Vorrechte beiwohnen, kann (er) sich dieser gegen einen Dritten ohne ausdr. Cession in der Regel (s. G. O. I. 50. §. 161. u. Anh. §. 331.) nicht bedienen. Eben so erlangt (er)

auf eine . . durch Bürgen oder Pfand bestellte Sicherheit die Rechte des Gl. in der Regel nur durch die ausdr. Cession desselben".

Ueber d. persönl. Vorrechte des Cessionars s. §. 405. 6. h t.: „Der Cess. (auch d. Fiscus, Kirchen ꝛc.) kann sich seiner pers. Vorr. gegen den Sch. so wenig als gegen die übrigen Gl. desselben bedienen."

c) Rücksichtlich der Einwendungen und Gegenforderungen.

§. 407. 8. 12. 735 h. t. u. A. G. O. I. 19. §. 6., 49. §. 16. vgl. mit a) §. 412. h. t. u. l. 16. §. 266. 314. 461. b) I. 20. §. 423 flg. c) l. 16. §. 313 flg.

d) In Betreff der Haftungspflicht des Cedenten.

1. Für Richtigkeit u. Rechtsgültigkeit der Forderung; §. 420. 423—426. vgl. mit §. 421. 22. u. 444. h. t.; s. auch §. 490 eod.

2. Für deren Sicherheit; §. 430. 37. 40. 41. h. t. vgl. mit §. 427. 29. u. II. 8. §. 831. u. mit §. 431—36. 38. 39 eod.; s. auch I. 21. §. 422. 23. u. l. 12. §. 409. 17.

IV. Von der rechtlichen Wirkung der Obligationen.

§. 133. A. Allgemeine Vorbemerkungen.

I. 2. §. 122. 23. u. I. 3. §. 38. 39., 5. §. 270., 16. §. 11. 235. flg.

B. Vom Objecte der Leistung.

§. 134. 1. Ueberhaupt. (B. §. 183., K. §. 4—8.).

1. Obligationen auf bestimmte Sachen; I. 5. §. 273. („Ist eine durchaus bestimmte Sache (Individuum) versprochen ꝛc.). uud I. 16. §. 11. („Eine andere Sache oder Handlung ꝛc.") vgl. mit I. 11. §. 900. 28., 13. §. 37., 14. §. 24. 121.

2. Generische Obligationen; I. 5. §. 275. u. II. 11. §. 920. vgl. mit I. 18. §. 751. u. II. 7. §. 475., I. 21. §. 608., I. 12. §. 404., II. 11. §. 925. 26. — Ueber Geldschulden insb. s. oben §. 65.

3. Alternative Obligationen; I. 5. §. 274., §. 251 eod. u. I. 12. §. 388—91. vgl. mit Entw. II. 2. §. 192. 93. u. 9. §. 241—43.; s. aber I. 11. §. 37. 38., II. 7. §. 424. 26., 16. §. 192. u. vgl. noch I. 11. §. 33 flg.: „Ist dem Käufer (s. §. 37.) die Wahl unter mehreren bestimmten Sachen vorbehalten, und eine oder die andere wird vor angestellter Wahl (s. l. 5. §. 316., 12. §. 400.), es sei durch Zufall oder Zuthun des Verk. (s. aber §. 34.), vernichtet, verdorben od. sonst abhanden gebracht, so ist der Käufer (s. aber §. 35.) an den Vertrag nicht mehr gebunden. Ist eine von den Sachen . . durch eignes Zuthun vernichtet oder abhänden gebracht, so muß der Käufer bei dem Vertr. stehen bleiben, selbst wenn für ihn keine Wahl mehr übrig wäre" mit Entw. z. G. B. II. 8. §. 31 flg. — Ueber s. g. alternative Rechte des Schuldners vgl. u. a. I. 5. §. 314., II. 7. §. 507., 8. §. 2300 flg.

4. Unbestimmte Leistungen; I. 5. §. 71—73. vgl. mit I. 11. §. 30. 47 flg., 21. §. 263.

§. 135. 2. Von der Rechtswohlthat der Competenz. (B. §. 184., K. §. 42. 43.)

1. Vgl. im allgem. I. 5. §. 270. mit A. G. O. I. 49. §. 1 flg. 14 flg.

2. S. insbesondere:

a. über die „in einer Militär- Civil- od. geistl. Bedienung" stehenden Personen, A. G. O. §. 27 flg. h. t. vgl. mit I. 29. §. 23 flg., Ver. v. 3. Mai 1804. Abschn. 2. (Anh. z. G. O. §. 160 flg.).

b. über die Besitzer von Präbenden, Renten, Witthum u. s. w. §. 27 flg. h. t.

c. über die Lehnscompetenz, A. L. R. I. 18. §. 350 flg.

d. über die zur cessio bonorum verstatteten Schuldner; A. G. O. I. 48. §. 38. vgl. mit §. 16. No. 7. h. t.

e. über das Recht aa. der Ascend, Descend. und Geschwister, §. 16 cit. No. 1 u. 3.; bb. der Schwiegerkinder ibid. No. 2. („in Ans. der versprochenen Mitgabe"); cc. der Ehegatten, ibid. No. 4.; dd. der Handlungsgenossen, ibid. No. 5.; ee. des Geschenkgebers, ibid. No. 6. vgl. mit A. L. R. I. 11. §. 1123.; ff. des redl. Erbschaftsbesitzers, A. L. R. I. 9. §. 499 u. II. 18. §. 844 flg.; gg. der Kinder u. Wahnf. bei Anspr. aus Delicten, A. L. R. I. 6. §. 43.

Ueber Größe, Voraussetzungen, Dauer u. Wirkungen der Competenz s. A. G. O. §. 15 17. 23—25. 28 h. t. u. I. 29. §. 21. vgl. mit A. L. R. I. 14. §. 281. 82.

§. 136. 3. Vom Einflusse des Concurses. (K. §. 46—60.).

S. im allg. A. G. O. I. 50, insbes. §. 150—52 h. t. vgl. mit Decl. 20. Jan. 1820 u. §. 267 — 488 h. t.

C. Von der Zeit der Leistung.

§. 137. 1. Im Allgemeinen. (B. §. 185., K. §. 44. 96. 118. 119.)

1. Im Falle bestimmter Abrede; A. L. R. I. 5. §. 230. z. E., vgl. mit I. 11. §. 94., 16. §. 15. 54., II. 8. §. 1645.; s. aber §. 241 h. t.: „Vor Ablauf des im Vertr. bestimmten Zeitraums kann (s. jedoch u. a. I. 11. §. 759., 20. §. 135. 441., 21. §. 245. 350 flg., II. 5. §. 109 flg., auch I. 12. §. 330.) wider den Willen eines oder des andern Theils die Erfüllung weder gefordert noch geleistet werden" vgl. mit §. 242—46 eod., I. 11. §. 935., 16. §. 56.

2. Im Falle zweifelhafter Fristbestimmungen; I. 5. §. 231. 35. 36. s. aber §. 237—40 eod., I. 16. §. 61—63. u. I. 11. §. 649. vgl. mit §. 815. 17. 22. eod., 21. §. 297. u. II. 5. §. 99 flg.

3. Bei gänzlich ermangelnder Abrede; I. 5. §. 230.: „Ist die Zeit d. Erf. in dem Vertr. nicht bestimmt, so tritt bei entstehendem Zweifel die richterliche Bestimmung ein", vgl. mit §. 234 eod.: „Bei einem Vert., zu dessen Erf. besondere Kunst- od. Sachkenntniß gehört, muß die ermangelnde Zeitbest. von dem Richter nach dem Gutachten der Sachverst. ergänzt werden" u. I. 16. §. 20.: „Wo die Zeit der Erf. weder durch W.-Erkl., noch durch richterl. Ausspruch, noch durch besondre Gesetze (s. I. 5. §. 233., I. 11. §. 92. 215., 21. §. 585., §. 934., §. 1002 flg. eod., I. 12. §. 294 u. 328., II. 1. §. 548. 49.) bestimmt ist, da muß (I. 11. §. 761. 62., 21. §. 340 flg.) der Berecht. den Verpfl. zur Erf. auffordern."

4. Vgl. aber überhaupt noch I. 5. §. 232.: „Niemand kann die Erf. eines ohne nähere Zeitbest. geschl. lästigen Vertrags eher fordern, als bis er selbst den Vertr. von seiner Seite zu erfüllen bereit u. im Stande ist," §. 271 eod.: „Wer die Erf. eines Vertrags

fordert, muß nachweisen, daß er demselben von seiner Seite ein Genüge geleistet habe, oder warum er dazu erst in der Folge verbunden sei," mit l. 16. §. 22. 23. und l. 5. §. 395 flg.; s. auch Svarez Schlußv. S. 5.

§. 138. 2. Von Terminal-Zahlungen, Stundungen und Moratorien. (K. §. 38. 39.).

1. A. L. R. I. 16. §. 57—60. 219. 356. vgl. mit I. 20. §. 141., II. 4. §. 96. 6. §. 98. u. A. G. O. I. 24. §. 95. 48. §. 44., 50. §. 545. 76.
2. A. G. O. Th. I. Tit. 47. vgl. mit A. L. R. I. 12. Anh. §. 141.

§. 139. D. Vom Ort der Leistung. (B. §. 189., K. §. 45.).

1. I. 16. §. 27. (fehlt im Entw. II. 13.): „Wenn weder Willenserklärung noch besondere Gesetze (s. I. 11. §. 345., §. 777 eod. I. 14. §. 73—75. u. I. 16. §. 53.), den Ort der Erf. näher bestimmen, so muß dieselbe da, wo der Verpfl. sich aufhält, geleistet und angenommen werden," vgl. mit §. 52 eod.: „Zahlungen, die sich nicht auf Vertr. gründen, ist der Sch. nur da wo er wohnt (s. auch §. 278 eod. u. Svarez Schlußv. S. 52.) zu leisten verpflichtet," u. Entw. II. 13. §. 19.: „Wo weder Ges. noch Vertr. den Ort der Zahlung näher bestimmen, muß solche da, wo es dem Leistenden am wenigsten lästig ist, entr. u. angen. werden."

2. I. 5. §. 247 flg.: „Die im Vertrage mangelnde Best. des Orts der Erf. muß bei entsteh. Streite von dem Richter nach der Natur des Geschäfts u. der deutlich erhellenden Absicht der Contrah. ergänzt werden. Kann der Streit nach dieser Regel nicht entschieden u. soll nach dem Vertr. etwas gegeben werden (s. I. 11. §. 93. 94. u. §. 769 flg. 836 eod.), so muß die Ablieferung an dem Orte, wo der Berechtigte zur Zeit des geschl. Vertr. gewohnt hat, erfolgen. Bei bloß wohlthätigen Vertr. aber kann der Berecht. die Erf. nur da, wo der Verpfl. sich aufhält (Svarez bei B. S. 582. „wohnt"), fordern. Ist bloß von einer zu leistenden Handlung die Rede, so wird im Mangel anderer Bestimmungen der Ort, wo der Verpflichtete zur Zeit des geschl. Vertr. gewohnt hat, für den Ort der Erf. angesehen."

3. A. G. O. I. 2. §. 149.: „Ist in dem Vertr. ein Ort (der Erf.) bestimmt, so ist (s. aber §. 150. 52) an diesem, sonst aber da, wo der Vertr. seine verbindl. Kraft erhalten hat, der Gerichtsstand des Contracts," vgl. mit Entw. II. 2. §. 172.: „An dem Orte, wo der Vertr. geschl. worden, muß in der Regel (s. §. 173—75.) auch die Erf. desselben geschehen" und Svarez Bem. bei B. S. 582.: „Der locus contractus ist in dubio niemals der locus solutionis."

4. Vgl. noch über die Leistung an einem andern Orte arg. I. 16. §. 350.: „Was an einem andern Orte zu zahlen ist, kann nur gegen Vergütung des Interesse compensirt werden" mit A. G. O. I. 2. §. 152.

E. Von den Folgen nicht gehöriger Leistung.

§. 140. 1. Von der Verbindlichkeit zum Schadensersatze überhaupt.

1) Allgemeine Grundsätze.

I. 3. §. 39.: „Wer seiner Verb. kein gehöriges Genüge leistet, wird

dem Berecht. in der Regel zum Ersatz alles daraus entstandenen Schadens verantwortlich (Tit. 6. §. 9.)" vgl. mit I. 5. §. 270 flg., 16. §. 11 flg.

2) Schadensersatz im e. S. und Vergütung des Interesse.

I. 5. §. 285 flg.: „Wer bei Abschließung (s. §. 284.) oder Erfüllung des Vertr. seine Pfl. vorsätzlich oder aus grobem Versehen verletzt hat, muß dem Andern sein ganzes (§. 289 volles) Interesse (d. h. nach §. 287. wirklichen Schaden wie entgangenen Gewinn; s. aber I. 11. §. 425. u. §. 489. 90.) vergüten. Aller Nachtheil, welcher für Jemand daraus entstanden ist, daß der Andere seinen Pfl. gegen ihn nicht nachgekommen ist, wird unter dem Interesse begriffen. Im Falle eines mäßigen oder geringen Versehens darf in der Regel (s. §. 289—91.) nur der wirkliche Schade ersetzt werden," vgl. mit I. 6. §. 7.: „Zu einer vollständigen Genugthuung (s. auch I. 11. §. 302.) gehört der Ersatz des gesammten Schadens u. des entgangenen Gewinns," I. 11. §. 541 u. 44. (vollständ. Schadloshaltung) u. I. 12. §. 607., 14. §. 329. (volle Entschädigung). S. auch noch I. 11. §. 34. 40. 44. 49. 97. 302. 69. 75. 544. 1006. 7., 13. §. 89. 249—52, und I. 9. §. 457., 14. §. 29. 252. (aller Schade).

3) Feststellung des Schadens und Interesse.

a) Durch das Gesetz.

Vgl. I. 11. §. 833. 34. mit §. 827 flg. eod. u. I. 16. §. 64. 65., 17. §. 204. (Zögerungs-Zinsen); s. auch I. 11. § 660. (pactum de mutuo dando), II. 5. §. 160 flg. (Entlassung aus Gesindedienst).

b) Durch nachträglichen Beweis.

S. oben §. 70. S. 76. u. §. 129. S. 143., vgl. mit I. 11. §. 880.: „Hat .. der eine Theil den Vertr. .. durch Leistung der verspr. Handl. schon vollst. erfüllt, und die Unmögl. der Erf. von der andern Seite entsteht durch die Schuld des andern Contr., so muß letzterer dem erstern nach Maaßgabe des Grades seiner Verschuldung den außerord. Werth .. oder den Werth der besondern Vorliebe vergüten" u. I. 14. §. 40.: „Bei Ausmittlung des zu ersetzenden Werths finden, nach dem Grade des Vorsatzes oder Versehens, welchen der Verwahrer zu vertreten hat, die allgemeinen gesetzl. Vorschriften Anwendung."

c) Durch Conventionalstrafe. (B. §. 195. K. §. 114. 115.).

S. a) I. 5. §. 297—304. vgl. mit I. 11. §. 825. 26., u. 308—10 h. t. vgl. mit I. 9. §. 366. (Art u. Größe ders.); b) §. 292—94 u. 96 h. t. vgl. mit II. 1. §. 113 flg. (C. Str. für den Fall der Nichterfüllung); c) §. 295 u. 305—7 h. t. vgl. mit I. 11. §. 833. 34. (C. Str. für den Fall der Zögerung); d) §. 311—16. (C. Str. als Wandelpön).

§. 141. 2. Von der Vertretung des Vorsatzes und des Versehens insbesondre. (B. §. 182., K. §. 23. 25—27.)

1) Allgemeine Vorbemerkungen.

1. I. 3. §. 14.: „Der Grad der Zurechnung (s. §. 7. u. 8., 10 u. 11., 24 u. 25 eod.) bei den unmittelb. sowohl als mittelb. Folgen einer

Handl. (s. §. 3 flg. eod.) richtet sich nach dem Grade d. Freiheit bei dem Handelnden," vgl. mit §. 15.: „Daß Jemand gegen d. Gesetze habe handeln wollen, wird nicht vermuthet," u. §. 16 flg. eod. (s. oben S. 82.); I. 5. §. 277 flg. (handeln nur vom Versehen, ohne des Vorsatzes zu erwähnen) u. §. 360 flg. eod. vgl. mit I. 6. §. 10 flg. (s. oben S. 143.) u. §. 17 eod.: „Was wegen der bei Vertr. zugefügten Schäden statt finde, wird im vorherg. Tit. bestimmt (Tit. 5. §. 277 flg.)". — S. aber I. 11. §. 101.: „Ist die Uebergabe durch Schuld des Verk. aufgehalten worden, so haftet dieser dem Käufer zur Schadloshaltung nach Verh. des Grades seiner Verschuldung (Tit. 6. §. 10 sq.)," I. 16. §. 17.: „Ob diese Vertretung (der Zögerung) sich bloß auf den unmittelbaren Schaden einschränkt oder u. s. w., ist nach der Natur des Gesch. und den allgem. Grundss. des Tit. 6. zu beurtheilen" und II. 2. §. 134. 35.: „Der Vorwand, daß sich Jemand für einen solchen, der nicht mehr unter väterl. Gewalt steht, ausgegeben habe, macht den Vertr. od. die Schuld nicht gültig. Doch kann der wirklich hintergangene Gläub. ... aus desselben Verm. nach allg. gesetzl. Vorschr. Schadloshaltung fordern (Th. I. Tit. 5. §. 33—36., Tit. 6. §. 10 *sq.*)", u. vgl. noch I. 11. §. 165. 881. 89. 93. u. 937. (Verhaftung nach Verhältn. oder nach dem Grade der „Verschuldung") u. I. 14. §. 250.

2. Ueber die Folgen einer Verschuldung des Gegners und beiderseitiger Verschuldung s. I. 5. §. 361—63. vgl. mit I. 11. §. 104. 879.

3. I. 5. §. 283.: „Auch steht den Contrah. frei, die Grade des Versehens (s. aber I. 11. §. 489.), zu welchen sie sich gegenseitig verpfl. wollen, in dem Vertr. anders zu bestimmen," vgl. mit I. 20. §. 240. 41.: „Ein Vertr., wodurch der Sch. dem Ersatze aller ... Beschädigungen zum voraus entsagt, ist für ersteren unverbindlich. Doch kann die Vertretungspflicht des Pf.-Inh. (s. §. 121. 24. 25 eod.) auf solche Beschäd., die aus Vorsatz oder grobem Vers. zugefügt worden, durch Vertr. gültig eingeschränkt werden" u. I. 16. §. 400.: „Eine Verzichtl. auf Rechte, die aus künftigen unerlaubt. Handl. entstehen möchten, ist unwirksam."

2) Vertretung des Vorsatzes.

Arg. I. 6. §. 10. 11. u. arg. II. 20. §. 26 vgl. mit I. 5. §. 285. (s. ob.) u. I. 3. §. 19.: „Die Folgen eines groben Vers. werden, in so fern es auf den Schadensersatz ankommt, eben so zugerechnet, wie die Folgen des Vorsatzes". S. auch I. 11. §. 302. 369. 544., 13. §. 40., 20. §. 241., II. 1. §. 561., u. vgl. noch I. 5. §. 291.: „Wenn Jemand . . zu Unterlassung (einer Handl.) ausdrückl. (s. I. 11. §. 890.) verpfl. worden, . . muß er für das ganze Interesse haften" mit I. 11. §. 898., 13. §. 49. 50. 249 flg., 14. §. 13. 14. 29.

3) Verhaftung wegen groben Versehens.

1. Regel; I. 5. §. 277. u. 280. vgl. mit I. 3. §. 19 cit., 12. §. 308., 13. §. 237 , 14. §. 12. 27., 21. §. 257.

2. Ausnahmen u. Modificationen: a) I. 13. § 55 56., 14. §. 109. (Mandat), b) I. 13. §. 237. 45. vgl. mit II. 18. §. 166. 278 flg. (negot. gestio), c) I. 14. §. 11. 18. 43. (Depositum), d) II. 18. §. 275 flg. vgl. mit §. 166 eod. (Tutel), e) I. 13. §. 58. (Sachverständige).

4) Vertretung des mäßigen Versehens.

Vgl. I. 3. §. 21. mit I. 5. §. 278. und mit I. 11. §. 101. 4. 55. 62. 518. 42. 899. 910., 13. §. 56., 14. §. 17. 100., 17. §. 58., 20. §. 170. 84.

84., 21. §. 249. 78.; s. aber über den Einwand der dilig. quam suis l. 17. §. 211—14. (Societät), II. 1. §. 554. 55. (ehemännliche Verwaltung).

5) Verantwortlichkeit für geringes Versehen.

1. I. 5. §. 279. vgl. mit I. 13. §. 20., 14. §. 42., 21. §. 248.

2. §. 281 eod.: „Wer eine Handl. (s. über Ertheil. bloßen Raths I. 13. §. 219 flg.) übernommen (s. I. 14. §. 100., II. 18. §. 301 flg.) hat, welche besondere Sach- oder Kunstkenntnisse voraussetzt, muß .. auch das geringste Vers. vertreten," vgl. mit I. 11. §. 921 flg. 954 flg., 13. §. 57. 58., II. 18. §. 278. — S. auch noch I. 5. §. 290.: „Wer gewarnt worden, daß von seiner .. Handl. besondre u. ungewöhnl. Vorth. .. abhängen, wird .. einem Kunst- u. Sachverst. gleich geachtet", u. I. 3. §. 23.: „Ein geringes Vers. darf nur derj. vertreten, welchen die Gesetze besonders verpfl., vorzügl. Fähigk. oder Kenntn. oder eine mehr als gewöhnl. Aufm. bei einer Handl. anzuwenden" vgl. mit II. 8. §. 447 flg. 2459. flg.

3. I. 16. §. 13.: „Ist die Erf. einer unmittelbar aus dem Gesetze entspr. Verbindl. dem Verpfl. auch nur durch ein geringes Vers. unmöglich geworden, so muß er den Berecht. schadlos halten" vgl. mit I. 7. §. 240. 41., 13. §. 265. 66. u. Svarez Bemerk. bei B. S. 542.; s. aber I. 9. §. 445. 51., 14. §. 100. 106., 20. §. 641. 42.

6) Vertretung des Zufalls.

I. 3. §. 11.: „Dagegen werden bloß zufällige Folgen einer Handl. dem Handelnden nicht zugerechnet" vgl. mit §. 12. 13. u. I. 5. §. 364 flg. (s. unten §. 150.).

§. 142. 3. Von den Folgen des Verzugs. (B. §. 186—188., K. §. 31—35.).

1) Auf Seiten des Schuldners.

a) Eintritt des Verzugs.

Vgl. I. 16. §. 20. u. 21. vgl. mit 67—71 eod. u. I. 11. §. 828. 29., 12. §. 309. 28., II. 8. §. 2283 flg.; §. 22. 23 h. t.; §. 17 u. 26 h. t. vgl. mit I. 11. §. 96. 102. 227. 937 flg., 12. §. 331., 14. §. 72., 18. §. 775.

Ueber den dies morae bei oblig. ex delicto s. noch §. 66 h. t. vgl. mit I. 7. §. 231., über den bei Schenkungen I. 11. §. 1079. und über Verzugszinsen des Fiscus Ges. v. 7. Jul. 1833. §. 3.

b) Folgen des Verzugs.

1. Bei Geldschulden; §. 19. 64. 65 h. t. vgl. mit I. 11. §. 827. 830—32., §. 227 eod., 12. §. 331., 17. §. 204., 20. §. 220., II. 1. §. 549., 8. §. 888. 2110. 2285.; vgl. auch C. O. v. 28. Oct. 1799. (N. C. C. Th. X. S. 2687.) u. Anh. §. 26. mit Ges. v. 7. Jul. 1833. (Befreiung des Fiscus).

Ueber d. Wahl zwischen Verzugszinsen und erweislichen Schäden s. I. 11. §. 833. 34., 17. §. 204. (auch II. 8. §. 2113.? s. §. 2110. 11 eod.) u. üb. das Wahlrecht beim uneigentlichen Darlehn I. 11. §. 859.

2. Bei Oblig. auf Uebergabe einer Sache; §. 18 h. t.: „Was bei der verzögerten U. e. S. zu leisten sei, ist, wenn die Gesetze nicht besondre Best. bei gewissen Gesch. vorschreiben (s. z. B. I. 11. §. 97 u. 113—115, §. 936—938, §. 1001 flg. u. §. 1077. 80.) nach den im Tit. 7. (§. 223 flg. 240 flg.) bestimmten Verpfl. eines unredl. Besitzers zu entscheiden," vgl. mit I. 12. §. 309. 10., 14. §. 72., 21. §. 172., §. 240 u. §. 332. 33.; s. auch I. 11. §. 96. 101. 120. 935., 13. §. 249, 20. §. 131., 21. §. 251.

3. In sonstigen Fällen; §. 16. 17 h. t. vgl. mit I. 17. §. 203. 24. u. I. 11. §. 914. 19. u. §. 983. eod.

4. Ueber Rücktritt in Folge des Verzugs s. I. 5. §. 393. 94. vgl. mit I. 11. §. 229. 30. 346. 938. 1001., u. 21. §. 298. vgl. mit 18. §. 771 flg.

5. Ueber purgatio morae s. §. 24. 25 h. t., §. 58 eod. vgl. mit I. 11. §. 847 u. 18. §. 778 flg., §. 70 h. t. vgl. mit §. 58. 69 eod.

2) Auf Seiten des Gläubigers.

a) Bedingungen.

I. 16. §. 215 flg. vgl. mit I. 11. §. 98. 102. 216. 17. 910. 18. 939. 40.

b) Rechtliche Folgen.

1. Für Vertretung des Zufalls u. Versehens; I. 11. §. 98. 102. 3. 11. 12. u. §. 939. 40 eod. vgl. mit §. 860 eod.; s. aber auch §. 228 h. t. vgl. mit Entw. II. 13. §. 132.: „Durch rechtmäßige Depos. wird der Sch. v. d. Verb. befreit und die Gefahr . . geht auf den Gl. über."

2. In Betreff der Deposition; I. 11. §. 99. 119. 228., 12. §. 329., 14. §. 50 flg., 16. §. 215. u. 229.

3. Vgl. noch §. 24. 25 h. t. mit §. 229. 30 eod. (purg. morae debitoris).

4. Von der Pflicht zur Gewährleistung.

§. 143. a. Im Allgemeinen. (B. §. 190., K. §. 120.)

1. I. 5. §. 317. 18.: „Auch die Leistung der Gewähr gehört zur Erf. eines Vertr. Bei allen lästigen Vertr. (über lucrative Geschäfte s. I. 11. §. 1083. 84. 1176., I. 12. §. 397. 98. vgl. mit §. 313. 14. und 325 eod., I. 17. §. 100. 1., I. 18. §. 473—77., u. II. 1. §. 340 vgl. mit I. 11. §. 1047. 48. u. 21. §. 84.), wo nicht besondere Gesetze (s. §. 346. h. t. vgl. mit I. 11. §. 539 — 41., I. 11. §. 344. vgl. mit I. 20. §. 216., §. 427. flg. u. §. 484. 87 flg. eod.) oder ausdrückliche Verabredung (s. §. 347. 48. h. t., I. 11. §. 137. 421. 1083. u. I. 17. §. 126.) ein Anderes mit sich bringen, muß ein Theil dem andern dafür haften, daß sich derselbe der gegebenen Sache nach der Natur und dem Inhalte des Vertr. bedienen könne. Er muß die bei der Sache gewöhnlich vorausgesetzten u. die im Contr. ausdr. vorbedungenen Eigenschaften vertreten," vgl. mit I. 11. §. 135., §. 367 flg. 420 flg. 875 eod., 16. §. 243 flg., 17. §. 97., 20. §. 23. 169 flg. u. §. 85 flg. eod., 21. §. 21. 84. 272. 73. 418 flg.; vgl. auch A. G. O. II. 3. §. 11.

2. §. 320. 21. h. t.: „Liegt an dem Geber die Schuld (vgl. I. 11. §. 138. u. 20. §. 169. 70.), daß sich der Empf. der gegebenen Sache n. d. N. u. d. I. d. V. nicht bedienen kann, so muß er den Empf. schadlos halten (§. 285 — 291.). Ist die Unmöglichkeit, sich der S. solcherg. zu bedienen, durch eigenes (vgl. aber §. 361 — 363 h. t.), auch nur geringes Vers. des Empf. (I. 11. §. 432., 20. §. 23. vgl. mit I. 11. §. 161. 62.) entstanden, so kann derselbe von dem Geber keine Vertretung fordern."

§. 144. b. Wegen Fehler der Sache. (B. §. 191. 92., K. §. 128—132.)

1) Beim Mangel vorbedungener Eigenschaften.

§. 325—28 h. t., I. 11. §. 192—98., §. 953 eod. vgl. mit §. 138 u. 421 eod. u. I. 12. §. 398; s. aber I. 21. §. 272. vgl. mit §. 429. 30 eod.

2) Beim Mangel gewöhnlich vorausgesetzter Eigenschaften.

§. 329. 30 h. t. vgl. mit I. 11. §. 193., 20. §. 23. 169.; §. 332 h. t. vgl. mit I. 11. §. 199—205.; §. 331 h. t. u. I. 11. §. 198 u. 206. S. aber §. 339 — 42. vgl. mit I. 11. §. 173. 74. (Inbegriff von Sachen), §. 947. 51. 52 eod. (verdungenes Werk), I. 21. §. 272 u. 431. (Miethe u. Pacht).

3) Beim Mangel gehörigen Quantums.

1. I. 11. §. 207 flg.: „Hat der Verk. ein best. Maaß ꝛc. zu gewähren sich ausdrücklich verpfl. ꝛc.," vgl. mit §. 212.: „Ob die Quant. . . in der Absicht, daß sie vertreten werden solle, beigefügt worden, ist hauptsächl. nach d. Inhalt des Contr. zu beurtheilen" u. §. 214.: „Außer diesem Falle (eines Kaufs in Pausch u. Bogen, §. 213) gilt .. die Verm., daß die bestimmte Quant. gewährt werden solle."

2. I. 21. §. 425—28 u. 431. vgl. mit §. 273 eod.

3. Vgl. auch noch über Vertretung der Rechnungen I. 14. §. 146. 50. 51., 16. §. 431. 32. u. II. 18. §. 866. 96. 97.

4) Natur und Wirkung d. Wandelungs- u. Minderungsklage.

1. §. 325 h. t.: „. . . so ist der Empf. auf die Gewährung (der fehl. Eig.) anzutragen berechtigt," vgl. mit I. 11. §. 164. 88. 98. und §. 207—9 eod.

2. §. 326 h. t.: „Kann der Geber (sie) nicht gewähren, so kann (s. aber §. 340 eod. u. I. 11. §. 210. 947 u. 51., 21. §. 426 flg., und vgl. auch I. 11. §. 178. 79.) der Uebern. von dem Contr. wieder abgehen" vgl. mit I. 11. §. 169. 189. („kann oder will der Käufer nicht zurücktreten"); §. 327 h. t.: „Er muß aber (gegen Rückempfang seiner Leistung, I. 11. §. 167. vgl. mit 16. §. 243., 20. §. 23.) die Sache in dem Stande, in welchem er sie empf. hat, zurückgeben," vgl. mit §. 337 eod.: „In allen Fällen (s. jedoch I. 11. §. 168. vgl. mit I. 16. §. 244.), wo der Uebern. einer Sache dieselbe wegen fehl. Besch. zurückgiebt, ist er wegen der genoss. Früchte, wegen Verb. u. Verschlimmer., auch sonst überall, als ein redlicher Besitzer anzusehen," §. 165 eod. („gegen Zurückg. des Ueberrests") und I. 11. §. 250 flg.; s. aber Svarez Bem. bei B. S. 594.

3. §. 328. h. t.: „Kann od. will er dieses nicht, so . . kann (er) .. nur so viel an Vergütung (I. 11. §. 206.) fordern, als d. Sache (s. aber I. 11. §. 189. 951., 21. §. 420. 28.) . . weniger werth ist" vgl. mit I. 11. §. 170. 71. 77. 90., u. §. 370 eod.

§. 145. c. Wegen Ansprüche Dritter. (B. §. 193. 94., K. §. 121—25. u. 127.).

S. im allg. I. 5. §. 323. (fehlt im Etw. II. 2. §. 232 flg.; s. Svarez Bem. b. B. S. 589.): „Auch wegen der Anspr. eines Dritten auf die . . Sache, muß der Geber (s. aber I. 11. §. 149—51. u. vgl. I. 20. §. 217. 18. u. A. G. O. I. 52. § 12.) nach §. 320. Vertretung leisten, insofern der Empf. dadurch sich der Sache u. N. u. J. d. V. zu bedienen gehindert wird," vgl. mit §. 324 eod., I. 11. §. 136. („gegen alle Ansprüche") u. §. 367 flg. 484 flg. eod.

1) Bei gänzlicher Eviction der Sache.

1. Voraussetzungen der Regreßklage:

a) Verlust der Sache; I. 11. §. 154. 157 flg. 368., 18. §. 269. 70. 302. 303., 20. §. 81. 85., 21. §. 355. 90., vgl. mit I. 11. §. 222. 23. 372.; s. aber I. 11. §. 488. u. vgl. A. G. O. I. 17. §. 23.: „Es hängt alsdann

von dem Litis-Denunc. ab, ob er die (im C. I. Fr. §. 18.: „diese eventuelle") Regreßkl. sofort anstellen oder damit den Ausgang des Hauptproz. abwarten wolle."

b) Verlust wegen mang. Rechts des Auctors; I. 5. §. 320. vgl. mit Ed. v. 28. Oct. 1810. §. 2.; s. aber I. 21. §. 299. 420.

c) Gerichtliche Litis-Denunciation; I. 11. §. 143. 44. 48. vgl. mit §. 152. u. 426 eod., 20. §. 85., 21. §. 83. u. A. G. O. I. 17. §. 2. 8 flg.; s. aber §. 145—47. u. A. G. O. §. 10. 19. 20. vgl. mit C. G. O. v. J. 1709. Tit. 28. §. 15.: „Würde nun jemand die (gerichtl., §. 6.) lit. den. gar unterlassen und ... succumbiren, hat er gar keinen Regress wider seinen Autorem zu nehmen," P. L. R. v. 1721. B. IV. Tit. 6. Art. 18. §. 3.: „Dann, so der Käuffer die Verk. unterliese, sol der Verk. ferner nicht schuldig sein, den Käuffer schadlos zu halten dessen, so ihme mit Recht (d. h. durch Urth. u. Recht, s. §. 9.) abgenommen wäre," u. Proj. des C. F. March. Th. 3. Tit. 12. §. 18. (gleichen Inhalts).

2. Wirkungen:

a) im Falle redlichen Besitzes; aa) I. 15. §. 25—27. u. I. 20. §. 80 flg. 119. vgl. mit I. 7. §. 221., 11. §. 154. 58. („bleiben dem Dritten seine Rechte gegen den Verk., insofern dieser im unredl. Bes. gewesen, vorbehalten") und §. 367. 68. u. 487—91. eod. bb) §. 155—57 eod.: .. „haftet der Verk. nur nach Verh. seiner obwalt. Verschuldung (§. 489 h. t.: „nach Verh. seines Versehens"; im Entw. II. 8. §. 431 fehlt jede Modif.) dem Käufer für den etwa noch außerdem erlittenen wirklichen Schaden (§. 489.: „für das Interesse," §. 423 h. t. u §. 431. cit.: „alle Schäden u. Kosten"; s. auch Entw. §. 189.: „vollst. Genugthuung" bei „betrüglichem" Verhalten). Zu diesem Schaden gehören auch die auf den Kauf verw., ingl. die bei dem ... Prozeß (s. aber I. 20. §. 85. und A. G. O. I. 23. §. 17.) aufgel. Kosten (und die) Zinsen des Kaufg. ... seit dem Zeitp., wo er .. die Nutzungen ... hat herausg. müssen" vgl. mit Entw. II. 8. §. 184 flg. — S. aber §. 369 h. t.: „(Im Falle des Betrugs) hat der Empf. die Wahl, ob er seine vertauschte Sache zurücknehmen, oder von dem Geber wegen ..., Schadens und entg. Gewinns vollst. Genugth. fordern wolle" vgl. mit Entw. §. 337. (wird auf §. 189. verwiesen), u. §. 424 h. t.: „Hat (der Ced.) betrügl. gehandelt, so muß er das volle Interesse vergüten," vgl. mit §. 425 eod. u. Entw. §. 381. („den mit Grunde gehofften Gewinn"), u. vgl. noch I. 20. §. 627. 28., 12. §. 313., 21. §. 390.

b) im Falle quasi unredl. Besitzes; I. 15. §. 18. 19 u. 20. §. 91. 92. vgl. mit I. 11. §. 161. 63.

c) im Falle wirklich unredl. Besitzes; I. 15. §. 17., 20. §. 90. vgl. mit I. 11. §. 159. 60. u. Svarez Bemerk. bei B. Th. 2. S. 286.

2) Bei Eviction von Theilen, Pertinenzen und Gerechtsamen.

I. 11. §. 78—81 u. 164. vgl. mit I. 5. §. 325 flg., §. 165 flg. und 170—72 eod.; s. auch §. 370 eod., I. 18. §. 733. 35. u. 21. §. 82—84., §. 418. 19. vgl. mit 422. 31. eod.

3) Wegen Lasten und Dienstbarkeiten.

1. Gemeine öffentliche Lasten; I. 5. § 333. 34. vgl. mit §. 325 flg. eod., I. 7. §. 218., 11. §. 175—77., 21. §. 292—94. 413.; s. aber über Rückstände I. 11. §. 182. u. üb. ante tradit. neu auferlegte Lasten §. 178. 79 eod. — Ueber den Begriff vgl. Hyp. Ord. Tit. 2. §. 48.

mit A. L. R. II. 7. §. 37. 41. 44., 8. §. 49. 63., 11. §. 165. 74. 738. 41. 857 flg., 14. §. 2 flg. 78.

2. Außerordentliche Lasten; I. 11. §. 180. 81., 21. §. 560. 62. vgl. mit §. 289. eod.

3. Ungewöhnliche Lasten; I. 5. §. 335. vgl. mit §. 329 flg., I. 11. §. 183.

4. Privat-Dienstbarkeiten und Lasten; I. 11. §. 183., 21. §. 293. 414. Ueb. den Begriff vgl. H. O. §. 50. mit A. L. R. I. 18. §. 709., 21. §. 293., II. 7. §. 245. 48.

5. Privatschulden; I. 11. §. 184., 21. §. 75 flg. 293., 18. §. 708. 709. u. 723.

6. Ueber die Fälle gänzlich mangelnder Regreßklage vgl. I. 11. §. 1082. 12. §. 326., 18. §. 11., 21. §. 70 flg., §. 87. 88. vgl. mit §. 80 eod.

§. 146. d. Von der Verjährung der Gewährleistung. (B. §. 192. 94., K. §. 126.).

1. I. 5. §. 343. 44.: „Die Rechte, welche dem Uebern. einer Sache wegen natürlicher, die Sache selbst betreff. Fehler zukommen, muß derselbe bei Landg. innerh. 3 J., bei städt. Grundst. innerh. 1 J., bei bewegl. Sachen aber innerh. 6 M. nach dem Empfang der Sache ausüben. Wegen solcher Mängel hingegen, welche nicht d. Sache selbst, sondern nur äußere Eigenschaften, Befugn. oder Lasten ders. betr., muß der Uebern. seine Rechte bei Landg. innerh. 1 J., bei städt. Grundst. innerh. 6. M. u. bei bewegl. S. innerh. 3 M. nach der von dem Mangel erlangten Kenntniß geltend machen", vgl. mit Entw. II. 2. §. 244.: „Die dem Empf. wegen fehlerh. Beschaff. der Sache (vgl. §. 237 flg. mit 246.) zukomm. R. muß ders. bei L.-G. in 3 J., bei städt. G. in 1 J., bei bewegl. S. in 3 M. nach dem Tage des Empf. ausüben," und mit Svarez Schlußv. S. 5.: „Die Präscr.-Fristen bei der act. redhib. et quanti min. sind de I. R., je nachdem u. s. w.; darauf ob Caution geleistet . ., kann es wohl so sehr nicht ankommen, als darauf, ob der Käufer . . . . . von dem Fehler früher oder später unterrichtet sein könne; und dies hängt wiederum davon ab, in wiefern der Fehler in der Sache selbst, oder nur in einem Mangel äußerer zufälliger Eigensch. liegt . . ."

2. S. aber noch I. 11. §. 68. (Verj. der Klage ex laes. enormi innerh. der Fristen des §. 343.; fehlt im Entw.), §. 968. 69. eod.: „kann der Baumeister wegen Fehler . . aus der Bauart . . nur innerh. 3 J. nach der Uebergabe . . (s. Entw. II. 8. §. 691. 92.); wegen der schlechten Beschaff. der Mater. . . . zu allen Zeiten innerh. d. gewöhnl. Verj.-Fr. zur Verantw. gezogen" (fehlt im Entw.), und I. 21. §. 623. 24.: „Wenn der Pächter eines Landguts Gewährsmängel an den ihm verp. Rubriken (s. §. 408. 9. 33. 84. 85. 500 flg.) zu bemerken glaubt, so liegt ihm ob, dem Verp. noch vor Ablauf des J., in welchem diese Mängel sich hervorgethan (s. §. 625.), davon Anzeige zu machen. Alsdann hängt es von ihm ab, ober . . die Vergütung sofort oder nach einem Zeitverlauf einklagen . . wolle" (fehlen gleichfalls im Entw.).

V. Von der Aufhebung der Obligationen.

A. Durch Uebereinkunft und Entsagung.

§. 147. 1. Im Allgemeinen. (B. §. 198. 274., K. §. 134. 171—74.)

1. Verhältniß beider zu einander; I. 5. §. 385. (wechs. Einwill.) u. I. 16.

§. 380. 81. 88. 89. (ausdrückliche W.-E. u. Acceptation) vgl. mit §. 390. 91. 404., I. 12. §. 427 flg., u. mit §. 392. h. t.: „Gerichtl. Entsag. bedürfen keiner Annahme."

2. Form; I. 5. §. 386. flg.: „Ist der Vertr. noch von keiner Seite (§. 388. 90.) erf., so ist (außer wenn unter Beding. oder Nebenabr., §. 388.) mündliche Erkl. hinreichend, auch muß die Cassation .. des Instr: hinzu kommen" vgl. mit I. 10. §. 247. flg., 16. §. 387 u. I. 5. §. 134. (s. oben S. 133.).

3. Rechtliche Wirkung; I. 16. §. 394. 95. u. 393 eod.: „Eine unentg. Entsag. eines bereits erworb., ingleichen eines zwar noch künft. .. Rechts, dessen Anfall .. gewiß war, (Entw. II. 13. §. 234.: „Ein unentg. Erlaß") ist einer Schenkung gleich zu achten," vgl. mit I. 11. §. 1039. (Entw. II. 8. §. 733.): „Bloße Verzichtl. auf ein zwar angefallenes, aber noch nicht wirkl. übernommenes, ingl. auf ein zweifelhaftes Recht ... sind nach den Regeln von Schenk. nicht zu beurtheilen."

§. 148. 2. Insbesondre durch Vergleich. (B. §. 275.)

1) Begriff u. Voraussetzungen.

I. 16. §. 405.: „Vergl. sind Vertr. (s. §. 406. 7. 17. 19. 30. vgl. mit §. 418. 29. 35. 43.), durch welche die Parth. die bisher unter ihnen (s. §. 411. 422. 23. vgl. mit §. 420. 21.) streitig oder zweifelhaft (s. §. 394. u. 410. vgl. mit 395. 408. 9.; s. auch I. 17. §. 102.) gewesenen Rechte dergestalt bestimmen, daß wechselseitig etwas (s. §. 393. 95. vgl. mit I. 11. §. 379.) gegeben oder nachgelassen wird" vgl. mit §. 412—14. (Vergl. üb. Alimente), §. 415. 16. vgl. mit I. 4. §. 8. (Vergl. über unerl. Handl.), §. 442. 43. (Vgl. üb. test. Erbschaft).

2) Wirkungen.

1. In objectiver Hinsicht; §. 426—28. u. 436—38. h. t. vgl. mit I. 17. §. 114.

2. In Betreff der Contrahenten selbst; §. 405 cit. vgl. mit §. 424. 25. („Erf. des Vergl. fordern") §. 445. u. 49. (s. sub. 3.) und mit §. 427. („sind alle bisher gehabte Rechte für aufgehoben zu achten") u. 448. („Einwand des Vergl.").

3. In Betreff der accessorisch. Rechte; a) §. 445 flg. (fehlen im Entw.): „.. Bleibt der Bürge, welcher dabei zugezogen worden, insofern seinetwegen nichts besondres verabr. ist, für die Erf der .. durch den Vergl. übernommenen Verb. verhaftet. Ist (er) weder zugezogen noch ausdr. entlassen worden, so .. bleiben ihm alle Einw. gegen d. urspr. Ford. .. vorbehalten. Dagegen kommt (ihm) gegen den Gl. der Einw. des Vergl. .. allemal zu statten," vgl. mit I. 14. §. 386. 87. (fehlen auch im Entw.): „Ist .. ohne Zuzieh. des B., .. die Verb. auf einen mindern Betrag heruntergesetzt, so kommt dies auch dem B. zu statten. So weit aber, wegen Nichtigk. des Vergl., die urspr. Verb. . wiedereintritt, wird auch der B. für den urspr. Vertr. wieder verhaftet (Tit. 16. §. 445 sq.)". b) §. 449. h. t. (fehlt gleichfalls): „.. ist darüber .. nichts besondres verabr. so haftet (d. Pfandrecht) auch ferner noch .. zur Sicherheit der aus dem Vergl. .. zustehenden Ford." S. übrigens §. 450. 51 h. t. u. §. 471—75 eod. vgl. mit Entw. §. 279 h. t.

4. In Bezug auf dritte Personen; §. 422., 440. 41 h. t. u. I. 11. §. 147. vgl. mit §. 424. 25 h. t.

§. 149. B. Durch einseitigen Rücktritt. (B. §. 198—200., K. §. 137. 38.)

1) Wegen veränderter Umstände.

l. 5. §. 378 flg.: „Wird durch eine unvorhergesehene (s. §. 379.) Veränd. (d. Umst.) die Erreichung des ausdrückl. erkl. oder aus d. Natur des Gesch. sich ergebenden (sich von selbst verstehenden, §. 380.) Endzwecks beider Theile (s. §. 380 flg.) unmögl. gemacht, so kann jeder derselben von d. noch nicht erfüllten Vertr. wieder abgehen," vgl. mit l. 11. §. 656. 57. 984—86., 14. §. 47. 48., 16. §. 33.

2) Wegen Nichterfüllung.

1. Bei Verträgen über Handlungen; l. 5. §. 408 flg.: „Bei Vertr., deren Hauptgegenst. Handl. sind, kann der, welcher behauptet, daß der Andere die Erf. bisher nicht contractmäßig geleistet oder solchergest. nicht leisten könne, sofort auf seine Gefahr (s. §. 409—411.) von dem Vertr. wieder abgehen," vgl. mit l. 11. §. 878. („wenn der eine Theil die Erf. weigert"); s. auch l. 11. §. 908—16. (Unterbrechung verdungener Handarbeit), §. 948. flg. (Untüchtigkeit eines opus locatum), §. 1005 flg. eod. (Verlagscontr.)

2. Bei anderweitigen Verträgen; l. 5. §. 396 flg.: „Ist der Inh. des Vertr. klar (s. §. 395. vgl. mit 393. 94.), der eine Theil aber weigert die Erf. . . ., weil der andere (seine Verb.) nicht gehörig erfüllt habe od. solcherg. nicht erf. könne . . (und) wird der Weigerungsgrund rechtskräftig (s. aber §. 404. 5.) verworfen (s. §. 402. 3.), so hat derj., welcher auf Erf. antrug, die Wahl, ob er nunmehr ferner darauf bestehen . . oder (neben Entschäd. §. 398.) von d. Vertr. ganz zurücktreten wolle". §. 399. „Wird aber die Weig. durch ein rechtsk. Urth. (s. §. 406. 7.) für erheblich geachtet, so hängt es von dem Weigernden ab, . . . zu leisten, oder (ohne Entschäd., §. 400. 1.) von d. Vertr. ganz abzugehen," vgl. mit l. 11. §. 232—46., 21. §. 391—394. S. auch Svarez Schlußv. S. 5. vgl. mit Entw. II. 2. §. 281 flg.

3) Wegen Verzugs und wegen Betrugs u. s. w.

S. oben §. 142. S. 153. u. §. 82. S. 86.).

§. 150. C. Wegen Unmöglichkeit der Erfüllung. (B. §. 181. 82. 196., K. §. 20. 136. 182.)

1. l. 5. §. 364 flg.: „Entsteht die Unmögl. (s. §. 374—76.) den geschl. Vertrag zu erfüllen (od. der im Vertr. bestimmten Erf.-Art, §. 373.) durch einen Zufall oder durch unabwendbare Gewalt und Uebermacht (durch einen bloßen Zufall, §. 373.), so wird der Vertr. für aufgehoben angesehen. Alsdann muß jeder dasj., was ihm von dem andern in Erwartung der gegens. Erf. gegeben oder geleistet worden, zurückgeben (s. §. 366—68.) od. vergüten," vgl. mit l. 11. §. 879 u. 92., 16. §. 199.

2. l. 11. §. 95.: „So lange der Verk. . . . noch nicht übergeben hat, bleibt bei allen freiwill. (s. §. 342.) Verk., wenn sie nicht in Pausch u. Bogen geschl. (s. §. 117—121., auch §. 474 flg. 483.), oder sonst ein anderes ausdr. verabredet worden (l. 5. §. 261.; s. aber §. 131. 32. h. t.), Gefahr u. Schade (§. 130 flg. „Eigenth. u. Gefahr") dem Verk. zur Last, . . . selbst wenn die Ueberg. durch bloßen Zufall verzögert wird"; §. 100 eod.: „Wird die verk. Sache noch vor

der Ueberg. durch einen Zufall (s. §. 101 flg.) gänzlich zerstört, ... so wird der Contr. für aufgehoben geachtet (Tit. 5. §. 364 sq.)" vgl. mit Svarez Schlußvort. S. 16. — S. auch I. 11. §. 431. 33., §. 474., §. 513—16., §. 902., §. 960. 64. 67 eod., 12. §. 344., 16. §. 202., 18. §. 758—63., 19. §. 31., 21. §. 211., §. 299—301. 307. 381 eod., II. 5. §. 53.

2. S. indessen über Vertretung des Zufalls:

a) I. 5. §. 369—72.: „Ist ... (nur) die bestimmte Art der Erf. unmöglich, ... durch die Schuld des Verpfl. oder durch einen in dessen Person sich ereigneten Zufall .., so ist der Berecht. (entgegengesetzt Falls d. Verpfl., § 370.) eine andere Erfüllungs-Art zu wählen befugt."

b) I. 11. §. 882.: .. wird die Erf. durch bloßen Zufall (s. §. 880. 81.) unmöglich, so muß, (wer bereits ganz erfüllt), mit der Vergütung des gemeinen Werths der verspr. Sache oder des gewöhnl. Lohns der Handl., die er selbst geleistet hat, sich begnügen."

c) I. 11. §. 883.: „Hat .. der eine .. schon eine od. mehrere Handl. geleistet, und d. fernere Erf. wird ihm selbst durch eigene Schuld (oder durch einen Zufall .. in seiner Person, §. 884.) unmöglich, so kann er .. Verg. fordern, (in sofern) dieser sonst mit seinem Schaden reicher (s. aber §. 908 u. 13.) würde. §. 885. Macht ein bloßer Zufall .. die (vollst.) Leistung ... unmöglich, so kann er .. gewöhnliche Verg. (s. aber §. 908. 17.) .. fordern. §. 886 flg. Entsteht die Unmöglichk. d. (vollst.) Erf. von der Seite des andern Contr. u. zwar durch Zufall (oder durch dessen „eigenes Versch." §. 888.), so kann er ... contractmäßige Verg. dafür (s. aber §. 910 flg. 918.) nach Verh. des Geleisteten fordern."

d) I. 3. §. 13.: „Auch müssen die bloß zufälligen Folgen einer in den Ges. gemißbill. Handl. insofern vertreten werden, als der Zuf. nur durch diese Handl. schädlich geworden ist" u. I. 6. §. 16. (s. S. 142.), vgl. mit I. 7. §. 341., 13. §. 249., 14. §. 14. 19. 28. 85., 20. §. 124. 131. 161., 21. §. 237 u. 51., II. 1. §. 546., 18. §. 282., Depos. Ord. §. 57. S. auch noch I. 13. §. 81.

D. Von der Aufhebung durch Befriedigung des Gläubigers.

1. Von der wirklichen Erfüllung.

§. 151. a. Im Allgemeinen.

Vgl. I. 16. §. 7. u. 10. mit §. 11. eod. u. mit I. 11. §. 900. 28., 13. §. 37. 46., 14. §. 121. 22.

§. 152. b. Von der Zahlung insbesondre. (B. §. 261. 262., K. §. 153—56.)

1) Begriff und Erfordernisse.

1. I. 16. §. 28.: „Geschieht die Erf. der Verb. durch Geld (s. oben §. 65.) oder Geldgleiche auf jeden Inhaber lautende Papiere (s. I. 11. §. 653. 793.), so wird solches eine Zahlung genannt," vgl. mit §. 72. 73. eod. u. I. 15. §. 45—47.

2. §. 30. 37 h. t. vgl. mit I. 13. §. 105. 129 flg., 14. §. 64. u. 17. §. 152., II. 1. §. 234 flg. u. 243. 44. 379., 2. §. 169., 18. §. 492—500 u. mit I. 21. §. 101. 4.; §. 31—33. h. t.; §. 34 eod. vgl. mit A. G. O. I. 24. §. 101—5.; §. 36. 38. 39. h. t.

3.

3. §. 41. h. t.: „(Es) ist jede auch von einem Unfähigen (s. §. 36. 38.) geleistete Zahl. zum Vortheile des Zahlenden insoweit gültig, als er sich dadurch von einer Verb. (§. 42. u. 170.) befreit hat" und §. 43 eod.: „Wer die Schuld eines Andern mit oder ohne Auftrag (§. 45.) bezahlt, befreit denselben von seiner Verbindl.", vgl. mit §. 46—48. (s. oben S. 147.) u. §. 50.: „So weit der Gl. dergl. Zahl. von einem Dritten anzunehmen schuldig ist (§. 49. 51.), so weit ist er auch demselben seine Rechte an den Sch. abzutreten verpfl. (Tit. 11. §. 442—44.)"

2) Wirkungen.

§. 149. h. t. vgl. mit §. 150—52. u. 153—59. eod.; s. aber §. 160 flg. (Zahlung unter Vorbehalt).

3) Beweis der Zahlung.

1. §. 86 h. t. vgl. mit §. 101., u. §. 125 flg. vgl. mit §. 131. u. 267.

2. Ueber Inhalt u. Form d. Quittungen s. §. 87 flg. u. 110 h. t. vgl. mit §. 97. flg., über deren Beweiskraft §. 104 flg. h. t. vgl. mit §. 124. u. A. G. O. I. 10. §. 164. (Kerbhölzer), §. 133. h. t. („durch Quitt. oder sonst") und Svarez Schlußv. S. 52., über die Präsumptionen aus Quittungen §. 133—145. h. t. vgl. mit I. 11. §. 837 flg. (bei Terminal-Zahlungen) u. §. 146—48. h. t. (bei laufender Berechnung).

§. 153. c. Von der Rückforderung geschehener Zahlungen u. Leistungen. (B. §. 263—66.)

1) Wegen Irrthums.

Vgl. Düsberg üb. die Rückford. einer aus Irrthum geleisteten Zahlung (Simon's Zeitschr. Th. 1. S. 256 flg.) u. Schweikart üb. die condictio indebiti (Bobriks Zeitschr. S. 141 flg.).

a) Anwendbarkeit im Allgemeinen.

I. 16. §. 166.: „Was auf den Grund einer vermeinten, aber nicht wirklich vorhandenen Verb. . . bezahlt (s. aber §. 189. 93. 96.) worden, (kann) . . zurückgef. werden."

b) Bedingungen der Condiction.

§. 178. h. t.: „Soll . . . eine ohne Vorbehalt geleist. Zahl. widerrufen werden, so muß ausgemittelt sein:

1) daß für die Person des Zahlenden gar keine (s. §. 171. vgl. mit §. 168. 69. u. II. 12. §. 104. 7.), auch nicht eine bloß moralische Verbindl. zur Zahlung vorhanden gewesen sei", vgl. mit §. 179. (Ausschluß bei Erf. einer „unvollkommnen", aber „wegen eines vorh. posit. Gesetzes" [s. I. 11. §. 578. 676. 704., II. 1. §. 319.] nicht klagbaren Verb.) u. §. 177. (Zahl. aus mündl. Vertr., s. oben S. 94.), so wie mit §. 176. (Ausschl. „bei Zahl. aus einem bloß wegen Mangels der gesetzl. Form [I. 14. §. 243. 411., s. auch Svarez Schlußv. S. 54.] unverb. Geschäfte") u. §. 184. (Ausschl. bei „wegen Mangels an der durch posit. Ges. best. Form selbst [s. §. 182.] angefochtenen" u. „bloß aus diesem Grunde" für nichtig erkl. Vertr. Test. und Urth.). S. aber §. 170.: „Was aus einem Gesch., das wegen der Unfähigkeit des einen Theils nach den Ges. für ihn unverb. war (s. I. 5. §. 9. flg. 37. u. §. 42. 186—88. h. t.; vgl. auch Svarez a. a. O. S. 55.), vor gehobener Unfäh. (s. aber II. 2. §. 138.) gezahlt worden, das kann soweit, als der Unf. auch nicht wegen gescheh. Verwendung in seinen Vortheil verpfl. war (s. I. 13. §. 271. 73.), zurückgef. werden," und vgl. überhaupt Entw. II. 13. §. 96—99.

2) daß der Empf. dadurch einen Vortheil erlangt habe, zu welchem er gar kein Recht hatte"; vgl. mit §. 180. (Zahlung v. Seiten eines vermeintl. Schuldners) u. §. 185—88. (wissentl. Bezahlung fremder Schulden). Ueber §. 188 h. t. s. insbes. noch Entw. §. 102. vgl. mit §. 101. u. 96. 97 eod.

3) daß die Zahlung aus einem wirklichen Irrthum (§. 181. 82. u. 85. vgl. mit Entw. §. 94. 100.) geschehen", sei vgl. mit §. 176 cit.: „Bei Zahl. ꝛc. (s. oben) findet die Rückf. aus einer vorgesch. Unwissenheit dieser gesetzl. Vorschr. niemals statt" u. Svarez a. a. O.: „Eine eigentliche Abweich. (v. Röm. R.) findet sich nur darin, daß auf den Untersch. inter err. facti et juris (außer im Falle des §. 176.) keine Rücksicht genommen."

S. übrigens §. 167 h. t.: „Jeder Irrth., zu welchem der Zahl. durch den Empf. verleitet worden, berechtigt zur Rückf.," vgl. mit §. 196. 97. (Requis. der m. f. des Empf. bei irrth. Leist. von Handl., außer denen „wobei der Leistende belohnt zu werden pflegt.")

c) Art der Rückgewähr.

§. 189—92. (Sach.) 193—95. (Geld u. fung. S.), 196. 97. h. t. (Handl.).

2) Wegen Nichterfüllung der Gegenleistung.

Vgl. I. 5. §. 360 flg. (s. oben §. 149.) und §. 200—204 h. t.

3) Wegen unerlaubten Zwecks der Leistung.

1. Von Seiten des Fiscus; §. 205. 6. h. t. vgl. mit §. 210. 11. u. I. 11. §. 159—61. 714., 1070. 71., II. 8. §. 1940. 54 flg.; vgl. auch §. 172. 73. h. t. mit I. 11. §. 684., II. 12. §. 109. S. jedoch II. 11. §. 202., II. 20. §. 1272 u. II. 12. Anh. §. 143., u. vgl. noch Ver. v. 14. Jul. 1797. wegen Mißbr. bei Subhast. ꝛc. (N. C. C. Th. 10. S. 1313.).

2. Von Seiten des Gebers; §. 207. 8. u. 12. vgl. mit §. 174. 75. h. t.

§. 154. 2. Von d. Deposition bei Gericht. (B. §. 267., K. §. 157—59.)

1. Zulässigkeit derselben im allg.; I. 16. §. 213. (Depos. der schuldigen Summe od. Sache), §. 234. eod. I. 14. §. 104. (unbewegl. Sachen), §. 103 eod. (lebende bewegl. Sachen.)

2. Ort der Deposition; §. 214. h. t. („bei den Gerichten des Zahl.-Orts") vgl. mit I. 17. §. 157. („in demj. Gerichtsst., unter welchem d. Zahl.-Ort gelegen ist").

3. Gründe derselben; a) §. 215—17. u. 222 h. t. vgl. mit I. 14. §. 51. u. II. 8. §. 890., I. 17. §. 156., 20. §. 182. u. II. 8. §. 895., I. 13. §. 136.; b) 219—21. 23. 24. h. t. vgl. mit I. 11. §. 99. 214. 228., 14. §. 50.; c) §. 226. h. t. vgl. mit §. 360 eod.; s. aber I. 11. §. 222. 372. u. II. 8. §. 924. 1249., I. 14. §. 79., II. 12. §. 121. u. A. G. O. I. 14. §. 7.

Ueber die Fälle nothwendiger Deposition s. I. 7. §. 159. 60. und §. 168., vgl. mit I. 14. §. 92—94. u. §. 70. 71 eod., I. 11. §. 419., II. 4. §. 112. 31., II. 8. §. 891. 94. 1168. 72. 78., u. Dep. Ord. §. 2.

4. Wirkung der Deposition; §. 213 h. t. flg.: „Durch eine rechtmäß. (s. §. 230. 31.) gerichtl. (§. 228. wirklich geleistete) Dep. . . wird der Sch. u. dessen Bürge so, wie durch wirkliche Zahl. und Ueberg. von der Verb. frei", vgl mit §. 228. (s. ob. S. 154.) u. 229.: „Von Verz.-Zinsen ꝛc. wird der Sch. seit dem Tage der Präsent. seines Gesuchs frei, insofern ꝛc."

§. 155. 3. Von der Angabe an Zahlungsstatt. (B. §. 268., K. §. 160. 61.)

I. 16. §. 235 flg.: „Die Uebergabe (Entw. II. 13. §. 139. „Anweisung") einer Sache (s. §. 262. 63.) an Z.-St. befreiet den Sch. nur so weit, als dieselbe von dem Gl. ausdrücklich (s. §. 236—41.) als Zahl. angenommen worden. §. 242. Hat der Gl. die Sache für einen bestimmten Preis einmal angenommen, so ist (s. jedoch §. 243. 44. 46—49. vgl. mit §. 474. 75 h. t., u. A. G. O. I. 50. §. 47. vgl. mit §. 44—46. u. 48. 55 eod. u. §. 191. h. t.) in so weit die Schuld (s. aber §. 189 h. t.) getilgt, und es treten übrigens zw. den Parth. eben die R. u. Pfl. ein (§. 245. 50. u. I. 20. §. 576.), welche zw. Käuf. u. Verk. obwalten."

§. 156. 4. Von Anweisungen. (B. §. 269—72.)

Vgl. Koch vom Uebergange der Forder.-Rechte §. 41—49.

1) Begriff und Erfordernisse.

1. I. 16. §. 251.: „Wenn Jemand (Assignant) einem Andern (Assignatar) den Auftrag macht, etwas (Schuld §. 254. 79.; Post §. 265. 77.; in den Händen des Assignaten für Rechnung des Anw. befindliches Object §. 295.), welches der Auftragende von einem Dritten (Assignat) zu fordern hat (s. aber 256. u. 59.), bei dems. für seine eigne Rechnung zu erheben (s. §. 252. vgl. mit §. 298. 99.), so wird dieses eine Anw. oder Assign. genannt", vgl. mit Entw. II. 13. §. 145.: „Wenn der Sch. seinem Gl. die Vollm. ertheilt, den Betrag seiner Ford. von einem Dritten zu erheben, so wird ꝛc." u. I. 2. Tit. 3. §. 857.

2. §. 253 h. t. vgl. mit §. 258. u. II. 8. §. 1289., §. 254. 55. vgl. mit §. 293. 94. eod., §. 268. vgl. mit 270 flg.

2) Wirkungen.

1. Für den Assignatar im Verh. zum Assignaten: a) vor erfolgter Accept.; §. 277. 78. u. 280. 81. h. t. vgl. mit 274. u. II. 8. §. 1269 flg. 1277. b) aus dem Accepte; §. 259. vgl. mit 270. 72. 73. 75. 76. und II. 8. §. 1293—95., §. 283. 85. flg. h. t. vgl. mit II. 8. §. 1278 flg. — Ueb. die Concurrenz mehrerer Assignatare s. §. 295. 96.

2. Für den Assignatar im Verh. zum Assignanten: a) im allgem.; §. 280 h. t. u. II. 8. §. 1261. vgl. mit §. 261. 74. 75. u. §. 1291. 92.; s. aber §. 262—67. u. 1262 flg. b) bei nicht erfolg. Accept.; §. 280. u. 82. vgl. mit §. 1273—77. u. 1282 flg. c) nach dem Accepte; §. 291. h. t. vgl. mit §. 259. 266. 314 u. II. 8. §. 1294. d) bei ausbleibender Zahlung; §. 283. 84. 87 flg. vgl. mit §. 1280 flg. (über den Widerspr. zw. §. 288. 89. u. §. 1288. vgl. Entw. §. 171 h t. u. I. 2. Tit. 3. §. 868.). e) nach erfolgter Zahlung; §. 252. u. 299 h. t. — Ueber die Uebertragung der Assignation s. II. 8. §. 1299 flg.

3. Für den Assignaten im Verh. zum Assignanten: a) in Betreff der Accept. u. Zahlung; §. 256. 57. h. t. vgl. mit §. 273. 75. 76. 94.; b) nach geleisteter Zahlung; §. 260 h. t. u. II. 8. §. 1296. vgl. mit §. 292. h. t.

§. 157. 5. Von der Compensation. (B. §. 273., K. §. 162—69.)

1) Begriff und Zulässigkeit im Allgemeinen.

1. I. 16. §. 300. h, t. vgl. mit I. 18. §. 575., Marg. zu II. 1. §. 719., II. 20. §. 661., Gem.-Theil.-Ord. v. 7. Jun. 1821. §. 52. 82.

2. §. 345 h. t.: „Auch Leist. bestimmter Sachen (I. 5. §. 273.) oder Handl. können gegen einander nicht comp. werden" vgl. mit §. 371.: „Nur zwischen (Entw. II. 13. §. 221.: bei) Handl., die einen best. Geldwerth haben u. wobei es gleichg. ist, von wem sie geleist. werden, kann Comp. statt finden;" s. aber §. 363 — 65. (Depos. u. Commod.) u. 366. 367. (Alim.-Ford.).

2) Bedingungen.

1. In persönlicher Beziehung; §. 302 h. t. (s. oben S. 140.) — Anwendungen des allg. Grundsatzes: a) bei Correal-Ford., §. 303. vgl. mit Entw. II. 2. §. 315. b) bei Correalsch., §. 304 — 7. c) bei Erbsch.-Ford., §. 308 — 12. d) bei Mand., Vorm. u. Verwalt., §. 330 — 35. e) bei Concursen, §. 317 flg. — Scheinbare Modificat. der Regel a) bei Cessionen u. Assign., §. 313 — 16. u. I. 11. §. 472. vgl. mit Anh. §. 53. b) bei Bürgsch., §. 328. 29. vgl. mit §. 374. c) bei Schulden u. Ford. der Ehefrauen, §. 336 — 41. — Ueber die Ausnahme zu Gunsten des Fiscus s. §. 368. 69. eod.

2. In Betreff der Forderungen; §. 342 h. t.: „(Die) Schulden ... müssen so beschaffen sein, daß der, welchem die Comp. entgegengesetzt wird, an dem, was er mit Recht zu fordern hat, nichts verliert," vgl. mit a) §. 343. 44. 46. vgl. mit §. 350. 51. (Gleichartigkeit). b) §. 343. 46 — 49. vgl. mit 352., 353 — 55., 356 — 58. u. A. G. O. I. 50 §. 158. 59. (Fälligkeit). c) §. 359 — 62. vgl. mit §. 226. (Liquidität). — Ueber die Compensabilität natürl., verj. u. präclud. Ford. s. oben §. 123. u. 120. u. A. G. O. I. 32. §. 26. vgl. mit A. L. R. I. 14. §. 304. 5.

3) Rechtliche Natur der Compensabilität.

§. 301 h. t.: „Sobald die Ford., durch welche die Comp. gesetzmäßig begründet wird, entstanden ist, wird auch die Schuld, so weit die Comp. reicht, für erloschen geachtet" u. §. 361.: „Wird die bestrittene Gegenf. in der Folge liquid gemacht, so findet dennoch wegen des Zeitp., wo die Comp. geschehen u. also die Ford. des andern erloschen ist, die Vorschr. d. §. 301. Anwendung", vgl. mit §. 372.: „Dem Einwande der Comp. (A. G. O. I. 24. §. 36. vgl. mit 9. §. 6., 10. §. 60.) kann der Schuldner für sich selbst (s. §. 372.) gültig (auch stillschweigend; s. §. 357. 70. h. t. vgl. mit §. 381. 82.) entsagen", u. mit §. 324. 53. h. t. (Compensationsrecht); s. auch noch I. 12. §. 411.

§. 158. E. Von der Umschaffung der Verbindlichkeiten. (B. §. 276., K. §. 170.)

Vgl. Koch vom Uebergange der Forderungsrechte §. 50 — 57.

1) Begriff und Erfordernisse im allgem.

I. 16. §. 450 flg.: „Rechte und Verb. können auch . . mit Einw. der Interess. (s. §. 456. 57. vgl. mit §. 30 flg., 40 — 42 h. t., §. 462 eod., und §. 289. eod., I. 14. §. 118. vgl. mit §. 99 flg.) umgeändert werden (in marg.: Was Nov. sei)." §. 454. „Wird eine neue Verbindl. (arg. §. 464 — 66.) ausdrücklich (s. aber §. 455.) an die Stelle der vorigen (§. 467. 68.) gesetzt, so erlöscht diese letztere durch Umschaffung (Novation)."

2) Einfache Novation.

1. Voraussetzungen; §. 462 h. t. (Veränd. in der Art der Verb.) u. §. 469. (neue Verb. von verschiedener Art) vgl. mit §. 452. 53.

und §. 462. 63. eod.: „. . . so muß der Schuldn. . . fähig und berechtigt sein, eine Verb. von dieser Art zu übernehmen; auch der Gl. . . ein Recht von der Art, als an die Stelle seines vorigen Rechts treten soll, zu erwerben" (fehlt im Entw.). — Vgl. auch I. 5. §. 37., II. 2. §. 136.

2. Wirkungen; a) im allg.; §. 454. 55. 70. vgl. mit §. 458—60. h. t. b) in Betreff der Vor- u. accessor. Rechte; §. 469. 71—73. vgl. mit Entw. §. 279. („. . . erlöschen . . alle zur Bestärk. od. Sicherh. eingeschrittene Nebenverb., insofern solche nicht ausdrücklich vorbehalten worden"); s. aber §. 465. 66. 74. vgl. mit 475.: „Liegt der Grund von der Ungült. der Nov. nicht in der Pers. des Gl., u. hat dieser den Bürgen ausdr. entlassen, od. das Pf. zurückg., od. d. eingetragene Sich. löschen lassen, so kann er an den B. sich nicht ferner halten, und von seinem Pf.-R. zum Nachth. eines Dritten keinen Gebrauch mehr machen."

3) Novation durch Veränderung in den Personen.

1. Durch Eintritt eines neuen Gläubigers; I. 11. §. 412.: „Hat der Sch. den Cess. für seinen Gläub. . . auf rechtsgültige Weise einmal anerkannt, so ist er nicht mehr befugt, demselben Einw. und Gegenf., die er wider den Ced. zu haben vermeint, entgegenzusetzen (Tit. 5. §. 37. 38. 185.)", vgl. mit §. 266 h. t. u. §. 461 eod.

2. Durch Eintritt eines neuen Schuldners.

a. Delegation; I. 16. §. 264 flg.: „Tritt bei einem solchen Gesch. (s. §. 262.), wo der Angew. den Anweis. völlig entläßt und statt seiner den Assignaten zum Schuldner (ausdrücklich; s aber §. 267. u. II. 8. §. 1262.) annimmt, auch die (schriftliche, arg. I. 14. §. 400.) Einwilligung des Assignaten (s. II. 8. §. 1263. vgl. mit 1264., Scontration „mit Einw. sämmtl. Inter.") hinzu, so ist eine Delegation vorhanden."

b. Expromission; I. 14. §. 399 flg.: „Wenn jemand (s. aber §. 402. vgl. mit I. 11. §. 674 flg.) eine fremde Schuld statt des ersten Schuldners übernimmt (Expromission), so fällt alle Verb. zw. letzterem und dem Gl. hinweg. Zu dergl. Uebern. (s. §. 401.) wird allemal (s. §. 203. 206 flg.) ein schriftlicher (s. aber über Exprom. der Frauen §. 407. vgl. mit §. 410. 11. [fehlen im Entw.]; s. auch II. 1. § 343. 44.) Vertrag (zwischen wem? vgl. §. 404—6.), und die ausdrückliche (s. §. 204. u. 5.) Einwill. des Gl. erfordert," vgl. mit §. 403.: „Hat aber der Gl. die (Darlehns-?, §. 402.) Unfähigkeit des . . neuen Sch. gewußt oder doch bei Anw. der gewöhnl. Aufm. (vgl. I. 4. §. 31 flg.) wissen können, u. denselben gleichwohl mit Entlassung des vor. Sch. angenommen, so kann er sich in der Regel (s. §. 409.) auch an letzteren nicht ferner halten," und mit §. 408 eod.

3. Wirkung derartiger Novationen.

a. In Betr. der ursprüngl. Partheien; I. 16. §. 265.: „Bei einer Del. hört alle Verb. zw. dem Anweis. u. Assign. auf, und der Anw. wird von der Verb., dem Angew. für die Richtigkeit der assig. Post zu haften (s. §. 263. vgl. mit §. 266.), frei" u. I. 14. §. 399. („fällt alle Verbindung hinweg") 404 flg. („befreiete Sch."); s. aber §. 402. („bleibt d. Verb. des ersten Sch. bei Kräften") u. vgl. §. 407 — 409. mit I. 11. §. 1091 flg. („kann der Gl. an den vor. Sch. sich wieder halten").

b. Rücks. der früheren accessor. Rechte; arg. I. 16. §. 469 flg. vgl. mit I. 14. §. 385. u. 330. und I. 20. §. 55. 243.

c. Rücks. des neuen Schuldners im Verh. zum alten; arg. I. 16.

§. 299. u. I. 14. §. 404 — 6., und §. 412 eod.: „Gegen den befreiten Sch. aber, dessen Verb. sie ohne Vergütung übernom. hat (s. §. 410.), bleiben ihr (scil. im Falle des §. 411.) ihre Rechte entw. nach Absch. 2. Tit. 13. oder nach den Regeln vom Widerrufe der Schenk. vorbehalten", vgl. mit Entw. II. 11. §. 272. 73.

§. 159. F. Von der Vereinigung der Verbindlichkeiten. (B. §. 277., K. §. 183.)

I. 16. §. 476 flg.: „Wenn die Rechte des Gl. und die Verb. des Sch. (§. 477. vgl. mit §. 492 — 94. 96. 97.) in einer Person (aus einem unwiderruflichen Rechtsgrunde, §. 478 — 81.) zusammentreffen, so werden beide durch diese Vereinigung aufgehoben" vgl. mit §. 486 — 91., I. 9. §. 403. 4.; s. auch I. 12. §. 425. 39. 40.

Zweites Kapitel.

Von einzelnen obligatorischen Verhältnissen.

---

§. 160. I. Von Kaufs- und Verkaufs-Geschäften. (B. §. 205 — 212.)

1) Begriff und Erfordernisse.

I. 11. §. 1.: „Das Kaufsgeschäft ist ein Vertr. (§. 2. 75.), wodurch der eine Contr. zur Abtretung des Eigenthums einer (bestimmten, §. 30 flg. vgl. mit §. 527. 82.) Sache (s. §. 28., §. 329., §. 376. 81. u. §. 447 eod., I. 17. §. 103.), u. der andere (s. §. 13 flg.) zur Erlegung einer bestimmten Geldsumme (§. 46 — 55. u. 70 flg. vgl. mit §. 27.) dafür sich verpflichtet" u. §. 19 eod.: „Zur Schließung eines gültigen Kaufs wird erfordert, daß der Verk. üb. das Eigenth. der Sache zu verfügen berechtigt, u. daß der Käufer eine solche (II. 8. §. 465.) Sache zu erwerben (s. §. 12 u. 135.) und zu besitzen (H. O. Tit. 2. §. 59.) fähig sei," vgl. mit §. 76.: „Ein gültig abgeschl. Kauf zieht die Wirkung nach sich, daß der Verk. zur Uebergabe der Sache (s. aber §. 124. flg. u. 135) . . . verpfl. wird."

Ueber Zwangsverkäufe s. oben §. 99., über Verkaufs- u. Kaufs-Verbote s. II. 7. §. 12. vgl. mit §. 594 h. t., und §. 20., §. 21. u. 349. vgl. mit A. G. O. I. 24. §. 88. (s. aber Hall. revid. Auct. Ord. v. J. 1745. §. 8.), §. 22 — 25. u. 348., §. 26. h. t. vgl. mit Rescr. v. 6. Sept. 1802.

2) Wirkungen.

1. In Betreff des Verkäufers; §. 76. 77. u. 127., 78 — 91., 124. und 135., 136 flg. h. t., vgl. mit §. 95 flg. eod. (Tragung der Gefahr; s. oben §. 150.), §. 105 flg. (Anspruch auf Nutzungen; s. aber auch §. 84 — 86.) und §. 128 flg. (Uebergabe unter Abwesenden).

2. Auf Seiten des Käufers; §. 92. u. 215 flg., §. 76. u. 221 flg. h. t., vgl. mit §. 224 flg. (stillschw. Creditirung des Kaufgeldes; s. Simon's Zeitschr. Bd. 1. S. 21. flg. u. 432 flg.).

3. Nebenabreden und besondere Arten des Kaufs.

a. Kauf in Pausch u. Bogen; §. 117 flg.: „. . übernimmt d. K. gleich

nach unterzeichn. Contr. nebst allen Nutz. und Rechten zugleich diej. Gefahren u. Lasten, die ihn sonst erst nach der Ueberg. würden getroffen haben. Bleibt der Verk. . . bis zur Ueberg. im Besitz d. Sache, so hat er . . nur die Rechte u. Pfl. eines Verwalters . . . Wird aber die Sache vor der Ueberg. durch Zufall od. Schuld des Verk. . . vernichtet, . . so trifft dieser Verlust den Verkäufer (Entw. §. 153 add.: „als Eigenth.")", u. §. 221. 22. vgl. mit §. 83 flg. 186. 213.

b. Bedingte Verkäufe; §. 258 flg. („Ist der K. unter aufschieb. Bed. geschl., so . . . gelangt derselbe nicht eher zur Wirklichkeit u. s. w.") u. §. 261 flg. („Ist die Wiederaufhebnng (s. §. 262.) . . auf einen best. Fall vorbedungen, so gelangt das Eigenth. schon durch Ueberg. an den Käufer") vgl. mit §. 331. (Reukauf).

c. Verkauf unter Vorbehalt des Eigenthums; §. 266. 67. h. t. vgl. mit §. 261. 62. und §. 268. 69. vgl. mit H. O. Tit. 1. §. 56. u. Tit. 2. §. 83. 126.).

d Verkauf unter Vorbehalt eines bessern Käufers; §. 272. flg. h. t. (§. 274.: „.. streitet, wenn d. Ueberg. ausdr. versprochen od. wirkl. geleistet worden, die Verm. für die aufl. Bed.," u. §. 290.: „Wird der erste . . rückgängig, so hat der erste Käufer, wenn . . schon übergeben war, für die Zwischenzeit alle R. eines redl. Besitzers" vgl. mit §. 261.).

e. Verkauf unter Vorbehalt des Wiederkaufs oder Rückverkaufs; §. 296. flg. vgl. mit §. 327. 28., u. §. 332. (Reukauf; fehlt im Entw.).

f. Verkauf auf Probe; §. 333 flg. „. . . erlangt der K. seine volle Wirksamkeit erst von dem Zeitp. an, wo der K. seine Zufriedenheit . . . ausdr. oder stillschw. zu erkennen gegeben hat.").

g. Gerichtliche Verkäufe; §. 340 flg. vgl. mit A. G. O. I. 52. u. 24. §. 78 flg. 50. §. 227 flg. — §. 342 h. t.: „Insond. gehen b. gerichtl. nothwendigen (über freiwill. s. §. 260—62. u. A. G. O. I. 52. §. 66 flg.) Verk. durch den Zuschlag (s. §. 345. 48 flg., I. 20. §. 200., II. 4. §. 247.) Eigenthum, Nutzung, Gefahr u. Lasten (Entw. §. 321.: „Eigenth. u. Gefahr") auf d. Käufer über, wenn gleich selbiger die Sache noch nicht in Empfang genommen hat," vgl. mit A. G. O. §. 61.: „Von d. Tage des public. Adjud.-Besch. an fällt sowohl die Gefahr als die Nutzung . . . dem Käufer anheim, und die Nat.-Ueberg. an ihn geschieht entw. gerichtl. oder außerg.," u. Rescr. v. 10. Oct. 1796.: „Da nach Vorschr. des A. L. R. sowohl als der A. G. O. so wie der H. O. (s. Tit. 2. §. 58. 93.) das Eigenth. einer subh. unbew. S. durch d. Adj. sogleich auf den K. übergeht, . . wenn er gleich die Trad. des Grundst. und die Bezahl. d. Kaufg. (A. G. O. §. 62 flg. vgl. mit §. 65. u. I. 24. §. 89.; s. auch Concl. d. Ges. Com. v. 30. Sept. 1796. bei Rabe Th. 3. S. 569.) noch nicht nachgewiesen hat ꝛc." (N. C. C. Th. 10. S. 721.) — S. auch Proz.-Ord. v. 14. Apr. 1699. Tit. 30. §. 13. 14., C. G. O. v. J. 1709. Tit. 54. §. 31. vgl. mit Cod. Fr. March. Th. 3. Tit. 41. §. 48., H. u. C. O. v. J. 1722. §. 66. 67. vgl. mit Schles. H. O. §. 45.

3) Aufhebung der Kaufverträge.

1. Im allgemeinen; §. 100—4. u. 231—49 h. t.
2. Insbesondre vom Rücktritt:

a. des Verkäufers bei Käufen über bew. Sachen unter 50 Th.; §. 229. h. t. (ist (er) v. Vertr. wieder abzugehen berechtigt) u. §. 230. (eben so kann (er) . . . die Ueberg. verweigern und den Contr. aufheben) vgl. mit §. 226. u. Entw. §. 240. 41.

b. des Käufers wegen Verletzung über die Hälfte; §. 58—64. 67. 250—56. 365. vgl. mit Entw. §. 52—54. und Svarez Schlußv. S. 15.; s. aber §. 48. 65. 66. 68. 343. 374. 75. 486. u. II. 16. §. 322.

Ueber Unanwendbarkeit zu Gunsten des Verkäufers u. auf andere Geschäfte s. §. 69. u. Svarez rev. mon. S. 12., vgl. mit §. 375. 926. (Verl. über od. unter d. Hälfte), §. 486. 574. 876. u. 926. vgl. mit 987 h. t., I. 16. §. 439. vgl. mit 17. §. 112.

§. 161. II. Von kaufähnlichen Geschäften.

1) Vom Tauschvertrage. (B. §. 213.).

Vgl. I. 11. §. 363 — 75.: „Der Tausch ist ein Vertr., wodurch ein Contr. gegen den andern zur Abtretung des Eigenth. einer Sache (§. 373. 381.) gegen Ueberl. einer andern sich verpfl. Dabei . . ist jeder Contr. in Anf. der Sache, die er giebt, als Verk. (§. 367 flg.), u. in Anf. derj., die er empf., als Käufer (§. 365. 66. 72.) zu betrachten."

2) Von der Abtretung der Rechte.

Vgl. I. 11. §. 376 — 444. (s. oben §. 132.).

3) Vom Erbschaftskauf.

Vgl. I. 11. §. 445 — 510. (s. unten B. V. Kap. 2.).

4) Vom Trödelvertrage (B. §. 220.).

Vgl. I. 11. §. 511 — 26: „Wenn Jemand seine (bewegliche, §. 512. 25.) Sache einem Andern zum Verkaufe (§. 526.) für einen best. Preis (§. 523. 24.) übergiebt, mit der Bed., daß innerh. eines festgef. Termins (§. 522.) entweder die Sache zurückgegeben (§. 514 — 19. vgl. mit Entw. §. 438 — 41.) oder der best. Preis geliefert (§. 513. 15. 20. 21.) werden solle, so ist ein Tr.-V. vorhanden."

§. 162. III. Von gewagten Geschäften. (B. §. 221 — 27.)

1) Im Allgemeinen.

I. 11. §. 527 — 45.: „Verabred., nach welchen eine gewisse Sache od. ein best. Preis (vgl. §. 539 — 42.) gegen die Hoffnung (§. 528. 32 — 36.) eines künft. noch ungewissen (§. 543 flg. vgl. mit §. 621 flg., 626 flg. 632. 33.) Vortheils, oder (§. 531.) gegen Ueberl. künft. Vorth., die nach dem natürl. u. gewöhnl. Laufe der Dinge zwar zu erwarten, aber an sich noch unbestimmt sind (§. 529. 30. 37. 38.), verspr. oder gegeben wird, heißen gewagte Verträge," vgl. mit I. 5. §. 139.: „Ist von beiden Seiten ein gewagtes Geschäft vorhanden ꝛc."

2) Von einzelnen Geschäften der Art.

1. Vom Versicherungsvertrage; II. 11. §. 546 h. t. u. II. 8. §. 1934 flg.

2. Von öffentlichen Lotterien; I. 11. §. 547 — 68. („Nur mit ausdr. Genehm. des Staats können öffentl. Lott. (s. auch II. 20. §. 248.), Glücksbuden u. andere dergl. Glücksspiele unternommen werden") vgl. mit Lott. Ed. v. 20. Juni 1794. in N. C. C. Th. 9. S. 2335. (§. 10., Verbot „aller übrigen" Lott. ꝛc., „worunter auch die s. g. Ausspielungen [V. v. 7. Dezbr. 1816. §. 4.: öffentl. Aussp. bew. oder unbew. Gegenst.] zu verstehen") u. v. 28. Mai 1810. bei Matthis Bd. 10. S. 212. — Ueber Privat-Lotterien s. Publ. v. 23. Aug. 1782. in N. C. C. Th. 6. S. 1523. (Verb. der Aussp. „mittelst Anhängung an die Zahlenlott. od. durch andere Arten von Lott.") u. C. O. v. 20. Mai 1827.: „Erlaubte Priv.-Aussp. sind nur solche, welche (über bewegl. Sachen) in Privatzirkeln zum Zweck gesell. Vergnügens od. der Mildthät. veranstaltet werden.").

3. Von Spielen und Wetten; I. 11. §. 577—81. vgl. mit II. 20. §. 1298—1307.; s. auch Ed. v. 8. Aug. 1714., 19. Sept. 1731. und 12. Sept. 1744. (C. C. M. Th. II. 3. S. 57. 159. u. Cont. II. S. 198.), Ed. wegen Spielschulden v. 3. Dez. 1731. (ebend. II. 1. S. 807.) und P. L. R. v. 1721. B. 4. Tit. 16. Art. 6., u. vgl. Entw. §. 478. h. t.

4. Vom Verkauf künftiger Sachen; I. 11. §. 582—94.

5. Vom Leibrentencontract; I. 11. §. 606—50.

§. 606.: „Der L. R. C. ist ein Vertr., verm. dessen sich jemand gegen Empf. einer Summe Geldes (§. 607. 8.) zur Entricht. einer bestimmten Abgabe (§. 612. 13. vgl. mit 647. 48.) auf die Lebenszeit eines Menschen (§. 614—16. 19. 20. vgl. m. 649. 50.) verpfl.", u. §. 610.: „Die Bestimmung des Betrags der Leibr. u. des dafür zu entricht. Capitals hängen lediglich von dem Uebereinkommen der Parth. ab" vgl. mit §. 622. 627. 29. 33. 34.; s. aber C. O. v. 10. Jun. 1835. („. . .woraus von selbst folgt, daß die Rente auch unter dem Betrage der landübl. Zinsen des ausbed. Kaufpr. verabr. werden kann"). — Ueber s. g. Tontinen s. §. 617. 18. vgl. mit I. 12. §. 348, über Wittwen-, Sterbe- u. Aussteuer Cassen §. 651. 52. vgl. mit C. O. v. 29. Sept. 1833.

§. 163. IV. Vom Darlehnsvertrage. (B. §. 228—234.)

1) Eigentliches Darlehn.

a) Begriff und Erfordernisse.

1. Im allgemeinen; I. 11. §. 653. vgl. mit §. 662 flg. u. §. 715 flg.
2. Besondre Bestimmungen über Darlehnsfähigkeit:
   a. der Ehefrauen; II. 1. §. 318. 19. u. 619.
   b. der Kinder in väterl. Gewalt; II. 2. §. 158 u. 66.
   c. der Stadtgemeinden; R. St. O. §. 120.
   d. der Kirchen u. kirchl. Institute; II. 11. §. 645. 46. vgl. mit §. 637 flg.
   e. der Mitglieder des Königl. Hauses; §. 676. 77 h. t. vgl. mit Ed. v. 22. Jan. 1730. u. 7. Oct. 1749. bei Mylius Th. II. 1. S. 801 u. Cont. IV. S. 191. (Verbot der Darlehn an die, welche „unter der väterl. od. der Vorm. u. Curat. Gewalt stehen, . . welches Wir auch auf die Printzen ꝛc. verstanden haben wollen") u. Ed. v. 15. Jul. 1769. in N. C. C. Th. IV. S. 6185. (Erneuerung der frühern Ed., mit dem Schluß: „Gebieten demnach . . sich alles Borgens und Leihens an Printzen ꝛc. . . zu enthalten").

   f. des Kön. Schauspiel- u. Kapellen-Personals; §. 704—6. u. 10. h. t. vgl. mit Avert. v. 18. März 1757. im N. C. C. Th. 2. S. 235. („bei Verlust ihres Crediti").

   g. der Militär-Personen; §. 678—703 h. t. vgl. mit Entw. §. 529—35., der in v. Kamptz Jahrb. Bd. 52. S. 75—107 mitgetheilten Corresp. mit d. Ober-Kriegs-Coll., A. G. B. §. 678—97. h. t. und Svarez Schlußv. S. 30—49. — S. insbes. aa) in Betreff der Commandeurs ꝛc., §. 692—96 h. t.; bb) der Stabsofficiere und Comp.-Chefs, §. 685 h. t. vgl. mit Pat. v. 6. Apr. 1726. u. v. 7. Apr. 1744. No. 1. 2. 5—7., Ed. v. 2. Dez. 1766. bei Mylius Th. III. S. 471. u. Cont. II. S. 181. (Gleichst. mit Sub.-Offic. außer wo „zum Besten der Comp.") u. mit C. O. v. 8. Jan. 1794. in Svarez Schlußv. S. 48.; cc) d. Subaltern-Officiere, §. 684. h. t.: „. . . so ist d. Dahrl. Vertr. (s. aber §. 690. 91.) null und nichtig; der Gl. hat niemals die geringste Wiederbezahlung zu hoffen, u. das wirklich gegebene (C. O. v. 27. Jul. 1825.) fällt zur Strafe der Inval.-Casse unwiderruflich anheim", u. II. 20. §. 1314. 15.: „Wer einer Person vom

Militair gegen das Verbot der Gesetze (Tit. 11. §. 700.) Credit giebt, wird um soviel, als die Ford. betr., fiscalisch bestraft. Ist der Vorschuß absichtl. zu Schwelg. u. Ausschw. gegeben, so hat (er) noch außerdem eine .. Geldstr. verwirkt", vgl. mit Ed. v. 30. Mai 1699. bei Mylius Th. III. 1. S. 225. (Mangel d. Klagbark.), Pat. v. 1726. No. 6. 7. (Rückzahl. „zum Besten der Armen u. zu milden Sachen"), Ed. v. 4. Jul. 1746. bei Myl. Cont. 3. S. 76. (Bestraf. des Cred. mit Verlust des Geldes „ad pias causas," und 50 Duc. „zur Inval. Casse"), Ed. v. 2. Dez. 1766. im N. C. C. Th. 4. S. 614. (Erneuerung d. früh. Strafen, nur daß der Vorschuß „dem fiscus anheimfallen" soll), C. O. v. 25. Sept. 1799. in Svarez Schlußv. S. 40. („daß solches, scil. Geld, der Inval.-Casse unwiderr. anheimf. und von ders. eingezogen werden soll") u. Entw. zu neuem Ed. ejusd. An. §. 22. bei v. Kamptz Bd. 52. S 87. („.. daß dergl. von dem Sch. zu berichtig. Ford. nebst den vom Gl. beizutr. Geldst. [scil. v. 50. resp. 100 Duc.] jedesmal Unsrer Gen. Inv. Casse zufallen und .. zugesprochen werden soll"; s. übrigens §. 686. u. 687. 88. h. t. vgl. mit Decl. v. 31. Dez. 1728, Ed. v. J. 1766. u. Circ. v. 10. Aug. 1778. dd) der Unteroffic. u. Gemeinen; §. 700 flg. vgl. mit Einqu. Regl. v. 1. Jan. 1699. §. 39. u. 18. Mai 1713. §. 24. (Mylius Th. 3. 1. S. 220. 329.) den alleg. Ed. u. Circ. v. 13. Juli 1775. (N. C. C. Th. 5. S. 209.); s. aber C. O. v. 25. Sept. 1809. u. Ver. v. 18. März 1811. ee) des s. g. Unterstabs; §. 698. 99. h. t. h. der Studirenden; II. 12. §. 99. 104 flg. (§. 109.: „hat der Sch. ein solches Darl. bezahlt, so ist der Fiscus außer der Strafe auch das Gezahlte von dem Gl. beizutreiben berechtigt" vgl. mit Anh. §. 43. [Rückf.-Recht der Eltern, in subs. des acad. Fiscus.])

3. Ueber Darlehn zu unerlaubten Zwecken s. noch §. 714. h. t. vgl. mit §. 581 eod. (s. auch Pr. L. R. v. J. 1721. B. 4. Tit. 1. Art. 4. §. 6.) und mit II. 20. §. 1319. 20.

b) Eingehung des Darlehns.

1. Verträge über künftige Darlehn; §. 654—60 h. t. (§. 658.: „Der Borger ist schuldig die schriftlich versprochene [Entw. §. 575. besprochene; vgl. auch §. 660 h. t.] Summe anzunehmen."

2. Darlehnsvertrag selbst; §. 661. u. 727. 28. h. t. vgl. mit §. 729. u. II. 8. §. 2390 flg. — Ueber Form und Inhalt der Schuldscheine s. §. 730. 31. 42. vgl. mit II. 8. §. 2394., über deren Beweiskraft §. 732 flg. h. t. vgl. mit Svarez Schlußvortr. S. 20. (s. aber §. 737. u. 48. vgl. mit II. 8. §. 1078. u. 1242 flg., und §. 738. 39. vgl. mit I. 20. §. 425 26. u. Hyp. O. Tit. 2. §. 175 flg.), u. §. 752—55. vgl. mit II. 8. §. 908. u. Svarez a. a. O. S. 22.

c) Wirkung des Darlehns.

§. 661. h. t.; §. 727. u. 57. vgl. mit §. 758 flg. eod. u. Ges. v. 8. Fbr. 1811. (Kündigung; §. 765.: „.. läuft die Z.-Frist erst von der Zeit an, wo die gerichtl. Kündigung behändigt worden" vgl. mit A. G. O. I. 7. §. 48 sub d.); §. 769 flg. h. t. (Ort der Zahlg.; §. 774.: „Bei eingetrag. Schuldinstr. hat der Sch. im Falle des §. 772. die Wahl, ob er an dem vorigen Wohnort des Gläubigers, oder da, wo das Hyp. Buch sich befindet [ad depositum? §. 273.], die Rückzahlung leisten wolle" vgl. mit Entw. §. 588.).

2) Vom uneigentlichen Darlehn.

Vgl. §. 853—60 h. t.: „Sind Sachen, welche nicht unter die Gegenst. des eigentl. Darlehns (§. 653.) gehören mit der Beding. gegeben (§. 653.: „zum Verbrauch"), daß eben so viel Sachen von gleicher Art

u. Beschaff. (§. 855. in eben der Quant. u. Qual.; §. 859. die Sachen in Natur), zurückgegeben werden sollen, so finden in der Regel (s. §. 859. 60.) die wegen des eigentlichen Darlehns ertheilten Vorschriften Anwendung."

3) Vom Creditiren.

S. §. 861 h. t. vgl. mit §. 224—27 eod.; §. 862—68 h. t. vgl. mit II 1. §. 319. 21., 2. §. 166., 12. §. 100 flg. u. Anh. §. 143., und mit 13 l. §. 134 flg., 14. §. 126 flg., II. 8. §. 554 flg.

§. 164. V. Von den Verträgen über Handlungen. (B. §. 235—41.)

1. Im Allgemeinen; I. 11. §. 869 flg.: „Verabred. (s. aber §. 988 flg.), nach welchen Gelder od. Sachen (od. Rechte, §. 875.) für übernommene Handlungen oder Unterlassungen (l. 16. §. 394.), oder Handl. u. Unterlassungen gegen einander (in gesetzmäßiger Form; §. 877.) versprochen (s. aber §. 871—74.) werden, sind nach den Regeln der lästigen Vertr. (s. aber §. 878.) zu beurtheilen." — S. auch oben §. 150.

2. Verträge mit gedungenen Handarbeitern; §. 895—919 eod.

3. Verträge mit Handwerkern u. Künstlern; §. 920—24 eod.

4. Verträge über verdungene Werke; §. 925—80 eod.

5. Lieferungsverträge; §. 981—987 eod.

6 Verlagsverträge; § 996—1036 eod.

7. Verträge mit Erziehern; II. 5. §. 188. vgl. mit §. 186.

8. Verträge zwischen Rhedern u. Schiffern und mit Fuhrleuten (auch zw. Handelsherren u. Dienern?); II. 8. §. 1449 flg. u. 2456 flg.

§. 165. VI. Von Schenkungen. (B. §. 242—45.)

1) Begriff und Arten.

1. I. 11. §. 1037.: „Schenkungen sind Vertr. (s. aber §. 1040—45., I. 13. §. 280.), wodurch Einer dem Andern das Eigenthum einer Sache (§. 1044. „Gelder u. Sachen", §. 1065. „Sache od. Summe" vgl. mit 1066. 87.) od. eines Rechts (§. 378. h. t., I. 14 §. 405—10., 17. §. 245. vgl. mit Svarez Schlußv. S. 52., u. s. noch über unentgeld. Verzichtl. oben §. 147. u. A. G. O. I. 50. §. 50.) unentgeldlich (s. auch §. 1047—49. [Dotations-Verspr.], §. 1053. flg. u. Anh. §. 28. [don. sub modo]) zu überlassen sich verpflichtet," vgl. mit §. 1046.: „Wenn die Ges. Jemand zu Handl., welche an sich eine bloße Freigebigkeit (§. 1129. 69.) enthalten würden, in Bez. auf gewisse Pers. oder Verh. ausdr. (s. §. 1041.) verpflichten, so werden die zur näheren Best. dieser Pfl. geschl. Vertr. (s. §. 1047. u. G. O. I. 50. §. 52. [Verspr. v. Ausstattung od. Brautschatz], §. 1050. [Schenk. auf den Todesfall zw. Ehegatten]) den lästigen gleichgeachtet."

2. Ueber Schenkungen von Todeswegen, u. über belohnende Schenkungen s. noch insbes. §. 1134—39 h. t. vgl. mit I. 12. §. 335. (s. auch Entw. §. 793—96. u. Svarez Schlußv. S. 25.), u. §. 1169 flg. h. t. vgl. mit Anh. §. 28. (s auch Entw. § 814—16. h. t. u. vgl. noch Müller üb. die donatio remuneratoria in Simon's Zeitschr. f. wiss. Bearb. Th. 1. S. 233 flg.)

2) Zulässigkeit der Schenkungen.

§. 1070. 71. h. t. u. Anh. §. 27., §. 1072. vgl. mit §. 1042. 1132. 33. u. II. 1. §. 310—15. (s. aber §. 316. 17. eod.), und §. 1073—75. (s. oben §. 55. sub. 4. c.).

3) Form der Schenkungen.

1. §. 1037. cit. u. §. 1040 h. t.: „Daß eine Sache als ein Geschenk gegeben, wird nicht vermuthet", vgl. mit §. 1058 flg: „Bei allen Schenk. ist wie bei andern Vertr. eine ausdr. od. durch Handl. erklärte Annahme nothwendig" u. §. 1038.: „Auch bei Sch. erlangt der Geschenknehmer das Eigenth. des Gesch. erst durch die Uebergabe"; s. aber §. 1041—44. und §. 1042. vgl. mit I. 5. §. 55., 11. §. 41. 534.

2. §. 1063 h. t.: „Sch.-Vertr. sollen gerichtlich (§ 1064. 70.) abgeschlossen werden", vgl. mit §. 1065 flg.: „Ist eine geschenkte bew. Sache oder Summe (oder eine unbewegl. auf Grund schriftl., wenn gleich außerger. Vertr., s. §. 1066 67. vgl. mit Entw §. 751. 52 h. t.) bereits übergeben (§. 1068.) worden, so findet deren Rückford. aus dem Grunde der Ermangelung eines gerichtl. Vertr. nicht statt;" u. mit §. 1091.: „Ist eine außerger. geschlossene Schenk. schon durch die Ueberg. vollzogen, (s. §. 1041 flg.), so findet dennoch der Widerruf innerhalb 6 Mon. nach der Ueberg. statt." S. auch Svarez Schlußv. S. 23.

4) Wirkung.

1. Im allgemeinen; §. 1038. vgl. mit §. 1076 flg. h. t.; s. auch §. 1085. 86. u. §. 1087. 88. vgl. mit I. 12. §. 630.

2. Vom Widerrufe der ganzen Schenkung.

a. Seitens des Geschenkgebers selbst oder seiner Erben: aa) bei Schenk. v. Todeswegen, §. 1136. 38. vgl. mit §. 1137. 39. bb) wegen nachgeborner Kinder, §. 1140—49. u. §. 635. 36. (Ein bloßer durch die Ueberg. noch nicht vollzog. Sch.-Vertr. kann widerrufen werden, wenn ꝛc."; s. aber §. 1149.). cc) wegen groben Undanks, §. 1151—56. 60. 61. vgl. mit §. 1157—59.

b. Seitens Dritter: aa) der Concurs-Gläubiger; §. 1129—33. und II. 1. §. 312. 13. vgl. mit §. 641. flg. h. t. (Anfechtung des Leibrenten-Contr.) und Svarez Schlußv. S. 25.; s. aber auch Ges. v. 26. April 1835. §. 1. u. 2. (Ausdehnung auf Verm. Unzulänglichkeit „außer dem Conc." u auf onerose Veräuß. an Cogn. u. Affinen der graden Linie). bb) der Ehefrau bei bestandener Gütergem.; II. 1. §. 381—83.

3. Von partieller Revocation der Schenkungen.

a. Seitens des Geschenkgebers selbst: aa) wegen Uebermaaßes; §. 1091 flg. vgl. mit §. 1170. u. I. 14. §. 408. („. . . nur so weit, als das Gesch. die Hälfte von dem Verm. des Sch. (§. 1098 flg.) überstiegen hat.") bb) wegen gänzlicher Verarmung; §. 1123 flg. (s. oben § 135. sub. 2. e.).

b. Seitens seiner Pflichttheilsberechtigten; §. 1112 flg. h. t. vgl. mit §. 1150.: „Die Erben des Geschenkg. können (wegen Ueberm.) in der Regel nur alsdann widerrufen, wenn schon der Erbl. seinen Entschl. . . . gerichtlich erklärt hatte (s. aber I. 12. §. 625. u. II. 2. §. 330.) Dagegen können nothwend. Erben . . . jede (s. II. 19. §. 48. u. Anh. §. 28.) innerh. 3 J. vor (des Erbl.) Tode gemachte Sch. widerrufen, wenn der reine Betrag des Nachl. nicht die Hälfte (s. II. 1. §. 631., 2. §. 502. u. 392. vgl. mit Entw. I. 1. Tit. 2. §. 307.) des Betr. (der Sch.) ausmacht. Doch darf (Entw. §. 785. „kann") alsdann von den Geschenknehmern (s. noch §. 1115. 16.) nur so viel, als zu dieser Hälfte fehlt, zurückgeg. (Etw.: „verhältnißmäßig zurückgefordert") werden", vgl. mit §. 637—39.: „Zum Abbruch des Pfl.-Th. der (schon vorhandenen) Kinder des (L.-R.) Käufers kann der Verk. aus dem Vertr. keinen Vortheil ziehen . . Der (beim Tode des K.) noch hinter dem Verk. befindl. Rest des Capitals (§. 627 flg.) muß . . dem übrigen

Nachl. beigerechnet werden. Beträgt (dieser) nicht die Hälfte des auf solche Weise ausgemittelten Ganzen (Entw. §. 510: „Beträgt sein Nachlaß nicht die H. des für die L.-R. gezahlten Capitals"), so muß d. Verk. so viel, als zu dieser Hälfte fehlt, .. herausgeben." S. übrigens Zeitschr. für wissensch. Bearb. Th. 1. S. 63 flg. 75 flg. u. vgl. noch Svarez Schlußv. S. 24. mit Anm. zu Entw. II. 1 Tit. 2. §. 251.

c. Von Seiten der Alimentberechtigten; § 1117 flg. h. t. vgl. mit II. 19. §. 48. („In gleichem Maaße können (sie) .. die Ergänzung des Fehlenden (§. 1119.) aus den Nutzungen .., so weit dieselben hinreichen, ... fordern; ... aber auch, wenn die Nutzungen ... nicht hinreichen, selbst die Substanz des Gesch., so weit es erforderlich ist"; vgl. Entw. §. 786.); s. auch Entw. §. 511.

VII. Von der Besorgung fremder Geschäfte.

§. 166. A. Von Vollmachten und Verwaltung fremder Sachen. (B. §. 246—48. u. 252.)

1) Begriff und allgemeine Voraussetzungen.

I. 13. §. 5. u. 6. (vgl. auch I. 14. §. 109. u. II. 8. §. 497.): „Die W.-E., wodurch Einer dem Andern (§. 29. vgl. mit §. 30. 32 flg. und I. 14. §. 132.) das Recht ertheilt, ein Geschäft (§. 18 u. 31. vgl. mit §. 20. u. 34. u. mit §. 41 flg.) für ihn und statt seiner (vgl. §. 21. mit §. 25. 26. 28. und §. 22. mit §. 23—25. 27. 28.); s. auch II. 8. §. 523—25.) zu betreiben, wird Auftrag od. Vollmacht (§. 110., I. 14. §. 129. und in der Tit.-Rubr. „Vollmachtsauftrag") genannt. Wird der Auftr. angenommen, so ist unter beiden Theilen ein Vertr. vorhanden."

2) Eingehung.

1. Von ausdrücklichen Vollmachten.

a. Ertheilung derselben; §. 4. 7. 11. h. t. vgl. mit §. 110 flg.; §. 115. flg. eod. vgl. mit A. G. O. I. 3. §. 36 flg. u. II. 8. §. 500. 503 flg.; s. aber §. 8—10. u. 91. 92. vgl. mit §. 147—49. u. II. 8. §. 508.

b. Annahme derselben; §. 7. u. 11. h. t. vgl. mit §. 12. u. I. 5. §. 81. 82. Ueber Recht u. Pflicht der Ablehnung s. §. 13—17. 21 flg.

2. Von stillschweigend ertheilten Vollmachten; §. 129—41 h. t. vgl. mit I. 14. §. 64. 113 flg. 123 flg., 17. §. 152. 54. 55., II. 8. §. 547 flg. 58.

3. Von vermutheten Vollmachten; §. 119. vgl. mit II. 1. §. 246. u. Rescr. v. 8. Oct. 1836 u. 9. Oct. 1840, §. 120. vgl. mit I. 17. §. 54. u. II. 4. §. 14., §. 122. vgl. mit I. 14. §. 125.; s. auch I. 16. §. 281.

3) Wirkungen der Vollmacht.

a) Zwischen den Contrahenten selbst.

1. Persönliche Ausführung d. Mandats; §. 37. 38. h. t. („.. muß er für die Handl. u. Versehen (des Subst.) wie für seine eignen haften"), I. 14. §. 122., II. 8. §. 520.; s. aber §. 46—48. („haftet für allen durch [ohne Noth] angenommene Gehülfen verurs. Schaden") vgl. mit I. 14. §. 123., II. 8. §. 521. u. §. 39. 40. vgl. mit §. 181—84. 93.

2. Genaue Befolgung des Mandats u. der Instruction; §. 49. 50. 52. h. t. vgl. mit §. 90—92.; s. aber §. 53. u. §. 51. h. t. vgl. mit §. 67.

S. noch a) über uneingeschränkte Vollmachten §. 98. h. t., I. 14. §. 110 flg., 17. §. 210., II. 6. §. 118 flg., 8. §. 501. 2. vgl. mit §. 512—514. u. 555—57 eod. u. mit I. 14. §. 218.; b) über General-Vollmachten §. 118 h. t., und c) über die Fälle, wo es einer Special-

Vollm. bedarf §. 99 — 117 h. t. (Eides-Erlaß, Annahme u. Leistung [über Eides De- und Relation in Fiscalsachen s. A. G. O. I. 10. §. 259. 92.], Compromiß u. Vergleich, Abtretung von Rechten und Verzichte [s. auch A. G. O. I. 50. §. 88. 264.], Empfangn. v. Sachen u. Geldern, Ankauf u. Veräuß. v. Grundst., hypoth. Eintrag. u. Löschungen, Schenkungen), II. 8. §. 780. 1948. 49. 2383. (Ausst. v. Wechseln und Schließ. von Versicher oder Bodmerei), I. 12. §. 571. vgl. mit A. G. O. II. 4. §. 9. (Zurücknahme der Test. aus dem Depos.).

3. Verantwortlichkeit des Mandatars; §. 54. flg. u. 84 h. t. vgl. mit I. 14. §. 116 flg.

4. Pflicht zur Auskunftsertheilung und Rechnungslegung; §. 61 — 64. 164. vgl mit §. 59. 60. h. t. und I. 14. §. 133 — 64.

5. Recht des Mandatars auf Schadloshaltung und Belohnung; §. 65 — 73. 80 - 83. 163 h. t vgl. mit I. 14. §. 142. 65., 17. §. 227., und §. 74 — 79 h. t. vgl mit I. 17. §. 238.

6. Ueber die von mehreren oder an mehrere Personen ertheilten Vollmachten vgl. noch §. 210 — 16. u. 201 — 9 h. t.

b) Zwischen den Contrahenten.

Vgl. §. 8 — 10., §. 26. 27. 33. 85. 153 flg. und §. 86 — 89 h. t. mit I. 14. §. 129 — 32., II. 6. §. 124., 8. §. 522 flg. S. auch oben §. 129.

4) Aufhebung der Vollmachtsaufträge.

1. Durch Widerruf u. Aufkündigung; §. 159 — 62. 67. 68. u. 85 h. t. vgl. §. 165. 66. 69 — 71., II. 8. §. 530 flg., und §. 159 — 62. 76 flg. vgl. mit §. 172 — 75.

2. Durch Tod oder Dispos.-Unfähigkeit eines Theils; §. 186 — 89. u. 196 h. t. vgl. mit §. 190 — 95. 200. u. II. 8. §. 540. — Ueber die Folgen des Concurses s. §. 197 — 99 h. t. u. A. G. O. I. 50. §. 34.

§. 167. B. Von der Geschäftsführung ohne Auftrag. (B. §. 253.)

1. I. 13. §. 228. 29. vgl. mit §. 249 — 52. u. I. 14. §. 341., §. 234 — 38 h. t. vgl. mit §. 239 flg. 247. 48., I. 14. §. 114. 15. 66., 21. §. 275. 87.

2. I. 13. §. 90. 96. 124 flg. 143 — 51. vgl. mit 14. §. 167., II. 8. §. 508 flg.

§. 168. VIII. Vom Verwahrungsvertrage. (B. §. 250. 51.)

1. Begriff u. Erfordernisse; I. 14. §. 9.: „Wenn eine Sache (§. 83. 84. 90. 91.) Jemandem (s. §. 56 flg.) unter der Verb. übergeben worden (§. 10. vgl. mit I. 5. §. 144.), daß er sie aufbehalten (§. 80 — 88. 109. u. §. 17. 48 76.) u. künftig zurückgeben solle, so ist ein Verw.-Vertr. vorhanden."

2. Wirkungen; §. 11 — 16. 35. 44. 45. 73 — 75. 80. 81. vgl. mit §. 83 flg., §. 17 flg. 26 flg. vgl. mit §. 36 flg. 72. u. §. 59 — 62., §. 76. vgl. mit §. 21 — 23.

3. Zeit u. Art der Restitution; §. 54. 55. 63 — 66. vgl. mit 68 — 71., I. 7. §. 164-65., 20. §. 187., u. §. 47 flg. vgl. mit §. 24. 55.; §. 41. §. 77 — 79. vgl. mit I. 20. §. 167. 543.

§. 169. IX. Vom Bürgschaftsvertrage. (B. §. 255—259.)

1) Begriff und materielle Voraussetzungen.

I. 14. § 200 flg.: „Wird die Sicherheit dadurch verschafft, daß ein

Dritter (§. 219. vgl. mit §. 245 flg.) gegen den Berechtigten zur Erfüllung d. Obliegenheiten (§. 249. 50.) d. Verpflichteten auf den Fall, daß dieser denselben nicht nachleben würde (§. 399 flg.), sich verbindet, so ist ein Bürgsch.-Vertr. vorhanden", vgl. mit §. 251 flg.: „So weit die (Haupt) Ford. ... ganz ungültig ist, so weit ist auch die .. Bürgschaft unverbindlich. Besonders findet für einen in den Ges. ausdr. gemißbilligten Vertr. keine B. Statt ... Entsteht d. Ungült. des Hauptv. bloß aus den persönl. Eigensch. des Verpfl., so haftet d. B. .... als Hauptschuldner", u. mit §. 373 flg. u. 380 flg. (Mit- und Rückbürgschaft).

2) Form des Bürgschaftsvertrags.

a) Im allgemeinen.

§. 202 flg. h. t.: „Zu einer verbindl. Bürgsch. wird in der Regel (s. §. 207 flg., 213. 14. vgl. mit 215 flg., l. 17. §. 236—38., 20. §. 218.) die ausdrückliche Erkl. .... erfordert. Diese muß ohne Unterscheidung des Gegenst. schriftlich oder zum gerichtl. Protoc. abgegeben werden. Sobald der B. die Uebern. der B. solchergestalt ohne Bed. oder Vorb. (§. 205.) erklärt hat, haftet er dem Berecht. (vgl. l. 5. §. 74—76. mit §. 245. 47 h. t. u. A. G. O. II. 3. §. 16.) auch ohne dessen ausdrückl. Annahme."

b) Von den Bürgschaften der Frauen.

1. §. 221—25. h. t. vgl. mit Svarez Schlußv. S. 50. u. Anm. zu Entw. §. 273 h. t. (s. aber Anh. §. 48. vgl. mit §. 238 h. t. und §. 239 h. t. vgl. mit II. 8. §. 488. 89.); §. 226 h. t.: „... bleibt die B. einer Frau (gegen Jeden und für sie wie ihre Erben, §. 234—37.; s. aber §. 376.) ohne rechtliche Wirkung" vgl. mit §. 256. 243. (s. Svarez a. a. O. S. 51.) und mit §. 240 flg: „Nach Höhe desj., was eine Fr. für die übern. B. an Belohnung und Werth ... wirklich erhalten (§. 242.) hat (oder so weit ihr „durch das Hauptgesch. Vorth. ... zugewendet" worden, §. 241.), ist sie dem Gl. allemal verhaftet."

2. Ueber die Bürgsch. ꝛc. der Ehefrauen s. II. 1. §. 341—44. vgl. mit A. G. II. 3. §. 16 b., und über Anwendung auf analoge Fälle s. noch §. 228—33 h. t. vgl. mit §. 308. u. 407. (§. 232. 33.: „Wenn eine M. u. Fr. P. sich in Einem Instr. als Selbst.- oder Mitsch. verpfl. haben, so vermuthen die Ges., daß die M.-P. Hauptsch., die Fr.-P. aber nur Bürge sei. Soll dieser rechtl. Verm. entsagt werden, so ist dazu eine eben dergl. Verwarn., wie bei einer übernommenen B. selbst, nothwendig", vgl. mit P. L. R. v. 1721. Th. 1. Tit. 25. Art. 13. §. 5. und H. O. v. 1722. §. 47—49.).

3) Wirkungen der Bürgschaft.

1. Umfang der Bürgschaftshaft; §. 277.: „Zu etwas mehrerem, als der Hauptverpfl. selbst zu leisten hat, kann der B. niemals angehalten werden" vgl. mit 330 flg.; §. 258 vgl. mit §. 259—76. s. aber §. 304. 5.; §. 310. vgl. mit §. 386. 87. 89. und §. 281. 82., s. aber §. 311—15. 48. 50. vgl. mit A. G. O. I. 17. §. 3 19. 31. 32.

2. Subsidiarität derselben; §. 283. vgl. mit §. 286. 87. 89. 92. 93. 95., s. aber §. 284. 85. 88. 90. 91. 94. vgl. mit §. 306.; §. 296. vgl. mit II. 8. §. 801., §. 297. vgl. mit §. 307 flg., §. 298. u. §. 299. vgl. mit A. G. O. I. 47. §. 114., §. 300 flg.

3. Regreß- u. anderweitige Ansprüche des Bürgen; §. 338—40. u. 355 h. t. vgl. mit §. 344—348., s. aber §. 342. 43. u. 349.; §. 351—54. u. 370—72.; §. 363—68.

4) Aufhebung der Bürgschafts-Verbindlichkeit.

1. Ipso jure; § 388. u. §. 385. 89. 91. h. t.; s. aber §. 392—94. und I. 16. §. 495—99.

2. Durch Verschulden des Gläubigers; §. 328. 29., §. 332. u. §. 304. vgl. mit §. 395 flg.

3. In Folge einer Aufkündigung des Bürgen:

a. an den Hauptschuldner; § 356—58.: „Nach verflossener Zahl.-Zeit kann der B. auf Befreiung von der B. gegen den H.-Sch. klagen. Auch vor Ablauf der Z. Z. ist der B. berechtigt, auf Befr. v. d. B. oder auf Sicherh.-Best. anzutragen, wenn ꝛc.", u. §. 359—61. vgl. mit 369.; s. aber §. 362.

b. an den Creditor: aa) bei Bürgsch. auf bestimmte Zeit; §. 322 flg. („. . . für eine Verb., welche wie die Amtspfl. ihrer Natur nach fortwährend, oder deren Erf. sonst an keinen gew. Tag gebunden") vgl. mit §. 320. 21. (Darlehn); s. noch Entw. §. 210. 11. („Darlehn" und „eine andere Verb.") u. I. 20. §. 56. („für eine fremde Verbindlichkeit"). bb) bei unbest. Dauer der Bürgsch.; §. 316. 17. u. 318. 19. vgl. mit §. 357. 58.

§. 170. X. Vom Gesellschaftsvertrage. (B. §. 281—84.)

1) Begriff und allgemeine Erfordernisse.

I. 17. §. 169.: „Ein Vertr., durch welchen mehrere Pers. ihr Vermögen oder Gewerbe oder auch ihre Arbeiten u. Bemühungen, ganz (s. jedoch §. 176. u. 177 flg. vgl. m. §. 182. u. Svarez Schlßv. S. 57.) oder zum Theil, zur Erlangung eines gemeinsch. Endzwecks vereinigen, wird ein G.-V. genannt," vgl. m. II. 6. §. 1. u. §. 183 h. t. („G. V., welche auf einen best. Gegenst. od. auf ein besondres Gewerbe od. Gesch. gerichtet sind ꝛc."), §. 270 eod. („Ist der V. auf auf gew. Jahre oder zur Ausf. eines gew. best. Gesch. geschlossen ꝛc.") u. §. 289. („Eine Verpfl., wodurch sich Jemand [s. aber II. 8. §. 617.] zur Fortf. einer G. für beständig oder auf ganz unbest. Zeit anheischig macht, ist . . unverbindlich").

2) Form desselben.

§. 170 h. t.: „Der Zweck der Verbindung und das Verh. der Verb. bei u. zur Erlangung desselben müssen (s. §. 174. 75.) allemal ohne Untersch. des Gegenst. durch einen schriftl. Vertr. bei Strafe der Nichtigkeit (II. 8. §. 615.) festgesetzt werden", vgl. mit §. 178. 79. §. 183—85. u. II. 8. §. 617 flg., und mit §. 180. 87.

3) Wirkungen.

1. Im allgemeinen; §. 188. 205 h. t. vgl. mit II. 8. §. 625. 26. 29., und §. 198 flg. vgl. mit II. 6. §. 12. 13. u. Rescr. v. 8. Jan. 1836.

2. Rechte u. Pflichten der Gesellschaft gegen Dritte; §. 230. 31. h. t. vgl. mit §. 239. u. II. 8. §. 647., s. aber §. 240 h. t. vgl. mit II. 8. §. 793 flg. u. §. 247—50 h. t. vgl. mit II. 8. §. 651. 52.; §. 232—35 h. t. vgl. mit II. 8. §. 649., §. 236—38 h. t.

3. Rechte u. Pflichten der Mitglieder unter einander:

a. in Betr. der Beiträge; §. 189. vgl. mit §. 203. 4., §. 190—92. 264. 68. vgl. mit 259., §. 193 flg. vgl. mit II. 8. §. 631. 32.

b. rücks. des Geschäftsbetriebs; §. 206—9. vgl. mit §. 210. u. II. 8. §. 633—35.; s. auch §. 211—15. 24., §. 225—29., §. 219—23. vgl. mit II. 8. §. 639—41.

c. in Bezug auf Gewinn u. Verlust; §. 241—43 vgl. mit 261. 62. 65. u. II. 8. 642—46. 53—56.; §. 255. vgl. mit §. 256—58., s. aber §.

§. 245. 46. („Ein Abkommen, wodurch einem Gesellschafter aller Schaden und dem andern aller Vortheil allein angewiesen wird, ist nach den Regeln von Schenk. zu beurtheilen. Kann (es) als Sch.-V. nicht bestehen, so muß Gew. u. Verl. . . nach gesetzl. Grundsätzen vertheilt werden.); §. 244. vgl. mit §. 251—54.; §. 263. 66. und II. 8. §. 657. vgl. mit §. 216—18. 67. 68. u. II. 8. §. 638.

4) Aufhebung der Gesellschaft.

1. Für alle Mitglieder; §. 277. h. t. vgl. mit §. 304 flg. eod. u II. 8. §. 677 flg., und §. 278 flg. h. t.: „Bei G., deren . . Zweck nicht in dem Betriebe eines gemeinsch. Gesch. od. Gew. besteht," (oder wenn „das verst Mitgl. an dem Betrieb nicht thätigen Antheil genommen," §. 280. vgl. mit II. 8. §. 666.) „wird durch den Tod eines Gesellsch. in den Verh. nichts geändert," vgl. mit Entw. II. 3. Tit. 14. §. 185.: „Der Tod eines der Ges. berechtigt (s. aber §. 186 flg.) sowohl d. Erben . . als . . übrigen Mitgl. zum Austritt" u. Pr. L. R. v. 1721. B. 4. Tit. 10. Art. 1. §. 13. u. 2. §. 2.

2. Für einzelne Mitglieder.

a. Durch Austritt; §. 269—72. vgl. mit §. 289. 90., u. §. 281 flg.: „Sobald ein Mitgl., welches zu dem Betriebe des gemeinsch. Gew. durch Handl. mitzuwirken hatte (II. 8. §. 661.), verstirbt, stehet, wenn nicht im Vertr. ein andres ausdr. bestimmt ist (§. 282. vgl. mit 283 flg.), den Erben des Verst. sowohl, als den übrigen Mitglied. d. Rücktritt offen" vgl. mit §. 661. 62. cit.: „. . so sind die Erben berecht. . . die Societät zu verlassen. Auf gleiche Art sind die übrigen Mitgl. befugt, den Erben die Soc. zu kündigen."

b. Durch Ausschluß u. Aufkündigung der übrigen Mitgl.; §. 273—76. u. A. G. O. I. 50. §. 291.: „Uebrigens gehört die Eröff. des Conc. unter diej. veränderten Umst., welche sowohl die Gl. des Gem.-Sch. als die übr. Gesellsch. (s. aber §. 289. 90.) berechtigen, die Aufhebung der Soc. zu verlangen", vgl. mit II. 8. §. 667.: „. . . so hört in Ans. desselben die Soc. mit dem Tage der Conc.-Eröff. auf," und §. 1434 eod.: „. . so sind die Mitgl. sogleich befugt, sich mit seiner Creditmasse auseinander zu setzen." — Vgl. übrigens über Form und Folgen des Ausscheidens Einzelner §. 290 flg. u. 300 flg. h. t. mit II. 8. §. 558. 59. u. 668 flg.

Drittes Buch.
Dingliche Rechte.

Erstes Kapitel.
Vom vollen Eigenthume.

---

§. 171. I. Begriff des Eigenthums. (B. §. 103.).

1. I. 8. §. 1. (s. oben §. 102. S. 111.), vgl. mit I. 15. §. 1. u. 11. flg. und Entw. II. 5. §. 1.: „Eigenth. e. S. ist derj., welcher das Recht hat

od. die S. selbst aus eigner Macht zu verfügen u. jeden andern davon auszuschließen;" s. auch Proj. des C. l. Fr. P. II. L. 1. tit. 3. §. 7. u. P. L. R. v. 1721. B. III. Tit. 1. Art. 13. §. 2.

2. §. 9—11 eod.: „Zum vollen (s. §. 14. 23.) Eigenthume gehört das Recht, die S. zu besitzen, zu gebrauchen u. sich derselben zu begeben. Das Recht über die Substanz d. S. zu verfügen, wird Proprietät genannt. Das Recht e. S. zu seinem Vortheil zu gebrauchen, heißt das Nutzungsrecht", vgl. mit Entw. §. 9—11.: „Zum Eigenth.-Recht gehört u. s. w." u. §. 14.: „Wem alle unter d. Eig. begriffene R. zukommen, der hat ein volles Eigenth. der Sache."

II. Vom Erwerbe des Eigenthums.

§. 172. A. Im allgemeinen. (B. §. 104. 5.)

1) Bedingungen des Erwerbs.

1. In objectiver Hinsicht; §. 2. vgl. mit §. 3—5 h. t. (s. oben §. 60.) u. I. 11. §. 28.; s. auch II. 14. §. 11 flg. vgl. mit Ges. v. 6. Nov. 1809.

2. In subjectiver Beziehung; §. 6. 7. h. t. vgl. mit II. 6. §. 83. (s. oben §. 55 sub. 4. c.), Ed. v. 30. Jul. 1789. (s. oben §. 45 sub 1.), II. 10. §. 27 flg. u. Ver. v. 18. März 1811. §. 2. (Grund-Erw. d. Mil.-Pers.), Ver. v. 29. Febr. 1812. u. C. O. v. 5. Sept. 1821. (Einschr. der Dom. u. Forstbeamten), C. O. v. 28. März 1809. bei Matthis Bd. 8. S. 26. u. Rescr. v. 12. Sept. 1836. (Erw. adl. Güter von Ausländern), C. O. v. 25. Jan. 1831. (Erw. v. Ritterg. durch Dorfgem.). S. auch oben §. 45. sub. 2. 3., §. 47. sub. 3. 3., §. 48. sub. 3 a.

2) Arten des Erwerbs.

I. 9. §. 1—6: „Die äußeren Handl. (s. aber §. 4. u. I. 2. §. 131. [ob. §. 75]), durch welche d. Eig. erworben wird, bestimmen die versch. Erw.-Arten (Modos acquir.). Der gesetzl. Grund (s. aber I. 10. §. 2.), verm. dessen diese äuß. Handl. die(se) Kraft (Entw. II. 6. §. 2. „ihre rechtliche Kraft") haben, . . . wird der Titel des Eig. genannt. Zur Erw. d. Eig. wird die Besitznehmung (I. 7. §. 43 flg., 10. §. 1. u. 3.) erfordert. Hiervon sind allein die Fälle ausg., wo die Gesetze (s. §. 82. 88., 181., 221. 75., 227. 33 flg., 275., 285., 324., 327 flg. 368 h. t.) die Erw. d. Eig. schon mit einer gewissen Beged. od. Willensäuß. (s. aber §. 49. vgl. mit §. 26. 53 h. t. u. II. 16. §. 14.) allein ausdr. verbinden. Wenn zur Erw. des Eig. außer dem Titel nur Besitznehmung erf. wird, so ist eine unmittelbare Erw.-Art vorhanden. Geht aber das Eig. erst durch Erledigung des Besitzes von Seiten des vorigen, und durch die Ergreifung dess. von Seiten des neuen Eig. über (I. 10. §. 1. 3.: „wirkliche Uebergabe"), so heißt die Erw.-Art mittelbar."

§. 173. B. Von den unmittelbaren Erwerbsarten. (B. §. 106—116.)

1) Von der ursprünglichen Besitznehmung.

I. 9. §. 7—13. (§. 7.: „Die Besitzn. solcher S., auf („auf od. zu," §. 11.) welche noch Niemand ein Recht hat, wird die urspr. genannt. §. 9. Wer eine herrenlose, (II. 16. §. 7. „von Anfang an herrenl."), dem Staate nicht vorbehaltene (s. §. 1—3. vgl. mit 8—11. eod.) Sache wirklich (§. 10 h. t. vgl. mit §. 67—69.) in seine Gewalt bringt, der wird von dem Augenbl. an (s. aber §. 11—13 vgl. mit 116.) Eigenth.

der Sache") — Vgl. auch §. 107 flg. 111. 114. 117. 156. mit II. 16. §. 33 flg. (freier Thierfang).

2) Von der Besitznehmung verlassener u. preisgegebner Sachen.

I. 9. §. 14. 16—18., II. 16. §. 7., u. §. 343. 44 h. t. vgl. mit §. 345—47 eod. („Die Erwerb. . . geschieht nach den Regeln der ursprüngl. Besitzn."); s. aber §. 15 h. t. u. II. 15. §. 12—15.

3) Von der Besitznehmung verlorner Sachen.

I. 9. §. 19—73. vgl. mit II. 15. §. 82—87. (gestrandete Sachen). S. insbes. §. 19. vgl. mit §. 57 flg. u. 50 flg. (Rechte des Verlierers), §. 20 flg. vgl. mit §. 71—73. (Anzeige des Fundes u. Aufgebot), §. 61—66. 69. u. §. 105. (Fundlohn) vgl. mit II. 15. §. 85. (Bergelohn), §. 43—49. (Zuschlag an den Finder und die Orts-Armen), u. vgl. überh. Svarez Schlußv. S. 11.

4) Von gefundenen Schätzen.

I. 9. §. 74—105. u. §. 106. vgl. mit II. 16. §. 6. u. 69 flg. (s. g. Naturschätze oder regalische Fossilien). — S. insbes. §. 74. vgl. mit §. 81. u. 104. (Begriff d. Sch.), §. 75—80. 102. 3. (Anzeige u. Aufgebot), §. 82. 90—92. vgl. mit §. 94—98. u. Pr. L. R. v. 1721. B. III. Tit. 1. Art. 10. §. 7. (Anrecht des Grundeigenth. ꝛc.), §. 81—84. 93 (Anrecht des Finders) vgl. mit §. 85 flg. (fiscalische Ansprüche); s. auch Entw. II. 6. §. 69. und Proj. des C. I. Fr. P. II. L. 2. tit. 5. §. 5.

5) Vom Thierfange.

I. 9. §. 127—57. u. 171—74. vgl. mit II. 16. §. 5. u. 30 flg. (Jagd), u. §. 170. 176 flg. h. t. vgl. mit II. 15. §. 73 flg. (Fischerei).

6) Von der Beute.

I. 9. §. 193—98. u. 204. vgl. mit §. 199—203., u. §. 205—19. vgl. mit II. 8. §. 1959 flg. 2034 flg. (Kaperei); s. auch Proj. d. C. I. Fr. l. c. §. 34 flg.

7) Von der Erwerbung der An- und Zuwüchse.

1. Vom Fruchterwerbe; I. 9. §. 221.: „Die Früchte einer S. sind gleich bei ihrem Entstehen das Eigenthum desj., welcher das Nutzungsrecht der S. hat", vgl. mit I. 2. §. 45., 7. §. 189. 93. 94. u. 223., 21. §. 143 flg. und mit I. 9. §. 275. u. 324—26.

2. Vom Säen und Pflanzen; §. 275. — 82. (auf fremdem Grunde) u. §. 283. 84 eod. (mit fremden Pflanzen).

3. Vom Bauen; §. 327—33. (auf fremdem Boden), 334. 35. (mit fremden Mater.) u. §. 336—39 eod. (auf fremdem B. mit fremd. M.).

4. Vom abgerissenen Lande; §. 223. 24. 236 vgl. mit 239—41 eod.

5. Von der Alluvion; §. 225—38 eod. vgl. mit II. 15. §. 55. 56.

6. Von Inseln im Flusse; §. 242. 43., §. 244—46 eod. vgl. mit II. 15. §. 67. 80. u. Proj. des C. I. Fr. §. 46. 48., u. §. 247 flg. vgl. mit Entw. II. 6. §. 212. 13.

7. Von zugelandeten und verlassenen Flußbetten; §. 263—66. vgl. mit 274 eod. und §. 270—73. vgl. mit II. 15. §. 68 flg. — S. auch §. 267—69. (Ablassung von Landseen) und vgl. ad. 4—7. überh. noch §. 258—62 h. t. mit II. 15. §. 39 flg.

8. Von der Verbindung, Vermischung und Verarbeitung fremder Sachen; §. 298 h. t., 307—14. vgl. mit 299 flg. u. mit P. L. R. B. 3. Tit. 1. Art. 6. u. Proj. d. C. I. Fr. §. 12. (bloße Verm. fremder u. eign. S.), § 304—6. vgl. mit §. 299 flg. u. II. 8. §. 1394. 95. (Verarb. fr. u. eign. S.), u. §. 314—23. (Verm. u. Verarb. von Sachen mehrerer Dritter)

8) Von Erwerbung der Erbschaften.

I. 9. §. 350—499. (s. unten B. V. Kap. 2.).

9) Von der Verjährung.

I. 9. §. 500—34. u. 579—669. (s. oben §. 115—17.).

§. 174. C. Von der mittelbaren Erwerbung des Eigenthums. (B. §. 145. 146.)

1) Erfordernisse.

1. In Betreff des Titels; I. 10. §. 1.: „Die mitt. Erw. d. Eig. erfordert, außer dem dazu nöthigen (s. I. 11. §. 75. 1090. vgl. mit I. 5. §. 155 flg.) Titel („W.-E., Gesetz od. rechtl. Erk." §. 2.), auch die wirkliche Uebergabe derselben (Tit. 7. §. 58., 9. §. 2—6.)", und §. 15. flg. eod. (Entw. II. 8. §. 60—63.): „Alle W.-E. und Vertr. (s. auch I. 16. §. 407.), wodurch über das Eigenth. eines Grundstücks etwas verfügt wird, müssen gerichtl. oder von einem Just.-Com. (s. aber A. G. O. II. 1. §. 3. sub. 1. vgl. mit H. O. Tit. 2. §. 63. 64.) aufgenommen werden. Auf den Grund u. s. w. (s. oben S. 98.)", vgl. mit Ges. v. 23. Apr. 1821. §. 1.: „Vertr. üb. d. Veräuß. des Eigenth. und über die Austhuung in Erbzins od. Erbpacht, wenn sie an sich mit rechtsvest. u. verbindl. Wirk. geschl. worden, sollen fortan, so fern auch nur die Beglaubigung .. von einem inländischen Gerichte oder .. Notar erfolgt ist, weder nochmal. Vollz. (§. 2.) noch wiederh. Bekennung zu ihrem Inhalte . . .(§. 3.) bedürfen, um daraus das Gesuch um Eintragung zu begründen."

2. In Betreff des Tradenten; §. 3. h. t. vgl. mit I. 15. §. 42.: „Sachen, die von dem Fisco oder bei öffentl. Versteigerungen (vgl. A. G. O. I. 50. §. 227. u. Ver. v. 14. Jul. 1797. in E. u. §. 3.; s. aber auch Etw. §. 18 h. t. [in öff. Auct.], I. 2. §. 138. u. A. G. O. I. 52. § 12. vgl. mit I. 10. §. 7., 11. §. 342. u. H. O. Tit. 2. §. 93.) erkauft worden, sind keiner Vindic. unterworfen", §. 43.: „Ein Gleiches gilt von Sachen, die in den Läden (§. 44.) solcher Kaufl., welche die Gilde gewonnen (vgl. II. 8. §. 475. 80—82. u. 547.), erk. worden", §. 45 flg. u. A. G. O. I. 50. §. 297. vgl. mit Ges. v. 16. Jun. 1835. (Geld und Pap. au porteur). — S. aber auch I. 15. §. 10. (Veräuß. der dem Erben gehörigen Sachen) u. I. 10. §. 7. (s. unten sub. 2. 2.) u. vgl. §. 4. eod.: „Wird der Besitz des vor. Eigenth. ohne dessen Einwill. durch den Richter für erledigt erklärt (I. 7. §. 60.), so muß (s. aber A. G. O. I. 52. §. 61.) auch die Ueberg. an den neuen Eigenth. durch den Richter erfolgen."

3. Rücksichtlich der Tradition selbst.

a. Im allgemeinen; §. 1. h. t. (wirkliche Ueberg.) vgl. mit I. 7. §. 58. u. I. 11. §. 124. 27. 586. 1038. u. 68; §. 4. cit. u. §. 5. h. t.: „Außer diesem Falle wird die gerichtl. Ueberg. zur Erlangung d. Eig. niemals (Entw. II. 2. §. 5.: „nach gemeinen Rechten nicht") erfordert" vgl. mit H. O. Tit. 2. §. 63.; s. aber auch I. 11. §. 117. 342. 474. 513. 573., II. 8. §. 1396.

b. Bei Grundstücken insbesondre; aa) §. 1. u. 3. cit. u. I. 11. §. 125.: „Bei Grundstücken ist die gerichtl. Zuschreibung im H. B. für sich allein zur Ueberg. noch nicht hinreichend" vgl. mit H. O. Anh. §. 28.; bb) §. 12 flg. h. t: „Um die Ungewißheit des Eig. der Grdst. und die daraus entstehenden Prozesse zu verhüten, ist jeder neue Erwerber schuldig (s. §. 13. 14. vgl. mit H. O. Tit. 2. §. 49—54. u. A. G. O. II. 1. §. 3.), sein Besitzrecht in das H. B. eintragen zu lassen" (s. auch oben §. 87. sub. 2. S. 89.), vgl. mit Publ. v. 1. Oct.

1805., Ver. v. 30. Aug. 1810. [Rabe Bd. 8. S. 352. u. 10. S. 408.] u. C. O. v. 31. Oct. 1831.: „Die . . . zur Pfl. gemachte Nachweisung (des) Eig. . . beh. der Eintr. in das H. B. erscheint in allen Fällen entbehrlich, in welchen weder von dem Besitzer noch von einem Berechtigten d. Eintr. nachgesucht wird ꝛc. . Ich will daher . . d. vorged. Verpfl. . . hierdurch suspendiren, und es soll die vorgeschr. Einwirkung der Ger. zum Zweck der Bericht. des Bes.-Tit. nur dann eintreten, wenn die Eintr. von dem Bes., od. einem Hyp.-Gläub. oder sonstigen Berechtigten nachgesucht wird."

2) Wirkungen.

1. Der Tradition an sich; §. 1. 3. 8. 23 h. t., I. 11. §. 95. (s. oben §. 150.), 124—27. u. 1083., vgl. mit §. 8. 9 h. t. („nicht eingetragener Eigenthümer"); s. aber §. 24. 25 h. t. vgl. mit II. 8. §. 814.

2. Der Regulirung des Besitztitels; §. 6 flg. h. t.: „Wer über ein Grdst. (s. auch II. 16. §. 255.) vor Gericht Verfüg. treffen will, der muß sein darauf erlangtes Eig.-Recht . . . in d. H. B. vermerken lassen. Der in das H. B. eingetr. Besitzer wird in allen mit einem Dritten über d. Gr. geschl. Verh. (s. u. a. I. 20. §. 410.; vgl. aber auch II. 11. §. 598., 17. §. 27—29.) als d. Eigenth. angesehen (s. §. 18. 19. u. H. O. Tit. 1. §. 55. 56.). Wer . . in dergl. Verh. sich einläßt, dessen Befugn. kann so wenig d. nicht eingetr. Eig., als der, dessen Recht nur von diesem sich herschreibt (s. aber §. 10. 11. u. 24. 25.), anfechten", u. H. O. Tit. 2. §. 92.: „ . . ist für den wahren u. alleinigen Eigenth. anzusehen", vgl. mit §. 95 flg.: „Es kann jedoch solcher Acq. (§. 93. 94.) sich gegen alle etwan. Eig.-Anspr. nicht anders vollkommen sicher stellen, als wenn er . . (über d. Gut) ein Präcl.-Urth. (s. A. L. R. I. 15. §. 54.) ausbringt."

III. Von den Rechten des Eigenthümers.

§. 175. A. Im Allgemeinen. (B. §. 148.)

1. I. 8. §. 1. („mit Ausschließung Andrer") vgl mit §. 12., §. 22 flg., §. 123. 24., §. 148., §. 149. 50. 73. 89 eod., u. mit I. 9 §. 85., §. 115. 25. 58. vgl. mit §. 130 flg., §. 119 flg., §. 176 flg., §. 287 flg. u. a. m.

2. I. 8. §. 1. („über die Subst. der S. aus eigner Macht . . verfügen") vgl. mit §. 9—11., §. 13. vgl mit §. 26 flg., §. 23—25. 32., §. 65. 102. 30. 34. 37. 41. 47 eod., I. 9. §. 152. u. a. m.

3. S. noch über die gesetzlichen (§. 29—34 h. t.; s. oben §. 99.) Einschränkungen des Eigenthums: a) zum gemeinen Besten, §. 35—64. (Erhaltung u. Herstellung der Gebäude), §. 65—82. (Neubauten ꝛc.), §. 83—95. vgl. mit Cult. Ed. v. 14. Sept. 1811. §. 4 flg. (Bewirthsch. u. Benutzung der Waldungen), §. 96—101. (Wasserbauten); b) zum Besten der Nachbarn, §. 102—117. vgl. mit Ges. v. 15. Nov. 1811. (Gestattung der Vorfluth), §. 118—189 eod. (Bauten u. sonstige Anlagen auf der Grenze).

§. 176. B. Von der Verfolgung des Eigenthums. (B. §. 149—53.)

1) Von der Vindication.

Vgl. Svarez Pro Memoria ad Tit. 15. in den Schlußv. S. 84 flg.

a) Voraussetzungen derselben.

1. I. 15. §. 1.: „Der wahre (s. I. 10. §. 10. 21. 24. u. H. O. §. 92.)

Eigenth. hat das Recht (s. aber §. 42 flg., oben §. 174.), seine Sache, die seiner Gew. ohne seinen Willen entnommen ist oder vorenthalten wird (§. 34.: „seinem rechtmäßigen Besitze o. s. W. entkommen ist"), von jedem Inh. u. Bes. zurückzufordern" vgl. mit §. 6. u. II. 2. §. 158 flg., §. 7. u. II. 1. §. 221. 30. 32 flg., §. 8—10 u. I. 11. §. 140 flg., II. 18. §. 596. u. §. 585 flg. eod. — Ueber den Beweis des Eigenth. s. §. 17 h. t. vgl. mit P. L. R. v. 1721. B. III. Tit. 1. Art. 14. u. Proj. des C. I. Fr. P. II. L. 2. tit. 4. §. 7—9.

2. §. 11 eod. („gegen den wirklichen [§. 13. wahren] Bes. oder Inhab.") vgl. mit I. 7. §. 165 flg. u. A. G. O. I. 17. §. 34 flg., §. 12—14 h. t., §. 15. 16 eod. vgl. mit §. 28—32. — Ueber den Beweis des Besitzes s. §. 34 h. t. vgl. mit §. 32. 40, und vgl. über die Pflicht des Bekl. zur Angabe des Besitztitels §. 33 flg. h. t. u. oben §. 103. sub. 5. 4.

b) Wirkungen der Klage.

1. In Betreff der Restitution der Sache.

a. §. 17 flg. h. t.: „Wer eine fremde S. unredlicher (s. §. 20. 21. 39—41. vgl. mit I. 7. §. 11 flg.) Weise", oder „von einer verdächtigen (s. §. 19 h. t. vgl. mit II. 8. §. 1403., Anh. §. 49. u. §. 50. vgl. mit Ver. v. 5. Mai 1809.) Person", oder „zwar redlicherweise, aber unentgeldlich" (s. §. 18 h. t. vgl. mit I. 20. §. 92., II. 8. §. 1154., 20. §. 1231 flg., und §. 24 h. t. vgl. mit I. 9. §. 200.; s. auch Entw. §. 15.: „redl. W. aber ohne rechtl. Eig.-Tit. oder unentg.") an sich gebracht hat (s. I. 7. §. 16. 17. u. vgl. Entw. II. 12. §. 12. „Der unredl. Besitzer ꝛc."), muß sie dem dazu besser berechtigten Rückforderer (§. 24.: „dem rechtmäß. Eig. od. Bes.") unentgeldlich herausgeben", vgl. mit §. 37.: „Wer in den nicht ausgenom. Fällen (§. 35. 36.) seinen Vormann u. Besitztit. nicht angeben kann (s. §. 39. vgl. mit I. 9. §. 586.), muß die S. unentg. zurückgeben." S. auch noch §. 21. 22 h. t.

b. §. 25. 26 eod.: „Wer die Sache von einer unverdächtigen Person durch einen lästigen Vertr. an sich gebr. hat, muß dieselbe zwar ebenfalls zurückgeben. Er kann jedoch dagegen die Erstattung alles dessen, was er dafür gegeben oder geleistet hat, fordern", vgl. mit I. 9. §. 199 u. 201. 2., 11. §. 154., 20. §. 80. 119., II. 14 §. 41.; s. aber I. 18. §. 303. vgl. mit §. 270. (unentg. Restit. des b. f. ohne Consens der Agn. gekauften Lehns), II. 4. §. 79. vgl. mit §. 74. (Rest. bei unconsentirter Veräuß. von Fideic.) u. II. 18. §. 589. 90. (Rest. bei nichtiger Veräuß. von Pupillar.-Grundst.). — Ueber die Regreßnahme an den auctor possessoris s. oben §. 145. sub. 2.

2. In Betreff der Neben- und Gegenforderungen.

§. 20. 27 h. t. vgl. mit I. 7. §. 189 flg. 222 flg. (s. oben §. 145. S. 123.) u. mit §. 38 h. t.: Dagegen ist dieser Umstand (§. 37 cit.) noch nicht hinreichend, ihn zu den übrigen Vertretungen eines unredl. Bes. wegen der Nutz., Schäden u. sonst zu verpflichten" u. I. 18. §. 303.: „. . übrigens hat der bish. Inh. (des Lehns) die Rechte eines redl. Bes."

2) Von der Besitzklage des Eigenthümers.

§. 2. h. t.: „Wie weit dieses Rückf.-Recht auch einem Besitzer gegen andere Inh. u. Bes., und selbst gegen den Eigenth. zukomme, ist (s. oben §. 113.) im 7. Tit. bestimmt (Tit. 7. §. 162 sq.)", vgl. mit §. 21. 24. 25. („dem rechtmäß. Eigenth. oder Besitzer") u. §. 17. („dem bess. berecht. Rückforderer") — Vgl. auch Proj. des C. I. Fr. P. II. L. 3. tit. 7. u. P. L. R. v. 1721. B. III. Tit. 1. Art. 15.

3) Von der Negatorienklage.

arg. I. 19. §. 10.: „Ein Rechtsstreit, durch welchen die Richtigkeit

eines dergl. Rechts auf die Subst. einer fremden Sache ausgemittelt werden soll, kann nur mit dem Eigenth. oder vollst. Bes. derselben gültig verhandelt werden" vgl. mit l. 21. §. 82. 226. u. A. G. O. l. 1. §. 32., und arg. §. 3. 4. h. t.: „Auch der Eig. eines Rechts kann dieses sein Eig. gegen jeden Anmaßer desselben verfolgen. In wiefern der Bes. eines Rechts diesen seinen Besitz gegen einen Andern, der sich eben dasselbe Recht anmaßt, verfolgen könne, ist nach gleichen Regeln wie bei dem Bes. körp. Sach. zu beurtheilen" vgl. mit l. 7. §. 181—83. — Vgl. auch Proj. des C. J. Fr. L. 4. tit. 11. §. 12—16. u. Ed. weg. des summar. poss. v. 12. Apr. 1718. §. 9.

§. 177. IV. Vom Verluste des Eigenthums. (B. §. 147.)

Vgl. l. 16. §. 6. mit §. 1. 2 flg. eod., l. 9. §. 16. vgl. mit II. 16. §. 12 flg., u. I. 15. §. 54. 56., II. 20. §. 95. 103. 467 flg. u. §. 285. 297 flg. eod.

Zweites Kapitel.

Vom gemeinschaftlichen Eigenthume.

---

§. 178. I. Allgemeine Vorbemerkungen.

1) Weitere Bedeutung von gemeinschaftlichem Eigenthum und Vermögen.

S. u. a. l. 5. §. 450. vgl. mit §. 453. (gemeinsch. Ford.-Rechte), l. 17. §. 311 flg. u. 361. vgl. mit l. 22. §. 133. u. Gem. Theil.-Ordn. §. 165. (gemeinsch. Servituts-Rechte), l. 17. §. 98. (Societätsfonds überhaupt), II. 6. §. 17. (Verm. erlaubter Privat-Gesellsch.), §. 72. 198. 99 eod. vgl. mit II. 8. §. 159. 61. u. G. Th. O. §. 166 flg. (res universitatis i. e. S.), II. 6. §. 70. 92. 110—12. 47. vgl. m. II. 8. §. 210 flg., II. §. 954. (patrimonium universitatis). — Ueber die Bezeichnung der res univ. mit Gesammteigenthum vgl. G. Th. O. §. 16. u. 17. mit §. 2 eod.

2) Engere Bedeutung von gemeinschaftlichem Eigenthum.

1. I. 8. §. 14. 15.: „Wenn das volle Eigenth. (Entw. II. 5. §. 15.: „Wenn Eig.-Rechte von gleicher Art") über eine Sache mehreren Pers. zukommt, so ist ein gemeinsch. Eig. (im Gegensatz des „einseitigen" od. „besondern" od. „ausschließl." Eig.; s. u. a. §. 161. 68 eod. l. 17. §. 4. 100. 150.) vorhanden. Die Pers., welche ein solches gemeinsch. Eig. haben, werden Miteigenthümer genannt," vgl. mit l. 17. §. 1.: „Gemeinsch. Eig. ist vorhanden, wenn dasselbe Eigenthumsrecht über eine Sache oder ein Recht (s. l. 8. §. 17. 18.) mehreren Pers. ungetheilt zukommt" (Entw. II. 14. §. 1.: „Die Gemeinsch. des Eig. (Tit. 5. §. 15.) setzt ein Miteig. mehrerer Pers. an Einer Sache voraus. Sowohl körp. Sach. als Rechte können ein Gegenst. des gemeinsch. Eig. sein").

2. I. 8. §. 16 flg.: „Das Eig. e. S. ist getheilt, wenn die darunter

begriffenen verschiedenen Rechte verschiedenen Pers. zukommen. §. 17. In sofern mehrere Personen an einem dieser Rechte Theil nehmen, ist das Recht, nicht aber die Sache selbst, (s. aber I. 18. §. 478. u. 788. 90.) ihr gemeinsch. Eig. §. 18 Wenn es auf Verfüg. über das volle Eig. der S. ankommt, so werden die mehreren Miteigenth. eines jeden einz. darunter begr. Rechts nur als Eine Pers. betrachtet. (§. 17. 18. fehlen im Entw.) §. 19. Wer nur die Proprietät d. S. ohne das Nutz.-R. hat, wird Eigner genannt. §. 20. Wer Miteigner der Prop. ist und zugleich das N.-R. hat (Entw. §. 19.: „Wem das ganze N.-R. nebst einem Antheil an d. Prop. zukommt"), dem wird ein nutzbares Eig. d. S. beigelegt," vgl. mit I. 18. §. 1—3.: „Wenn das Eig. getheilt ist (Tit. 8. §. 16—20.), so wird derj., welchem nur ein Miteigenth. an der Propr. . zukommt, . . . Ober-Eig. genannt. Ueber die Prop. d. S. können nur der Ober- u. nutzb. Eig. gemeinschaftlich . . . gültig verfügen. Das zum Eig. gehörige Mitbesitzungs-R. des O.-E. ꝛc. (s. oben S. 105.)", und mit Entw. II. 15. §. 1 flg.: „Wenn d. Eig. geth. ist, so wird derj., welcher nur an dem Eig. der Substanz Theil nimmt, O.-E. genannt. Der O. u. d. nutzb. Eig. sind in Ans. des Rechts, die Sache zu besitzen und sich derselben zu begeben, als Miteigenth. zu betrachten . . . Doch ruhet das Besitzrecht des O.-E. ꝛc." — S. auch I. 18. §. 17.: Agnaten u. Mitbelehnte (od. Gesammthänder s. §. 16. 411. 15.) nehmen an d. nutzb. Eig. des Lehns . . Theil. Doch ruhet ihr Recht ꝛc." u. II. 4. §. 73.: „Das O.-E. (des Fideic.) befindet sich bei der ganzen Familie" (fehlt im Entw.). — Ueber Gesammteigenthum in der Bedeutung v. Miteigenthum s. II. 16. §. 264. vgl. mit §. 268. u. I. 18. §. 16., u. vgl. noch II. 1. §. 372., II. 17. §. 38.

§. 179. II. Vom Miteigenthume. (B. §. 278—80.)

1) Entstehung desselben.

I. 17. §. 5. u. 6—9. vgl. mit §. 116 eod., I. 9. §. 314 flg., 11. §. 1086.

2) Rechtliche Natur im allgemeinen.

I. 17. §. 1. vgl. mit I. 8. §. 15., u. §. 2—4 eod.: „Bei der Gem. des Eig. wird vermuthet (s. II. 1. §. 287 flg. 377 flg. u. G. Th. Ordn. §. 111.), daß jeder Miteig. gleiches Recht, und eben so viel Recht als der andere an der gemeinsch. Sache habe. Die ungleiche Theiln. an d. Sache ändert noch nichts in der Beschaff. des Rechts d. verschied. Miteig. Das Recht jedes Theiln. auf die gemeinsch. S. (vgl. §. 60 flg. 116. „Anrecht an der Gem.", u. §. 51. „Antheil an d. Substanz") gehört zum besondern Eig. desselben."

3) Wirkungen der Gemeinschaft.

1. In Betreff sämmtlicher Theilnehmer; §. 10. u. 11 h. t.: „Kein Theiln. kann, ohne Beistimmung der übrigen, üb. d. gemeinsch. S., deren Besitz od. Benutzung gültige Verf. treffen. Selbst durch die Mehrheit der Stimmen (s. §. 21—24.) können die übr. Theiln. in ihren Rechten nicht beeinträchtigt werden", vgl. mit a) §. 12—18. (s. Entw. II. 14. §. 13.) u. §. 19. 20. u. 38—43. (Dispos. üb. Subst. od. Art der Verwaltung), b) §. 25—33. (Besitz der Sache), c) §. 36. 37. (Verwaltung), d) §. 52—57. u. §. 107—10. vgl. mit §. 230 flg. (Verb. gegen Dritte), e) §. 58. 59. (gegens. Haftungspfl.)

2. Für den Einzelnen; §. 4 h. t. (s. oben sub 2.) vgl. mit a) §. 44. 45.

45. 50. 70—72. vgl. mit §. 216. u. 17., 266—68. (Nutzungen und Lasten). b) §. 60 flg.: „Beim gemeinsch. Eig., welches weder durch Vertr. noch Verordn. eines Dritten entstanden (s. aber §. 64—68. vgl. mit §. 216. u. Entw. §. 42. 43. u. 132 h. t.), ist jeder Theiln. sein Anrecht auch (§. 63.) einem Fremden zu überl. wohl befugt. Doch bleibt den übr. Theiln., wenn dieselben die Gem. unter sich fortsetzen wollen, das Vorkaufsrecht vorbehalten" vgl. mit §. 34. 41. c) §. 69.: „In so fern als ein Theiln. sein Anrecht an einen Fremden zu veräußern befugt ist, kann er es auch demselben verpfänden" (Entw. §. 46.: „zum handhabenden Unterpf. einräumen"), vgl. mit Rescr. v. 29. Nov. 1790. u. v. 16. Jul. u. 27. Aug. 1821.; s. aber §. 73. u. 74. vgl. mit Rescr. v. 21. Apr. 1818. u. 21. Jul. 1836.

4) Aufhebung derselben.

1. Durch Theilung; §. 82 h. t. vgl. mit §. 75 flg. (Recht auf Theilung), §. 83—86 eod. (Zeitp. derselben), §. 87. 88. u. 104. vgl. mit §. 97—102. u. 105. 6. (Realtheilung), §. 89—96. u. §. 103. (Civiltheilung), vgl. mit Ges. v. 4. März 1834. §. 2. u. §. 111 flg. h. t.: „Die Kraft u. Gültigk. einer Privatth. (s. aber §. 102.) ist nach d. Regeln von Vergleichen, so wie derj., welche mit Zuziehung des Richters (§. 114. „durch Erkenntniß") angelegt worden, nach den Regl. der rechtskräft. Erk. (s. aber §. 114.) zu beurth. Nur so weit also als Vergl. (s. I. 16. §. 417 flg.) od. rechtskr. Urth. (A. G. O. I. 16. §. 2.; s. aber §. 113 h. t. vgl. mit II. 17. §. 56. u. 59.) von den Parth. angef. werden können, findet die Anfecht. einer in rechtsgült. Form abgeschl. Theilung Statt."

2. Durch Ausschluß eines Theilnehmers; §. 46—49. und 51 h. t.: „Wer sich seiner Pfl. zur nutzbaren Erhaltung der S. (s. §. 19.) vorsätzlich entzieht" (oder „seinen Beitrag zu den gemeinsch. Lasten und Kosten [§. 19. od. §. 45?] wegen Unvermögens [s. §. 51.] nicht aufbringen kann" §. 47.; fehlt im E.) kann angehalten werden, seinen Anth. den übr. Miteig. nach einer gerichtl. aufgen. Taxe zu überlassen."

III. Vom getheilten Eigenthume. (A. L. R. I. 18.)

§. 180. A. Im allgemeinen. (B. §. 287.)

1) Begriff und rechtliche Natur desselben.

1. S. I. 8. §. 16. vgl. mit §. 19 20 eod. u. I. 18. §. 1. (oben §. 178.) und mit I. 8. §. 22. 24.: „Daß das Eig. e. S. u. die Rechte, welche aus der Natur des Eig. fließen, getheilt sind, wird nicht vermuthet. Auch bei dem geth. Eig. werden Einschränk. des einem jeden Theiln. zukomm. Rechts nur in so fern vermuthet, als sie aus der Natur des dem andern Theiln. beiwohn. Rechts von selbst folgen."

2. Rechte des nutzbaren Eigenthümers; I. 18. §. 4. 5.: „Das zum Eig. gehörige (I. 8. §. 11. 12. vgl. mit §. 6. 7. 11 h. t.) Nutz.-R. (Entw. II. 15. §. 5.: „d. R. die S. zu gebrauchen") ist in dem besondern u. ausschließenden Eig. des nutzb. Eig. Dieser kann also über den Gebrauch der S. so weit gültig verfügen, als dadurch die dem O.-E. zukomm. Rechte nicht geschmälert werden", §. 3. eod. (Besitzrecht, s. ob. §. 178.) u. I. 8. §. 20. („Miteigner der Propr.") vgl. mit §. 8—10 h. t.: „Zu Veränderungen der ganzen Sache (Entw. §. 9. „der S."), wodurch sie aufhört dieselbe Sache zu sein (s. I. 2. §. 4. 5., oben §. 68.),

ist der nutzb. Eig. nicht berechtigt; wohl aber . . einzelne Theile od. unter einem Inbegr. von S. enthaltene Stücke zu ändern, so weit es ohne Verminderung des Ganzen und ohne die Hauptbest. desselben zu verändern, geschehen kann; selbst zur Verringerung eines Theils der S. ., wenn ohne dergl. Verr. dieser Theil der S. gar nicht genossen werden könnte."

3. Rechte des Obereigenthümers; I. 18. §. 2. 3. (s. ob. 178.) u. §. 5. cit.

2) Einzelne Arten des getheilten Eigenthums.

I. 18. §. 12.: „Die versch. Beding., unter welchen das O.-E. von dem nutzb. getrennt worden, bestimmen die versch. Arten des getheilten Eigenthums", vgl. mit:

1. §. 13—679 eod. (Lehngüter). S. unten §. 181. 82.

2. § 683—812 eod. (Erbzinsgüter). S. unten §. 183.

3. II. 4. §. 72 flg. (Familien Fideicommißgüter). S. B. IV. Kap. 2.

4. I. 22. §. 243—46. (Superficies): „Wer das Recht hat, auf fremdem Grund u. Boden Gebäude (s. I 20. §. 472. 73.), Bäume und Holzungen (s. aber §. 199.) zu haben, der kann darüber, gleich einem Eig., frei verfugen u. s. w. Uebr. aber muß (er) auf d. Oberfläche des Bod. (s. §. 200 eod.) sich einschränken, und kann weder den bisher. Raum erweitern noch die Hauptbest. desselben ohne Einwill. des Gr.-E. verändern" (fehlen gleich den übr. Cit. im Entw.), und I. 9. §. 98. (s. oben §. 61. sub. 2.) vgl. mit §. 94—96 eod. — Vgl. auch Proj. des C. I. Fr. P. II. Lib. 2. tit. 4.

B. Vom Lehne.

§. 181. 1. Geschichtliche Bemerkungen über den heutigen Zustand des Lehnwesens in Preußen. (B. §. 288.)

Vgl. v. Duesberg Uebersicht der Lehnsverh. in der Pr. Mon., in Simon's Zeitschr. Bd. 1. S. 303 flg., u. Motive zum rev. Entw. des Lehnrechts S. 15. (Erg. u. Erläut. ꝛc. Suppl.-Bd. S. 665.).

1) Von den vor Publication des A. L. R. eingetretenen Allodificationen.

Edict, daß alle Adeliche-, Schulzen- und Bauer-Lehen vor allodial erkläret werden sollen, . . . wenn dafür ein jährl. Canon gewilligt wird v. 5. Jan. 1717. u. Resol. wegen (fernerer agnat.) Vererbung derer (ritterschaftl.) Lehngüter v. 24. Febr. 1717. §. 1—3. (C. C. M. II. 5. S. 81. 83.), vgl. mit:

1. Assecur. vor die Ritterschaft in der Churm. Brand. v. 30. Juni 1717., Constit. wie es wegen der Succ., Consens der Agnaten ꝛc. . . (in der Churmark) zu halten v. 25. Aug. 1718. nebst deren Declar. v. 1. Juni 1723. (ebend. S. 89. 99. 125.), u. Decl. wegen Aufh. der Caducität der Churm. Schulzen- u. Bauer-Lehen v. 28. Aug. 1721. (ebd. S. 123.).

2. Rescr. wegen Veränd. der Lehen in der Neumark v. 30. Apr. 1718. u. Const. für die Ritt. der Neumark ꝛc. v. 14. Aug. 1724. (ebend. S. 95. 137.).

3. Assec. vor die Stände des Jerichow'schen Creyses v. 8. Apr. 1718.

u. vor die Vasallen des Herz. Magdeburg v. 4. Aug. 1719. nebst Allodif. Urk. für d. Grafsch. Mannsfeld v. 25. Sept. 1780. (Anl. B — D. des revid. Entw. des Magdeb. Prov.-R.).

4. Lehns Assec. für die Hohenstein'sche Ritterschaft v. 28. Apr. 1719. u. für die Ritt. im Fürst. Halberstadt v. 9. Decbr. 1721. nebst Rescr. v. 29. Sept. 1772. (Lentze's Prov. R. für Halberst. S. 135. 145. 289.)

5. Assec. für die sämmtl. Lehnstr. u. Vas. im Kön. Preußen v. 18. Dez. 1732, u. Const., wie es . . . in Anf. der Succ. u. sonst gehalten werden soll v. 31. Oct 1738. (Klein's Annal. Bd. 22. S. 14.) nebst deren Decl. v. 9. Apr. 1792. (N. C. C. Th. IX. S. 909.) — Ueber Westpreußen vgl. Westpr. Regier. Instr. v. 21. Sept. 1773. §. 13. sub. VII. (N. C. C. Th. V. 3. S. 2207.).

6. Lehns Assec. für die Ritt. des Fürstenth. Minden u. der Grafsch. Ravensberg v. 4. Jan. 1749.

7. Ed. über Allodif. der adligen Lehen im Fürst. Cleve u. Grafsch. Mark v. 8. Dezbr. 1766. u. Rescr. v. 28. Jan. 1767. (s. Scotti's Samml. Cl.-M. Verordn. Bd. 3. S. 1787.).

8. Allodif.- u. Assec.-Urk. für die Ritt. des Herz. Hinterpommern u. Fürst. Cammin v. 16. Febr. 1787. (Hoffmann's Repert. Forts. 3. S. 91.) nebst Rescr. betr. die Allod. der Vor- u. Hinterpom. Schulzen- u. Bauerlehen v. 16. Jul. 1719. u. 9. Apr. 1720. (Zettwach das Pomm. Lehnrecht S. 292.).

Ueber die Allodif. im Herz. Schlesien vgl. noch Merckel's Commentar Th. 1. S. 583 flg.

2) Von den seitdem eingetretenen Allodificationen.

1. Kön. Schwed.-Pomm. Verordn. v. 11. Oct. 1810.

2. Kön. Westphäl. Decr. v. 28. März 1809. u. Großh. Bergisches Decr. v. 11. Jan. 1809., vgl. mit Ver. betr. die in den jenseits der Elbe beleg. allodif. Lehen v. 11. März 1818. nebst Decl. v. 1. Jul. 1820. u. 9. Jun. 1827., und Ges. über die den Grundbesitz betr. Rechtsverh. in den zum K. Westph., Großh. Berg und Fr.-Hans. Dep. gehör. Landesth. v. 21. Apr. 1825. §. 59. (resp. §. 40 u. 38.) u. §. 68—78. (resp. §. 50—58. u. 48—56.).

3) Von der Fortdauer des Lehnsnexus in einzelnen Provinzen.

Pat. wegen Einf. des A. L. R. in . . . Erfurt und dem Erf. Gebiet v. 24. März 1803. §. 3., in den ehem. Sächs. Prov. v. 15. Nov. 1816. §. 4. und im Herz. Westphalen ꝛc. v. 21. Juni 1825. §. 5.

§. 182. 2. Bestimmungen des A. L. R. (B. §. 288—294. und 300.)

Vgl. Svarez Pro Memoria zu Th. I. Tit. 18. Absch. 1. in dessen Schlußv. S. 87 flg., u. R. F. Terlinden Grundsätze d. heut. gem. Preuß. Lehnrechts. Halle 1796.

1) Begriff, Voraussetzungen und Arten.

I. 18. §. 13. vgl. mit §. 19—22., §. 25—38., u. §. 63—78.

2) Lehnserrichtung.

§. 23. 24 h. t. (Lehnsauftrag und Verleihung); §. 39—43. u. §. 44—62. vgl. mit §. 67. 86. 87 eod. (active und passive Lehnsfähigkeit); §. 81—85. (Lehnsvertrag) vgl. mit §. 80 eod. (letztw. Verordn. und Lehnsverj.); §. 88—101. (Investitur).

3) Rechte der Lehnsherrlichkeit.

1. Im allgemeinen; §. 13 h. t. vgl. mit §. 178—80. 182—86 eod. (Veräuß. des Ober-Eig.); §. 102 flg. eod. (Lehnserneuerung); §. 614 flg. 670 flg. eod. (Apertur-Recht) vgl. mit §. 444 flg. eod. (Ertheil. von Anwartschaften).

2. In persönlicher Hinsicht; §. 143—45. 164—66. u. 344—48 h. t. (Recht auf Lehnstreue u. Dienste) vgl. mit §. 49 flg. (Lehnsträger) u. §. 146—63. 614 flg. (Felonie); §. 166—77. (Lehnsgerichtbarkeit).

3. Rücksichtlich des Lehnguts:

a. Bei dessen Veräußerung; §. 2. u. 187 h. t. vgl. mit §. 197 flg. (Veräuß.-Consens); §. 188—90 eod. vgl. mit §. 146. 50. 54., §. 259. 60. u. arg. §. 616. (Revocation unconsent. Veräuß.); §. 206 flg. vgl. mit §. 337. 38. (Vorb. des Lehnsnexus bei consent. Veräuß.); §. 209. u. 307. vgl. mit l. 20. §. 574. 651. u. Ed. v. 9. Oct. 1807. §. 3. (Retractrecht bei consent. Veräuß.). S. aber §. 192. 93. h. t. vgl. mit Ed. v. 9. Oct. 1807. §. 5. u. Cult.-Ed. v. 14. Oct. 1811. §. 6., §. 194—96. h. t. vgl. mit §. 643—46., §. 210 flg. h. t., und Ed. die Regul. d. gutsh. u. bäuerl. Verh. betreff. v. 14. Sept. 1811. §. 24. nebst Decl. v. 29. Mai 1816. §. 51—58., Gem. Theil. O. v. 7. Jul. 1821. §. 9—11. u. 147 flg., Ges. wegen Ablösung d. Dienste ꝛc. v. 21. ejd. §. 40. — Ueber Prozeßführung s. noch §. 258. h. t.

b. Bei Verschuldung und Belastung des Lehns; §. 228 29 h. t. vgl. mit §. 620. 23. 49. 50. (Regel); §. 230—34. u. Ed. v. 9. Oct. 1807. §. 8. u. 24. Mai 1812. §. 12. vgl. mit §. 235. 36. 48. 49. u. §. 323 flg. 331 flg. (gesetzl. Lehnsschulden); §. 237. u. 243—57 h. t. vgl. mit §. 238—42. u. 323 flg. 331 flg. (consentirte Lehnsch.).

4) Rechte des Lehnsbesitzers.

1. Persönliche Rechte gegen den Lehnsherrn; §. 21. 22 h. t. (Lehnsschutz) vgl. mit §. 164. 65. 81. 640—42. (Felonie des Herrn).

2. Nutzungsrechte des Lehnsbesitzers; §. 5 flg. h. t. vgl. mit §. 577—79. und mit §. 350—57. u. 586. 87. 92 flg. (Competenz bei Sequest. wegen Schulden).

3. Dispositionsrechte desselben.

Vgl. Eichhorn Rechtsgutachten, die Auslegung des Th. I. Tit. 18. §. 309. betr. Berl. 1821., Düsberg über das Verh. der Lehnsfolge-Berecht. zum Vasallen in Bezug auf Verfüg. über d. Lehn inter vivos in Simon's Zeitschr. Bd. 1. S. 107 flg., Witte das Pr. Intestat.-Erbrecht §. 54—57.

a. Im allgemeinen.

§. 261 flg. h. t.: „Auch (§. 187 flg. 289. 308.) durch d. Rechte d. Agnaten u. Mitbelehnten (s. §. 15—17. vgl. m. §. 266 u. 88.) wird d. Macht des Vas. (s. aber §. 262—65.) über das Lehn zu verfügen (§. 4. vgl. mit §. 18. 19.) eingeschränkt" vgl. mit §. 507. — Ueber die Rechte des ersten Erwerbers s. §. 327—30. und über die vasallit. Rechte bei Erblehen und veräuß. Lehen s. §. 197. u. 440 flg. h. t.

b. Rechte der Descendenten in Betr. der Lehnsveräußerungen.

aa. §. 266 flg. h. t.: „Die Abkömmlinge eines Vas. müssen (s. §. 271.), wenn sie ihres Vaters Erben geworden sind, die Verfügungen dess. auch in Ans. des Lehns vertreten. Verf., welche bloß die Nutzungen des L. betr., müssen dergleichen Descend. schlechterdings gelten lassen. Hingegen können sie Verf., wodurch die Substanz des L. vermindert od. geschmä-

lert worden, zwar zurücknehmen; sie müssen aber denj., welcher mit ihrem Vater und Erblasser darüber contr. hat, entschädigen. Hat also der V. das L. ganz oder zum Theil veräußert, so kann zwar d. S. das veräußerte von dem dritten Bes. zurückfordern; er muß aber dems. nicht nur den dafür gegeb. Werth ersetzen, sondern auch für seine übr. Verwend. . . wie der Eig. einem redl. Besitzer gerecht (s. noch §. 555.) werden", vgl. mit §. 280.: „Test. u. andere letztw. Verord., wodurch der Vater über d. Lehn zum Nachtheil seiner Leibeslehnserben oder eines ders. etwas verfügt, gelten (s. §. 281.) nur gegen diej., welche zugleich Erben . . geworden."

bb. §. 273 flg. eod.: „Söhne, welche ihres Vaters (s. §. 276. 79. 82.) Erben gar nicht (§. 275. 78.) geworden, sind in der Regel nicht verbunden, die zum Nachtheil ihrer Rechte auf das L. durch Vermind. od. Schmäl. der Subst. . . getroffene Verf. wider sich gelten zu lassen. Doch ist auch ein solcher Sohn die väterl. das L. nicht angehenden Schulden (s. §. 356. 57.), so weit das übr. Verm. nicht hinreicht, aus den Lehnseink. zu bezahlen verpfl., u. kann sich durch Entsag. der All.-Erbsch. (s. §. 275—77.) davon nicht losmachen", vgl. mit §. 282.: „Für Leibeslehnserben, welche des Vasallen Erben im übr. Verm. nicht gew., sind seine letztw. Verord. über das Lehn (s. aber §. 283—86. und 287.) unverbindlich." — S. übrigens Entw. §. 166—76 h. t. vgl. mit den bei B. §. 292. mitgeth. Stellen des ungedr. Entw. und Revisions-Bemerk. und Svarez a. a. O. S. 93.

c. Rechte der sonstigen Succ.-Berechtigten bei Veräußerungen.

§. 288 flg. h. t.: „Andere Agn. und Mitbel. (über Event.-Bel. s. §. 453. u. 68.), welche des Lehnbes. Erben nicht geworden, sind keine der von selbigem über das Lehn getr. Verf., wobei sie nicht zugezogen worden, anzuerkennen verbunden . . . Doch können Verf. über Grundst. u. Gerecht., welche in d. H. B. eingetragen sind, nur (s. aber §. 293. 94.) von solchen A. u. M.-B. (s. §. 421. 98. u. Ed. v. 4. Aug. 1763.) angefochten (Ueber den Zeitpunkt dieser Anf. s. §. 295 flg., über die Art der Rückgabe §. 302. 3. u. 554. u. vgl. üb. Regreß an das Allod u. über Retractrecht der Agn. §. 292 u. 304 flg. mit Ed. v. 9. Oct. 1807. §. 3.) werden, welche ihr Recht an dem Lehn zu der Zeit, wo die streit. Verf. eingetragen wurde, im H. B. bereits hatten vermerken lassen", vgl. mit §. 308 flg.: „A. u. M.-B. können durch ihre Einwill. . . den Rechten des L. H. nichts vergeben. Dagegen verpfl. sie . . ihre Abkömml., in sofern dieselben damals entw. noch gar nicht vorhanden, oder noch unter väterl. Gew. waren, sie mögen in der Folge ihrer consent. Väter Erben gew. sein od. nicht. Durch d. Cons. einiger A. od. M. B. werden weder die übr., noch selbst die Descend. der Cons., welche damals nicht mehr unter vät. Gew. standen u. auch nachher der Cons. Erben nicht geworden sind, verpflichtet."

d. Verhaftung der Descendenten wegen Schulden des Vasallen.

§. 266 flg. u. §. 273 flg. h. t. (s. oben sub. b.) vgl. mit §. 356. 57. und 580. eod.

e. Verhaftung der Agnaten ꝛc. für derartige Schulden.

§. 311 flg. h. t.: „In vorstehender Art (§. 308. 9. 10.) müssen also auch A. u. M. B. so wie deren L.-L.-E. die Schulden des Lehnsbes., in welche sie gewilligt (§. 313—16. 21. 22.) haben, wenn sie zum Besitz des L. gelangen, anerkennen", u. §. 317—19. vgl. mit §. 230 flg.; s. auch §. 331 flg. eod.

5) Veränderung und Aufhebung des Lehnsnexus.

§. 602—613 h. t. vgl. mit §. 340—42., und §. 643—50. (Entsag. des Vas.); §. 651 — 56. (Entf. des Lehnsh.); §. 657—664 u. 69. (Verj. der Lehnseigensch.) vgl. mit §. 665 flg.: „Hat ein Fremder ein in d. H. B. eingetr. Grdst... (dessen) L.-Eigensch. nicht vermerkt ist (§. 667. 68.), .. aus einem an sich rechtsgült. Tit. redl. Weise als Allodium an sich gebracht, so erwirbt er das freie Eig. davon durch die gew. Verj. gegen alle u. jede L.-Berecht. .. War aber die ..Sache selbst .. nicht eingetr., so verlieren (sie) ihre Rechte mittelst d. Verj. d. N.-G. nur von dem Tage, wo jeder derselben sein Recht gegen den Bes. ausüben konnte", (s. auch Entw. §. 354 h. t. vgl. mit II. 17. §. 76—78); §. 671—76 eod. (Abgang aller Lehnsberecht.)

§. 183. C. Vom Erbzinsrechte. (B. §. 301 u. 2.)

1) Begriff und Voraussetzungen.

I. 18. §. 683.: „Wenn dem Besitzer das nutzbare Eig. eines Grundstücks (oder einer nutzbaren Gerechtigkeit, §. 688.; s. auch §. 764. u. 70. vgl. mit §. 192) gegen die dafür (s. §. 685. u. 747.) zu entrichtende Abgabe (§. 748 flg. vgl. mit §. 757. u. 680.) verliehen (scil. erblich; s. §. 694. 95. u. 799. vgl. mit Entw. II. 17. §. 1. u. 3.), u. dem Empfänger dieser Abg. das Obereig. vorbehalten ist, so wird ein solches Grundst. ein Erbzinsgut genannt", vgl. mit §. 684—687 eod. u. II. 7. §. 306. 7.

2) Begründung und Aufhebung.

1. §. 689. 90. h. t., §. 691—93 eod. vgl. mit §. 713. u. Ges. v. 23. Apr. 1821. (oben S. 180.), §. 731. h. t., H. O. Tit. 1. §. 49 flg. u. Anh. §. 9. vgl. mit E. O. v. 31. Oct. 1831. (oben S. 181.)

2. § 763 flg., §. 771. vgl. mit §. 803., §. 794., §. 799. vgl. mit §. 809., §. 806., §. 812. h. t. vgl. mit Ges. v. 16. März 1811. §. 2. u. Ordn. wegen Ablös. d. Dienste ꝛc. von Grundst., welche eigenth., zu Erbz.- oder Erbp.-Recht besessen v. 7. Jun. 1821. §. 26 flg.

3) Wirkungen.

1. Im allgemeinen; §. 696. h. t. u. §. 747 flg. (Canon) vgl. mit §. 758. (Erlaß am Zinse), §. 759—61. u. 69. (Nachsicht), §. 762. 67. (Erlaß des Zinses.)

2. Von der Veräußerung und Vererbung der Erbzinsgüter.

a. Ueberhaupt; §. 697. vgl. mit §. 698—703. 715. u. §. 704—6; s. auch §. 732 flg h. t. (Erneuerung der Zinsbriefe).

b. Vom Vorkaufsrechte des Herrn; §. 710—12. u. 726. vgl. mit Ed. v. 9. Oct. 1807. §. 3.

c. Von der Laudemialpflicht des neuen Besitzers; §. 714 flg.: „Jeder neue (s. §. 730. 740 flg.) Erbz. Mann ist .. die Lehnwaare zu entrichten verbunden... Nur Erben (s. aber §. 717.) in absteigend. Linie (s. §. 718. vgl. mit Entw. §. 50. 51.) sind der Regel nach von dieser Abgabe frei ... Obige Verordn. .. gelten nur in so fern, als nicht in dem Erbz. Briefe oder durch eine bei einem gewissen Erbzinsg. wohlhergebr. Gewohnheit ein anderes bestimmt ist", vgl. mit §. 720—29. (Größe u. Berechnung) u. §. 731. 736 flg. (Fälligkeit u. Rückforderung.)

3. Von deren Verpfändung und Belastung; §. 707—9. u. 722. h. t. vgl. mit §. 791—93. u. §. 805 u. 11.; s. aber §. 800 u. 807 eod.

4. Von der Ermissionsklage des Erbzinsherrn; a) §. 771. h. t.: „Wer sich seinen Pfl. gegen den Erbz. Herrn wegen Erlegung des Zinses oder sonst unredl. Weise zu entziehen sucht, wird seines Erbz. Rechts selbst verlustig" vgl. mit Svarez Bem. bei B. S. 237.; b) §. 772 flg.: „Ein gleiches (s. aber §. 775. 76. u. §. 786—90.) findet statt, wenn (er) mit der Bezahlung der Zinsen drei (s. §. 773. 74. vgl. mit Svarez Schlußv. S. 57.) Jahre lang (§. 777.) im Rückstande bleibt." vgl. mit §. 778—85. u. 791—93; c) §. 794—98. (unwirthsch. Verwaltung); d) §. 803. (Verlassung des Guts).

Drittes Kapitel.

Vom eingeschränkten und belasteten Eigenthume.

I. Von Einschränkungen und Belastungen des Eigenthums überhaupt. (A. L. R. I. 19.)

§. 184. A. Begriff und Sprachgebrauch des A. L. R.

I. 8. §. 21. u. 25.: „Das Eig. heißt eingeschränkt, wenn dem Eig. nur (fehlt im Entw. II. 5. §. 20.) gewisse Arten der Ausübung (s. auch §. 26 eod. u. I. 22. §. 11.) der darunter begriffenen Rechte versagt sind . . . Einschr. des Eig. müssen durch Natur, Gesetze oder W. E. bestimmt sein", u. I. 19. §. 1. u. 14.: Das Eig. einer Sache oder eines Rechts kann durch Befugn., die einem Andern in Bez. auf dieselben zukommen, eingeschränkt und belastet werden. Einschr. und Belast. des Eig. werden niemals vermuthet", vgl. mit H. O. Tit. 1. §. 47 flg.: „Unter der 2. Hauptrubr. werden die auf einem Grundst. haftende beständige Lasten u. Real-Verb. bemerkt. Unter den beständigen Lasten oder Abgaben .. jedoch keineswegs ... gemeine Lasten und Pfl., welche .. von allen Grundst. der Art an den Landesh., die Obrigk., die Kirche od. Geistl. zu entrichten sind, als Contrib., Lehnscanon, Steuern ꝛc. §. 49. Dagegen . . . solche beständ. Lasten, die auf ein Grundst. durch Vertr., Stift., Vermächtn. od. sonst verm. spec. Titels gelegt sind, als Erbz. und Erbp.-Gelder, unablösl. Geld- u. Kornzinsen, Renten und andere Hebungen ꝛc. §. 50. Unter die Realverb. gehören alle diej., wodurch die Befugn. des Bes. mit dem Grundst. zu disponiren (Tit. 2. §. 80.: „das Eigenth. und die Befugn. ꝛc.") auf eine od. andere Art eingeschr. wird, z. E. die Lehnbarkeit, die Qual. eines Fideic..., Substitution, Näherrecht, pacta retrov., protim., add. in diem, Vertr. u. andere Dispos., wodurch jemandem der Gebr., die Nutznießung u. andere dergl. (s. auch §. 54.) das Eig. des Bes. und dessen Wirk. limitirende Befugn. auf das Grundst. beigelegt werden ... §. 52. Vertr. hingegen, wodurch die Dispos. des Bes. weder über das Grundst. selbst noch über einen gew. Antheil desselben (partem quotam) eingeschr., sondern nur jemandem auf einen Theil seines Werths ein

dergl. Recht (Tit. 2. §. 83: „ein Realrecht") constituirt wird, ... sind unter der 3. Rubr. (s. §. 55.) einzutragen".

§. 185. B. Allgemeine Grundsätze über Rechte an fremdem Eigenthume. (B. §. 303.)

1) Entstehung derselben.

1. Durch gesetzliche Vorschrift; I. 8. §. 25 cit. vgl. mit §. 29. 30. 191 eod., I. 9. §. 443., 19. §. 13., 20. §. 2. 3. u. §. 573. 74., 21. §. 6. vgl. mit II. 1. §. 231. 287. 88. u. 2. §. 168., 22. §. 1. u. 3 flg.

2. Durch Willenserklärung; §. 25 cit. vgl. mit I. 19. §. 12., 20. §. 2., 21. §. 1., 22. §. 11. 13; s. auch I. 20. §. 569. 72, 21. §. 16. u. §. 227., 22. §. 27. vgl. mit I. 12. §. 288. 303. 421.

3. Durch Verjährung; I. 21. §. 1. 7., 22. §. 13.

4. Zu §. 25 cit. („durch Natur") s. noch §. 24 eod. (oben §. 180.) vgl. mit Entw. II. 5. §. 23., u. I. 21. §. 8.: „... wird vermuthet, daß der Eig. außerdem, was die Natur des Geschäfts mit sich bringt (vgl. Entw. II. 20. §. 5.), nicht mehr von seinem Rechte habe abtreten wollen, als .. deutlich ausgedr. worden". u. §. 227 eod.: „Einschr. des Nutz.-Rechts werden theils dnrch die Natur des Gesch., theils durch Vertr. u. letztw. Ver. bestimmt", vgl. mit I. 18. §. 5, 19. §. 12., 22. §. 31 flg.

2) Art und Umfang derselben.

1. Persönliche und dingliche Berechtigung; I. 19. §. 2 flg., 20 §. 6 flg. u. §. 570 flg., 21. §. 2 flg., 22. §. 16 flg.

2. Einschränkung der Proprietäts- oder Nutzungsrechte; I. 19. §. 9. vgl. mit Rubr. der Tit. 20. 21.

3. Affirmative, negative und Untersagungsrechte; I. 7. §. 126 flg. (s. oben §. 73.) vgl. mit I. 8. §. 21 cit. u. mit I. 9. §. 509., 19. §. 6., 22. §. 41. 247., II. 4. §. 21., 7. §. 107. 8., 11. §. 857 flg.; s. auch oben §. 145. sub 3.1.

4. Bleibende und temporäre Berechtigung; I. 18. §. 813. („beständiger und unablöslicher Zins") vgl. mit II. 4. §. 26. u. H. O. §. 49 cit. (unablösliche Renten), I. 21. §. 188. („das Erbp. Recht ist in der Regel immerwährend") vgl. mit §. 212. 224 eod. u. I. 17. §. 318 flg. („beständiges unwiderrufliches Nutzungsrecht").

5. Rein persönliche und übertragbare Berechtigung; I. 19. §. 22 flg.: „Rechte, welche zur Nothdurft (s. §. 24. 26. 28., 21. §. 185.) einer bestimmten P. oder S. bewilligt worden, können auf andere P. od. S. einseitig nicht übertragen werden. Ist dergl. Einschr. nicht vorhanden, so hängt die Uebertr. eines solchen R. von dem Gutbefinden des Berecht. in so weit ab, als die Verpfl. u. Belast. des Eig. dadurch nicht vergrößert oder erschwert wird", vgl. mit I. 20. §. 594—96., 21. §. 110. 176.—78., §. 237 eod., II. 7. §. 151—54. u. 308—10.

6. Ueber den Beweis solcher Berechtigungen und deren restrictive Deutung zu Gunsten des Eigenthümers s. I. 8. §. 22—24. u. I. 19. §. 14. vgl. mit I. 22. §. 132. 95. 202. (s. aber §. 65 flg. eod.), I. 19. §. 15. 16. vgl. mit I. 21. §. 9. 10. 192. 228 eod. (s. aber II. 7. §. 304. 305.) u. I. 22. §. 30 flg. 89. 226., I. 19. §. 17—21. vgl. mit I. 22. §. 29. 47. 80. 170 flg. 226 flg. 235.

3) Aufhebung.

Vgl. I. 19. §. 29—33. mit I. 16. §. 2—5. u. 482 flg., 20. §. 243 flg., 21. §. 182—84., 22. §. 43 flg.

II. Vom Rechte auf die Substanz fremder Sachen.

A. Vom Rechte des Unterpfandes. (A. L. R. I. 20.)

Vgl. L. E. W. Schmidt Grundſ. des gem. uud preuß. Pfandrechts. Bresl. 1840.

§. 186. 1. Geſchichtliche Einleitung. (Schm. I. §. 3.)

1. Landes-Conſt. Kurf. Johann Georg's v. J. 1574. Tit. 23. u. v. J. 1594. Th. 2. Tit. 19.; Ed. v. 28. Sept. 1693 u. Ed. v. 20. Sept. 1704. (ſ. oben §. 87. sub 1.)

2. Pr. L. R. v. 1721. B. IV. Tit. 5. Art. 1. §. 2. (Anerkenn. des pignus volunt., praetor., judic. u. testam.) vgl. mit Art. 3. „Von einer gemeinen und dann beſondern Verpf.", Art. 7. „In was Fällen jemands Gut ſtillſchweigend verm. der Rechte verpf. wird" u. B. I. Tit. 49. (Anerk. der privileg. Pfandr.), und mit Tit. 5. Art. 5. §. 1 flg.: „... wollen Wir, daß, welcher ſeine liegenden Güter ... verpfänd., verhypoth. u. verſetzen will, .. ſoll ſolches anders nicht (ſ. aber §. 4. 5.), denn vor Gericht .. geſchehen und in die Ger.- u. Ambtsbücher insinuiret u. eingeſchr. werden ..., ohne das .. unkräfftig und nichtig (ſ. aber §. 3.) ſeyn".

3. Conc. Ordn. v. J. 1722. §. 29.: „... ſoll hinkünftig .. mit der generalen Hypothec (ſ. auch §. 175 ibid.) allein die Immobilia, auch nomina und Jura des Schuldners afficiret werden" vgl. mit §. 171 flg.: „Zur 3. Claſſe gehören alle Cred., welche durch Verpf., dieſelbe ſei mit lehnsh. Consens geſchehen, oder in das Land- u. Hyp. Buch eingetragen, oder gerichtl. constituiret, oder auch durch das Recht .. ſtillſchw. eingeführet (ſ. §. 177—192 ibid.), ein jus reale .. erlanget. Diej., welche .. ihnen eine Hyp. gerichtl. constituiren laſſen, ... gehen allen andern nicht beſonders privilegirten Gläub. in denen verpf. Gütern vor, werden aber unter ſich nach der Zeit der ... Eintr. ins L. u. H. B. (ſ. auch §. 174 ibid.) angeſetzet", und mit §. 202 ibid. (ſ. oben §. 87. sub 1.). — Proj. des Cod. Fr. March. Th. 4. Tit. 9. §. 68 flg.: „Zur 3. Claſſe gehören diej. Cred., welche ihre Schuldford. oder Recht in das H. B. eintragen laſſen, und gehen dieſe allen Cred., welche nicht zu den beyden vorigen Cl. gehören, ſie mögen .. ein priv. person. haben u. judiciales ſein oder nicht, vor, allermaßen in ſo weit die vor. H. O. hierdurch geändert wird. Dann ... (es) würde die Haupt-Intention derer Hyp. B. wegfallen, wann die ſtillſchw. Hyp., Dom. reserv. etc., worvon in dem Sch. B. keine Nachricht vorhanden, vorgehen ſollten... Es haben alſo dergl. eingetr. Schulden eine Praeferenz ... 11) in genere vor allen Hypothecariis, welche ein ausdr., gerichtl. od. ſtillſchw. Pf. haben (über Privat-Hyp. vgl. §. 129.; oben S. 89.), wenn ſie ſolches nicht eintragen laſſen." — Schleſ. Hyp. Ordn. v. J. 1750. §. 16. 17.: „Ferner müſſen alle Handl., welche den Effect einer gerichtl. Verſchr. haben ſollen, u. alle Verpf. der unbew. Güter .. in das H. B. bey Verluſt des Vorzugsrechts eingetr. werden. Dieſem zu Folge ſind alle (ſolche) Spec.-Hyp. .. ſowol denen Generalen als Specialen, ſo der Sch. etwa anderswo ... confirmiren laſſen, ohne Unterſch. der Zeit vorzuziehen. Wenn jemand ... eine Gen. Hyp. beſtellet und ſolche in das H. B. eintr. läſſet, ſo verſtehet ſich die Hypoth.... blos auf deſſen unbew. Vermögen... Der Cred. muß (aber) ſorgen, daß auf alle Güter die Hyp. eingetr. werde, weil die auf ein Gut geſchehene

Eintr. ratione derer übrigen kein Vorrecht geben kann", u. §. 27.: „Damit aber auch Cred. wegen der sonst stillschw. Hypoth. u. anderer privil. Schulden nicht Gefahr lauffen mögen, sind solche gleichfalls dem Schuldenbuch einzuverleiben". — S. auch Proj. des C. F. Fr. P. II. Lib. 5. tit. 2. §. 5.

4. Corp. Jur. Frid. Th. 4. Tit. 12. §. 51.: „In der 3. Classe werden alle ... nach Vorschr. der H. O. eingetr. Ford. locirt, u. bestimmt nur allein die Zeit der Eintr. die Ordn., .. ohne daß auf den Urspr. od. das ihnen sonst ankleb. Vorzugsrecht Rücks. genommen werden darf", vgl. mit §. 104 ibid. (s. oben S. 87.), und Hyp. Ordn. Tit. 1. §. 55 flg., Tit. 2. §. 126 flg. 165 flg. 182 flg.

§. 187. 2. Allgemeine Grundsätze des A. L. R. (B. §. 304., Schm. I. §. 1. u. 4.)

1) Begriff des Pfandrechts.

I. 20. §. 1.: „Das dingliche Recht (§. 53. 494. 95.), welches Jemandem auf eine fremde Sache zur Sicherheit seiner Forderung (vgl. §. 12. 55. 70. 415.) eingeräumt worden, und verm. dessen er seine Befriedigung selbst (§. 44. 45. u. 494. cit., u. §. 26. 225. 490. vgl. mit I. 18. §. 239. 44. 325., u. Svarez Bem. bei B. S. 267. Anm. 1.) aus der Substanz dieser Sache (s. §. 25 flg.) verlangen kann, wird ein Unterpfandsrecht genannt", vgl. mit H. O. Tit. 1. §. 52. (s. oben §. 184.) und mit Gutacht. der G. C. v. 10. Jul. u. Rescr. v. 11. Aug. 1802 (Rabe Th. 7. S. 183 flg.), Anh. §. 52. zu I. 16. §. 482., u. Decl. v. 3. Apr. 1824 (s. unten §. 191.)

Vgl. auch: K. .. Ist die Hyp. nach Pr. R. ein accessorisches, od. ein selbst. dingl. Recht? Marienw. 1831. u. meine Rec. dieser Schrift in Hall. A. L. Z. v. 1831. No. 226., v. d. Hagen die Hypothek des Eigenthümers. Arnsb. 1836. S. 28 flg. u. Schmidt a. a. O. S. 3 flg. u. 69 flg., und s. noch Ergänz. u. Erläut. der Pr. Rechtsb. zu §. 52 cit.

2) Verschiedene Arten des Pfandes.

1. §. 2 flg. h. t.: „Das Recht, die Bestellung einer solchen Sicherheit zu fordern, kann durch W. E. und Ges. (§. 3. vgl. mit §. 5.) begründet werden" u. §. 6 flg. eod.: „Der .. Titel zum Pf. R. giebt für sich allein noch kein wirkliches dingl. Recht auf eine gewisse bestimmte Sache (s. §. 9. 10. vgl. mit §. 223. h. t. u. A. G. O. I. 50. §. 267.), sondern es muß, um dieses zu erlangen (s. §. 111. 411. 12. 48.), annoch die gesetzm. Erw.-Art hinzukommen. Geschieht die Einräumung dieses dingl. R. (Entw. II. 19. §. 5.: „die wirkl. Bestellung der Sich.") durch Uebergabe der Sache, so ist ein Pfandrecht im e. S. vorhanden. Geschieht dieselbe durch gerichtl. Eintragung (A. G. O. I. 50. §. 387.) auf Grundst. u. solche Gerecht., welche die Ges. den unbew. Sachen gleich achten, so hat der Gl. das Recht einer Hypothek", vgl. mit §. 71.: „Das Pf. R. i. e. S. kann mittelst Einräum. des Besitzes auf bewegl. und unbewegl. Sachen (s. aber §. 99. 100.) bestellt werden" u. §. 390. 91.: „Hyp. R. können nur auf Grundst. u. solche Gerecht., welche ꝛc. (s. §. 395. u. vgl. oben §. 62. sub 2. b.) erworben werden; auch .. nur auf dies. Grundst. u. Gerecht. (s. A. G. O. §. 387 cit.), die in die öffentl. H. B. (s. jedoch II. 16. §. 329. 30.) eingetragen sind".

2. Ueber den Wegfall aller bloß conventionalen und aller privilegirten Pf. R. s. §. 407. u. 411. h. t. u. A. G. O. I. 50. §. 377. 87. 88., u. über die landrechtl. Bedeutung der s. g. stillschwei-

genden oder gesetzlichen Pf. R., und der s. g. General-Hypotheken §. 412. 13. h. t. u. H. O. Tit. 2. §. 165 flg. 182 flg., vgl. mit Svarez zu §. 9. h. t. u. Tit. 2. §. 136. in Schlußv. S. 2. u. 58.

3) Allgemeine Bedingungen des Pfandrechts.

a) In der Person des Bestellers.

§. 15 flg. h. t.: „So weit jemand über eine Sache zu verfügen fähig (§. 18. 19.) und berechtigt (§. 16. 17.) ist, so weit kann er auch damit durch Pf. od. Hyp. gültig Sicherheit bestellen", vgl. mit §. 60 flg. eod., I. 18. §. 228 flg. 311 flg., II. 1. §. 232 flg., 2. §. 171 flg., 6. §. 83 flg., 7. §. 249 flg., 11. §. 227. u. a. m. (Consens Dritter.) — Ueber Betrieb des Pfandgewerbes s. §. 263 flg. h. t. vgl. mit Pfd. Regl. v. 13. März 1787 (in N. C. C. Th 8. S. 781.), Decl. v. 4. Apr. 1803 (ebend. Th. 11. S. 1679.) u. C. O. v. 28. Jun. 1826.

b) In Bezug auf die Forderung.

1. §. 11—13. 97. 98. u. 415 h. t (s. oben §. 123. sub 2. 5.) vgl. mit I. 11. §. 686. 87., II. 12. §. 105. 6. — S. übrigens H. O. Tit. 2. §. 105.: „Wechsel, wenn auch darin außer der wechselmäßigen Verb. eine Conv.-Hyp. verschrieben ist, sollen dennoch zur Eintr. nicht angenommen werden", vgl. mit Wechselr. v. 1702. Art. 33. u. v. 1724. Art. 51. (C. C. M. II. 1. S. 30. 227.) C. Fr. March. IV. 9. §. 123. u. A. G. O. I. 50. §. 471., u. mit Svarez Bem. bei B. S. 268.; s. auch II. 8. §. 1088. u. A. G. O. Anh. §. 188. vgl. mit Resc. v. 12. Sept. 1803 u. 14. Aug. 1835.

2. §. 14. u. 86. h. t. vgl. mit I. 14. §. 269. 73., und §. 56. 59. 64. h. t.

c) In Betreff des Pfandgegenstandes.

1. Bei Hypotheken; §. 390. 91. cit. vgl. mit §. 404 flg. eod.: „In allen Fällen muß (H. O. Tit. 2. §. 56. 131. 66. 87., vgl. m. §. 406—8. h. t.) das Hauptrecht .. gegen denj. zustehen, welcher als vollständiger Besitzer (§. 405. 6.: als Eigenthümer) der Sache in das H. B. eingetragen ist" u. H. O. Tit. 2. §. 131., und §. 410.: „Jede auf den Grund eines an sich rechtsg. Titels gegen den eingetr. Besitzer erfolgte hyp. Bestellung behält ihre Kraft, wenn gleich .. dieser Bes. nicht der wahre Eig. gewesen". — S. übrigens §. 20. 327. 28. h. t. u. I. 17. §. 10. 69 flg. vgl. mit H. O. Tit. 2. §. 53 flg., I. 18. §. 228 flg. 311 flg. u. 323 flg., §. 707 flg. eod., 21. §. 201. vgl. mit H. O. Tit. 2. §. 132. u. Anh. §. 9, und §. 472—74. h. t.

2. Bei Pfandrechten i. e. S.

a. An körperlichen Sachen; §. 71. cit. vgl. mit §. 113—15. h. t. u. mit §. 72 flg. eod.: „Auch die Verpf. fremder Sachen kann unter Einw. des Eig. gültig geschehen. §. 73. Sind (sie) ohne diese Einw. zu Pf. gegeben, so kann der Eig. dieselben zwar (s. aber §. 76—79.) von dem Pfand-Inhaber (s. §. 80—92.) zurückfordern. §. 74. Doch haftet dem Gl. (§. 75.) auch alsdann das dingl. Recht, welches der Verpf. auf die Sache hatte, zu seiner Sicherheit."

b. An unkörperlichen Sachen; aa) §. 73. 74. h. t. (s. vorst.) vgl. mit §. 131. 32. eod.: „Ist der weitere Versatz ohne Einw. des ersten Verpf. geschehen, ... (so findet zw. dem zweiten Pfd. Inh. und dem ersten Verpf. eben das Statt, was wegen Verpf. fremder Sachen ohne Bewill. des Eig. verordnet ist (§. 73. sq.)"; bb) §. 136. h. t.: „Das in das H. B. eingetr. Pf. R. auf eine unbew. Sache kann gleich einer eingetr. Hyp. ohne besondere Einw. des Sch. (s. aber §. 137.)

weiter verpfändet od. veräußert werden", vgl. mit §. 511 eod.: „So weit der Gl. über die eingetr. Ford. selbst verfügen kann, so weit ist er auch die dafür bestellte Hypothek ... zu verpfänden (s. §. 515—17.) berechtigt"; cc) §. 281 flg. h. t.: „Ausstehende Forder. (s. auch §. 286—88.) können ... gültig verpf. werden", vgl. mit §. 293.: „So weit der Gl. sein Recht an den Verpf. einem Dritten abtreten kann, so weit kann er auch die ihm zum Unterpf. gegebenen Ford. ferner versetzen". — Ueber Verpf. von Pers.- u. Real-Servituten vgl. I. 21. §. 110. und Rescr. v. 30. Aug. 1824. mit Pr. des C. J. Fr. l. c. tit. 4. §. 1. u. 6. u. Pr. L. R. v. 1721. a. a. O. Art. 2. §. 5.

3. Von der Entstehung des Pfandrechts. (B. §. 307. u. 310., Schm. II. §. 2.)

§. 188. a. Vom Titel zum Pfandrechte.

1) Vertragsmäßige Pfandrechte.

a) Bedingungen des Pfandcontracts.

1. In materieller Hinsicht; §. 15. 72. 404. h. t. u. H. O. Tit. 2. §. 128. 29. vgl. m. §. 60 flg. h. t. — Ueber Pfandverspr. des Bevollmächtigten vgl. arg. I. 13. §. 107. u. H. O. Tit. 1. §. 16., Tit. 2. §. 143 flg. mit P. L. R. v. 1721. Art. 2. §. 1. u. Pr. des C. J. Fr. tit. 2. §. 9.

2. In formeller Beziehung.

a. Beim Pfandrechte an bew. Sachen; I. 14. §. 199.: „Wie die Caut.-Bestell. durch Pfd.-Vertr. geschehen könne, wird (unten) näher bestimmt werden (Tit. 20. Absch. 1.)" und §. 93. 94. h. t.: „Wegen der Form des Hauptvertr., zu dessen Sicherheit das Pf. R. bestellt wird, hat es zwar bei den allgem. gesetzl. Vorschr. (s. I. 5. §. 131; oben §. 89.) sein Bewenden (s. aber §. 95—98.). Zur Einräumung des Pfd.-R. selbst aber ist bei bewegl. S. die bloße Ueberg. ohne weitere besondre Form hinreichend", vgl. mit §. 110 h. t. („in einem an sich gültigen Vertrage"), Entw. §. 67.: „Wird das Pf. R. in einer bew. S. bestellt, so ist zur Form des Geschäfts die bloße Ueberg. hinreichend" u. Svarez Bem. bei B. S. 316. — S. aber auch §. 65 h. t.: „Der Consens in Verpf. muß, sobald die Forderung (Entw. §. 45.: „der Werth der Sache") 50 Thlr. übersteigt, schriftlich ertheilt werden".

b. Beim Pfandrecht an Grundstücken; §. 99 flg. (s. Entw. §. 68. 69.) h. t.: „Soll eine unbew. S. zum Pf. gegeben werden, so ist die bloße Naturalüberg. (s. §. 100. 1.) zur Einräumung des wirkl. Pfd.-R. noch nicht hinreichend", vgl. mit §. 103 eod.: „(Der Sch.) ist, wenn sonst ein gültiger schriftlicher Vertr. über die Einräumung eines solchen Pf.-R. vorhanden ist, die ermang. Formal. ... nachzuholen verpfl." (fehlt im Entw.)

c. Bei Hypotheken; H. O. Tit. 2. §. 140.: „.. wird vor der Hand u. mit Vorbehalt näherer Best. in dem G. B. nachgegeben, daß Grundst. auch in bloßen Privat-Schuldinstr. verpf., u. dergl. Priv.-Verpf. nach wie vor eingetr. werden können", A. G. O. II. 1. §. 3. sub 3.: „Vertr., wodurch eine unbew. S. mit einer Hyp... belegt werden soll, können zwar auch außerger. vorgenommen, müssen aber, wenn sie die Eigensch. eines dingl. Rechts wirkl. begründen sollen, der (Hyp.) Behörde angezeigt (s. H. O. §. 142 flg.) .. werden (A. L. R. I. 20. §. 8—10. 411 flg.)", u. §. 399 h. t.: „Wegen des Titels, wodurch die Befugn. auf Einräum. eines wirkl. H. R.

anzutragen begründet werden kann, gelten zuvörderst die §. 2—5. enth. allg. Vorschr." vgl. mit §. 400 flg. S. auch oben §. 90.

b) Wirkung des Pfandversprechens.

1. Bei Special-Pfandrechten; §. 22. 23 h. t. vgl. mit §. 68. 69., und §. 110. vgl. mit §. 109.; §. 402. 3 h. t. vgl. mit H. O. Tit. 2. §. 146 flg.; s. aber §. 416—21 h. t. u. H. O. §. 151 flg., u. vgl. auch §. 413. 14 h. t. Ueber gleichzeitige Verpf. mehrerer Grundst. s. H. O. §. 159 flg. vgl. mit arg. l. 19. §. 17 flg. u. §. 23. des Ges. v. 4. März 1834.

2. Bei General-Pfandrechten; §. 112. und §. 402. 3 h. t. vgl. mit H. O. §. 165.: „... so steht es in seiner Wahl, ob er die Eintr. auf alle Güter seines Sch., oder nur auf einige, u. auf welche zuerst suchen wolle", u. Resc. v. 24. Aug. 1784. sub 12. (N. C. C. Th. 7. S. 2910.)

Ueber letztwillige Bestellung eines Pfand-Rechts s. §. 2 h. t. („durch W. E.") u. arg. l. 12. §. 290. u. 435. vgl. mit P. L. R. v. 1721. Art. 1. §. 2. u. Proj. des C. J. Fr. tit. 2. §. 7.

2) Gesetzliche Pfandrechte.

a) Rechtliche Bedeutung des gesetzlichen Titels.

1. Bei Special-Pfandrechten; §. 109 h. t.: „... bedürfen keiner symb. Ueberg. (s. §. 107.), um sich durch richterl. Hülfe gegen den Schuldner in den Nat.-Besitz dieser S. zu setzen", u. §. 401.: „.. ein gesetzl. Pf. R. .. auf gewisse Gegenst. .. kann auf andere Immobilien ohne die besondre Einw. des Sch. nicht eingetr. werden", vgl. mit H. O. §. 184 flg.

2. Bei General-Pfandrechten; §. 112 cit. u. §. 400 h. t.: „Wenn durch Gesetz auch nur ein allg. Pf. R. begründet worden, so kann dennoch der Berecht. dessen Eintr. auf die Immobilien des Verpflicht. (s. aber auch §. 413. 14 h. t.) nachsuchen", vgl. mit A. G. O. I. 51. §. 50. u. H. O. §. 184 flg. u. 191. 92.

b) Einzelne Fälle gesetzlichen Pfandrechts.

1. §. 3 h. t.: „Welchen Forder. die Gesetze unmittelbar das Recht beilegen, daß der Gläub., auch ohne besondre Einw. des Sch., auf die Bestellung eines Unterpf.-Rechts dafür antragen könne, ist bei den versch. Geschäften .. im Landrechte (Entw. §. 3.: „ist in der Conc. Ordn." — Corp. Jur. Frid.? oder Proj. des C. Fr. March.? s. daselbst Th. 4. Tit. 9. §. 75 flg.: „Zur 4. Kl. gehören diej., welche nebst einem stillschw. Pf. R. ein priv. personale haben", u. §. 96 flg.: „Zur 5. Kl. gehören alle Cred., welche eine gerichtl. oder stillschw. Hyp... erhalten, aber solche weder eintr. lassen, noch ein priv. pers. haben" —) bestimmt", vgl. mit §. 4 eod. (s. oben §. 101) und A. G. O. I. 51. §. 12.: „Eben so (§. 8 u. 11.) gehören zum Liquid. Proz. diej. Gläub., die zwar im H. B. noch nicht wirklich eingetr. sind, die aber doch einen rechtsgült. Titel zum Pf. R. haben, und besonders diej., die vermöge der Gesetze ihre Ford. auch ohne besondre Einw. des Sch. auf dessen Grundst. eintragen zu lassen befugt sind. (A. L. R. I. 20. §. 2—5., P. O. I. 50. §. 395—422. 24—26. 30—54.)"

2. Special-Pfandrechte.

a. Des Vermiethers und Verpächters; I. 21. §. 395. (vgl. mit II. 8. §. 455. u. A. G. O. I. 50. §. 382.): „Uebrigens hat der Verm. oder Verp., wegen seines Zinses u. anderer Forder. (§. 382. „in Anf. der rückst. Miethe, des zugef. Schadens, der fehlenden Invent.-Stücke u. überh. aller aus dem M. od. P.-Contr. fließenden Verb.")

auf die von dem Miether od. Pächter eingebrachten, und zur Zeit der Endigung des Contr. in dem Hause od. Gute noch vorhandenen (§. 382.: „zur Zeit der Conc. Eröffn. in dem Grundst. befindl. Effecten des Gem. Sch.“; s. auch I. 44. §. 56.: „seine in das Gut gebr. Eff. u. Habseligkeiten“, u. Entw. II. 20. §. 349.: „in das Gut gebr. S. u. Eff. des Pächt.“) Sachen und Effecten (s. I. 2. §. 13.) die Rechte eines Pfd.-Gl.“ (§. 382.: „sind den Pf. Gl. gleich zu achten“, vgl. mit I. 29. §. 10. u. 44. §. 56.: „Retentionsrecht“). — Vgl. Proj. des C. J. March a. a. O. §. 111. („Was ein P. od. M. von seiner eignen fahrenden Haab in das gepachtete Gut, Haus ꝛc. gebracht ꝛc.“) u. Th. 3. Tit. 42. §. 8. („eines P. od. M. inv. et ill., ingl. die fructus des gepacht. fundi“).

b. Der Werkmeister, Baugläubiger u. Lieferanten ꝛc.; I. 11. §. 971. 972., vgl. mit A. G. O. I. 50. §. 424. 25. u. Proj. §. 87. 88.; s. auch §. 318. 19 h. t. vgl. mit II. 8. §. 2450. (Schiffsgläubiger.)

c. Der gesetzl. Lehnsgläubiger; I. 18. §. 229. 33. vgl. mit §. 323 flg. u. 331 eod. u. Proj. §. 81.; s. auch II. 4. §. 110 u. 213.

d. Der Allodialerben wegen Ansprüche an das Lehn? I. 18. §. 601. vgl. mit §. 600 eod. u. I. 20. §. 567.

e. Der Pflegbefohl. an den mit ihrem Gelde erkauften Grundst.? A. G. O. I. 50. §. 422. vgl. mit A. L. R. II. 18. §. 249 flg. u. 597. u. Entw. I. 3. Tit. 6. §. 194. u. II. 8. §. 28. — S. Proj. §. 91.

f. Ueber andere vermeintliche Fälle s. I. 11. §. 268. vgl. mit H. O. Tit. 1. §. 52. 56. u. Tit. 2. §. 126. (s. Proj. §. 93.), I. 21. §. 356. vgl. mit Rescr. v. 5. Jan. 1795, II. 8. §. 1410. 11. 1724 u. 2110. vgl. mit A. G. O. §. 383., und vgl. B. S. 275. u. Schm. S. 165.

3. General-Pfandrechte.

a. Des Fiscus: aa. wegen Ansprüche aus Kassen- u. Domänen-Verwaltung; II. 14. §. 45—60. u. 20. §. 453—55. vgl. mit A. G. O. I. 50. §. 360. u. 93., s. aber Decl. v. 18. Apr. 1803. (N. C. C. Th. 11. S. 1817.) u. Ver. v. 14. Jan. 1813; bb. wegen rückständiger Abgaben; II. 14. §. 65. vgl. mit A. G. O. I. 50. §. 356. 93. 96.; cc. wegen sonstiger, insbes. Contr.-Ford.; II. 14. §. 66.: „Alle andere Ford. des Fiscus, sie mögen entspringen, woher sie wollen, Geldstrafen allein ausg., genießen das Vorrecht der 4. Kl.“, vgl. mit A. G. O. §. 397—400. u. Rescr. v. 4. Mai 1814.

Ueber Ausdehnung der fiscal. Vorrechte auf andere Kassen u. Institute s. II. 14. §. 61—63. u. A. G. O. §. 357 flg, 401—3. u. 5., u. vgl. überhaupt Proj. §. 49—51. u. 110.

b. Der Ehefrauen; II. 1. §. 254. (Eingebrachtes), §. 269. (Morgengabe), §. 297. (Erbschatz), §. 465. 66. (Gegenvermächtn. u. Witth. ꝛc., s. auch §. 851.) u. §. 547 eod. (vorbehaltenes Verm., s. auch §. 958.), vgl. mit A. G. O. §. 406 flg. u. §. 433. 34.; s. auch Proj. §. 77 flg. u. 105.

c. Der Kinder; II. 2. §. 176. (Muttergut), §. 187. 88. vgl. mit §. 177. 78. nicht freies Verm. im Fall der Wiederverheir. des Vaters) u. §. 463. 64. (bei der Scheidung ausgesetzter Pflichttheil), vgl. mit A. G. O. §. 417 flg.; s. auch Proj. §. 106. — Ueber deren Recht am Verm. der Stiefältern bei unterbl. Auseinandersetzung s. II. 1. §. 1005. vgl. mit A. G. O. §. 450.

d. Der Pflegbefohlnen wegen etwan. vormundsch. Defecte; II. 18. §. 295. 96. u. §. 959. vgl. mit A. G. O. §. 421. u. Proj. §. 102—4.; s. auch II. 2. §. 159. 568. vgl. mit II. 18. §. 992.

e. Der Kirchen und kirchl. Institute; II. 11. §. 232. (fortl. Prästat. aus Contr. ꝛc.), §. 233. (Contr.-Ford.) u. §. 234. (Anspr. an die Ad-

ministr.) vgl. mit §. 952 eod. u. A. G. O. §. 405. u. 444. — Ueber Schulen, Armen-Anst. u. andere pia corpora s. noch II. 12. §. 19. u. 19. §. 43. u. vgl. Proj. §. 107. 8.

f. Des unschuldigen geschiedenen Ehegatten wegen Alimente? II. 1. §. 802. 10. („aus dem bereitesten Vermögen anzuweisen u. zu versichern", vgl. mit §. 930 eod. („Eintragung fordern"); s. aber §. 931 eod. u. Entw. I. 1. §. 692.

g. Der Legatarien am Nachlasse? I. 12. §. 290. 91. („Recht, Sicherh.-Bestellung in dem Nachlasse auch ohne besondere Einw. des Erben zu fordern"), vgl. mit A. G. O. I. 50. §. 277. (Vorrecht der 2. Kl.) u. Proj. §. 112.; s. auch II. 1. §. 454. (Ehevermächtniß.)

h. Der unausgestatteten Geschwister? II. 2. §. 318. („haben .. zur Sicherheit ... das Vorr. der 5. Kl.")

i. Des Pflegbefohlnen bei Weigerung des erst erwählten Vormunds? II. 18. §. 206. („Der Richter ist befugt, ... auf dessen Grundst. eine Caution für den neuen Vorm. eintragen zu lassen".)

k. Wegen anderer vermeintl. Fälle s. A. G. O. §. 404. 430. 31. 440 — 42. 45—48. 52. 53. vgl. mit dem Cit. in Tit. 51. §. 12. (s. aber §. 3. h. t. „im Landrechte") und mit Proj. §. 109. 115. 117., u. vgl. noch B. S. 282. u. Schm. S. 168.

3) Richterliche Pfandrechte.

§. 4 h. t. (s. oben §. 101. sub 2. 2.) vgl. mit H. O. Tit. 2. §. 194. u. Gutacht. der G., C. v. 28. Apr. 1808. (Matthis Bd. 7. S. 245.), und §. 5 h. t. vgl. mit A. G. O. I. 24. §. 68 flg. u. 50. §. 447—49., u. Ver. über Exec. in Civilsachen v. 4. März 1834. §. 22.

§. 189. b. Von der Erwerbsart.

1) Bei Pfandrechten i. e. S.

1. Natural-Uebergabe des Pfandes; §. 7. u. 71 h. t. cit. vgl. mit §. 104.: „.. muß so geschehen, daß die S. in die körperliche Gewahrsam des Gläub. wirklich gelange und (s. §. 105. vgl. mit §. 118 flg. u. 244. 53. 54.) darin verbleibe", u. §. 108. 111 eod.; §. 99—103 h. t. vgl. mit §. 255 eod., A. G. O. I. 50. §. 380. u. H. O. Tit. 1. §. 53. (Faustpf. an Grundst.)

2. Symbolische Uebergabe.

a. Im allgemeinen; §. 107 h. t.: „Auch wenn durch die symbol. Uebergabe noch kein Pf. R. entsteht, erwirbt dennoch der Gl. dadurch die Befugn., bei dem Richter darauf anzutragen, daß ihm die S., so weit sie hinter dem Sch. noch befindlich ist, in seine Nat.-Gew. überliefert werde" vgl. mit §. 115., und §. 271 flg. h. t.: „Verpfänd. (s. aber §. 273.) durch symb. Ueberg. (s. §. 272. u. 74. vgl. mit §. 279. 80.) finden nur bei Sachen statt, wo entw. die Natur des Gegenst. keine eigentl. körp. Ueberg. zuläßt (s. noch §. 329. 30.), oder wo die Gesetze ausdr. davon dispensiren", vgl. mit §. 275—78. (Vorzug des dritten redlichen Besitzers) u. §. 389. 90 eod. — S. überh. Decl., wie es mit Verpf. v. Schiffen u. Waaren gehalten werden soll v. 16. Jul. 1785. (N. C. C. Th. 7. S. 3149.)

b. Insbesondere aa) bei ausstehenden Forderungen, §. 281 h. t. vgl. mit §. 310 u. 12. u. A. G. O. I. 50. §. 377. 78. u. mit Ver. v. 9 Dez. 1809. §. 1. 2. (bebriefte Ford.), §. 286. 87. (Instrum. au porteur) u. §. 288 h. t. (unbebriefte Ford.); bb) bei Frachtschiffen, §. 300—307.

313 eod. vgl. mit §. 299.; cc) bei aufgespeicherten Kaufmanns- (s. §. 331—35.) Waaren, §. 338—57 h. t.; dd) bei in der Zubereitung begriffenen Waaren, §. 358—64.; ee) bei auf dem Transport begriffenen Waaren, §. 367—76. vgl. mit §. 358.; ff) bei Verpfänd. an die Bank, §. 380—87. vgl. mit §. 365. 66.

2) Bei Hypotheken.

1. Nothwendigkeit der Eintragung im H. B.; §. 8. vgl. mit §. 411. 412. u. §. 448. 53 h. t.; H. O. Tit. 2. §. 167. 68. u. A. G. O. I. 50. §. 394.; s. aber Ver. wegen Einr. des Hyp.-Wesens im Herz. Sachsen v. 16. Juni nebst Instr. v. 12. Aug. 1820.

2. Verfahren bei der Eintragung; §. 397 h. t. vgl. mit H. O. Tit. 1. §. 6. 17 flg., u. §. 427 h. t. vgl. mit H. O. Tit. 2. §. 127 flg. — Ueber das Verfahren bei etwanigem Widerspruch des Eigenth. s. insb. §. 403 u. 416—21 h. t. vgl. mit H. O. §. 153 u. 188.

3. Verhaftung des Gerichts für Versehen bei der Eintragung; §. 409 h. t. vgl. mit §. 404 eod., §. 428. 432. 450—52. u. 501—3 h. t. vgl. mit H. O. Tit. 1. §. 76. Tit. 2. §. 172—74. u. 316.; s. aber §. 433—435 h. t. u. H. O. Tit. 1. §. 78—81. — Ueber Vertretung der Richtigkeit u. Sicherheit der Forderung vgl. §. 429—31 h. t. u. H. O. Tit. 1. §. 77. mit Tit. 2. §. 135 flg.

4. Anfechtung der geschehenen Eintragung; §. 415. u. §. 422—26 h. t. vgl. mit H. O. Tit. 2. §. 176—81.

§. 190. 4. Von den Wirkungen des Pfandrechts. (B. §. 305. 308. 311., Schm. III. §. 7—12.)

1) Umfang der Pfandverbindlichkeit.

a) In Betreff der Haupt- u. Nebenforderungen.

1. Beim Pfandrechte i. e. S.; §. 159. u. §. 163 h. t. vgl. mit §. 174 flg. u. Ges. v. 8. Febr. 1811. (Abschlagszahl.), §. 164. 66—70. (Zinsen, Kosten u. andere connexe Nebenford.) u. §. 171—73. (Ford. aus andern Gesch.)

2. Bei Hypotheken; §. 482 flg. h. t.: „Das Recht, sich an die verschriebene Sache zu halten, gebührt dem Gläub. sowohl in Ansehung des Hauptstuhls seiner Ford., als in Ansehung der davon vorbedungenen (und eingetragenen? arg. §. 488 h. t. u. H. O. §. 156 flg. vgl. mit G. O. I. 51. §. 76. 89.) Zinsen". (Ueber die Kosten s. §. 484—489. u. §. 509. 10. vgl. mit Ver. v. 4. März 1834. §. 18.) „Dagegen erstreckt (es) sich... nicht auf bloße Verzugs-Zinsen", vgl. mit §. 504 flg.: „Bei eintretender Unzulänglichkeit einer Mehreren zur Hyp. verschriebenen Sache haben nur zweijährige Zinsrückst. (A. G. O. I. 50. §. 150—52. u. 477. [„Rückst. 2 J." und „seit länger als 2 J. rückst. Zinsen"] vgl. mit Conc. Ord. 1722. §. 127. 147. und Pr. d. C. J. March. IV. 9. §. 28. [„3jähr. Zinsen Nachstand"]; s. auch Ver. v. 4. März 1834. §. 25.) mit der Hauptford. gleiche Rechte". S. auch H. O. Tit. 2. §. 260. vgl. mit §. 520 h. t. (Abschlagszahl.)

b) Rücksichtlich des Pfandobjects.

1. Verhaftung der Sache selbst; §. 467. 68 h. t. vgl. mit §. 174 flg. u. 259—61 eod.

2. Verhaftung der Früchte, Pertinenzen u. s. w.

a. Bei beweglichen Sachen; §. 21. u. 157. vgl. mit §. 139 flg. eod.; s. aber §. 284. vgl. mit Rescr. v. 3. März 1826. (Zinsen verpf. Ford.)

b. der

b. Bei Grundstücken; § 158. u. 443. 44 h. t. vgl. mit §. 394. u. 448 eod.; s. insbes. noch aa) §. 447. u. 454—59. u. 466. vgl. mit Gem. Th. Ordn. §. 147 flg. (unbew. Pert.); bb) §. 470. 71. vgl. mit 472—74. (An- u. Zuwüchse); cc) §. 475. 76. vgl. mit §. 445. 46. u. A. G. O. I. 50. §. 152. u. 491 flg. (Früchte u. bewegl. Pertin.)

2) Rechtsverhältniß des Gläubigers und des Eigenthümers bis zur Verfallzeit.

a) Bei Pfandrechten i. e. S.

1. Besitzrechte des Pfandgläubigers; §. 116—19. u. 121. 22 h. t. vgl. mit §. 139. 67. 87. 92. 93. 244 flg. u. 253—56., s. aber auch §. 250—52 h. t.

2. Gebrauchs- und Nutzungsrechte; §. 123—26 h. t.; s. aber:

a über Pfand an fruchttragenden Sachen §. 139—51 h. t. vgl. mit §. 168. 91. u. mit §. 226.

b. über antichretisches Pfand §. 227 flg. h. t.: „Zur Gültigkeit (s. §. 235 u. 36.) eines früheren (d. h. vor der Verfallzeit geschl., §. 226.) Vertr., verm. dessen der Gl. das Pfand statt der Zinsen seiner Ford. ohne Rechnungslegung (s. aber §. 239.) nutzen soll, (ist) die richterliche (§. 233. 34. u. A. G. O. II. 1. §. 3. No. 2. vgl. mit Ges. v. 23. Apr. 1821. §. 4.) Bestätigung (s. §. 228 flg. h. t.) nothwendig", und §. 242 eod.: „(Dies) gilt auch alsdann, wenn .. durch die auf einen gewissen Zeitraum ohne Rechnungsleg. eingeräumte Nutzung des Pf. die Capit.-Ford. selbst getilgt sein soll", vgl. mit Svarez Schlußv. S. 59.

3. Dispositionsrechte des Pf. Inhabers.

a. Bei beweglichen Sachen: aa) weiterer Versatz mit Bewill. des Verpfänders, §. 128—30 h. t.; bb) ohne dieselbe, §. 127. 131 u. 35. vgl. mit §. 132—34: „Zwischen dem zweiten Pf. Inh. u. dem ersten Verpf. findet .. eben das statt, was wegen Verpf. fremder S... verordnet ist (§. 73 sq.) So lange jedoch der erste Pfand Inh. noch nicht befriedigt worden, ist der zweite nicht befugt, das Pfand, auch gegen Erstattung dessen, was er selbst darauf zu fordern hat, ... ohne Einw. des ersten (s. §. 134 u. 126.) zurückzugeben"; s. auch noch I. 16. §. 48. (oben §. 132. sub 4. b.)

b. Bei Grundstücken; §. 136 flg. h. t.: „Das in das H. B. eingetr. Pf. R. auf unbew. S. kann, gleich einer eingetr. Hyp., auch ohne besondere Einw. des Schuldn (s. aber §. 138.) weiter verpfändet oder veräußert werden".

c. Bei verpf. Ford.; §. 293 flg. h. t.: „So weit der Gl. sein Recht an den Verpfänder einem Dritten abtreten kann, so weit kann er auch (s. §. 294. 95. 98.) die ihm zum Unterpfand gegebene Ford. ferner versetzen".

d. Bei verpfändeten Schiffen; §. 308 h. t.

4. Rechte des Eigenthümers und Dritter; §. 24 u. 154 h. t. vgl. mit §. 155. 56 eod.; s. aber auch §. 282. 83. vgl. mit Ver. v. 9. Dez. 1809. (Rechte des Verpf. ausstehe. Ford.)

b) Bei Hypotheken.

1. Rechte des Eigenthümers; §. 24. u. 469., u. §. 436—38. vgl. mit §. 439. (Svarez a. a. O. S. 60.) u. 496.; s. aber §. 477 flg. vgl. mit A. G. O. I. 24. §. 130. (Verf. über künftige Früchte).

2. Rechte des Gläubigers.

a. Im Allgemeinen; §. 441. 42. h. t.: „Dagegen hat der Gl. das

Recht, wenn der Besitzer der S. durch erhebliche Verringerungen ihrer Substanz seine Sicherheit schmälert, seine Befr. vor der Verfallzeit zu fordern, ... (oder) darauf anzutragen, daß dem Bes. in seinen nachtheil. Dispos. durch richterl. Verfügung Schranken gesetzt werden", vgl. mit Rescr. v. 19. Oct. 1800. (Rabe Bd. 6. S. 283 flg.) u. v. 4. Jan. 1831. (Erg. u. Erl. ad h. §.), und §. 460—65 h. t. S. aber Ver. v. 9. Oct. 1807. §. 4 u. 5., Cult.-Ed. v. 14. Sept. 1811. §. 6., Ed. über Reg. gutsh. Verh. v. 14. Sept. 1811. §. 24 u. 56. nebst Decl. v. 29. Mai 1816. Art. 51 flg., Ver. v. 9. Mai 1818. §. 1. 2. u. Ges. v. 29. Jun. 1835. §. 4 flg., Ver. wegen Ablös. der Dienste v. 7. Jun. 1821. §. 39.

b. Von Cessionen hypothekarischer Forderungen; §. 511 h. t.: „So weit der Gläub. über die eingetr. Ford. selbst verfügen kann, so weit ist er auch die dafür bestellte Hyp. einem Andern abzutreten und zu verpfänden berechtigt", vgl. mit I. 11. §. 393 flg. u. Hyp. O. Tit. 2. §. 199 flg. 210. 212. 215 flg. (Form der Cession) und mit §. 423 flg. h. t. u. Anh. §. 53. (Wirkung derselben). — Ueber Cession des bloßen locus im H. B. vgl. §. 497. 98 h. t.

c. Von Verpfändung hypoth. Forderungen; §. 511. 15. 16 h. t. u. H. O. Tit. 2. §. 228. 29.

3) Rechte des Pfandgläubigers nach eingetretener Verfallzeit.

a) Gegen die Person des Schuldners.

§. 44 u. 45. vgl. mit §. 48 flg. h. t.; s. aber §. 46. 47 eod.: „Doch kann der Sch., in so fern er alsdann (nach eingetr. Zahl.-Term., §. 45.) noch Eigenth. der verpf. Sache ist, darauf antragen (s. auch §. 221.), daß der Gläub. zuerst aus dieser seine Befried. suchen solle. Will aber der Gl. seinem Pf. R. entsagen, so ꝛc., vgl. mit §. 494. 95.: „Auch hat der (hyp.) Gl., wenn gleich die S. sich in den Händen eines dritten Bes. befindet, dennoch die freie Wahl, ob er sogleich an diese, od. zuerst an die Person des Sch. sich halten wolle"; s. auch II. 16. §. 295. u. A. G. O. I. 2. §. 115.

b) In Betreff der verpfändeten Sache.

1. Rechtliches Verhältniß des Gläubigers im allgemeinen.

a. Zum neuen Eigenthümer der Sache; §. 53. 54 h. t.: „Die Pfl., dem Gläub. zu gestatten, daß er seine Befried. sofort aus der verpfänd. Sache nehme (s. §. 2. 26. u. §. 46. 53.), geht zwar der Regel nach (I. 18. §. 708. 9.) auf jeden Eigenth. über (s. auch §. 59. vgl. mit §. 56. 57.). Weiter aber, als die verpf. S. reicht, ist (er) dem Gl., welchem er sich nicht etwa noch außerdem persönlich verpfl. hat, zu haften nicht schuldig", vgl. mit I. 11. §. 184.: „Die auf dem Gute haftenden Priv.-Schulden u. Verb. muß der Verk. allemal vertreten, wenn der Käuf. dieselben nicht ausdr. übernommen (s. Decl. v. 21. März 1835.) hat", u. 12. §. 326.: „Ist die S. verpf. u. mit eingetr. Hyp. belastet, so muß (s. aber §. 325. 27.) der Legatar diese Lasten ohne Beitrag .. des Erben ablösen. — Vgl. noch Rescr. v. 18. Jan. 1796. bei Rabe Bd. 3. S. 235. (Kündigung an den Verpf. od. Pfandbesitzer) u. Rescr. v. 8. Dez. 1834. u. 3. Nov. 1837.

b. Zu dritten Besitzern der Sache: aa) im allgemeinen, §. 152. 53. 156. u. §. 41. vgl. mit §. 119., s. aber §. 17. 77 h. t. (Rechte auf oder zu der Sache); bb) insbes. bei Hypotheken, §. 492 h. t.: „Der H. Gl. kann (s. §. 494 cit.) sein Recht auf die verpf. Sache auch

gegen einen dritten Bes. derselben (s. noch §. 493.) ausüben", und §. 457 eod.: .. „sein dingl. Recht gegen den Besitzer verfolgen", vgl. mit I. 21. §. 70 flg.: „Die Zinsen der auf der S. haftenden Schulden muß der Nießbraucher berichtigen (s. auch II. 1. §. 616.). .. Wer sein Nießbr. Recht .. nicht hat eintr. lassen, kann den auch später (s. §. 72.) eingetr. Gl... nicht wehren, sich wegen ihrer Zinsen an die Nutz. der S. zu halten (s. §. 78 eod. u. vgl. §. 49. 52. 169. 71. u. 457. 68. 82. 94 h. t.) ... Für die Berichtigung aufgekündigter Capitalposten muß der N. (s. Svarez rev. mon. S. 38.) so weit sorgen (s. II. 1. §. 589.), als ihm deren Verz. obliegt. Er kann aber zu solchen Cap.-Zahl. die zu dem Verm.-Inbegr. gehörenden Activ-Ford. verwenden od. auch die Substanz der S. selbst verpfänden", und mit I. 21. §. 293.: „Doch haftet auch in diesem Falle (bei P. in Pausch u. Bogen, §. 292. vgl. mit §. 414.) der Verpächter ohne besonderen Vorbeh. für die Interessen der Hyp. Schulden" u. §. 480 h. t.: Ein Pächter, welcher die Pacht auf mehr als 1/4 J. vorausbezahlt hat, kann diese Zahl. den damals schon eingetr. Gl. (s. auch §. 481. vgl. mit §. 478. 79.) .. nicht entgegensetzen."

2. Vom Veräußerungsrecht des Pfandgläubigers.

a. Im allgemeinen; §. 25 h. t. vgl. mit §. 197., und §. 436. vgl. mit §. 490.: „Der Gläub. kann sein Recht auf die Hyp. durch Immission (s. A. G. O. I. 24. §. 118. 19. vgl. mit 50. §. 250. 388.), Sequestration (ebend. §. 121 flg.) u. Subhastation (ebend. I. 52.) geltend machen"; s. auch I. 18. §. 331 flg. 343 flg. — S. übrigens aa) §. 25. 26. u. 225 h. t. (Verzicht auf Verkaufsrecht) vgl. mit §. 33. 34. u. §. 213. (Unverb. vorgängiger lex commissoria), und bb) §. 289—92. vgl. mit §. 296. (Einziehung verpf. Activford.)

b. Nothwendigkeit gerichtlichen meistbietenden Verkaufs; §. 28. vgl. mit §. 197. u. 490 h. t. u. A. G. O. I. 52. §. 5.; s. aber §. 29—32. u. 217 h. t. vgl. mit A. G. O. I. 50. §. 263., u. vgl. noch II. 16. §. 322. (Zuschlag an den Gläub. bei verpf. Berg-Eig.)

c. Verkauf durch Auction oder Subhastation; §. 199. u. 490 h. t. vgl. mit A. G. O. I. 50. §. 228 flg., I. 52. §. 1. 3. 4. u. Ver. v. 4. März 1834. §. 1. u. mit §. 201—9 h. t.; s. auch A. G. O. I. 24. §. 78 flg., I. 52. §. 9 flg. vgl. mit Ver. v. 4. März 1834. (Verfahren).

d. Einlösungsrecht des Schuldners; §. 42 h. t. vgl. mit §. 198. u. 200 eod. u. A. G. O. I. 52. §. 52.

e. Eintrittsrecht Dritter; §. 36 flg. h. t.: „Die gerichtl. Veräuß. (s. auch §. 40.) ... kann von andern, die darauf ebenfalls ein Recht erlangt haben, nur durch vollst. Befried. des Pf.-Gläub. abgewendet werden. Der Pfd.-Gläub. ist (nach abgelaufenem Zahl-Term., §. 39.) schuldig, einem jeden, der ein dingl. R. auf die S. (vgl. II. 8. §. 1408.), ingl. dem, welcher für die Sch. Bürgschaft geleistet hat, .. sein Pf.-R. (§. 41.) abzutreten", vgl. mit I. 16. §. 49 flg. (s. oben §. 132. sub 4.)

f. Folgen des Verkaufs.

aa. Beim Pfandrecht i. e. S.; §. 43 u. §. 210—15. 19. 20. vgl. m. A. G. O. I. 24. §. 89. 90.; s. auch I. 11. §. 349 flg. vgl. mit §. 262 h. t. (Anfechtung des Verkaufs), u. §. 216—18 h. t. vgl. mit I. 11. §. 344., 15. §. 42. (Evictionspfl. des Gläub. u. Eig.)

bb. Bei Hypotheken; A. G. O. I. 52. §. 60 flg. u. Ver. v. 4 März 1834. §. 16. vgl. mit H. O. Tit. 2. §. 266 flg.

c) Im Falle der Concurrenz mehrerer Pfandgläubiger.

S. a) §. 128 flg., b) §. 275 flg. vgl. mit §. 313. 63. 71. 86., c) §. 500. vgl. mit §. 502 3. u. §. 453. 55 h. t.; s. aber §. 407. 8 eod.

§. 191. 5. Von der Aufhebung des Pfandrechts. (B. §. 306. 9. 12., Schm. IV. §. 2.)

1) Bei Pfandrechten i. e. S.

a) Aufhebungs-Gründe.

1. Tilgung der Schuld; §. 55 h. t. vgl. mit §. 43. 159 eod., l. 16. §. 48. 471. 482.; s. aber §. 247. 48 h. t. (Verjährung der Schuld) u. l. 16. §. 449. (Vergleich).

2. Erlöschung des bloßen Pfandrechts; §. 56. 59 vgl. mit §. 57. 58., u. §. 61 flg. h. t. (Eintritt des Endtermins od. Bedingung); §. 69. 70. 118. vgl. mit §. 253 — 55 eod. u. A. G. O. l. 50. §. 377., s. auch §. 258. u. l. 8. §. 37 flg. (Verzicht); §. 244. 45 h. t. (Verjährung); §. 256 eod. (Ableugnen des Besitzes); §. 257. 59 eod. vgl. mit §. 261. (Untergang der Sache.)

b) Folgen der Aufhebung.

Vgl. 1) über Restitutionspflicht überhaupt, §. 116. 159 u. 163 flg. vgl. mit §. 147 flg. u. §. 185. 86. 93 h. t.; 2) über Person des Empfängers, §. 180 flg.: „Der Gläub. ist das Pf. nur an den Schuldner (s. aber §. 187. u. §. 183.) od. dessen Erben od. Spec. Bevollm. zu verabfolgen befugt u. verpfl."; 3) über Entschädigungs-Pflicht u. Ansprüche des Gl., §. 121. 22. 188—90. (s. aber §. 124. 131. u. 142.), u. §. 164. 166—70 h. t. vgl. mit §. 172. 73. 215; s. übrigens §. 194—96. (Verpf. sub aestimatione); 4) über die Kosten der Restit., §. 160—62 h. t.

2) Bei Hypotheken.

a) Rechtliche Bedeutung der hypothekarischen Löschung.

1. §. 520. 21 h. t.: „So weit der Anspruch, für welchen die Hyp. bestellt worden, getilgt wird (s. aber auch §. 55. vgl. mit H. O. Tit. 1. §. 61., §. 56 flg. u. 525 h. t., l. 8. §. 44 flg. u. H. O. Tit. 2. §. 266 flg.), so weit erlöscht (s. auch II. 16. §. 331.) in der Regel auch das dingliche Recht des Gläub. Der Sch. ist daher auch befugt (s. aber II. 18. §. 530), auf die Löschung der getilgten Post im H. O. anzutragen", vgl. mit H. O. Tit. 2. §. 242.: „Wenn ein Sch. Zahlung leisten, und zugleich sich gegen (weitere) Dispositiones (s. §. 241.) völlig in Sicherheit setzen will, so muß er .. in dem H. B. löschen lassen". S. auch H. u. E. O. v. 1722. §. 11. u. Schles. H. O. v. 1750. §. 40 flg.

2. §. 524 h. t.: „Durch eine gehörig erfolgte Löschung wird das dingl. Recht des Gläub. aufgehoben, auch wenn der Anspruch selbst .. noch nicht getilgt wäre", vgl. mit H. O. §. 284.: „Sobald eine Post .. im H. B. gelöscht worden, verliert sie das mit der Ingross. verbundene Vorzugsrecht", u. mit Schles. H. O. v. 1750. §. 44.

3. §. 522 h. t.: „Unterläßt er es aber (s. §. 521.), so kann er die Verhandl. eines Dritten, worin derselbe mit dem eingetr. Gl. redlicher Weise auf den Glauben des H. B. unter Beob. der gesetzl. Vorschr. sich eingelassen, zum Nachtheile dieses Dritten nicht anfechten", vgl. mit §. 523. u. H. O. §. 241. (s. oben §. 77. sub 4.)

4. §. 526 flg. h. t.: „Ist die Löschung .. zur Ungebühr erfolgt, so verliert zwar der Gläub. dadurch noch nicht sein .. dingl. Recht.

Doch kann er davon zum Nachtheile derj., welche sich erst nach erfolgter Löschung haben eintragen lassen (s. auch §. 529. vgl. mit §. 528. 30), keinen Gebrauch machen", vgl. mit H. O. §. 285—88.: „Ist) . . von dem Gerichte . . die Lösch. zur Ungebühr verfügt (s. Resc. v. 30. Mai 1825), so präjudicirt sie dennoch dem Inh. der Ford. in Anf. aller derj., welche ꝛc."

5. Anh. §. 52. (vgl. Gutachten der G. C. v. 10. Jul. u. Rescr. v. 11. Aug. 1802.): „H.-R. werden nicht durch bloße Vereinigung (G. C.: „durch Erbgangsrecht od. aus einem andern Rechtsgrunde") ihres Eigenthums mit dem Eigenthümer des verpfl. (G. C.: „verpfändeten") Grundst. in einer Person (Resc. u. G. C.: „in der P. eines Besitzers") aufgehoben, so lange nicht eine von dem Antrage des Bes. abhängende Löschung erfolgt ist (Resc. u. G. C.: „nur durch eine auf Antr. d. B. erfolgende, von seiner Willkür abhäng. Lösch. im H. B. wirklich aufhören"), und kann der Bes. bis dahin (R. u. G. C.: „folglich der Bes. auch befugt ist") ein solches (R. u. G. C.: „noch") ungelöschtes H. R. gültig an einen andern abtreten", vgl. mit I. 16. §. 482.: „Auch Rechte auf die Sache erlöschen, wenn ... der Berecht. das Eig. der verpfl. S. aus unwiderrufl. Rechtsgrunde überkommt", u. §. 484 eod.: „Das subj. dingl. R. kann erhalten werden, wenn der Verpfl. .. ausdrücklich protestirt, u. diese Prot. in dem H. B. der berecht. S. vermerken läßt". S. aber auch I. 22. §. 52—54.: „(Der Eig.) ist befugt, die ... Grundg. löschen zu lassen, oder die das Dasein ders. bezeichn. Anlage fortzuschaffen. Ist dieses aber nicht geschehen, und die verpfl. S. gelangt wieder an einen besondern Besitzer, so tritt die .. Grundg. wieder in ihre Wirkung", vgl. mit I. 16. §. 485.

6. Decl. v. 3. Apr. 1824.: „Da sich .. Zweifel darüber erhoben (s. auch Resc. v. 31. Aug. 1806. u. 24. Mai 1820.), ob die Vorschr. (des §. 52.) auch dann Anw. finde, wenn von dem Eig. des Grundst. die Zahlung der darauf eingetr. Ford. erfolgt ist, so wollen Wir ... jene Vorschr. dahin declariren: daß der Eigenth. eines Grundst. (vgl. Rescr. v. 23. Febr. 1833), welcher eine auf dasselbe hypoth. versicherte Geldsumme auszahlt u. die Ford. im H. B. nicht hat löschen lassen, alle Rechte eines Cessionars dieser Hyp. genießen soll, ohne Unterschied, ob ihm .. eine förml. Cess. oder nur eine Quitt. ertheilt worden ist, indem .. die bloße Quitt. so ausgelegt werden soll, als ob darin eine ausdr. Cession enthalten wäre", vgl. mit I. 18. §. 592—95.: „Hat ein Lehnsbes. mehr Schulden bezahlt, als er .. verbunden war, so können seine Allod.-Erben deshalb keine Vergütung von dem Lehnsf fordern. Ausgen. .... wenn er (s. §. 594.) ... bezahlt hat, ohne die Löschung nachzusuchen od. doch seinen Willen, daß er die Lösch. suchen wolle, deutlich zu äußern."

Vgl. außer den oben §. 187. allegirten Schriften noch Jur. Ztg. v. 1836. S. 369 flg. u. Jur. Wochenschr. v. 1835. S. 33 flg.

b) Von dem Löschungs-Verfahren.

Vgl. H. O. Tit. 2. §. 244—61. 266 flg. u. Anh. §. 43. 44. 46 flg., A. G. O. I. 51. §. 110 flg. mit §. 532 u. 33. h. t. (Kosten der Löschung.)

§. 192. B. Vom Vorkaufs- und Näherrechte. (B. §. 313.)

1) Begriff und Arten.

1. I. 20. §. 568.: „Das Vorkaufsrecht ist die Bef., eine von dem Eigenth. an einen Dritten verkaufte Sache (s. aber §. 572.), unter

den Beding. des geschl. Kaufs (s. §. 602—4. 606. 7.) oder unter gewissen im voraus bestimmten Beding. (s. §. 605.), käuflich zu übernehmen", vgl. mit §. 569. 89. 94—96. u. I. 11. §. 316. 17. (pers. V. R.), §. 570—72. 589. 90., II. 4. §. 229. u. H. O. Tit. 1. § 50. (dingl. V. R.), und §. 573. 74. 87. 88., II. 4. §. 228. (gesetzl. V. R.); s. auch §. 599—601 h. t. (tempor. V. R.)

2. Ueber die Fälle gesetzl. Näherrechts s. I. 17. §. 61. 65. vgl. mit II. 8. §. 1437. (Miteig.; s. aber II. 16. §. 322. vgl. mit §. 282 eod.), II. 4. §. 231 flg. u. I. 18. §. 304 flg. (Agnaten), I. 18. §. 209. u. §. 710 flg. eod. (Obereig.), §. 651 flg. h. t. vgl. mit §. 650. (Nachbar- u. Gespilde-R.), II. 16. §. 95 flg. (Vork.-R. des Staats für Gold u. Silber), II. 11. §. 914. (V.-R. der Zehntpfl.). Vgl. aber Ed. v. 9. Oct. 1807. § 3.: „Ein gesetzl. V.- u. N.-R. soll fernerhin nur bei Lehnsobereig., Erbzinsh., Erbverp. (s. Entsch. d. G. C. v. 13. Jan. 1784. vgl. mit I. 21. §. 202.), Miteig., u. da eintreten, wo eine mit andern Grundst. vermischte u. von ihnen umschlossene Besitzung veräußert wird".

2) Bedingungen der Ausübung.

§. 575. 76. h. t.: „Das V.-R. kann in der Regel (s. §. 584. 85. u. II. 4. §. 232.) nur bei wirklichen Verkäufen (s. §. 577. u. I. 11. §. 283 flg.) .. ausgeübt werden. Doch ist die Ang. an Z.-St., ingl. jede Veräuß. des .. Nutz.-Rechts .. gegen baares Entgeld .. wirkl. Verk. gleich zu achten", u. §. 568 cit. („unter den Beding. des geschl. Kaufs") vgl. mit §. 578—83 h. t.; s. aber §. 621. 622. u. 637. 38 eod.

3) Wirkungen.

1. Anzeige des geschlossenen Kaufs; §. 608. u. 611—14 h. t. vgl. mit §. 615—17. (Termins-Anz. bei gerichtl. Verk.) u. §. 652 flg. (Anbieten beim Nachb.-R.)

2. Erklärung d. Vorkaufsberechtigten; a) §. 609. vgl. mit I. 5. §. 94 flg. (Frist beim Verk. bew. S.) u. §. 610 h. t. vgl. mit I. 18. §. 710. (bei Grundst. u. Gerecht.); s. aber II. 8. §. 1438. (Verk. v. Schiffstheilen) u. §. 616 h. t. (öffentl. Verk.); b) §. 604. 18—22. vgl. mit §. 609. u. 616. („bei Verlust seines Rechts") h. t. (rechtl. Bedeutung der Frist); c) §. 623—25 h. t. (Folgen affirmat. Erkl.)

3. Anfechtung unangezeigten u. unzeitigen Verkaufs; §. 630. vgl. mit §. 626—29 h. t., u. §. 631 flg. vgl. mit 638—43 eod. (Ersatz der Früchte, Verbess. 2c.)

4. Ueber Concurrenz mehrerer V. R. s. §. 588—93. vgl. mit I. 17. §. 62. u. II. 8. §. 1441. 42., u. II. 4. §. 234 flg.

5. Verjährung der Retractsklage; §. 646 h. t.: „Ist keine dergl. Aufford. (s. §. 644. 45.) erfolgt, so erlöscht das Rückford.-Recht (s. aber §. 648.) nur mittelst einer gesetzmäßigen (vgl. auch I. 18. §. 304., II. 4. §. 239. 43. 44.; s. aber Entw. II. 19. §. 465.: „so erl. das V.-R. erst nach 30 J. vom Tage der gerichtl. Zuschr.", u. I. 1. 4. §. 158.: „Das V.-Recht muß bei Verlust desselben innerh. Jahresfrist ausgeübt werden") Verj. durch Nichtgebr.", vgl. mit §. 655 eod. („6 Mon. nach der Ueberg.") u. II. 8. §. 1440. („4 Wochen").

4) Aufhebung.

1. §. 578. 81. 84. u. 86 h. t. vgl. mit II. 4. §. 245 flg. u. §. 648 h. t.
2. §. 597. 98 h. t. vgl. mit I. 18. §. 209. u. 307. u. Entw. §. 435 h. t.

III. Von dem Rechte zum Gebrauche oder zur Nutzung fremden Eigenthums. (A. L. R. I. 21.)

§. 193. A. Im Allgemeinen. (B. §. 314.)

1. Erwerb und verschiedene Arten; l. 21. §. 1. vgl. mit §. 2—7 eod. (s. auch oben §. 185.)

2. Umfang u. Natur der Nutzungs-Berechtigung; a) §. 1 h. t. („Das Recht fremdes Eig. zu gebrauchen oder Früchte und Nutz. daraus zu ziehen"), §. 2. 3. 9 eod. („Gebr. oder Nutz.-R."), I. 12. §. 303. 421. („Gebrauch oder Genuß" e. S.); §. 5—7. 16. 18 h. t. („Nutzungsrecht" schlechthin) vgl. mit §. 8 h. t. u. I. 19. §. 9. (Gebr.- und Nutz.-R.), mit §. 229. 58. 59. (s. unten) und mit l. 8. §. 11. (oben §. 171); b) §. 8—10. 11. 12. 17. 18. u. §. 21 h. t.

3. Verhaftung des Nutz.-Berechtigten; a) §. 13 flg. h. t.: „Die nach dem natürl. Lauf der Dinge durch den ordentl. Gebrauch (§. 31.: „bei einer gewöhnl. Verwalt. durch den ordentl. Lauf der Natur", I. 11. §. 477.: „im ord. Laufe der Natur oder der Geschäfte") entsteh. Verring. ist der Berecht. zu vertreten nicht schuldig"; b) §. 19 eod.: „Eine nicht ausdr. vorbedungene Caution ist der Eig. in der Regel (s. §. 20. vgl. mit §. 103. 40. 41. 97 eod., II. 1. §. 255. 96., 2. §. 178 flg.) .. zu fordern nicht befugt".

B. Von dem vollständigen Gebrauchs- und Nutzungsrechte.

§. 194. 1. Vom Nießbrauche. (B. §. 315. 16.)

1) Vom eigentlichen Nießbrauche.

a) Begriff und rechtliche Natur überhaupt.

I. 21. §. 22.: „Das vollständige Nutz.-Recht, od. die Befugn., eine fremde Sache (unentgeldlich; s. §. 187. vgl. mit 84. u. 182. 83.) nach der Art eines guten (§. 69.: „gewöhnlichen guten") Hauswirths ohne weitere Einschränkung (s. aber §. 25 flg.) zu nutzen oder zu gebrauchen, wird der Nießbr. genannt", vgl. mit §. 110. u. 176—178 eod. S. aber §. 179. 80 eod.: „Ist der Nießbr. einer ... moral. Pers. beschieden (vgl. §. 71. u. 86.), so dauert er so lange, als dieselbe mor. Pers. noch vorhanden ist. Dagegen können auch dergl. mor. Pers. einen solchen fortwährenden N. nur in Ans. derj. S. erlangen, in Ans. welcher sie das Eig. zu erwerben nach d. Gesetzen (s. oben §. 55.) fähig sind", und I. 12. §. 423. (fehlt wie §. 180. im Entw.): „Ist der Gebr. od. Genuß einer .. moral. Pers. ohne Zeitbest. zugewendet, so dauert das Vermächtniß nur 50 Jahre", vgl. mit Svarez Schlußv. S. 64.

b) Wirkungen.

1. Umfang der Nutzungsrechte; §. 23 flg. h. t.: „Der Nießbr. ist zwar in der Regel .. alle (s. I. 12. §. 421.), sowohl gewöhnl. als ungewöhnl. (s. §. 31—33. 39. 43. 44.) Nutzungen (s. §. 24. 29. vgl. mit §. 41. u. mit §. 44. 45., II. 11. §. 600., 17. §. 29.) von der Sache zu ziehen berecht. §. 25. Er darf aber ohne Einwill. des Eig. (§. 26—28.) selbst einzelne Theile (s. I. 18. §. 8—10.) der Subst. in eine von der vorigen ganz versch. Form nicht umändern (s. auch §. 90. vgl. mit §. 91 flg.). §. 30. Nutz., die ohne Verring. der Substanz (§. 33. 35. 37.) nicht gezogen werden können, gehören in

der Regel nicht (s. aber §. 34. 36. 37. vgl. mit II. 11. §. 804—11.) zum Nießbrauch".

2. Verpflichtungen des Nießbrauchers.

a. In Betreff der Instandhaltung: aa überhaupt, §. 12 h. t. vgl. mit §. 68. 69. 135.; bb) insbes. der Gebäude, §. 47. vgl. mit §. 48 u. 64 flg. u. m. II. 11. §. 785 flg., §. 49—60. vgl. mit §. 132 u. 34., u. §. 61—63 h. t.; s. auch Svarez Schlußv. S. 62.

b. Rücksichtlich der dingl. (s. §. 80 u. 81.) Lasten; §. 70 flg. h. t. (s. oben S. 203.) vgl. mit §. 87.: „Auch alle übrige gew. u. ungew. (§. 155.: ord. u. außerord.) Lasten u. Abgaben von der Sache (s. auch §. 186.) muß (s. aber §. 88. 89.) der Nießbr. tragen".

c. In Betreff der Kosten; §. 11 h. t. vgl. mit §. 80. 81. u. §. 157. (Verwaltungskosten) und §. 81—84 eod. (Prozeßkosten) vgl. mit §. 85. 86. u. I. 15. §. 3. (Klagrecht des Nießbrauchers).

3. Ueber die Rechte des Eigenthümers s. noch a) §. 140 flg. vgl. mit §. 28 h. t. (Interceßionsrecht bei unwirthsch. Benutzung); b) §. 99. 100. h. t. (Dispos.-Rechte des Eig.) vgl. mit §. 90 flg.: „Der N. kann ohne Bewill. des Eig. der Sache keine bleibende Lasten (s. §. 91.) auflegen" u. §. 98.: „Dienstb. und andere Rechte können für die .. Sache durch den N. zum Besten des Eig. erworben werden".

c) Rückgewähr bei Beendigung des Nießbrauchs.

1. In Betreff der Pertinenzen und des Inventars; §. 111—16. vgl. mit §. 121 h. t., u. §. 119. 20. 22. vgl. mit §. 117. 18 eod.

2. Rücksichtlich der Früchte u. Nutzungen §. 143 flg. (s. oben §. 114. sub 1. b.) vgl. mit Svarez Schlußv. S. 100.

3. In Betreff etwaniger Meliorationen; §. 124 h. t.: „Wegen Verb. .. können der N. od. seine Erben nur (s. aber §. 61. 62.) in so fern Vergütung (s. §. 125—27. vgl. m. §. 60.) fordern (§. 130. 31. vgl. mit §. 63.), als dieselben mit ausdr. schriftl. (§. 49. „durch einen gültigen Vertrag") Genehm. des Eig. (s. aber §. 128. 29. u. §. 55—59. 65.) gemacht worden sind", vgl. mit II. 11. §. 824 flg.; s. auch Svarez a. a. O. S. 97.

4. Rücks. der Deteriorationen; §. 132 flg. h. t. vgl. mit §. 136 eod.: „Dagegen kann wegen anderer (s. §. 134. 35.), aus vernachlässigter Cultur oder sonstiger unwirthsch. Verwaltung vorgeblich entstandenen Verring. der Eig. keinen Ersatz (s. aber §. 137. 38. vgl. mit I. 18. §. 564 flg. 572 flg.) fordern"; s. Svarez a. a. O. S. 99.

2) Von uneigentlichen und beschränkten Nießbrauchsrechten.

1. Nießbrauch verbrauchbarer Sachen; §. 173—75 h. t.

2. Nießbrauch an Capitalien; §. 101—9. u. 170 h t. vgl. mit II. 1. §. 231. 233 flg. u. II. 4. §. 126 flg.; s. aber II. 2. §. 169.

3. Nießbrauch an Gerechtigkeiten; §. 46. 170 h. t. vgl. mit II. 1. §. 232., 15. §. 75 flg.

4. Nießbrauch eines ganzen Vermögens; II. 1. §. 231 flg., 2. §. 168. vgl. mit §. 42. 86 u. 115 h. t. S. insb. §. 71 flg. h. t. vgl. mit II. 1. §. 616. (Verzinsung persönl. Schulden) u. §. 75 flg. vgl. mit II. 1. §. 589. u. Entw. §. 43—46 h. t. (Berichtigung von Capitalsposten).

5. Nießbrauch zu persönlicher Nothdurft; §. 185. 86 h. t. vgl. mit I. 19. §. 24. 26.: „Auf N., die Jemanden (s. §. 27.) zu seiner persönl. Nothd. eingeräumt worden, haben seine Hausgenossen für ihre Pers. keinen Anspruch"; s. aber §. 28 eod. vgl. mit II. 11. §. 778 flg. (Nießbrauch als Amtsrecht).

6. Bloßes Gebrauchsrecht; §. 2. 3. 9 h. t. (Gebrauchs- oder N.-R.) u.

und I. 12. §. 421.: „Ist Jemandem der Gebr. oder Genuß e. S. vermacht worden ꝛc. (in marg. „Verm. des Gebrauchs oder Nießbrauchs"), vgl. mit §. 239 h. t.: „Bringt die Beschaff. der S. u. des verstatteten Gebrauchs es mit sich, daß der Leiher auch die Fr. u. Nutz. genieße, oder ist ihm dieser Genuß ausdr. gestattet, so ... finden, je nachdem der verst. Genuß uneingeschränkt od. eingeschränkt war, die Regeln vom Nießbr. od. von Pacht. u. Mieth. Anwendung".

§. 195. 2. Von der Erbpacht. (B. §. 317.)

1) Begriff und rechtliche Natur überhaupt.

I. 21. §. 187.: „Der Vertrag, vermöge dessen Jemand das vollständige Nutz.-Recht einer fremden Sache (s. arg. I. 18. §. 688. u. §. 342 h. t. vgl. mit I. 22. §. 43. 79., II. 8. §. 153. u. 649., 14. §. 17.) gegen einen (unabänderlichen? s. §. 193. 94.) damit in Verhältn. stehenden (s. aber §. 190 91.) Zins erblich (§. 188. 89. vgl. mit §. 200 u. 224.) überkommt, wird ein Erbp.-Contr. genannt", vgl. mit A. G. O. II. 1. §. 3. No. 2., H. O. Anh. §. 9. u. Ges. v. 23. Apr. 1821. §. 1. (Form desselben), u. mit §. 195—97. 216. 17 h. t. (Erb- od. Einstandsgeld; s. aber auch §. 198. u. 218 flg.)

2) Wirkungen.

1. Rechte und Pflichten des Erbpächters.

a. In Bezug auf Dispositionen; §. 201 h. t.: „Die Erbp.-Gerechtigkeit ist das volle Eig. des Pächters, und es kann von ihm darüber ... frei verfügt werden", vgl. mit §. 202., §. 188. 224. u. §. 225. 26 eod.

b. Hinsichtl. der Nutzungen; §. 199. h. t. vgl. mit Anh. §. 55., und §. 210. 11. vgl. mit I. 18. §. 758. 60. (Erbpachtzins); s. aber §. 207 flg.: „Hat das Erbp.-Stück in seinem Ertrage durch unvermeidl. Zufall eine solche fortwährende Verring. erlitten, daß die best. Erbp. nicht mehr daraus genommen werden kann, so muß (bis dahin, §. 209.) dieselbe bis auf den wirkl. reinen Ertrag (§. 208.) des Pachtst. herunter gesetzt werden".

c. In Betreff der Ablösung der Erbpacht; Ed. v. 14. Sept. 1811. §. 2. u. v. 22. Mai 1821. §. 29. vgl. mit C. O. v. 31. Mai 1816. u. Rescr. v. 21. Oct. 1817.

2. Rechte des Erbverpächters.

a. Im allgemeinen; §. 203. 4. u. 221—23 h. t.

b. Rücksichtlich der Entsetzung des Erbpächters; §. 188. 200. und §. 205. 6. 12. 13. h. t. (s. Ent. II. 20. §. 100. 6. 7.) u. I. 23. §. 43. vgl. mit §. 214. 15. 17. 18 h. t.; s. übrigens zu §. 200.: „(Es) fallen diej. R. u. Pf. des Nießbr., welche auf die künftig zu leist. Rückgabe Bez. haben, .. hinweg", auch §. 189 h. t.

C. Von dem eingeschränkten Gebrauchs- und Nutzungs-Rechte.

§. 196. 1. Vom Leihvertrage. (B. §. 318.)

I. 21. §. 229 flg.: „Wird eine Sache (s. §. 233.) Jemandem (auf bestimmte Zeit; s. §. 230—32.) bloß zum Gebrauch (§. 238 flg. vgl. mit §. 237. u. 51.) unter der Bed., daß eben dieselbe Sache (§. 246 flg. u. 254 flg.) zurückgegeben (s. über den Zeitpunkt §. 245. u. 234. vgl. mit §. 235. 36.) werde, unentgeldlich eingeräumt (I. 5. §. 146.; s. aber über Nothw. schriftl. Abschl. bei Grundst. u. Gerechtss. §. 233.), so ist ein L.-V. vorhanden."

§. 197. 2. Vom Mieth- und Pachtvertrage. (V. §. 319—26.)

1) Begriff.

I. 21. §. 258 flg.: „Wenn für den Gebrauch (vgl. §. 310.) der geliehenen Sache (bew. oder unbew., s. §. 261. 344. 45. vgl. mit II. 8. §. 1404.; „die nur durch Gebr. der Substanz genutzt werden kann"? s. §. 260.) ein bestimmter Preis (s. §. 262. 63. vgl. mit I. 11. §. 46—57. u. §. 264—66.) bedungen wird, so heißt das Gesch. ein Miethungsvertrag. Eine (fruchttragende? s. §. 260.; unbew. oder bewegl., s. §. 261. 342. 44. vgl. mit §. 514.) Sache (oder Gerechtigkeit, §. 303. 42.) heißt verpachtet, wenn dieselbe Jemandem gegen einen best. Zins nicht nur zum Gebr., sondern auch zur Nutzung überlassen worden", vgl. mit §. 261. u. 399 eod.

2) Eingehung.

1. Form; §. 267. 68. vgl. mit §. 269 h. t. (allg. Regel); §. 401. 2. vgl. mit §. 407., u. §. 403. vgl. mit §. 405. 6. (Pacht. v. Landgütern); II. 11. §. 668 flg. u. Anh. §. 126. (ad §. 222 eod.) vgl. mit II. 18. §. 535. 536. (Verp. durch Subhastation bei Kirchen- u. Mündelgütern.) — Ueber Eintrag. in das H. B. s Anh. §. 56. („Gutspächter") vgl. mit H. O. Anh. §. 38. u. § 355. 56 h. t. („Pächter oder Miether").

2. Erfüllung; § 272 h. t. vgl. mit §. 273—76., u. §. 408. 9. vgl. mit §. 415 flg. u. A. G. O. I. 50. §. 310. 11.

3) Wirkungen.

a) Rechte des Miethers und Pächters.

1. Natur des Nutzungsrechts im allgemeinen.

a. Dingl. Berechtigung; I. 7. §. 169. vgl. mit §. 358—60 h. t. (s. oben §. 113.) u. Rescr. v. 5. Jan. 1795. in N. C. C. Th. 10. S. 1857. („.. nicht als ob es dem Pächter an einem Jure reali ermangele, welches nach d. Vorschr. d. A. L. R. nicht mehr für zweifelhaft angesehen werden kann"). S. aber II. 11. §. 800 flg. (Verh. des Pächters von Pfarräckern), und vgl. noch §. 418. 19 h. t.: „Sowohl bei der Ueberg. als während der Pachtz. muß der Verp. dem P. die ungehinderte Benutzung .. gewähren; auch denselben gegen alle .. Ansprüche ... vertreten und schadlos halten".

b. Berechtigung und Verpfl. der Erben; §. 366—68. u. 371. und §. 369. 70. 73 h. t. vgl. mit §. 375.; s. auch II. 18. §. 603. u. vgl. Svarez Schlußv. S. 67.

c. Uebertragung auf Dritte und Sublocation; §. 309. (bei gemieth. S. überh.), §. 310—12. (bei gemieth. Wohnungen) u. §. 313. 14 h. t. (bei Pachtungen), vgl. mit §. 315. u. 316 flg. eod.

2. Umfang desselben; §. 270. 71. 77. u. §. 409—12 h. t., vgl. mit §. 435—39 eod. (Wirthschaftsart) und §. 280 flg. eod. (Verbesserungen); s. auch §. 477 h. t. vgl. mit A. G. O. I. 44. §. 36 flg. (Entsetzung wegen unwirthsch. Verwaltung).

3. Ansprüche auf Gewährsleistung u. aus Verwendungen; §. 418 flg. vgl. mit §. 540 flg. u. §. 387. vgl. mit §. 575. 77. 78 h. t.

b) Verbindlichkeiten des Miethers und Pächters.

1. In Betreff des Miethszinses.

a. Im allgemeinen; §. 297. u. 98. vgl. mit §. 395—97 h. t.; s. jedoch §. 381. 82 eod.

b. Von Remissions-Ansprüchen insbesondre.

aa. Wegen unverschuldeter Unmögl. der Benutzung; §. 299. 300. (M. v. Geb.), §. 301 flg. (P. im allg.), §. 307. (P. v. Landg.), §. 534 flg. h. t. (P. v. Mühlen).

bb. Wegen verminderten Gesammt-Ertrags bei Landgütern; §. 478 flg. h. t.: „Außer dem allg. Grundsatz des §. 307. kann der Pächter (s. aber §. 480—83.) einen Nachlaß an dem Pachtzinse fordern, wenn (nach Ausweis vollst. u. belegter Administr.-Rechnung, §. 487 flg. u. 499.) der gewöhnl. Ertrag des Guts (s. §. 484.) durch außerord. (s. §. 479.) Unglücksfälle beträchtlich s. §. 485 u. 86.) vermindert worden", vgl. mit §. 512. 13., §. 518 u. 23., §. 549. 50., §. 585 flg. eod., u. mit Pr. des C. Fr. March. IV. 8. §. 18 flg., Entw. §. 261 h. t. Note*, u. Svarez Schlußv. S. 69—71.

cc. Wegen Partial-Mißwachs u. sonstigen Schadens; §. 500—508. vgl. mit §. 519 flg. u. 571., §. 514. 15., §. 531., §. 540 flg., §. 582. u. 583 h. t.

S. überhaupt noch §. 509—11. vgl. mit §. 594. (besondere Abrede üb. Remiss.), u. §. 595. 96 eod. vgl. mit A. G. O. I. 44. §. 24 flg. (Verfahren in Remiss.-Fällen).

2. Rücksichtlich der Lasten, Abgaben u. Kosten.

a. Bei Miethungen; §. 288—90 h. t.

b. Bei Pachtungen; §. 11 u. 295. vgl. mit §. 561. 67. 71. (Verwalt.-Kosten u. Abg. von den Früchten), §. 294 u. 413. (L. u. A. bei Pacht. nach Anschlag) u. §. 292. 93. u. 414. (L. u. A. bei P. in Pausch u. Bogen). S. auch §. 562—70. 572. 573—76 h. t. (Kriegslasten u. Abgaben) u. vgl. Svarez Schlußv. S. 65.

3. In Bezug auf Instandhaltung der Sache.

a. Bei Miethungen; §. 291 h. t. vgl. mit §. 278. 79 eod.

b. Bei Pachtungen von Landgütern; §. 433 flg. h. t., vgl. mit aa) §. 440—42. 50. u. 516. 17. (verschuld. Reparat. u. Brandschäden) u. §. 443—48. 50. u. 524—30. (unverschuld. Repar. u. Brandsch.). bb) §. 451. 52. vgl. mit 612 flg. (Düngung). cc) §. 453. 54. 56–58. u. 472—76. vgl. mit §. 455. 59 flg. 560. 76. (Viehstand). dd) §. 471 u. 472 flg. vgl. mit §. 466—70 u. 560. (Wirthsch.-Inventar).

c. Bei anderweitigen Pachtungen; §. 296 h. t.: „Wie weit die Sorge für die Unterhalt. der S. in brauch- u. nutzbarem Stande dem P. oder V. obliege, wird unten näher bestimmt (§. 433 sq.)"

4) Beendigung.

a) Bei ermangelnder Abrede über die Dauer.

§. 340 h. t.: „Ist .. die Dauer .. gar nicht (§. 341. u. 346. 47.) bestimmt, so muß, (wer) vom Contr. wieder abgehen will, dem Andern zur gehörigen Zeit (s. §. 342—45. vgl. mit Ver. v. 9. Jan. 1812. u. C. O. v. 30. Jun. 1834.) Anzeige (s. §. 348. 49.) machen", vgl. mit II. 12. Anh. §. 145. (Wohn. der Studirenden).

b) Im Fall contractlicher Abrede.

1. Eintritt des Termins; §. 324. 36. 39. u. 388 h. t. vgl. mit II. 11. §. 800 flg.; s. aber §. 337. 38. u. 389. 90 h. t., u. vgl. §. 325—31 eod. u. Ver. v. 9. Jan. 1812. (ausdr. u. stillschw. Prolongation).

2. Kündigung innerhalb der Contractszeit.

a. Von Seiten des Verpächters od. Vermiethers; aa) wegen Rückstands zweier Zinstermine, §. 298 h. t.; bb) wegen nothw. (s. A. G. O. I. 52. §. 5. 7. vgl. mit Ver. v. 4. März 1834. §. 2.) gerichtl. Verkaufs, §. 350 flg. vgl. mit §. 357. u. 361. 62.; cc) wegen nothw. Haupt-

baues gemietheter Sachen, §. 363. vgl. mit §. 364. 65.; dd) wegen Mißbrauchs, §. 387. u. 477 h. t.

b. Von Seiten des Miethers ꝛc.; aa) wegen unfreiwill. Veränderung in seiner Person und Umständen, §. 376—79. vgl. mit §. 386.; bb) wegen unversch. Untüchtigkeit der Sache, §. 383—85 eod.

c. Ueber Kündigung durch und an die Erben des Miethers ꝛc. s. ob. sub 3., u. vgl. noch über die Fälle beiders. Kündigungsrechts §. 392—394. 548 h. t. u. 553—59. vgl. mit §. 379 eod. u. Svarez Schlußv. S. 71. (Ausbruch eines Kriegs.)

c) Rückgewähr der gepachteten oder gemietheten Sache.

1. Im allgemeinen; §. 332. 33. vgl. mit §. 334. 35 h. t.

2. Insbesondre bei Landgütern; §. 597—600., §. 601—9. vgl. mit §. 416. 17. (Inventarium) u. §. 610—21. (Culturzustand); s. auch A. G. O. I. 44. §. 48 flg. (Verfahren bei Rückgewähr).

§. 198. 3. Von den zur Cultur ausgesetzten Gütern.

1. Rechtliche Natur im allgem.; l. 21 §. 626.: „Wenn in Zukunft (über derartige Güter aus „vorigen Zeiten" vgl. §. 628. h. t. mit l. 18. §. 686.) Güter und Grundst. (s. auch §. 641.) weder in Zeit- noch Erbpacht, sondern bloß zur Benutzung und Cultur (s. I. 18. §. 682. vgl. mit §. 629. 30 h. t.) gegen gewisse dem Eig. vorbeh. Vortheile (§. 631—33.) ausgethan werden sollen, so ist auch über ein solches Geschäft ein schriftl. Vertrag (s. §. 627. vgl. mit §. 628.) erforderlich", vgl. mit §. 650 h. t. u. II. 7. §. 298., u. Decl. über die Vererb. der Bauerhöfe in den Dom. Aemtern v. 25. März 1790. (N. C. C. Th. 8. S 2907.)

2. Dauer derartigen Besitzes; §. 634—36. u. 42 h. t. vgl. mit Decl. §. 2. 3. 8—10. (Erbrecht der Desc. u. Ehefrau), §. 632. 42—44. u. 647 h. t. vgl. mit II. 7. §. 299. u. A. G. O. I. 41. §. 87 flg. (Rückfalls- u. Abmeierungsrecht), u. §. 648. 49 h. t. vgl. mit II. 7. §. 300. 301. (Kündigung).

S. auch noch §. 637—40. u. 45. vgl. mit Decl. §. 4—6. (Interims-Wirthschaft), und §. 646. vgl. mit I. 11. §. 602—5. u. II. 17. §. 56. (Altentheil).

§. 199. IV. Von den Grundgerechtigkeiten. (B. §. 327—29.)

1) Allgemeine Regeln.

1. Begriff und Arten; I. 22. §. 1.: „Den gesetzl. Einschränk. des Eig. (I. 8. §. 33 sq.) ist jeder Grundbesitzer sich zu unterwerfen (§. 2.) verbunden", §. 3 flg. eod.: „Auch solche Einschr. muß jeder Grundbes. sich gefallen lassen (s. aber §. 4—7.), ohne welche ein anderes Grundstück (s. aber §. 8.) ganz oder zum Theil (s. II. 15. §. 246. 47.) völlig unbrauchbar (s. jedoch §. 9.) sein würde", und §. 11 flg. eod.: „(Außerdem) kann der Eigenth. eines Grundst. in der freien Ausübung seiner Eig.-Rechte nur von demj., welcher dazu ein besonderes Recht erworben hat, eingeschr. werden. Kommt dergl. Befugn. einem Grundst. gegen das andere zu, so wird solches eine Grundgerechtigkeit genannt", vgl. mit §. 25 eod.

2. Erwerb; §. 13 flg. h. t.: „G. G. können durch rechtsgültige W.-Erkl. (vgl. I. 5. § 135., §. 15—23. 27 h. t. u. Anh. §. 58.; s. oben §. 89.), auch durch Verj. (§. 14. 23. 28 eod., s. oben §. 116.) erworben werden".

3. Umfang der Berechtigung; §. 25. 27. 28. h. t.; s. aber a) §. 26 eod. u. I. 19. §. 15 flg. (s. oben §. 185.); b) §. 29 h. t. vgl. mit §. 81. 176.; c) §. 47 h. t. vgl. mit Cult. Ed. v. 14. Sept. 1811. §. 10 flg. u. Gem. Theil. Ordn. v. 7. Jul. 1821. §. 166 flg.

4. Natur der Verpflichtung; §. 30 flg. h. t.: „Daß der Bes. des belasteten Grundst. thätige Hülfe zur Ausübung der G. G. zu leisten (s. §. 31 u. 32 flg.) schuldig sei, wird nicht (s. aber §. 56 flg. 75. 114. 179.) vermuthet", vgl. mit §. 35. 36. u. 81. 103 flg. 196. (Erhaltung der Sache) u. §. 37—42 u. 229 flg. (Wiederherstellung derselben).

5. Aufhebung u. Einschränkung der Grundgerechtigkeiten.

a. Aus speciellen Rechtsgründen; §. 43—45 u. 49—54 h. t.

b. Von Staatswegen; §. 46. u. 48 h. t. u. I. 17. §. 350., vgl. mit Cult. Ed. §. 10. und mit Gem. Th. O. §. 1 flg.: „Die . . bisher gemeinsch. ausgeübte Benutzung ländl. Grundst. soll zum Besten der allg. Landcultur (s. aber §. 22. 23.) so viel als möglich aufgehoben . . werden. Die Aufh. der Gemeinheit nach dieser Ordn. findet (übrigens „nur auf Antr. eines od. mehrerer Theilnehmer", §. 4—19. vgl. mit §. 26—29.; auch nur „gegen angemessene Entschädigung", §. 30. vgl. mit §. 56 flg. u. §. 86. 94.) nur statt bei Weideberecht. ..., bei Forstber. zur Mast, zum Mitgenusse des Holzes u. zum Streuholen, u. bei Berecht. zum Plaggenhieb ꝛc.". — S. noch Ed. zur Regul. d. gutsh. Verh. v. 14. Sept. 1811. nebst Decl. v. 29. Mai 1816. (unten §. 201.)

2) Von den einzelnen Grundgerechtigkeiten.

a) Von städtischen Grundgerechtigkeiten.

§. 55—58 h. t. vgl. mit l. 8. §. 133 flg. (serv. oneris et tigni); §. 59—61 h. t. vgl. mit l. 8. §. 120 flg. (jus stillic. et cloacae); §. 62 h. t. vgl. mit l. 8. §. 137 flg. (jus luminis et prospectus).

b) Von ländlichen Grundgerechtigkeiten.

1. Wege-Gerechtigkeiten; §. 63—79 h. t.

2. Hutungs-Gerechtigkeit; §. 87 flg. u. §. 128 flg. h. t., Cult. Ed. §. 19., Gem. Th. O. §. 32 flg. u. Reg. Ed. §. 13., vgl. mit: a) §. 109 flg. h. t., C. Ed. §. 21—23. 34. u. G. Th. O. §. 181 flg. (Wiesenhutung); b) §. 115 flg. h. t. u. C. Ed. §. 13. (Brachhutung); c) §. 170 flg. u. 188 flg. h. t., C. Ed. §. 27—33. u. G. Th. O. §. 135 flg. (Waldhutung); d) §. 133 flg. h. t., C. Ed. §. 19. u. G. Th. O. §. 41 flg. (Koppelhutung).

3. Schäferei- u. Pferchrecht; §. 146 flg. h. t. u. G. Th. O. §. 144. 45.

4. Mastungsrecht; §. 187 flg. h. t. u. G. Th. O. §. 116 flg.

5. Holzungs-Gerechtsame; §. 197 flg. 226 flg h. t. vgl. mit: a) §. 208—214 h. t. u. G. Th. O. §. 120 flg. (Bau- u. Nutzholz-Ger.); b) §. 215 flg. h. t. u. C. Ed. §. 26., Reg. Ed. §. 15. u. Decl. Art. 31. (Raff- u. Leseholz-Ger.); c) §. 221 h. t. u. G. Th. O. §. 140. (Streurechen); d) C. Ed. §. 20. u. G. Th. O. §. 52—55. (Plaggenhieb).

6. Kalk- u. Steinbruchsrecht; §. 240—42 h. t., G. Th. O. §. 99. u. Decl. Art. 71.

7. Jagdgerechtigkeit; §. 248 h. t., l. 9. §. 158 flg. vgl. mit Reg. Ed. §. 57. sub C.

8. Fischerei-Gerechtigkeit; l. 9. §. 170 flg. u. II. 15. §. 73 flg.

9. Wasserrechte; I. 8. §. 96 flg., II. 15. §. 46. u. G. Th. O. §. 98.

V. Von den Reallasten.

§. 200. A. Im allgemeinen.

1) Sprachgebrauch des A. L. R.

1. Weitere Bedeutung von Reallast; I. 5. §. 333 35., II. 1. §. 589. vgl. mit 2. §. 171., II. 7. §. 258., 18. §. 530. vgl. mit §. 549. 697. u. 709., A. G. O. II. 1. §. 3. No. 3., H. O. Tit. 1. §. 38. vgl. mit §. 6. u. 48. („Hyp.-Schulden, Dienstbarkeiten u. andere Reallasten").

2. Reallast im e. S.; H. O. Tit. 1. §. 47 — 49. (s. oben §. 184.) vgl. mit Tit. 2. §. 124. (Onera realia od. perpetua) und mit A. L. R. I. 9. §. 509. (s. oben §. 120. sub 1.), I. 11. §. 107. („Geldzinsen, Kornpächte, Zehnten, Dienstgelder, Abschoß und andere Hebungen dieser Art"), §. 178. (öffentl. fortwähr. Lasten u. Abgaben) u. §. 183 eod. (Privat-Dienstb., Lasten u. Abg.), I. 18. §. 680—81. vgl. mit §. 813 flg. (Zinsgüter), II. 4. §. 26. (unabl. Zinsen), II. 7. § 90. 138. 471. 72. (Dienste u. Abg. der gutsunterth. Höfe), II. 11. §. 202. 29 — 32. 65. 80. u. 781. (kirchliche u. Parochiallasten), §. 865. 71 eod. (Zehnten).

2) Begründung der Reallasten.

1. Durch Gesetz u. hergebrachte Verfassung; H. O. Tit. 1. §. 48. u. A. G. O. I. 50. §. 357., I. 11. §. 174. 78., II. 11. §. 229.; s. aber über das gesetzliche Pfarr-Zehntrecht §. 860. 67 — 70 eod.

2. Durch Vertrag u. letztwill. Verfügung; I. 12. §. 304., 21. §. 293., II. 1. §. 464., 11. §. 232., vgl. mit I. 5. §. 135, A. G. O. II. 1. §. 3. No. 3., H. O. §. 49., u. mit Gem. Th. O. §. 149. u. Ablös. Ed. v. 7. Jun. 1821. §. 38. (schriftl. Vertr. u. hypoth. Eintr.). S. aber über Dienstvertr. Cult. Ed. §. 7. vgl. mit Regul. Ed. §. 16. 17. 48. u. Decl. Art. 38.

3. Durch Verjährung; I. 9. §. 509. 10. vgl. mit II. 7. §. 144. u. 11. §. 861 flg. (s. oben §. 115 flg.)

3) Rechtliche Natur derselben.

1. Dingliche Verhaftung des Guts; I. 18. §. 681.: „In der Regel gebührt (bei Zinsgütern) dem Besitzer des Grundst. das volle und nur mit der Abgabe belastete Eig." vgl. mit §. 813 eod.: „Daraus, daß auf einem Gute . . ein beständ. u. unablösl. Zins haftet, folgen, außer der Befugn. des Zinsberecht., sich deshalb an das Gut u. jeden Besitzer zu halten, weiter keine besondere Verhältn. zw. ihm u. dem Gutsbes. Vielmehr wird er) überall nur einem andern Realgläub. gleich geachtet, u. genießt . . das nach verschied. Beschaff. des Zinses in der Conc. Ord. (A. G. O. I. 50. §. 358. 404. 30.) näher bestimmte Vorrecht". Vgl. auch I. 7. §. 218. 35., 11. §. 175 flg. 183., 18. §. 765., 21. §. 292 flg. 414., II. 7. §. 471., 11. §. 865 flg. (s. aber §. 872. 73. vgl. mit §. 261 eod.), II. 16. §. 103.

2. Persönliche Verpflichtung des Besitzers; A. G. O. I. 50. §. 357. vgl. mit §. 393. 404., II. 7. §. 493. vgl. mit I. 11. §. 182., §. 475 — 80 eod., II. 11. §. 885 — 87. vgl. mit §. 875.

4) Umwandlung, Ablösung und Aufhebung der Reallasten.

1. I. 18. §. 752. 53., II. 7. §. 145. 421 flg. 429—31., 11. §. 922 flg. u. 35.

2. I. 11. §. 329. 30. (wiederkäufliche Renten) vgl. m II. 4. §. 26. (unablösliche Renten), I. 18. §. 680 (gleichförm. u. beständ. Abgabe) u. H. O. §. 48 cit., II. 11. §. 202. 29. (beständ. Lasten u. fortwähr. Prästat.). S. aber I. 9. §. 509. 10. vgl. mit II. 7. §. 144. 494., 11. §. 871. (Erlösch. durch Nichtgebr.).

3. Ver. über Ablösung von Domanial-Abg. jeder Art v. 16. März 1811. und Ordn. wegen Ablös. der Dienste, Natur.- u. Geldleist. von Grundst., welche eigenth., zu Erbzins u. Erbpachtrecht besessen werden, v. 7. Juni 1821. §. 1 flg. (Ablös. der Dienste; s. aber §. 2. und über Gemeinde- u. Parochial-Dienste §. 5.) u. §. 26 flg. (Ablös. der Abgaben; s. aber über Kirchen-Zinsen ꝛc. Rescr. v. 8. Jan. 1822., v. 12. Mai 1837. u. v. 28. Febr. 1838.). — S. insbes. §. 27. vgl. mit G. Th. O. §. 73. 74. (fixirte Fruchtleist.), §. 28. (andere Nat. Abg.), §. 29. vgl. mit Cult. Ed. §. 3. (Geldzinsen), §. 30 flg. (Zehnten), §. 33 flg. (Laudemien).

§. 201. B. Von einzelnen Reallasten.

1) Vom Zehnten.

S. II. 11. §. 857—936. vgl. mit II. 7. §. 474. und I. 21. §. 265. 66.; s. auch II. 16. §. 98 flg. (Bergzehnten).

2) Von den bäuerlichen Lasten.

1. Landrechtliche Gesetzgebung; II. 7. §. 308—471. (Dienste der Unterth.) u. §. 472—94. (Zinsen u. Abgaben ders.) vgl. mit §. 246—307. (bäuerl. Grundbesitz).

2. Neuere Gesetzgebung; Ver. v. 27. Jul. nebst Instr. v. 22. Aug. 1808. wegen des den Immed.-Einsassen verlieh. Eigenth. d. Grundst.; Ed. die Regul. der gutsh. u. bäuerl. Verh. betr. v. 14. Sept. 1811. nebst Decl. v. 29. Mai 1816., Ver. wegen Organ. der Gen.-Commiss. zur Regul. ꝛc. v. 20. Jun. 1817. u. Ges. wegen Sicherstell. der Rechte Dritter bei Regul. ꝛc. v. 29. Juni 1835., vgl. mit Ges. die gutsh. bäuerl. Verh. im Herz. Westphalen betr. v. 25. Sept. 1820., Ges. wegen Regul. ꝛc. im G.-H. Posen v. 8. Apr. 1823. nebst Decl. v. 10. Jul. 1836, u. den 3 Ges. über die den Grundbes. betr. Rechtsverh. u. über die Realberecht. in den Landesth., welche vormals zum K. Westph. (resp. Gr.-H. Berg u. d. franz. Dep.) gehört haben, v. 21. Apr. 1825. nebst Ordn. wegen Ablös. der Reallasten ꝛc. v. 19. Jul. 1829.

Vgl. insbesondere:

a. über die zu Eigenthum ꝛc. besessenen Bauerhöfe, Regul. Ed. §. 3. u. Ablös. Ordn. v. 7. Jun. 1821. §. 1. u. 26.

b. über die bisher ohne Eig. erblichen Besitzungen, Reg. Ed. §. 4.: „Allen jetzigen Inhabern erbl. Bauerhöfe (Decl. Art. 4. 5.), sie mögen .. zu geistl. (s. aber Art. 7.), Dom., Kämm. od. Priv.-Gütern gehören, wird das Eig. ihrer Höfe (s. §. 31. vgl. mit §. 25. 28 flg. u. Art. 65. 71. 72., Westph. Ed. §. 24 flg., Pos. Ed. §. 49.) übertragen (s. aber §. 5. u. Art. 9.), unter der Verpfl. die Gutsh. zu entschädigen". §. 10.: „Es soll .. Regel (s. §. 30. u. Art. 66. 69.) sein, daß .. die Gutsh. für das Eig. der Höfe (s. §. 16. u. Art. 32 flg. u. vgl. Art. 57. sub C), für die Dienste (§. 16. 17. 26. u. Art. 38—40. vgl. mit W. Ed. §. 44. 45. 52 flg. u. P. Ed. §. 49. 78 flg.) und die gewöhnl. Abgaben davon abgefunden (s. §. 8. 9.) sein sollen, wenn ihnen die Unterth. den dritten Theil sämmtl. Gutsländ. (durch Land §. 13 flg. u. Art. 14 flg., od. Capital §. 12., oder Rente in Natur oder Gelde §. 20 flg. u. Art. 46 flg.) abtreten, und dabei auf alle außerord. Unterst., Hofwehr, Bauhülfe u. Steuervertretung (s. hierüber u. über den Vorbehalt der Waldgerecht. u. Hutungsrechte §. 13. 15. 16. 18. und Art. 30 flg. 43. 44. 71.) Verzicht leisten".

c. über die nichterblichen (§. 35. 38. u. Art. 83 flg.) bäuerl. Besitzungen, §. 37.: „Die Dispos. des Absch. 1. gelten auch .. mit dem Untersch., daß die Gutsh., wenn keine gütl. Einigung erfolgt (s. aber

Art. 82.), berechtigt sein sollen, die Hälfte der Besitz. (über Wahl zw. Land u. Rente s. §. 40 flg.) .. einzuziehen". §. 38.: „Die andere Hälfte muß als freies unbeschr. Eigenth. (s. aber Pos. Ed. §. 83. u. W. Ed. §. 37 flg.) an den bisher. Miether oder Pächter überlassen werden ꝛc."

§. 202. VI. Von Zwangs- und Bannrechten. (B. §. 330.)

1) Landrechtliche Gesetzgebung.

1. Allgemeine Bestimmungen; I. 23. §. 1—4. u. §. 12—16. (Begriff u. rechtl. Natur) vgl. mit §. 5.: „Was von R. auf fremdes Eig. verordnet ist, gilt auch in der Regel von dem Recht zur Einschr. fremder Handlungen"; §. 6—11 eod. (Erwerb) u. §. 17 flg. u. §. 22. (Verlust). — Vgl. übrigens Svarez Schlußv. S. 75.

2. Einzelne Arten; §. 23—52 h. t. (Mühlenzwang), §. 59 flg. 80 flg. vgl. mit §. 53. 57 eod. (Bierzwang), §. 65 flg. vgl. mit §. 54. 57. (ausschließl. Schankgerechtigkeit), §. 58. 75 flg. vgl. mit §. 55. 56. (Krugverlagsrecht), §. 90 flg. (Brantweinzwang).

2) Neuere Legislation.

Ed. wegen Aufheb. des Mühlen-, Bier- u. Brantw.-Zwangs v. 28. Oct. 1810. nebst Ver. v. 15. Sept. 1818. (ad §. 3. des Ed., betr. die Entschäd. von Staatswegen) u. C. O. v. 23. März 1836., vgl. mit Ges. wegen Aufheb. der Z.- u. B.-R. in Posen v. 13. Mai 1833., und Ed. über Einführ. der Gewerbsteuer v. 2. Nov. 1810. §. 17. 31. — S. aber Ed. üb. die poliz. Verh. der Gewerbe v. 7. Sept. 1811. §. 50 flg. (Brantw.-Gerecht. u. Krugverlag), §. 104 ibid. (Zwangsr. der Schornsteinfeger), Rescr. v. 26. Febr. 1817. u. 25. Febr. 1818. in Kamptz Annal. Th. I. S. 85. u. Th. II. S. 141. (Wasenmeisterei-Zwang) u. C. O. v. 18. März 1834. (Intelligenzblätter-Zwang).

Viertes Buch.

Personen-Rechte.

Erstes Kapitel.

Vom Rechte des Hausstandes.

§. 203. I. Einleitung.

1. Entw. I. 1. Einl. zu Tit. 1.: „Die häusliche oder Familien-Gesellschaft wird zunächst durch die ehel. Verbindung begründet", vgl. mit Tit. 3. §. 1.: „Fam.-Verh. werden durch Geburt (s. Tit. 2. §. 1.) od. Heirath begründet", u. Tit. 5. §. 1.: „Zur häusl. Gesellsch. gehören, außer der Familie, auch die zu deren Dienst bestimmte Personen", vgl. mit Vorb. zu Abtheil. 1. S. 13. („Hausstand, d. i. die

R. u. Pfl. der Ehel., der Elt. u. K., der übrigen Mitgl. der Familie, der Dienstb. u. des Gesindes").

2. A. L. R. I. 1. §. 3 u. 4.: „Die Verbindung zw. Ehegatten, ingl. zwischen Eltern u. Kindern macht eigentlich die häusliche Gesellschaft aus. Doch wird auch das Gesinde mit zur häusl. Gesellsch. gerechnet", u. §. 5 eod.: „Durch die Abkunft von gemeinschaftl. Stammeltern werden Familien-Verhältn. begründet" vgl. mit §. 42 eod. u. II. 3. §. 1. u. 2.

II. Von der Ehe. (A. L. R. II. 1.)

Vgl. L. Gitzler's Handb. des gem. u. Preuß. Eherechts der Kathol. u. Evang. Bresl. 1840.

§. 204. A. Allgemeine Vorbemerkungen. (B. §. 331. u. 333., G. Einl. §. 5 flg. u. §. 8.)

1) Formelle Gültigkeit der landrechtlichen Ehegesetzgebung.

Vgl. Publ. Pat. v. 5. Febr. 1794. Art. 7. (s. oben §. 15. sub 2.; „in Ansehung der Famil. u. Succ. Rechte" [s. Rescr. v. 2. Mai 1795. bei Rabe Bd. 3. S. 30.] und „Abweichungen von gew. einz. Vorschr. d. Röm. u. gem. Sachsenrechts" [s. Rescr. v. 26. Jan. 1801. im N. C. C. XI. S. 77.]) u. Publ. Pat. v. 21. Jan. 1825. §. 4. (s. ebend. sub 6.; „die vollständigen 3 ersten Titel").

2) Verhältniß derselben zum gemeinen Eherechte.

1. Proj. des C. J. Fr. P. I. L. 1. tit. 2. §. 12. (s. oben §. 16.) vgl. mit L. 2. tit. 3. — S. aber §. 19 eod.: „Die Juden müssen sich gleichfalls nach diesen Gesetzen (scil. über Ehen unter Verwandten) halten", vgl. mit Ver. v. 4. Oct. 1696.: „.. daß alle Juden in contrah. matrim. allezeit die prohibitiones jur. civ. et prov. beobachten ꝛc." (C. C. M. I. 2. S. 125.)

2. Regl. für Schlesien, nach welchem die Gravam. in geistl. Sachen entsch. werden sollen, v. 8. Aug. 1750. §. 7.: „Wenn unter Eheleuten diverser Rel. rat. matrim., u. unter verlobten Pers. div. Rel. rat. spons. Streit entstehet, so ... (sollen) zwar dergl. Ehe- u. Sponsa. S... lediglich von denen Kön. Ob.-Cons. u. Ob.-Aemtern entschieden werden. Jedoch werden diese hiermit ausdr. angewiesen, daß sie ein jedes Theil nach den Princ. seiner Rel. beurtheilen, u. das Erk. darnach einrichten sollen, daß e. g. in causis divortii ... intuitu des kath. Th. dergl. div. keinen effectum quoad internum erlanget, u. dasselbe ohne Befinden u. Erk. seiner geistl. Instanz zu anderw. Ehe zu schreiten nicht befugt ist". (Korn'sche Ed. Samml. für Schlesien. Nachtr. S. 415.)

3. Instr. für die Westpr. Regier. v. 21. Sept. 1773. §. 4. sub 10. f.: „Ob .. gleich .. die Ehescheidungs-Proz., sobald nicht beide Theile der kath. Rel. zugethan sind, .. bei Unsern weltl. Gerichten .. entschieden werden sollen, so muß doch auch von diesen .. jeder Theil nach den Principiis seiner Rel. beurth. ... werden (s. aber Rescr. v. 13. Febr. 1797. in N. C. C. Th. 10. S. 927. v. m. Rescr. d. Kammerger. v. 25. Apr. 1803.), dergestalt, daß ... in Anf. des kathol. Theils, ob zwar die Ehe quoad effectus civiles seinetwegen gleichfalls aufhöret, doch die Erlaubn. zu einer andern Ehe .. ihm bei seinen geistl. Obern zu suchen .. überlassen werden muß", vgl.

mit §. 13. sub g. I.: „In Ehesachen .. lassen Wir es zwar dabei, daß das .. 2. B. des 1. Ths. des .. C. J. Fr., jedoch nur Tit. 1—3., das eigentl. Gesetz quoad caus. matrim. in Sachen der protest. Ehel... sei u. bleibe; auch im Falle (gemischter Ehen) die eff. civ. bei dem prot. Theil überall, dagegen bei dem kath. nur in so weit, als solche mit den Grundss. seiner Rel. nicht streiten, statt finden; wenn hingegen beide Theile kath., die Ehe-Proz. zw. ihnen von ihren .. Gerichten (s. aber Circ. des St. R. an d. Westpr. Reg. v. 10. Aug. 1799) nach den Grundss. ihrer Rel. entschieden werden sollen. Wie aber schon überh. ein Unterschied zw. Sponss. u. Matr. S. obwaltet .., so muß sich (der weltl. Richter) .. auch in Sponss. S. zw. zwei der kath. Rel. zugethanen Pers. lediglich obgedachtes C. J. Fr. zur Richtschn. seiner Erk. dienen lassen ꝛc. ꝛc. ... Denen der kathol. Rel. zugethanen (wollen Wir) nicht versagen, in denen ihren Grundss. nach verbotenen weit mehreren Graden die Disp. von ihren geistl. Obern zu suchen, nur .. daß sie solche Unserer Reg. hiernächst auch produciren müssen". (N. C. C. Th. V. 3. S. 2135. u. 75.) — S. auch Notif. Pat. v. 28. Sept. 1772. sub No. 7. u. Beil. A. (ebend. V. 2. S. 455 u. 77.)

4. Entw. d. A. G. B. Th. I. 1. Tit. 1. §. 6.: „Die Disp., welche kathol. Gl.-Genossen in andern als den vorstehend verbotenen Graden nach ihren Rel.-Grundss. von dem Bischofe nachsuchen müssen, erhält erst durch die Bestät. der Landesreg. rechtliche Kraft", vgl. mit §. 706.: „Ist von kath. Gl.-Gen. die bisch. Disp. oder deren landesh. Bestät. nachzusuchen verabsäumt worden, so findet nur verhältn. Bestrafung statt", u. §. 531. 32 eod.: „(Das Scheid.-) Urtel wirkt eine gänzl. Aufhebung des Ehebündnisses in Ans. beider Theile. Dem Gewissen eines jeden .. bleibt es überlassen, ob u. in wie fern er nach den Grundss. seiner Rel. von dieser gänzl. Trennung zur Vollz. einer andern Heirath Gebrauch machen könne u. dürfe", vgl. mit Ed. gegen die Mißbr. der Ehescheid. v. 17. Nov. 1782. §. 40. (N. C. C. Th. 7. S. 1627.)

5. A. L. R. II. 1. §. 11. 12.: „In wie fern kath. Gl.-Gen. in den durch die Landesgess. erlaubten (s. auch §. 10.) Fällen die Disp. der geistl. Obern nach den Grundss. ihrer Relig. nachzusuchen haben, bleibt dem Gewissen überlassen (vgl. auch II. 11. §. 442 flg.). Doch verliert eine Ehe (auch gemischte, Anh. §. 63.), welche nach den L. G. erlaubt ist, dadurch, daß die Disp. der G. O. nicht nachgesucht oder verweigert worden, nichts von ihrer bürgerl. Gültigkeit" vgl. mit dem sub 3. alleg. Rescr. v. 1797., und §. 732—35 eod.: „Das Sch.-Urth. wirkt eine gänzl. Aufh. der Ehe u. aller ihrer Folgen in Ans. beider Theile. Auf bloße Scheidung von Tisch und Bett soll nicht erkannt werden, sobald auch nur Einer der Eheg. der prot. Rel. zugethan ist. Wird unter kathol. Eheg. auf eine beständige (s. Rescr. an d. Westpr. Reg. v. 29. März 1800. u. Anh. §. 81.) Separ. von T. u. B. erkannt, so hat dieses (s. auch E. O. vom 17. Aug. 1815.) alle bürgerl. Wirk. einer gänzl. Ehescheidung. In wie fern aber ꝛc. (s. Entw. §. 532.)", vgl. mit Rescr. v. 26. Oct. 1786. (N. C. C. Th. 8. S. 193.), Ber. der W.-Pr. Regier. v. 12. Jan. nebst Rescr. v. 15. März 1799. (in Leman's W.-P. Prov. R. II. S. 406.), Rescr. v. 8. Sept. 1802. (ebend. S. 505.) u. A. G. O. Anh. §. 287.

6. Const. wegen Verf. der geistl. Gerichte in S.-Pr. v. 25. Aug. 1796. §. 4: „Wegen der Ehesachen, wohin auch die Streitigk. über Sponsalien gehören ... setzen Wir fest, daß die Cognition der G. G. sich auf die Entsch. der Fragen, welche die Fortsetzung od. Annullirung

der Ehe, oder die Scheidung v. T. u. B. in perp. od. ad tempus betreffen, einschränke ꝛc.", u. §. 7.: „Uebrigens werden in Anf. aller Sachen u. Gegenst. .. diese Gerichte auf die canonischen u. anderen geistl. Rechte, welche ihnen bisher zur Richtschnur gedient, lediglich verwiesen" (bei Leman a. a. O. S. 369.), vgl. mit Ber. betr. die Verf. der bisch. Ger. in Westpr. v. 14. März u. Rescr. v. 17. Jul. 1800. (ebend. S. 420 flg.). Vgl. insbes. §. 12. des Rescr.: „Das Princip aufstellen, es gelte in Ehesachen von Kath. das A. L. R., in so fern es den kath. Rel.-Grundsätzen nicht zuwider sey, finden Wir bedenklich, weil man hierdurch den letzteren einen Vorzug . . . einzuräumen scheinen würde. Besser ist es daher zu gestatten, daß die G. G. ... das canon. R. anwenden. Thun sie aber solches auf eine Art, welche der Wohlfahrt des Staats u. den auf diese berechneten Grundsätze des A. L. R. widerspricht, so kann existente casu .. Annullirung solcher Sentenzen .. erfolgen".

7. Ed. betr. die bürg. Verh. der Juden v. 11. März 1812. §. 20.: „Die privatr. Verh. der Juden sind nach eben dens. Gesetzen zu beurtheilen, welche andern Pr. Staatsb. zur Richtschnur dienen", vgl. mit §. 26.: „Auf die (gerichtliche; s. §. 27.) Trennung einer vollgültigen (s. §. 25.) Ehe kann jeder Theil aus den im A. L. R. II. 1. §. 969—718. festgesetzten Ursachen antragen".

B. Von der vollgültigen Ehe zur rechten Hand.

1. Von der Eingehung der Ehe.

a. Von den Ehehindernissen.

§. 205. **aa. Im allgemeinen (B. §. 334., G. §. 2.)**

1. Nichtigkeit der Ehe; II. 1. §. 933.: „Ehen, welche wegen obwaltender Ehehind. niemals (s. §. 941. u. 946. 47.; vgl. aber auch §§ 942 flg. 48.) bestehen können, sind nichtig (absolut nichtig; §. 974.)", vgl. mit §. 950. 51.: „Die Fortsetzung .. ist der Richter zu dulden nicht befugt; vielmehr muß er ... von Amtswegen trennen (s. auch Rescr. v. 27. Oct. 1810.) und einen fiscal. Bedienten anweisen, auf die förml. Nicht.-Erkl. anzutragen". Vgl. auch Entw. §. 695. u. 96 h. t.: „Ehen .. gegen die Vorschr. der Ges. .. sind nichtig. Nach der Beschaff. des übertretenen Ges. muß beurtheilt werden, ob die Ehe von Anfang an nichtig sei (s. §. 698.), od. erst durch richterl. Ausspruch (§. 699.) dafür erklärt werden muß".

2. Ungültigkeit der Ehe; §. 934 eod.: „Ehen, welchen zwar von Anfang an gesetzl. Hind. im Wege stehen, die aber doch in der Folge durch Hebung dieser Hind. verbindl. Kraft erlangen können, werden ungültig genannt", vgl. mit §. 973. 75.: „Ungült. Ehen können nur auf Anrufen desj., welcher das Ehehind. zu rügen nach den Gesetzen berechtigt ist, als nichtig aufgehoben (s. §. 974. 987.) werden. Wird aber das E.-Hind. in der Folge gehoben (s. auch §. 976.), so muß angenommen werden, daß die Ehe von Anfang an gültig gewesen sei". — Vgl. auch Entw. §. 697. u. 700.

3. Strafbarkeit verbotener Ehen; §. 1008 — 12 h. t. vgl. mit §. 1013., u. §. 146 flg. h. t., II. 11. §. 440. u. 20. §. 503.

4. Bloß civilrechtl. Nachtheile einzelner Eheverbote; §. 977. 80 flg., §. 985. u. 89., §. 996 flg., §. 1001 — 5. u. §. 1006. 7 h. t.

§. 206. bb. Von den einzelnen Ehehindernissen. (B. §. 335—44., G. §. 9—24.)

Vgl. Daniel's Vergleichung des gem. Kirchenrechts mit dem Pr. A. L. R. in Ansehung der Ehehindernisse. 1823.

1. Ehelicher Stand des einen od. andern Theils; §. 16. u. 936. 45 h. t. vgl. mit §. 942—44. u. §. 666. 67 eod.

2. Mangel mannbaren Alters; §. 37. u. 970 h. t. vgl. mit §. 991. 992., s. aber §. 990. u. Anh. §. 66. (Rescr. v. 15. Aug. 1796. in N. C. C. Th. 10. S. 619.). S. auch Pr. des C. J. Fr. L. 2. tit. 3. §. 3. (14 u. resp. 16 J., u. si aetas etc., 12 resp. 14 J.), Pr. L. R. Tit. 1. Art. 5. §. 1. 3., u. Svarez Schlußv. S. 107. — Ueber Impotenz s. §. 696 h. t.

3. Mangel freien Willens; §. 38—40. u. §. 971., vgl. mit I. 4. §. 31 flg. u. 75 flg. u. mit §. 103 flg. h. t.; s. aber §. 41—44 h. t.

4. Mangelnder Consens Dritter.

a. Des Vaters; §. 45. 46. h. t. u. II. 2. §. 119. 20. 250. (leibl. Vater), u. § 47. 48 h. t. u II. 2. §. 758. (Adoptiv- [vgl. auch R. v. 10. Jan. 1803.] u. Pflegevater), vgl. mit §. 972 h. t.; s. aber §. 56. u. 57. vgl. mit §. 58 flg. u. A. G. O. I. 40. §. 13 flg. (Ergänzung des Consenses). S. auch Ehe-Const. v. 15. Dec. 1694. §. 4 flg. im C. C. M. I. 2. S. 117.; u. vgl. noch §. 994—98. mit II. 2. §. 412. 13. u. d. all. Const. §. 11. 14.

b. Der Mutter u. sonstiger Ascendenten; §. 49—52. („Bei noch minderj. [s. auch II. 11. §. 483. 84.] vaterlosen Waisen") vgl. mit §. 972. u. 999 h. t.; s. aber §. 1000 eod.: „Die Mutter kann ein nach des V. Tode ohne ihre Einw. heirath. minder- od. großj. Kind auf die Hälfte des Pfl.-Th. enterben", vgl. mit II. 2. §. 412. u. 437.

c. Des Vormunds und vormundsch. Gerichts; §. 49. 53—54 h. t. vgl. mit §. 69—72., u. §. 972. vgl. mit §. 999 h. t. — S. auch noch §. 55 h. t.: „Was von Minderj. verordnet ist, gilt auch von denen, welche als .. Verschw. unter Vorm. .. sind", vgl. mit II. 18. §. 338.: „Wegen der Verheir. der Pflegbef. (s. auch §. 249 eod.) ist das Erforderliche gehör. Orts vorgeschrieben (Tit. 1. §. 49 sq.)"

S. überhaupt noch II. 20. §. 1103 flg. (Ungült. der Ehe einer Entführten) vgl. mit Pr. d. C. J. Fr. §. 34.

5. Verwandtschaft; §. 3. u. 4 h. t.: „Ehen zw. Verw. in auf- und absteig. Linie sind gänzlich (Entw. §. 3.: „ehel. u. unehel. Geburt", vgl. mit II. 2. §. 612 flg.) verboten. Auch Ehen zw. voll- u. halbbürt. in od. außer der Ehe erz. Geschwistern sind unzulässig" vgl. m. §. 935., und §. 7—9 h. t. vgl. mit §. 948. 49. (Ehe mit der älteren Tante).

S. übrigens K. O. v. 1540. s. r. Vom h. Ehestand, in C. C. M. I. 1. S. 234. (Verbot der Ehen zw. V. u. Schw. „Inhalts beschriebener R. bis auf fernere Vergleichung"), Cons. O. v. 1573. s. r. Von Ehesachen ebend. S. 328. (Verb. „im 3ten u. weniger Graden gl. u. ungl. L."), Ehe-Const. v. 15. Dez. 1694. §. 17. vgl. mit P. L. R. B. 2. Tit. 2. (Verb. „im 3. Gr. ungl. L.", vorbeh. der Disp.), Ed. v. 17. März 1710. §. 9. 10. u. Ed. v. 21. Jun. 1713. §. 13. 14., ebend. II. 1. S. 506. 27. (absol. Indisp. der „in Göttl. Rechten ausdr. verbotenen" Fälle, u. regelm. Verbot aller Ehen, „da paritas rationis waltet", resp. „auch nur zu walten scheint") u. C. O. v. 3. Jun. 1740., ebend. Cont. I. S. 342.: „Da S. K. Maj. der Beförd. der Ehen in Dero Landen u. der Peuplirung derselben nachtheilig zu seyn erachten, daß für die Kön. Disp. in E.-S. Geld gegeben werde, so haben Sie ... resolvirt, dieses gänzlich zu abrogiren, und jedermann frey zu geben (s. aber Pr. des C. J.

Fr. §. 13 flg.), sich in denen Casibus, wo die Ehe nicht klahr in Gottes Wort verbothen, ... nach Gefallen zu verheyrathen", vgl. mit Svarez Schlußv. S. 103. u. Immed. Ber. v. 18. Dez. 1790. bei v. Kamptz Bd. 52. S. 127.

6. Schwägerschaft; §. 5—7 h. t. vgl. mit II. 20. §. 1033. 34., u. Anh. §. 62. vgl. mit l. 1. §. 43. 44. u. Svarez Bem. bei B. S. 27. — Ueber Quasi-Affinität s. noch Resol. v. 1. Dez. 1758. (N. C. C. II. S. 315.)

7. Adoptiv-Verhältniß; §. 13 h. t. vgl. mit §. 969. 985—89 eod.

8. Vormundschaft; §. 14. u. 968 h. t.: „Ein Vormund (s. §. 15.) soll während seiner Vorm., ohne vorhergegangene (s. aber §. 978. 80.) Genehm. des vorm. Gerichts weder sich selbst noch seine Kinder mit seinen (§. 977. „dem Pflegb.", §. 979. 85. „der Pflegb.") Pflegbefohlnen (s. §. 980 flg. „bis zur Volljährigkeit") verehelichen", vgl. mit §. 977 flg. u. §. 984.: „Ist während der Mind. .. die Ungült. nicht gerügt worden, so bleibt ihr selbst das Recht noch 6. Mon. nach zurückg. 24. J. vorbehalten".

9. Ehebruch; §. 25—29 h. t. vgl. mit § 937 eod. u. C. O. v. 4. Oct. 1810. (Mathis Bd. 10. S. 1.), u. mit §. 736. u. 37., Svar. Schlußv. S. 105. u. C. O. v. 15. März 1803. (Rabe Bd. 7. S. 323.); s. auch Pr. des C. J. Fr. §. 34. u. Rescr. v. 11. Jan. 1769. u. v. 17. Apr. 1770. (N. C. C. Th. 4. S. 5109. 6781.) so wie Ehesch. Ed. v. 1782. §. 77. 78.

10. Standesverhältnisse.

a. Adliger Stand; §. 30 flg. h. t.: „Mannspers. v. Adel können (s. aber §. 32—33. vgl. mit §. 940. u. 966.) mit Weibspersonen aus dem Bauer- od. geringerem Bürgerstande (s. §. 31.) keine Ehe zur rechten Hand schließen", vgl. mit Ed. wider die allzu ungleiche Ehen derer v. Adel v. 8. Mai 1739. u. Svarez Schlußv. S. 106.

b. Militär-Stand; §. 34. 35., Anh. §. 65 h. t. u. II. 10. §. 41. vgl. mit §. 938 h. t.; s. Ed. v. 18. Jun. 1701., 17. Jun. 1705., 21. Apr. 1709. u. Mil. Consist. Regl. v. 29. Apr. 1711. §. 11—14. in C. C. M. III. 1. S. 233. 63. 69. u. vgl. v. Kamptz Jahrb. B. 52. S. 108 flg. — Ueber die Civil-Beamten s. II. 10. §. 104. vgl. mit Anh. §. 70. (zu §. 146 h. t.), C. O. v. 17. Jun. u. 10. Dez. 1810. nebst Decl. v. 3. Sept. 1817., u. C. O. v. 31. Aug. 1824.

c. Clerical- u. Regular-Stand? II. 11. §. 98. vgl. mit §. 102. u. Rescr. des geistl. Min. v. 31. Oct. 1821. (Erg. u. Erl. zu §. 10 h. t.); s. aber §. 1171. 78. u. 1209., §. 1210. 12 eod. u. II. 2. §. 670.

d. Guts-Unterthänigkeit; §. 73 h. t. vgl. mit II. 7. §. 161—70.; s. aber Ed. v. 9. Oct. 1807. §. 10. vgl. mit Ver. v. 18. Jan. 1819. §. 5. u. G. v. 25. Sept. 1820. §. 4.

11. Religions-Verschiedenheit; §. 36 h. t.: „Ein Christ kann mit solchen Pers. keine Heirath schließen (s. §. 939.), welche nach den Grundsätzen ihrer Religion sich den christl. Ehegesetzen zu unterwerfen gehindert werden", vgl. mit Svarez Bem. bei B. S. 54. u. m. Ed. v. 11. März 1812. §. 17—19. („Ehebünd. können ausländ. J. unter sich", oder „mit ausländ. Jüdinnen schließen").

b. Von der Schließung selbst.

§. 207. aa. Vom Verlöbnisse. (B. §. 345., G. §. 25 flg.)

1) Bedingungen der Gültigkeit.

1. In materieller Beziehung; §. 75 h. t. vgl. mit II. 2. §. 119., Pr. des C. J. Fr. tit. 2. §. 12. u. 15. u. Pr. L. R. Tit. 1. Art. 1. §. 9. und Art. 5.; §. 76. 77 h. t. vgl. mit §. 78. 79 eod. u. Pr. a. a. O. §. 17 flg.,

Entw. §. 56 h. t. u. Svarez Schlußv. S. 108.; §. 80 h. t. vgl. mit §. 133—35. u. 158—64 eod.; s. auch §. 93 h. t.

2. In Betreff der Form; §. 82 flg. h. t.: „Wenn aus einem Ehegel. ein Recht auf Vollziehung der Ehe zu klagen (s. §. 91.) entspringen soll, so muß (s. aber §. 92. u. Anh. §. 67.) dasselbe gerichtlich od. (s. aber §. 83.) vor einem Notario geschlossen (s. § 85—88.) u. niedergeschrieben werden", vgl. mit Conf. O. v. 1573. §. 5. „Von heiml. u. öffentl. Verloben", Ehe-Const. v. 15. Dez. 1694. §. 11. und Decl. v. 2. Sept. 1717., Pr. L. R. v. 1721. Art. 4. u. Pr. des C. J. Fr. Tit. 2. §. 3. (Zuziehung von Zeugen bei denen „so sui juris und majorennes") u. m. Ed. v. 8. Febr. 1770. §. 11.: „Die Ehe-Verspr. sollen nicht nur nach der Const. v. 1694. .. in Gegenw. 2er Zeugen, .. sondern auch schriftlich verfaßt u. vollzogen werden, widrigenfalls unverbindlich sein"; vgl. auch Svarez Schlußv. S. 108.

2) Wirkungen.

§. 82. vgl. mit §. 112 flg. 162. u. 1035. 36 h. t.; s. aber §. 95. 96. vgl. mit Entw. §. 67. (bedingte Verlöbn.), §. 97. 98. 128—30 eod. (Verjährung), u. vgl. noch A. G. O. I. 40. §. 1. (Klage „auf Vollz. od. Aufhebung").

3) Aufhebung.

1. Gründe des Rücktritts; §. 122. u. §. 100—9. 133. 35. vgl. mit §. 111. (Revocation des elterl. ꝛc. Consenses); s. auch noch §. 110 h. t. vgl. mit Rescr. v. 20. Mai 1765. (N. C. C. Th. 3. S. 767.) u. Svarez a. a. O. S. 109.

2. Folgen: a) der unverschuldeten Auflösung; §. 122. 23 h. t. vgl. mit § 132.; b) des unbegründeten oder verschuldeten Rücktritts; §. 112. vgl. mit §. 118. 21. (Entschädigung des andern Theils), §. 113—17. 20. 33. 35. (Abfindung) vgl. mit §. 119. (Strafe des schuld. Theils), und §. 124. u. 27. vgl. mit §. 125. 26. (Rechte der Erben u. gegen die Erben).

§. 208. bb. Von dem Aufgebote und der Trauung. (B. §. 346., G. §. 31. 32.)

1. §. 138—53. u. 158 flg. h. t. u. A. G. O. I. 40. §. 6 flg. vgl. mit §. 154 flg. h. t.: „Die unterlassene Befolgung (der) Vorschr. wegen des Aufg. (vgl. §. 138. u. 152. 53.) macht die Ehe nicht ungültig".

2. §. 136 h. t.: „Eine vollgültige (s. §. 893. u. 909. u. Entw. §. 611. 23. 25 h. t.) Ehe wird durch die priesterl. Trauung (s. noch §. 137. vgl. mit Ed. v. 11. März 1812. §. 25.) vollzogen", vgl. mit §. 167—170 eod. u. II. 11. §. 435 flg. 481—84.

§. 209. 2. Von den persönlichen Rechten und Pflichten der Ehegatten. (B. §. 347., G. §. 34.)

1) Von den gemeinsamen Rechten und Pflichten.

§. 175. u. 177 h. t. (eheliches Zusammenleben) vgl. mit §. 678 flg., s. aber §. 681. u. 82 eod.: „.. Der Frau (kann) die Pfl. dem Manne zu folgen durch einen vor der Heirath geschl. Vertr. erlassen werden", u. II. 5. §. 7.; §. 174. 76. vgl. mit §. 2 h. t. (ehelicher Beistand), s. aber §. 696—98.; §. 178—80. vgl. mit §. 722. (eheliche Pflicht) u. §. 181—83 h. t. vgl. mit §. 671. (eheliche Treue); s. aber II. 20. §. 1061 flg.: „Ein

jeder Ehebruch wird, jedoch nur auf Antrag des beleidigten Ehegatten (s. §. 745 flg. h. t. vgl. mit Rescr. v. 1. Oct. 1746. in C. C. M. Cont. III. S. 87. u. Rescr. v. 9. Jan. u. 27. Jul. 1766. in N. C. C. Th. 4. S. 53. 511.), mit den Tit. 1. §. 766 sq. geordneten Strafen geahndet".

2) Von den besonderen Rechten und Pflichten der Frau.

1. In Betreff der ehemännlichen Gewalt; §. 184 h. t.: „Der Mann ist das Haupt der ehel. Gesellschaft, u. sein Entschluß giebt in gemeinschaftl. Angel. (s. II. 2. §. 74. 109. u. 5. §. 2—4. 59.) den Ausschlag", vgl. mit II. 2. §. 228. u. 18. §. 736., u. mit §. 227 h. t. u. II. 18. §. 40. 140. S. auch §. 188 flg vgl. mit II. 20. §. 565., §. 194. vgl. mit §. 202 flg. u. 211. („Was die Frau in stehender Ehe erwirbt [s. §. 105. 219. 20. 335], erwirbt sie der Regel nach dem Manne"), §. 196 flg., u. §. 701 h. t. vgl. mit Rescr. v. 28. Jan. 1812.

2. In Bezug auf Stand u. Rang; §. 192. 93 h. t. vgl. mit II. 3. §. 2., 9. §. 8. 52—55. 84., 10. §. 43. 46., 11. §. 269., 16. §. 44. 46., u. A. G. O. I. 2. §. 87 flg.

3. In Betreff des Unterhalts; §. 185—87 h. t. vgl. mit §. 256 flg.

3. Von dem Vermögen der Eheleute.

§. 210. a. Einleitung. (B. §. 348.)

1) Früheres Recht.

Vgl. Pr. des C. J. Fr. P. I. Lib. 2. tit. 4., u. s. insb. §. 20. 21.: „Es wird erfordert, daß der Dos ausdr. als ein Brautschatz constituirt werde, .. (u.) werden in dubio alle der Frau Güter vor Paraphernal-Güter gehalten. Wenn also eine Fr. all ihr Verm. dem Ehem. zur Admin. übergiebt u. demselben den Nutzen davon überlässet, ohne des Brautsch. Meldung zu thun, gehören diese Güter ad Paraph.", §. 92—94.: „Alles, was eine Ehefrau, außer dem Brautschatz, nach vollbr. Heirath acquirirt, es sey durch Erbsch., Verm., Schenk. ꝛc., gehöret zu denen Paraphernalen... Das Eigenth. dieser Par.-G. gehöret der Frauen zu, dergest. daß sie nach Gefallen sowohl unter Lebenden als Todten davon disponiren; der Mann also hat bloß die Admin. und den Nießbrauch. .. Es differiren also die Paraph.-G. von denen Dotal-G. 1) daß der Ehem. in denen letzteren dominus civilis (s. §. 65 flg.), in denen ersteren aber bloß Administrator u. Usufructuarius ist, 2) daß er die Dot.-G., wenn sie bew. seyn, veräußern könne, welches aber in denen Par.-G. nicht statt hat", und §. 99. 100.: „Außer d. Dot.- u. Par.-G. haben die Fr. auch öffters Receptitien-Güther, .. welche die Fr. vor der Hochzeit sich .. reservirt. In diesen Stücken behält die Fr. das Eigenth. und die Admin. nebst der Nutzung", vgl. mit §. 95. u. 101.: „Es muß aber die Fr. erweisen, was sie dem Mann an Paraph. inferirt hat, welches in Concursu ... bloß durch ein gericht. Prot., daß dergl. Paraph. gerichtl. ausgezahlt worden, geschehen kann,.. (u.) was sie dem Manne an Recept. eingeliefert habe, welches nicht anders als judicialiter geschehen kann", u. mit Pr. des Cod. Fr. March. IV. 9. §. 77. 79. u. Conc. O. v. 1722. §. 153. 55—57. u. 81. — S. auch Pr. L. R. v. 1721. B. IV. Tit. 14. vgl. mit Tit. 6. Art. 6. §. 1., u. vgl. L. C. Heydemann's Elem. der Joachimischen Const. v. J. 1527. S. 220 flg.

2) Grundprinzip der landrechtlichen Gesetzgebung.

1. Entw. §. 147 flg.: „Das Verm. der Eheleute besteht in dem, was

sie einander zubringen, oder in stehender Ehe erwerben (s. §. 156.). Das Vermögen des Mannes wird durch die Schl. der Ehe in seiner Natur u. Beschaff. nicht verändert. Das Verm. der Frau ist entw. dem Manne eingebracht oder ihr vorbehalten ... Ist (ein) schriftl. Vertr. nicht vorhanden, so wird das sämmtl. Verm. der Frau außer ꝛc. .. als Eingebrachtes angesehn", vgl. mit Note zu §. 155.: „Die nach dem Röm. R. statt find. Untereinth. des Eingebr. in Dotal- u. Paraph. Verm. ist nicht beibehalten worden, weil die Lehre de dom. dotis auf allzufeinen, oft spitzfindigen Unterscheidungen beruht ꝛc."

2. A. L. R. §. 205. u. 10 h. t.: „Durch die Vollz. der Ehe geht das Verm. der Frau in die Verwaltung (s. aber §. 231.) des Mannes über, so fern diese Verw. der Frau durch Gesetze od. Verträge nicht ausdr. vorbehalten worden. Was weder durch solche Vertr. noch verm. des Ges. der Frau vorbeh. ist, hat die Eigenschaft des Eingebrachten", u. §. 345.: „Die Gemeinsch. der Güter unter Eheleuten findet nur da statt (vgl. v. Grolman's Bem. bei B. S. 108.), wo sie durch Prov.-Ges. (s. aber Publ. Pat. für Posen v. 9. Nov. 1816. §. 12.) oder Statuten (od. Vertrag, §. 354.) eingeführt ist", vgl. mit Svarez Schlußv. S. 110—12.: „.. Nach allg. deutschen Gewohnh.-Rechten, die auch in unsern Prov. durchgehends angenömmen sind, hat sich der Begr. der Paraph. ganz geändert, u. der Mann ist legitimus admin. et usufr. des Paraph.-Verm. der Frau, insofern sie nicht .. eins od. das andere Verm. Stück .. zum Receptitio gemacht hat. Der ganze reelle Unterschied zw. Dot.- u. Paraph.-Verm. ist also jetzt wirklich aufgehoben, und beide sind unter d. allg. Benennung des Eingebr., der Illatorum, begriffen. Das s. g. Dom. dotis kann .. dergl. zur Noth noch in einem Compendio, nicht aber in der Sache selbst begründen... Das G. B. hat also mit Recht eine Dist. inter bona dot. et paraph. übergangen, die bloß noch in die Schule gehört und gar keinen prakt. Nutzen hat ꝛc."

3) Verhältniß zum Particularrecht.

Vgl. Publ. Pat. Art. 7. mit §. 345. 50. 54. 60. 96. u. §. 495 h. t.

4) Verhältniß zur Privatwillkür.

a) Von Eheverträgen.

1. Zulässigkeit derselben; §. 205. 10. u. 251 h. t. vgl. mit §. 252. 354. u. 412 flg., u. mit II. 2. §. 77.

2. Form derselben; §. 208. 9 h. t.: „Was (außer dem gesetzlichen, §. 206. 7.) vorbeh. Verm. sein soll, muß durch Vertr. dazu ausdr. bestimmt werden. Je nachdem dergl. Vertr. vor oder nach der Hochzeit errichtet wird, muß dabei die §. 82. sq. (s. oben §. 207. vgl. mit A. G. O. II. 1. §. 10.) od. §. 198 sq. bestimmte Form beob. werden", vgl. mit §. 198—200 eod.: „.. wo die Fr. in stehender Ehe zu etwas, wozu sie die Ges. nicht verpfl., dem Manne oder zu dessen Vorth. verb. gemacht werden soll, muß (unter Zuziehung eines Beistands? §. 200 h. t. u. A. G. O. I. 1. §. 18.; od. Curators? II. 18. §. 41. 42.; od. Rechtskund.? §. 343 h. t. u. Anh. §. 75. vgl. mit §. 358.) der Vertr. .. gerichtlich (s. auch §. 441. 42.) vollz. werden. Aus bloßen außerger. Vertr. zw. M. u. Fr. können daher für Letztere zwar Befugn., aber keine Verb. entstehen", u. mit §. 215. 16 eod.: „Auch die Eheleute können obige gesetzl. Best. (§. 210—12.) durch ausdr. Vertr. unter sich abändern. Sollen aber Grundst. od. Capit. .. durch solche Vertr.

Vertr. die Eig. des Vorbehaltenen auch in Bez. auf einen Dritten erlangen, so müssen sie auf den Namen der Fr. geschrieben werden", vgl. mit A. G. O. II. 3. §. 18. u. §. 251. 53 h. t. — S. aber über Güter-Gem. Vertr. §. 356. vgl. mit §. 354 h. t.

b) Von Dispositionen Dritter.

§. 214. u. §. 276. 77 h. t.: „Eltern, Verw. u. Freunde (Entw. §. 191.: „Fremde"; s. auch §. 278 h. t. vgl. mit II. 2. §. 154.), welche den Ehel. etwas .. zuwenden (vgl. I. 11. §. 1047. 48.), sind berechtigt (s. aber §. 278. 79.) Beding. festzusetzen ꝛc. ꝛc. Verordnen sie (über derart. Verord. d. Ehel. selbst s. §. 478. 79. vgl. m. II. 2. §. 305., 18. §. 738. 39.), daß dergl. Zuwendung (scil. Geldsumme od. Capital; §. 280. 84.) zum Besten der aus dieser Ehe erzeugten Kinder (Entw. §. 191.: „der Familie") aufbew. werden solle, so heißt dieses ein Erbschatz", vgl. mit Note zu §. 191 cit. des E. u. Svarez Schlußv. S. 113. S. auch II. 18. §. 738—40. u. §. 782. 83. 93. vgl. mit §. 415 h. t.

§. 211. b. Vom eingebrachten Vermögen der Frau. (B. §. 349. 51. 52.)

1) Bestandtheile desselben.

a) Ausstattung oder Aussteuer und Mitgabe oder Brautschatz.

1. Begriff; II. 2. §. 203. 243. 288 292. vgl. mit I. 11. §. 1047., 12. §. 447., II. 1. §. 279. 99., 11. §. 1185. 91. 95., 17. §. 162. u. 18. §. 339.; s. aber auch §. 206 h. t. u. vgl. noch §. 1065 flg. eod. (Ausstattung der Geschwister), II. 2. §. 304 flg. (Ausstattung bei der Collation).

2. Ausstattungspflicht der Verwandten.

a. Des Vaters u. der Mutter; II. 2. §. 235. 36. vgl. mit §. 243 flg.; s. aber §. 234. 45. 88—92 eod. vgl. mit II. 1. §. 299., §. 237 flg. u. §. 242 eod., so wie Svarez Schlußv. S. 138.

b. Der übrigen Ascendenten und der Geschwister; II. 18. §. 339. 340.: „Mit Bestimmung u. Herbeischaffung der Ausst.-Kosten ist es wie mit den Erziehungs-Kosten (s. §. 309. vgl. mit II. 3. §. 14 flg., zu halten. Doch sind bei unvermögenden Pflegbef. nur Verwandte in aufst. Linie u. Geschwister, die bereits ausgestattet sind, zum Beitrage verpflichtet", vgl. mit II. 2. §. 297 flg. 313 flg.; s. auch Proj. des C. J. Fr. tit. 4. §. 33—35.

b) Eignes (freies und nicht freies) Vermögen der Frau.

§. 205 h. t., II. 2. §. 228—31. 34. 45. u. II. 18. §. 736. 37. 42 flg. vgl. mit II. 2. §. 158. 59.

c) Erwerb der Frau während der Ehe.

§. 211 h. t. (s. oben §. 209 sub 2.) vgl. mit §. 260. u. 544. (Präs. für Eig. des Mannes, s. aber §. 756.), u. §. 212 eod.: „Was die Fr. während der Ehe durch Erbsch., Geschenke oder Glücksfälle bekommt, wird (s. aber §. 213 flg.) dem Eingebrachten beigerechnet", vgl. mit §. 217. 18.: „Was die Fr. von den Eink. des vorbeh. Verm. erspart, wächst diesem Verm. zu. Es muß aber dergl. Ersp. zur Zeit der Absonderung des Verm. der Fr. auf den Namen der Fr. geschrieben (Entw. §. 163.) sein, oder es muß sonst klar erhellen, daß sie den Besitz der ersp. S. oder Gelder (s. §. 562.) noch nicht aufgegeben habe", und mit §. 219. 20. (fehlen im Entw.): „Grundst. u. Cap., die von den Eink. eines besondern Gewerbes der Fr. angeschafft u. zur Zeit der Verm. Absond. auf ihren Namen geschr. sind, gehören eben-

falls zum Verm. der Fr. Sie haben aber, wenn das Gew. nicht bloß mit dem vorbeh. Verm. der Fr. getrieben oder sonst ein anderes ausdr. verabr. worden, nur die Eig. des Eingebrachten", u. A. G. O. I. 50 §. 317.: „Auch dasjen., was eine Frau durch ein in steh. Ehe getrieb. besondres Gewerbe erworben hat, ist, wenn es nicht zu dem ausdr. vorbeh. Verm. gehört, der Vind. keineswegs unterworfen".

2) Rechte des Ehemannes.

1. Im allgemeinen; §. 205 h. t. („in die Verwaltung des Mannes") u. §. 231 h. t. („alle Rechte und Pfl. eines Nießbr.") vgl. mit Entw. §. 171. u. §. 256. 64 h. t. (Verw. u. Nießbr.); s. auch §. 257.: „Die, auch einseitigen, Gläub. des M. sind befugt, sich an diesen Nießbrauch (s. aber C. O. v. 7. Dez. 1833.) zu halten", und §. 338 flg. h. t. — Vgl. überhaupt Svarez Schlußv. S. 112.

2. Insbesondre von dessen Verwaltungs- u. Dispositionsrechten.

a. In Betreff der Mobilien; §. 247 h. t. („freie Verfügung") vgl. mit §. 559. u. 60. (s. Entw. §. 386. 87.), u. §. 561 eod. (fehlt im E.): „... zu einer Schadlosh. ... nur in so fern verbunden, als die Vernichtung, Veräuß. oder Verring. durch Vorsatz od. grobes Vers. des M. erfolgt ist"; s. auch A. G. O. I. 24. § 77. (fehlt in C. J. Fr.) vgl. mit Ver. v. 7. Apr. 1838. — Ueber d. Begr. von „Mobilien" s. I. 2. §. 10. u. 18.; vgl. aber A. G. O. I. 50. §. 312. [„eingebr. Effecten"] mit §. 13. l. c.

b. Rücksichtlich der Immobilien; §. 232. 587. 96. 97. vgl. mit I. 15. §. 7.; s. aber §. 234. u. 39. vgl. mit Svarez Schlußv. S. 113.

c. In Ansehung der Capitalien; §. 233. vgl. mit 243. 44. u. 553 flg.; s. aber §. 234—37. vgl. mit §. 238.: „... Der Mann ist ein (eingezogenes) Capital anderweit auf den Namen der Fr. (s. §. 556—58. vgl. mit §. 551. 52.) entw. bei sich selbst oder einem Dritten .. zu belegen verbunden", u. §. 239 eod.

d. In Betreff der baaren Gelder; §. 241. vgl. mit §. 548. 50. 51. 56. u. vgl. überhaupt noch ad b—d II. 18. §. 762. 63.

e. Rücksichtlich neuer Erwerbungen; §. 240. 41.: „Grundst. u. Gerecht., welche während der Ehe aus dem Eingebr. angeschafft (üb. neue Mobilien s. §. 560.), oder Cap., welche von diesem Verm. ausgethan worden, werden nur in so fern Eig. der Fr., als sie auf ihren Namen geschr. sind. Außer diesem Falle ist sie wegen der verwend. Summen nur als Gläub. des M. anzusehen", vgl. mit §. 592—94. u. A. G. O. I. 50. §. 320 flg.

f. In Bezug auf Prozesse; §. 245. 46 h. t. vgl. mit A. G. O. I. 2. §. 19. 20. 22.

3. Ueber die Concurrenz des Vormunds minderj. Ehefrauen, s. II. 18. §. 737. 42 flg. vgl. mit II. 2. §. 159.

3) Rechte der Ehefrau.

1. Im allgemeinen; §. 205. u. 231 h. t. vgl. mit I. 21. §. 99. 100. u. §. 439 flg. 481 flg. h. t.; s. aber §. 320 flg. vgl. mit §. 335 flg. eod. (Schulden der Frau).

2. In Bezug auf Rückgewähr.

a. §. 242. 54. 59 h. t. u. A. G. O. I. 50. §. 312 flg. u. 406., vgl. mit §. 272 h. t.; s. aber §. 274. 75 eod. (vgl. Conc. O. v. 1722. §. 162. u. C. J. Fr. IV. 12. §. 67.) vgl. mit II. 20. §. 1485—87. (s. Banquer.-Ed. vom 4. Febr. 1723. §. 7. u. Decl. v. 17. Apr. 1728.) u. mit A. G. O. §. 412. (gesetzl. Pf. R. u. Vorz. R. im Conc.) — Ueber Gleichstellung der Judenweiber s. Conc. Ord. v. 1722. §. 159. u. Pr. d. C. Fr. March. IV. 9. §. 52.

b. §. 255 h. t. (Recht auf besondre Caution bei „wahrsch. Besorgn. eines bevorst. Verlusts") vgl. mit II. 18. §. 750—52. u. 764 flg.

c. §. 258 flg. h. t.: „Wenn der M. die Verb. (seiner Fr. u. den mit ihr erz. Kind. den nach Verh. ihres Standes nothw. Unterhalt zu gewähren, §. 256.) nicht mehr zu erfüllen vermögend ist, so kann die Fr. ihr Eingebr. zurückfordern (s. aber § 261—63. u. 264. 65.), u. allenfalls auf Eröff. des Conc. über d. Verm. des M. antragen".

§. 212. c. Vom vorbehaltnen Vermögen der Frau. (B. §. 349. 50.)

1) Umfang deffelben.

1. Gesetzliche Receptitien; §. 206 h. t. vgl. mit §. 213. 314. u. A. G. O. I. 50. §. 315. („was nach seiner Beschaff. [s. aber §. 223. 316.] zum [alleinigen] Gebr. der Fr. gewidmet ist"), u. mit §. 172 h. t. u. A. G. O. §. 312. 13. (Hochzeit- u. Brautgeschenke), §. 207 eod. („bei Schließ. der Ehe vom Mann versprochene [s. §. 269. u. A. G. O. §. 313. 406.] Morgengabe") u. §. 217 flg. h. t. (s. oben.)

2. Eigentliche Receptitien; §. 208. 9. 14. 15. vgl. mit §. 172 h. t.

2) Rechte der Frau.

§. 221. vgl. mit §. 228. 29. u. mit §. 248—50. u. 546., §. 222. vgl. mit §. 223. u. 316., §. 230. vgl. mit A. G. O. I. 1. §. 16. 19., §. 310 flg. (s. oben §. 165.) u. §. 318. 19 h. t.; s. auch §. 269. u. A. G. O. I. 50. §. 312 flg. 406. (Pf. u. Vorz. R. im Conc. für gesetzl. Recept.)

3) Rechte des Mannes.

1. §. 224—27 h. t. (Controlle u. Curatel) u. §. 322. 33. 39. 40. (Regreß wegen Schulden u. Eviction).

2. §. 270 eod.: „Auch wegen des vorbeh. u. nicht mehr in Natur vorh. Verm., dessen Besitz u. Verwaltung (über den Fall eines Darlehns s. §. 271.) der M. in steh. Ehe überkommen (A. G. O. §. 433.: „nach sich genommen od. in Admin. erhalten") hat, gebührt der Frau ein in der C. O. näher best. Vorrecht vor andern Gl." u. §. 547.: „Hat die Fr. ihr vorbeh. Verm., ganz od. zum Theil, dem M. zur Verw. od. sonstigen Verfügung übergeben (vgl. §. 251—53 h. t. u. s. §. 562.), so hat dasselbe in Anf. des M. u. seiner Erben (fehlt im Entw. §. 379.) mit dem Eingebr. gleiche Rechte", vgl. m. C. O. v. 1722. §. 132. 181., u. Pr. des C. Fr. March. IV. 9. §. 43. 77. 105.

§. 213. d. Vom Erbschatze. (B. §. 353.)

1. Begriff u. Bedingungen; §. 277 flg. h. t. (s. oben §. 210 sub 4. b.)

2. Bestellung u. Aufhebung od. Abänderung; §. 281—84 h. t. vgl. mit A. G. O. II. 1. §. 9., §. 294. vgl. mit §. 762. 80. u. §. 298—301. vgl. mit II. 18. §. 30.

3. Wirkungen; §. 287 flg. h. t.: „So lange die Ehe .. besteht, gebührt die Verwalt. u. der Nießbrauch (s. §. 291—93. u. 286. vgl. mit §. 305 flg.) dem Manne, in so fern nicht der Best. ein andres ausdr. verordnet hat. Nach getrennter Ehe (s. aber §. 762. 80.) fällt der Nießbr. dem überlebenden (s. §. 540. 41. u. II. 2. §. 296.) oder unschuldigen (§. 778. vgl. mit §. 761.) Eheg. zu. Auch das Eig. fällt demselben anheim (§. 781. vgl. mit §. 761. u. 764. 65. 82.), wenn .. keine Kinder vorhanden sind. (Sonst) erlangen (s. aber §. 761. u.

778.: „fällt zu") diese das Eig. nach den im folg. Tit. (2. §. 294 flg.) enth. Bestimmungen", vgl. mit §. 282. 83. 96. 97. 303 h. t.

e. Von der ehelichen Gütergemeinschaft.

Vgl. G. Phillips die Lehre von der ehel. G.-G. mit besonderer Rücks. auf Pr. prov. u. allg. Rechte. Berl. 1830., P. Fr. Deiters die ehel. G.-G. nach dem Münster'schen Prov. R., dem Pr. L. R. u. ihrem Verh. zu einander. Bonn 1831., u. s. noch über einzelne Bearb. der Provinc. Rechte Ergänz. u. Erläut. ꝛc. ad §. 345 h. t. — S. auch Svarez Schlußv. S. 115—17.

§. 214. **aa. Begründung und Aufhebung. (B. §. 358. u. 362., Ph. S. 42., 124. u. 177., D. §. 137—144. u. 152.)**

1) Von der vertragsmäßigen G.-G.

1. Einführung derselben.

a. Bedingungen; §. 354 h. t. („nur vor [s. aber §. 355. 61 eod. u. Rescr. v. 14. Febr. 1834.] Vollziehung der Heirath"), vgl. mit §. 357. 358. (Zuziehung des Vaters od. rechtsk. Beistands) u. II. 18. §. 799. (Abschl. durch den Vormund; s. auch II. 2. §. 125. 59.)

b. Form; §. 356 eod. u. II. 17. §. 56., vgl. mit A. G. O. II. 1. §. 9. u. 3. §. 19. und Rescr. v. 20. Jul. 1795. [s. Anh. §. 76.], mit Ges. v. 20. März 1837. §. 1—3. u. 5. (gerichtl. Abschl. od. Anerk.), u. mit §. 366—368 h. t. (Eintr. im H. B.). — S. auch noch §. 359 eod.

2. Wiederaufhebung.

a. Durch Vertrag; §. 419 h. t. („zu allen Zeiten"), §. 422. 23. u. A. G. O. §. 9 cit. vgl. mit §. 428. 29. (gerichtl. [s. auch §. 427. u. arg. §. 209.] Abschl. u. öffentl. Bekanntm.), §. 424. u. A. G. O. §. 19 cit. vgl. mit §. 430 h. t. (Löschung im H. B.) u. §. 431. 32 eod.

b. Durch einseitigen Rücktritt; §. 420. vgl. mit §. 392 flg. 410., u. §. 421. (Ueberschuldung u. Concurs); s. auch II. 18. §. 781.

2) Von der gesetzlichen G.-G.

1. Entstehung; §. 350 h. t.: „Durch Prov.-Ges. u. Stat. wird die Güterg. nur alsdann begründet, wenn an dem Orte (s. §. 369.), wo die Ehel. nach vollzog. Heirath ihren ersten (s. aber §. 352. 55.) Wohnsitz nehmen (über Collision bei mehreren Wohnorten s. §. 347—349.), dergl. Gesetze vorhanden sind", vgl. mit §. 346.: „Die statut. G.-G. erstreckt sich nicht auf Ehel., welche . . verm. ihres Standes (s. A. G. O. I. 2. §. 43 flg. vgl. mit §. 40., A. L. R. II. 8. §. 3. 4. 6., u. Publ. P. v. 9. Nov. 1816. §. 12.) von der Gerichtbark. der ordentl. Obrigkeit des Orts ausgenommen sind". S. auch §. 365. 68. vgl. mit §. 367. (Eintr. auf auswärts belegene Grundst.)

2. Ausschluß vor Schließung der Ehe; §. 412 h. t. vgl. mit §. 422 flg. (s. oben u. vgl. Decl. der H. O. v. 14. Jun. 1726. §. 12.) u. Ges. vom 20. März 1837. §. 4., u. mit II. 18. §. 780. u. 93. (Ausschl.-Recht des Vaters und Vorm.). — S. auch noch II. 18. §. 782 flg. (stillschweigender [§. 784.] vorläufiger Ausschluß [§. 796.] der allg. G.-G. [§. 798.] bei Heirath weiblicher [§. 415 h. t. vgl. mit Svarez Bem. bei B. S. 172. s. aber Rescr. v. 14. Aug. 1820.] Pflegbef.) vgl. mit §. 790. 91. 94. 797 eod.

3. Aufhebung u. Aenderung während der Ehe.

a. Durch Wechsel des Wohnorts oder Gerichtsstandes; §. 351. 53. vgl. mit §. 352. h. t.

b. Durch Vertrag; §. 413. u. Entw. Note zu §. 287., vgl. mit §. 418.: „Ueberhaupt steht es den Ehel. frei, die Folgen der G.=G., so weit sich dieselben nur auf ihre künft. Succ. erstrecken, durch Vertr. aufzuheben od. abzuändern".

c. Durch beides zugleich; §. 417.: „Geschieht die Verlegung des Wohnsitzes . . an einen Ort, wo sie nicht statt findet, so kann die unter den Ehel. entstand. G.=G. durch Vertrag (s. §. 425. u. 431. 32.) wieder aufgehoben werden".

d. Durch einseitigen Rücktritt; §. 392 flg. h. t. („auf die Absonderung des Verm. antragen"; s. Entw. §. 267. 68.) vgl. mit §. 410. („auf die Absond. des Erwerbs jedoch nur in Anf. der Zukunft").

S. noch §. 352—55.: „Wenn Ehel. ihren Wohnsitz von einem Orte, wo keine G.=G. obwaltet, an einen andern Ort, wo dieselbe statt findet, verlegen, so müssen (s. aber §. 416.) alle von ihnen an diesem letzteren Ort vorgen. Handl. in Bezug auf einen Dritten nach den Regeln der G.=G. beurtheilt werden, ... und können sie sich derselben, auch in Anf. der Erbfolge, durch Vertr. unterwerfen", vgl. mit Entw. §. 244.

§. 215. bb. Wirkungen der G.=G. (B. §. 359—61., Ph. S. 131. 188. 256., D. §. 145 flg.)

1) Allgemeine Bemerkungen.

1. Verhältniß der landrechtl. Gesetzgebung zum Part.=Recht ꝛc.; §. 360 h. t.: „Wo Vertr., Stat. od. Prov.=Ges. nicht ein Andres ausdrücklich (vgl. Entw. §. 246. 47. u. Svarez Bem. bei B. S. 165.) verordnen, da finden .. (die) nachsteh. (s. aber §. 349.) allg. Vorschr. Anwendung", vgl. mit Gutacht. d. G. C. v. 22. Oct. 1800 (N. C. C. Th. 10. S. 3162.) u. mit Ver. für Westph. Prov. v. 8. Jan. 1816. (Herstellung der allg. ehel. G.=G., so wie sie vor Einf. des Fr. R. „nach Prov.=Ges., Stat. und Gewohnheiten bestanden hat").

2. Rechtliche Natur der landrechtl. G.=G. überhaupt; §. 365. 73 h. t. (Miteigenthum), vgl. mit §. 377 flg., §. 653. 54. u. §. 637 eod.: „Von dem gemeinsch. Verm. nimmt der überlebende Ehegatte die eine Hälfte als sein Eig. zurück", u. mit I. 17. §. 6—8. u. 176 flg. (s. oben §. 170.)

3. Arten der G.=G.; §. 348. 59. 96. u. I. 17. §. 176. 77. (G. aller Güter und G. des Erwerbs).

4. Beginn und Dauer der Gemeinschaft; §. 360. vgl. mit §. 397 flg. u. II. 18. §. 790., §. 361. vgl. mit §. 352. 53. u. 416., u. §. 427. 28. vgl. mit Ges. v. 20. März 1837. §. 4. (Wirksamkeit des Ausschl.=Vertr.)

2) Von der allgemeinen G.=G.

1. Umfang der gemeinen Masse; §. 363 h. t. („alles, was der freien Veräuß. [s. §. 787 h. t.] eines jeden .. Eheg. unterw. ist"), §. 370. („. . gehören die Nutzungen in der Regel [s. Entw. §. 256.] zum gem. Verm."), u. §. 371. 72 eod. (beiders. ehel. Erwerb), vgl. mit §. 391 flg. (voreheliche Schulden beider Theile). S. aber über die Möglichkeit eines Sonderguts §. 364. vgl. mit §. 640. 41., §. 367. u. §. 373—76. vgl. mit §. 216 eod.

2. Verhältniß der Ehegatten.

a. Rechte des Mannes; §. 377.: „Dem Ehemanne gebührt die Ver-

waltung des gem. Verm.", u. §. 380 flg.: „Außerdem (scil. Veräuß. u. Verpf. von Grundst. u. Gerecht., u. Einz. von Capit.) gelten alle (s. §. 381 flg.) von dem Manne in Anf. des gem. Verm. auch einseitig (s. §. 378. 79.) getr. Verfügungen, u. das Verm. (s. aber §. 386. vgl. mit Entw. §. 265.) haftet für alle während der Ehe von ihm gemachten (s. §. 384. 85.) Schulden".

b. Rechte der Frau; §. 378. 79. vgl. mit §. 387. 88. u. mit §. 232 fl. (Consensrecht bei Veräuß. u. Verpf.), §. 381 — 83. (Widerruf u. Anrechnung von Schenkungen ꝛc.), u. §. 389.: „Schulden einer in der G.-G. lebenden Frau (über Geldstr. s. §. 390.) sind nur in den §. 322. 325—28. best. Fällen gültig und in Anf. des gemeinsch. Verm. (s. aber arg. §. 320.) verbindlich".

3) Von der Gemeinschaft des Erwerbs.

1. Bestandtheile des Gemeinguts; §. 396 h. t. („... erstreckt sich der Regel nach (s. §. 402 — 4.) auf den gesammten Erwerb beider Theile") vgl. mit §. 397 — 401. (gerichtl. Inventur), u. § 405 eod. (Nutzungen „von allen [s. Entw. § 278] Stucken" des Sonderguts).

2. Rechtsverhältniß der Ehegatten; §. 378 — 88. u. §. 411., vgl. mit §. 407. 8. (Schulden des Mannes u. vorehel. Sch. der Fr.), und mit §. 406. 9.: „Durch die G. des Erw. wird kein Eheg. zur Bezahlung der besondern Schulden des andern aus der Substanz seines Verm. verpfl. Wird durch die besondern Gl. des Einen der gemeinsch. Erw. geschwächt, so kann der Andere Ersatz aus dem eigenth. Verm. des Erstern fordern".

4. Von der Auflösung der Ehe.

a. Durch den Tod.

§. 216. aa. Von den Folgen in persönlicher Beziehung. (B. §. 338., G. §. 42. 51.)

1. Im allgemeinen; §. 17. u. 666 h. t. vgl. mit Circ. v. 6. Jun. 1774. u. Rescr. v. 25. Nov. 1777. in N. C. C. Th. V. 3. S. 15. u. VI. S. 1051. (Aufl. des Ehebands), §. 434. 35 h. t. vgl. mit A. G. O. I. 50. §. 362 — 66. (Beerdigungspflicht) u. §. 436. 37. vgl. mit Regl. v. 7. Oct. 1797. §. 5 — 7. in N. C. C. Th. X. S. 1433. (Trauerpflicht). S. auch II. 8. §. 57. 238—40., 9. §. 52. 55. 63., 19. §. 13., A. G. O. I. 2. §. 90 flg. (Fortdauer der Standesverh. ꝛc. für die Wittwe).

2. Von der Ehe innerhalb des s. g. Trauerjahres; §. 24 h. t. vgl. mit Ed. v. 26. Jul. 1747. bei Mylius Cont. III. S. 180. u. Resc. v. 8. Nov. 1752. in N. C. C. Th. I. S. 393 (Ehe des Wittwers); §. 19—23. u. 1006. 1007. vgl. mit Rescr. v. 3. Febr. 1738. bei Mylius Cont. I. S. 127. u. Resc. v. 26. Jul. 1763., 25. Jun. 1765., 9. Dez. 1767. in N. C. C. Th. 3. S. 253. 931. u. Th. 4. S. 999. (Ehe der Wittwe).

3. Von der Ehe vor Auseinandersetzung mit den Kindern; §. 18. u. 1001 — 5 h. t. u. II. 18. §. 34. 35. 103. vgl. mit Vorm. Ord. v. 23. Sept. 1718. §. 72., Conc. O. v. 1722. §. 10. u. Resc. v. 10. Apr. 1730. (C. C. M. II 2. S. 81. 116., u. II. 1. S. 803.). S. auch über sonst. Strafen der 2ten Ehe Pr. des C. J. Fr. Tit. 3. §. 7. vgl. mit Rescr. v. 30. Nov. 1756. (N. C. C. Th. 2. S. 191.), u. vgl. noch über Strafb. u. Regreßpfl. der Pfarrer Rescr. v. 3. Nov. 1683. u. 7. Jan. 1690., Circ. Ver. v. 28. März 1714. u. Ver. v. 9. Jan. 1719. (C. C. M. I. 2. S. 93. 107. 187. u. I. 1. S. 533.)

§. 217. bb. Von den Wirkungen in Betreff des Vermögens. (B. §. 363. 64.)

1) Uebersicht.

Vgl. über 1) Erbfolge des überlebenden Ehegatten u. Aussonderung des wirklichen Nachlasses, §. 438 flg. 621 flg. 638 flg. h. t. (unten B. V.) u. §. 501 flg. 618 flg. eod.; 2) über Herausgabe des Erbschatzes §. 288. u. 540. 41. (s. oben §. 213.); 3) über Ausantwortung des vorbehaltenen Verm. der Frau §. 545. 46 h. t. u. §. 547 eod. (s. oben §. 212.)

2) Von der Rückgabe des eingebrachten Vermögens.

1. Im allgemeinen; §. 614. 15 h. t.: „Der Nießbr. des M. .. nimmt mit dem Tode des einen oder andern Eheg. ein Ende. Sowohl wegen der Nutz. des Sterbejahrs als der früheren Jahre findet alles das Anwendung, was wegen Auseinandersetzung zw. dem Nießbr. u. Eigenth. . . verordnet ist".

2. Restitution des baar eingebr. Vermögens; §. 548. 49 h. t. und §. 550 eod. vgl. mit §. 556—58. (Ausleihung ohne Beistimmung der Fr.)

3. Ueberweisung der eingebr. od. mit Willen der Fr. ausgeliehenen Capitalien; §. 551—53 h. t. vgl. mit §. 554. 55. (Verhaftung des M.)

4. Herausgabe der a) ohne Taxe, oder b) sub aestim. vendit. oder taxat. causa eingebr. Mobilien; §. 559—61., §. 563. u. §. 564—67. vgl. mit §. 568. 69.

5. Rückgewähr der Grundst. u. Gerechtigkeiten; §. 570 flg. u. Svarez Schlußv. S. 120—24.

a. Wahlrecht des Ueberlebenden zw. Restitution in Natur od. Werth; §. 570 h. t.: „. . Wenn (die Frau) zuerst stirbt, (so hat) der Mann die Wahl, ob er das Grundst. zur Verlass. zurückgeben oder dafür den Werth bezahlen wolle", vgl. mit §. 581. 82.: „Stirbt der Mann zuerst, und ist das Grundst. nach einem Anschlage eingebr. worden, so steht es in der Wahl der Frau, ob sie das Grundst. zurücknehmen oder den angeschl. Werth . . fordern wolle. Hat der verst. M. das Grundst. zu keinem angeschl. Werthe übernommen, so muß die Fr. mit der Zurücknahme sich begnügen"; s. aber §. 593. 94. u. §. 604—7 eod. (Wahlrecht des M. u. seiner, resp. der Fr. od. ihrer Erben in Betr. der währ. der Ehe vom M. gemachten neuen Erwerb.)

b. Werthsberechnung für die Rückgewähr in Gelde; §. 571 h. t. vgl. mit §. 583. 84. (Einbr. „nach einem gewissen Anschlage"), §. 602. 3. (Verbess.), §. 608. (Verring. der Subst.), u. §. 572—76. u. 577—80 eod. (Werthsbestimmung durch die Erben der Fr., resp. durch gerichtl. Taxe) vgl. mit §. 609. 10. (Verbess.)

c. Art der Natural-Rückgewähr; §. 585. und 611. 12 h. t. vgl. mit §. 586 flg. 613 (Verbess.), §. 592—94. (wieder od. neu erworb. Pertin.), §. 595. 613. (Verschlecht.) u. §. 596—600. (veräußerte Pertin.).

3) Von der Auseinandersetzung bei bestandener G.-G.

1. Im allgemeinen; §. 635. 36. vgl. mit §. 658—60. u. 662 63 h. t. vgl. mit §. 400. 1. (Ausscheidung des Sonderguts); §. 637 h. t. (Theilung des Gemeinguts) vgl. mit §. 640. 41. (Voraus beider Theile) u. §. 648—52. (Wahlrecht des Ueberlebenden).

2. Von der s. g. fortgesetzten G.-G.; §. 634 h. t.: „Die G.-G. unter Ehel. wird durch den Tod des Einen von ihnen geendigt". S. jedoch §. 653 flg. h. t.: „Bis zur wirkl. Auseinandersetzung (s. §. 661.) bleibt der überlebende Eheg. mit den Verwandten des Verst. im

Miteigenth. (s. §. 654. 55.) der zur Zeit des Sterbefalls vorhanden gewesenen gemeinschaftl. (§. 654. „ungetheilten") Masse; ... (desgl.) im Besitze und in der Verwaltung (s. aber §. 657.) des gemeinsch. Vermögens", u. II. 18. §. 410 flg.: „Hat die überleb. Mutter der Pflegbef. mit dem Vater derselben in der G.-G. gelebt, so steht ihr frei, auf deren Fortsetzung (s. §. 411—413.) mit den noch nicht abgefundenen Kindern anzutragen. . . Wegen der Auseinanders. des Vaters mit seinen Kindern aus voriger Ehe finden auch bei der G.-G. die Vorschr. des §. 35. 36. Anwendung", vgl. mit §. 406 eod. („. . wenn die G.-G. zw. den Pflegb. u. dem überlebenden Ehegatten des Erbl. aufhört"), so wie mit Gutacht. der G. C. v. 17. Apr. 1805.: „. . dahin, 1) daß ... (im §. 410 cit.) die wahre eheliche G.-G. zu verstehen, jedoch davon (der in Tit. 1. §. 658. erwähnte Erwerb) ausgen. sei, 2) daß die Mutter . . zur Erklärung . . . aufgeford. werden müsse, in Ans. des Vaters die Gem. ipso jure fortdaure, . . 5) daß die Admin. und Dispos. . . der M. zustehe, jedoch die Veräuß. u. Verpf. unbew. Güter ausgen. sei, 6) daß die M. zur Fortsetzung ihres Gewerbes auch persönl. Sch. machen kann, . . 7) daß sow. der V. als die M. . . ein Inventar übergeben, und die M. jährlich . . Rechn. legen müssen" (N. Arch. Bd. 4. S. 8., Rabe Bd. 8. S. 271.)

b. Durch Scheidung.

§. 218. aa. Geschichtliche Einleitung. (B. §. 365.)

Vgl. O. v. Gerlach, kirchenr. Unters. der Frage: Welches ist die Lehre u. das Recht der evang. K., zunächst in Preußen, in Bezug auf Ehescheidungen? Erlang. 1839.

1. Märk. Kirchen-Ordn. v. J. 1540. s. r. Vom H. Ehestand: „. . die eheperſonen (sollen) nicht aus so geringen ursachen, wie bisher von etlichen bescheen, von einander lauffen, Auch keiner andern ursachen, denn in Jure divino ausgedruckt, gescheiden werden. . . . Und so in Ehesachen jrrung furfielen, die sollen durch die Pfarherrn fur die ordenlichen Consistoria gewiesen, Und da jchts zweiffelhaftigs vorhanden, sol alda mit Rath Gottforchtiger Theol. u. Rechtsverständiger entscheiden werden". (C. C. M. I. 1. S. 234.)

2. Consist. Ordn. v. J. 1573. s. r. Von Ehescheidungen u. erstlich wegen Ehebruchs („. . Auch dem unschuld. Theil nach innhalt Gottl. Schr. sich widder zu verehelichen [aber nur in der Stille, weil „diß nicht eine Freye, sondern eine Nothsache sei"; s. Vis. Ord. v. 1572. s. r. „Vom Aufbieten derer ꝛc."] zugelassen werden"); s. r. De errore qualit. Wann einer eine Geschwächte vor eine Jungfraw bekömpt („. . . . soll widder die Person . . als in casu adult. das Div. erkandt und dem Manne die andere Ehe zugelassen werden"); s. r. Von der Desertion („. . . . demselben auch, wenn sichs in abwesen des andern fromlich gehalten u. kein unehrlich gerüchte von ihme vorhanden, sich widderumb zu verehelichen vergönnen"); s. r. Ehesch. von wegen der Natürl. untüchtigkeit („In Ansehung, das es keine Ehesch., sondern alleine eine declar., das zwischen denselb. Pers. nie keine rechte Ehe gewesen sey") u. s. r. Von Ehel. so ohne in Rechten zulaßliche ursachen von einander sein: „. . . . sollen . . die Ehel. aus keinen andern ursachen, dann denen, davon oben meldung geschehen, gescheiden werden, und wo . . sie sich von einander begeben würden, soll inen auferlegt werden, sich jnner 8 T. widderumb zusammen zu begeben. . . Da sich aber ein Theil des weigern . . würde, dasselbe soll . . gestraffet, u. wenn es dadurch auch nicht zu vermügen, des

Landes

Landes verwiesen werden" (C. C. M. Th. I. 1. S. 234. 330 flg.) — Vgl. auch Pr. L. R. Tit. 4. Art. 1—3. (Ehebr., vorb. d. Wiederverheir. des Unschuld.), Art. 4—6. (bösl. Verl., mit gl. Vorbeh.), Art. 8. (temp. Scheid. v. T. u. B. u. Bestrafung bei Säv. u. Leb.-Nachst.), Art. 9 flg. (Annull. wegen error in pers., vis u. impot. s. furor anteced.), u. s. noch C. G. O. v. 1709. Tit. 11. § 2. (Bestätig. des fori consist. in Ehesachen) vgl. mit Mil. Cons. Regl. v. 29. Apr. 1711. §. 9. 12. 20. (Ueberw. aller Consist. u. Ehes., zur Entscheidung „nach denen Göttl., Geistl. u. Consist. Rechten, auch andern Evang. Geistl. Ordn. und specialiter publicirten od. noch zu promulgirenden Edictis").

3. Rescr. an das Cons. v. 5. Dez. 1676.: „Wir vernehmen mit sonderbahrem Mißfallen, wie daß es allhier gar gemein werden wolle, daß Ehel., wenn etwa zw. ihnen ein Mißverstand od. Argwohn entstehet, sich .. a thoro et mensa zu separiren unterfangen, auch einige sothane Ehesch. .. erhalten haben sollen. Wenn denn ꝛc. ꝛc. Im übrigen aber, daferne sich einige bei Euch angeben möchten, so eine gäntzliche Ehesch. suchten, habet ihr .. zuvor Uns umständl. Bericht (vgl. aber Rescr. v. 24. Jan. 1677., daß dies nicht auf Ehesch. pr. mal. desert. zu beziehen sei) .. zu Unserer gnäd. Verordn. einzuschicken" (ebend. I. 2. S. 87. 89.); Rescr. an d. Consist. v. 9. Apr. 1736.: „.. In Ehescheid.-Sachen, wenn dieselbe propter adult., insidias vitae structas od. wegen eines andern criminis gesuchet wird, .. soll (der Kläger) .. das crimen dem weltl. Richter denunciiren, .. worauf alsdann, wenn das Del. völlig erwiesen, das Consist. .. rat. der Ehesch. zu erkennen hat" (ebend. I. 1. S. 563.), vgl. mit Rescr. v. 4. Febr. 1743. (ebend. Cont. II. S. 97.; Scheidung per rescr. wegen Lebens-Nachst.); Circ. v. 27. Sept. 1751.: „.. daß Ehel., unter welchen inimic. capitales et notoriae herrschen, .. die Scheid... nicht schwer gemachet, sondern .. das Band der Ehe sofort unter ihnen, ohne vorher auf separ. a th. et m. zu erkennen (jedoch unter Erk. der poena div. gegen den schuldigen Theil; Rescr. v. 29. Dez. ejd.) gäntzlich aufgehoben werden soll" (N. C. C. Th. 1. S. 157. u. 239.).

4. Ed. v. 10. Mai 1748. (C. C. M. Cont. IV. S. 51.), Proj. des C. Fr. March. III. 2. §. 17. u. Pr. der Trib. Ordn. Tit. 8. §. 2 (Ueberweisung der Ehesachen an die weltl. Obergerichte), vgl. mit Rescr. v. 14. Mai 1707., 18. Jul. 1712. u. 26. Jun. 1726. (ebend. Th II. 4. S. 28. 49. und Cont. I. S. 363; weltl. Jurisd. in der Appell.-Instanz.)

5. Rescr. v. 27. Nov. 1765.: „Da es die Nothw. erfordert, denen nur gar zu häufig vorfallenden Ehesch. .. so viel möglich vorzubeugen, so wollen Wir, daß Ihr in allen Fällen ohne Unterscheid auf poenam divortii zum Besten des unschuld. Theils erkennen sollet", u. Ed. gegen die Mißbräuche der überhand genommenen Ehescheid. v. 17. Nov. 1782. (N. C. C. Th. 3. S. 1103. u. Th. 6. S. 1614 flg.), vgl. mit Svarez ad Tit. I. Sect. 8.: „Dieser Abschn. ist ganz aus dem Ehesch.-Ed. genommen, u. nur die Strenge (!?) des Ed. ist in einigen Stücken gemildert", u. Pro Mem. sub H., so wie mit dem Immed. Bericht v. 28. Jan. 1794. (Schluß v. S. 125. 156. 174.)

§. 219. bb. Bestimmungen des A. L. R. (B. §. 366. 367., G. §. 47. 48.)

1) Zulässigkeit der Ehescheidung.

§. 669 h. t.: „(Es) sollen Ehescheid. nicht anders, als aus sehr erheblichen Ursachen statt finden", vgl. mit:

1. §.670. 72. h. t. (Ehebruch [ſ. aber §. 671.] u. Sodomiterei ꝛc.), §.673. (dringende Vermuthung verletzter ehel. Treue) u. §. 674 — 76. (fortgeſ. verdächtiger Umgang), vgl. mit Proj. des C. J. Fr. L. 2. tit. 3. §. 35. sub IV. u. V., u. Ed. v. J. 1782. §. 2 — 5.

2. §. 677. u. 688 — 93 h. t. u. A. G. O. I. 40. §. 58 flg. (böslicheVerlaſſung), vgl. mit Pr. sub VI. u. Ed. §. 6. — S. aber auch §. 680. 684 — 686. („Verläßt die Frau den Mann ohne deſſen Einw. oder rechten Grund, ſo muß ſie der Richter zur Rückkehr anhalten (ſ. I. 5. §. 276. u. 394., I. 14. §. 277., II. 5. §. 160. 67. vgl. mit I. 11. §. 443. 904., II. 18. §. 894.). Bleibt die richterl. Verf. fruchtlos, ſo kann der M. auf Trennung dringen"), vgl. mit Ed. §. 7. 8. u. Entw. §. 502. 3.

3. §. 694 h. t. (halsſtarr. u. fortd. Verſagung [ſ. aber auch §. 695.] der ehel. Pfl. , vgl. mit Ed. §. 10. u. Entw. §. 505. (nicht erwähnt im Proj. a. a. O.).

4. §. 696. 97. u. 760 h. t. vgl. mit Svarez rev. monit. S. 49. (unheilbares Unvermögen u. körperliche Gebrechen); ſ. dagegen Proj. §. 12., Ed. §. 10. u. Entw. §. 506. u. 520. 21.

5. §. 698. u. 759 h. t. (Wahnſinn bei 1jähr. Dauer ohne Wahrſch. der Beſſerung), vgl. mit Proj. §. 35. sub VIII, Ed. §. 16. und Entw. §. 521. (Nachweis der Nothw. weiterer Verheir.).

6. §. 699 h. t. vgl. mit Pr. sub VII, Ed. §. 12. u. Entw. §. 507. (Lebensnachſt. u. gefährl. Thätlichkeiten; ſ. auch §. 706.), §. 700 — 2. vgl. mit Entw. §. 508. (grobe u. muthwill. wiederh. Real- u. Verbal-Injur.), §. 704. vgl mit Entw. §. 510. (Unverträgl. u. Zankſucht); ſ. auch Ed. §. 12. 13. vgl. mit §. 15.

7. §. 704. 5 h. t. vgl. mit Pr. sub VII, Ed. §. 12. u. Entw. §. 511. 12. (Verſchuldung grober Verbr. u. fälſchl. Anſchuld.) u. §. 707. (Wahl eines ſchimpfl. Gewerbes).

8. §. 708 — 10 h. t. vgl. mit Entw. §. 514 — 16. u. Ed. §. 14. 15. (unordentl. Lebensart u. Wirthſchaft) u. §. 711. (verſchuldete Nahrungsloſigkeit des Mannes).

9. §. 712. 13 h. t. vgl. mit Entw. §. 518. 19. (Verſagung des Unterhalts der Frau).

10. §. 715. vgl. mit §. 36 h. t. (Relig.-Veränderung.).

11. §. 716 — 18 h. t. (Trennung „ganz kinderloſer Ehen" auf Grund „gegenſ. Einw.", u. Scheidung „bloß wegen behaupteter Abneigung .. in beſondern Fällen, wonach dem Inhalte der Acten .. zu Ausſöhnung .. gar keine Hoffnung mehr übrig bleibt"), vgl. mit Ed. §. 17., Entw. §. 522 — 24., A. G. B. §. 718. u. P. M. v. Svarez; ſ. auch Proj. §. 35. sub II.

12. II. 7. §. 97 flg. (fehlt im Entw.): „Wenn während der Ehe der freie Mann ſich in die Unterth. begiebt, ſo (iſt) die Fr. . . in der Regel (§. 99. 100.) .. auf Trennung der Ehe, u. daß der M. für den ſchuld. Th. erkannt werde, anzutragen berechtigt".

2) Vom Eheſcheidungs-Prozeß.

1. Klagerecht; §. 719. vgl. mit §. 671. u. 182. u. Ed. §. 32. (Compenſation der beiderſeitigen Verſchuldung) und §. 720 — 22. vgl. mit Ed. §. 33. u. Entw. §. 529. Note* (Remiſſion des Vergehens).

2. Competenz; A. G. O. I. 2. §. 128. u. 40. §. 33. 36. vgl. mit Anh. §. 37. u. 288. u. C. O. v. 25. Febr. 1833.; ſ. auch oben §. 204., vgl. mit Starke's Beitr. z. Kenntn. der Pr. Ger.-Verf. Th. 1. und Juriſt. Wochenſchr. Th. 1. No. 17 flg. (kath.-geiſtl. Jurisd.)

3. Sühnverfahren u. interimiſtiſche Verfügungen; A. G. O. I. 40. §. 24 flg. vgl. m. Ed. §. 15 flg., u. §. 723 flg. h. t. vgl. m. A. G. O. §. 53 flg.

4. Eigentl. Scheidungs-Prozeß; A. G. O. §. 40 flg.: „Sollte sich aus dem (Sühn-) Verfahren mit hinlängl. rechtl. Gewißheit ergeben, daß wirkl. gesetzm. Gründe zur Sch. vorhanden, und beide Theile sowohl darüber als wegen der Nebenp. einig sind, so kann, besonders wenn von kinderl. Ehen die Rede wäre, die Trennung .. ohne weitere Instr. erkannt werden. In der Regel aber wird .. weitere Instr. gewöhnl. Maßen u. unter der gewöhnl. Warnung für die Folgen des ungeh. Ausbleibens verfügt", vgl. mit C. J. Fr. II. 16. §. 12 flg. (s. dagegen Ed. §. 30.), u. §. 727 — 30 h. t. vgl. mit A. G. O. §. 45 flg. u. Ed. §. 34 flg. (Aussetzung des Erk. unter tempor. Scheidung von Tisch u. Bett).

§. 220. cc. Von den Folgen der Ehescheidung. (B. §. 368., G. §. 49.)

1) In persönlicher Beziehung.

1. Aufhebung der Ehe; §. 731—35. (s. oben §. 204 sub 2. 5.) u. §. 736. 737 h. t. vgl. mit Entw. §. 533. u. mit C. O. v. 15. März 1803. in N. C. C. Th. 11. S. 1439. (Vorbeh. besond. Erlaubn. bei Scheidung wegen Ehebr.); s. aber §. 19 flg. h. t. vgl. mit Circ. v. 27. Febr. u. 12. März 1759. (N. C. C. Th. 2. S. 345. 51.), u. vgl. noch Circ. v. 9. Jul. 1767. (ebd. Th. 4. S. 921.) mit Rescr. des G. M. v. 14. Dez. 1820. — Ueber Herstellung geschiedener Ehen s. Resol. v. 31. Oct. 1758. (ebd. S. 315.) u. v. 3. Dez. 1762. (Th. 3. S. 269.), vgl. mit Rescr. v. 23. Jan. 1832.

2. Standes- und Familien-Verh. der geschiedenen Frau; §. 738—742 h. t. vgl. mit II. 8. §. 57., 9. §. 53. 86., 10. §. 47. u. A. G. O. I. 2. §. 94.; s. auch II. 2. §. 92 flg.

2) In Betreff des Vermögens.

a) Im allgemeinen.

§. 743. 44 h. t. vgl. mit A. G. O. I 40. §. 51. 52. (Verm.-Auseinandersetzung) u. §. 745 flg. vgl. mit A. G. O. §. 51. u. Anh. §. 293. (Ermittelung und Feststellung der Verschuldung). — S. auch §. 827. u. 28. (Klagrecht der Erben des „beleidigten" Ehegatten), vgl. mit §. 829.: „In beiden Fällen muß die Abs. des Verm. nach §. 766 sq. erfolgen und der schuldige Eheg. verliert alle Vorth., die er sonst aus dem Nachl. des Verst. zu erwarten hätte".

b) Bei Schuldlosigkeit oder gleicher Verschuldung beider Theile.

§. 751—53 h. t. (bei gezweiter Ehe) u. §. 755 — 58 eod. (bei der Gütergem.), vgl. mit §. 754. (Hochzeitsgesch.) u. §. 761 flg. (Erbschatz).

c) Bei erkannter Verschuldung eines Theils.

1. Außer dem Falle der G.-G.

a. Auseinandersetzung des Vermögens; §. 766. (s. dag. Ed. §. 42 flg. u. 51.) vgl. mit §. 769—72., u. 84 h. t.; s. aber über die Vorrechte des unschuld. Theils §. 767. 68. (Wahl zw. Restit. in Natur oder Geld), §. 773 flg. (Braut- u. Hochzeits-Gesch.), §. 778 flg. (Erbschatz).

b. Abfindung des unschuldigen Theils; §. 783 h. t.: „Wenn .. das Verm. .. abgesondert worden, so ist (selbst bei „außergerichtl." Verzicht, §. 824.) der schuldige Eheg. den unschuldigen (resp. seine Erben §. 830 flg.) wegen der künftigen Erbfolge aus seinem Vermögen (s. §. 787—90.) abzufinden-schuldig", vgl. mit §. 785. 86 eod. (Abf. für gesetzl. Erbr.: ¼ in den Fällen der §. 670—73. 77—92. 94—97. 99. 700. 5. 6., sonst ⅙; s. aber §. 825. 26. u. vgl. Ed. §. 47. 51.)

§. 792—97. (Abf. bei vertragsm. Erbf.) u. §. 833. (Ungült. letztw. Verf.) S. aber auch §. 798 flg. h. t.: „Statt der Abf... aus Vertr. od. Ges. kann (s. aber §. 804. vgl. mit §. 806 flg.) die Frau (über das gleiche Recht des M. s. §. 809. 10.) standesmäßige (vgl. Ed. §. 50.) Verpflegung (§. 799 flg.) bis an ihren Tod (§. 805.) aus den Mitteln des schuld. Mannes fordern", u. vgl. über Bestrafung des Schuldigen bei Vermögenslosigkeit §. 823 h. t.

2. Bei bestandener G.=G.

§. 811 flg. h. t.: „Hat .. eine Gem. aller Güter (über Gem. des Erwerbs s. §. 821. 22.) vorgewaltet, so kann der unschuldige Theil wählen, ob er (neben dem gesetzl. Voraus, §. 815.) die Hälfte des gemeinsch. (s §. 820.) Vermögen (in Geld od. Natur, §. 816 flg.) fordern oder auf Absond. der Güter (und Abfindung, §. 813. 14.) antragen wolle".

§. 221. c. Durch Nichtigkeits=Erklärung. (G. §. 40. 41.)

1. Fälle der Zulässigkeit und Verfahren; §. 933 flg. 68 flg. u. §. 951. 73. (s. oben §. 205.)

2. Wirkungen; §. 952 flg. h. t.: „Aus einer nichtigen (s. aber §. 974.) Verbind. entstehen .. unter den Verbundenen selbst niemals (s. aber §. 955. u. 58.) Rechte u. Pfl. wie aus einer wirklichen Ehe. Hat der Mann (in gutem Gl., s. §. 956. 57. 59.) das Verm. der Fr. in seine Verwalt. überkommen, so muß er alles leisten u. vertreten, wozu ein Verw. fremder Güter verpfl. ist", vgl. mit §. 960 flg.: „.. kann einem Dritten .. niemals ein Nachtheil erwachsen. Wer also mit einem od. dem andern .. redl. Weise in Geschäfte sich eingelassen, erlangt daraus eben die Rechte, als wenn unter ihnen eine gült. Ehe bestanden hätte", u. mit §. 963 flg. (Schadlosh. bei Verschweig. od. Vorspiegelung; s. Proj. a. a. O. §. 34. zu E.).

§. 222. B. Von der Ehe zur linken Hand. (B. §. 369.)

1. Zulässigkeit im allgemeinen; §. 836—41 h. t. vgl. mit Const. von Verlöbn. v. 15. Dez. 1694. §. 13. u. Proj. des C. J. Fr. tit. 3. §. 58. 59. u. mit Entw. §. 610. 11.

2. Schließung; §. 842 h. t. vgl. mit §. 845. u. 65. (Ehehindernisse), §. 846 flg. u. 858. 59 h. t. (gerichtl. od. notar. Ehe= u. Abfind.=Contr. und [s. Entw. §. 625.] obergerichtl. Confirm.), §. 855—57. 60. 61. vgl. mit Proj. §. 59. u. Ent. §. 626. (Aufg. u. Trauung); vgl. auch §. 909—918. (Umwandl. in vollgült. Ehe).

3. Pers. Verhältniß; §. 835 h. t.: „.. unterscheidet sich bloß darin, daß die Fr. nicht alle Stand.= u. Fam.=R. (s. §. 863. 65. 70. 94. vgl. mit §. 866.) erlangt, welche die Ges. einer wirk. Ehefr. beilegen", §. 867. 868.: „.. (Die) Vormundsch. wird bis zur Volljährigkeit ungeändert (s. aber II. 18. §. 800.) fortgesetzt. Außerdem wird eine solche Fr., in Ans. der Befugn. mit Andern verbindl. Geschäfte vorzunehmen, wie eine unverheir. volljährige Fr.=P. (s. auch §. 892.) betrachtet", u. §. 873.: „Ist die Fr. .. noch minderj., so behält ihr Vater od. Vorm. die Verwalt. ihres Verm." — Ueber die früher beabsicht. Bezeichnung mit „Hausfrau" s. Entw. §. 627. vgl. mit A. L. R. II. 18. §. 43. u. §. 583 h. t.

4. Vermögens=Verhältnisse; §. 874—77. vgl. mit §. 878 flg.: „Hat die Fr. etwas von ihrem Verm. dem M. zum Gebr., zur Verwahr. od. Verwalt. überlassen, so hat sie deshalb eben die Rechte gegen ihn, wie gegen einen Fremden. Hat der M. sich etwas .. eigen=

mächtig angemaßt, so kann sie dasselbe auch noch in steh. Ehe zurückfordern (§. 881. 82. vgl. mit §. 249. 50.). Geräth der M. in Conc., so hat die Fr. wegen (solcher) .. Verm.-Stücke eben die Rechte, wie die Ehefr. wegen ihres vorbeh. Verm." (Entw. §. 634.: „wegen der vom M. an sich genommenen Recept. C. J. Fr. IV. 12. §. 84." d. h. A. G. O. I. 50. §. 433.) — S. aber noch 1) über die Verpfl. des M. durch die Fr. u. der Fr. für den M. §. 872. u. 91., und 2) über Schenkungen a) des M. an die Fr. §. 883 – 85. u. 88. vgl. mit §. 904 flg., §. 889. u. 924. vgl. mit §. 886. 87., b) der Fr. an den M. §. 890. vgl. mit §. 896.

5. Trennung durch den Tod; §. 893. 94., §. 895. u. 903. vgl. mit §. 896. u. 904 flg. (Mangel gesetzl. Erbr.), u. §. 899. vgl. mit §. 906. 7. u. §. 897. 98. (Recht auf contractm. Abfindung).

6. Scheidung; §. 919. vgl. mit §. 920. 21. (Gründe), §. 925. 28. (unverschuld. Scheid.), §. 922. 23. (Strafe der schuld. Fr.) u. §. 926. 27. vgl. mit §. 929—31. (Abfind. der unschuld. Fr.)

§. 223. C. Von den rechtlichen Folgen unehelichen Beischlafs. (B. §. 376—80., G. §. 39.)

1) Von den verschiedenen Ansprüchen außerehelich Geschwängerter.

1. Bloße Entschädigung; §. 1015 flg. h. t. (Regel), §. 1025—27. u. 1028 eod. (Ausnahmen).

2. Ausstattung oder Abfindung; §. 1032 flg. h. t.: „Wer eine unbescholtene (s. §. 1029—31. 34. vgl. mit 1024. 1101. 2., s. aber Proj. des C. J. Fr. Art. 3. §. 65.) ledige Weibsperson (s. aber auch §. 1033. 34.) außer der Ehe schwängert, der (s. auch §. 1076 u. 1089.) ist ihr (vgl. aber §. 1079—82. u. 1088.) deshalb möglichst vollständige Genugthuung zu leisten verbunden", vgl. mit §. 1059—63. (Fälle bloßer Abfindung; s. aber Anh. §. 83. sub 5.) u. §. 1065 flg. eod. (Art u. Größe der Ausstattung). — S. übrigens Conf. Ord. v. 1573. s. r. „Von Schwächung der Jungfrauen u. Widwen." (Ehel. oder Strafe), Rescr. v. 28. Dez. 1697. in C. C. M. I. 2. S. 127. (Ehel. od. Dotation), u. Proj. a. a. O. §. 64. (desgl. bei Anerkennung des Kindes).

3. Ehelichung; §. 1035 flg. h. t.: „Hat der Verführer (s. §. 1028—1064. vgl. mit §. 1111 flg.) die Geschwächte unter dem Verspr. der Ehe. (Rescr. v. 22. Febr. u. 5. Dez. 1768. in N. C. C. Th. 4. S. 2051. u. 5047.: „wo bündige resp. öffentliche sponsalia") geschwängert (§. 1062. 63.), und stehen keine Ehehind. (vgl. §. 1090. 91. u. Anh. §. 83. sub 5.) entgegen, .. so soll zwar kein Zwang zur Vollz. der Ehe .. statt finden. Dagegen sollen (s. aber §. 1079. 80.) in dem abzuf. Erkennt. der Geschwäng. der Name, Stand u. Rang (s. aber §. 1051—1053.) des Schwängerers, so wie überh. alle Rechte (einschl. der Ehescheidungsstrafen, §. 1039. 40.) einer geschiedenen, für den unschuld. Theil eckl. Ehefr. desselben beigelegt werden", u. §. 1041 flg. eod: „Wenn ... gesetzl. (der Geschw. unbekannte, §. 1059.) Ehehind. außer der Standes-Ungl. (§. 1054—56.) entgegenstehen, so muß (bei Verweig. od. Unmögl. der Ehe, §. 1043. 48. 81. 82.) ... der Schwängerer der Geschw. die Ehesch.-Str. .. zu ihrer Abfind. entrichten. Auch wird .. (ihr) die Befugn. beigelegt, bis zu ihrer wirkl. Verheir. den Namen (s. aber §. 1050 flg.) des Schw. zu führen; (u.) .. hat sie sich in der bürgerl. Gesellsch. (vgl. §. 1038.) aller Befugn. einer rechtmäß., obwohl geschiedenen Ehefrau zu erfreuen", vgl. mit §. 1115. 16. h. t. u. 11. 20. §. 1048 flg. (Beischl. durch Nothzucht).

2) Von den Schwängerungsklagen.

§. 1083 flg. h. t. (Verjährung der Klage); §. 1092 flg. vgl. mit §. 1117—1119 eod. (Beweis des Beischlafs) und mit §. 1024.: „Der Einwand, daß die Geschw. auch andern den Beischlaf gestattet habe, befreit den Bekl. nicht von dieser ersten Art (s. auch II. 2. §. 619. 20.) der Entschädigung"; §. 1108. 9 eod. (Beweis der Zeit des Beischlafs) vgl. mit §. 1077. 78.: „Alle .. gesetzl. Entschäd. kann die Geschw. nur alsdann [s. aber §. 1078.] fordern, wenn die Niederk. innerhalb des 210. u. 285. Tages nach dem Beischl. erfolgt ist".

III. Vom rechtlichen Verhältniß zwischen Eltern und Kindern. (A. L. R. II. 2.)

A. Von ehelichen Kindern.

§. 224. 1. Von der ehelichen Geburt. (B. §. 370.)

1. II. 2. §. 1 flg.: „Die Gesetze gründen die Vermuthung, daß Kinder, die während einer Ehe (§. 6.: „in stehender Ehe") erzeugt oder (ungedr. Entw.: „und", vgl. mit Scherer's Mon.: „würde ich „oder" setzen, weil auch posthumi sowohl als die aus anticip. Beischlaf in der Ehe geb. K. für eheliche zu halten") geboren (s. auch II. 9. §. 3.: „aus einer Ehe z. r. H. erzeugt oder darin geboren) werden, von dem Manne erzeugt sind. Gegen diese gesetzl. Verm. soll der Mann nur alsdann (s. Entw. §. 3.) gehört werden, wenn er überzeugend (G. B. §. 2. „vollständig") nachweisen kann (s. §. 3. u. 4. vgl. mit II. 20. §. 983., u. §. 5. 6.), daß er der Fr. .. vom 302. bis 210. T. vor der Geburt des K. nicht ehelich beigewohnt habe", vgl. mit a) Goßler's Mon.: „Ein K., welches 180 T. nach der Trauung geb. ist, wird für ein ehel. gehalten, u. muß .. anerkannt werden. Eben dies findet bei früher .. geb. K. statt, sobald der Ehem. eingestehen muß od. überführt wird, daß er .. von 180—300 T. vor der Geb. des K. mit seiner Braut .. sich fleischl. vermischt habe", u. Svarez Rev.-Bem.: „Die .. Zusätze scheinen mir überfl. u. unrichtig. Der Satz: pater est etc. paßt so gut auf K., die 24 St., als die 6 Mon. nach der Hochz. geb. werden. .. Es muß also hier .. impot. od. absent. cont. .. nachgew. werden ꝛc." (bei B. S. 280. 81.), b) Svarez Schlußv. S. 132.: „Nach diesen Sätzen (§. 3. 4. 19.) wird ein K. pro legit. .. erachtet, wenn von der Hochz. bis zur Geb. auch nur 7 Mon. verlaufen sind", u. S. 133.: „Diese Sätze (§. 1—4.) enthalten die bekannte Röm. praes. pro legit. partus. Ich glaube nicht, daß dieselbe im G.-B. zu sehr verstärkt worden". Vgl. auch Pr. d. C. J. Fr. Lib. 2. tit. 5. S. Wünsch über die rechtl. Vermuth. der Vaterschaft in Simon's Zeitschr. Bd. 1. S. 397 flg., sowie Simon's Rechtspr. Bd. 2. S. 440. Bd. 4. S. 159.

2. §. 19 eod.: „Ein Kind, welches bis zum 302. Tage (s. jedoch §. 22. vgl. mit II. 1. §. 1077.) nach dem Tode des Ehem. (oder „nach rechtskr. erkannter [s. Entw. §. 25. u. §. 43 h. t.] Scheid.) geboren, wird für das ehel. K. desselben (s. aber §. 20. 21. 41.) geachtet", u. §. 22 flg. eod.: „Hat die Wittwe (s. aber auch II. 1. §. 20 flg.) .. zu früh geheir., .. (und) fällt (der 270. T. vor der Geb.) noch in die Lebenszeit des vor. Mannes, so ... muß auch (s. §. 23. u. II. 1. §. 1007.) der 2te Ehem. ... demselben alle Pfl. (s. jedoch §. 25.) eines leibl. Vaters leisten, ohne sich der desfallsigen Rechte über dasselbe anmaßen zu

dürfen", vgl. mit Anh. §. 64. (Dispensation [s. aber Rescr. v. 24. Nov. 1800.: „bei den angezeigten Umst."] geschw. Wittwen vom Trauerj., „in so fern nur dem K. seine Gerechtsame vorbeh. bleiben ꝛc., welchenfalls es vom Ermessen der Vorm.-Beh. abhängig bleibt, die dem Kinde vortheilhafteste Wahl zu treffen".)

3. S. noch a) über die Anfechtung der Legitimität, §. 7 flg. (Frist), §. 14—16. (Anfechtungsrecht der Verwandten [§. 20. „Erben"]), vgl. mit §. 17. 18. (Recht „der Lehns- und Fideic.-Anwärter" in Anf. der „Succ. in das L. u. Fid."), und b) über Beaufsichtigung schwangerer Wittwen ꝛc. §. 26 flg. vgl. mit §. 42 flg. h. t.

§. 225. 2. Von der Legitimation. (B. §. 381.)

1. Durch nachfolgende Ehe; §. 596 h. t. („erlangt in allen durch besondre Gesetze nicht ausdr. ausgenommenen Fällen die R. u. Verb. eines ehelichen") u. §. 598. 600 eod., vgl. mit I. 18. §. 361. (s. aber Land. Const. v. 1574. Art. 15. u. 1594. B. II. Art. 13., Pat. v. 15. Dez. 1687. u. Neum. Lehns-Const. v. 1724. §. 101. in C. C. M. II. 5. S. 46. 165., vgl. m. Pr. d. C. J. Fr. Lib. 1. tit. 9. §. 8.), II. 7. §. 95., 8. §. 279., 9. §. 5.; s. auch §. 556 h. t. (Kinder aus Ehe z. l. H.)

2. Durch gerichtl. Anerkenntniß der Brautkinder; §. 597. 98 h. t. vgl. mit II. 9. §. 5.; s. aber I. 18. §. 361. 64. und vgl. noch Rescr. v. 22. Febr. 1768. (s. oben §. 223.)

3. Durch Urtheil u. Recht bei Schwäng. unter Eheversprr.; §. 592—595. 599. u. 612 h. t., vgl. mit II. 9. §. 6. u. II. 1. §. 1052., u. mit Svarez Schlußv. S. 144.

4. Durch landesherrl. (s. Rescr. betr. die Legit. von den Comit. Palat. v. 8. Oct. 1707. bei Mylius II. 1. S. 351.) Rescript; §. 601 flg. 609 h. t. (§. 603.: „Durch diese Legit. erhält das K. den Stand des Vaters [s. II. 9. §. 7. vgl. mit Pr. des C. J. Fr. §. 9.] und in Anf. seiner alle R. u. Pfl. eines ehel. K. Es tritt aber [außer durch Fam.-Vertr., §. 605. 11.] nicht in die Familie des V. [s. I. 18. §. 364.] Doch entsteht zw. den ehel. K. [s. Entw. §. 441.] u. dem Legit. selbst das Verh. wie zw. ehel. Halbgeschw.), vgl. mit A. G. O. II. 1. §. 8. u. Ver. v. 1. u. 4. Sept. 1798. (N. C. C. Th. 10. S. 1701. 15.)

5. Durch Adoption des natürl. Vaters? Rescr. v. 17. März 1834. (Erg. u. Erl. ꝛc. ad §. 677.)

§. 226. 3. Von dem Verhältniß ehelicher Kinder zu beiden Eltern. (B. §. 371.)

1. Standes- und Familien-Verhältniß im allgemeinen; §. 58. u. 59 h. t. vgl. mit II. 7. §. 93 flg., 8. §. 50—53., 9. §. 3 flg.; §. 60 h. t. vgl. A. G. O. II. 1. §. 17 flg. 41. 95 flg. (Jurisd. Verh.) u. II. 11. §. 272. 73. (Parochial-Verh.) — Ueber gegens. Erbrecht s. §. 300 flg. u. 489 flg. h. t.

2. Abhängigkeit der Kinder; §. 61. 62. u. 249 h. t., vgl. mit §. 86 flg. u. 143. 45. (elterl. Zucht; s. II. 20. §. 1074.), §. 120. u. 250. (Consens zur Heirath), u. §. 121—23 eod.: „Die K. sind schuldig, den Eltern (s. auch §. 254.) in deren Wirthsch. u. Gew. nach ihren Kräften (und ohne Eintrag für Unterr., §. 22.) hülfreiche Hand zu leisten. Was die K. bei solchen Geleg. erwerben, das erwerben sie den Eltern. (Entw. §. 86.: „dem Vater", vgl. mit §. 148. [Entw. §. 109.] h. t.: „außerh. des Betriebs der väterl. Gesch.") — S. auch vorl. über Substit.-Recht der Eltern §. 521. 22. u. 44. vgl. m. §. 523 flg., u. über deren Recht zur Vorm.-Bestellung II. 18. § 173. 74.

3. Unterhalt u. Verpflegung der Kinder; §. 64 flg. h. t. vgl. mit §. 70 — 73. u. §. 94. 95. 105. 6. (Vorrecht der M. bei K. unter 4 J.) — Ueber gegenseitige (vgl. Entw. §. 183 flg.) Alim.-Pfl. s. §. 251. 52. („anständiger Unterh. nach ihrem Vermögen"; Entw. §. 184. „nach deren Stand und ihrem Verm.") u. §. 253. („nothdürft. Unterh.").

4. Erziehung der Kinder; §. 74. 75. u. 108 h. t., II. 18. §. 308 — 14. 335 — 37. vgl. mit §. 92 flg. h. t. u. II. 18. §. 315 flg.; §. 109 — 117 h. t. u. II. 18. §. 329 — 34. (Wahl des Lebensberufs).

5. Religions-Unterricht; §. 75. 83 — 85 h. t. vgl. mit II. 11. §. 40. 272. u. §. 464 eod., und §. 76 flg. h. t., II. 11. §. 447. u. II. 18. §. 323. vgl. mit Decl. v. 21. Nov. 1803. (N. C. C. Th. 11. S. 1931.) u. C. O. v. 17. Aug. 1825. (relig. Erz. bei Kindern aus gemischten Ehen). — Vgl. Jacobson über die gem. Ehen, insbes. in Preußen. Leipz. 1838.

4. Von den Rechten der väterlichen Gewalt insbesondre.

§. 227. a. Allgemeine Vorbemerkungen.

1) Früheres Recht.

1. Landes-Const. v. J. 1594. Th. 1. Art. 23. (Beschränkung des Nießbr. der „bona adventitia" auf die Zeit „bis zu der Kinder mündigen Jahren [s. Art. 22.] oder da sie sich verehelichen") vgl. mit Th. 2. Art. 47.

2. Pr. L. R. Th. II. Tit. 6. Art. 2. §. 5. vgl. mit Th. IV. Tit. 15. Art. 4. §. 2—4. (Einschr. des dem Vater „tamquam legit. administr." zuständ. Nießbr.) u. Th. V. Tit. 1. Art. 1. §. 5. (Test.-Unfäh. der filiifam., außer de pec. castr. etc.).

3. Vormundsch.-Ordn. v. 23. Sept. 1718. §. 5 flg. (Von „natürl. u. rechtsbestellter" Vorm. des V. u. Gr.-V. „krafft väterl. Gewalt", zu „völliger Verwaltung" alles Verm. der K., „wenn ihm schon der usufr. per dispos. genommen"), vgl. mit Conc. Ordn. v. 1722. §. 93. u. 182. (Rechte an den Adventitiis) u. mit Rescr. vom 15. Jan. 1765. (N. C. C. Th. 3. S. 563.)

4. Pr. des C. J. Fr. P. I. L. 1. tit. 9. §. 20.: Im übr. acquiriren die Kinder nicht mehr ihrem Vater (s. aber §. 23.), sondern können nach Gefallen .. sowohl unter Leb. als per testam. (s. P. II. Lib. 7. tit. 2. §. 7.) disponiren, und wird nichts davon ausgen., als das pec. prof. (s. §. 41—50.) u. ordin. (s. §. 51—59. vgl. m. §. 60. 61. [adv. extr.], §. 62 flg. [pec. castr. et qu. cast.])" u. §. 61. 67 eod. (Anerk. des V. als legit. admin. der adv. extr. u. qu. castr. bei Minderj. Abwes. ꝛc."), vgl. mit Rescr. v. 20. März 1756.: „.. Nach (gemeinen Rechten) hat ein V. in natürl. Vormundsch. .. vi patr. pot. vor andern Vorm. vieles voraus; es gebührt ihm in solcher Qual. der Nießbrauch von denen bon. adv., u. er bedarf zu deren admin. keiner gerichtl. Confirm. ꝛc. Alle diese Vorrechte sind auch in dem L. R. .. keineswegs geändert ꝛc." (N. C. C. Th. 2. S. 53.)

2) Grundprinzip der landrechtlichen Gesetzgebung.

1. §. 124. 25 h. t.: „Bei jeder andern Geleg. (s. §. 123 eod., oben §. 226.) können die Kinder Verm. u. Gerechtsame für sich selbst, auch ohne Beitritt des V. erwerben. Wenn aber .. zugleich Lasten u. Verb. übernommen werden sollen, so hängt die Rechtsbeständ. der Handlung von der .. Einwill. des V. ab (Tit. 4. §. 21. 22., 5. §. 11—13.)", vgl. mit §. 126 flg. u. §. 139 flg. eod. (s. oben §. 129 sub 4. u. §. 127.)

2.

2. §. 147 h. t.: „Das eigenthümliche Verm. der Kinder, welches dem väterl. Nießbrauch nicht unterworfen ist, wird ihr freies Verm. genannt", u. §. 168 eod. (vgl. Entw. §. 126. u. 44.): „Von dem nicht freien Verm. der K. gebührt dem V., so lange die väterl. Gewalt dauert, die Verw. und der Nießbr.", vgl. mit I. 12. §. 18. (Entw. II. 9. §. 14.): „So weit Kindern . . unter väterlicher Gewalt der Mangel des gesetzm. Alters nicht entgegensteht, bedürfen dieselben, auch in Anf. des nicht freien Verm., keiner Einw. des Vaters".

§. 228. b. Von den Verwaltungs- und Nießbrauchsrechten des Vaters. (B. §. 372. 73.)

1) Umfang des freien und nicht freien Vermögens.

§ 148—153 h. t. (gesetzl. freies Verm.) u. §. 154 eod. (Zuwendungen unter ausdr. Ausschl. des väterl. Nießbr.), vgl. mit §. 156 eod.: „Alles andere, was den Kindern durch bloße Schenk. (§. 149. 151. 52. u. 57.), Erbsch., Vermächtn. (§. 150. 54. 55.) oder Glücksfälle (§. 148. 49. 53.) zukommt, gehört zu ihrem nicht freien Verm." (Entw. §. 115. „gehört nicht zu ihrem fr. V.")

2) Verwaltungsrechte am freien Vermögen.

1. Bei Minderjähr. ꝛc. der Kinder; §. 159 h. t.: „... gebührt dem V. die vormundsch. (s. II. 18. §. 984—92.) Verwaltung desselben", vgl. mit §. 161. 62. (Verwendung d. Nutz.) u. §. 276. 77 eod. (Rückgewähr nach Anal. des vorbeh. Verm. der Fr.)

2. Nach Beendigung der vormundsch. Verwaltung; §. 158. 63. 65. 167. u. A. G. O. I. 1. §. 15., vgl. mit §. 164. (Verw. d. Nutz.) u. §. 166. (Creditiren). — Ueber Prozeßführung zw. Vater u. Kind s. A. G. O. §. 2. vgl. mit P. L. R. v. 1721. Th. I. Tit. 14. §. 6.

3) Rechte des Vaters am sonstigen Vermögen.

1. Nießbrauchsrechte; §. 168 cit. vgl. mit §. 204. 5.; s. aber §. 146. 203. u. §. 232 flg. eod.

2. Verwaltungs- u. Dispositionsrechte.

a. Im allgemeinen; §. 168 cit. vgl. mit Entw. §. 126. („gleich seinem eignen verwalten") u. §. 170 flg. 175 h. t. (Einw. des Vorm.-Ger. bei Veränd. der Subst. u. Melior.; s. auch Entw. §. 127. 28. 33—35.), u. §. 275 h. t.: „Hat der verst. Vater eigenes Verm. der K. zur Verwaltung gehabt, so muß jedem Kinde das Seinige aus dem Nachlasse als eine Schuld (fehlt im Entw. §. 211.) herausgegeben werden", vgl. mit §. 277 cit. — Ueber An- u. Abrechnungen s. §. 288—93 eod.

b. In Betreff der Mobilien u. Effecten; §. 279. 80. 83—85. vgl. mit §. 281. 82. 86 h. t.

c. Rücksichtlich der ausstehenden Capitalien; §. 169 h. t. („nach Gutbef. einziehen, anderweitig belegen od. auch sich selbst zum Schuldner dafür bestellen".)

d. Hinsichtlich der Immobilien u. Gerecht.; §. 171—73 h. t. vgl. mit §. 174. u. §. 278.: „In allen Fällen, wo (in Betreff des Eingebr., s. §. 277.) der Frau die Wahl gelassen ist, gebührt sie hier dem Kinde". Ueber analoge Anwendung auf Erbschafts-Antritt ꝛc. s. Rescr. v. 19. Jan. 1824., 15. Jun. 1825. u. 2. Nov. 1829. vgl. mit arg. II. 18. §. 643. 44.

e. In Bezug auf Prozesse; A. G. O. I. 1. §. 13. 14.

3. Rechte der Kinder.

a. Im allgemeinen; §. 201 h. t. vgl. mit § 202. u. 124 flg. u. A. G. O. §. 13. u. mit I. 12. §. 18 cit.

b. In Bezug auf Pfandsicherheit; aa) §. 176. 77 h. t.: „Zur Sich. des Verm., welches auf die K. von der Mutter gediehen ist, behalten (sie) in den Gütern des Vaters das Vorrecht, welches der M. wegen ihres Eingebr... zustand (Tit. 1. §. 254 sq.). Auch wegen des übr. nicht freien Verm. haben die K. in den Güt. des V. das Vorrecht der 4. Kl. ꝛc.", vgl. mit A. G. O. I. 50. §. 327. 413. 14. u. §. 417. 18. (s. Entw. §. 137 h. t. u. Pr. des C. Fr. March. IV. 9. §. 37. 78. 85. 105. 106.). bb) §. 187. 88 h. t.: „Schreitet ein Vater .. zu anderweit. Verehel., so muß (s. aber §. 189. 90. vgl. mit §. 191 flg. u. 199. u. mit II. 18. §. 35.) er das Verm. der K. aus vor Ehe auf (seine) Grundst. eintragen lassen. Diese Eintr. hat jedoch nur eben die Rechte (s. II. 18. §. 427 flg.), wie eine eingetr. vormundsch. Caution", vgl. mit Entw. §, 139.; s. auch Rescr. v. 24. Jun. 1786. vgl. mit Rescr. v. 6. Aug. 1806. (N. C. C. Th. 8. S. 127. u. 12. S. 711.) und Rescr. v. 6. Nov. 1805. sub 1. (ebend. Th. 11. S. 851.), u. vgl. noch Vorm. Ord. v. J. 1718. §. 6 — 10. u. Resol. v. 7. Dez. 1752. in N. C. C. Th. I. S. 403. mit Svarez Schlußv. S. 136.

c. Rücks. besondrer Cautionsleistung; §. 178 h. t. vgl. mit §. 179 — 181. u. Anh. §. 86 — 88., u. mit §. 189 flg. u. II. 18. §. 36.; s. auch Entw. §. 143. Note*.

§. 229. c. Von Aufhebung und Einschränkung der väterlichen Gewalt. (B. §. 374. 75.)

1) Regelmäßige Gründe der Aufhebung.

1. Bei Söhnen.

a. Nach erreichter Großjährigkeit; §. 210. 11. vgl. mit §. 223. 25 h. t. (Errichtung abgesonderter Wirthschaft), §. 212. 219. vgl. mit Anh. §. 90. [s. aber Rescr. v. 14. März u. 20. Oct. 1812.] u. Rescr. v. 20. Sept. 1806. in N. C. C. Th. 12. S. 755. (Bekleidung öffentl. Aemter), u. §. 212 cit. vgl. mit §. 213. u. II. 8. §. 478. (Betrieb eignen Gewerbes.)

b. Während der Minderjährigkeit; §. 214 — 17. 19 — 21 h. t. (ausdrückl. Entlassung) vgl. mit §. 222., II. 8. §. 16. u. 477. (Pfl. zur Entlassung), und §. 218. 24 h. t. vgl. mit §. 226. 27 eod. (stillschw. Entlassung).

2. Bei Töchtern; §. 228. 29 h. t. (Verheirathung) vgl. mit §. 230. (Entlassung), u. s. überh. Svarez Schlußv. S. 136 flg. u. rev. mon. S. 51.

2) Besondre Gründe gänzlicher und theilweiser Aufhebung.

1. Aufhebung zur Strafe; §. 255 — 59 h. t. vgl. mit II. 18. §. 9.

2. Suspension der väterl. Gewalt; §. 260 — 63. vgl. mit §. 265. (Aufheb. bei Hinzutritt der Großj.) u. §. 264. (Unterhalt. des Vaters).

3. Einschränkung: a) durch Verlust des Erziehungsrechts, §. 90. 91. u. 266 h. t. vgl. mit II. 20. §. 993. 94.; b) durch Entziehung der Verwaltung, §. 155. 60 h. t. vgl. mit §. 425. 30 eod. u. II. 18. §. 37. 38. u. 977 — 79., §. 267 h. t. vgl. mit §. 182. 84. 85 eod. u. II. 1. §. 1002.; c) durch Verlust der Verw. und (s. aber §. 209.) des Nießbr.; §. 268. vgl. mit §. 199. 200. u. §. 206 flg. h. t.

4. Ueber Fortdauer der väterl. Pflichten s. noch §. 269 h. t.

§. 230. B. Von den Kindern aus einer Ehe zur linken Hand. (B. §. 369.)

1. Verhältniß derselben zum Vater.

a. In persönlicher Beziehung; §. 557. 58 h. t. (Ausschl. aus der

Fam. des V.) vgl. mit §. 575. u. II. 3. §. 16. (Aliment.-Pfl. der Geschw. z. l. H.), u. §. 561 eod.: „Ueber die Person solcher K. hat der V. alle Rechte (auch Pflichten? s. §. 562—65. 570 flg. u. 91. vgl. mit §. 555.) der väterlichen Gewalt; über ihr Vermögen kann er sich diese Rechte nicht anmaßen".

b. In Betreff des Vermögens; §. 561 cit. u. §. 566. 67. (väterl. Verm.-Verwaltung), vgl. mit §. 568. 69.: „Dabei hat er die R. u. Pfl. eines Vormunds. So lange das K. noch minderj. ist, wird es in Ansehung der Fähigkeit, sich zu verpflichten, einem andern Pflegbef. gleich geachtet"; §. 578. (Mangel des Substit.-Rechts) u. §. 588 h. t. (Ausschl. von der Erbfolge), vgl. mit §. 579 flg. eod. (Erbrecht der Kinder) und II. 1. §. 897 flg. (Anspr. ders. auf die contractm. Abfind. der Mutter.)

2. Verhältniß derselben zur Mutter u. deren Familie; §. 559. 60 h. t. (Familienrechte) u. §. 586. 87. 89. u. 90 eod. (gegens. Erbrecht).

§. 231. C. Von Adoptiv, unirten und Pflegekindern. (B. §. 384—86. u. 441.)

1) Von der Annahme an Kindesstatt.

1. Bedingungen.

a. In Betreff der Personen; §. 668. 69. u. 677 flg. (Alter), §. 670. vgl. m. §. 684. 85. (Stand), §. 674. 75. vgl. mit §. 686 flg. h. t. (Geschlecht); s. aber §. 671.: „Wer noch eheliche Abkömmlinge (s. §. 693. 709.) am Leben hat, kann nicht an K. St. annehmen".

b. Rücksichtlich der Form; §. 666. u. §. 678. 80. 705 h. t. (schriftl. Vertrag), vgl. mit §. 675. (Consens des Ehem. der Adopt.-Mutter) u. §. 679. (Consens des natürl. Vaters; s. Entw. §. 492—93.), §. 667 h. t. (obergerichtl. Bestätigung) u. Anh. §. 100. vgl. mit §. 684. u. II. 9. §. 7. (landesh. Genehm. bei Adopt. der Adligen.)

2. Wirkungen.

a. Zwischen Adoptirenden u. Adoptirten: aa) in persönlicher Hinsicht; §. 682—90. u. 92 h. t. vgl. mit II. 1. §. 13. 47.; bb) in Betreff des Vermögens; §. 691 flg.: „Auch auf das (freie, s. I. 18 §. 365.) Verm. der annehm. Eltern (s. §. 687.) . . erlangt das Kind (über dessen Abkömmlinge s. §. 707.) alle Rechte (auch bei wirkl. Conc., §. 692. 93.; s. aber §. 672. 73. 76.) der aus E. z. r. H. herstammenden Kinder", u. §. 694 eod.: „Hingegen erlangt der annehm. Vater über das Verm. des K. die Rechte des natürl. V. weder unter Lebenden (§. 695. 96. vgl. mit II. 18. §. 814. u. §. 699. 700 h. t.) noch auf den Todesfall. (§. 701.)"

b. Für den Adoptirten im Verh. zu den natürl. Eltern u. Verwandten; §. 697. 98 h. t. (Vorbeh. des väterl. Nießbrauchs, s. aber II. 1. §. 47. vgl. mit §. 249 flg. h. t.), §. 701. 2. (gegenseit. Erbrecht), u. §. 711—13. vgl. mit §. 685. (Fortbestand der Famil. Verb.)

c. Für den Adoptirten im Verh. zur Familie des Adoptirenden; §. 708. u. 9. vgl. mit §. 693 h. t., u. §. 710. vgl. mit I. 18. §. 366—69.; s. auch §. 672. 73. 76. (Vorb. der Erb- u. Pflichtth.-Rechte.)

3. Aufhebung; §. 714. 15 h. t. vgl. mit II. 1. §. 987—89., u. §. 716 h. t. vgl. m. Rescr. v. 7. Sept. 1801. (Rabe Bd. 6. S. 577.) u. Anh. §. 101.

2) Von der Einkindschaft.

1. Zweck und Bedingungen; §. 720 h. t.: „Die Absicht der Eink. ist, daß zw. den Stiefeltern und Stiefkindern die persönl. R. u. Pfl. wie zw. leibl. E. u. K. (s. §. 717. 18.), ingl. wechselseit. Succ.-R. hervorgebr. werden sollen", vgl. mit §. 719 eod.: „Dergl. Eink. findet statt, wenn von Pers., die einander z. r. H. heirathen (s. §. 722.), entw.

einer od. beide aus einer solchen vorhergeh. Ehe (s. Anh. §. 103. vgl. mit Gutacht. der G. C. v. 1. Sept. 1801. bei Rabe Bd. 6. S. 580.) Kinder am Leben haben", u. mit §. 721. 23. 24. (gerichtl. Bestät. [s. II 17. §. 56. u. A. G. O. II. 1. §. 9.] des Vertr.) u. §. 725—27. 38. 39. (Voraus der Vorkinder; s. auch Entw. §. 532. 33.)

2. Wirkungen.

a. In Betreff der Eltern u. Kinder; §. 720. vgl. mit §. 731. 32 h. t. u. Entw. §. 539. 733 eod., u. 734 flg. eod.: „. . . werden dadurch gleiche (s. aber §. 738. u. §. 735. 36. 45. 46.) u. gegenseit. (§. 737. 39. 40. u. 743. 44.) Erbrechte zw. den Eltern u. den in die Eink. gebrachten Kindern begründet", vgl. mit §. 728—30. 41. 42. (Vorbeh. des Pflichtth. der Ascend. aller Theile) u. mit §. 747—49. (letztwill. Verfüg.)

b. In Bezug auf die beiderseitigen Familien; §. 752 h. t.: „Durch die Eink. entsteht weder Verwandtschaft noch Erbrecht unter den zusammengebrachten (s. §. 723. 30.) Kindern, noch mit od. unter ihren wechselseit. Familien".

3. Aufhebung; §. 750. (Ehescheidung) u. 751 h. t. (gerichtl. Vertrag.)

3) Von Pflegekindern.

1. Annahme verlassener und hülfloser Kinder; §. 753. 54. 57—63. u. 771 h. t., vgl. mit §. 755. 56. (Erziehung bei gleichem oder höherem, u. bei geringerem od. unbek. Stande des K.) u. mit §. 764—70. (Dienstpflicht der K. gemeiner od. unbek. Herkunft). Vgl. Entw. Note zu §. 568. u. Svarez Schlußv. S. 146.

2. Vertragsmäß. Annahme außer dem Falle der Hülflosigkeit; §. 772 u. 73 h. t. vgl. mit Entw. § 553 flg.

§. 232. D. Von unehelichen Kindern. (B. §. 382. 83.)

1. Verhältniß derselben zum Vater.

a. Im allgemeinen; §. 644—46 h. t. vgl. mit II. 18. §. 8. 10. 11. u. 966—69. (Ausschl. der väterl. Gew.), u. §. 639 h. t. (Ausschl. von väterl. u. mütterl. Fam.), vgl. mit II. 3. §. 7.: „Zw. unehel. Kindern, die derselbe Vater mit verschied. Müttern erzeugt hat, besteht gar kein bürgerl. Fam.-Verh."; s. aber §. 628 flg. (subsid. Aliment.-Pfl. der väterl. Großeltern) vgl. mit Svarez Schlußv. S. 145.

b. Von der Alimentationspflicht des Vaters; §. 612. 13. („bloß Unterhalt u. Erziehung") vgl. mit §. 619. 20. (elective Verhaftung mehrerer Zuhalter), §. 626. 27. u. Anh. §. 83. zu II. 1. §. 1015. (Höhe der Alimente) u. §. 633 flg. (Dauer der Alim.-Pfl.). S. auch §. 647—50. (Ansprüche an den Nachlaß des V.), vgl. mit §. 651—55. (Erbrecht der vom Vater od. durch Urtheil anerkannten Kinder; s. auch Landes-Const. v. 1594. Th. 3. Art. 12. u. Pr. des C. J. Fr. P. II. L. 6. tit. 3. §. 5.)

2. Verhältniß derselben zur Mutter.

a. In persönlicher Beziehung; §. 639—41 h. t. u. A. G. O. I. 2. §. 21. 99. (Fam.- u. Standes-Verh. überh.), §. 621—25. 629—31. vgl. mit §. 642. 43. (Erzieh.-R. u. Pfl. der M.)

b In Betreff der gegenseitigen Erbfolge; §. 656 h. t.: „Auf den Nachlaß der Mutter (s. aber §. 657.) hat das unehel. K. derselben ein gleiches gesetzl. Erbrecht mit den ehel. Kindern", u. §. 659.: „Von der Mutter (s. §. 658.) wird ein solches Kind mit eben dem Rechte wie die ehel. beerbt", vgl. mit Const. Joach. v. 1527. Art. Von der absteig. Linie: „Was aber die unehel. . . belangt, soll es verm. Keyser R. gehalten werden" u. L. C. v. 1594. a. a. O. („wofern die M. nicht vornehmes Adeliches Herkommens ist").

3. Verhältniß unter einander u. zur Familie der Mutter; II. 3. §. 6. u. 8.: „Unehel. K. derselben M. werden, wenn sie auch einen gemeinsch. V. haben, .. nur als Halbgeschw. angesehen. Unehel. K. befinden sich mit denj., welche die M. in der mit einem andern V. geschl. Ehe erzeugt, ebenfalls in keiner dergl. (s. §. 7 cit. u. vgl. II. 1. §. 4. u. 20. §. 885.) Verbindung", vgl. mit §. 639 cit., u. 660. 61 h. t.: „Zw. unehel. K. u. den Verwandten beider Eltern findet in der Regel keine gesetzl. Erbfolge statt (Tit. 3. §. 6 — 8.). Unehel. K. haben also auch aus dem Nachl. der mütterl. Großelt. keinen Pflichttheil zu fordern", vgl. mit Pr. des C. J. Fr. a. a. O. §. 5. (Succ.-R. in den Nachl. der mütterl. Ascend., nicht der Collat.)

§. 233. E. Von den Kindern aus ungültigen Ehen.

1. §. 50 h. t.: „Wird eine Ehe (wegen zu naher Verw., Bigamie, Ehebr. od. Relig.-Versch.) für nichtig erklärt (oder eine ungült. Ehe aufgehoben, s. §. 57.), so haben die .. Kinder, in Ans. ihrer unmittelb. Eltern (über Ausschl. aus deren Familie s. §. 51.), dennoch alle Rechte (s. aber §. 53.) der ehelichen"; §. 52 eod.: „Unter sich selbst haben sie alle Rechte ehel. Geschwister" vgl. mit II. 3. §. 4.: „Kinder von einerlei V. u. M. in rechtmäß. Ehe erzeugt .. haben unter einander die Rechte vollbürt. Geschw."; §. 54.: „In so fern beide Eltern od. auch nur einer von ihnen dergl. Ehe wissentlich geschl. haben, erlangen sie über die .. K. keine elterl. (s. aber §. 55.) Rechte". — S. übr. Landes-Const. v. 1594. Th. 3. Art. 12.: „Dieselben unehel. K., welche zu rechte nefarii, incestuosi od. inutiles genandt, können nach Besage der weltl. u. geistl. R. weder M. noch V. Erbe nehmen, auch nach weltl. R. aus des V. Güter nicht alimentirt werden", Pr. L. R. B. V. Tit. 12. Art. 1. §. 10. (bloßes Alim.-R.) und Pr. des C. J. Fr. P. I. tit. 3. §. 34. 66. („werden [außer im Fall des Betrugs] als unehelig angesehen"), vgl. mit P. II. L. 6. tit. 3. §. 3. 6. (Succ. R. der K. ex matr. putat.) u. Svarez Schlußv. S. 134. u. 45.

2. §. 56 eod.: „Sind Ehen (wegen Milit. Standes des M. od. Standesversch.) nichtig, so haben die .. K. die Rechte der K. aus einer Ehe zur linken Hand".

§. 234. IV. Von sonstigen Hausstandsrechten.

1) Von den Rechten der Dienst- und Brodherrschaft.

1. Vom gemeinen Gesinde; II. 5. §. 1 — 176. vgl. mit Gesinde-Ordn. nebst Publ. Pat. v. 8. Nov. 1810. u. Decl. v. 29. Apr. 1826., u. II. 8. §. 1534 — 1619. vgl. mit C. O. v. 23. Nov. 1831. u. 23. Sept. 1835. (Schiffsvolk). — Von älteren Gesinde-Ordn. s. G. O. für Berlin v. 12 Febr. 1718. u. verb. G. O. v. 2. Jan. 1746. (Mylius Th. V. 3. S. 259. u. Cont. III. S. 43), G. O. für die Städte der Alt-Mark v. 14. Dez. 1712. (ebend. V. 3. S. 303.), der Priegn. v. 26. Sept. 1751. (N. C. C. III. S. 1265.), in Minden ꝛc. u. Cleve ꝛc. v. 16. Jun. u. 7. Aug. 1753. (ebend. I. S. 487. 541.), für Preußen v. 15. März 1767. (ebend. IV. S. 797.)

2. Von s. g. Hausofficianten; II. 5. §. 177 — 186. vgl. mit §. 187 — 195 eod. (Erzieher).

2) Von den Rechten der Lehrherrschaft.

II. 8. §. 278 — 324. (Handwerks-Lehrlinge), vgl. mit §. 325 flg. eod. u. Rescr. v. 24. Oct. 1820. u. 15. März 1829. (Gesellen); s. auch §. 546 eod. (Kaufmanns-Gehülfen u. Lehrlinge) vgl. mit Rescr. v. 10. Jun.

1836. — Ueber die frühere Gesetzgebung vgl. außer den oben §. 56. alleg. Gewerks-Gildebriefen (darunter auch sub No. L. ein G. B. für die Materialisten v. 9. Aug. 1735.; s. dagegen die Crahmer Ordn. für Berlin v. 2. Aug. 1690. u. deren Confirm. v. 16. Dez. 1716., ebend. Th. 6. S. 597. u. Nachl. S. 37.) noch die Handwerks-Ordn. für Westpr. v. 24. Jan. 1774. (N. C. C. Th. V. 3. S. 19 flg.)

Zweites Kapitel.

Von Familien-Rechten.

§. 233. I. Einleitung.

1) Begriff von Familie und Verwandtschaft.

1. II. 3. §. 1.: „Personen, die durch Blutsfreundschaft mit einander verwandt sind, werden zu Einer Familie gerechnet", vgl. mit I. 1. §. 42—44., u. mit Reg. s. v. Familie: „so heißen die gemeinsch. Stammeltern mit allen ihren Descendenten".

2. Ueber Familie im S. des Hausstands mit Ausn. des Gesindes, od. der „Seinigen" vgl. II. 11. §. 72. 93. 456. 61. u. 590 flg., 17. §. 46. 47.; über Fam. als Inbegr. der männlichen Nachkommen gleiches Namens s. I. 12. §. 523. u. II. 4. §. 3. 36. 37. 73.; über Famil.-Verbindung im S. von Verwandtschaft und Schwägerschaft s. II. 20. §. 350. vgl. mit G. O. I. 2. §. 143., III. 3. §. 13 flg.; über Verwandte im Gegensatz der Eltern s. II. 18. §. 92., und im S. von Erbberechtigten I. 12. §. 522.

2) Berechnung und Bezeichnung der Verwandtschaft.

1. Berechnung der Grade; I. 1. §. 45.: „Die Grade der Verw. (s. aber auch II. 8. §. 124. u. A. G. O. a. a. O.) werden durch die Zahl der Geburten bestimmt, mittelst welcher zwei verw. Pers. auf einen gemeinsch. Ursprung sich beziehen", vgl. mit Entw. Th. I. 1. Tit. 3. §. 41. — Ueber den Begriff von Linien, Stämmen, Unterlinien u. Aesten s. I. 18. §. 383. vgl. mit §. 387 flg., u. II. 1. §. 349 flg., 3. §. 37. 38., 4. §. 151. 157 flg. 166 flg.

2. Verwandte in absteigender Linie (II. 2. Absch. 5.), oder Descendenten, Abkömmlinge, Nachkommen (I. 12. §. 526. 28. 29., II. 4. §. 151 flg.), Kinder u. weitere Abkömml. (II. 2. §. 378.), Kinder, Enkel u. Abkömml. weiterer Grade (§. 348. 437 eod.), Kinder schlechthin (I. 1. §. 40. 41.: „Wenn von Fam.-Verhält. [über die Bedeutung in letztwill. Verordn. s. I. 12. § 526. vgl. mit Entw. II. 9. §. 341.] die Rede ist, so werden unter Eltern u. Kindern die Verw. in auf- u. absteig. L., ohne Unterschied des Gr., verstanden [s. auch II. 8. §. 1972.]. So lange Eltern u. Kinder des 1. Gr. [s. u. a. I. 11. §. 1030., II. 2. §. 349. 59. u. 517.] leben, werden in d Regel .. Großeltern u. Enkel nicht mitbegriffen").

3. Verwandte in aufsteigender Linie (II. 2. Absch. 6.), oder Eltern [auch Eltern 1. Gr.] u. übrige od. weitere Ascendenten (§. 501. 506. 517. u. Marg. zu 489. 92.), Eltern schlechthin, Eltern u. Großeltern (I. 1. §. 40. 41 cit., II. 2. §. 251 flg. u. 638. vgl. mit II. 3. §. 14.).

4. Seitenverwandte (II. 3. §. 31.), od. Verw. in der Seitenlinie (II.

1. §. 628.), od. Geschwister [auch Geschw. 1. Grades] u. deren Abkömml. [auch Geschw. Kinder schlechthin, od. Geschw. Kinder 1ten und weiteren Grades], (s 1. 11. §. 1088., II. 1. §. 625. 26., 2. § 535. 468., 3. §. 15. 22. vgl. mit II. 2. §. 467. 92. 93., 3. §. 35. 40. 46., 4. §. 149 flg.), od. Geschw. u. weitere, übrige, entferntere Seiten-Verw. od. Seiten-Verw. schlechthin (II. 3. §. 46 flg.). — Ueber den Unterschied naher u. entfernter Verw. gegenüber dem überlebenden Ehegatten s. II. 1. §. 622 flg., 2. §. 584.

5. Vollbürtige u. halbbürtige Verwandtschaft; II. 3. §. 4. u. 5., 35. 41 flg. 52. vgl. mit I. 18. §. 381. 403. 33., II. 4. §. 162. 63.

6. Agnatische u. cognatische Verwandtschaft; I. 18. §. 15. vgl. mit §. 288. 380. u. 422 eod., I. 12. §. 523. 24., II. 1. §. 503., 4. §. 3. 37. 139. 189. 90. (männliche u. weibl. Nachk. od. Descendenten schlechthin).

§. 236. II. Von allgemeinen Familien-Rechten und Pflichten. (B. §. 332.)

1. §. 9—12 h. t. vgl. mit II. 2. §. 90. 191 flg. u. 18. §. 92 flg. 192 flg. 200 flg. (Sorge für unmündige ꝛc. Fam.-Glieder) u. §. 315 flg eod. (Erziehungsrecht).

2. §. 14 h. t. vgl mit II. 2. §. 251—54. (Aliment.-R. u. Pfl. in der graden Linie) u. §. 15 flg.: „Auch Geschw. 1ten Gr. (s. §. 16. vgl. mit II. 2. §. 632.) müssen (s. §. 22 flg.) ihren Geschwistern, die sich selbst (in Betr. ihrer Familie s. arg. II. 17. §. 107. u. II. 18. §. 13. vgl. mit §. 21 h. t.) zu ernähren ganz unfähig sind (§. 17. „hülflose", §. 20. „dürftige, §. 22. „unvermögende" Famil.-Gl.), den nothdürftigen Unterhalt reichen", vgl. mit §. 21.: „Nur Geschw. sind berechtigt, das was ꝛc. ...(s. aber I. 11. §. 1043.) zurückzufordern".

3. §. 13 h. t. vgl. mit Regl. v. 7. Oct. 1797. §. 5—7. (Familientrauer) und mit A. G. O. I. 50. §. 362 flg. 478. (Begräbniß).

4. §. 31 flg. h. t. u. II. 2. §. 271 flg. 489 flg. (Erbrecht; s. unten B. V.)

III. Von gemeinschaftlichen Familienrechten. (A. L. R. II. 4.)

§. 237. A. Ueberhaupt. (B. §. 463. 64.)

1) Von der Familien-Verfassung im allgemeinen.

§. 7. 8 h. t.: „Gemeinsch. Familien-Angelegenheiten (s. I. 18. §. 364. 65., II. 2. §. 605. 710.) müssen durch Berathschl. u. Schlüsse der ganzen Familie angeordnet werden. In wie fern . . durch Mehrheit der Stimmen oder nur durch einhelligen Schluß sämmtl. Famil.-Mitgl. ..., ist, in so fern Stiftungsbriefe u. Fam.-Vertr. nichts besonders festsetzen, nach den allg. Regeln (s. oben §. 55.) vom Recht der Gesellschaften (vgl. aber §. 39 flg. h. t.) zu bestimmen", vgl. mit §. 10. —20 u. 38. (Amt eines Vorstehers der Familie.)

2) Von Ausübung gemeinschaftlicher Familienrechte überhaupt.

§. 1—6 h. t. vgl. mit I. 18. §. 117. (Fam.-Lehen), §. 416 flg. (Aufn. einer oder mehr. Fam. in die gesammte Hand), II. 9. §. 16. (Fam.-Wappen), II. 11. §. 185. 461. (Fam.-Begräbn.), §. 578 eod. (Fam.-Patronat), §. 681 eod. (Fam.-Kirchstühle), II. 17. §. 20. (Fam.-Jurisdiction); s. auch §. 227 flg. h. t. (Näherrecht auf Familiengüter) vgl. mit Ed. v. 9. Oct. 1807.

3) Von eigentlichen Familien-Stiftungen.

1. Begriff; §. 21 h. t.: „Unter Fam.-Stift. werden hier Anordn.

verstanden, wodurch Jemand gewisse Hebungen von bestimmten Grundst. (s. H. O. Tit. 1. §. 49.) oder Capit. (od. auch „die Ausübung gew. Vorr. u. Befugn.", §. 22.; od. „die Zinsen eines gewissen Capitals", §. 24—26.) für eine Familie aussetzt u. anweiset", vgl. mit Reg. s. v. „Fam.-Stiftung").

2. Errichtung; §. 27. 28. vgl. mit §. 29—32 h. t. u. A. G. O. II. 1. §. 6. (gerichtl. Verlauth. u. Bestätigung).

3. Genuß u. Verwaltung; §. 34 flg. h. t. vgl. mit §. 40. 41. (normative Kraft der Stift.-Urk.) u. §. 38 eod. (Rechte des Fam.-Vorstehers) vgl. mit Rescr. v. 6. Aug. 1798. u. 26. Aug. 1809. in Erl. u. Ergänz.-c. ad h. §. (Oberaufsichtsrecht der Obergerichte); s. auch Rescr. v. 1. Sept. 1828. (ebend. ad §. 41.)

4. Aenderung u. Aufhebung; §. 39 h. t.: „Der wesentliche Inhalt der Stift. (s. § 40. 41. vgl. mit H. O. Tit. 2. §. 118 flg.) kann durch einen, auch einstimmigen Schluß der Fam nicht aufgehoben noch abgeändert werden", vgl. mit C. O. v. 26. Sept. und Rescr. v. 5. Oct. 1805. in N. C. C. Th. 11. S. 3051. (Aufhebung Seitens „der Desc. oder Seiten-Verw. 3. Gr." bei neu zu errichtenden Fideic.) u. Ed. v. 9. Oct. 1807. §. 8. (beliebige Aend. u. Aufheb. jeder Fam.- u. Fideic.-Stift.). — Ueber Fassung u. gerichtl. Bestätig. solcher Fam.-Schlüsse s. §. 42—46 h. t. vgl. mit Rescr. v. 29. Oct. 1809. (Matthis Bd. 8. S. 339.) u. C. O. v. 5. Sept. 1835.

4) Von Familien-Fideicommissen überhaupt.

1. §. 47 h. t.: „Jedem . . ist erlaubt, in seinem Verm. . . Fideic.-Substitutionen . . . auch zum Besten einer gewissen Familie zu errichten", vgl. mit I. 12. §. 55.: „In Fällen, wo nach den Gesetzen kein Fam.-Fideic. statt findet, gilt eine fideic. Substit. nur zum Besten des 1. u. 2. Sustituten" (Entw. II. 9. §. 41.: „nicht über den 3. Gr. hinaus").

2. §. 23 h. t.: „Wenn Jemand verordnet (s. §. 28. vgl. mit I. 12. §. 532 flg.), daß ein gewisses Grundst. od. Capital (s. §. 60. 61.) entw. für beständig od. doch durch mehrere Geschlechtsfolgen bei einer Familie (ungetheilt; s. §. 141 flg.) verbleiben solle, so wird solches ein Fam.-Fideic. genannt", vgl. mit Entw. I. 1. Tit. 4. §. 9. Note* u. Svarez Schlußv. S. 168—71.

§. 238. B. Von beständigen Familien-Fideicommissen. (B. §. 465—67.)

1) Errichtung derselben.

1. Beschränkung auf Landgüter u. Capitalien; §. 48 h. t. („Grundst., mit welchen Ackerb. u. Viehz. verbunden ist"; s. aber §. 51.) vgl. mit §. 49. 50 eod. („nur freie, u. keiner grundherrsch. Botmäßigkeit [Rescr. v. 23. Aug. 1837.] unterworfene Grundst."), und mit II. 9. §. 40.: „Nur der Adel kann Fam.-Fideic. aus adl. Gütern errichten", (s. Entw. I. 2, Tit. 4. §. 26. u. §. 13 h. t.) — Ueber Fideic-Qual. von „Gerechtsamen u. Vorrechten" s. Entw. §. 20 h. t.

2. Nothwendigkeit gewisser Größe: a) bei Grundfideic., §. 51—55 h. t. (Reinertrag [s. aber Entw. §. 19.] von 2500, resp. 1250 Thl.); b) bei Geldfideic., §. 59 eod. (Betrag von 10000 Thl.) vgl. mit §. 56 flg.; s. auch §. 188 h. t. (regelmäßiges Maximum der Fam.-Fideic.)

3. Form der Errichtung; §. 62. u. 64 h. t., vgl. mit §. 28 flg. u. H. O. Tit. 1. §. 50. u. 2. §. 80. 117 flg. [s. oben], u. mit § 71. u. 208. h. t. (Inventarisirung); §. 65—67. u. H. O. §. 51. (Eintragung der Folgeberecht.) vgl. mit §. 68 flg. u. 122 flg. eod.

2)

2) Rechte des zeitigen Besitzers.

a) Bei Grund-Fideicommissen.

1. Im allgemeinen; §. 72—74. vgl. mit §. 86. 120. 212. 21 h. t.
2. In Betr. von Veräuß. u. Dispositt. überh; §. 76 flg. h. t., vgl. m. I. 18. §. 2. (s. aber ob. §. 182. sub 3. 3.), §. 211 eod. (Verbess. u. Verring.)
3. In Bezug auf Verschuldung.

a. Der Substanz; §. 104—6. 10 flg. h. t. vgl. mit I. 12. §. 475. 76. (Bestimm. des Stifters), §. 114 h. t. (Fam.-Schluß „in außerord. Fällen").

b. Der Einkünfte; §. 80 flg.: „Nur allein bei Aufnehmung (s. §. 218—220.) nothwendiger Darlehen (s. §. 81—86.) auf das Eink. des Fideic. ist nicht die Zuziehung aller, sondern bloß gewisser Fam.-Mitgl. (s. §. 87 flg. vgl. mit §. 95. u. II. 18. §. 32.) erforderlich", vgl. mit §. 96 flg. (Feststell. von Term.-Rückzahl.) u. §. 101. 2. (gerichtl. Regul. des Geschäfts), und mit §. 103. 7—9. 214—17. (Rechte des Gl. u. Verhaft. des Fid.-Folgers). — S. auch über die Folgen eines Specialconsenses §. 226. vgl. mit §. 224. 25 h. t.

4. Rücks. etwaniger Prozesse; §. 117—21 h. t. vgl. mit I. 18. §. 258.

b) Bei Geld-Fideicommissen.

§. 126. 27. (Zinsgenuß des Besitzers), §. 128—32. (Einzieh. u. anderw. Belegung) u. §. 133 h. t. (sonst. Veränd. od. Anlegung in Grundst.)

3) Aufhebung der Fideicommisse.

1. Durch Aussterben der Familie; §. 189 h. t. („in den Händen des letzten männl. Desc."), vgl. mit I. 18. §. 675. („nach Erlöschung [s. auch §. 139 h. t.] aller zum Fideic. berufenen").
2. Durch Beschluß; §. 39 h. t. u. Ed. v. 7. Oct. 1809. §. 8. (Beschl. aller [eingetragenen? s. Rescr. v. 14. Jul. u. 15. Oct. 1832. in Erl. u. Erg. &c. ad §. 95.] Fam.-Glieder), vgl. mit Rescr. v. 18. Dez. 1809. u. 11. Apr. 1810. (Beschl. [s. aber arg. §. 45. 79. 95.] des letzten Besitzers).
3. Vgl. auch über Aufhebung u. zeitigen Fortbestand der Fideic. in den wieder u. neu erworbenen Prov.: Ges. für d. ehem. Großh. Berg v. 23. März 1828. u. v. 14. Jul. 1833., C. O. für das Herz. Westphalen v. 22. Aug. 1832., u. Ergänz. u. Erläut. Th. 3. S. 547 flg.

Drittes Kapitel.

Von Vormundschaften und Curatelen.

I. Von der Vormundschaft im allgem. (A. L. R. II. 18.)

§. 239. A. Von deren Stellung zum Staat und zur Familie.

1) Früheres Recht.

1. Märk. Vorm. Ordn. v. 23. Sept. 1718. §. 1 flg.: „Von testamentl. Bevormundung", §. 5 flg.: „Von natürlicher u. Rechts-bestell-

ter [s. aber §. 19. 23.] Vorm."; §. 20 flg.: „Von der Obrigk. [§. 21.: „jede Obr. des Orts, welche die Nieder-Gerichte hat"] verordn. Vorm.", vgl. mit §. 54. 55. 57. (Unterſch. zw. tut. impub. u. cura minor.)

2. Pr. L. R. v. 1721. B. II. Tit. 6. Art. 1.: „Von Vorm., ſo in einem Testament verordnet", Art. 2.: „De legitima Tutela", Art. 3.: „De dativa Tutela", vgl. mit Art. 8. §. 1.: „... Wollen Wir ... (es ſo) gehalten haben, daß die adulti, ſo ihre 14 J. erreichet, auch wider ihren Willen sub tutela et cura ihrer Vorm. (ſ. auch über Gleichſtell. der tut. cum cura Art. 6. 7.) ſeyn u. bleiben ſollen, bis ſie 21 J. völlig erreichet haben".

3. Proj. des C. J. Fr. P. I. Lib. 3. tit. 1. §. 3.: „Weil nun ſowohl aus dem Statu familiae, als Civitatis (ſ. auch tit. 2. §. 1.) nothw. folget, daß die Glieder einer Fam. u. einer Stadt ſich unter einander ſchützen müſſen, u. die Vorm. (ſ. über Unterſch. von Unmünd. u. Minderj. tit. 13. v m. tit. 10. §. 1.) daher ihren natürl. Urſprung haben, ſo ꝛc. ꝛc.", vgl. mit Tit. 2. §. 4. 5.: „Dieſe Vorm. wird entw. durch einen letzten Willen (ſ. Tit. 3., insb. §. 7.) constituirt, od. denen nächſten Blutsfr. aufgetragen (Tit. 4. vgl. mit Tit. 3. §. 3.), oder von der Obrigk. (al. Obr. od. Magiſtrat des Orts) beſtellet (ſ. Tit. 5.)".

2) Grundprinzip der landrechtlichen Geſetzgebung.

1. II. 18. §. 1.: „Perſ., welche für ſich ſelbſt zu ſorgen nicht im Stande ſind (II. 17. §. 2.: ſich ſelbſt nicht vorſtehen können), ſtehen unter der beſondern Aufſicht u. Vorſorge des (ſ. II. 17. §. 56. vgl. mit §. 56 flg. u. 81 flg. h. t.) Staats," vgl. mit §. 6. 7 eod.: „Zu den Pflegbef. des Staats gehören zuvörd. Kinder, Unmünd. u. Minderj. Allen dieſen müſſen (über Ungültigkeit eines Verbots der Vormundſch. ſ. §. 679. 80. u. 712.) Vorm. vom Staate beſtellt werden", u. §. 235 eod.: „In allen dieſen Bezieh. (ſ. §. 231 — 34.) ſind die Vorm. als Bevollmächtigte des Staats anzuſehen".

2. §. 2 h. t.: „Dieſe Vorſorge erſtreckt ſich jedoch auf dergl. Perſonen nur in ſo fern, als dieſelben (ſ. auch §. 8. 9. vgl. mit §. 12. 15. u. II. 2. §. 263.) außer väterl. Gewalt u. Aufſicht ſind, oder die väterl. Vorſ. ihnen nicht zu ſtatten kommen kann", vgl. mit §. 240.: „In Bezieh. auf die Pflegbef. vertreten die Vorm. zunächſt die Stelle der Eltern. Der Vormund kann ſich aber ... keine mehrere Befugn. anmaßen, als die Geſ. einem Vater über die noch unter ſeiner Gewalt ſtehenden Kinder beilegen", u. mit II. 2. §. 159. u. Anh. §. 156. („natürl. Vormundſch." des Vaters).

S. auch Svarez Schlußv. S. 184 flg.: „... Die Verf. unſrer neueren Vorm. Ordn. ... haben es nicht gewagt, den Grundſatz des R. R. ſelbſt — (scil. „daß Vorm. eigentlich bloße Privat-Angel. der Fam. wären u. die Obr. bloß in Subsidium dazwiſchen komme") — anzugreifen u. ſ. w. Das Geſetzbuch geht hingegen ꝛc. ꝛc."

§. 240. B. Von deren verſchiedenen Arten und Gründen.

1. §. 3 h. t.: „Diej., welchen der Staat die Sorge für ſeine Pflegbef. in Anſehung aller ihrer Angelegenheiten aufgetragen hat, werden Vormünder genannt", vgl. mit §. 6 flg. (Kinder, Unmündige u. Minderj.), §. 12. 13. (Wahn- und Blödſinnige), §. 14. (Verſchwender), §. 15 flg. (Taubſtumme) u. §. 19 flg. (Abweſende). —

2. §. 4 h. t.: „Diej., welche denſelben entweder nur zur perſönl. Aufſicht oder Erziehung, oder nur zur Beſorgung gewiſſer Ge-

schäfte u. Angel. vom Staate bestellt werden, führen den Namen der Curatoren".

3. §. 5 h. t.: „Beistände heißen diej., welche (s. §. 53.) Jemand bei gewissen Gesch., die er für sich allein vorzunehmen nach besondern gesetzl. Vorschr. nicht fähig ist (s. §. 51. 52.) od. . . . sich nicht getrauet, zu Hülfe (s. §. 54. 55. u. §. 1005. 6.) nimmt".

Ueber die (nichts weniger als constante) Terminologie vgl. Entw. §. 5 h. t. Note *.

II. Von der eigentlichen Vormundschaft.

A. Von Bestellung der Vormünder.

§. 241. 1. Von der Fähigkeit und Verpflichtung zur vormundschaftlichen Verwaltung.

1) Gründe der Unfähigkeit.

1. Absolute Unfähigkeit; §. 130—32. 946 h. t. (Minderjährigkeit ꝛc.), §. 134. (Regularenstand), §. 135. (Verlust der bürgerl. Ehre ꝛc.; s. auch V. O. §. 25.), §. 136. (Remotion von früherer Vormundsch.), vgl. mit §. 164—66. u. 170. 71. (Folgen der Anstellung Unfähiger).

2. Relative Unfähigkeit; §. 137. 38. u. 179. (Relig.-Versch., s. V. O. §. 25. u. Proj. Tit. 2. §. 8. No. 11. 12.), §. 139. vgl. mit §. 149. (Stiefvaterschaft, s. V. O. §. 61.), §. 141. 42. vgl. mit §. 174. 75. (Verbot des Vaters oder Testators), §. 143. u. 181. (weibl. Geschlecht), §. 144—46. u. 182. (öffentliche Feindschaft, s. Proj. No. 8. 9.), §. 147—49. u. 167—169. 179. 924. (Schuldverhältn.), vgl. mit §. 164 flg. cit.

3. Nothwendigkeit des Consenses Dritter; §. 158. 59. (Domänen- u. Cassen-Beamte), §. 160. (Militärpersonen), §. 161—63. (Civilbediente; auch Geistliche? s. I. 10. § 68. 69. vgl. mit §. 208. u. 213 h. t., V. O. §. 61. u. Pr. §. 9.; s. jedoch Rescr. v. 11. Apr. u. 14. Aug. 1818.), vgl. mit §. 163. u. §. 942. 43 eod. — S. auch §. 133 h. t. (großj. Haussöhne.)

2) Verpflichtung zur Uebernahme von Vormundschaften.

1. Im allgemeinen; §. 109 h. t. vgl. mit §. 202. u 205—7. (Strafe u. anderw. Nachtheile der Weigerung) u. §. 218. 19. (Verlust des dem Ernannten ausgesetzten Legats); s. auch §. 155 eod. (Verbot der Uebern. ausländ. Vormundsch.).

2. Besondre Gründe der Verpflichtung; §. 199 h. t.: „Nächst den Verwandten (s. §. 186. 192. vgl. mit II. 3. §. 12.) sind die Mitgl. der Zünfte u. Innungen die Vorm. über ihre Zunftgenossen od. deren hinterl. Kinder zu übernehmen vorzüglich verpflichtet", vgl. mit §. 200 eod.: „Pers., welche durch Ernennung des Erblassers (§. 173 flg.) oder durch Fam.-Vertr. (s. §. 178.) zur Führung einer Vorm. vorzügl. verpflichtet und berechtigt sind, können, wenn sie von dem Richter übergangen werden, auf rechtl. Gehör u. Erkenntniß nach näherer Vorschr. der P. O. (I. 39. §. 11. 12.) antragen"; s. auch §. 214. (schriftl. Verspr. der Uebernahme).

3. Entschuldigungsgründe.

a. Ueberhaupt; §. 216. 17. u. 944. 45 h. t. vgl. mit Etw. §. 162. Note *.

b. In Folge besondrer Privilegien; §. 208—13 h. t. (Milit.-Pers., Räthe in Kön. Coll., Bürgermeister, Dom.-Pächter u. Dom.- od. Cass.-Beamte, Abwes. in Staatsd., 60jähr. u. anhalt. kranke Pers. [V. O. §. 61.: Altersschwäche u. 70jähr. Alter], Väter von 5 unvers. Kindern, administr. Vorm., Schul-, Gymn.- u. Univ.-Lehrer, Curatgeistl.), vgl.

mit A. G. O. I. 39. §. 2 flg. (Excusations-Prozeß) u. mit §. 941 h. t. u. Proj. tit. 11. §. 7. (späterer Eintritt von Excus.-Gründen).

§. 242. 2. Von der Bestellung selbst.

1) Competenz des ordentlichen persönlichen Richters.

II. 17. §. 56. u. §. 56. 61. 62. 63. u. 67 h. t. vgl. mit §. 57—60. 62—66. (Collision mehrerer Gerichtsst.) u. §. 68 flg. (Bevormundung der Fremden). Ueber die Bevormundung der Milit.-Pers (§. 75 flg.) vgl. C. O. v. 19. Jul. 1809., und s. noch über unmittelbare Ernennung durch den Landesherrn V. O. §. 68. u. Proj. tit 6. §. 4.

2) Vorbereitende Maaßregeln.

1. Anzeigepflicht: a) der Ortsgerichte, §. 90. 91. vgl. mit §. 107. 108.; b) der Prediger und Dorfgerichte, §. 93. vgl. mit §. 105 u. 6.; c) der Zunft- u. Handl.-Genossen, §. 94—96.; d) der Mutter, §. 101. 2. vgl. mit V. O. §. 26—28. u. Proj. Tit. 5. §. 9.; e) der übrigen Verwandten, §. 97—100. vgl. mit II. 3. §. 12., V. O. §. 29. u. Pr. §. 11.; f) der Ehegatten, §. 92—104.; g) des Protutors, §. 227—30 h. t., vgl. mit §. 90 eod. (Verfahren von Amtswegen). — S. überh. Proj. §. 17. 18.

2. Siegelung zur Sicherstellung des Vermögens; §. 352—62 h. t. u. A. G. O. II. 5. §. 4 flg. vgl. mit §. 363 flg. u. A. G. O. §. 27. (vorläufige Dispositionen). S. aber §. 368—70. 371. u. A. G. O. §. 28—30. (gesetzl. Ausnahmen) u. §. 372—75. und A. G. O. §. 7. (Verbot der Siegelung).

3) Wirkliche Ernennung des Vormunds.

1. Auswahl des Vormunds Seitens des Gerichts; §. 110. u. 129 h. t. vgl. mit §. 184. 85. 87. 93—95. und V. O. §. 16. 18. — S. aber a) §. 150—54. u. 156. 57. h. t. vgl. mit V. O. §. 70. u. Proj. §. 12. (Bestellung von fremden Gerichts-Insassen und Ausländern); b) §. 172 flg. 186. 192. 610. 920 h. t. (vorzügl. Berücks. der von Vater oder Mutter [§. 179 flg. „vom Erblasser", vgl. mit Proj. Tit. 3. §. 2.] ernannten [§. 176—78. u. I. 12. §. 169. vgl. mit V O. §. 4.] Vorm., der Mutter [vgl. V. O. §. 12.], und [s. aber §. 196—98.] der Verwandten), vgl. mit §. 220. („vom Richter gewählte od. genehmigte Vorm.") u. mit §. 200. (s. oben) 201.: „Eben dergl. Befugn. kommt auch der Mutter u. den Verwandten zu, wenn der Richter .. einen Fremden dazu geordnet hat"; c) §. 111. (Vorschlagsrecht der Verwandten ꝛc.)

2. Verpflichtung u. Bestallung desselben; §. 220. 21. („mittelst Handschlags an Eidesstatt"; s. V. O. §. 36.) u. §. 222. 23. vgl. mit §. 225 flg. h. t.; s. auch V. O. §. 33. u. Pr. tit. 6. §. 5—7.

4) Einleitung der Vormundschafts-Verwaltung.

1. Gerichtliche (s. aber Anh. §. 157.) Inventur des Vermögens; §. 376. 82 h. t. vgl. mit A. G. O. II. 5. §. 43 flg., s. auch V. O. §. 37—39. u. Proj. §. 9. 10. — S. übrigens a) über Zulässigkeit offener, eidlich zu bestärkender (§. 389 flg. vgl. mit §. 393. 94.) Privatspecification (§. 383. 84. vgl. mit Rescr. v. 18. Dez. 1758. [N. C. C. II. S. 322.] u. §. 385—88. vgl. mit Decl. der V. O. v. 21. Apr. u. Ver. v. 12. Oct. 1751. [ebend. I. S. 71. u. 159.]), u. b) über Niederlegung versiegelter (s. aber §. 405—8.) Verzeichn. bei Verbot der gerichtl. Inventur §. 395 flg. vgl. mit Rescr. v. 10. Febr. 1758. (ebend. II. S. 285.)

2. Auseinandersetzung mit den etwanigen Miterben ꝛc.; §. 409. 19. 420 h. t. vgl. mit §. 410 flg. (s. oben §. 217.) u. §. 415 flg. eod.

3. Cautionsbestellung; §. 422. 23. u. 424—31 h. t., vgl. mit §. 433. u. 434 flg. (Caut.-Freiheit der vom Erbl. ernannten Vorm. und richterl Caut.-Erlaß; s. auch Rescr. v. 24. Jan. 1758. u. Circ. v. 23. Febr. 1760. im N. C. C. II. S. 283. und III. S. 413.) und mit §. 295—98. (Pfandr. für Defecte); s. auch V. O. §. 34. 35.

Ueber Sicherheitsbestellung Seitens des Ehemannes s. §. 140. vgl. mit §. 183. u. II. 1. §. 226. 27.; s. auch §. 764. u. 73 h. t.

B. Von der Vormundschafts-Verwaltung.

§. 243. 1. Von der oberen Direction des Gerichts.

1. Competenz; §. 81 h. t.: „Derj. Richter, welcher den Vorm. bestellt, hat die Direction der Vorm. über das ganze Verm. in und außer (s. §. 82—84.) seiner Gerichtsb.", vgl. mit §. 85 eod.: „Eine Veränd. in dem Wohnorte der Pflegb. od. ihrer Eltern wirkt (s. aber §. 86—88. u. §. 89.) keine Veränd. in der Direction der Vorm.".

2. Directive Gewalt u. Aufsicht im allgem.; §. 235. (s. oben) u. 236. 237 h. t., vgl. mit §. 685 h. t.: „Der allgem. Aufsicht (s. §. 686—91. u. Anh. §. 167. 68.) . . ist auch ein (durch den Erblasser von sonstiger Einschränk. befreiter [s. §. 681—84.]) Vormund unterworfen".

3. Specielle Concurrenz des Gerichts; §. 238. 39 eod.: „So oft in Anf. der Person (s. u. a. §. 313. 14. 16. 28. 29. 30. 36. 50. u. II. 1. §. 49.) od. des Verm. (s. §. 440. 42. 47. 55. 59. 69. 71. 98. 501. 5. 8. 511. 12. 21. 24. 25. 27. 32. 35. 37. 39. 49. 50 flg. 98. 600. 7. 28. 32. 35. 44. u. a. m.) der Pflegb. eine erhebl. Veränd. vorgenommen werden soll, müssen die Vorm. dem Gericht Anzeige machen, u. dessen Genehm. od. nähere Anweisung einholen; vornemlich . . , wenn von einer Handlung od. einem Vorfalle . . bedenkl. od. gefährl. Folgen für den Pflegb. entstehen könnten", vgl. mit §. 299. 300. (Verfügung des Gerichts ohne Zuziehung od. gegen Widerspruch des Vorm.) und mit §. 243. 46. 48. 930. (Beschwerde des Pflegb. beim Gerichte). — S. jedoch §. 681 flg. h. t.: „Wohl aber (s. §. 680., oben §. 239.) kann der Erblasser (§. 683. u. Anh. §. 166.) einen von ihm ernannten Vormund (s. aber §. 691. 92.) von den §. 422—678. vorgeschr. Einschränk. der vorm. Administr. (durch Test. od. gerichtl. Exkl., §. 682.) ganz od. zum Theil befreien", vgl. mit C. O. v. 11. Apr. 1836.

4. Jährliche Berichtserstattung u. Rechnungslegung; §. 327 h. t. (s. g. Erziehungsbericht), u. §. 647 flg. eod.: „Jeder verwaltende Vorm. ist von seiner Verwalt. (§. 648. 50. u. 672. 73.) alljährig (s. aber §. 651. 52.) Rechnung (vgl. über deren Form §. 655 flg. u. §. 653. 54., und über die Art ihrer Abnahme §. 663 flg. u. 678.) abzulegen, und innerh. 3 Mon. . . bei dem Vorm.-Gerichte (s. aber §. 674—77.) einzureichen verbunden", vgl. mit §. 662.: „Das Vorm.-Gericht ist schuldig, den Vorm. zur Rechn.-Legung von Amtswegen anzuhalten", u. mit §. 693. 94. u. Anh. §. 169. (Befreiung von der Rechn.-Legung; s. aber Proj. tit. 6. §. 49. 50.)

§. 244. 2. Von den Rechten des Vormunds über die Person des Pflegbefohlnen.

§. 3 h. t. (s. oben §. 240.) u. §. 231 flg. eod.: „Die Pfl. u. Befugn. der Vorm. haben sowohl die Person (s. §. 232. 34.), als die Rechte und das Verm. ihrer Pflegb. zum Gegenstande", vgl. mit a) §. 240—43. u. 349. 50. (Recht auf Gehorsam und Zuchtgewalt); b) §. 308—10. (Sorge für Unterhalt); c) §. 311 flg. 326—28. u. 335—37. (Sorge

für Erziehung; s. auch §. 341—48. [Aufsicht ꝛc. über Wahn- u. Blödsinnige]) und §. 315 flg. 19 flg. 24. (Erziehungsrecht der Mutter und Verwandten); d) §. 329 flg. (Wahl eines Lebensberufs, s. auch II. 5. §. 6., 11. §. 60. 1165.), vgl. mit §. 605. 807. 12. u. II. 8. §. 477.; e) §. 338—41. (Verheirathung der Pflegbef.).

3. Von der Vermögens-Verwaltung.

§. 245. a. Allgemeine Grundsätze.

1) Umfang der vormundschaftlichen Verwaltung.

§. 81 h. t. cit. (oben §. 243.) vgl. mit §. 172 eod. („Verwalt. des gesammten Verm. der Pflegbef., es mag vom Vater od. auch von einem Andern herrühren") u. §. 804.: „Erwerben od. besitzen die (vom Pflegb.) erzeugten Kinder ... eignes Verm.", so hat sein Vorm. .. alle R. u. Pfl., (wie) in Ans. des eignen Verm. des Vat.". — Vgl. aber a) über Bestellung mehrerer Vorm. u. Theilung der Verw. §. 112 — 14. u. 290 h. t.; b) über Beiordnung eines Curators für einzelne Verm.-Theile, §. 47 — 82. 83. 175. u. 606 flg.; c) über Bevormundung auf bestimmte Zeit, §. 125 — 28. u. 132 eod. u. Pr. tit. 3. §. 4 flg. u. tit. 4. §. 9.

2) Verhältniß des Vormunds zu dem Pflegbefohlnen.

1. Vertretung und Verpflichtung durch den Vormund; §. 251—53. (s. oben §. 129.) und §. 247—49. (s. oben §. 42. 44.) vgl. mit §. 438 h. t.: „Bei Verw. des Verm. . . ist der Vorm. schuldig u. befugt, alles zu thun u. zu besorgen, was einem guten Hauswirthe in Ans. seines eignen Verm. obliegt, in so fern er darunter durch ausdr. Gesetze, durch den Willen des Erbl. u. durch richterl. Verordn. nicht eingeschränkt ist", sowie mit Entw. §. 194. Note*. (Wegfall des Unterscheid. zw. auctor. tut. und cons. curat.) u. Svarez Schlußv. S. 192 flg. (Wegfall der in integrum restit. ex cap. aetatis). — S. auch Proj. tit. 6. §. 27. u. tit. 7. §. 8.

2. Bestellung besondrer Curatel bei Collision der Interessen; §. 46. 48. 148. u. 254 h. t.

3. Theilnahme des Pflegb. an der Verwaltung.

a. §. 244 flg. vgl. mit § 560. 61 h. t. (Rücksprache mit dem 18jähr. Pflegb. bei „erheblichen Vorfällen, welche die Subst. des Verm. oder Hauptveränd. in der Verwalt. betreffen").

b. §. 728 flg. eod.: „Einem jeden Pflegb. kann (s. aber §. 714 flg.) nach zurückgel. 20 J. der von den Eink. .. verbleibende Ueberschuß zur eignen Verwalt. u. Verwend. (§. 730. 34.) überlassen werden. Auch die Verwalt. der Verm.-Substanz selbst (s. aber §. 731. 32. 35.) kann ihm auf sein Begehren überlassen werden".

c. §. 737. u. 742—49 eod. (Verwaltung des Ehemannes der Pflegbef. unter Aufsicht des Vorm.; s. oben §. 211. sub 2. 3.)

3) Verhältniß zu den Mit- und Nebenvormündern.

1. Bei gemeinschaftlicher Verwaltung; §. 115 h. t. (s. oben §. 54.) vgl. mit §. 116. 17. u. 123. u. mit §. 288. 89 eod.

2. Bei vom Richter (§. 118. vgl. mit §. 286. 87.) getheilter Verwaltung; §. 119. u. 24 eod. vgl. mit §. 121. u. mit §. 291. 92. — Ueber Vertheil. durch den Erblasser s. §. 290 eod.

3. Bei bloßer Concurrenz s. g. Ehrenvormünder; §. 120—22 h. t. vgl. mit §. 295. 664—66. 926. u. mit §. 291. 92 eod.

4) Verantwortlichkeit des Vormunds.

1. Bei bloßem Versehen; §. 275 h. t.: „Jeder Vorm. ist schuldig, auf die Angel. seiner Pflegb. denjen. Grad der Aufmerks. zu wenden, den ein ordentl. (§. 438. „guter", §. 472. „vernünftiger") Hausvater (§. 438. „Hauswirth") in seinen eignen Angel. gewöhnlich (§. 472. 513.) anwendet. Er muß also jedes dabei begangene mäßige (§. 256. 82. 463. 74—76. 78. 911.) Vers. vertreten", u. §. 301 eod.: „Der Richter ist schuldig (jedoch nur in subsid., §. 302. 3.), für ein mäßiges (§. 474. 514.) Vers. zu haften, welches er bei Bestell. des Vorm. oder bei Führung der Aufsicht u. Direct. begangen hat", vgl. mit §. 233.: „Die Sorge für das Verm. erstreckt sich auf die Sicherst. und Erhalt., auf die ordentl. wirthsch. Administr. u. auf die Verbesserung desselben". S. jedoch:

a. über Vertretung geringen Versehens; §. 166. 277—81 h. t. vgl. mit §. 97. 107. 229. 470. 515 (Verhaftung „für allen Schaden") u. §. 580. 598. u. 816. (Verpfl. „zu vorzüglich sorgfältiger Prüfung", s. l. 3. §. 23.)

b. über Vertretung bloß groben Versehens: aa) Seitens des Vormunds selbst, §. 284. vgl. mit §. 463., §. 285. 462. 513. 872—74 h. t.; bb) Seitens des vormundschaftl. Gerichts, §. 170. 464. 557. 690 eod.; cc) Seitens der Ehren-Vormünder, §. 291 eod.; dd) Seitens der Erben u. Amtsnachfolger, §. 293. 94. u. 404. 6 eod.

c. über gänzliche Befreiung von Verantwortung; §. 283. vgl. mit §. 462., u. §. 299. 300. 739. 77. 79. 912 h. t.

2. Bei untreuem od. unredlichem Verfahren; §. 924 flg. (s. unten §. 247.) vgl. mit §. 486.: „Hat der Vorm. des Pflegb. Gelder (s. auch §. 546. 668.) für sich benutzt, so muß er dieselben sofort bei wechselm. Execut. zurückzahlen und 8% an Zinsen entrichten", §. 667 flg. 876 flg. 96 eod.

5) Entschädigungsansprüche des Vormunds.

1. Ersatz der unverschuldeten Schäden, Auslagen ꝛc.; §. 255—61. vgl. mit §. 262. u. §. 882—84 h. t.

2. Anspruch auf Honorar; §. 263 eod. vgl. mit §. 269—71. u. 938. (Bewill. durch Erblasser), §. 272—74. (gesetzl. Anspr. bei Vorm. über Abwes. u. Wahns. ꝛc.), §. 264—68. (Bewill. durch Richter wegen Erfolgs od. Schwierigk. der Verw.; s. auch §. 206.), vgl. m. V. O. §. 63. 76., Pr. tit. 6. §. 47., 9. §. 15., u. Resc. v. 2. Apr. 1756. (N. C. C. II. S. 57.)

§. 246. b. Besondere Bestimmungen.

1. Mobilien; §. 440 flg. h. t. vgl. mit §. 445. 48. (Versilberung); s. aber §. 439. (Dispos. des Erbl.) u. §. 449—53. (Asservation der Juwelen, Kostbarkeiten ꝛc.).

2. Baare Gelder; §. 454 h. t (gerichtl. Deposition) u. §. 466. 545. 547. 48. 750. 51. 72. (zinsbare [s. §. 489. 90. vgl. mit Ges. v. 6. Nov. 1841.] Ausleihung gegen gerichtl. [s. aber Anh. §. 158. u. C. O. v. 3. Mai 1821., u. vgl. §. 483. 84.] Sicherheit), vgl. mit §. 479. (Ausleihung ohne Rückfrage [§. 472 flg.] beim Gericht) u. §. 485. (Verbot der Ausleih. an Vorm. od. Mitgl. des Vorm.-Ger.). S. aber auch §. 445. 461. u. 522—24. (Verwendung für Pflegb. u. Schuldentilgung), §. 597—599. (Anlegung in Grund und Boden), §. 600. 1. (Rentenkauf), §. 753 flg. (Cautionsbestellung für den Ehemann), §. 762. 63. (Verwend. für den Mann), u. vgl. noch §. 764 flg. (Ausantw. der Gelder u. Capit. ohne Sicherheit bei Verheir. mit einem Kaufmann).

3. Capitalien; §. 492—96. u. 745 h. t. (Einzieh. der Zinsen) u. §. 455—457. 462—65. u. 497—500. (Capit.-Kündigung), vgl. mit §. 458 flg.

(Bestimm. des Erbl. über Nichteinziehung); s. auch §. 423. (Asservation der Documente.)

4. Prozesse; §. 501—3. (Klagerhebung) u. §. 504 flg. (Klagbeantw. u. Fortsetzung), vgl. mit §. 515. 16. (Betrieb auf eigene Gefahr) und §. 521. (Abschl. von Vergleichen).

5. Aufnahme von Darlehen; §. 525—27 h. t.

6. Verwaltung der Grundstücke; §. 528—30. (Regulirung des Besitztitels), §. 531—40. (Verwalt. u. Verpacht.) vgl. mit §. 541—44. (Einziehung der Eink. u. Pachtgelder).

7. Belastung u. Veräußerung des Immob.-Verm.; §. 549. u. 50 flg.: „Unbew. Güter der Pflegb., u. was denselben in Rechten gleich geachtet wird (s. §. 554. 55.), dürfen ohne wichtige Ursachen (über Nothwendigkeit s. §. 551—53. vgl. mit § 584.; über erheblichen [§. 563.] Nutzen s. §. 554. u. 555—59. vgl. mit §. 560. 61. 62. u. 583.; über Befehl des Erbl. s. §. 564. 65.), ohne Unters. u. Genehm. des vormundschaftl. Gerichts (§. 568.), u. ohne öffentl. Subhastation (s. aber §. 569. 72. u. 586., vgl. mit C. O. v. 23. Sept. 1812. nebst Decl. v. 7. Febr. 1835., u. C. O. v. 10. Nov. 1830.) nicht verkauft oder sonst veräußert (s. aber über Theilung zw. Miterben §. 566. 67. u. Anh. §. 162. vgl. mit §. 574 flg.) werden", u. §. 585.: „Außer den § 569—83. best. Fällen ist die Veräuß., wenn sie ohne Subhast. (über Veräußerung ohne Noth oder Nutzen s. §. 587. 88.) geschehen, nichtig", vgl. mit §. 589—96 eod.

8. Kaufmanns-Handlung; §. 602. u. 605. (Verbot neuer Anlegung), §. 612—14. u. 639 flg. (nothwendige Fortsetzung), §. 615 flg. (freiwill. Fortführung), §. 633 flg. (Auflös. der Handl.)

9. Erbschaftsanfall; §. 643—46 h. t. und Anh. §. 165. vgl. mit I. 9. §. 390. 430. 31. 69.

Vgl. überh. noch V. O. §. 47—52. u. Proj. tit. 6. §. 28—46.

§. 247. C. Von der Beendigung der Vormundschaft.

1) Aufhebung auf Seiten der Pflegbefohlnen.

1. Bei der Alters-Vormundschaft.

a. Eintritt der Volljährigkeit; §. 696. vgl. mit §. 705. 6 h. t. (Volljs.-Attest); s. aber §. 698 flg. (Verläng. der Vorm. durch Dispos. des Vaters od. auf Anordn. fremder Erbl.)

b. Majorennitäts-Erklärung; §. 713 flg. vgl. mit §. 807 flg. (Beding.), §. 720 flg. vgl. mit C. O. v. 14. Oct. 1807. und 3. Apr. 1808. (Competenz der Prov. Pup. Coll.) u. §. 724—27. vgl. mit V. O. §. 53. (Wirkung derselben).

c. Ueber Fortdauer der Vorm. bei Heirath u. Adoption s. §. 736 flg. 800. 1. 802 flg. u. 814. u. vgl. oben §. 211. u. §. 230.

2. Bei anderweitiger Vormundschaft.

Vgl. §. 815. 16. (Herstellung der Wahns. ꝛc.), §. 817—20. (Herstell. der Taubst.), §. 821 flg. (Rückkehr od. Todeserkl. der Abwes.), §. 856—859. vgl. mit A. G. O. I. 38. §. 35 flg. (Besserung der Verschw.).

2) Aufhebung auf Seiten des Vormunds.

1. Tod des Vormunds; §. 900 flg. h. t. vgl. mit §. 946. (Bevorm. des Vormunds).

2. Entlassung desselben: a) aus Gründen der Zuträglichkeit, § 918 h. t. vgl. mit §. 923. 37.; b) wegen Nachlässigkeit u. Unordnung, §. 921. 922. vgl. mit A. G. O. I. 39. §. 13 flg. u. 22 eod.; c) wegen Unfähigkeit,

keit, §. 165. 942—45. u. §. 948., vgl. mit §. 188 flg. u. 947. (Wiederverheir. der Mutter ꝛc.; s. auch V. O. §. 58.) und mit §. 941. (Fortdauer bei hinterher eintret. Excus.-Gründen); d) wegen Heirath mit der Pflegb., II. 1. §. 977. (s. oben §. 206.)

3. Remotion; §. 924 h. t.: „Macht der Vorm. sich eines unredl. Betragens gegen den Pflegb. (§. 930. „Sorglosigkeit u. Untreue", §. 931. „pflichtwidriges Verhalten", §. 933. „Veruntr. und Unredl.", §. 934. „Untreue od. Unredl.", §. 136. „Untr. u. grobe Fahrl.", A. G. O. §. 21. „vorsätzl. Untr. u. Unredl.") verdächtig, so muß die Sache von Amtswegen (s. aber auch §. 927 flg. vgl. mit §. 939. 40.) untersucht, u. über seine Remotion (s. §. 933. u. 35. vgl. mit II. 20. §. 1331. 1332. u. A. G. O. §. 16. 22 flg.) erkannt werden". — Vgl. überhaupt ad 2. u. 3. Proj. des C. J. Fr. Lib. 3. tit. 12. §. 7. (Untersuchung bei Verdächtigkeit, Behufs Schadensersatzes bei bloßer culpa levis, der einfachen-Remot. bei culpa lata, u. der Remot. nebst Bestraf. u. Infamie bei dolosem Verhalten).

3) Folgen der Aufhebung.

1. Ausantwortung des Vermögens; §. 880—85. 915. u. 934 h. t.

2. Legung der Schlußrechnung: a) bei gänzl. Aufhebung der Vormundsch., §. 861—63. (innerh. 2 Mon., s. V. O. §. 60.) vgl. mit §. 870 flg., u. §. 867. (gerichtl. od. außergerichtl.) vgl. mit §. 868. 69.; s. aber §. 874. 75. vgl. mit §. 876. 77. (Befreiung auch von der Schlußrechn.); b) bei Eintritt eines neuen Vormunds, §. 906—10. (in 6 W. u. resp. 3 Mon.) u. §. 934. („unverzügliche" Ablegung bei Entlassung).

3. Ausstellung gerichtl. General-Quittung; §. 885. 93. 94. (binnen Jahresfrist) u. §. 916. 51. vgl. mit §. 888 flg. u. 917. (Wirkung in Bezug auf Pf. R. u. Caut.)

4. Entschädigungs-Ansprüche: a) aus früheren Jahres-Rechnungen, §. 864. 65. 910. vgl. mit §. 866.; b) aus der Schlußrechn., aa) auf Grund desfallsf. Vorbehalts §. 886. 87. 90. 91., bb) nach ertheilter Quittung §. 895—97. u. 912 h. t.

§. 248. III. Von der Curatel.

1) Allgemeine Regeln.

§. 956 h. t.: „Bei Curatoren findet alles Statt, was vorstehend von Vorm. verordnet ist, in so fern nicht besondre Vorschr., od. die Natur ihres nur ein einzelnes Geschäft betr. Amts Ausnahmen begründen", vgl. mit §. 954. 57. (Bestellung u. Verpflichtung derselben), §. 953. 76. (Gleichheit der Rechte u. Pfl.), §. 958 flg. (Pfand- u. Cautions-Anspr. des Curanden).

2) Einzelne Fälle.

1. Curatoren für Kinder unter väterl. Gewalt; a) §. 28—30 h. t. vgl. mit II. 1. §. 301. 6., 2. §. 9.; b) §. 31. 32 eod. vgl. m. II. 4. §. 42. 44. 95.; c) §. 33 eod. u. A. G. O. I. 40. §. 32. 41. 42. vgl. mit Anh. §. 153.; d) §. 34—36. u. §. 971 flg. eod. vgl. mit II. 2. §. 179 flg.; e) §. 37. u. 976 flg. eod. vgl. mit II. 2. §. 154. 60. 208.

2. Curatoren für volljährige Ehefrauen; §. 41. 42 h. t. u. II. 1. §. 198. 232 flg. vgl. mit §. 39. 40 h. t. u. II. 1. §. 226. 27.

3. Curatoren für unter Vormundsch. stehende Pers.; §. 46—48 h. t. vgl. mit §. 175. 606 flg. eod.; s. auch §. 377. 905 h. t.

4. Curatoren für unbekannte od. behinderte Interessenten; §. 49. 50.

1003. 4 h. t vgl. mit §. 24 eod., II. 1. §. 991., A. G. O. II. 5 §. 45., u. mit I. 9. §. 471 flg. u. 12. §. 224. 33. (Curatoren unbekannter Erben).

5. Curatoren schwangerer Wittwen; §. 962—65 h. t. vgl. mit I. 9. §. 372 flg. u. II. 2. §. 19 flg.

6. Curatoren unehelicher Leibesfrüchte; §. 966—69 h. t. vgl. mit §. 11 eod. u. II. 2. §. 26 flg. 614 flg.

7. Lehnscuratoren; §. 996 flg. h. t. vgl. mit I. 18. §. 378.

Fünftes Buch.
Erbrecht.

Erstes Kapitel.
Vom Anfall der Erbschaften.

Vgl. C. Witte Grundzüge des Preuß. Erbrechts. Bresl. 1830. u. dessen Preuß. Intestat-Erbrecht aus dem gem. deutschen Rechte entwickelt. Leipz. 1838., u. L. Crelinger System des Preuß. Erbrechts mit vergleichender Hinweisung auf das Röm. und gem. Erbrecht. Bresl. 1834.

I. Allgemeine Vorbemerkungen.

§. 249. A. Begriff und Umfang der Erbschaft od. des Nachlasses. (B. §. 388., Cr. §. 1—5.)

1. I. 2. §. 34. 35.: „Der Inbegr. der Sachen und Rechte eines Verstorbenen heißt dessen Verlassenschaft (od. Nachlaß). In Beziehung auf denj., welcher dergl. Inbegriff überkommt, wird solcher Erbschaft genannt", vgl. mit I. 9. §. 350.: „Die Erbschaft eines Verst. od. für todt Erklärten (Einl. §. 103., §. 367 h. t. vgl. mit I. 11. §. 505. u. II. 18. §. 841. 42. 47 flg.) besteht aus dem Inbegr. aller seiner (s. §. 353.) hinterlassenen Sachen, Rechte u. (s. auch §. 360. 361. 68 eod., I. 17. §. 127 flg., II. 1. §. 618. vgl. mit §. 621 eod. [„reiner Nachlaß"]) Pflichten".

2. I. 9. §. 354.: „Lehen u. Fideicomm., welche der Erbl. besessen hat, dürfen (zu seiner Erbschaft) nicht gerechnet werden", vgl. mit Einl. §. 103. (s. oben §. 118. sub 1.), I. 9. §. 404., 11. §. 461., II. 2. §. 397. (s. §. 250. sub 2.); s. auch I. 11. §. 445. vgl. mit II. 19. §. 50. („freie Erbschaft") u. I. 12. §. 1.: „Ueber alles, was der freien Veräuß. eines Menschen unterworfen ist, kann derselbe auch auf den Todesfall nach Gutbefinden verfügen".

3. I. 9. §. 360 flg. vgl. mit Einl. §. 102. 104 und mit I. 2. §. 40. (Ausschluß rein persönlicher Rechte u. Verbindlichkeiten; s. oben §. 118 u. §. 130.)

§. 250. B. Rechtliche Natur und verschiedene Arten der Erbfolge. (B. §. 388. 89., Er. §. 6—9.)

1) Unterschied zwischen Universal-, Singular- und Special-Succession.

1. l. 12. §. 3—6.: „Jede einseit. Will.-Erkl., wodurch jemand zum Erben einer Verlass. berufen wird, heißt ein Testament. Erklär. eines Testators, woraus erhellet, daß er nach seinem Tode den Inbegriff seines Nachl. einer od. mehreren Pers. zuwenden wolle, ist für eine Erbeseinsetzung zu achten. Einseit. Will.-Erkl., durch welche Jemand nur über einzelne und bestimmte Stücke, Summen, Rechte oder Pflichten (Entw. II. 9. §. 5.: „einz. u. best. St. od. S. aus einer Verlass.", vgl. mit Reg. s. v. Codic.: „elnz. St., R. u. Pfl. od. partem quantam der Erbsch.") auf den Todesfall verordnet, führen den Namen der Codicille. Einzelne bestimmte in einem Test. od. Cod. hinterl. Sachen od. Summen (Entw. §. 6. Stücke od. Summen) werden Legate oder Vermächtnisse genannt", vgl. mit:

a. §. 254—58.: „Hat Jemand einer od. mehr. Pers. seinen Nachl. dergestalt beschieden (Entw. §. 160.: „zu seinen Erben eingesetzt"), daß die Absicht, ihnen den ganzen (fehlt im Entw.) Inbegr. dess. allein zuwenden zu wollen, daraus erhellt, so sind die Intest.-Erben für gänzl. (s. §. 255.) ausgeschl. zu halten. Hat aber der Erbl. nicht über das Erbrecht selbst (s. auch l. 17. §. 159 flg.), sondern ausdrückl. nur über gewisse (§. 257. „bestimmte") Stücke, Summen od. Antheile (§. 257. „Theile") seines Nachl. verordnet, so gelangt das Erbrecht auf die gesetzl. Erben, und diesen fällt alles zum Nachl. Gehörende, so weit nicht darüber verfügt ist (Entw. §. 162.: „der Rest seines Nachl."), anheim. Es ändert darunter nichts, wenn auch (jene) der Test. . . Erben genannt hat. Vielmehr sind dieselben im Verh. gegen die Int.-Erben immer nur als Legatarii zu betrachten", u. §. 263 eod.: „Eben so wird derj., welchem nur eine best. S. od. S. im Test. zu seinem Erbtheile ausdr. angewiesen (s. auch II. 18. §. 404.), . . als bloßer Legatar betrachtet."

b. I. 11. §. 447.: „Nur alsdann ist ein wirkl. Erbsch.-Kauf vorhanden, wenn das Erbsch.-Recht selbst od. ein Theil desselben (im Gegens. „best. Inbegr. von Erbsch.-Sachen", od. „einz. im Nachl. befindl. S. u. Gerechts.", §. 448. u. 84) verkauft worden."

c. I. 17. §. 117.: „Jeder Erbe, dessen Antheil nicht in sich selbst, sondern nur im Verh. gegen das Ganze best. ist, kann auf Theilung antragen".

d. II. 1. §. 454. 55.: „Ist . . eine bestimmte S. od. S. zum Eheverm. beschieden, so wird (der Mann) . . als Legatarius angesehen. Besteht (es) aus einem nur im Verh. gegen das Ganze best. Theile (pars quota) des Nachl., so hat (er) die R. u. Pfl. eines Miterben", vgl. mit §. 468 eod.

Vgl. übrigens über den wechselnden Gebrauch von Theil u. Antheil für pars quota: I. 12. §. 265. 69. 70. 72. 73. 628. 29., 17. §. 164. 166., 21. §. 265., II. 1. §. 468., 7. §. 474., 11. §. 519., H. O. Tit. 1. §. 52. u. A. G. O. I. 46. §. 2. 12.

2. I. 9. §. 404.: „Wer einer Erbsch. entsagt, begiebt sich dadurch nicht der durch den Erbl. auf ihn verfällten Lehen, Fideic. u. anderer Verm.-Stücke (s. Entw. II. 6. §. 329. vgl. mit A. L. R. II. 2. §. 397.), welche ihm nach Vertr. od. Ges. ohne Rücks. auf die Ei-

gensch. eines Erben (als „Forderung an den Nachl." §. 403.) zukommen", I. 11. §. 461.: „... Sachen u. Rechte, welche dem (Erbsch.-) Verk. nicht von dem Erbl., sondern nur durch denselben u. mittelst seines Ablebens zufallen ꝛc.", u. II. 2. §. 273.: „Vor allen Dingen werden Lehen, Fideic. u. andere V.-St., in welcher nach Ges. od. Fam.-Vertr. eine eigne Succ.-Ordn. statt findet, .. abgesondert", vgl. mit I. 18. §. 506. 7., II. 1. §. 289. 90. 501 flg., 4. §. 206. 7.

2) Wirkung des Erbanfalls im allgemeinen.

I. 9. §. 367. 68.: „Sobald der Erbl. verstorben .. ist, fällt die Erbsch. an denj., welchen rechtsgültige W.-E. des Erbl., od. in deren Ermang. die Vorschr. der Gesetze dazu berufen. Dieser erlangt das Eigenth. der Erbsch., .. ohne daß es weiter einer Besitzergreifung bedarf", I. 18. §. 606.: „Die Succ. in das Lehn („das nutzb. Eig. des Fid.", II. 4. §. 206.) geht in dem Augenbl., wo der bisher. Besitzer verstirbt, auf den Nachfolger über", u. I. 12. §. 288.: „Das Eig. der .. zum Legate ausgesetzten S. u. R. (Entw. II. 9. §. 183.: „einer vermachten individuellen S.") geht in der Regel (fehlt im Entw.) mit dem Todestage des Erbl. auf den Legatar über", vgl. mit Svarez Schlußv. S. 12. — S. aber §. 242 eod.: „Aus einem gült. Test. erwirbt der Erbe das Recht, nach Publ. desselben die Erbsch. anzutreten u. in Besitz zu nehmen (Tit. 9. §. 367 sq.)", u. I. 17. §. 116.: „Das Anrecht eines jeden (Miterben) an der Gemeinschaft ist entw. durch rechtsbest. W.-E. des Erbl. od. in deren Ermang. unmittelbar durch Ges. bestimmt", vgl. mit Svarez Bem. bei B. S. 19.

§. 251. C. Gegenseitiges Verhältniß der verschiedenen Delations-Gründe.

1. I. 9. §. 367., I. 17. §. 116 cit. und II. 17. §. 16. 17. vgl. mit I. 12. §. 2. („einseitige W.-E. u. Vertr."), II. 1. §. 438. vgl. mit §. 439. 481. 95. 500. u. II. 2. §. 271. (Vertr., letztw. Verordn. u. Gesetz, d. h. Stat.- od. Prov.-Ges. u. gemeine Rechte).

2. Svarez Schlußv. S. 79.: „In Ansehung der Erbeseinsetzung ist das Principium des Röm. R.: quod nemo etc., aufgehoben (s. Pr. des C. J. Fr. P. II. Vorr. §. 31. u. L. 7. tit. 4. §. 11 flg.) worden. Auf der Abschaffung dieses Princ. beruhen die §. 45. 46. 256—60. 285. u. a. m.", vgl. mit I. 12. §. 44—46.: „Der Erbl. kann .. einen oder mehrere Erben (s. §. 261 flg. eod.) zu seinem Nachl. nach Gutbefinden ernennen. Er kann auch nur über einen Theil seines Nachl. verordnen, und es in Ansehung des Ueberrests bei der gesetzl. Erbf. belassen. Auch ohne Benennung eines Erben (s. §. 7. vgl. mit §. 279.) kann er über einzelne Theile und Stücke seines Nachl. verfügen", §. 254 flg. (s. oben), §. 285.: „Hat der Test. den Zuwachs ausdrückl. verboten, so fällt die erledigte Erbportion jedesmal an die Intest.-Erben", u. §. 628.: „Ist der Erbvertr. nur über einen best. Theil des Nachl. errichtet, so fällt das übr. Verm. den Test.- od. .. den gesetzl. Erben anheim". — S. auch §. 478. 80. 89 eod. (oben §. 93. sub 3.) vgl. mit I. 9. §. 369.: „Ist Jemandem eine Erbsch. unter ... aufsch. Bed. hinterlassen, so wird er nur seit der Zeit der Erfüllung dieser Bed. Eigenthümer der Erbsch.".

3. I. 9. §. 401.: „Dem ... Erben steht es nicht frei, der Erbschaft aus dem Test. zu entsagen u. den Nachl. als gesetzl. Erbe in Besitz zu nehmen" vgl. mit II. 1. §. 491. 92., u. I. 12. §. 641. 42. vgl. mit II. 1. §. 448. (Unzul. der Wahl zw. Erbvertr. u. Int.-Succ.)

II. Von der gesetzlichen oder Intestat-Erbfolge.

A. Von der Universal-Erbfolge.

1. Von der ordentlichen Erbfolge.

a. Der Blutsverwandten.

§. 252. aa. Im allgemeinen. (B. §. 425., Cr. §. 20—23., W. §. 3 flg.)

1) Bedingungen des Erbfolgerechts.

1. Regelmäßige Nothwendigkeit einer Verwandschaft durch gültige Ehe zur rechten Hand; II. 2. §. 300. und I. 18. §. 360., vgl. mit II. 2. §. 50 flg., §. 592. 96. 97. und 600., §. 603 flg., §. 639. §. 647 flg. und 656 flg., §. 692. 93. 701. 2. 7 flg. u. §. 734. 39 flg., §. 761., u. II. 3. §. 4 flg. (s. oben B. IV. Kap. 1.)

2. Anderweitige Gründe der Unfähigkeit.

a. Absolute Unfähigkeit; aa) II. 16. §. 19.: „In welchen Fällen der Nachlaß eines Verbrechers mit Ausschl. seiner Erben von dem Staate eingezogen werde, bestimmt das Criminal-Recht", u. arg. I. 12. §. 15.: „Nur so weit, als ein Verbr. sein Verm. verwirkt hat, ist er von der Befugn., Test. od. Codic. zu errichten, ausgeschlossen", vgl. mit II. 20. §. 95. 103. (Hoch- und Landesverräther, s. aber II. 2. §. 399. 506.) u. §. 469. 70. 83 eod. u. Ed. v. 17. Nov. 1764. in N. C. C. Th. 3. S. 519. (Deserteurs); bb) II. 11. §. 1201. 7. 9. vgl. mit I. 18. §. 370 flg. (kathol. Regularen); cc) arg. I. 12. §. 40. vgl. mit II. 17. §. 173. (Ausländer auf Grund der Retorsion).

b. Relative Unfähigkeit; aa) II. 3. §. 22 flg. vgl. mit II. 19. §. 54. 62. (Verweigerung der Aliment. des Erbl., s. auch II. 2. §. 408. 507.); bb) I. 12. §. 605. 9. 10. (Verhind. oder unerl. Bewirkung einer Test.-Errichtung). — S. aber auch arg. §. 41. 42 eod. vgl. mit II. 7. §. 278. 279., 9. §. 64 flg. (persönl. Besitzunfähigkeit).

2) Successions-Ordnung im allgemeinen.

1. Const. Joachim. v. J. 1527. Art. 6—9. (gemeinrechtl. Succ.-Ordn., nur mit Nichtanerk. des Repräs.-Rechts für Urenkel ꝛc.; s. aber Art. 3., Landes-Const. v. J. 1574. Art. 4. u. v. J. 1594. Th. 3. Art. 11., u. vgl. Heydemann a. a. O. S. 350 flg.); Pr. L. R. B. V. Tit. 12. Art. 1—4. (gemeinrechtl. Succ.-Ordn., jedoch mit Vorzug der Geschw. u. Geschw.-K. vor Vater resp. Mutter in Betr. des von d. verst. M. resp. V. ererbten Verm. [s. Art. 2. §. 5. u. 6.], u. mit gleichzeit. Berufung der Enkel vollb. Geschw. mit halbbürt. Geschw. und Geschw.-K. [s. Art. 3. §. 6.]); Pr. des C. J. Fr. P. II. Lib. 7. tit. 3—5. (6 Klassen: Descend., Eltern u. sonst. Ascend., vollb. Geschw. und Geschw.-K., halbb. Geschw. u. Geschw.-K., Geschw. der Eltern u. Gr.-Elt., übrige Seiten-Verw. [s. auch tit. 8. §. 12.] bis zum 10. Gr. incl.)

2. Entw. I. 1. Tit. 2. §. 239. 41. u. §. 271 flg., §. 356 flg. u. 364. 66 eod., Tit. 3. §. 22. 27 flg., vgl. mit Note zu §. 356. u. 27 cit., u. mit Svarez Bemerk. bei B. S. 242.

3. A. L. R. II. 2. §. 300. 2. 348 flg. 489 flg. u. 3. §. 31 flg., vgl. mit Svarez Schlußv. S. 166—68. — S. insb. noch über das s. g. Repräsentations-Recht II. 2. §. 348 vgl. mit Entw. §. 274. („. . treten die entfernteren Desc. aus eignem Rechte an die Stelle der . . näheren Desc."), II. 3. §. 38 flg. vgl. mit I. 18. §. 393. u. Entw. §. 30. („. . tre-

ten die Desc. der Geschw. . . aus eignem Rechte an die Stelle ihrer Elt.“) u. §. 50 eod.: „Eltern, die vor dem Erbl. verstorben sind, verfällen (in der 5. Kl.) niemals ihr Erbrecht auf ihre Kinder“.

§. 253. bb. Von den einzelnen Erbesklassen. (B. §. 426. 33—36. 41. 42., Cr. §. 24—31., W §. 14—18. u. 37. 39. 41. 45.)

1) Erste Klasse der Descendenten.

II. 2. §. 300—302. (Kinder) u. §. 348—51. (Enkel und weitere Abkömmlinge), vgl. mit §. 352 flg.: „So oft in einer Linie der nähere Desc. nicht Erbe sein kann od. will (s. §. 353 flg.), fällt sein Erbr. auf die von ihm abstamm. Descend.“. — S. übrigens §. 592. 96. 97. 600. 3 flg. (legitim. Kinder u. deren Desc.), §. 691. 93. 707 flg. 737. 38. (Adopt.-Kinder und deren Desc.), §. 50. 51. 57. (Kinder aus nichtigen Ehen u. deren Desc.), §. 586—89. u. 656. 57. 60. (in Ehen z. l. H. od. außer der Ehe erzeugte Kinder einer Frau).

Ueber Ausschluß durch Abfindung u. Erbverzicht s. §. 254. sub 2. 2. u. unten sub IV.; über Collationspflicht der Descend. vgl. unten Kap. II.

2) Zweite Klasse der Eltern.

II. 2. §. 489—91. und §. 592. 96. 97. 603 eod. (Vater u. Mutter ehel. od. legitim. Kinder), vgl. mit §. 586. 88. u. 659. (Mutter der in Ehe z. l. H. od. außerehel. od. in ungült. Ehe [s. in Betr. des Vaters §. 54 eod.] gebornen Kinder), §. 743. 44. (Stiefelt. bei Einkindsch.)

3) Dritte Klasse der vollbürtigen Geschwister und deren Descendenz.

II. 2. §. 492. u. II. 3. §. 31. 34. 36—40. (s. auch Suarez Schlußv. S. 146.), vgl. mit §. 4. 6 eod. u. §. 592. 96. 97 h. t. (durch) Ehe legitim. Kinder), arg. §. 51. 52. 555. u. 606 eod. (K. aus ungült. Ehen u. Ehen z. l. H., od. per rescr. legit. K. unterlich.)

4) Vierte Klasse der weiteren Ascendenten und der halbbürtigen Geschwister und deren Descendenz.

II. 2. §. 493—95. u. II. 3. §. 41., vgl. mit §. 497—99. (Theilung unter Ascend.) und §. 42—44. (Theilung unter Halbgeschw.). S. übrigens §. 51. u. 588. vgl. mit 589., §. 604. 639. 660. vgl. mit 592. 96. 97. u. §. 708. 9. 52 h. t. (Erforderniß legit. Verw. in der Kl. der Ascend.), §. 606. u. II. 3. §. 5. 6. (Gleichst. der per rescr. legit. u. ehel. K., so wie der unehel. Kinder einer Fr. mit Halbgeschw.)

5) Fünfte Klasse der übrigen Seitenverwandten.

II. 3. §. 46—52. (Vorzug des Grades ohne Rücks. auf volle u. halbe Geburt) u. §. 560. 89. 92. 96. 97., vgl. mit den sub 4. cit. Stellen (Requisit legitimer Verwandtschaft).

§. 254. b. Des überlebenden Ehegatten. (B. §. 437—440., Cr. §. 32., W. §. 19—30.)

1) Einleitende Vorbemerkungen.

1. Früheres Recht; Const. Joach. v. J. 1527. Art. 2., vgl. mit Erbsch. Ed. v. 30. Apr. 1765. Abth. 2. (N. C. C. Th. 3. S. 711.) und Heydemann a. a. O. S. 219 flg. (Halbtheilung des beiders. Vermögens);

Pr. L. R. B. V. Tit. 12. Art. 5. vgl. mit B. IV. Tit. 15. Art. 4. (Halbtheilung des Gemeinguts); Proj. a. a. O. Tit. 3. §. 15. 16. u. Tit. 5. §. 3—9. (Bestät. der Ansprüche der armen Wittwe, unter Ausdehn. auf d. geschw. öffentl. verlobte Braut), u. Tit. 6. §. 1. (Recht der Wittwe auf ½ des ganzen Nachl. bei Concurr. mit Collat. über den 10. Grad), vgl. mit Note zu Entw. I. 1. Tit. 1. §. 362. u. Svarez Schlußv. S. 124.

2. Stellung des A. L. R. zum Particularrecht; §. 500 h. t. vgl. mit §. 495. 96 eod.: „Haben die Ehel. während der Ehe ihren Wohns. verändert, so hat der Ueberl. die Wahl, ob er nach den Ges. des letzten persönl. Gerichtsst. des Verst., od. desj. Orts, wo die Ehel. zur Zeit der vollz. Heirath ihren ersten Wohnsitz genommen, erben wolle"; s. auch Svarez Schlußv. S. 118.

2) Bestimmungen des A. L. R.

1. Erbfolge außer dem Falle der Güter-Gemeinschaft.

a. In Concurrenz mit „Verw. in absteigender Linie"; II. 1. §. 623. 624. u. 2. §. 301. (¼ resp. Kindestheil) vgl. mit Entw. §. 365.

b. In Concurrenz mit „Verw. in aufsteigender Linie", Geschw. u. Geschw. Kindern 1. Grades; §. 626 eod. (⅓), vgl. mit Entw. §. 367. (¼ neben Ascend.) und §. 368. (⅓ neben voll- u. halbbürt. Geschw. u. deren Kindern; s. Entw. Tit. 2. §. 364—66. u. Tit. 3. §. 27 flg.)

c. In Concurrenz mit anderw. „nahen Verwandten"; §. 623 eod. (½) vgl. mit Entw. §. 369.

d. In deren Ermangelung; §. 627. vgl. mit §. 622 eod.

S. übrigens noch 1) in Betreff der Voraussetzungen dieses Erbrechts §. 895. 903., und § 952. vgl. mit §. 783. u. 829., 2) über Ermittelung des betr. „Erbtheils" II. 2. §. 324 flg., u. 3) über den sub b. u. c. gebührenden „Mobiliar-Voraus" II. 1. §. 628—30. vgl. mit Entw. §. 366. 70—73.

2. Erbfolge bei bestandener allgemeiner G.-G.

a. In Concurrenz mit unabgefundenen „Blutsverw. in absteig. Linie"; §. 639 h. t. vgl. mit §. 637. 38. (Ausschluß von d. Erbfolge) u. §. 640. 41. (beiders. Voraus der zu persönl. Gebr. bestimmten Kleider, Betten u. Leibwäsche); vgl. übr. Entw. §. 471. 72. („Sind Verw. in abst. L. vorhanden, so ꝛc.")

b. In Ermangelung aller Descendenz; §. 642 h. t.: „Sind keine unabgef. Kinder vorhanden, so theilt (s. aber §. 643. u. §. 645. 46. vgl. mit §. 652.) der überl. Eheg. . . . mit den nahen (s. §. 647.) Verw. . . , wie bei der Erbfolge nach dem gemeinen Rechte . . (§. 625. 626.)", vgl. mit Entw. §. 469.: „Sind keine Verw. in abst. L. vorh., so erbt der überl. Ehegatte das gesammte Mobil.-Verm. (s. §. 370 flg.) voraus . . . Von der gemeinsch. Masse behält (er) die Hälfte, u. die andere fällt den Erben des Verst. zu."

c. Bei Concurrenz mit abgefundenen Descendenten; §. 644 h. t. (fehlt im Entw.): „Abgefundene Kinder haben bei dieser (s. §. 642. 643.) Erbsch.-Ordn., in Bez. auf den überl. Ehegatten, nur mit Seitenverw. des 1. Grades gleiche Rechte", vgl. mit II. 2. §. 366 flg.: „Hat der Erbl. in der G.-G. gelebt, so finden wegen Auseinandersetzung zw. dem hinterl. Eheg. u. den Kindern die Vorschr. Tit. 1. §. 635 sq. Anwendung. In dem . . . Nachlaß des Verst. erben dessen Abkömml. eben so, als vorstehend wegen der gesetzlichen Erbf. nach gem. R. verordnet ist. Doch steht den Eltern frei, die Kinder schon bei ihrer Lebenszeit wegen des Erbrechts an den künftigen Nachlaß (s. aber §. 370. 71.) abzufinden. . . In der Regel wird angenommen, daß die Abs. nur zu Gunsten des überleb.

Ehe g. geschehen sei. Stirbt also eins von den abfind. Eltern, so ... verbleibt dasj., was (dem abgef. Kinde) etwa noch von diesem Nachl. nach der gesetzl. Erbf. zukommen würde, dem Ueberlebenden der Eltern. Stirbt aber auch dieser, so beerbt ihn das abgef. Kind eben so, als wenn gar keine Abf. geschehen wäre". — S. auch Entw. §. 285 flg.: „Ist an Orten, wo G.-G. obwaltet, ein K. von den Eltern aus ihrem Verm. . . . völlig abgef. worden, so gebührt demf. u. seinen Nachk. an der Erbsch. der Elt. kein Antheil. . . Sind zur Zeit des Todes keine unabgef. K. vorhanden, so gelangen die abgef. dennoch zur Erbfolge, . . . zu gleichen Theilen ꝛc."

3. Erbfolge bei der G.-G. des Erwerbs; §. 663. 64 h. t.: „In dem eigenth. Verm. des Verst. findet . . eben das statt, was außerh. der G.-G. . . In Ans. des gem. Erw. wird nach §. 637 sq. . . verfahren."

§. 255. 2. Von der außerordentlichen Erbfolge. (B. §. 443—46., Er. §. 33., W. §. 41. 45—48.)

1) Erbrechte der Kinder eines Mannes aus Ehe z. l. H.

II. 2. §. 579. (bei Conc. mit ehel. Abk. z. r. H.), §. 580. 81. (in deren Ermang.) vgl. mit §. 582.: „Verläßt der Vater . . eine Ehefr. (s. auch §. 583.), so erhalten die K. („Desc." §. 581.) z. l. H. ihren Antheil erst nach Abzug der der Ehefr. gebührenden Erbportion", u. §. 584. (in Conc. mit entfernten Verw.) — S. auch §. 570—74. (Anspr. auf Erziehungs- u. Ausstatt.-Kosten) u. II. 1. §. 897. (Anspr. auf mütterl. Abf.)

2) Erbrechte der unehelichen Kinder eines Mannes.

II. 2. §. 652 flg. (fehlen im Entw., s. aber das. §. 422. 23.): „Sind keine ehel. Abk. (z. r. o. l. H.; §. 651. vgl. mit Svarez bei B. S. 416.), u. auch keine letztw. Verf. des Vaters vorhanden, so gebührt (s. aber Anh. §. 97.) den unehel. (s. §. 612.) Kindern" (dafern sie „entw. ein freiwill. Anerkenntniß des V. nachweisen, oder ein rechtskr. Urth., wodurch ihnen noch bei Lebzeiten des V. [Anh. §. 98.] ein dergl. Erbrecht [vgl. §. 615. u. II. 18. §. 968.] vorbeh. worden, beibringen", s. §. 654. vgl. m. §. 653.) „1/6 des Nachl. nach den §. 581—83. enth. Bestimm.", vgl. mit §. 647 flg. (Aussetz. der Alim.- u. Erz.-Kosten) u. II. 1. §. 1088. (Anspr. auf Ausstatt. der M.) — S. auch noch über dies Erbrecht der unehel. Kinder Pr. des C. J. Fr. Lib. 6. tit. 3. §. 5.

3) Erbrecht des Alimentators.

II. 3. §. 23 flg.: „Doch verlieren (s. aber §. 24. vgl. mit II. 1. §. 762., u. 2. §. 29. 30.) diejen. (s. §. 14. 22), die ihre unvermög. (§. 25. „hülflosen", §. 762. „verlassenen") Verw. gegen ihre natürl. Pfl. hülflos lassen (s. II. 19. §. 61 flg.), ihr gesetzl. Erbrecht, . . und tritt derj. (s. §. 26.) an seine Stelle, welcher sich eines solchen angenommen (s. §. 27.) hat".

4) Erbrecht der Armen- und Waisenhäuser.

II. 3. §. 28. vgl. mit Entw. §. 21., und II. 16. §. 22., 19. §. 50 flg.: „Auf den eigenth. freien Nachlaß solcher Pers., die in eine öffentl. Anstalt (16. §. 22.: „milde Stift.") zur unentgeldl. (§. 69. 70. u. 72. 73.) Verpflegung (§. 67. 68. 74.) aufgenommen worden, und in dieser Verpfl. (s. §. 55. vgl. mit §. 56—58.) verstorben sind, hat die Anstalt (s. aber §. 51—54. vgl. mit §. 75. u. §. 57.) ein gesetzliches (s. aber §. 60. 65. vgl. mit §. 22 cit.) Erbrecht". — S. übrigens Armen-Ordn. v. 1703. §. 10., Gen. Ver. v. 9. März 1716. u. Ed. v. 18. Sept. 1726. u. 18. Mai 1735., bei Mylius Th. 1. 2. S. 134. 99. 245. 63. (Ausdehnung auf „Armen-

men-Cassen" [s. auch §. 59 h. t.], überh. auf alle „Hosp., Wittw.-, Wais.-, Arm.-Häuser, und andere dergl. Stift.", und Einschränkung auf ½ bei Conc. von Desc.), vgl. mit Resol. v. 12. Apr. 1756. im N. C. C. Th. 2. S. 67. (Anerk. abweich. Fundations-Bestimmungen).

5) Erbrecht anderer Corporationen.

II. 11. §. 101. (provinc. u. statut. Erbr. der Kirche auf „gew. Theile des Erwerbs aus geistl. Eink.") vgl. mit Landt. Receß v. J. 1602.: „Es soll mit den nachgel. Gütern der Geistl. hinfüro (s. Rec. v. J. 1534. 38. 72.) wie Herkommen nach Ordn. der Kayser-Rechte gehalten werden" (C. C. M. Th. 6. 1. S. 27. 47. 108. 58.); II. 16. §. 20.

6) Erbrecht des Fiscus.

II. 16. §. 4. 16—18. vgl. mit §. 24. 27. u. 28. 29., u. §. 25 eod.: „Der Fisc. hat in Bezug auf solchen Nachlaß (s. aber §. 23.) alle Rechte u. Pflichten (s. §. 26.) eines gemeinen Erben" vgl. mit A. G. O. I. 37. §. 13. („für ein bonum vacans geachtet") u. 51. §. 67. 156 („wenn der Fisc. eine Erbsch. als herrenlos [s. auch II. 18. §. 827] in Anspr. nimmt").

B. Von der gesetzlichen Special-Succession.

§. 256. 1. Von der Lehns-Succession. (B. §. 295—97., W. §. 49—54. u. 58.)

1) Rechtliche Natur der Lehns-Succession im allgemeinen.

I. 18. §. 16—18. (s. oben §. 178.) vgl. mit §. 358 eod.: „Zur L.-S. sind nur diej. Pers. berechtigt, auf welche die urspr. Belehnung ausdr. erstreckt worden", u. §. 506. 7. vgl. mit §. 266 flg. 288 flg. (s. ob. §. 182.)

2) Lehnsfolgefähigkeit.

1. Abstammung vom ersten Erwerber; I. 18. §. 359. u. 401. vgl. mit §. 402—8. (Succ. bei den „in der Eigensch. eines alten Lehns" verliehenen Lehngütern) u. §. 415 flg. (Succ. der Mitbelehnten aus andern Geschlechtern).

2. Abstammung aus gültiger Ehe z. r. H.; §. 360. 64. 65 h. t. vgl. mit §. 361. (Succ.-R. der per subs. matr. Legitimirten) u. §. 364. 366—69. (Succ.-R. auf Grund agnat. Consenses).

3. Agnatische Abstammung; §. 65. u. 380. 81 h. t. vgl. mit §. 422—424. u. §. 69. (Weiber-Lehen).

4. Persönl. Lehnsfähigkeit; §. 359. vgl. mit §. 47. u. 64—67. u. mit §. 370. 71 eod.; s. aber §. 372 flg. (bedingte Zulassung der Regularen) u. §. 375 flg. (Zulassung der Wahnsinnigen u. Gebrechlichen).

5. Verlust des Succ.-Rechts; §. 615. 16. 18., §. 635 flg. u. 639 h. t. (Felonie), u. §. 398—400. u. 646. vgl. mit §. 397. (Verzicht auf das S.-R.).

3) Lehnsfolge-Ordnung.

1. Der Agnaten; §. 387 h. t. vgl. mit §. 380—82. (Stammfolge der Descendenten), §. 388—95. vgl. mit §. 383. u. 404. 7. (Linealfolge der Collateralen), und §. 400. vgl. mit 398. 99., u. §. 408. vgl. mit 402. 6. (Ascendentenfolge); s. Svarez rev. monit. S. 33.

2. Der Mitbelehnten: a) aus der Familie des Lehnserwerbers, §. 414 h. t. vgl. mit §. 413. (Mitbel. „nach rechter Sippzahl"); b) aus fremden Geschlechtern, §. 415—17 eod. vgl. mit §. 418.: „In der mitbel. Fam. selbst geschieht die Succ. nach Linien in Bezug auf den ersten Erwerber" u. §. 420.: „Mitbel. schließen in der Regel alle weibl. Lehnsfolger (s. §. 425. 431.) aus".

3. Der Weiber u. Cognaten; §.425 flg. h. t.: „Hat .. der letzte männl. Nachk. des ersten Erw. Söhne von Töchtern od. Enkelinnen hinterlassen, so succediren diese nach den Linien, u. schließen alle Desc. weibl. Geschl., selbst ihre Mutter und Großm., aus. Hat er keine .. hinterlassen, so verbleiben seine Töchter des 1. Gr. zwar auf Lebenslang im Besitz u. Genusse des väterl. Lehns. Sterben sie aber ohne männl. Nachk., so fällt das Lehn an die alsdann vorhandenen (über die Theilung s. §. 428.), von dem ersten Erwerber durch Weiber abstamm. männl. (s. §. 429. 30.) Descend.", vgl. mit §. 431—33. u. 36. (Lehnsfolge in dem so berufenen Geschl.) u. §. 434. 35. (Ruckfall bei dem „gänzlichen" Aussterben „an die übr. vom ersten Erw durch W. herstamm. Desc.")

4. S. noch über die Succ.-Ordn. bei Erblehen §. 384. 437 flg. h. t., u. über Einführung der Primogenitur ꝛc. §. 385. 419. vgl. mit §. 386.: „Die Succ.-Ordn. kann nur durch förml. ... Fam.-Schlüsse (s. Rescr. v. 11. Apr. 1821. vgl. mit §. 309. 10. h. t. u. II. 4. §. 42 flg.) unter Einwill. des Lehnsherrn geändert werden".

4) Von der Lehnstheilung und Abfindung.

1. §. 478 h. t. (gemeinschaftl. Besitz u. Genuß) u. §. 479. 80. 86. 87. (Nat.-Theil.), vgl. mit §. 481. 82. (landesh. Genehm., s. aber Cult. Ed. v. 14. Sept. 1811. §. 1 u. 6.).

2. §. 484. 85. 88 flg. h. t. (Civiltheilung) vgl. mit §. 396. 97. u. 500. 1. (Vorbeh. der Succ. in das Lehngut); §. 493 flg. eod. (Belassung der Abfind. im Lehn) u. §. 499. (Auszahlung der Abfind.); §. 502 eod.: „Ist .. verabr., daß die .. Geldport. wiederum zu Lehn angelegt werden sollen, so haben dergl. Posten unter den theilenden Linien (s. §. 505.) die Eigensch. (s. §. 503. 4.) eines Fideic.", vgl. mit §. 611—613.: „Ist mit den .. Geldern ein Gut angeschafft u. das herausbez. Quantum darauf als ein Lehnsstamm eingetr. worden, so behält im zweifelh. Falle das neue Gut die Eigensch. eines freien Eigenthums (§. 340—43. 502—5.). Der darauf versicherte Lehnsstamm hingegen hat die Eigensch. eines Geldlehns. In (diesen) wird also in der Regel eben so succ., wie in das Hauptgut, aus welchem er herausbezahlt worden (§. 502—6.)".

§. 257. 2. Von der Succession in Familien-Fideicommisse. (B. §. 468—70., Cr. §. 95—99., W. §. 61—64.)

1) Rechtliche Natur derselben im allgemeinen.

II. 4. §. 23. 28 flg. u. 134. vgl. mit I. 12. §. 54. u. 632. 33 eod., und §. 206. 7 h. t. vgl. mit §. 73. 76 flg. (s. oben §. 238.)

2) Bedingungen der Successionsfähigkeit.

1. Abstammung vom Stifter? §. 23 h. t. („bei einer Familie") u. §. 47 eod. („zum Besten einer gewissen Familie"), vgl. mit §. 36 u. I. 12. §. 532. (s. oben §. 237.); s. aber §. 139. u. 189 h. t. (Erlöschen der „männl. Desc. des Stifters"), vgl. mit §. 179. 80.: „Hat .. eine von dem ersten Stifter versch. Person ein besonderes Fid. errichtet, .. (es) sind (aber) die von dem zweiten Stifter zur Succ. beruf. Linien erloschen, u. es soll, seiner Verordn. zufolge, das Fid. dennoch bei der Fam. bleiben, so ꝛc."

2. Agnatisch-eheliche Verwandtschaft und männliches Geschlecht;

§. 23 h. t. u. I. 12. §. 523, vgl. mit §. 189. 90. 233 h. t. (s. auch Entw. §. 62) u. mit §. 154 flg. (männl. Nachkommen oder Desc.), §. 166 flg. (männl. Linien) u. §. 162 h. t. (Ausschl. der Halbbrüder von der Mutter Seite); §. 184. 85. 87. („succ.-fähige" Verw., Anwärter, Fam.-Gl.) u. 194. 96 h. t. („succ.-fähige" männl. Nachk.), vgl. mit II. 2. §. 17. 18. u. § 735 eod.; s. auch Entw. §. 98 — 100 h. t.

3) Successions-Ordnung.

1. Untheilb. d. Fam.-Fideic.; §. 141 — 44 h. t. vgl. mit §. 142 u. 134.

2. Seniorat; §. 135 flg. vgl. mit §. 140.: „In Zuk. sollen Landgüter zu Sen. nicht mehr gewidmet werden".

3. Majorat u. Minorat; §. 145. 46. 48 eod. („Verordnet der Stifter, daß der nächste aus der Fam. dem Grade nach [s. I. 18. §. 413 u. §. 137 h. t.] zur Succ. gelange ꝛc.") vgl. mit §. 203 — 5.

4. Primogenitur: a) im allgemeinen, §. 147. 149—61 eod. vgl. mit §. 164. 65. (Berufung einer nachgeb. statt der erstgeb. Linie); b) bei gleichzeitiger Stiftung einer Secundo- od. Tertiogenitur, §. 166—75. vgl. mit §. 178., s. auch Entw. §. 81.; c) bei Stiftung von Fideic. für alle Linien des Stifters, §. 176. 77. vgl. mit §. 178.; d) bei Hinzutritt eines neuen Fideic. von einem andern Stifter, §. 179. 80 cit.: „.. so kommt dasj. Famil.-Glied zur Succ., welches dem letzten Bes. aus den von dem zweiten Stifter berufenen Linien dem Grade nach am nächsten (s. aber §. 182. 83. und vgl. über den Fall gleicher Nähe §. 184 85.) ist", vgl. mit §. 181. 86. 87. (Coincidenz beider Fideic.).

5. Cognatische Succession; §. 191 flg. h. t.: „Hat (der Stifter) keine Succ.-Ordn. (s. §. 190.) bestimmt, so gelangen nach dem Tode des letzten männl. Bes. die erstgeb. Tochter desselben (§. 194. vgl. mit Entw. §. 94. 96.), und (s. §. 192.) deren männl. (s. jedoch §. 193.) Abk. zur Succ.", vgl. mit §. 195 flg. (Succ. der 2. resp. 3. Tochter u. deren männl. Desc.); §. 199 flg. eod.: „Sind . . . keine Töchter vorhanden, . . so geht (nach der Ordn. der Erstgeb. „im Verh. gegen den ersten Stifter oder Erwerber" §. 200. 1.) das Fid. auf die andern von dem ersten Stifter durch Weiber abstamm. männl. Desc. über", vgl. mit Entw. §. 101. 2. u. Note zu §. 94 h. t. — S. übr. noch über die Succ. in der eingetr. cognat. Linie §. 198. u. 202 eod.

§. 258. 3. Von der Succession in Bauergüter. (W. §. 65.)

II. 7. §. 267. 71. 74., vgl. mit §. 268 — 70. 72. 73. u. 280 flg. (Untheilbark. u. Abfindung) u. §. 274 flg. (Gutsunterth. u. Tüchtigkeit des Erben); I. 21. §. 634 — 36. 41. 42. vgl. mit II. 7. §. 298. u. A. G. O. II. 6. §. 14.; s. aber Ed. v. 14. Sept. 1811. §. 31. und Decl. v. 29. Mai 1816. Art. 72. 73. vgl. mit Ver. v. 9. Jun. 1819.

§. 259. 4. Von sonstigen Fällen einer Special-Succession. (Cr. §. 117., W. §. 66—68.)

1. Von dem Heergeräthe, der Gerade u. Niftel.

a. Im allgemeinen; II. 1. §. 502., 2. §. 273. 397. vgl. mit §. 513 flg. 517. 22 h. t. u. A. G. O. I. 50. §. 316. (rechtl. Natur dieser Erbf.), und §. 536 — 40. vgl. mit §. 519. (Zulässigkeit im allgemeinen).

b. Heergeräthe; §. 503 — 7. u. 518 — 21. vgl. mit §. 523. 24 h. t.

c. Niftelgerade od. Niftel; §. 509 — 12. u. 18 flg. v. m. §. 525 — 27.

d. Volle Gerade od. Gerade i. e. S.; §. 508. vgl. mit §. 528—35 eod.

2. Vom s. g. Voraus; II. 1. §. 628—30. u. 640. 43 eod. (s. oben §. 254.); II. 2. §. 725 flg. 38 flg. vgl. mit §. 736. 48. (s. oben §. 231. sub 1.) u. II. 2. §. 657.

3. Vom Erbschatze; II. 1. §. 288 flg. (s. oben §. 213.)

III. Von der testamentarischen Erbfolge. (A. L. R. I. 12.)

A. Von den allgemeinen Bedingungen letztwilliger Verfügungen.

§. 260. **1. Von der Fähigkeit zur Testaments-Errichtung. (B. §. 390., Er. §. 35.)**

1) Allgemeine Regel.

I. 12. §. 9. 10.: „So weit Jemand unter Lebenden über sein Vermögen zu verfügen fähig u. berechtigt ist, so weit kann er in der Regel (s. aber z. B. II. 1. §. 513. 14.) auch auf den Todesfall Verfügungen treffen. Der Befugn. dazu kann er sich nur (s. aber auch II. 19. §. 75.) durch rechtsgült. Erbvertr. begeben", vgl. mit 11 eod. (entscheid. Moment der Test.-Errichtung; s. aber §. 14., §. 32. 33 h. t. vgl. mit I. 5. §. 15. u. §. 197 h. t.), u. mit §. 12. 13. (Convalescenz bei späterem Wegfall der auf „natürl. Mangel" [s. aber §. 30.], resp. der auf „Verbot eines posit. Gesetzes" [s. aber §. 197] beruhenden Unfähigkeit).

2) Gründe der Unfähigkeit.

1. Wahn- u. Blödsinn; §. 21 h. t. vgl. mit §. 20. 22. (Test. in lichten Zwischenräumen). — Ueber Zwang ꝛc. vgl. §. 23—25. mit §. 145. 52. 609.

2. Unmündigkeit; arg. §. 16 h. t., vgl. mit Pr. L. R. v. 1721. B. V. Tit. 1. Art. 1. §. 4. (18 resp. 14 J.) u. Pr. des C. J. Fr. P. II. L. 7. tit. 2. §. 7. (16 resp. 14 J.)

3. Taub- u. Stummheit bei hinzutr. Unkunde im Lesen u. Schreiben; §. 26. u. 123 h. t., vgl. mit Rescr. v. 24. Jun. 1802. u. 10. Mai 1806.; s. auch Proj. §. 9.

4. Regularenstand; II. 11. §. 1200. vgl. mit §. 1182 flg. u. 1202. und C. O. v. 10. Apr. 1806. Vgl. auch über Test.-Fähigk. der kath. Weltgeistl. §. 99. u. 1148 eod., u. s. noch Proj. §. 10.

5. Verbrechen? §. 15. u. 197 h. t., vgl. mit II. 20. §. 467 flg. u. 95. 103 eod., u. mit Ed. v. 17. Nov. 1764. (N. C. C. Th. 3. S. 519.); s. auch Pr. L. R. §. 9. 10. u. Proj. §. 10.

3) Gründe beschränkter Fähigkeit.

1. Alter unter 18 J.; §. 17. vgl. mit §. 16. 18. 19 h. t. (Nothw. mündl. Test.); s. auch Entw. §. 14 h. t. vgl. mit Svarez Schlußv. S. 78.

2. Prodigalitäts-Erklärung; §. 27 flg. h. t.: „... können währ. der Vorm. (s. §. 30. u. 32. 33.) zum Nachth. ihrer gesetzl. (s. aber §. 31.) Erben nur über die Hälfte ihres Nachl. gültig verordnen. Auch ... keinem derselben mehr als ½ desj., was ihm nach den Regeln der gesetzl. Erbf. zukommen würde, entziehen. Hat ein Verschw. diesem zuwider über seinen ganzen Nachl., od. wegen des gesetzl. Erbanth. eines seiner Verw. verfügt, so gilt die Ver. nur so weit, als er nach vorsteh. Best. zu verfügen berechtigt war, und im übr. treten die Regeln der Int.-Erbf. ein", vgl. mit Svarez a. a. O. S. 79.

3. Abschluß eines Erbvertrags; §. 627. vgl. mit §. 628—30 h. t.

§. 261. 2. Von der Fähigkeit zu testamentarischem Erwerbe. (B. §. 399., Cr. §. 51.)

1) Allgemeine Regel.

§. 36 h. t.: „Wer im Staate Verm. zu erwerben (über Unfähigkeit zum Besitze „gewisser Sachen u. Güter" s. §. 41. 42. vgl. mit §. 452 flg.) fähig u. berechtigt ist, dem können auch Erbsch. u. Vermächtn. hinterlassen werden", vgl. mit §. 43. (entscheid. Moment des Erbanfalls; s. auch I. 11. §. 451 flg.)

2) Gründe gänzlicher Unfähigkeit.

Vgl. II. 6. §. 13. (unerlaubte u. Privat-Gesellschaften), 11. §. 1200. (Regularen), 20. §. 470. vgl. mit §. 95. 103. (Deserteurs u. Hochverräther.)

3) Fälle bedingter oder beschränkter Fähigkeit.

1. §. 35 h. t. (gegens. Unfäh. derj., „die Ehebruch [s. aber Ver. v. 28. Febr. 1811.] oder Blutschande mit einander getrieben" haben), vgl. mit Pr. L. R. Tit. 1. §. 9. (Intestabilität in Folge des Incests, Tit. 2. §. 5. u. Proj. Tit 4. §. 9. (Unfähigk. der adulterini u. incestuosi).

2. §. 36—39 h. t. vgl. mit Ges. v. 13. Mai 1833. §. 1—10.; s. oben §. 155. (Nothw. landesh. Genehm. bei letztw. Zuwend. von Grund und Boden od. im Betrage von über 1000 Thlr. an inländ. Corporat.)

3. §. 40 h. t. (Unfäh. der Ausländer im Falle der Retorsion) u. II. 11. §. 195. vgl. mit I. 11. §. 1073. 74. u. Ges. v. J. 1833. §. 11. (Nothw. landesh. Genehm. bei allen Zuwend. an auswärt. Corp., Kirchen u. Stift.)

4. II. 1. §. 904—8. (testam. Verf. zu Gunsten der Fr. z. l. H.)

5. §. 982 eod. (testam. Zuwend. Seitens der mit ihrem Vorm. ꝛc. verheir. Pflegb.) vgl. mit §. 999. (bei Ehen ohne Einw. der M., Gr. M. ꝛc.)

4) Fälle der Unwürdigkeit.

Vgl. §. 599. 600. (Verschuldung des Todes des Test.) und §. 605. 7. 8 h. t. (Verhind. d. Test.-Erricht. od. d. Widerrufs, u. Verheiml. d. Test.)

Ueber analoge Anwendung der §. 599. 607. 8. auf gesetzliche, u. des §. 609. auf testam. Erbf. s. das Cit. in II. 16. §. 18. u. arg. II. 2. §. 400. vgl. mit II. 1. §. 829. (oben §. 220. sub 2. a.)

B. Von der Errichtung letztwilliger Verfügungen.

§. 262. 1. Im allgemeinen. (B. §. 390. 91., Cr. §. 34. 36.)

1. Gleichstellung der Testamente u. Codicille; §. 3. 5 h. t. (s. oben §. 250.), vgl. mit §. 8. u. 66 eod., u. mit §. 7 eod.: „Codicille sind auch ohne Testament gültig"; s. auch Svarez Schlußv. S. 77. u. 80., u. vgl. noch Proj. Tit. 12. §. 5. (Aufhebung des Unterscheid. zw. Test. u. Cod.)

2. Regelmäßige Nothwendigkeit gerichtlicher Errichtung; s. oben §. 88. sub 1. u. §. 87. sub 4.

§. 263. 2. Von gerichtlichen Testamenten und Codicillen. (B. §. 392—94., Cr. §. 37—43.)

1) Competenz des Gerichts.

§. 72 flg. h. t.: „Jedes (s. aber II. 17. §. 49., u. vgl. zu §. 92. Rescr. v. 22. Nov. 1799. bei Matthis Bd. 8. S. 509.) gehörig besetzte Gericht ist innerhalb seines (s. §. 73. 74. vgl. mit §. 75 flg.) Ger.-Spren-

gels (vgl. §. 81. u. Anh. §. 29.) auch von solchen Pers., welche darunter nicht gehören (§. 90. 91.), letztw. Verord. aufzunehmen berechtigt".

2) Gehörige Besetzung des Gerichts.

1. Regel; §. 82 flg. h. t.: „Ein Gericht (od. die auf Ansuchen [§. 67] des Testators zu ernennende [§. 88. 89. vgl. mit C. O. v. 24. März 1839.] Gerichts-Deputation, s. §. 86.) ist gehörig besetzt, wenn dasselbe wenigstens aus Einer zur Justiz verpflichteten Person (s. §. 85. vgl. mit Rescr. v. 1. Nov. 1819. u. vgl. noch Rescr. v. 22. Dez. 1823. mit A. G. O. III. 3. §. 13. u. 8. §. 5.) und Einem vereideten Protocollführer (s. aber §. 83. 84.) besteht", vgl. mit Proj. Tit. 2. §. 15 flg. („niemals weniger als 3 Ger.-Pers.") u. Ger. Ord. für Berlin v. 21. Jan. 1720. §. 18. (Richter nebst 2 od. 3 Assess.) u. v. 25. Oct. 1728. (Assessor mit Act. u. 2 Schöffen), u. mit P. L. R. Lib. 5. tit. 1. Art. 4. §. 2. (3 od. 4 Gerichts-Pers. sammt dem Gerichtsschr.) u. Pr. Reg. Instr. v. J. 1774. §. 28. (2 Mitgl. u. Secret.; s. aber Rescr. v. 19. Sept. 1796.)

2. Ausnahmen bei Gefahr im Verzuge; §. 93 flg. h. t. (Verfügung vor Dorfgerichten), u. §. 98 eod., C. O. v. 21. Jan. 1831. u. 6. Nov. 1834. (Verf. vor Stadt-Magistr.); s. auch Const. v. 3. Sept. 1718. §. 38. (Erricht. vor Notar u. Zeugen) vgl. mit Proj. §. 22. (Verwerfung jeder Ausnahme).

3) Von der Errichtung selbst.

1. Im allgemeinen.

a. Verhalten des Richters: aa) überhaupt; §. 100 flg. 141 flg. h. t. u. A. G. O. II. 4. §. 3—6., vgl. mit §. 139. 140. u. 158 h. t. (Verhaftung desselben); bb) bei etwanigen Zuwendungen an das Gerichtspersonal; §. 133—38 eod. vgl. mit Svarez bei B. S. 50.

b. Ort u. Zeit der Errichtung; §. 87—89 h. t. u. A. G. O. a. a. O. §. 4., und §. 150 h. t. vgl. mit Proj. Tit. 3. §. 4. (Unterbrechung).

c. Sprache der Verhandlung u. des Documents selbst; §. 124—29. u. Anh. §. 31. 32., vgl. mit §. 130—32. u. §. 117 flg. (Qualität der zu adhibirenden Dollmetscher u. Zeugen).

d. Wahl zwischen schriftl. u. mündl. Errichtung; §. 66. 100. u. 104 h. t., vgl. mit aa) §. 17. 113 flg. (Test. der Minderj. unter 18 J. u. der Analphabeten ꝛc.); bb) §. 133. (letztw. Verf. zu Gunsten des Richters); cc) §. 123 h. t. vgl. mit A. G. O. II. 3. §. 7., u. Rescr. v. 24. Jul. 1802. u. 10. Mai 1806. (letztw. Verordn. der Tauben u. Stummen).

2. Von schriftlichen Testamenten u. Codicillen.

§. 100 flg. h. t.: „Einem jeden Testator steht frei, sein Test. od. Cod... versiegelt (A. G. O. §. 5. 6. „verschlossen") zu übergeben. Ein dergleichen Aufsatz muß (s. §. 102.) von ihm selbst eigenhändig geod. wenigstens unterschrieben (A. G. O.: „selbst verfertigt", „von ihm verfertigt") sein", vgl. mit §. 103 h. t. (Ueberschreib. u. Versiegel. des Test. [s. Anh. §. 33. u. G. O. Anh. §. 123], und Aufnahme [s. §. 123 cit. u. §. 115 flg. h. t.] des Uebergabe-Protoc.), und mit §. 107—110 eod. (Verfahren bei unversiegelter Uebergabe).

3. Von mündlichen Testamenten u. Codicillen.

§. 104. vgl. mit §. 123. u. 153 flg., u. §. 107. 11. 14 h. t. (Protocollirung des letzten Willens selbst); §. 105. 6. vgl. mit A. G. O. §. 3. 4. (Unterz. [s. §. 115 flg. u. vgl. noch §. 136—38.] u. Versiegel. des Prot.)

4. Von der gerichtlichen Deposition der Testamente.

§. 112 h. t.: „Jedes gerichtl. aufgen. od. übergebne Test. od. Cod.

muß mehrerer Sicherheit wegen (fehlt im Entw.; s. übr. A. G. O. §. 2 flg. 8. u. §. 565 flg. h. t., vgl. mit §. 139. u. Svarez Bem. bei B. S. 48., u. vgl. auch Proj. tit. 3. mit tit. 14.) in dem Deposito des Gerichts aufbewahrt . . . werden".

§. 264. 3. Von außergerichtlichen letztwilligen Verordnungen. (B. §. 395.96., Cr. §. 48.68.)

1) Schriftliche Verfügungen des Testators.

1. Anh. §. 35. (Gutacht. der G. C. v. 23. Oct. u. Rescr. v. 3. Nov. 1800. im N. Arch. Bd. 1. S. 402.): „Behält sich der Erbl... vor, (das Test.) durch außerger. (jedenfalls eigenhändig unterschriebene) Aufsätze zu ergänzen od. abzuändern (s. §. 163. u. 171. vgl. mit §. 587 flg. u. 593 flg.), . . so haben sie mit dem Test. selbst gleiche Kraft".

2. §. 161. 164 flg. h. t. (Legate bis zu 5% des Nachl. in eigenhändig [s. aber Anh. §. 34.] ge- u. unterschriebenen [s. auch §. 162.] Codicillen); §. 169 eod. (Best. über Begräbn., Vorm. ꝛc. in „solchen" außerg. Aufsätzen), vgl. mit II. 18. §. 177. („durch Erkl. unter Leb. oder letztw. Ver., wenn nur die Willensmeinung .. mit hinlängl. Gewißh. bekannt geworden"), §. 396. („schriftl. oder mündl. gegen die Ger. zu Protoc."; s. auch G. O. §. 7.) u. §. 682. („nur durch gerichtl. Erkl. od. in förml. .. Test.").

3. §. 170 h. t. u. II. 2. §. 380 flg. (Best. über „Art u. Grundsätze der Theilung" [s. §. 379. 81 flg. 431 eod.] unter Descend. [s. §. 171. h. t. vgl. m. Entw. §. 106.] in „eigenh. ge- u. unterschr.", od. vor „Just.-Comm. u. 2 Zeugen zu Protoc. erklärten", oder „auf allen Blättern u. am Schluß unterschr., vor J.-C. ꝛc. anerkannten" [s. Entw. I. 1. 2. §. 293—95.] Dispositionen). — Vgl. übr. Svarez Schlußv. S. 77., u. Proj. Tit. 11. §. 17 flg. (Verwerfung der bloßen divisio inter liberos u. Anerk. der „mit der Eltern resp. Gr.-Elt. eignen Hand ge- u. unterschr." Dispos. als wahres privil. Testament).

2) Mündliche Verfügungen.

§. 172 h. t.: „Vermächtnisse, .. dem gegenwärtigen (s. §. 174.) Erben mündl. aufgetr., verpfl. denselben (s. aber §. 173.) .. bis auf 1/20 seiner Erbport.", vgl. mit Svarez Schlußv. S. 78. u. rev. mon. S. 16.

§. 265. 4. Von privilegirten letztwilligen Verordnungen. (B. §. 397., Cr. §. 44—47.)

1. Von der Uebergabe an den Landesherrn; §. 175. 76 h. t.
2. Von militärischen Testamenten u. Codicillen.

a. Bedingungen dieses Privilegii: aa) in Betr. der Personen, §. 180—182. vgl. mit §. 197 h. t.; bb) in Betr. der Zeit, §. 178. vgl. mit C. O. v. 24. Apr. u. 27. Aug. 1812., §. 179. vgl. mit §. 196. u. Anh. §. 38.

b. Formen des militärischen Testaments: aa) schriftliche Verfügung, §. 183—91. vgl. mit Publ. v. 14. März 1797. sub 4. und Anh. §. 36. („... wenn es [gleichviel in welcher „äußern Form"] eigenhändig geschrieben u. unterschrieben [oder „bloß unterschrieben" unter „Mitunterschrift Eines glaubwürd. Test.-Zeugen", §. 185. 86.] u. im Feldnachlasse [Entw. §. 116. „Nachlasse"; vgl. auch C. O. v. 11. Jul. 1833.] vorgefunden"); bb) mündliche Verordn., §. 192. 93. vgl. mit Publ. sub 4. u. Anh. §. 37. 38. (Erkl. „vor 2 glaubw. Test.-Zeugen" od. „einem Ober-Offic."), u. §. 194. 95. vgl. mit §. 188 flg. (Erkl. „vor einem vorgesetzten Off. oder vor dem Auditeur in Gegenwart von 2 Zeugen"

unter Aufn. eines von diesen zu unterschreibenden, und bei Geleg. gerichtl. zu deponirenden „schriftl. Vermerks").

Vgl. überh. noch Circ. Ord. v. 18. Mai 1747. (Mylius Cont. III. S. 154.), Rescr. v. 7. Nov. 1763. u. Ed. v. 17. Nov. 1764. (N. C. C. Th. 3. S. 323. u. 520.), so wie Pr. des C. J. Fr. Tit. 11. Art. 1., insbes. §. 7. (Aufzähl. der priv. Pers., welche „nicht wirkl. Kriegsd. thun".)

3. Von quasi militärischen Testamenten.

a. Bei Absperrungen wegen ansteckender Krankheiten; §. 198 flg. vgl. mit C. O. v. 12. Jul. und 8. Oct. 1831., u. §. 202—4 h. t.; s. auch Proj. Tit. 11. Art. 2. §. 24—31.

b. Bei unterbr. Rechtspflege wegen Kriegsgefahr; §. 198 flg. eod.

c. Bei Seereisen; §. 205. 6 eod. vgl. mit §. 207.; s. dagegen Proj. a. a. O. §. 35.

4. Von Testamenten des Gesandtschafts-Personals; Ges. v. 3. Apr. 1823. §. 2. („muß [s. §. 3.] eigenhändig ge- u. unterschr., auch datirt sein, .. mittelst eigenh. geschr. [u. datirten] Annahme-Gesuchs .. eingesandt, u. .. nebst [diesem] beim K. G. niedergelegt werden").

5. Ueber Wegfall der formellen u. sonstigen Privilegien der pia legata vgl. II. 11. §. 197 flg. (s. aber §. 206. 7.) u. 19. §. 42 flg. mit Proj. des C. J. Fr. tit. 2. §. 11., 3. §. 13., 11. §. 32.; s. dagegen P. L. R. a. a. O. Art. 2. §. 12. u. Art. 7.

C. Vom Inhalte letztwilliger Verfügungen.

§. 266. 1. Von der Erbeseinsetzung. (B. §. 399. 400. 413., Cr. §. 51—53.)

1) Begriff und rechtliche Natur derselben.

I. 12. §. 4 flg. u. §. 7. 46 eod. (s. oben §. 250. 62.) vgl. mit §. 279.: „In beiden Fällen (s. §. 277, 78.) treten die Int.-Erben nur an die Stelle der eingesetzten Erben, u. müssen gleich diesen (s. dagegen §. 572 flg.) den Verordn. des Erbl. Genüge leisten".

2) Form der Erbeseinsetzung.

1. In Betr. der Willenserklärung selbst; §. 4. u. §. 254 flg. cit. vgl. mit §. 263 eod. (, derj., welchem nur eine best. S. od. S. zu seinem Erbth. ausdr. angewiesen, wird als bloßer Legat. betr.").

2. Rücksichtlich der Bezeichnung der Person; §. 49 h. t. vgl. mit §. 47. 48. (s. g. mystisches Testam.; s. Entw. §. 34. 35.), u. §. 521. 22., §. 526., §. 527 flg., §. 540 flg, §. 550—53 h. t. (generelle Bezeichnung des Erben).

3) Art der Erbeseinsetzung.

1. Von Beifugung einer Bedingung, Bestimmung eines Zwecks ꝛc.; §. 61 flg. u. §. 478 flg. h. t. (s. oben §. 93 flg.)

2. Von der Einsetzung mehrerer Erben.

a. Im allgemeinen; §. 4. u. §. 44. 45 cit. vgl. mit §. 254 flg.

b. Bei Nichtangabe der Erbquoten; §. 261 h. t.: „Sind ohne nähere Bestimmung (§. 266. „ohne Bestimmung von Erbquoten") mehrere Pers. zu Erben (s. §. 262. 63. 67.) eingesetzt worden, so erwerben sie die Erbsch. zu gleichen Theilen", vgl. mit Svarez Bem. bei B. S. 103. (Unerhebl. der Verbal-Conjunction).

c. Bei unrichtiger Quotation.

aa. Vertheilung des etwanigen Ueberschusses; §. 264 flg. h. t.: „Hat der Test. durch eine unter seinen eingef. Erben regulirte Theilung den Nachl. nicht völlig erschöpft, so fällt das Uebrige

brige sämmtl. (nach Verh. der Erbtheile, resp. zu gleichen Theilen, §. 265. 66.) wirkl. eingef. (s. §. 267.) Miterben anheim (§. 254. 55.)", u. §. 268 eod.: „Hat der Test. einem od. etlichen .. Erben ihre Erbportionen ausdr. angewiesen, andern aber keinen dergl. Antheil bestimmt, so erhalten letztere den Ueberrest .. zu gleichen Theilen".

bb. Regulirung bei etwanigem Deficit; §. 269 flg. h. t. (Entw. §. 173 eod.): „Hat der Test. die Masse durch Best. von Erbquoten (über Erschöpfung durch Anweisung einz. Stücke od. Summen s. §. 275. 276. vgl. mit §. 257.) dergest. erschöpft, daß für den od. diejen., deren Antheil unbestimmt geblieben, nichts mehr übrig sein würde, so müssen (s. §. 274.) die andern Miterben nach Verh (über den Fall gleicher Erbquoten s. §. 270.) ihrer (Erb-, s. §. 271.) Antheile so viel abgeben, als erforderlich ist (s. jedoch über den Fall einer Pfl.-Th.-Berechtigung derselben §. 272.), sie demj. (als Erben, s. §. 273.) gleich zu setzen, dem im Test. der kleinste Antheil (§. 272.: „als der Erbth. des am mindesten begünstigten Miterben beträgt") beschieden worden", vgl. mit arg. II. 2. §. 444. 448. (Verpfl. des am mindesten begünstigten zur Mitbeisteuer; fehlen im Entw.)

§. 267. 2. Von den Vermächtnissen. (B. §. 402. 13., Er. §. 68. 69. 81.)

Vgl. H. G. Geyert die Lehre von den Vermächtnissen nach dem A. P. L. R. Frankf. 1836.

1) Begriff und Gegenstand des Legats.

§. 6 h. t., vgl. mit §. 5. u. mit §. 256. 57. 62. 63. 73., §. 288. u. 328. u. §. 373 flg. eod.

2) Aussetzung der Vermächtnisse.

1. Im allgemeinen: a) §. 5. u. 6 cit. vgl. mit §. 161 flg. h. t. (ausserger. Verordn.) u. mit I. 11. §. 1135.: „Hat (bei Schenk. v. Todeswegen der Geschenkgeber) sich den Widerruf bis zu seinem Tode ausdr. vorbehalten, so hat der Geschenknehmer .. dennoch wegen eines solchen Gesch. auf den Nachl. nur eben die Rechte wie ein Legatarius"; b) §. 5. u. 6 cit. (einzelne u. bestimmte S. ꝛc.), vgl. mit §. 373. (künft. S.), 401 flg. (Verm. einer Gattung von S.); c) §. 61 flg. u. §. 478 flg. (Beifüg. v. Bedingungen ꝛc.).

2. Von der Person des Honorirten; §. 36., §. 47—49. u. §. 522 flg. (s. auch Proj. Lib. 8. tit. 2. §. 6—9.) vgl. mit §. 262. 63. 71. 73. (Prälegat).

3. Von der Person des Onerirten; §. 7. u. 46. vgl. mit §. 256—58. 279. 80., I. 9. §. 406. u. II. 16. §. 25. 26. (Belastung der Intestat-Erben); §. 289 flg.: Für Verm., die nach baarem Gelde zu bestimmen sind (§. 290. 328.: Geldverm.), haften sämmtl. Miterben gemeinschaftlich (I. 17. §. 127 flg.), wenn nicht der Erbl. die Entrichtung des Leg. nur Einem unter denselben ausdr. (s. §. 263. v. m. §. 544. 45.) aufgelegt hatte"; §. 293. 351. 367. 544. (Belastung des Legatars), vgl. mit §. 53. 466 flg. (fideic. Substitution). — S. übr. auch I. 9. §. 458. (Verhaft. des falsch. Erben für alle Legate als Selbstschuldner.)

3) Umfang der Verpflichtung des Onerirten und Betrag der Vermächtnisse.

1. I. 9. §. 418. 19.: „Wer eine Erbsch. ohne Vorbehalt angenommen hat, muß für alle daran zu machenden Forderungen haften. Er

kann sich mit dem Einw., daß die Schulden das Activ-Verm. der Erbsch. übersteigen, gegen diese Vertretung niemals schützen", u. §. 422 eod.: „Wer eine Erbsch. nur unter dem Vorbeh. .. angenommen hat, darf alle daran zu machenden Forderungen (s. §. 426. 429. 33. „Gläubiger u. Legatare") nur so weit, als das Verm. des Nachl. hinreicht, vertreten", vgl. mit Pr. L. R. Tit. 7. Art. 1. §. 1.: „.. in Betracht, daß, wer sich eines Erbes annimbt, derselbige alsbald obligiret .. ist, alle Schulden, darzu alles, so .. andern vermacht, verschafft und legiret, zu bezahlen, obgleichwol der Schuld. und Legaten viel mehr wäre, dann die Erbsch. .. ertragen mag", und Art. 2. §. 5.: „Solte .. der Erbe .. etwas gefärlich verhalten, u. .. nicht in das Invent. gebracht haben, .. so sol er der Gutthat des aufgen. Inv. gäntzlich beraubet, u. verpfl. seyn, alle Sch. und Legata ohne einigen Außzug u. Exc. zu bezahlen", u. mit Erbsch. Ed. v. 30. Apr. 1765. §. 5. sub IV. u. §. 6: „Wenn der Erbe sich ausdr. pure pro her. erkl., oder für einen solchen Erben erkannt worden, alsdann darf gar kein Inv. herausgegeben werden, und den Gläub. ist ordentl. Weise an der Absond. des Nachl. von des Erben eignem Verm. nichts gelegen u. s. w. Sind die Legatarien, .. woferne .. sie als Gläub. des Erben angesehen werden können, diesen gleich zu achten, u. findet daher in Ans. solcher Legatarien die obige Vorschr. statt". — S. noch l. 12. §. 286. 87.: „Derjenige (Erbe) (über Zuwachs eines mit Subleg. behafteten Legats s. §. 367.), dem die Ges. einen Zuwachs anweisen, .. darf denj., welchen aus solchem Zuwachs Verm. beschieden sind, nicht weiter gerecht werden, als der angefallene Erbtheil selbst hinreicht", u. §. 296 eod.: „Auch kann der Erbe, welcher nur mit Vorbeh. .. angetreten hat (fehlt im Entw.), das Legat .. zurückhalten, bis .. ausgem., ob der Nachl. zur Tilgung der Sch. u. L. ausreiche").

2. §. 333 h. t.: „Der Erbe kann bloß aus dem Grunde, daß nach Bericht. der Schulden und Verm. für ihn kein Erbtheil übrig bleibe, den Legataren (s. aber §. 353 flg. u. 359. 60. vgl. mit §. 362.) keine Abzüge machen", u. §. 334 flg. eod.: „Reicht aber der Nachl. zur Bezahl. der Sch., Ergänz. des Pfl.-Th. oder Bericht. der übrigen Verm. nicht zu (s. auch §. 352.), so müssen (s. aber §. 338 flg. u. vgl. §. 360. 61.) die Legatarii (s. auch §. 335 vgl. mit §. 346 flg. und 351.) nach Verh. der ihnen geschehenen Zuwendungen (s. §. 336. 37. u. 342 — 344.) dazu mit beitragen oder Abzug leiden", vgl. mit Svarez Schlußv. S. 80 — 82. und Pr. des C. J. Fr. P. II. Vorr. §. 38.: „hat man das unglückliche jus accresc. (Lib. 7. tit. 4. §. 17 flg.), wie auch die Falcidiam (L. 8. tit. 2. §. 62.) und Trebellianicam (L. 7. tit. 8. §. 22. 24.) als so viele Sourcen von Processen abgeschafft", so wie mit Pr. L. R. B. III. Tit. 5. §. 15 (Anerk. der quarta Falc. et Trebell.)

3. Von der Substitution.

§. 268. a. Im allgemeinen. (B. §. 409., Er. §. 54. 85. 86.)

1. §. 50 h. t.: „Der Erbl. kann in seinem Testam. außer dem ersten Erben auch den, welcher in bestimmten Fällen an dessen Stelle treten soll, ernennen", §. 51.: „Setzt er fest, wie es gehalten werden solle, wenn der erst eingesetzte Erbe od. Legatarius (od. der Substitut selbst, §. 56.) den ihm zugedachten Vortheil nicht annehmen könnte od. wollte (s. §. 52.), so wird dies eine gemeine Subst. genannt". § 53.: „Eine fideicommissarische Subst. ist vorhanden, wenn dem zuerst eingef. Erben oder Legatario die

Pfl. auferlegt worden, die Erbsch. od. das Verm. .. einem Andern zu überliefern", u. §. 60. vgl. m. II. 2. §. 521.: „Eltern sind berecht., über das Verm., welches die K. von ihnen (in Betr. des eignen Verm. der K. s. §. 523.) erben (§. 522.), auf den Fall, wenn letztere die Jahre der Mündigkeit nicht erreichen sollten, gleich jedem andern Erblasser (fehlt im Entw.), zu verordnen", u. §. 545 flg. eod. (s. g. Quasi-Pup.-Subst.)

2. §. 58 h. t.: „Unter der fid. Subst. wird allemal die gem. (über die Verm. für diese allein s. §. 59.), unter der gem. aber nicht zugleich die fid. Subst. verstanden". §. 60.: „Die Pup.-Subst. kann zwar als eine gem., aber die gem. nicht als eine Pup.-Subst. gelten", vgl. mit Pr. des C. J. Fr. Tit. 7. §. 11. 15. 25. 32. u. Tit. 8. §. 22. (Aufheb. der substitutio tacita außer zu Gunsten der Soldaten; s. noch Tit. 7. §. 33.)

§. 269. b. Von der gemeinen Substitution. (B. §. 410., Er. §. 87.)

1. Form; §. 50. 51 cit., vgl. mit II. 2. §. 443. (angebl. Fall einer stillschweig. Subst.; s. aber §. 526 h. t.)

2. Wirkung derselben.

a. Für den Substituten; §. 458 h. t. vgl. mit §. 460. (Erbfäh. zur Zeit, „wo der Subst.-Fall eintritt") u. §. 459. vgl. mit §. 277. 78. 81. u. 366. 68. (Ausschluß des Accresc.-Rechts.)

b. Für dessen Erben; §. 462 eod.: „Hat der Subst. den Test. überlebt, u. ist erst innerh. der Ueberlegungsfrist des eingef. Erben (über Subst. bei Legaten s. arg. §. 531.) verstorben, so geht das Recht aus der Subst. (s. aber §. 465. vgl. mit I. 9. §. 397.; fehlen im Entw.) auf seine Erben über".

3. Aufhebung derselben; §. 463 h. t. („sobald die Erbsch. od. das Verm. auf eine rechtsbeständige Art [s. §. 464. vgl. mit Entw. §. 286.] übernommen").

§. 270. c. Von der fideicommissarischen Substitution. (B. §. 411., Er. §. 88—91.)

1. Form derselben; §. 50. 51 cit. vgl. mit §. 259. 486 h. t., (Erbeseinf. od. Verm. von oder bis zu gew. Zeit) u. §. 480. 82. 89. (bedingte Erbes-Eins. od. Verm.) u. mit §. 532 flg. (s. ob. § 238.) S. aber II. 4. §. 28. u. 62. vgl. mit Pr. des C. J. Fr. Lib. 7. tit. 8. §. 5.

2. Zulässigkeit derselben.

a. Im allgemeinen; §. 55 h. t. (s. oben §. 238.) vgl. mit §. 57. u. 533 eod. (Bestimmungen „für eine gew. Familie auf künftige Zeiten".)

b. In Betreff des Fiduciarius; §. 477 h. t. vgl. mit II. 2. §. 391. 398. (fideic. Subst. im Pfl.-Th.; s. aber §. 411. 18., §. 426. 27. vgl. mit §. 419 flg., u. §. 430 eod.)

c. Rücks. des Fideicommissars; arg. §. 43. vgl. mit arg. §. 460. u. 537.

d. Rücks. der Subst.-Fälle und Subst.-Ordnung; §. 259. 480 flg. cit. vgl. mit §. 536. 37 h. t.

3. Wirkungen.

a. Für den Fiduciarius; §. 466 h. t.: „.. hat der eingef. Erbe (§. 472. „Haupterbe") oder Legatar so lange, bis der Subst.-Fall eintritt, alle Rechte (s. aber §. 468. 69. 71. vgl. mit Proj. §. 17. [nothwend. Restit. von ¼]) u. Pflichten (§. 470. 72. u. §. 481.) eines Nießbrauchers", vgl. mit §. 478. u. §. 482. 83. (s. oben S. 101.)

b. Für den Substituten; §. 467 h. t.: „Bei eintret. Subst.-Falle müssen der Erbe oder Legatar, oder deren Erben alles (s. jedoch §. 473. 74) .. in dem Stande .. zur Zeit der Uebernehmung (s. §. 470.) dem Subst. od. dessen Erben (vgl. §. 485.; oben S. 102.), ohne den geringsten Abzug (vgl. Proj. a. a. O. §. 22., und Svarez Schlußv. S. 80. [s. oben S. 274.]) nach den Vorschr. (v. Nießbr.) herausgeben".

4. Erlöschung der Substitution; §. 538 h. t.: „Hat Jemand seinen Kindern (s. Proj. a. a. O. § 11.: „K., Elt. od. Brüd."), welche zur Zeit des errichtet. Test. keine Nachk. hatten, substituirt, so ist anzunehmen, daß die Subst. erloschen sei, wenn das Kind erbfähige Nachk. erhalten u. hinterlassen hat", vgl. mit §. 539., u. §. 55 eod. — S. auch Decl. v. 19. Febr. 1812. (Aufheb. durch Fam.-Schluß bei allen „über die erste Generation" hinausgehenden fideic. Subst)

§. 271. d. Von der Pupillar-Substitution. (B. §. 412, Cr. §. 100—4.)

1. Zulässigkeit derselben; II. 2. §. 521—23. vgl. mit §. 540. (Unmündigkeit), § 545. u. 46. (Test.-Unfäh. [u. Bevormundung? s. §. 548. u. 552.] wegen Wahn- u. Blöds. od. Taub- u. Stummheit [s. §. 549. „taubstummen K."]) vgl. mit §. 547. u. 548 eod.; s. übr. Proj. §. 24. (Ausdehnung der Quasi-Pup.-Subst. auf Test.-Unfäh. überhaupt.)

2. Berechtigung zu derselben.

a. In Betr. des den Kindern (s. Proj. §. 13.) verlassenen Vermögens; §. 521. („Eltern" [1ten Grades? s. I. 1. §. 40. vgl. mit Proj. tit. 7. §. 12.; leibliche? §. 681 h. t. vgl. mit §. 542.] .. „gleich jedem andern [I. 12. §. 53?] Erbl."), vgl. mit §. 522. („auch [s. §. 477 eod.] auf den Pfl.-Theil") und mit §. 544. („gilt auch von der M. in Ans. des von ihr dem K. verlassenen Pflicht-Theils").

b. In Betr. des eignen Vermögens; §. 523. („hat nur der Vater [s. aber §. 524.] das Recht") vgl. mit §. 578. (Ausn. bei K. z. l. H.), u. §. 549.: „So weit der V. wahn- od. blöds. od. taubst. K. in ihren Nachlaß (s. §. 545. u. 48.) subst. kann, so weit kommt diese Bef. auch der M. zu, wenn der V. von seinem Rechte keinen Gebr. gemacht hat". — S. übr. Svarez Schlußv. S. 143., u. Entw. I. 2. §. 388. Note *. vgl. mit Proj. §. 13.

3. Form derselben; §. 525 flg. vgl. mit §. 544. u. 50.; s. auch Entw. §. 390—92.

4. Beschränkung in der Wahl des Substituten; §. 530 h. t.: „Denj., welchen ein Pflichttheil aus dem Nachl. des K. gebührt, kann außer bei Enterb.-Gründen § 531.) ihr gesetzl. Erbtheil (Entw. §. 393: „solchen") .. nicht genommen od. geschmälert werden", und §. 532 flg. (fehlen im Entw.): „Hat das K. Geschw. v. od. h. G. od. Geschw.-Kinder, so kann der V., außer dem Falle des §. 531., keines derselben .. ganz ausschließen... Doch muß er (s. §. 538.) jedem ders. wenigstens die Hälfte (des gesetzl. Erbth.) lassen. .. Hat das K. .. nur entferntere Verw., so kann der V. unter diesen (s. §. 536. 37. vgl. mit §. 539.) .. nach Gutbef. verfügen".

5. Rechte des Substituten; §. 528 29. u. 543.: „Wenn der (Subst.) .. vor dem K. verstirbt, so geht das Recht aus der Subst. auf seine Erben nicht über", vgl. mit §. 554 eod.

6. Erlöschung der Substitution; §. 540 41 h. t. (Mündigkeit und Adoption), u. §. 551. („wenn das wahnsinn. ꝛc. Kind mit Hinterl. einer Ehefrau od. ehel. Abk. verstirbt") vgl. mit §. 552. 53 eod.

D. Von der Aufhebung und Abänderung letztwilliger Verfügungen.

§. 272. 1. Seitens des Testators. (B. §. 414—17., Cr. §. 63—66. 84.)

1) Durch ausdrücklichen Widerruf.

1. Revocabilität im allgemeinen; I. 12. §. 564. vgl. mit §. 635 eod., I. 11. §. 1135. u. II. 1. §. 485. 94. u. 479.

2. Form des Widerrufs; §. 587—89. u. 592 h. t. (Nothw. einer gerichtl. od. priv. [s. aber §. 590.] Dispos.), vgl. mit §. 593—95. (Vermächtn. in gerichtl. ꝛc. Dispos.) u. §. 597. (außerger. Vermächtn.). — S. auch §. 598 h. t.: Bloße (s. §. 596.) Vermuth., daß der Test. seinen letzten Willen habe ändern wollen, verdienen keine Rücksicht", vgl. mit §. 315. 316. u. 322 flg., §. 317 flg., §. 412. 13 eod.

2) Durch Zurücknahme.

§. 565 h. t.: „Wenn der Test. (§. 571. u. Anh. §. 42.) ein gerichtlich niedergelegtes (über anal. Anwendung bei privil. Dispos. vgl. arg. §. 183. u. 188—90. 95.) Test. od. Cod. zurück nimmt (über bloße Zurückford. s. §. 369. 70.), so verliert dasselbe (s. aber §. 568.) seine Gültigkeit", vgl. mit §. 566. 67. 78 u. 91 eod. u. A. G. O. II. 4. §. 9. — Ueber zufälligen Untergang u. Verlust der gerichtlich niedergelegten Verfügungen s. §. 602—4 eod.

3) Durch Errichtung neuer letztwilliger Verfügungen.

1. Wirkung neuer Testamente; §. 572 flg. h. t.: „Wird ein neues Test. (Entw. §. 370 flg.: Test. od. Cod.) übergeben, u. darin die im vorigen enthaltene Erbeseinsf. abgeändert (s. §. 574. u. vgl. §. 245.), so verliert (einschl. der Legate §. 573. vgl. mit §. 576.; s. aber §. 574. 575.) das frühere Testam. (auch das frühere Codic.? arg. §. 576. u. 585.) seine Gültigkeit", vgl. mit §. 580 h. t.: „... kommt das frühere Test, ... wenn auch das letztere nicht bestehen (vgl. §. 581. und s. Entw. §. 375. vgl. mit §. 374.) kann, dennoch nicht wieder (s. aber §. 581. 582.) zu Kräften, sondern es findet die gesetzl. Erbf. statt", und mit §. 577—79 eod. (fortd. Gültigk. bei ex falsa suppositione erfolgter neuer Erbeseinsetzung).

2. Errichtung neuer Codicille; §. 583 flg. h. t.: „Durch spätere (vgl. §. 585.) Codic., wodurch bloße Verm. bestimmt worden, werden frühere (über V. in Testam. s. arg. §. 579. u. Anh. §. 34. vgl. mit §. 163. 68.) in der Regel (s. §. 584. 86.) nicht aufgehoben", vgl. mit §. 166. 67 eod.

2. Ohne Zuthun des Testators.

§. 273. a. Uebersicht der verschiedenen Fälle. (B. §. 430., Cr. §. 61. 62. 67. 82. 83.)

1. Ungültigkeit der letztwilligen Verfügung.

a. Wegen formeller Mängel; §. 139 h. t. vgl. mit I. 9 §. 367, §. 243. 244. u. 250—52 h. t. u. II. 1. §. 438. 81. 95., 2. §. 379. 81. 500., 16. §. 16.

b. Wegen mangelnder Testamentsfähigkeit; §. 12 flg. vgl. mit §. 29 eod. u. II. 2. §. 538. 39.

c. Wegen Unmögl. der Bedingung od. Nichterfüllung des Zwecks; §. 504. 6 u. §. 510. 12. 13. 17 h. t.

d. Aus anderweitigen materiellen Gründen; §. 315. 323. 380. 81. 384. 86. 409. 10. 17. 29. 33 h. t.

2. Unfähigkeit, Unwürdigkeit od. Repudiation des Bedachten.

a. Des Erben; I. 9. §. 406 flg., §. 277—79. 85 h. t. u. II. 16. §. 17., vgl. mit §. 281 flg. (Accrescenzrecht der Miterben) u. §. 50 flg. 459. (Eintritt des Substituten); s. aber über Fortbestand der Vermächtn. §. 279. 87. 458. 74. u. II. 16. §. 26.

b. Des Legatars; §. 366. 72. (Rückfall an Test.-Erben; s. aber über Sublegate §. 367.) vgl. mit §. 368 flg. (Accrescenzrecht) u. §. 479 cit. (Substitution).

3. Anfechtung wegen Präterition der Notherben.

a. II. 2. §. 444 flg.: „Wenn erhellet, daß die Uebergehung (s. §. 442. „ganz mit Stillschw. übergangen") eines Kindes od. Enkels (s. §. 437. u. 517.) nur daher rühre, weil der Erbl. das Dasein desselben nicht gewußt, od. selbiges aus Irrth. für todt gehalten habe, so muß der Uebergangene aus dem Nachl. (von den eingesetzten Erben u. Legataren §. 447. 48. vgl. mit §. 449) so viel (resp. den Pfl.-Theil, §. 446.) erhalten, als im Test. dem am mindesten begünstigten Erben (s. §. 445.) ausgesetzt worden (Entw. §. 329 eod.: „so wird die letzte W.-E. ganz ungültig"), vgl. mit §. 450. 51. (fehlen im Entw.): „Ist jedoch der aus Irrth. Uebergangene zurückgekehrt, od. sonst dem Erbl. das Dasein od. Leben desselben erweislich bekannt geworden, u. hat der Erbl. nach diesem Zeitp. Ein Jahr verstreichen lassen, ohne in Anf. seiner etwas zu verfügen, so verliert das Test. seine Kraft. Es wird also . . den Kindern die gesetzl. Erbf. eröffnet". — Ueber analoge Anwend. bei irrth. Präterition eines Ascend. s. §. 516. vgl. mit Entw. §. 383.

b. §. 454 eod.: „Werden dem Erbl. nach erricht. Test. Kinder, od. Enkel, die zur unmittelb. Erbf. berechtigt sind, geboren, und er verstirbt (über Absterben des K. vor dem Erbl. s. Entw. §. 332 h. t. u. II. 9. §. 382.) nach Verlauf eines Jahres, ohne in Anf. ihrer etwas verf. zu haben (im Entw. §. 331. fehlen die Worte „und er ꝛc.", so wie §. 455; s. auch Svarez bei B. S. 317.), so finden die Vorschr. §. 450. 51. Anwendung. Ist aber der Erbl. vor Ablauf eines Jahrs nach der Geburt . . verst., so bleibt es bei den Vorschr. der §. 444—49."

c. §. 456 eod. (fehlt auch im Entw.): „Hat Jemand nach erricht. Test. einen Andern förml. an Kindesstatt angenommen, ohne wegen der Erbf. desselben etwas verfügt zu haben, so verliert das Test. eben dadurch seine Kraft".

4. Anfechtung wegen Verletzung des Pflichttheils. (s. flg. §.)

5. S. überhaupt noch: a) über „Gültigkeit" der einmal vom Erben od. Leg. „anerkannten" (§. 612. 13 h. t. u. II. 2. §. 438. 39.) letztw. Verordn. §. 611 h. t. vgl. mit §. 457.; b) über Verjährung des Anfechtungsrechts II. 2 §. 440.: „Wenn der Enterbte (vgl. Proj. a. a. O. Tit. 6. §. 15. mit §. 27., u. Svarez Schlußv. S. 166.) die Verf. der Elt. 2 Jahr lang, nachdem er Kenntn. davon erhalten, gerichtl. nicht angefochten hat, so ist seine Befugn. dazu durch Verjähr. erloschen", vgl. mit Anh. §. 30.

b. Vom Rechte des Pflichttheils.

§. 274. aa. Im allgemeinen. (B. §. 428. 32., Er. §. 55.)

1) Grundprinzip der landrechtlichen Gesetzgebung.

I. 12. §. 65. u. II. 2. §. 391. 441. 42. u. 501. (Verbot beliebiger Entziehung), §. 393. u. 503. (Verbot der Schmälerung), §. 398. u. 503. Verbot der Belastung), vgl. mit §. 432. 33 eod.: „. . . . so muß dem

Kinde (s. auch §. 516. u. II. 1. §. 633. vgl. mit §. 631. u. 497 eod.) sein Pfl.-Th. aus der Erbsch. verabfolgt od. ergänzt, od. die darauf gelegte Last od. Einschränkung durch Urtel und Recht für aufgehoben erklärt werden" und §. 436.: „In allen andern die Enterbung nicht betr. Stucken bleibt (s. aber §. 450 flg. u. 454 flg.) die letztw. Verord. bei Kräften." S. auch Svarez Schlußv. S. 163 flg., u. vgl. in Betreff des früheren Rechts: Pr. L. R. B. 5. Tit. 3. 5. 6. und Proj. des C. J. Fr. Lib. 7. tit. 4. art. 2. u. tit. 5. 6.

2) Anspruch auf Pflichttheil.

1. Der Descendenten.

a. Der Kinder; §. 391. h. t. vgl. mit §. 383. u. 300. u. §. 585. 655. (K. eines Mannes aus Ehe z. r. H.), §. 587. 88. 90 eod. (K. einer Fr. aus Ehe z. r. u. l. H.); §. 656 eod. (unehel. K. einer Fr.) u. §. 592 96. 97. (voll-legitim. K. eines M.) vgl. mit §. 607.: „Hatte der V. zu der Zeit, als er das unehel. Kind legitimiren ließ, schon ehel. Desc. u. verläßt er in der Folge einem derselben nur den Pfl.-Th., so wird bei dessen Berechn. das legitim. K. nicht mitgezählt"; §. 691. 93. u. 702. vgl. mit §. 706. (Adopt. K. im Verh. zu Adopt. u. natürl. Eltern), §. 734. (unirte K.), §. 458 flg. u. 473. (Kinder aus geschiedenen Ehen), §. 50. 56. 57 eod. (K. aus nicht. u. ungült. Ehen). — S. aber §. 484. (Verzicht durch Erbvertr. mit großj. K.) u. §. 373 eod. (Ausschl. durch Abfindung bei G.-G.), und vgl. auch Proj. Lib. 7. tit. 4. §. 24.

b. Der weiteren Descendenten; §. 437 eod.: „Was .. von Enterbung der K. verordnet ist, gilt auch von Enkeln und (s. auch §. 442. u. II. 18. §. 404.) andern Abkom. weiterer Grade, in soweit denselben ein gesetzmäßiges (Entw. §. 326. „gesetzliches") Erbrecht (s. §. 454.: „Enkel, die zur unmittelb. Erbf. berechtigt sind", u. vgl. auch §. 466—68.) zusteht", vgl. mit I. 12. §. 526. (s. auch I. 11. §. 1145.): Unter dem Ausdr. „Kinder", werden in einer letztw. Verord. (bei Anfecht. der Schenk.) .. in der Regel auch die anderen Stelle tretenden fernern Desc. (§. 1145.: „alle Desc. aus E. z. r. H."), insofern denselben nach den Gesetzen ein Pfl.-Th. aus dem Verm. ihrer unmittelbaren Eltern zukommen würde, mitgerechnet". — S. übrigens §. 661. h. t. (unehel. Enkel von einer Tochter) vgl. mit §. 600. (ehel. Kinder eines unehel. K. im Falle der vollen [s. §. 604.] Legitim.) u. §. 707. (Kinder eines Adopt. Kindes) vgl. mit arg. §. 708. (Adopt. K. im Verh. zu den Eltern des Adoptirenden); und vgl. noch §. 443. h. t.: „Ist ein im Test. eingef. Kind vor dem Erbl. verst., so treten dessen Abkömml. ganz an seine Stelle, wenn auch ihrer im Test. nicht ausdr. gedacht wäre" (s. auch Proj. tit. 4. §. 36. 37.).

2. Der Ascendenten; §. 501 h. t. („den Eltern und übrigen durch das Gesetz zur Erbf. berufenen [s. §. 589. vgl. mit §. 588. u. 58., §. 659. vgl. mit §. 600 u. 604, §. 694. vgl. mit §. 701., §. 743. vgl. mit §. 752.] Ascend.") u. §. 504 eod.: „Hinterl. der Verst. zwar Verw. in absteig. Linie, die er .. enterbt hat (über den Fall etwanigen Verzichts s. §. 505.) so muß er denj. Ascend., welche das Gesetz in Ermang. der Abk. zur Erbf. beruft, den Pfl. Th. verlassen", vgl. mit §. 673. u. 729. 30 42. (Vorbeh. des Pfl. Th. der Asc. bei unconsentirter Adopt. u. Einkindsch.) u. §. 517. 18.: „(Es) treten .., wenn die im Test. eingef. Eltern 1. Gr. vor dem Erbl. verst. sind, deren Eltern nicht an ihre Stelle (s. §. 443 cit.). Vielmehr können diese .. nur den Pflicht.-Th., und auch diesen nur insofern fordern, als .. keine vollb. Geschw. noch deren Kinder vorhanden sind."

3. Des überlebenden Ehegatten; II. 1. §. 497. 98. u. §. 631. vgl.

mit II. 2. §. 676.: „Hat der Mann ohne Einwill. der Frau (s. §. 675.) an K. St. angenommen, so wird dadurch in dem Erbrechte dieser letzteren auf den künft. Nachl. des M. nichts geändert."

3) Größe des Pflichttheils.

1. §. 392 h. t.: (bei „1 oder 2 Kindern" 1/3, bei 3 od. 4 Kindern 1/2, bei mehr als 4 K. 2/3 „desjenigen, was jedes Kind zum Erbtheile erhalten haben würde [s. aber über Mitzählung der „rechtmäßig enterbten" und der „verzichteten" Kinder §. 417 u. 458., u. üb. Nichtzählung der per. rescr. legitim. Kinder eines M. §. 607., vgl. mit Proj. Tit. 6. Art. 1. §. 21.], wenn d. gesetzl. Erbf. stattgef. hätte") vgl. mit Entw. §. 307. — S. übr. P. L. R. a. a. O. Tit. 3. („drei Theile der Verlass.") vgl. mit Const. Joach. v. J. 1527. Art. „Erbf. zw. Ehel." (Vermachung des 4. Pfennigs bei kinderl. Ehe), und Proj. des C. J. Fr. §. 21 cit. (1/2 bei mehr als 4 K., sonst 1/4).

2. §. 502. h. t. (bei Asc. „ohne Unterscheid. der Zahl 1/2 des nach gesetzl. Erbf. zukomm. Antheils.")

3. II. 1. §. 497. vgl. mit Etw. §. 332., u. §. 631 eod. (fehlt im Etw.)

4) Berechnung und Gewährung des Pflichttheils.

a) Im Allgemeinen.

1. §. 396 h. t.: „Alles, was einem Kinde auf den Sterbefall, es sei unter welchem Namen es wolle (s. dagegen Proj. Tit. 6. §. 20. 24.), von den Eltern (s. §. 397.) zugewendet wird, ist auf den Pfl.-Th. anzurechnen", vgl. mit §. 393.: „Nur (s. Entw. §. 308.) den wirklichen Betrag (vgl. §. 331 flg.) der erhaltenen Ausstattung (s. §. 304 u. 5.) und der Geschenke (an Grundst. Gerecht. u. aussteh. Capit.; s. §. 328.) ist ein Kind sich . . anrechnen zu lassen schuldig (§. 331 sq.)" u. §. 395.: „Hat der Erbl. für einen seiner Abk. Schulden, zu deren Anerk. er . . nicht verpfl. war, dennoch bezahlt, (s. §. 127 flg.), so ist er (vgl. dagegen §. 394.) das Gezahlte demselben auch (s. §. 386 flg.) auf seinen Pfl.-Th. anzurechnen wohl befugt."

2. §. 432. 33 (s. oben sub. 1.) u. 434 eod.: „Zur Entrichtung od. Ergänzung des . . Pfl.-Th. müssen die übrigen (s. jedoch §. 435.) Erben und Legatarien, nach Verh. ihrer Portionen (s. aber II. 18. §. 571.), beitragen" vgl. mit Note zu Entw. §. 322. — S. übrigens a) über Vor-Berichtigung des dem überl. Eheg. gebühr. Erb- resp. Pfl.-Th. arg. §. 324. 459. u. 582. 83. h. t., und b) über Pfl.-Theils-Verletzung durch Dispos. unter Lebenden I. 11 §. 1113 flg. u. 637 flg. eod. (s. oben §. 165. sub. 4. a.), vgl. mit §. 330 h. t. („die K. oder der überl. Eheg.") u. II. 1. §. 900. 1. (fehlen im Entw.): „Verläßt der Mann K. od. Enk. aus vollgült. Ehe, u. nicht so viel Verm., daß dieselben zusammen wenigstens halb so viel, als die Abfind. (resp. Verpfl.-Gelder d. Fr. z. l. H.; s. auch §. 806 eod.) beträgt, zum Erbth. (resp. vom Ertrage des Nachl.) übrig behalten, so muß das an dieser Hälfte fehlende aus der Abfindung ergänzt werden."

b) Vom Aussatze des Pflichttheils bei Ehescheidungen.

§. 458 flg. h. t.: „Wenn bei Ehescheid. Einer (s. aber §. 460.) von den Eltern für den schuld. Theil erklärt wird, so muß (s. jedoch §. 476. 77. vgl. mit Anh. §. 92. u. Circ. Ver. v. 30. Dez. 1798.) er den . . Kindern (s. §. 590.) so viel (vgl. aber §. 478 — 80.) aussetzen (§. 461. 65. 69. 70. vgl. mit §. 462—64.), als ihr Pfl.-Th. betragen haben würde (s. jedoch §. 478—80.), wenn die Ehe durch seinen Tod wäre getrennt worden", vgl. mit §. 466 u. 68. (Succ. in den Aussatz)

und

u. §. 472 flg. (Succ. in das übrige Verm. der Eltern). — S. Entw. §. 333 h. t. Note*, vgl. mit Ehesch. Ed. v. 17. Nov. 1782. §. 61—70. u. Proj. des C. J. Fr. P. I. Lib. 2. tit 3. §. 29.: „(An den Ehescheid. Strafen) erlangt der unschuldige Theil blos den usumfr., weil das Eigenth. . . denen Kindern, die aus dieser Ehe gezeugt, verbleibt."

§. 275. bb. Von der Enterbung (B. §. 429. Cr. §. 57—59).

1) Eigentliche Enterbung.

a) Gründe derselben.

1. Bei blutsverwandten Pflichttheils-Berechtigten.

a. Gemeinschaftliche Gründe: 1) Hochverrath und Majest.-Beleid. §. 399. u. 506 h. t. 2) Lebens-Nachstellung, §. 400 u. 507. 3) Wissentlich-fälschliche Crim.-Anschuldigung, §. 401. („eines Verbr. auf welches härtere als Geld- oder bloß bürgerl. Gefäng.-Str. verordnet ist") u. §. 509. („eines groben Verbr., worauf Zuchth.- oder Fest.-Str. verord. ist"). 4) Blutsch. und Ehebruch, §. 405. u. 511. 5) Verweig. der Alimentation, §. 408. u. 513. vgl. mit II. 19. §. 54.

b. Besondre Gründe bei den Descendenten: 1) Thätlichkeiten, §. 402. h. t. 2) Grobe Schmähungen §. 403. eod. 3) Vermögens-Beschädigung durch grobe Verbrechen, §. 407. 8. 4) Entehrende Lebensweise, §. 409. („wenn es bei erhaltener ehrbarer Erzieh. durch grobe Laster, schändl. Aufführung od. Wahl einer niedertr. Lebensart sich bei seinen Standesgenossen öffentl. entehrt hat").

c. Besondre Gründe bei den Ascendenten: 1) Böslicher Mißbr. d. elterlichen Zuchtgewalt, §. 508 h. t. 2) Gröbliche Verletzung der Erziehungspflichten; §. 512. eod.

d. Ueber analoge Fälle s. noch §. 410 h. t.: „Nur aus diesen, . . nicht aber aus andern . . gleich od. ähnlich scheinenden Ursachen kann die gänzl. Enterb. eines Kindes statt finden", vgl. mit Entw. §. 312.: „Aus einer oder der andern dieser Urs. können die Elt. den Kindern den Pfl. Th. schmälern od. entziehen", und mit Proj. des C. J. Fr. tit. 5. §. 29. (Verbot analoger Anwend.; s. aber über die Enterbungs-Gründe selbst §. 5—14. u. §. 15.) u. P. L. R. Tit. 5. Art. 1. §. 8. (Gestattung derselben, „wenn ein K. ein höheres und größeres straffwürdiges Laster, dann unter diesen 14 Urs. [bei Asc. 8.; s. Art. 1. §. 2—7. vgl. mit Art. 2.] begriffen, begangen").

2. Bei Ehegatten; II. 1. §. 499. u. 631. 32. („nur wegen solcher Verschuld., die eine Scheidung begründen würden 2c."; fehlen im Entw.).

b) Form der Enterbung.

§. 431. und §. 379 h. t. (Nothwendigkeit der Enterbung in wirkl. Testamente) vgl. mit §. 414—15. (Revocation der Enterb. in „letztw. Verord. unter Kindern") u. §. 441. 42. h. t. (Nothw. ausdr. Enterbung u. best. Angabe des Grundes).

2) Schmälerung und Belastung des Pflichttheils.

1. §. 411. 514. h. t. („aus eben diesen Ursachen") vgl. mit II. 1. §. 499. 632., u. §. 418 h. t. („mit Beding. belasten od. die Verfüg. darüber, sowohl unter Leb. als von Todeswegen beschränken") vgl. mit §. 503. 14. („schmälern, durch Beding. einschränken, od. mit Lasten beschweren").

2. §. 412. 13 h. t. vgl. mit II. 1. §. 67. u. 996 flg. (Enterb. auf $^1/_2$ des Pfl. Th.); s. oben §. 206. sub. 4.

3. §. 430 h. t.: „Verlassen Elt. einem Kinde sein volles Erbth.,

verfügen aber dabei, daß solches für die Enkel erhalten werden soll, so muß das K. sich dieser Verord. unterwerfen, und kann statt dessen den Pfl.-Th. nicht wählen", vgl. mit l. 12. §. 477.

3) Enterbung aus guter Absicht.

§. 419 flg. h. t.: „Außerdem können die Kinder (s. aber auch §. 575.) in der Verfügung über den Pfl.-Th. (s. §. 424 25. vgl. mit §. 429. u. §. 155.) alsdann (s. §. 423. u. 426. 27.), wenn das Kind u. s. w." (s. über die versch. Gründe §. 419—22., u. §. 428.), vgl. mit Proj. tit. 5. §. 22. (Aufhebung der s. g. exhered. ex bona mente).

IV. Von der vertragsmäßigen Erbfolge.

A. Von Erbverträgen im allgemeinen.

§. 276. 1. Von Acquisitiv Erbverträgen. (B. §. 420—423., Er. §. 106—9.)

1) Schließung derselben.

1. Zulässigkeit im allg.; I. 12. §. 617.: „Auch durch Erbvertr. kann ein Contrahent dem andern, oder beide einander wechselseitig (über Vertr. zu Gunsten Dritter s. §. 638. u. 646. vgl. mit I. 5. §. 75—77.; s. oben §. 129.) Recht auf ihren (s. jedoch auch §. 650. 51. vgl. m. Pr. des C. J. Fr. tit. 10. §. 5.) künftigen Nachlaß einräumen."

2. Bedingungen derselben.

a. In der Person der Contrahenten; §. 618—20 eod. (Vertrags- [s. II. 18. §. 776 flg.] u. active Test.-Fähigkeit), vgl. mit §. 36 flg. eod. (Fähigkt. „Erbsch. u. Verm." zu erwerben) u. II. 16. §. 17. (Verlust des Erbrechts aus „gültigen Willenserkl. [s. §. 2. h. t.]" wegen Unwürdigkeit [s. §. 647. h. t.] u. Unfähigkeit).

b. In Betreff der Form; §. 621 u. 23. u. AGO. II. 1. §. 9., 2. §. 19. 21., 4. §. 15., vgl. mit §. 622. (Unzulässigkeit der „privilegirten Form von Test.", s. dagegen Proj. a. a. O. §. 6. [schriftl. Abf. vor 2 Zeugen]). S. aber unten §. 278.)

3. Inhalt; §. 627 u. 629. vgl. mit 645. (Erbv. über den ganzen Nachlaß und über einzelne Quoten), §. 638. (Aussetz. von Verm. im Erbv.) vgl. mit arg. II. 1. §. 454. u. 456 flg. u. §. 904. 6. (Erbv. über einzelne Sachen, Summen ꝛc.?) — S. auch: a) über bedingte Erbv. §. 647. h. t., u. b) über Beachtung des Pflichttheils II. 2. §. 482. 84. vgl. mit II. 1. §. 444. u. §. 647 cit., u. mit II. 2. §. 673. 76. 728. 826.

2) Wirkungen des Erbvertrags.

1. Für den Erblasser; §. 624. h. t. (Dispos.-Freiheit unter Lebenden) vgl. mit §. 625. 26. (Anfecht. der Schenk. [auch im Falle des I. 11. §. 1134.?] u. Prodigalitätserkl. durch den Erben), u. §. 627. 28. eod.: „Letztwill. Verordn. (s. §. 651.) finden gegen den Inhalt (s. §. 629. u. 630. vgl. mit I. 11. §. 1087. 88.) eines Erbvertr. (§. 747.: „zum Schaden des andern") nicht statt (s. auch II. 1. §. 833.). Doch kann der Erbl. Vermächtn. (s. §. 161 flg.) bis auf $^1/_{20}$ seines Nachlasses errichten ꝛc."

2. Für den Erben; §. 626 („Recht auf den Nachlaß") und §. 631. („Erbrecht") vgl. mit §. 641 flg. h. t.

3. Für die Erben des Berufenen; I. 9. §. 369. 70. vgl. mit §. 362. eod. u. I. 5. §. 415., 4. §. 161. 65., u. §. 631 h. t.: „Aus einem wechselseitigen Erbvertr. erlangt nur der Ueberlebende ein Erb-

recht, und die Erben oder Nachk. des Erstverst. haben in so weit d. h. wenn nicht „die Erbf.-Ordn. auch in Anf ihrer Erben od. Nachk. bestimmt" worden; s. §. 623. 24.) auf den künft. Nachl. des Uebrl. keinen Anspruch", vgl. mit Entw. §. 407. 8.: „Daß ein wechself. abgeschloss. Erbv. auch auf die Nachk. des Erstverst. sich erstrecken solle, wird nicht vermuthet. Vielmehr kann der Uebrl. wegen des Anfalls nach Gutfinden verfügen, wenn über die weitere Erbf. darin durch den Vertr. nichts besondres festgesetzt ist", und mit II. 2. §. 357. 58.: „Haben Kinder uber ihr Erbr. auf den Nachl. der Eltern durch einen mit den Elt. oder auch mit andern geschl. Vertr. verfügt .. (u.) sind (sie) .. vor wirkl. eingetretenem Erbanfall verst., so sind deren Desc. nur so weit, als sie ihrer Elt. Erben geworden, an den Vertr. gebunden," und §. 486. eod. (s. flg. §. sub. 2. 2.) — S. auch II. 1. §. 897. 98. (Anspr. der Kinder, nicht der Erben auf Abf. bei Ehen z. l. H.)

3) Aufhebung.

1. Durch beiderseitige Einwilligung; I. 5. §. 385 u. 391. 92. vgl. mit II. 1. §. 479 u. 442.

2. Durch Revocation; §. 634 h. t.: „. . . können einseitig nur so, wie (Entw. §. 409.: „so wenig als") Vertr. unter Leb. widerrufen werden", und §. 635. 36. 39. eod. (Vorbeh. [s. aber II. 1. §. 447. u. 485.] des Widerrufs), vgl. mit §. 637. 38. (fehlen im Entw.): „Sobald der eine Theil einen solchen Erbv. widerruft (ausdrücklich? s. das Cit. v. §. 587 sq. im §. 636), verliert derselbe auch in Anf. des andern seine Kraft. Hat jedoch der andere weder seines Orts ausdr. widerrufen, noch sonst letztw. verordnet (II. 1. §. 486.: „eine andere letztw. Ver. errichtet"), so bestehen diej. Verm., welche von ihm .. andern Pers. als solchen, die mit dem Widerrufenden (§. 486.: „bloß mit ꝛc.") als Verw. oder besondre Freunde verbunden sind, ausgesetzt worden."

3. Aus sonstigen Gründen; §. 647 h. t. vgl. mit Entw. §. 413: „Vorfälle, welche letztw. Verf. rückgängig machen, entkräften auch die Erbverträge."

§. 277. 2. Von Erbverzichten. (B. §. 424., Cr. §. 111.)

1) Eingehung derselben.

1. Zulässigkeit; §. 649 h. t.: „Vertr., wodurch einer künftigen bestimmten Erbsch. entsagt, oder die Theilung . . . im voraus angeordnet wird, gelten nur unter denj." (nicht zu Gunsten eines Fremden außer bei Beitritt des Erbl.; s. §. 650. 51. vgl. mit §. 655 [fehlen im Entw.]; s. aber II. 2. §. 357 cit.), „welche (dazu) .. als gesetzl Miterben berufen sind", vgl. mit Entw. §. 416. 18 eod.: „Auch dem künft. Nachl. eines Dritten kann dessen vermuthl. Erbe durch einen Vertr. (s. §. 420.) zu Gunsten eines Andern gültig entsagen. Auch über d. Theilung .. können dessen gesetzl. Erben im voraus Verträge schließen."

2. Form; §. 649 cit. („Verträge") vgl. mit I. 16. §. 387 u. 93. (s. oben §. 147.), §. 653. 54.: „Wenn der, über dessen künft. Erbsch. ein solcher Vertr geschl. wird, eine verbind. W.-E. abzugeben unfähig ist, so .. ist gerichtl. Aufnehmung u. Abschließung nothwendig", II. 2. §. 369.: „Dergl. Abfindung s. ob. §. 254. sub. 2.) muß durch einen förml. Erbvertr. festgesetzt werden (Entw. §. 286 eod.: „gerichtlich erfolgt sein")", u. §. 377. eod.: „Soll .. ein K. von dem Nachl. beider Elt., auch zu Gunsten seiner übr. Geschw. oder ei-

nes Dritten ausgeschl. werden, so ist der Vertr. nach den wegen der Erbv. zw. Elt. u. Kind. überhaupt vorgeschr. Grundsätzen zu beurtheilen". vgl. mit §. 483. 84 eod.: „Auch mit den Kind. selbst (s. §. 481. 482.) können Eltern dergl. Erbvertr. schließen. Doch können Vertr., wodurch ein Kind vom Nachl. der Elt. ganz ausgeschl., oder im Pfl.-Th. verkürzt werden soll, nur mit vollj., der väterl. Gewalt entlassenen Kindern (s. auch §. 706.), u. nur vor deren ordentl. Gerichten geschlossen werden".

2) Wirkung derselben.

1. §. 652 h. t.: „Es begreift also (?) eine dergl. (§. 649? oder §. 651? s. Entw. §. 417.) gült. Entsag. des gesetzl. Erbr. auch die des Erbrechts aus letztwill. Verordn., so wie umgekehrt (fehlen im Entw.), unter sich", vgl. mit II. 2. §. 357. 58. (s. oben §. 276.) u. §. 372 flg. eod. (s. oben §. 254.) u. 377 cit.

2. II. 2. §. 485. 86.: „Ist der Vertr. solchergestalt (s. oben) geschl., so kann das K. denselben unter keinerlei Vorwande, auch nicht wegen veränd. Verm.-Umstände der Eltern weiter anfechten. Sind aber die andern Kinder, od. der Ehegatte, od. zu wessen Gunsten sonst der Vertr. (ausdrücklich? arg. II. 1. §. 450.) geschl. worden, vor dem Eintritte des Erbanfalls abgeg., u. hat auch der den Vertr. schließende Theil der Eltern keine letzte W.-Ver. hinterlassen, so gelangt (wenn nicht der Vertr. „ausdr." zu Gunsten der Asc. od. Collat. des Erbl. geschl., s. §. 487.) das vorhin ausgeschl. Kind dennoch zur gesetzl. Erbfolge".

B. Von der vertragsmäßigen Erbfolge der Ehegatten insbesondre.

§. 278. 1. Von eigentlichen Erbverträgen. (B. §. 437., Er. §. 110.)

1) Allgemeine Grundsätze.

1. Zulässigkeit u. Form; II. 1. §. 439. u. 465. („vor u. nach der Verheir.") u. §. 440 eod.: „Was von Erbvertr. überh., u. von Vertr. zw. Verlobten od. Eheleuten insond. (§. 82 flg. 198 flg. u. 209 eod.) verordnet ist, findet (s. dagegen Proj. Lib. 2. tit. 4. §. 144. 45.) .. Anwendung", vgl. mit §. 441. (fehlt im Entw.): „Doch ist die gerichtl. Aufn. (wenn sie „in ein u. dems. Instr. mit dem eigentl. Ehevertr. errichtet worden"? s. A. G. O. II. 4. §. 15. u. 1. §. 10.) nur nothwendig, wenn die Fr. dadurch an (ihren gesetzl.) Rechten etwas verlieren soll"; s. auch II. 18. §. 776 flg. (Abschl. durch den Vormund).

2. Wirkung; §. 451 h. t. vgl. mit §. 448 eod. (Verlust [s. aber §. 449 450., vorbeh. Wahl u. Wahlr. bei Verzicht für best. Personen] des gesetzl. Erbrechts) u. mit §. 445. 46. (Präsumtion für Abfindung).

3. Aufhebung.

a. Durch gegens. Bewilligung; §. 442 eod.

b. Wegen nachgeborner Kinder; §. 424 eod.: „Sind bei dem Tode (s. §. 443) des einen Eheg. Kinder od. andere Abk. aus dieser Ehe vorhanden (s. auch §. 794. 95.), und ist ihretwegen .. nichts bestimmt (s. A. G. O. II. 3. §. 18.), so finden eben die Vorschr. (wie bei Test., s. oben §. 273.) statt".

c. Durch Scheidung? arg. §. 489. („verliert das ganze wechselseit. Test. seine Gültigkeit") vgl. mit §. 792 flg. u. §. 732. (s. oben §. 220); s. auch Proj. a. a. O. §. 123. 37.

2) Besondre Bestimmungen.

1. Ehevermächtniß der Frau; §. 452—55 h. t. (s. oben §. 250.)

2. Gegenvermächtniß des Mannes; §. 456 h. t.: „Was der M. der Fr. . . auf den Todesf. eigenthümlich (s. aber §. 469. v. m. Proj. §. 118.) aussetzt, heißt das G.-V.", vgl. mit Proj. a. a. O. §. 106. („eine Schenkung . . in Ans eh. des Brautschatzes u. zu dessen Sicherheit"), und §. 459—61 h. t. (generelle Zusage).

3. Morgengabe; §. 207. 269 h. t. vgl. mit §. 774. (Verlust bei verschuld. Scheidung; s. dagegen Proj. a. a. O. §. 143.)

4. Leibgeding u. Witthum; §. 457. 58 h. t.: „Wird der Fr. nur der Nießbrauch (s. aber II. 17. § 27. u. II. 11. §. 600. 1.) gew. Güter od. Capit. angewiesen, so heißt es ein Leibgeding. Eine jährl. Summe, die der Fr. aus dem Nachl. (§. 464.) des Mannes (s. jedoch I. 11. §. 598.) zu ihrem Unterhalte (§. 462. 63.) währ. des Wittwenstandes (§ 471—73. vgl. mit I. 11. §. 599—601.) ausgesetzt worden, wird Witthum genannt", vgl. mit §. 474.: „Hat die Frau gegen .. Leibg. od. Witth. ihr Eingebr. . . in der Erbsch.-Masse des M. zurücklassen müssen, sonst." u. §. 475 flg.: „Ist der Fr. die Wahl gelassen, ob sie ihr Verm. zurücknehmen od. Witth. fordern wolle, so ꝛc.". — S. dagegen Proj. a. a. O. §. 125.: „Es ist . . hergebracht (s. meine oben §. 1. angef. Abh. S. 43 flg.), daß den Wittwen anstatt des Brautsch. u. Gegen-Verm. (s. §. 126. 27. 34.) ein Leibg. od. Witthum verschrieben werde. Dies Dotalitium besteht gemeiniglich in doppelten Zinsen à 10 % ꝛc.", und vgl. noch A. G. O. I. 50. §. 408. (s. C. O. v. 1722. §. 154.): „Soll .. die Ehefr. statt der Zurückgabe ihres Eingebr. ein gewisses Leibgedinge oder Alimentations-Quantum (jedoch nicht über „landübl. Zinsen" [vgl. auch §. 432] des wirkl. Eingebr.) bekommen, so ꝛc.", u. §. 434 flg. eod.: „Zur 5. Kl. gehört die Ehefr. in Ans. des Gegenverm., Witthumsgeldes und andrer dergl. . . Vortheile, (gleichviel) ob diese mit dem Eingebr. im Verhältn. stehen (s. auch §. 438.) od. nicht".

5. Ueber die Rechte der Frau (s. §. 453.) auf Sicherheitsbestellung ꝛc. für die „durch Vertr. vor oder währ. der Ehe ihr ausgesetzten Vortheile" s. §. 465. 66. vgl. mit §. 467. 68.

§. 279. 2. Von wechselseitigen Testamenten der Ehegatten. (B. §. 419., Cr. §. 105.)

1. Zulässigkeit überhaupt; I. 12. §. 614.: „Wechselseitige Testam., wodurch Einer den Andern (s. auch §. 616.: „wenn 2 Personen einander zu Erben einsetzen" und §. 617.) in Rücksicht der von diesem geschehenen Erbeseins. zu seinem Erben ernennt, können nur unter Eheleuten (s. auch II. 1. §. 482.) errichtet werden", vgl. m. §. 492. (s. sub 4.) u. Proj. des C. J. Fr. Lib. 7. tit. 9. §. 7. (Erklär. aller testam. reciproca der Ehegatten für test. correspectiva; s. auch Resc. v. 20. Mai 1773).

2. Form; II. 1. §. 483. 84. (Errichtung „in Einem Instrumente") vgl. mit Pr. §. 3—5.

3. Rechtl. Bedeutung und Wirkung; §. 485 h. t. vgl. mit §. 494. und I. 12. §. 635. (Widerruflichkeit), u. §. 487. 88 eod. (Ungültigk. „einseitiger" u. „zum Nachth. des überleb. Eheg." gereichender „bloßer Aenderungen u Zusätze bei Vermächtnissen ꝛc.")

4. Aufhebung.

a. Durch Scheidung, §. 489 h. t. (s. oben §. 278. sub 1. a.).

b. Durch Widerruf während bestehender Ehe; §. 485. („in so fern nicht als wirklicher Vertr. errichtet und mit der bei Erbvertr. vorgeschr. Form versehen") vgl. mit §. 486. (s. oben §. 276.).

c. Durch Widerruf des Ueberlebenden; §. 492.: „Nimmt er die Erbsch. aus dem Test. an (s. §. 490. 91.), so kann er auch von seiner eignen Verordn. nicht wieder abgehen, in so fern aus der Fassung od. den Umständen (s. §. 493.) erhellt, daß der Erstverst. ihm seinen Nachl. in Rücksicht auf diese Verf. zugewendet habe", vgl. mit Proj. §. 7. (Unabänderlichkeit, außer bei ausdr. Vorbehalt).

Zweites Kapitel.

Vom Erbschafts-Erwerbe.

I. Allgemeine Vorbemerkungen.

A. Von Ermittelung der Erbberechtigten.

§. 280. **1. Von der Publication letztwilliger Verfügungen. (B. §. 398. 447., Er. §. 49. 50.)**

1) Zeit und Art der Publication.

1. Beweis des Todes oder der Todeserklärung des Testators; l. 12. §. 208. u. 12., §. 623 eod. u. II. 18. §. 839. 40. 43. 44., vgl. mit §. 209—211 h. t. (Folgen früherer Public.)

2. Gerichtl. Publication auf Antrag u. von Amtswegen; §. 213—15 h. t. (Antrag der „Verw. od. wer sonst ein wahrsch. [s. Proj. L. 7. tit. 14. §. 2.] Interesse anzugeben vermag"), u. §. 216. 17. („binnen 6 W. [Proj.: „nach Jahr u. Tag"] nach notorischem Ableben, s. Svarez Schlußv. S. 82.), vgl. mit II. 11. §. 478 flg. u. 495. (Todes-Anzeige). S. auch §. 218 flg. h. t. (Eröffnung der seit 56 J. deponirt. Test. ꝛc.), vgl. mit Circ. v. 3. Dez. 1731. bei Mylius II. 4. S. 90.

3. Form der Publication; §. 223—25 h. t. vgl. mit §. 240. 41.

4. Abschriftliche (§. 226. vgl. mit §. 228. 29.; s. auch Proj. §. 11.) Mittheilung nach der Public.; §. 227 h. t. vgl. mit §. 230 flg. (Mitth. ex off.; s. aber §. 235. 36.), u. §. 239 eod. (Anzeige über pia legata an die Landes-Just.-Coll.) vgl mit Ed. v. 21. Jun. 1753. §. 14., Circ. v. 16. Apr. 1761. u. 1. Jul. 1771. (N. C. C. Th. I. S. 505., III. S. 17. u. V. 1. S. 254.) u. mit Ges. v. 13. Mai u. Rescr. v. 26. Aug. 1833.

2) Rechtliche Folgen der Publication.

§. 242. (s. oben §. 250. sub 2.) u. 244 h. t.: „Ist noch Niemand im Besitz der Erbsch. (s. §. 243.), so muß der Richter denselben dem in einem (über den Fall mehrerer Test. s. §. 245. vgl. mit Anh. §. 39.) förml. gerichtl. Test. (über Anwendung auf Erbvertr. s. I. 9. §. 493.) eingesetzten Erben, wenn auch sein Erbr. noch bestritten wird (s. jedoch §. 246. 47.), bis zum Ausgange einräumen", vgl. mit §. 249—53. (Besitznahme auf Grund privil. Disp.).

§. 281. 2. Von der Ermittelung des Erben bei der Intestat-Erbfolge. (B. §. 454—56., Er. §. 10. 11.)

1) Legitimation der sich anmeldenden Erben.

I. 9. §. 483—85. (Anzeige der Erbsch.-Anspr. u. Nachweis der Verwandtsch.) vgl. mit Anh. §. 11. (Erbansprüche des Ehegatten), und §. 486 eod.: „Finden sich keine Vermuth." (daß noch nähere od. gleich nahe Verw. vorhanden, §. 485.), od. „sind diese nach richterl. Ermessen hinlängl. gehoben (s. §. 492.), so muß der Nachl. .. gegen die bloße an Eidesstatt abzugeb. Versicherung, daß ihm keine ꝛc. bekannt sind, verabfolgt (§. 492.: „zur freien Verf. überlassen") werden", vgl. mit I. 12. §. 243. u. 17. §. 160—68. (Schutz des „redlicher Weise" ergriffenen Erbsch.-Besitzes „bis zum Austrag der Sache") und mit I. 9. §. 457—459. (Verhaftung des „falschen Erben").

2) Verfahren bei ausbleibender Anmeldung.

1. Bei unbekanntem Aufenthalts-Orte des wahren Erben; I. 9. §. 465—68. u. Anh. §. 10. vgl. mit II. 18. §. 24 flg. 1003., und §. 469. 470 h. t. vgl. mit II. 18. §. 643 flg. u. 824 flg.

2. Bei muthmaßlich vorhandenen Erben; §. 487 flg. vgl. mit §. 490.

3. Bei unbekannten Erben; §. 471—76. und §. 477—80. vgl. mit § 494 flg. eod. u. A. G. O. I. 51. §. 145 flg. (Präclusion d. Erbansprüche).

3) Verfahren bei außerordentlicher Erbfolge.

1. Der Armenhäuser ꝛc.; II. 19. §. 59. („muß .. ihr Erbr. dem Richter gehörig anzeigen, u. den Zuschlag der Verlass. erwarten".)

2. Des Fiscus; I. 9. § 481.: „Meldet sich in dem (Präcl.-) Termine kein Erbe, so fällt der Nachl. als ein herrenloses Gut dem Fiscus anheim", vgl. mit II. 16. §. 24.: „Ehe der Staat sich eine Erbsch. zueignet, müssen zuvor alle diejen., welchen daran ein Recht zustehen möchte, zu dessen Angabe u. Nachweis. öffentl. aufgefordert werden", und vgl. noch Erbsch. Ed. v. 30. Apr. 1765. §. 16. (förmlicher Erbsch.-Antritt des Fiscus) mit Anh. §. 9. zu I. 9. §. 410.: „Es bedarf gar keiner Erkl. des F. über die Antret. oder Entsag. der Erbsch."

§. 282. B. Von Sicherstellung und Verwaltung der Verlassenschaft. (B. §. 447., Er. §. 12. 13.)

1) Von Seiten der Gerichte.

a) Von der Siegelung des Nachlasses.

1. Veranlassung derselben; I. 9. §. 460. 61. vgl. mit II. 18. §. 354 flg. u. A. G. O. II. 5. §. 4. vgl. mit Erbsch. Ed. v. 1765. §. 18. 19. (gesetzl. Nothwend.; s. aber §. 462. 63 h. t. vgl. mit II. 18. §. 383 flg. u. §. 372 flg. eod. vgl. mit A. G. O. §. 7.), A. G. O. §. 5. (nach richterl. Ermessen), und §. 8 flg. 11 flg. eod. u. 24. §. 15. vgl. mit I. 9. §. 387. (auf Antrag eines Interess. od. Gläub.). S. auch A. G. O. §. 6. vgl. mit Ed. §. 19. (Siegelung beim Tode v. Beamten).

2. Competenz und Verfahren; A. G. O. §. 14—21. u. §. 22 flg. vgl. mit Erbsch. Ed. §. 22 flg.

b) Von der Bestellung eines Verlassenschafts-Curators.

1. Nothwendigkeit derselben; I. 9. §. 468. 69. u. 71., 12. § 479. (bei unbek. u. abwes. Erben), §. 487 flg. eod. u. I. 17. §. 159 flg. vgl. mit I. 12. §. 251 flg. (bei streit. od. zweifelh. Erbrechte), u. §. 371. 74. 78 h. t. vgl.

mit II. 18. §. 962 flg. (bei noch ungebornen Erben), I. 12. §. 359. vgl. mit A. G. O. I. 51. §. 73. u. 82 flg. (auf Antrag des Erben), und A. G. O. §. 70. 81. (auf Antrag der Gläub.) — S. übrigens §. 378. 490 h. t. u. I. 17. §. 161. (Bestellung des Erben selbst zum Nachlaß-Curator).

2. Rechte u. Pflichten des Curators; §. 469. 72 flg. h. t. (Erbsch. Antretung und Verwaltung); §. 373. 74. 79. und 490. 91. h. t. vgl. mit I. 12. §. 251., 17. §. 162. 63. (bloße Verwalt. des Nachl.), §. 487 flg. eod. (Erörterung der Erbsch. Ansprüche).

2) Durch die ernannten Testaments-Executoren.

I. 12. §. 557 flg.: „Hat der Erbl. Jemandem die Vollziehung seines letzten Willens aufgetr., so ist derselbe als Bevollm. des Erblassers (s. §. 561.) u. die letztw. Verord. selbst (s. Rescr. v. 19. Mai 1804. bei Rabe Bd. 8. S. 60.) als seine Vollm. u. Instr. anzusehen. Ist mit dieser Vollz. zugleich die Verwalt. des Nachl. . . verbunden (s. Rescr. v. 25. Jan. 1796. in N. C. C. Th. 10. S. 55. und Anh. §. 157. zu II. 18. §. 421.), so ist (er) in so weit als Verwalter fremder Güter (s. §. 559. 60. 62.) zu betrachten."

3) Seitens des Erben selbst.

S. I. 9. §. 244. u. 486 cit. vgl. mit §. 358. 59. eod.; I. 12. §. 294 flg. u. 17. §. 127 flg., und mit Svarez Bem. bei B. S. 439—41; s. auch unten §. 288.

II. Vom Erwerbe der Erbschaften i. e. S.

§. 283. A. Im allgemeinen. (B. §. 448. 49., Er. §. 14.)

1) Früheres Recht.

1. Pr. L. R. B. V. Tit. 7. Art. 2. §. 2. (gerichtl. Erkl. der Annahme „gleich im Anfang und nach dem 30. Tage des Absterbens", unter Vorbeh. des benef. invent., und „mit Begehr, ihm 1 Amtm. od. 2 Ger. od. Raths-Pers. nebst dem Stadt- od. Ger. Schreiber" zur Aufn. des Inv. „zuzuordnen") und §. 3. (Erkl., „alsobald oder innerhalb 6 Wochen [Rec. v. 1685. „3 Mon."] nach Absterben des Erbl. od. Heimkehr des Erben, auf Antr. der Cred. u. Legat.).

2. Neum. C. G. O. v. 24. Sept. 1646. c. 32. u. v. 11. Dezbr. 1700. c. 33. bei Mylius Th. II. 1. S. 137. 249. (Errichtung des Invent. Seitens des Mannes od. der Frau binnen 6 resp. 4 Wochen, und Erkl. binnen 6 resp. 12 Mon. nach eingereichtem Inventare, bei Verlust des Wahlrechts).

3. C. G. O. v. 1. März 1709. Tit. 29. §. 4 — 7., ebend. S. 420. (Inventur od. Specific. binnen 3 Mon. a die mortis, u. Delib. Frist binnen weiteren 3 Mon. [Pr. Ord. für Franz. Ger. v. 1699. tit. 6. §. 1. „40 Tage nach Invent."], unter Präjud., „pure pro herede" zu gelten) vgl. mit Const. weg. Abk. der Proz. v. 18. Novbr. 1718. §. 33., ebd. S. 666. (4wöchentl. Frist für Inventur, u. 6monatl. Fr. für Antritts-Erkl. bei der Erbf. der Ehegatten).

4. Proj. des Cod. Fr. March. P. III. Tit. 16. §. 3. 4. (Einreichung des Inv. od. Specif. binnen 6 Wochen a die mortis, und gerichtliche Erkl. binnen 14 Tagen, mit dem, rücks. beider Fristen gestellten Präjud., „pro herede, jedoch bloß cum benef. legis et inventarii gehalten zu werden") vgl. mit dem [durch Rescr. v. 23. Dez. 1761. in N. C. C. Th. 3. S. 116. wieder aufgehobenen] §. 123. der Instr. für die Neum. Reg. zur Erkl. des Cod. Frid. v. 3. Nov. 1750., bei Mylius Cont. IV.

S.

S. 342. (Bestimmung weiterer 4monatl. Frist zu definit. Erklär., unter Präj., nach deren Verlauf „ipso jure pro herede gehalten, und den credit. in solidum obligirt" zu werden), und mit Proj. des C. J. Fr. Tit. 15. §. 14. 29—31. u. 41. 42. (Gewähr. einer 2, resp. 4monatl. Frist a die scientiae zur Einr. des Inv. u. zur Antritts- [s. §. 5] Erkl. unter Präj., „ipso jure pro herede, jedoch nur cum benef. invent.", und bei Verabs. einer weiteren 2monatl. Frist „pro vero herede" zu gelten).

5. Erbsch. Ed. v. 30. April 1765. §. 1—3. (Gesetzl. Frist von 6 W., resp. 2 u. 3 Mon. zur Antr. Erkl. u. gleichzeit. Einreich. des Inv., unter Präj., „pro her. cum benef. invent." gehalten zu werden, jedoch vorbeh. des Antrags der Gläub. u. Legat. [s. auch §. 10] auf weiteren, unter dem Präj., „pure pro herede" zu gelten, auf 2 Monat zu ertheilenden Präcl.-Term. zur Einreich. des Inventars), vgl. mit C. J. Fr. Th. II. Tit. 27. §. 49. 50.

2) Grundsätze des A. L. R.

1. Wahlrecht des Erben; I. 9. §. 367. 68. (s. oben §. 250. sub. 2.) vgl. mit Proj. tit. 15. §. 5. 7. (Nothw. förml. Adition), und §. 283 eod.: „Jeder (s. aber I. 12. §. 286. 643.), dem eine Erbsch. anheimgefallen ist, hat die Wahl, ob er dieselbe . . übernehmen (al. „annehmen" od. auch „antreten") oder ihr entsagen (al. „aus- und entschlagen", „ablehnen", „wieder aufgeben") wolle" vgl. mit II. 2. §. 529 (Annahme der Erb.-Eins. u. Ausschlag. der Substit.) u. I. 18. §. 275. (Nothw. gleichzeit. Annahme oder Entsagung der Allod.- u. Lehn-Erbf.).

2. Deliberations-Frist.

a. Dauer u. Berechnung; §. 384. 85. u. §. 397. 408. 9 eod. (6wöchentl., resp. 3 monatl. Frist a die scientiae) vgl. mit §. 424. (Niederl. des Inv. „binnen 6 Mon. [Entw. „Jahresfrist] nach Ablauf d. Ueberl.-Frist").

b. Rechtliche Bedeutung u. Wirkung; §. 412 eod.: „(Es) kann auch der Erbe, welcher die Erbsch. einmal angenommen, od. sich innerh. der gesetzm. Frist gar nicht erklärt hat, derselben zum Nachth. eines Dritten nicht mehr entsagen", u. §. 420. 21.: „...Demjen., welcher eine Erbsch. unter dem Vorbeh. der Rechtswohlthat des Inv. ausdr. angenommen hat, (wird) gleichgeachtet, . . (wer) die gesetzm. Fristen, ohne sich zu erklären (A. G. O. I. 51. §. 57.), verstreichen läßt" vgl. mit A. G. O. I. 24. §. 16.: „Wenn nach abgelaufener Ueberl.-Frist der Erbe.. entsagt, so ist nach Anweis. der Ges. (I. 9. §. 406—10.) u. des Tit. v. Conc.-Proz. (C. J. Fr. I. 24. §. 10. verweiset nur auf Tit. v. Conc.-Pr.) zu verfahren."

3. Art und Weise der Erklärung.

a. Im allgemeinen; §. 392. vgl. mit 393 h. t., §. 394. 95. vgl. mit §. 396., u. §. 398. 99. 414. 15. (Nothw. [s. aber §. 400.] gerichtl. oder beglaub. schriftl. Erklär. bei Entsag. u. unbed. Antret.), vgl. mit I. 13. §. 103. u. Proj. §. 16. (Erkl. durch Bevollm.?). — Ueber pro herede gestio s. auch §. 420. vgl. mit §. 388. 417 h. t. u. Proj. §. 14. (Verwerfung derselben).

b. Bei dispositionsunfähigen Erben; §. 389. 90 h. t. vgl. mit II. 18. §. 643 flg. („muß die Erkl. von dem Vorm. od. Curat. [auch vom Vater? s. Proj. §. 11. 12. und Resc. v. 19. Jan. 1824.; und bei G.-G. vom Manne?] abgegeben werden").

c. Bei Verschuldung des Erben; §. 391 eod. (fehlt im Entw.): „Ist zur Zeit des Anfalls über das Verm. des Erben Concurs eröffnet, so ist zur Rechtsgült. seiner Erkl. der Beitritt des Curators u. die Genehm. des (Conc.) Gerichts erforderlich", vgl. mit A. G. O. I.

50. §. 41., u. II. 2. §. 356.: „Wie weit ein Kind der Erbsch. seiner Eltern zum Nachth. seiner Gläub. entsagen könne, ist nach den allg. Grundsätzen von Entsag. (I. 16. §. 397. 98.) zu beurtheilen", vgl. mit Entw. §. 278 eod.: „Doch sollen K. der ihnen aus dem Gesetz einmal zugef. Erbsch. der Elt. zur Verkürzung ihrer Gläub. zu entsagen nicht befugt sein (C. J. Fr. II. 26. §. 30. 35.)" und mit A. G. O. §. 50.: „Einer solchen widerrufl. Schenkung (I. 11. §. 1129.) ist es . . gleich zu achten, wenn (vor eröffn. Conc.) der Gem.-Schuldn. innerh. der im Gesetz best. Fristen, zum Besten seiner Verw., Mit- od. nachgesetzten Erben dem Anfalle einer Erbsch. oder einem Verm. entsagt hat."

B. Von der Entsagung der Erbschaft.

§. 284. 1. Ueberhaupt. (B. §. 450., Cr. §. 15.)

1. Unwiderruflichkeit derselben; §. 411. h. t.: „Eine gültig geschehene Entsagung kann unter keinerlei Vorwande widerrufen werden."

2. Wirkungen derselben;

a. In Betreff des Erben selbst; §. 401 h. t. vgl. mit II. 1. §. 491. u. I. 12. §. 641. 42. (Verlust aller Erbfolge; s. dagegen Proj. §. 27.) — S. aber aa) §. 402 h. t. (Vorbeh. des Pfl.-Theils), §. 405 h. t. (Vorb. des vertragsmäß. Erbr.) u. II. 1. §. 449. (Vorb. der Wahl zw. gesetzl. u. vertr. Erbf. der Eheg.), u. bb) 403 h. t. vgl. mit I. 16. §. 481. (Vorbeh. „solcher Forder. [s. aber §. 404. u. I. 18. §. 288. vgl. mit 275.], welche an den Nachl. aus einem andern Grunde zukommen".)

b. In Bezug auf Erbfolge überhaupt; §. 406 h. t.: „So weit ein Erbe der Erbsch. gültig entsagt, tritt (§. 407.) derjen., welchen der rechtsbeständ. Wille des Erbl. (s. I. 12. §. 50 flg., oben §. 268.) od. in dessen Ermang. die Gesetze als den nächsten (s. §. 409.) nach ihm berufen (s. I. 12. §. 362.), an seine Stelle" vgl. mit II. 16. §. 17. 18.

c. In Betreff der Erbsch. Gläubiger; §. 410 h. t. und A. G. O. I. 50. §. 4. u. 51. §. 55. (Recht auf Conc.-Eröff., „sobald die Entsag. nicht ausdr. zu Gunsten des auf ihn folgenden [Erben] geschieht") vgl. mit C. J. Fr. II. 26. §. 6. („wenn die Erben des Gem.-Sch. der Verlass. entsagen"; s. auch Proj. des C. Fr. March. IV. 9. §. 7. und Erbsch. Ed. §. 13.); I. 12. §. 363. (Conc. Eröffn. bei Ungewißheit des nächst folgenden Erben).

§. 285. 2. Vom Eintritts- und Zuwachs-Rechte. (B. §. 401. u. 425[a], Cr. §. 121., W. §. 12.)

1) Bei der gesetzlichen Erbfolge.

1. Succession der Klassen; §. 406 cit. vgl. mit II. 2. §. 489. 492 flg. u. 3. §. 41. 46.; s. aber II. 2. §. 579. 80., §. 650 eod. u. II. 1. §. 520.

2. Succession in den Klassen: a) II. 2. §. 352.: „So oft in Einer Linie der nähere Desc. nicht Erbe sein kann (§. 354. u. 357. 58.) oder will (§. 355.), fällt sein Erbrecht auf die von ihm abstamm. weiteren Descend." vgl. mit II. 3. §. 39. u. 42. (s. aber II. 1. §. 625.); b) II. 2. §. 497. u. II. 3. §. 48—50. (s. aber II. 1. §. 627.).

3. Eigentl. Accrescenz; II. 1. §. 521., II. 2. §. 302. und 348 flg. vgl. mit §. 652., §. 498 eod., II. 3. §. 39. u. §. 51 eod.; s. aber II. 1. §. 623. 24. vgl. mit 2. §. 580., u. II. 2. §. 372. 73.

2) Bei der testamentarischen Erbfolge.

1. Eintritt d. Substituten; I. 12. §. 50—52. u. 56. vgl. mit 277 flg. eod.

2. Eintritt der Intestaterben; §. 277. 78 cit. (Ausfall aller Testam. Erben) vgl. mit §. 279. 80. (s. oben §. 266. sub. 1.), u. §. 285 eod. (Verbot des Zuwachses).

3. Recht des Zuwachses; §. 281—83 eod.: „(Bei Ausfall nur eines Miterben) wächst der erled. Erbth., in Ermang. eines Subst., (nach dem Verh., wie „der Hauptnachl. verm. des Test. od. der Ges. [§. 261 flg.] zu vertheilen ist", s. §. 282.) den übrigen Erben zu. Erben die nur als Legat. (s. §. 256—58. u. 263.) betrachtet werden müssen, haben an dergl. Zuwachs keinen Antheil", u. §. 284 eod.: „Sachen u. Rechte, welche mehreren Erben zusammen (fehlt im Entw.) auf ihre Erbportionen (vgl. §. 263. u. II. 18. §. 404: „zu ihrem Erbtheile) ungetheilt angewiesen (Entw.: „zu ihrer Erbportion beschieden") worden, fallen beim Abgange des einen dieser Mitgenossen nur den andern, mit Ausschl. der übrigen Erben, anheim", vgl. mit §. 368 eod.: „War ein Vermächtn. mehreren Personen zugleich u. ungetheilt (fehlt im Entw.) beschieden" (s. auch §. 499.: „ist das Verm. dem ganzen Inbegriff der Legatarien zugedacht", u. §. 500.: „ist der Antheil eines jeden an dem Leg. ausdr. best.") „so wächst der ausfall. Antheil des einen, in Ermang. eines Subst., den übrigen (s. §. 369. 70.) Mitgenossen zu", und II. 16. §. 23.: „Wenn der Landesherr eine Sache oder ein Recht mehreren gemeinschaftl. verliehen hat, und (sie) in der Gemeinsch. geblieben sind, so wächst bei erblosem Abgange des Einen der Antheil dess. den übrigen zu." — S. übrigens in Betr. des Accrescenzrechts überh. Svarez Schlußv. S. 79. u. Proj. tit. 4. §. 17. (oben §. 267.).

3) Bei der vertragsmäßigen Erbfolge.

I. 12. §. 645. (fehlt im Entw.): „Auch bei (dieser) findet das Recht des Zuwachses statt."

C. Von der Annahme der Erbschaft.

§. 286. 1. Ohne Vorbehalt. (B. §. 451., Er. §. 16.)

1. Nothwendigkeit directer u. formeller Erklärung; §. 414. 15 h. t. („eine deutl. u. bestimmte Entsagung [s. aber I. 18. §. 271. 81.] dieser Rechtswohlthat") vgl. mit §. 416. 17. (Widerruf derselben). S. übrigens §. 427 flg. u. 439 h. t. (Verlust der Rechtswohlthat ipso jure wegen Nichteinbr. des Inv.) und A. G. O. I. 51. §. 59. 60 (Entziehung durch Urth.), vgl. mit Svarez Schlußv. S. 13. 26. u. den oben §. 283. sub. 1. alleg. Verordn.

2. Folgen unbedingten Erb-Antritts; §. 418. 19 eod. (s. oben §. 267.) u. A. G. O. I. 51. §. 56. u. 78. vgl. mit §. 429. (s. übr. I. 16. §. 507 flg. u. A. G. O. I. 50. §. 285., Separations-Recht der eignen Gläub.); §. 449. vgl. mit §. 443. („uneingeschränkte Disposition"), u. I. 16. §. 489. 91. (Confusion der eignen Forder.) vgl. mit §. 490 eod.

§. 287. 2. Unter Rechtswohlthat des Inventarii. (B. §. 452. 53., Er. §. 17. 18.)

1. Ausdrückl. und stillschw. Antretung; §. 413. vgl. mit §. 420. („Verfüg. über die Erbsch. [vgl. auch §. 417.: „über die Subst. des Nachl."], woraus die Absicht . . . sich ihrer als wirkl. Erbe anmaßen zu wollen, klar erhellet") u. §. 421. (Abl. der Frist ohne Erkl.). Ueber Antritt bei fideic. Substit. vgl. noch I. 12. §. 53. u. 466. mit Proj. tit. 15. §. 7., u. s. über späteren Verzicht A. G. O. I. 51. §. 77.

2. Bedingung nachträgl. Einreichung des Inventars.

a. Aufnahme des Inventars; §. 436. h. t. (Wahl [s. aber §. 437. u. A. G. O. II. 5. §. 40.] zw. gerichtl. u. Priv. Inventur) vgl. mit Conc. Ord. v. 1722. §. 96. u. Franz. Ger. Ord. v. 1699. tit. 6. §. 8.; s. aber Pr. L. R. a. a. O., Ger. Ord. für Berlin v. J. 1720. §. 20. u. Const. v. 1718. §. 33. (Nothwendigkeit gerichtl. Inventur) und Proj. §. 37. 39., u. Erbsch. Ed. §. 31. (Wahl zw. gerichtl. u. notarieller Aufnahme u. Verb. d. Priv. Specificationen).

b. Gerichtliche (s. A. G. O. III. 7. §. 37. u. 88.) Niederlegung u. eidliche Bestärkung desselben; §. 423 h. t. („allenfalls versiegelt" s. auch II. 18. §. 400 flg.) vgl. mit §. 433., u. 440 flg. eod.: „Ein jedes Privat-Invent. (über Bestärk. der gerichtl. s. §. 441.) muß auf Erfordern derjen., welche ein Interesse dabei haben . . eidlich bestärkt werden."

3. Wirkungen des Vorbehalts.

a. In Bezug auf den Nachlaß überhaupt; §. 443. flg. h. t. (fehlen im Entw.) u. A. G. O. I. 51. §. 66. (fehlt im C. J. Fr.) 69. 80. 93. vgl. mit I. 50. §. 280. (Löschung des Einschränk.-Vermerks im H. B.). — S. aber C. O. v. 28. März 1840. (Gewährung freier Disposition).

b. In Betreff der Erbsch. Gläubiger; §. 422. u. 452 flg. h. t., I. 17. §. 135. 36. u. A. G. O. I. 51. §. 57. vgl. mit §. 59. 68. flg. eod. (Recht des Beneficial-Erben [s. aber §. 60 eod. u. A. L. R. I. 12. §. 297.] auf Eröffn. des erbsch. Liquid. Proz.) u. §. 64—67 eod. u. I. 50. §. 272 flg. (Recht der Gläub. auf Conc.-Eröff. u. Separation im Conc.).

c. In Betreff. der eignen Forderungen des Erben; I. 16. §. 486—88. vgl. mit §. 490. 91. (Forder. der Erbschaft).

D. Von der Erbschafts-Regulirung.

§. 288. 1. Im allgemeinen. (B. §. 457—59., Er. §. 115—120., 123—126.)

1) Aussonderung des wirklichen Nachlasses.

I. 9. §. 353 flg. (s. oben §. 249.) u. §. 358. 59 eod.: „Der, welchem dergl. fremde Sachen zugehören, od. verm. der Gesetze zufallen, ist dieselben aus dem Nachl. eigenmächtig an sich zu nehmen nicht befugt. Vielmehr muß er die Ausantwort. ders. von dem Erben [s. aber I. 12. §. 248.: „Wer einzelne Stücke oder Inbegr. v. Sachen aus der Verlass. fordert, hat das Recht sich an den Besitzer der Erbsch. zu halten" vgl. mit §. 295. 96 eod.] erwarten, od. durch richterl. Hülfe bewirken", vgl. mit I. 18. §. 506 flg. u. II. 4. §. 206 flg. (Auseinandersetzung mit Lehns- u. Fideic.-Folgern), 21. §. 111 flg. (Rückgewähr beim Nießbr.), II. 1. §. 501 flg. u. 2. §. 273 flg. (Ausscheidung des Frauen- u. Kinderguts), und mit A. G. O. I. 50. §. 296 flg.

2) Berichtigung der Erbschaftsschulden und Lasten.

1. I, 9. §. 361. 62, vgl. mit §. 386. 87 eod. u. A. G. O. I. 20. §. 2. 3., 24. §. 15, und I. 12. §. 288. 89. vgl. mit § 294. (s. unten §. 292.); s. auch II. 1. §. 618. u, 18. §. 522. — S. übr. a) A. G. O. I. 24. §. 18.: „Hat sich der Erbe . . nur unter der Wohlthat des Inv. erklärt, so muß der Exec.-Sucher (s. auch in Betr. des Legatars I. 12. §. 296.) die alsdann nach Vorschr. der Gesetze (I. 51. §. 61.) vorzunehmende Regul. der Verl. abwarten", und b) §. 18 eod. (Verfolg. der Schuldanspr. bei streit. od. ungew. Erbf.) vgl. mit I. 12. §. 295. (Susp. der Bericht. von Legaten bis zu Ende des Erbstreits).

2. I. 17. §. 127. 28. (s. oben §. 130.) vgl. mit I. 12. §. 289. u. mit A. G. O. I. 2. §. 121 flg.

3) Theilung der Erbschaft.

1. Recht auf Theilung; l. 17. §. 117. (s. oben §. 250.) vgl. mit §. 118—120. (Verbot des Erblassers).

2. Zeit der Theilung; §. 121. 22 h. t. (Bestimmung des Erbl.) vgl. mit §. 84. (Tempestivität des Antrags), §. 166. 67 eod. u. A. G. O. I. 46. §. 2. 4. vgl. mit l. 9. §. 380. (Aussetzung bis zu erled. Erbsch.-Streit.)

3. Art der Theilung; §. 123 h. t., vgl. mit §. 126. u. II. 2. §. 380 flg., u. mit §. 87 flg. h. t. (s. aber §. 124. 25. vgl. mit Proj. tit. 19. §. 9). S. auch §. 152 flg. h. t. (Zuweis. bestimmter Erbsch.-Ford.) u. §. 129. 130. 147 flg. eod. (Ueberw. gew. Erbsch.-Schulden), u. vgl. noch A. G. O. I. 46. §. 8 flg. (gerichtl. Erbrezesse).

4. Bekanntmachung der Erbtheilung; §. 138 flg. h. t. vgl. mit A. G. O. I. 51. §. 85.

5. Verhaftung der Erben nach der Theilung; §. 131 flg. u. 137. (s. ob. §. 130.) vgl. mit l. 12. §. 292. (s. unten §. 292. sub 1. 2.)

§. 289. 2. Von der Collationspflicht. (B. §. 427., Er. §. 122., W. §. 69—74.)

1) Rechtliche Natur der Collation im allgemeinen.

1. II. 2. § 303.: „Haben einige Kinder von dem Vater (s. auch §. 297) bei dessen Lebenszeit etwas zur Ausstattung erhalten, so muß jedem der übrigen eben so viel (s. jedoch §. 309—11.) aus der Erbsch. vor deren Theilung zum Voraus verabreicht werden", §. 306: „Ob dergl. Ausst. noch vorhanden sei od. nicht, macht .. in der Regel keinen Unterschied", u. §. 312.: „Die .. ausgest. Kinder dürfen von dem Erhaltenen an ihre Geschw. niemals (s. auch §. 389.) etwas herausgeben", vgl. mit Svarez Schlußv. S. 139. 140. und Pr. L. R. Tit. 14. Art. 2. u. Proj. tit. 16. §. 1. 9.

Ueber den Sprachgebrauch des A. L. R. s. Margin. zu §. 303 cit. u. §. 309. 10. 23. 62. 65. u. a. m. („Ausgleichung"), §. 345. 47. 60. 64. 385 u. öft. („Anrechnung"), Reg. s. v. „Collation" u. A. G. O. I. 46. §. 10. 20. (quantum conferendum, „conferiren"), vgl. mit I. 9. §. 352.: „In wie fern die Erbsch. durch das, was gewisse Miterben bei der Theil. unter einander einwerfen (s. auch l. 12. §. 428. u. A. G. O. I. 46. §. 10., u. vgl. §. 342 h. t.) müssen, einen Zuwachs erhalte, ist gehör. Orts bestimmt (Tit. 17. Abschn. 2?)".

2. Ueber vermeintliche Anwendung auf Testam.-Succ. der Kinder s. §. 390 h. t.: „Was in der letztw. Verordn. der Elt. nicht bestimmt ist, muß nach den Regeln der gesetzl. Erbf. beurtheilt werden", und §. 378.: „Von vorsteh. Gesetzen .. können die Elt. durch letztwill. Verordn. abweichen", vgl. mit Pr. L. R. §. 1. u. Proj. §. 6.

2) Nähere Bestimmungen des A. L. R.

1. Collationsrecht und Pflicht; §. 303. u. 12 cit., §. 323 h. t.: „Die .. Ausgl. geschieht nur zw. den Kindern unter sich, u. geht den überlebenden Ehegatten (s. §. 324. 25. u. §. 326. vgl. mit II. 1. §. 382.) nichts an"; §. 359 eod.: „In allen Fällen, wo .. eine Ausgl. unter den K. 1. Gr. erfolgen müßte, muß dieselbe (s. §. 360—63. u. 364.) auch unter den Linien geschehen, wenngleich in der einen od. andern nur entferntere Abkömml. zur Erbf. gelangen", u. §. 365: „Unter den Theil. in einer u. derselben Linie geschieht die Ausgleich. eben so, als wenn der begünstigte Enkel die Ausst. rc. von seinen unmitt. Elt. erhalten hätte", vgl. mit Proj. a. a. O. §. 5. — S. aber üb. Verbot u. Vermind. der Collation §. 384. vgl. mit §. 391. 93—95.

2. Gegenstand der Collation.

a. Ausstattung; §. 303 h. t. vgl. mit §. 304. 5. u. §. 308. (schriftl. Ausst.-Versprechen); vgl. übr. P. L. R. §. 1. u. 3. u. Proj. §. 10—12.

b. Geschenke; §. 327. 28 eod. (in Grundst., Gerecht. od. ausstehend. Capitalien), vgl. mit §. 332. („baare Gelder od. ausstehend. Capit.")

c. §. 329 eod.: „Auf alles Uebrige (s. Proj. §. 13—18.) .. wird bei der Theil. des Nachl. nach den Regeln der gesetzl. Erbf. keine Rücks. genommen", vgl. mit Entw. Note zu §. 251 h. t. u. Svarez Schlußv. S. 142.; s. aber §. 376 h. t. (Ausgleichung zw. den bei der G.-G. abgefundenen u. unabgef. Kindern), §. 475. (Ausgl. in Betr. des ausgesetzten Pfl.-Theils), u. §. 383. 84. 86—88. (letztw. Anordn. der Elt.)

3. Betrag u. Berechnung der Ausgleichung.

a. Nach letztwilliger Bestimmung der Eltern; §. 385. vgl. mit §. 383 387 h. t.; s. aber §. 391 eod.

b. In deren Ermangelung: aa) bei baaren Geldern u. Capit., §. 332. („eigentl. Betrag") vgl. mit §. 307.; bb) bei Grundst. u. Gerecht., §. 333—35. vgl. mit 339. 41. (Ertragswerth zur Zeit der Zuwendung) u. §. 336. 37. (einseit. [s. §. 340.] Bestimm. des Werths bei [s. §. 341.] der Zuwendung), vgl. mit §. 338.: „(Wenn) der wahre Werth zur Zeit der Zuwend. den Anschl. um mehr als die Hälfte übersteigt, so muß das Kind sich die Hälfte des eigentl. Werths .. anrechnen lassen"; cc) bei Mobilien, §. 345—47. (Anschlags- od. wirkl. Werth „zur Zeit der Erbtheilung").

4. Wahl zw. wirklicher Einwerfung u. Anrechnung; §. 342—44 h. t., s. dagegen Proj. §. 20.

5. Pflicht theilweiser Restitution; §. 313 flg. h. t.: „Ist in dem Nachl. des Vaters (s. aber §. 322.) nicht so viel vorhanden, daß die noch unversorgten Kinder die nothdürftige (des §. 232 flg.?) Aussteuer (od. nothdürftige Erziehung u. Verpflegung, §. 321.) daraus erhalten können, so müssen (s. aber §. 320. 22.) die versorgten Geschw. (jedoch nicht über 1/3 des empfangenen, §. 314. 315.) das Fehlende (s. aber §. 316. 19.) ergänzen", vgl. mit §. 298. 99 eod.

E. Von der Uebertragung angefallener Erbschaften.

§. 290. 1. Von der Transmission. (Cr. §. 19.)

I. 9. §. 370.: „Stirbt der Erbe, noch ehe er die Erbsch. in Besitz genommen hat, so geht dennoch sein Recht daran auf seinen Erben über", u. §. 397.: „Stirbt der Erbe, ehe die Ueberl.-Frist verlaufen ist, so haben seine Erben zur Erkl. über den ersten Anfall eben die Frist, welche ihnen in Anf. des zweiten zu Statten kommt", vgl. mit I. 12. §. 57., §. 461. 62. 65. 67 eod., §. 631 eod., II. 1. §. 646., 2. §. 543., 3. §. 50., 18. §. 838.; s. auch I. 9. §. 369. u. 12. §. 483. vgl. mit §. 485 eod.

§. 291. 2. Vom Erbschaftskaufe. (B. §. 460—62.)

1) Begriff und Voraussetzungen.

1. In materieller Hinsicht; I. 11. §. 445.: „Nur eine wirklich angefallene (s. §. 446. u. 505. 6. vgl. mit §. 487.) freie (s. oben §. 249., u. vgl. über Verf. bedingter od. mit Fideic. u. Eubst. belasteter Erbsch. §. 488 flg. 495 flg.) Erbschaft kann verkauft u. einem Andern gültig abgetreten werden", u. §. 447 eod. (s. oben §. 250.) vgl. mit §. 492—94.

2. In der Person der Contrahenten; §. 451—53 h. t.

3. In formeller Hinsicht; §. 473. eod.: „Alle Erbsch.-Käufe sollen künftig bei Strafe der Richtigkeit gerichtlich (A. G. O. II. 1. §. 9.) geschl. werden."

2) Wirkungen.

1. Zwischen dem Erben und Käufer.

a. Im allgemeinen; §. 454. 56 h. t.: „Bei einem wirkl. Erbsch.-Kaufe tritt (s. §. 474. 75. 82. 83.) der Käufer in alle Rechte (s. §. 457. 458. u. 478. vgl. mit §. 459—61. u. 479.) und Pflichten (s. auch §. 468.) des Erben, . . als wenn die Erbsch. sogleich dem Käufer . . angefallen wäre", vgl. mit §. 455 eod. (Vorbeh. der eignen Rechte und Verb. des Verk.; s. Entw. §. 406.)

b. In Bezug auf Gewährleistung; §. 476. 77 h. t. u. §. 484. 85. vgl. mit §. 487 eod., s. aber §. 503. 4 h. t.

2. Rücksichtlich der Gläubiger und Legatare; §. 463 h. t.: „Es steht denselben frei, sich ihrer Befried. halber (bis zum od. auch über Belauf der Erbsch.? s. I. 9. §. 416. 17. vgl. mit §. 420. 21., u. I. 16. §. 489. 490. vgl. mit §. 455 h. t.) an den Käufer der Erbsch., oder (s. dagegen Proj. tit. 15. §. 26. und Pr. L. R. Tit. 8. Art. 2. §. 7.) an den Erben selbst (s. aber §. 464—67. 69.) zu halten", vgl. mit §. 480. 81. (Verhaft. des Erben für Zahl. u. Verwend. „vor geschloss. Vertr.").

3. In Betreff der Erbschaftsschuldner; §. 471. 72 h. t.

III. Vom Erwerbe der Vermächtnisse.

§. 292. A. Allgemeine Bestimmungen. (B. §. 402., Cr. §. 69. 70.)

1) Rechte des Legatars.

1. Bei Vermächtnissen bestimmter (s. aber §. 401 flg. h. t.) Sachen und Rechte (s. §. 421 flg. vgl. mit §. 303. 385.) des Erblassers.

a. Eigenthums-Erwerb; §. 288 h. t. (s. oben §. 250.), vgl. mit §. 301 eod. (Verpflicht. des Legatars zu Uebern. der die legirte S. betr. Prozesse) u. §. 325—27. (Verpfl. zu Uebern. u. Abtrag. aller Reallasten), u. mit §. 305—7. (Anspr. dess. auf alle [s. auch über Pertinenzen §. 405—7. vgl. mit §. 402.] An- u. Zuwüchse; s. aber §. 482—84. 87.), §. 306—8. (Verwaltungs-Besitz des Erben bis zur Ueberg.), §. 313. 14. (Vindic.-Recht des Legat. bei Veräuß. durch den Erben). — Vgl. auch über den ipso jure eintret. Erwerb des Eig. und andrer dingl. Rechte Proj. des C. J. Fr. Lib. 8. tit. 2. §. 41. 52. 53. 55.

b. Besitzergreifnng; §. 294 h. t.: „In Ermang. näherer Bestimm. (des Erbl.) kann der Legatarius (auf seine Kosten, §. 312.) die Uebergabe od. Auszahl. des Verm. gleich nach Ablauf der Delib.-Frist (s. aber §. 295. 96. u. vgl. §. 330.) fordern", vgl. mit §. 311.: „Eigenmächtiger Weise darf kein Legat. den Besitz . . sich anmaßen".

c. Bloß persönliche Ansprüche; §. 319—21. vgl. mit §. 315—18. (bei gewissen Veränd. der S.), §. 388 flg. vgl. mit §. 397. (Wahlrecht des Erben bei Verm. der Wahl), §. 373 flg. (Verm. künft. od. fremder Sachen), §. 403. (Verm. eines Stücks best. Gattung) und §. 452 flg. (Verm. v. Sachen, die der Legatar nicht besitzen kann).

2. Bei Geld- und sonstigen Vermächtnissen.

a. Persönliche Verhaftung sämmtlicher Erben; §. 289 h. t. (s. oben

§. 267.) vgl. mit §. 291. 387., u. §. 292 eod.: „Wenn die Erben vor Berichtig. sämmtl. ..Verm. den Nachl. theilen, so verbleiben den Legataren eben die Rechte gegen jeden einzelnen Miterben, welche den Erbsch.-Gl. (s. oben §. 130.) beigelegt sind", vgl. mit §. 297—300.) (Recht zur Intervention u. Anspruch auf Inventarisirung).

b. Zeit der Berichtigung; §. 294 flg. cit. vgl. mit §. 328.: „.. so muß der Erbe .. von Ablauf der Ueberl.-Frist an (s. jedoch §. 302. 4. 408.) landüblich verzinsen", u. §. 331. (fehlt im Entw.): „Fällt dem Erben in Bezahl. des Verm. eine schuldbare Verzög. zur Last (s. auch §. 309.), so treffen auch ihn die gesetzm. Verzugszinsen".

c. Sicherstellung; §. 290 h. t.: „Wegen Geld verm. hat der Legat. aus dem gesammten Nachl. .. das Recht, Sicherh.-Bestellung in dem Nachl., auch ohne besondre Einw. des Erben zu fordern (s. oben §. 188.), so wie das in der Conc. Ordn. (wo?; vgl. aber Proj. des C. Fr. March. Th. 4. Tit. 9. §. 94.) näher best. Vorr. in dem Verm. des Erben selbst", vgl. mit l. 16. §. 500 flg. u. A. G. O. l. 50. §. 377. (Separationsrecht).

3. Bei Sublegataren.

§. 293 h. t.: „Ist der Legatar mit der weiteren Abgabe eines Verm. (s. auch §. 544.) an einen Dritten belastet worden, so steht er gegen denselben in dem Verh. eines Erben", vgl. mit §. 351. u. 367.

2) Vom Eintritts- und Zuwachsrechte bei Vermächtnissen.

1. Transmission; §. 288. 89 h. t. vgl. mit l. 9. §. 362. 67., u. §. 526. vgl. mit 528. 29. u. 531 h. t.: „(Ist) es der Wille des Test. gewesen, durch ein Leg. zugleich die Kinder des Legat. zu bedenken, so treten, wenn auch der Legat. vor dem Test. gestorben, die K. desselben, so weit sie seine Erben geworden, an seine Stelle".

2. Repudiation od. sonstige Vacanz; §. 366 h. t. („fällt in Ermang. eines .. Subst. [s. oben §. 268.] an die Erbsch.-Masse zurück"), u. §. 368. (s. oben §. 285.) vgl. mit §. 369. 70 eod.: „Uebr. gilt wegen des Zuwachses bei Verm. alles das, was .. bei Erbtheilen. Doch fallen (bei Verbot des Zuwachses) die erledigten Verm. .. an die Test.-Erben"; s. auch Proj. Tit. 2. §. 11. 41. (Aufhebung des jus accresc. bei Legat.)

§. 293. B. Von einzelnen Arten der Vermächtnisse. (B. §. 403—8., Er. §. 71—80.)

1. Vermächtniß künftiger Sachen; §. 373 h. t.

2. Vermächtniß fremder Sachen: a) des eingesetzten Erben, §. 374—376. („kommt es nicht darauf an [s. auch Proj. §. 25.], ob (es) der Test. gewußt hat"); b) dritter Personen, §. 377. 78. vgl. mit §. 383 flg. („wird niemals verm., daß der Test. eine fr. S. habe vermachen wollen", s. auch Proj. §. 27. 32.); c) des Legatars selbst, §. 379—82 h. t. vgl. mit Proj. §. 31.

3. Vermächtniß der Wahl: a) §. 388—90. vgl. mit §. 392. 97. (Wahlrecht des Erben); b) §. 391. 93. vgl. mit §. 398—400. (Wahlr. des Legat.); c) §. 395. 96. (Wahlr. eines Dritten); s. Proj. tit. 2. §. 18. u. tit. 8.

4. Vermächtniß jährlicher Hebungen: a) im allgemeinen, §. 302. 4. vgl. mit §. 419. 20. (Anweis. eines Verm. auf gewisse jährl. Eink.); b) zum Behufe der Alimentation, §. 441—44. eod. vgl. mit Proj. tit. 14. §. 3. u. Pr. L. R. B. V. Tit. 8. Art. 1. §. 3. (Gültigk. bei Unfäh. des Legat.)

5. Vermächtniß der Aussteuer; §. 447. 48 h. t. („muß dieselbe ohne Rücks. auf das eigne Verm. der Auszustattenden [s. auch §. 552.] so be-

bestimmt werden, wie sie eine Person von dem Stande des Legatarii nach gesetzl. Bestimm. würde fordern können"), vgl. mit §. 488. (Verm. zur Ausstattung).

6. Vermächtniß von Forderungen: a) an einen Dritten, §. 408 h. t. „Ist eine bestimmte (s. §. 414. 15.) Schuldford. vermacht, so gebührt ihm das Capital nebst allen nach dem Tode fälligen Zinsen", §. 409—411. (Ungült. wegen Unrichtigk., Inexigibilität od. Tilgung der Ford.), vgl. mit §. 412. 13. (Gültigk., „wenn der Test. das .. empf. Geld bis an seinen Tod besonders aufbewahrt", od. „sogleich in derselben od. mindern Summe wieder ausgeliehen" hat); s. auch §. 416 flg. (Anweisung eines Verm. „aus ausstehendem Capitale"); b) an den Legatar selbst, §§. 425—27. (Erlaß der Schuld „nebst allen vor u. nach Errichtung des Test. angeschwollenen Zinsen", aber nicht der „nach errichtung. Legat. entst. Forder."), vgl. mit §. 428. 49. (Erlaß der Collation).

7. Vermächtniß der Schuld; §. 430. 31. (verpflichtendes [s. §. 432. 433.] Anerkenntniß der, wenn nur „durch Angebung der Summe oder Bezeichn. des Instr. gehörig bestimmten" [s. auch §. 438.] Schuld), vgl. mit §. 434. 35. (Purification bedingter [s. §. 436.] Schulden); s. aber auch §. 437. (Auflage der Schuldentilgung), §. 439. 40. (Verm. „einer der Sch. gleichen Summe" an den Gläub.), u. vgl. Proj. des C. J. Fr. tit. 2. §. 34. u. tit. 6. §. 2.

Zusätze und Berichtigungen.

S. 5. sub 3. ist zur Conc. Ordn. v. 4. Febr. 1722. noch zu vgl. das (bald darauf suspendirte) Ed. wegen des Lagerbuchs v. 20. Sept. 1704. u. das Ed. vom Erb- u. Lagerbuch in Berlin v. 28. Sept. 1693. (ebend. S. 18. 41.)

S. 10. sub 5. ist hinzuzufügen: Pat., wodurch eine Gesetz-Commission errichtet wird, v. 29. Mai 1781. (N. C. C. Th VII. S. 337.)

S. 12. sub 5. ist zur Schles. Hyp. Ordn. noch zu erwähnen deren Decl. v. 18. Nov. 1752. (N. C. C. Th. IV. S. 940.)

S. 18. vgl. zu §. 11.: Kurze Uebersicht der Revision der Gesetzgebung v. 1831—1841. Berlin 1842. §. 1—11.

S. 22. sub 2. Z. 7. ist hinter „Abweichungen" hinzuzufügen: „von gewissen einzelnen Vorschriften des Röm. u. gemeinen Sachsenrechts".

S. 24. sub 6. vgl. noch: Anh. §. 137. sub 12., ad A. L. R. II. 12. §. 85.

S. 29. vgl. zu §. 19. die angef. kurze Uebersicht ꝛc. §. 12. u. 13.

S. 44. sub 2. d. vgl. über Retorsionen im Concurs-Verf. A. G. O. I. 50. §. 162.

— sub 3. c. vgl. über die Anwendung der Realstatuten auf Intest.-Succ. noch II. 18. §. 674. u. Landes-Const. v. J. 1594. B. III. c. 20.

S. 50. sub 3. b. s. noch I. 18. §. 173. (wohlhergebr. rechtsverjährter Besitz).

S. 52. §. 40. sub 4. vgl. über Beweis durch Kirchenbücher auch Entw. II. 9. §. 132 flg.

S. 55. sub 4. s. über Bevormundung Tauber u. Stummer auch Landes-Const. v. 1594. B. II. c. 19.

S. 58. sub I. s. auch noch II. 2. §. 380 c. u. §. 626.

S. 60. §. 50. sub 1. vgl. über Zeugniß-Unfähigkeit, insbesondre der Ehrlosen noch: Pr. L. R. v. 1721. B. I. Tit. 35. Art. 8. §. 4. 5. u. Proj. des C. Fr. March. Th. 3. Tit. 28. §. 12. u. Th. 4. Tit. 9. §. 156. 61. 68.

S. 61. §. 51. sub 3. s. über infamirende u. schimpfliche Strafen noch II. 1. §. 61., u. vgl. über die Zuchthausstrafe Rescr. v. 10. Jul. 1756.: „... wollen Wir, daß ihr von nun an in allen u. jeden Fällen, da in Unsern Edictis nicht ausdr. die Str. der Infamie verordnet ist, denen zur Vestung, Zucht- od. Arbeitshause condemnirten Delinquenten im Erkenntn. famam ausdr. reserviren, und wenn ja das Verbr. . . denen gemeinen Rechten nach eine Infamie nach sich zöge, dagegen mehrere Jahre zur Vest. oder Zuchth.-Arb. erkennen sollet. Solltet ihr jedennoch unumgänglich nöthig finden, bei gew. sich ereign. Begebenh. auf die Infamie directe zu erkennen, so müsset ihr dieserwegen . . . besonders berichten". (N. C. C. Th. 2. S. 115.)

S. 62. §. 53. sub 3. s. noch über „unehrbares Gewerbe" I. 21. §. 311., und vgl. ad II. 20. §. 1020 cit. noch II. 1. §. 1031.

S. 63. §. 54. sub 3. vgl. auch I 9. §. 632. 33. 35.

S. 65. §. 55. sub 4. c. ist noch über Zuwend. an fromme Stiftungen ꝛc. zu vgl.: I. 11. §. 1073—75. u. 12. §. 37. 38.

S. 68. §. 61. sub 1. Z. 1. lies I. 2. §. 6. statt II. 1. §. 6., sub 2. l. Z. lies I. 20. statt II. 20., sub 3. Z. 11. lies I. 7. statt IV. 7., u. 8. §. 53. 58. statt 8. §. 83. 88.

S. 70. §. 63. Z. 3. lies I. 9. §. 575. 640. statt 573.

S. 71. §. 65. sub a. lies h. t. statt h. k., u. vgl. noch I. 14. §. 84., 16. §. 28.

S. 72. §. 67. sub 2. c. s. auch I. 12. §. 405.

S. 74. §. 69. sub 4. a. vgl. ad 2. d. auch I. 17. §. 247. 48. 50., und s. überh. noch II. 8. §. 2110. (12% bei verzögerter Zahl. der Versicherungs-Prämie).

S. 75. sub 4. b. Z. 7. lies I. 14. §. 354. statt §. 352.

S. 76. §. 70. sub 2. l. vgl. auch I. 18. §. 533.

S. 77. §. 71. s. auch über die an den Stand gebundenen Rechte I. 13. §. 31

— §. 72. vgl. über „Realrecht" für subj. dingl. Rechte, I. 18. §. 186. u. II. 8. §. 430, und für obj. dingl. Rechte I. 20. §. 41. 64. 152.

— §. 73. s. auch I. 14. §. 5. vgl. mit Reg. s. v. „Rechte überhaupt" (eventuelles Recht.)

S. 79. §. 75. sub 2. 4. vgl. zu „Svarez" Bem. auch II. 1. §. 218.

S. 80. §. 76. vgl. ad 1. noch I. 18. §. 88. 93. 94. 445. u. 22. §. 147., u. ad 2. auch I. 11. §. 264. 65.

S. 82. §. 78. sub 6. vgl. zu I. 3. §. 20. auch I. 20. §. 121.

S. 83. §. 79. sub 2. 2. s. auch I. 18. §. 474. („bloß wohlthätiger Vertrag".)

S. 84. §. 81. sub 3. ist zu I. 5. §. 11. auch §. 163—66 eod. und zu II. 2. §. 158. auch §. 159—162 eod. zu vergleichen.

S. 86. §. 82. sub 2. 3. lies I. 16. §. 207—209.

S. 87. §. 85. sub 3. s. auch I. 5. §. 263—65. u. II. 1. §. 91.

S. 88. §. 86. sub 3. zu E. lies 22. §. 43. statt 21. §. 43.

S. 89. sub 3. vgl. auch Proz. Ordn. für die franz. Gerichte v. 14. Apr. 1699. Tit. 16. §. 2.: „Kein Beweiß mit Zeugen soll über 30 Th., auch selbst in volunt. depositis, verstattet werden, sondern es müssen die contrahirenden Parth. vor einem Notario od. unter privat Händen alle Oblig. schrifftlich abfassen lassen, u. da nachgehends etwan wegen einiger Clausuln, so vor, bey u. nach Abfassung des Contracts möchten verabredet seyn, aber nicht geschrieben worden, disceptiret würde, so soll alsdann keineswegs wieder noch über dasj., was geschrieben steht, obgleich solche Claus. weniger als 30 Thlr. importiren, ein Zeugen-Beweis admittiret werden".

S. 92. §. 88. sub 2. 4. s. zu „Formalität" auch I. 11. §. 347—49.

— §. 89. sub 1. s. auch I. 13. §. 11. u. 20. §. 95. 96., u. sub 2. lies §. 131 h. t. statt §. 31 h. t.

S. 93. sub 3. 2. s. auch I. 12. §. 602. 3.

S. 97. sub f. vgl. zu I. 4. §. 18. auch I. 15. §. 52.

S. 98. sub 2. b. lies II. 1. §. 668. 723. 858. statt 597. 721. 857.

S. 99. §. 91. sub 2. s. auch I. 11. §. 1162. u. 16. §. 373., u. sub 4. Z. 2. lies II. 1. §. 923 statt 833.

S. 101. sub 3. a. Z. 10. 11. lies „vornehmen" statt „annehmen", und „(s. unten §. 96.)" statt „(s. flg. §.)"

S. 102. sub b. 1. vgl. noch I. 18. §. 739. („wieder rückgängig werden").

S. 103. §. 96. sub 1. 3. vgl. zu §. 163 cit. auch I. 20. §. 61.

S. 104. sub 2. vgl. zu 3. auch II. 11. §. 1088. u. zu 5. noch I. 18. §. 372., II. 8. §. 43., u. s. über die Frist von 1. Jahr u. 6 Wochen II. 16. §. 144.

— sub 3. 1. vgl. über Mitrechnung des ersten Tages der Frist noch I. 18. §. 125.

S. 105. sub 5. vgl. über ruhende Rechte auch I. 8. §. 8. u. 20. §. 586.

S. 110. §. 101. sub 3. 3. lies I. 16. §. 160 flg. statt §. 560 flg.

S. 112. sub 4. vgl. zu §. 244 cit. noch I. 15. §. 21. 24. 25. („rechtmäß. Eigenth. oder Besitzer"), und s. über Bezeichnung des unredl., nicht titulirten Besitzes mit injusta poss. od. unrechtmäßiger Besitz auch Pr. L. R. B. III. Tit. 5. §. 1.

S. 113. §. 103. sub 6. 2. vgl. noch über „Naturalbesitz" I. 12. §. 453. und A. G. O. I. 52. §. 62., über „Natural-Uebergabe" I. 11. §. 475. u. A. G. O. §. 61., u. über „Civil-Tradition" H. O. 2. §. 64. 66.

S. 114. sub 1. d. vgl. über Besitz einer Erbschaft noch I. 11, §. 510., 12. §. 248. und 17. §. 160. 65. 68.

S. 117. ist in der Rubrik statt §. 108. zu setzen §. 107 a.

— §. 107. a. sub 1. lies §. 78 h. t. statt §. 79 h. t.

S. 118. §. 108. sub 3. Z. 6. lies I. 14. §. 24. statt I. 13. §. 24.

S. 119. §. 109. sub 4. lies §. 105. sub 4. statt §. 155., und im §. 111. lies §. 141 h. t. und §. 142. 43 eod. statt §. 140. u. §. 141. 42.

S. 120. §. 112. vgl. zu A. G. O. I. 31. §. 1. auch das Pat. wegen Einr. des Justizwesens in N. O. Pr. v. 23. Apr. 1797. §. 14. in N. C. C. Th. 10. S. 1109. (Competenz der Kreis-Just.-Commiss. „in allen Spoliensachen, wo es bloß darauf ankommt, demjen., welcher seines Besitzes durch Gewalt, List od. sonst eigenmächtiger Weise entsetzt worden, in denselben mit Vorbeh. des Rechts beider Theile wieder einzusetzen", u. „überhaupt in allen Sachen, wo bloß ein streitiger Besitzstand oder poss. summar. zu reguliren ist").

S. 129. sub aa. vgl. über den tit. pro herede noch I. 15. §. 35.

S. 141. §. 124. sub 2. vgl. zu „in der Regel" I. 11. §. 615. 16.

S. 142. §. 127. sub 1. vgl. zu §. 26 cit. auch I. 14. §. 250.

S. 147. sub 4. b. vgl. über Eintritt des Zahlenden in die Rechte des Gläub. noch I. 18. §. 597., 20. §. 83. u. 21. §. 79.

S. 155. sub 4. 2. zu E. vgl. zu §. 327 cit. noch I. 18. §. 622 flg.

S. 179. sub 3. vgl. über Armenantheil bei gefundenen Sachen auch Landes-Const. v. J. 1594. B. I. c. 6.: „(Nach vergebl. Aufgebot) soll ein Richter dasselbe ins Hospitall od. an arme Leute geben, ein gemeiner armer Mann aber soll solchs für sich behalten".

S. 184. §. 178. s. über „Gesammteigenth." auch noch II. 16. §. 131.

S, 197. sub 2. a. s. über die Wirksamkeit der General-Hypoth. in Bezug auf Mobilien u. Activ-Forder. des Schuldners auch noch Rescr. v. 8. Dez. 1762. und 3. Sept. 1765. in N. C. C. Th. 3. S. 168. u. 1021.

S. 199. §. 188. sub 3. g. s. noch I. 12. §. 435. vgl. mit Entw. II. 9. §. 270.

S. 236. §. 221. vgl. über Parallelisirung der verschuldeten Ehescheidung u. der verschuldeten Ehe-Annullation außer II. 1. §. 963 flg. auch II. 9. §. 90.

Druck von Ed. Heynemann in Halle.

Buchbinderei
R. Wawrzyniak

BSB Bayerische StaatsBibliothek
MDZ Münchener DigitalisierungsZentrum Digitale Bibliothek

Laspeyres, Ernst A.

System des preußischen Privatrechts

Halle 1843
J.germ. 112 m
urn:nbn:de:bvb:12-bsb10551869-8